



Registrierungsformular vom 28. April 2017
gemäß § 12 Absatz (1) Wertpapierprospektgesetz i.V.m.
Art. 14 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission vom 29. April 2004

der

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
Düsseldorf
(der "**Emittent**")

INHALTSVERZEICHNIS

I. RISIKOFAKTOREN	4
II. ALLGEMEINE INFORMATIONEN.....	6
1. VERANTWORTLICHE PERSONEN.....	6
1.1. VERANTWORTUNG FÜR DEN INHALT DES REGISTRIERUNGSFORMULARS	6
1.2. ERKLÄRUNG DER FÜR DAS REGISTRIERUNGSFORMULAR VERANTWORTLICHEN PERSONEN.....	6
2. ABSCHLUSSPRÜFER.....	6
2.1. NAME UND ANSCHRIFT	6
2.2. WECHSEL DER ABSCHLUSSPRÜFER	6
3. RISIKOFAKTOREN.....	6
3.1. RISIKOFAKTOREN HINSICHTLICH DES EMITTENTEN	6
4. ANGABEN ÜBER DEN EMITTENTEN	6
4.1. GESCHÄFTSGESCHICHTE UND GESCHÄFTSENTWICKLUNG DES EMITTENTEN	6
4.1.1. Juristischer und kommerzieller Name des Emittenten.....	6
4.1.2. Ort der Registrierung des Emittenten im Handelsregister und seine Registrierungsnummer.	6
4.1.3. Datum der Gründung des Emittenten	7
4.1.4. Sitz und Rechtsform des Emittenten; Rechtsordnung	7
4.1.5. Wichtige Ereignisse.....	7
4.1.6. Rating	7
5. GESCHÄFTSÜBERBLICK	8
5.1. HAUPTTÄTIGKEITSBEREICHE	8
5.1.1. Haupttätigkeiten des Emittenten	8
5.1.2. Wichtige neue Produkte und/oder Dienstleistungen.....	10
5.1.3. Wichtigste Märkte	10
5.1.4. Angaben des Emittenten zu seiner Wettbewerbsposition	10
6. ORGANISATIONSTRUKTUR.....	10
6.1. ZUGEHÖRIGKEIT DES EMITTENTEN ZU EINER GRUPPE	10
6.2. ABHÄNGIGKEIT DES EMITTENTEN VON ANDEREN MITGLIEDERN DES KONZERNES	11
7. TRENDINFORMATIONEN.....	12
7.1. WESENTLICHE NEGATIVE VERÄNDERUNGEN IN DEN AUSSICHTEN DES EMITTENTEN.....	12
7.2. INFORMATIONEN ÜBER BEKANNTE TRENDS, UNSICHERHEITEN, NACHFRAGEN, VERPFLICHTUNGEN ODER VORFÄLLE	12
8. GEWINNPROGNOSEN ODER –SCHÄTZUNGEN	12
9. GESCHÄFTSFÜHRUNGS- UND AUFSICHTSORGANE.....	12
9.1. AUFSICHTSRAT, VORSTAND.....	12
9.2. INTERESSENKONFLIKTE VON GESCHÄFTSFÜHRUNGS- UND AUFSICHTSORGANEN	15
10. HAUPTAKTIONÄRE.....	15
10.1. ANGABE, OB AN DEM EMITTENTEN UNMITTELBARE ODER MITTELBARE BETEILIGUNGEN ODER BEHERRSCHUNGSVERHÄLTNISSE BESTEHEN.....	15
10.2. VEREINBARUNGEN HINSICHTLICH MÖGLICHER KONTROLLVERÄNDERUNGEN	16
11. FINANZINFORMATIONEN ÜBER DIE VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE DES EMITTENTEN.....	16
11.1. HISTORISCHE FINANZINFORMATIONEN	16
11.2. JAHRESABSCHLUSS	16
11.3. PRÜFUNG DER HISTORISCHEN JÄHRLICHEN FINANZINFORMATIONEN	16
11.3.1. Erklärung über die Prüfung der historischen jährlichen Finanzinformationen	16
11.3.2. Angabe sonstiger Informationen im Registrierungsformular, die vom Abschlussprüfer geprüft wurden.....	16
11.3.3. Sonstige Finanzdaten	17
11.4. ALTER DER JÜNGSTEN FINANZINFORMATIONEN	17
11.4.1. Erklärung über das Alter der jüngsten Finanzinformationen	17
11.5. ZWISCHENFINANZINFORMATIONEN UND SONSTIGE FINANZINFORMATIONEN.....	17

11.5.1. Zwischenfinanzinformationen und sonstige Finanzinformationen sowie Erklärung über eine etwaige Prüfung der Zwischenfinanzinformationen.....	17
11.5.2. Zwischenfinanzinformationen, für den Fall, dass das Registrierungsformular mehr als neun Monate nach Ablauf des letzten geprüften Finanzjahres erstellt wurde.....	17
11.6. GERICHTS- UND SCHIEDSGERICHTSVERFAHREN	17
11.7. WESENTLICHE VERÄNDERUNGEN IN DER FINANZLAGE DES EMITTENTEN	17
12. WESENTLICHE VERTRÄGE	17
13. ANGABEN VON SEITEN DRITTER, ERKLÄRUNGEN VON SEITEN SACHVERSTÄNDIGER UND INTERESSENERKLÄRUNGEN	17
13.1. ERKLÄRUNGEN ODER BERICHTE VON SACHVERSTÄNDIGEN	17
13.2. ANGABEN VON SEITEN DRITTER	17
14. EINSEHBARE DOKUMENTE.....	17
ANHANG I: JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT 2016	
HSBC TRINKAUS & BURKHARDT AG.....	F I. 2
(LAGEBERICHT OHNE PROGNOSE- UND CHANCENBERICHT)	
ANHANG II: GESCHÄFTSBERICHT 2016 (KONZERNABSCHLUSS NACH IFRS)	
HSBC TRINKAUS & BURKHARDT-KONZERN	F II. 1
(KONZERNLAGEBERICHT OHNE PROGNOSE- UND CHANCENBERICHT)	
ANHANG III: GESCHÄFTSBERICHT 2015 (KONZERNABSCHLUSS NACH IFRS)	
HSBC TRINKAUS & BURKHARDT-KONZERN	F III. 1
UNTERSCHRIFTENSEITE (LETZTE SEITE)	U.1

I. Risikofaktoren

Hinsichtlich der Risikofaktoren, die die Fähigkeit des Emittenten beeinträchtigen könnten, seinen Verpflichtungen im Rahmen der zu begebenden Wertpapiere gegenüber den Anlegern nachkommen zu können, sind die folgenden Ausführungen zu beachten:

Emittentenausfallrisiko:

Der Wertpapierinhaber trägt das Emittentenausfallrisiko, d. h. das Insolvenzrisiko des Emittenten. Im Falle der Insolvenz, d. h. einer Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit, des Emittenten besteht für den Anleger das Risiko des Totalverlusts des für den Erwerb der Wertpapiere aufgewendeten Kapitals (Kaufpreis zuzüglich sonstiger mit dem Kauf verbundener Kosten – im Folgenden zusammen das "**Aufgewendete Kapital**"). Der Eintritt dieses Risikos hätte zur Folge, dass der Emittent seinen Zahlungsverpflichtungen aus den emittierten Wertpapieren gegenüber den Wertpapierinhabern nicht erfüllen könnte und die Wertpapierinhaber ihre Ansprüche nur noch nach Maßgabe der Insolvenzordnung zur Insolvenztabelle anmelden könnten. Eine Absicherung gegen diese Risiken durch den Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken, die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH oder vergleichbare Einrichtungen besteht für die Wertpapiere nicht.

Eine verbreitete Methode der Bewertung des Emittentenausfallrisikos (Insolvenz) ist das durch eine Ratingagentur veröffentlichte Rating des Emittenten. Dabei ist zu beachten, dass die Ratingagenturen ihre Ratings und damit auch das Rating den Emittenten betreffend jederzeit und kurzfristig durch eine entsprechende Veröffentlichung ändern oder widerrufen können. Der Emittent ist dem Risiko ausgesetzt, dass das durch die Ratingagentur veröffentlichte Rating des Emittenten herabgesetzt werden kann. Eine Herabsetzung des Ratings kann negative Effekte auf die Refinanzierungskosten und Refinanzierungsmöglichkeiten des Emittenten haben. Ebenso kann eine Herabsetzung des Ratings einen negativen Einfluss auf den Wert der Wertpapiere haben. Das Rating allein ist nicht immer aussagekräftig. Die Bonitätseinstufungen dienen lediglich der Entscheidungshilfe und sollen keine Grundlage für eine Kauf- oder Verkaufsentscheidung der Wertpapiere bilden. Aus diesem Grund sollten Anleger ihre Anlageentscheidung nicht allein auf Grundlage eines bestehenden Ratings treffen, sondern sich neben dem Rating ein eigenes Bild des Emittentenausfallrisikos, auch Bonitäts- oder Schuldnerisiko genannt, machen.

Risiko der Profitabilität:

Der Emittent unterliegt im Rahmen seiner zum Teil komplexen Geschäftstätigkeiten verschiedenen Risiken, die seine Profitabilität nachteilig beeinträchtigen können. Diese sind insbesondere:

- Strategische Risiken: Es besteht das Risiko strategischer Fehleinschätzungen der Entwicklung des Marktumfeldes und als Folge dessen einer Fehlentwicklung der Leistungsfähigkeit des Emittenten, wodurch auf mittlere Sicht die Ertragskraft negativ beeinträchtigt werden kann.

Bestandteil der im Juli 2013 verabschiedeten Wachstumsinitiative ist die selektive Erweiterung der aktuellen Zielklientel um international tätige Firmenkunden mit einem Jahresumsatz auch von weniger als 100 Mio. Euro und um Private Equity-Häuser. Ein breiteres Produktangebot soll den Bedarf unserer Kunden erfüllen: Global Liquidity and Cash Management (Zahlungsverkehr), Global Trade und Receivable Finance (Finanzierung von Handelsforderungen), syndizierte Kredite, öffentliche Förderkredite und langfristige Kredite zur Finanzierung von Anlageinvestitionen stehen künftig verstärkt zur Verfügung. In diesem Zusammenhang wurde bzw. wird die Mitarbeiterzahl erhöht sowie die Infrastruktur ausgebaut und das Niederlassungsnetz ausgeweitet, um die geplante Steigerung der Erlöse und Erträge des Emittenten in den nächsten fünf Jahren zu erreichen. Sollte sich herausstellen, dass der Emittent nicht in der Lage ist, den Wachstumsplan und den damit einhergehenden Geschäftsausbau umzusetzen oder sollte sich herausstellen, dass das mit der Wachstumsinitiative verbundene Ziel der Steigerung der Erlöse und Erträge nicht wie geplant

erreicht werden kann, so kann dies die dem Wachstumsplan zugrundeliegende Finanz- und Ertragsplanung negativ beeinflussen und zu erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Emittenten führen.

- Adressenausfallrisiken: Der Emittent unterliegt Adressenausfallrisiken, die aus Kredit- und Gegenparteirisiken sowie aus Länderrisiken bestehen. Von einem teilweisen oder vollständigen Ausfallrisiko können insbesondere Kredite, Forderungen, Handelsaktiva, Finanzanlagen sowie Eventualverbindlichkeiten (Finanzgarantien) und Kreditzusagen betroffen sein. Außerdem können in der Abwicklung des Zahlungsverkehrs, des Devisenhandels sowie des Wertpapierdienstleistungsgeschäfts Anschaffungsrisiken entstehen.
- Operationelle Risiken: Der Emittent unterliegt einer Vielzahl von operationellen Risiken, insbesondere der Gefahr von Verlusten, die insbesondere infolge einer Unzulänglichkeit oder des Versagens von internen Verfahren, von Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse oder in Form von Rechtsrisiken eintreten können.
- Marktrisiken: Der Emittent unterliegt Marktrisiken, zu welchen insbesondere folgende Risikoarten zählen: Währungswechsellkursänderungsrisiken, Zinsrisiken (inkl. Credit Spread-Risiken (Risikoaufschlag, d. h. Aufschlag auf die Rendite aufgrund eines erhöhten Risikos im Vergleich zu Anlagen bester Bonität)) sowie Aktienkurs- und sonstige Preisrisiken. Marktrisiken ergeben sich für den Emittenten insbesondere aus dem Handel mit Zins-, Aktien- und Devisenprodukten sowie, in geringem Maße, mit Rohwarenprodukten ohne physische Lieferung.
- Liquiditätsrisiko: Der Emittent unterliegt dem Risiko der Zahlungsunfähigkeit, sofern längerfristige Aktiva kurzfristig finanziert werden oder unerwartet auftretende Geldabflüsse nicht ausgeglichen werden können.
- Wettbewerbsumfeld: Insbesondere der deutsche Markt, in dem der Emittent im Wesentlichen tätig ist, ist von starkem Konditionen- und Preiswettbewerb geprägt. Dies kann die erzielbaren Margen negativ beeinträchtigen.
- Risiken aus bankenspezifischer Regulierung: Die regulatorischen Anforderungen, denen der Emittent als Kreditinstitut unterliegt, wurden in jüngerer Zeit und werden in nächster Zeit weiter verschärft, wodurch zusätzlicher Aufwand und Umsetzungsrisiken entstehen. Dies betrifft insbesondere höhere aufsichtsrechtliche Eigenkapital- und Liquiditätsstandards. Diese Entwicklungen können die Aktivitäten des Emittenten und die Wettbewerbsposition negativ beeinträchtigen.
- Sonstiges: Zudem können sich für den Emittenten auch Risiken aus dem makroökonomischen Umfeld, aus der Finanzmarktkrise, aus der Staatsschuldenkrise sowie Risiken aus Beteiligungen, aus dem Niedrigzinsumfeld, aus der Abschwächung der konjunkturellen Marktgegebenheiten und aus einer beeinträchtigten Finanzmarktstabilität ergeben und zu negativen Auswirkungen auf die Profitabilität des Emittenten führen.

Jedes dieser Risiken kann Auswirkungen auf die Profitabilität und/oder Kernkapitalquote des Emittenten haben und könnte dazu führen, dass die Profitabilität und/oder Kernkapitalquote des Emittenten sinkt. Dies könnte nachteilige Auswirkungen insbesondere auf die Bonität, den Zugang zu Finanzierungen und die Finanzierungskosten und folglich wiederum für die Profitabilität des Emittenten haben und zu erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Emittenten führen.

Der Emittent gehört zum HSBC-Konzern (der "**HSBC-Konzern**"), dessen Obergesellschaft die HSBC Holdings plc, London, ist, die wiederum indirekt 80,65 % am Aktienkapital des Emittenten hält.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich vorgenannte oder ähnliche Risiken im HSBC-Konzern nachteilig auf die Profitabilität des HSBC-Konzerns und sich indirekt auch auf die Profitabilität des Emittenten auswirken können.

II. Allgemeine Informationen

1. Verantwortliche Personen

1.1. Verantwortung für den Inhalt des Registrierungsformulars

Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG mit Sitz in 40212 Düsseldorf, Königsallee 21/23, (der "**Emittent**" und zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften der "**HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern**") übernimmt die Verantwortung für den Inhalt des Registrierungsformulars.

1.2. Erklärung der für das Registrierungsformular verantwortlichen Personen

Der Emittent erklärt, dass seines Wissens die Angaben im Registrierungsformular richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

2. Abschlussprüfer

2.1. Name und Anschrift

Abschlussprüfer des Emittenten für den von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraum ist die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Moskauer Straße 19, 40227 Düsseldorf, Tel. 0211/981-0 (der "**Abschlussprüfer**"). Der Abschlussprüfer ist Mitglied in der Deutschen Wirtschaftsprüferkammer sowie Mitglied des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW).

2.2. Wechsel der Abschlussprüfer

Ein Wechsel oder eine Abberufung der Abschlussprüfer hat während des von den geprüften historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraums nicht stattgefunden.

3. Risikofaktoren

3.1. Risikofaktoren hinsichtlich des Emittenten

Hinsichtlich der Risikofaktoren, die die Fähigkeit des Emittenten beeinträchtigen könnten, seinen Verpflichtungen im Rahmen der zu begebenden Wertpapiere gegenüber den Anlegern nachkommen zu können, sind die Ausführungen unter Punkt I. dieses Registrierungsformulars zu beachten.

4. Angaben über den Emittenten

4.1. Geschäftsgeschichte und Geschäftsentwicklung des Emittenten

4.1.1. Juristischer und kommerzieller Name des Emittenten

Der juristische Name des Emittenten lautet HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, der kommerzielle Name ist HSBC.

4.1.2. Ort der Registrierung des Emittenten im Handelsregister und seine Registrierungsnummer

Der Emittent ist aus der Umwandlung der Kommanditgesellschaft Trinkaus & Burkhardt in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien hervorgegangen und wurde als Kommanditgesellschaft auf Aktien am 13. Juni 1985 unter der Nummer HRB 20 004 in das Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf eingetragen. Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 2. Juni 1999 ist die Firma von "Trinkaus & Burkhardt Kommanditgesellschaft auf Aktien" in "HSBC Trinkaus & Burkhardt Kommanditgesellschaft auf Aktien" geändert worden; die Eintragung im Handelsregister ist am 17. Juni 1999 erfolgt. In der ordentlichen Hauptversammlung am 30. Mai 2006 wurde beschlossen,

die HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA in eine Aktiengesellschaft ("AG") umzuwandeln; die Eintragung im Handelsregister ist am 31. Juli 2006 unter der Nummer HRB 54447 erfolgt.

4.1.3. Datum der Gründung des Emittenten

Die Ursprünge des Emittenten gehen zurück auf das 1785 in Düsseldorf gegründete Großhandelsunternehmen Christian Gottfried Jäger, das spätere Bankhaus C. G. Trinkaus, sowie auf das 1841 in Essen gegründete Bankhaus Simon Hirschland, dessen Rechtsnachfolger das Bankhaus Burkhardt & Co. war. Die als Kommanditgesellschaft geführten Bankhäuser C. G. Trinkaus, Düsseldorf, und Burkhardt & Co., Essen, fusionierten 1972 zur Kommanditgesellschaft Trinkaus & Burkhardt.

4.1.4. Sitz und Rechtsform des Emittenten; Rechtsordnung

Der eingetragene Sitz des Emittenten ist Königsallee 21/23, 40212 Düsseldorf, Tel.: 0211/910-0. Es bestehen Niederlassungen in Baden-Baden, Berlin, Dortmund, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Köln, Mannheim, München, Nürnberg und Stuttgart. Der Emittent wird in der Rechtsform der Aktiengesellschaft (AG) geführt und ist vor allem innerhalb der Rechtsordnung Deutschlands tätig. Gegründet wurde der Emittent in Deutschland.

4.1.5. Wichtige Ereignisse

Es gibt keine wichtigen Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit des Emittenten, die in hohem Maße für die Bewertung seiner Solvenz (Zahlungsfähigkeit) relevant sind.

4.1.6. Rating

Ratingagenturen, wie beispielsweise die Ratingagentur Fitch Ratings Ltd., bewerten mit Hilfe einer Bonitätsbeurteilung, ob ein potenzieller Kreditnehmer zukünftig in der Lage sein wird, seinen Kreditverpflichtungen vereinbarungsgemäß nachzukommen. Ein wesentlicher Baustein für die Bonitätseinstufung (=Rating) ist die Bewertung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

<u><i>KATEGORIEN DER LANGFRISTIGEN FITCH RATINGS (LONG-TERM (LT) ISSUER DEFAULT RATING (IDR)):</i></u>	<u><i>KATEGORIEN DER KURZFRISTIGEN FITCH RATINGS (SHORT-TERM RATING):</i></u>
<i>AAA</i>	<i>F1</i>
<i>AA</i>	<i>F2</i>
<i>A</i>	<i>F3</i>
<i>BBB</i>	<i>B</i>
<i>BB</i>	<i>C</i>
<i>B</i>	<i>RD</i>
<i>CCC</i>	<i>D</i>
<i>CC</i>	
<i>C</i>	
<i>RD</i>	
<i>D</i>	

"+" oder "-" Zeichen werden einem Rating zugeordnet, um seine Position innerhalb der Haupt-ratingkategorie zu beschreiben.

Die Ratingagentur Fitch Ratings Ltd. (die "**Ratingagentur**") hat das im Auftrag des Emittenten erteilte langfristige Rating (Quelle: www.fitchratings.com) des Emittenten mit "AA-", das kurzfristige Rating mit "F1+" festgelegt (Stand zum Datum dieses Registrierungsformulars). Der Ausblick ist stabil (stable). Die Ratingagentur hat ihren Sitz in der Europäischen Gemeinschaft und ist gemäß Artikel 14 Absatz (1) in Verbindung mit Artikel 2 Absatz (1) der "VERORDNUNG (EG)

Nr. 1060/2009 des EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 16. September 2009 über Ratingagenturen" registriert.

Die Einstufung der langfristigen Kreditverbindlichkeiten mit "AA-" bedeutet, dass diese ein sehr geringes Kreditrisiko bergen. Die Einstufung der kurzfristigen Kreditverbindlichkeiten mit "F1+" bedeutet, dass der Emittent in herausragender Weise in der Lage ist, seine kurzfristigen Kreditverbindlichkeiten zurückzuzahlen. Der Ausblick gibt einen Anhaltspunkt, in welche Richtung sich das Rating in einem Zeitraum von ein bis zwei Jahren voraussichtlich entwickeln wird.

Eine verbreitete Methode der Bewertung des Emittentenausfallrisikos (Insolvenz) ist das durch eine Ratingagentur veröffentlichte Rating des Emittenten. Dabei ist zu beachten, dass die Ratingagenturen ihre Ratings und damit auch das Rating den Emittenten betreffend jederzeit und kurzfristig durch eine entsprechende Veröffentlichung ändern oder widerrufen können. Der Emittent ist dem Risiko ausgesetzt, dass das durch die Ratingagentur veröffentlichte Rating des Emittenten herabgesetzt werden kann. Eine Herabsetzung des Ratings kann negative Effekte auf die Refinanzierungskosten und Refinanzierungsmöglichkeiten des Emittenten haben. Ebenso kann eine Herabsetzung des Ratings einen negativen Einfluss auf den Wert der Wertpapiere haben. Das Rating allein ist nicht immer aussagekräftig. Die Bonitätseinstufungen dienen lediglich der Entscheidungshilfe und sollen keine Grundlage für eine Kauf- oder Verkaufsentscheidung der Wertpapiere bilden. Aus diesem Grund sollten Anleger ihre Anlageentscheidung nicht allein auf Grundlage eines bestehenden Ratings treffen, sondern sich neben dem Rating ein eigenes Bild des Emittentenausfallrisikos, auch Bonitäts- oder Schuldnerisiko genannt, machen.

5. Geschäftsüberblick

5.1. Haupttätigkeitsbereiche

5.1.1. Haupttätigkeiten des Emittenten

Der Emittent bietet als Universalbank Finanzdienstleistungen für Firmenkunden, institutionelle Kunden und vermögende Privatkunden an.

Das Firmenkundengeschäft des Emittenten richtet sich an den gehobenen Mittelstand sowie an internationale Handelsunternehmen und Großkonzerne. Die Unternehmen erhalten eine strategische Beratung und Begleitung in allen Finanz- und Finanzierungsfragen (Eigen- und Fremdkapital), aber auch in Anlagethemen. Im Auslandsgeschäft unterstützt der Emittent seine Kunden bei der Exportfinanzierung, im Dokumentengeschäft mit Dokumentenabwicklung und Supply Chain Business (Versorgungs- und Lieferkettengeschäft). Neben dem Zahlungsverkehr (Global Liquidity and Cash Management) werden die Absicherung – auch im Zins- und Devisengeschäft – sowie die Finanzierung von Handelsforderungen (Global Trade und Receivable Finance) angeboten.

Im Geschäft mit institutionellen Anlegern zählt der Emittent auch den Öffentlichen Sektor in Deutschland und Österreich zu seinen Kunden. Auch bei dieser Zielgruppe stehen die strategische Beratung sowie die Begleitung von Markttransaktionen im Vordergrund. Der Schwerpunkt liegt auf kapitalmarktorientierten Anlage- und Finanzierungslösungen. Zu den Leistungen gehört der Vertrieb von klassischen Fixed Income-Produkten wie Anleihen, Pfandbriefe und Schuldscheindarlehen sowie die Strukturierung von Produkten und Derivaten in den Asset-Klassen (Vermögensklassen) Zinsen, Währungen, Kredite und Aktien. Zusätzlich betreut der Emittent seine Kunden bei Investments in Aktien und Alternative Investments. Die Beratung stützt sich auf fundamentales, technisches und quantitatives Research (Analyse und Bewertung) aus eigenem Hause und aus dem HSBC-Konzern.

Der Schwerpunkt des Privatkundengeschäfts liegt auf der umfassenden Beratung und Betreuung von vermögenden Privatpersonen und Unternehmern sowie von Familien und Stiftungen auf Basis abgestufter Leistungspakete der Vermögensbetreuung und -verwaltung. Das Spektrum umfasst Leistungen zur Steuerung des Gesamtvermögens, der Vermögensanlage und verschiedene Services.

Im Rahmen der Gesamtvermögenssteuerung werden u. a. strategische Vermögensplanung, Vermögensnachfolgeberatung und Vermögenscontrolling angeboten. Die Vermögensanlage bietet z. B. die Vermögensverwaltung und -beratung in allen Asset-Klassen (Vermögensklassen). Allgemeine Services wie Kontoführung, Wertpapierverwahrung und Zahlungsverkehr runden das Angebot ab.

Der Emittent bietet seinen Kunden weitere zielgruppenübergreifende Finanzdienstleistungen an. Die Aktivitäten des Portfolio Managements (Depotverwaltung) sind in der Tochtergesellschaft HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH zusammengefasst; auch hier stützt sich die Beratung auf das Research (Analyse und Bewertung) aus eigenem Hause und aus dem HSBC-Konzern. Für Kunden werden Lösungen in den Bereichen kurzfristige Vermögensanlage (z. B. täglich verfügbare Geldmarktfonds in unterschiedlichen Währungen) und langfristige Vermögensanlage (z. B. über Spezial- und Publikumsfonds) entwickelt, sowie Beratungsdienstleistungen für verschiedene Asset Management-Aspekte (Vermögensverwaltung) angeboten.

Die Leistungen bei den Wertpaperservices werden von drei verschiedenen Einheiten erbracht: Der Bereich Custody Services des Emittenten dient institutionellen und Firmenkunden als Depotbank/Verwahrstelle (im investmentrechtlichen Sinne) sowie Wertpapierverwahrer. Als Wertpapierverwahrer unterstützt er die Kunden nicht nur bei der Wertpapierverwaltung und -verwahrung in Deutschland, sondern stellt den Kunden auch das weltweite Lagerstellennetzwerk mit einer der größten konzerneigenen Unterverwahrstellen zur Verfügung. Als ergänzende Dienstleistung verantwortet der Bereich eine Fondsrouting-Plattform, die den Prozess des Fondsorterns automatisiert.

Die Tochtergesellschaft Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH ("**HSBC INKA**") verantwortet als Master-KVG (Kapitalverwaltungsgesellschaft mit vollständigem Dienstleistungsangebot) die Fondsadministration und bündelt Dienstleistungen im Back- und Middle Office des Fondsgeschäfts. Neben dem Kerngeschäft, der Administration von insbesondere Master-, Hedge-, Spezial- und Publikumsfonds, strukturiert die Master-KVG Fonds, assistiert bei Fondsgründungen und -verwaltung. In die Reporting-Dienstleistungen werden auch Direktbestände eingebunden. Zu den Kunden der HSBC INKA gehören sowohl institutionelle als auch Firmenkunden.

Auf dem Gebiet der Wertpapierabwicklung ist HSBC Transaction Services GmbH aktiv. Diese Tochtergesellschaft des Emittenten bietet Middle und Back Office-Services (Abwicklungsdienstleistungen) rund um die Abwicklung, Verwaltung und Verwahrung von Wertpapieren an. Dazu gehören Migrationen, Ordermanagement mit Orderverwaltung, -disposition und -routing, Geschäftsabwicklung sowie Depotservices wie Terminereignisse, Depotüberträge und Abstimmungsservice.

Die Aktivitäten des Emittenten im Bereich Primärmarktgeschäft umfassen die Beratung und Begleitung von Unternehmen, Finanzinstituten und der öffentlichen Hand bei Kapitalmarkttransaktionen zur Aufnahme von Eigen- und Fremdkapital.

Als eigenkapitalrelevante Kapitalmarkttransaktionen werden insbesondere die Umplatzierung von Aktienpaketen, Gestaltung von Aktienoptionsplänen, Wandelanleihen, Aktienrückkäufe, Kapitalerhöhungen und Börseneinführungen angeboten.

Der Bereich Debt Capital Markets (Fremdkapitalmarkt) bietet öffentliche Emissionen und Privatplatzierungen in allen wesentlichen Währungen an. Das Spektrum schließt u. a. Unternehmensanleihen, Medium-Term Note-Ziehungen (Schuldverschreibungen aus Emissionsprogrammen), Schuldscheindarlehen und hybride Finanzinstrumente ein.

Ferner bietet der Emittent Beratungsdienstleistungen auf dem Gebiet Mergers and Acquisitions (Fusionen und Übernahmen) an. Darunter fallen der Kauf und Verkauf von Unternehmen, Unternehmensfusionen, Privatisierungen und die Unterstützung bei öffentlichen Übernahmen. Der Emittent begleitet Kunden auch bei länderübergreifenden Projekten.

Für bereits börsennotierte Unternehmen leistet der Emittent eine Sekundärmarktbetreuung im Rahmen von Corporate Broking und Designated Sponsoring in den Bereichen Market Making und Corporate Access.

Der Bereich Handel umfasst sämtliche Handelsaktivitäten des Emittenten mit Wertpapieren, Geld und Devisen. Auf börslichen und außerbörslichen Märkten werden Aktien und Aktienderivate, festverzinsliche Papiere und Zinsderivate sowie Devisen und Devisenoptionen für eigene Rechnung gehandelt. Eine zentrale Stellung bei der Steuerung der Liquiditäts- und Devisenposition des Emittenten nimmt der Geld- und Devisenhandel ein. Das Wertpapierleihe- und Repo-Geschäft (Wertpapierpensionsgeschäft) unterstützt zum einen die Bedienung von Lieferverpflichtungen des Handelsbereichs, zum anderen in starkem Maße die Liquiditätssteuerung des Emittenten.

Als einzige retailfähige Produktklasse begibt der Emittent im Bereich strukturierter Wertpapiere Optionsscheine, Zertifikate und Anleihen. Der Emittent vertreibt die Produkte nicht selbst. Anleger können sie über ihre Hausbank, verschiedene Direktbanken oder über die in den Endgültigen Bedingungen genannten Wertpapierbörsen ordern.

5.1.2. Wichtige neue Produkte und/oder Dienstleistungen

Es gibt seit dem Datum des letzten veröffentlichten und geprüften Jahresabschlusses des Emittenten keine neu eingeführten wesentlichen Produkte und Dienstleistungen des Emittenten.

Bestandteil der im Juli 2013 verabschiedeten Wachstumsinitiative ist die selektive Erweiterung der aktuellen Zielklientel um international tätige Firmenkunden mit einem Jahresumsatz auch von weniger als 100 Mio. Euro und um Private Equity-Häuser. Ein breiteres Produktangebot soll den Bedarf unserer Kunden erfüllen: Global Liquidity and Cash Management (Zahlungsverkehr), Global Trade und Receivable Finance (Finanzierung von Handelsforderungen), syndizierte Kredite, öffentliche Förderkredite und langfristige Kredite zur Finanzierung von Anlageinvestitionen stehen künftig verstärkt zur Verfügung.

5.1.3. Wichtigste Märkte

Die oben unter Punkt 5.1.1. aufgeführten Haupttätigkeitsbereiche des Emittenten sind vorwiegend auf den deutschen Markt fokussiert. Das Marktumfeld im deutschen Bankenmarkt ist seit der Veröffentlichung des letzten geprüften Abschlusses des Emittenten im Wesentlichen unverändert.

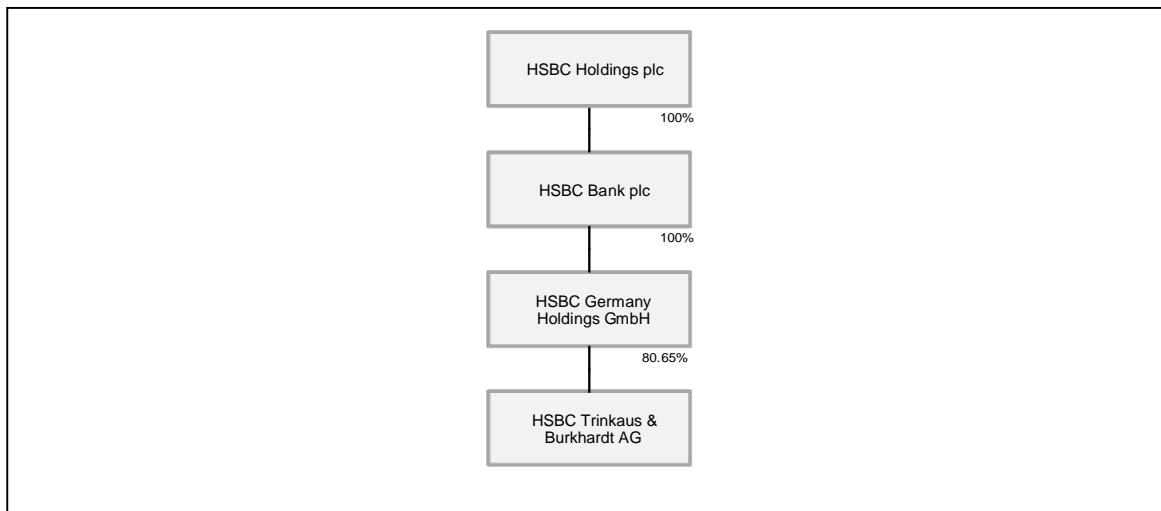
5.1.4. Angaben des Emittenten zu seiner Wettbewerbsposition

Der Emittent macht keine dezidierten Angaben im Rahmen der Beschreibung seiner Wettbewerbsposition, so dass entsprechende Grundlagen nicht zu nennen sind.

6. Organisationsstruktur

6.1. Zugehörigkeit des Emittenten zu einer Gruppe

Der Emittent gehört zum HSBC-Konzern (wie unter Punkt I. definiert). Gleichzeitig bildet der Emittent zusammen mit seinen konsolidierten Tochtergesellschaften den HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern (wie unter Punkt II. 1.1. definiert). Der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern umfasst eine Gruppe von 13 aktiven Gesellschaften, darunter insbesondere HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH ("**HSBC INKA**") und HSBC Transaction Services GmbH. Obergesellschaft ist die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG.



Der HSBC-Konzern ist nach eigener Einschätzung eine der weltweit größten Bank- und Finanzdienstleistungsgruppen und hat Tochtergesellschaften beziehungsweise Niederlassungen in Europa, in den Regionen Asien-Pazifik, Nord-, Mittel- und Südamerika, Mittlerer Osten und Afrika.

Die Aktien der HSBC Holdings plc, London, sind an den Börsen in London, Hongkong, New York, Paris und den Bermudas gelistet.

Innerhalb seines internationalen Netzwerkes ist der HSBC-Konzern insbesondere im allgemeinen Bankgeschäft, im Firmenkundengeschäft, im Investment Banking und in der Betreuung von Privatkunden tätig.

Der Emittent hat mit verschiedenen Gesellschaften des HSBC-Konzerns Kooperations- und Geschäftsbesorgungsverträge abgeschlossen. Der konsolidierte Abschluss des Emittenten wird einbezogen in den Konzernabschluss der HSBC Holdings plc, London.

6.2. Abhängigkeit des Emittenten von anderen Mitgliedern des Konzerns

Der Emittent ist Teil des HSBC-Konzerns. Er ist von der HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf, die 80,65 % Aktienanteile des Emittenten hält, unmittelbar abhängig i.S.v. § 17 AktG. Gegenstand des Unternehmens der HSBC Germany Holdings GmbH ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an deutschen Unternehmen. Gegenwärtig hält sie ausschließlich Anteile des Emittenten.

Alleinige Gesellschafterin der HSBC Germany Holdings GmbH ist die HSBC Bank plc, London. Die HSBC Bank plc betreibt in Großbritannien das operative Bankgeschäft und ist ihrerseits eine 100%ige Tochtergesellschaft der HSBC Holdings plc, der Obergesellschaft des HSBC-Konzerns, mit Sitz in London.

Somit ist der Emittent ein von der HSBC Holding plc sowie von der HSBC Bank plc mittelbar abhängiges Unternehmen i.S.v. § 17 AktG, wobei keine Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge bestehen. Solche Verträge und/oder Patronatserklärungen bestehen zwischen dem Emittenten und dessen Tochtergesellschaften HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, HSBC Transaction Services GmbH, Gesellschaft für industrielle Beteiligungen und Finanzierungen mbH, Düsseldorf. Durch die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge wird die Leitung der jeweiligen Tochtergesellschaft dem Emittenten unterstellt und die Tochtergesellschaft verpflichtet, ihren ganzen Gewinn an den Emittenten abzuführen. Dieser hat einen etwaigen Jahresfehlbetrag der

entsprechenden Tochtergesellschaften auszugleichen. Die Patronatserklärungen verpflichten den Emittenten, seine entsprechenden Tochtergesellschaften derart zu leiten und finanziell auszustatten, dass sie in der Lage sind, ihre gegenwärtigen und künftigen Verbindlichkeiten zu erfüllen.

Der Emittent unterliegt unter anderem den Vorschriften der §§ 311 ff. AktG.

7. Trendinformationen

7.1. Wesentliche negative Veränderungen in den Aussichten des Emittenten

Es hat seit dem Datum des letzten veröffentlichten und geprüften Jahresabschlusses des Emittenten, dem 31. Dezember 2016 nach Ansicht des Emittenten keine aktuellen wichtigen Trends gegeben, die die Geschäftstätigkeit des Emittenten in diesem Zeitraum beeinflusst haben.

7.2. Informationen über bekannte Trends, Unsicherheiten, Nachfragen, Verpflichtungen oder Vorfälle

Bekannte Trends, Unsicherheiten, Anfragen, Verpflichtungen oder Vorfälle, die die Aussichten des Emittenten nach vernünftigem Ermessen zumindest im laufenden Geschäftsjahr wesentlich beeinträchtigen werden, sind dem Emittenten nicht bekannt.

8. Gewinnprognosen oder –schätzungen

Es werden keine Gewinnprognosen oder –schätzungen aufgenommen.

9. Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane

9.1. Aufsichtsrat, Vorstand

(a) Mitglieder der Aufsichtsorgane

Der Aufsichtsrat

Der **Aufsichtsrat** setzt sich gemäß der Satzung des Emittenten und nach §§ 1 Abs. 1, 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Mitbestimmungsgesetz (MitbestG) in Verbindung mit §§ 95 Satz 5, 96 Abs. 1 Fall 1, 101 Abs. 1 Aktiengesetz (AktG) zusammen und besteht demgemäß je zur Hälfte aus Mitgliedern der Anteilseigner und aus Mitgliedern der Arbeitnehmer. Gemäß § 7 Abs. 1 Satz 2 MitbestG in Verbindung mit § 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 MitbestG hat der Aufsichtsrat sechzehn Mitglieder und setzt sich damit aus je acht Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrates sind unter der Geschäftsadresse des Emittenten, Königsallee 21/23, 40212 Düsseldorf, zu erreichen.

Dem Aufsichtsrat gehören an:

Andreas **Schmitz**, Düsseldorf

Vorsitzender

ehemaliges Mitglied des Vorstands (Sprecher) der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

Mandate in Aufsichtsräten:

Börse Düsseldorf AG, Düsseldorf (Vorsitzender des Aufsichtsrats)

E.ON SE, Düsseldorf

Scheidt & Bachmann GmbH, Mönchengladbach (Vorsitzender des Aufsichtsrats)

Mandate in mit dem Aufsichtsrat vergleichbaren Kontrollgremien:

KfW-Bankengruppe, Frankfurt am Main

Sigrid **Betzen**, Meerbusch (Arbeitnehmersvertreterin)

Deutscher Bankangestellten-Verband (Hauptgeschäftsführerin)

Gewerkschaftsvertreterin

Samir **Assaf**, London
Group Managing Director
Chief Executive Officer Global Banking and Markets, HSBC Holdings plc, London
Mandate in mit dem Aufsichtsrat vergleichbaren Kontrollgremien:
HSBC France S.A., Paris/Frankreich (Chairman)

Stefan **Fuchs**, Düsseldorf (Arbeitnehmervertreter)
Angestellter der HSBC Transaction Services GmbH

Dr. Hans Michael **Gaul**, Düsseldorf
ehemaliges Mitglied des Vorstands der E.ON AG
Mandate in Aufsichtsräten:
Siemens AG, München

Birgit **Hasenbeck**,⁺ Düsseldorf (Arbeitnehmervertreterin)
Bankangestellte

Alan McAlpine **Keir**, London
ehemaliger Group Managing Director
Non-Executive Director, HSBC Bank plc, London
Mandate in mit dem Aufsichtsrat vergleichbaren Kontrollgremien:
HSBC Bank Middle East Ltd., Dubai/Vereinigte Arabische Emirate
Majid Al Futtaim Holdings LLC, Dubai/Vereinigte Arabische Emirate
Sumitomo Mitsui Banking Corporation Europe, London/Großbritannien

Simon **Leathes**, London
Non-Executive Director, HSBC Bank plc, London
Mandate in mit dem Aufsichtsrat vergleichbaren Kontrollgremien:
HSBC Bank plc, London/Großbritannien
Assured Guaranty Limited, Hamilton/Bermuda
Assured Guaranty (Europe) Limited, London/Großbritannien (Chairman of the Boards Directors)
Assured Guaranty (UK) Limited, London/Großbritannien (Chairman of the Boards Directors)
HSB-Engineering Insurance Limited, London/Großbritannien

Friedrich **Merz**, Düsseldorf
Senior Counsel
Mayer Brown LLP
Mandate in Aufsichtsräten:
WEPA Industrieholding SE, Arnsherg (Vorsitzender des Aufsichtsrats)
BlackRock Asset Management Deutschland AG, München (Vorsitzender des Aufsichtsrats)
Mandate in mit dem Aufsichtsrat vergleichbaren Kontrollgremien:
Stadler Rail AG, Bussnang/Schweiz

⁺ Frau Hasenbeck wird am 14. Juni 2017 aus dem Unternehmen und dem Aufsichtsrat ausscheiden. Für den frei werdenden Sitz ist eine Nachwahl durchzuführen. Aufgrund der Geschlechterquote kann mit dieser Nachwahl nur eine weibliche Person aus den Reihen der Arbeitnehmer in den Aufsichtsrat gewählt werden. Zum Datum dieses Registrierungsformulars lagen noch keine Vorschläge für die Kandidatur vor. Die Amtszeit des neu zu wählenden Aufsichtsratsmitglieds beginnt voraussichtlich am 30. Juni 2017 und endet mit Ablauf der verbliebenen Amtsdauer des ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieds.

Ralf **Rochus**, Essen (Arbeitnehmervertreter)
Bankangestellter

Jochen **Schumacher**, Krefeld (Arbeitnehmervertreter)
Bankangestellter

Dr. Eric **Strutz**, Berg
ehemaliges Mitglied des Vorstands der Commerzbank AG
Mandate in mit dem Aufsichtsrat vergleichbaren Kontrollgremien:
Partners Group Holding AG, Baar/Schweiz
Partners Group AG, Schweiz
HSBC Bank plc, London/Großbritannien

Carsten **Thiem**, Düsseldorf (Arbeitnehmervertreter)
Bankangestellter
Gewerkschaftsvertreter

Hans-Jörg **Vetter**, Stuttgart
Vorsitzender des Vorstands Landesbank Baden-Württemberg
Mandate in Aufsichtsräten:
Herrenknecht AG, Schwanau (Vorsitzender des Aufsichtsrats)
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart

Dr. Oliver **Wendt**, Düsseldorf (Arbeitnehmervertreter)
Bankangestellter
Vertreter der leitenden Angestellten

(b) Mitglieder des Vorstands

Der **Vorstand** besteht gemäß der Satzung des Emittenten aus mindestens zwei Mitgliedern; im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands. Zurzeit sind **Mitglieder des Vorstands:**

Carola Gräfin **von Schmettow**, Düsseldorf
Sprecherin des Vorstands
Mandate in Aufsichtsräten:
ThyssenKrupp AG, Essen
BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin
BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin
Mandate in mit dem Aufsichtsrat vergleichbaren Kontrollgremien:
HSBC France S.A., Paris/Frankreich

Dr. Rudolf **Apenbrink**, Ratingen
Mandate in Aufsichtsräten:
HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, Düsseldorf (stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats)
HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf (Vorsitzender des Aufsichtsrats)
Mandate in mit dem Aufsichtsrat vergleichbaren Kontrollgremien:
HSBC Global Asset Management (Hong Kong) Limited, Hong Kong/China

Paul **Hagen**, Düsseldorf

Mandate in Aufsichtsräten:

RWE Supply & Trading GmbH, Essen

Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf

Düsseldorfer Hypothekenbank AG, Düsseldorf (stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats)

HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf (Vorsitzender des Aufsichtsrats)

HSBC Bank A.S., Istanbul/Türkei

Norbert **Reis**, Düsseldorf

Mandate in Aufsichtsräten:

HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf

Der Vorstand vergrößert sich ab dem 1. Mai 2017 auf fünf Mitglieder. Herr Fredun Mazaheri wird zum 1. Mai 2017 das neu geschaffene Vorstandsresort Risikomanagement übernehmen.

Der Emittent wird gesetzlich vertreten durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen. Verschiedene Vorstandsmitglieder üben Aufsichtsrats- und Beiratsfunktionen bei Tochtergesellschaften aus und nehmen im Rahmen der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen Aufsichtsrats- und Beiratsmandate bei konzernfremden Gesellschaften wahr. Sämtliche Mitglieder des Vorstands sind unter der Geschäftsadresse des Emittenten, Königsallee 21/23, 40212 Düsseldorf, zu erreichen.

9.2. Interessenkonflikte von Geschäftsführungs- und Aufsichtsorganen

Nach den Bestimmungen des Corporate Governance Kodex des Emittenten sind die Mitglieder des Vorstands sowie des Aufsichtsrats jeweils persönlich zur Offenlegung von potentiellen Interessenkonflikten verpflichtet.

Die Einhaltung des Corporate Governance Kodex einschließlich eventueller potentieller Interessenkonflikte wird jährlich durch den Aufsichtsrat und den Vorstand überprüft. Mit der Überwachung von Situationen, in denen unter dem Corporate Governance Kodex potentielle Interessenkonflikte mit dem Emittenten auftreten können, ist der Company Secretary des Emittenten betraut. Es bestehen aktuell keine potentiellen Interessenkonflikte zwischen den Verpflichtungen der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands des Emittenten gegenüber dem Emittenten und ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen (Stand zum Datum dieses Registrierungsformulars).

10. Hauptaktionäre

10.1. Angabe, ob an dem Emittenten unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen oder Beherrschungsverhältnisse bestehen

Das Grundkapital des Emittenten beläuft sich gegenwärtig auf €91.423.896,95; es ist eingeteilt in 34.088.053 Stückaktien, die voll eingezahlt sind und auf den Inhaber lauten.

Am Grundkapital des Emittenten sind die HSBC Germany Holdings GmbH als Aktionärin mit 80,65 % und die Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, mit 18,66% jeweils direkt beteiligt. Alleinige Gesellschafterin der HSBC Germany Holdings GmbH ist die HSBC Bank plc, London, die in Großbritannien das operative Bankgeschäft betreibt. Die HSBC Bank plc ihrerseits ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft der HSBC Holdings plc mit Sitz in London. Somit ist der Emittent ein von der HSBC Germany Holdings GmbH unmittelbar und von der HSBC Bank plc sowie der HSBC Holdings plc mittelbar abhängiges Unternehmen i.S.v. § 17AktG.

Zwischen dem Emittenten besteht weder mit der HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf, noch mit der HSBC Bank plc, London, oder der HSBC Holdings plc, London, ein Beherrschungs- oder Gewinnabführungsvertrag. Solche Verträge und/oder Patronatserklärungen

bestehen zwischen dem Emittenten und dessen Tochtergesellschaften HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, HSBC Transaction Services GmbH, Gesellschaft für industrielle Beteiligungen und Finanzierungen mbH, Düsseldorf. Durch die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge wird die Leitung der jeweiligen Tochtergesellschaft dem Emittenten unterstellt und die Tochtergesellschaft verpflichtet, ihren ganzen Gewinn an den Emittenten abzuführen. Dieser hat einen etwaigen Jahresfehlbetrag der entsprechenden Tochtergesellschaften auszugleichen. Die Patronatserklärungen verpflichten den Emittenten, seine entsprechenden Tochtergesellschaften derart zu leiten und finanziell auszustatten, dass sie in der Lage sind, ihre gegenwärtigen und künftigen Verbindlichkeiten zu erfüllen. Zwecks Verhinderung eines Missbrauchs der vorstehend beschriebenen Beherrschungsverhältnisse erstellt der Vorstand des Emittenten gemäß § 312 Aktiengesetz einen jährlichen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht), der von dem Abschlussprüfer der Gesellschaft geprüft wird.

Von dem Grundkapital des Emittenten sind 21.488.053 Stückaktien an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf und Stuttgart zum Börsenhandel im Regulierten Markt zugelassen. 12.600.000 Stückaktien aus dem Besitz des HSBC-Konzerns sind nicht an der Börse eingeführt.

10.2. Vereinbarungen hinsichtlich möglicher Kontrollveränderungen

Es sind dem Emittenten keine Vereinbarungen bekannt, deren Ausübung zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Änderung in der Beherrschung des Emittenten führen könnte.

11. Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Emittenten

11.1. Historische Finanzinformationen

In Anhang I finden sich Jahresabschluss und Lagebericht (ohne Prognose- und Chancenbericht) 2016 (Einzelabschluss nach HGB), in Anhang II ist der Konzernabschluss nach IFRS (ohne Prognose- und Chancenbericht) für das Geschäftsjahr 2016 und in Anhang III der Konzernabschluss nach IFRS für das Geschäftsjahr 2015 enthalten.

11.2. Jahresabschluss

In Anhang I finden sich der Jahresabschluss und Lagebericht (ohne Prognose- und Chancenbericht) 2016 (Einzelabschluss nach HGB), in Anhang II der Konzernabschluss nach IFRS (ohne Prognose- und Chancenbericht) für das Geschäftsjahr 2016 und in Anhang III ist der Konzernabschluss nach IFRS für das Geschäftsjahr 2015 abgedruckt, die jeweils die Konzernbilanz, die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, die Konzern-Eigenkapital-Veränderungsrechnung, die Konzern-Kapitalabflussrechnung und die Erläuterungen beinhalten.

11.3. Prüfung der historischen jährlichen Finanzinformationen

11.3.1. Erklärung über die Prüfung der historischen jährlichen Finanzinformationen

Der Jahresabschluss und Lagebericht zum 31. Dezember 2016 (Einzelabschluss nach HGB) sowie die Konzernabschlüsse und Konzernlageberichte der Jahre 2015 und 2016 wurden durch den Abschlussprüfer geprüft. Dem Jahresabschluss und Lagebericht zum 31. Dezember 2016 (Einzelabschluss nach HGB) wurde wie den Konzernabschlüssen und Konzernlageberichten der Jahre 2015 und 2016 durch den Abschlussprüfer ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

11.3.2. Angabe sonstiger Informationen im Registrierungsformular, die vom Abschlussprüfer geprüft wurden

Sonstige Informationen in diesem Registrierungsformular wurden nicht von dem Abschlussprüfer geprüft.

11.3.3. Sonstige Finanzdaten

Finanzdaten, die nicht dem geprüften Jahresabschluss entnommen sind, sind nicht in diesem Registrierungsformular enthalten.

11.4. Alter der jüngsten Finanzinformationen

11.4.1. Erklärung über das Alter der jüngsten Finanzinformationen

Die letzten geprüften Finanzinformationen sind nicht älter als 18 Monate ab dem Datum dieses Registrierungsformulars.

11.5. Zwischenfinanzinformationen und sonstige Finanzinformationen

11.5.1. Zwischenfinanzinformationen und sonstige Finanzinformationen sowie Erklärung über eine etwaige Prüfung der Zwischenfinanzinformationen

Zwischenfinanzinformationen und sonstige Finanzinformationen sind nicht in diesem Registrierungsformular enthalten.

11.5.2. Zwischenfinanzinformationen, für den Fall, dass das Registrierungsformular mehr als neun Monate nach Ablauf des letzten geprüften Finanzjahres erstellt wurde

Nicht einschlägig.

11.6. Gerichts- und Schiedsgerichtsverfahren

Es haben keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis des Emittenten noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten) im Zeitraum der mindestens letzten zwölf Monate stattgefunden, die sich in jüngster Zeit erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität des Emittenten und/oder des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns ausgewirkt haben oder sich in Zukunft auswirken könnten.

11.7. Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage des Emittenten

Seit dem 31. Dezember 2016 gibt es keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage oder der Handelsposition des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns.

12. Wesentliche Verträge

Es gibt keine wesentlichen Verträge, die nicht im normalen Geschäftsverlauf abgeschlossen wurden, und die dazu führen könnten, dass jedwedes Mitglied der Gruppe eine Verpflichtung oder ein Recht erlangt, die bzw. das für die Fähigkeit des Emittenten, seinen Verpflichtungen gegenüber den Wertpapierinhabern in Bezug auf die ausgegebenen Wertpapiere nachzukommen, von wesentlicher Bedeutung ist.

13. Angaben von Seiten Dritter, Erklärungen von Seiten Sachverständiger und Interessenerklärungen

13.1. Erklärungen oder Berichte von Sachverständigen

Erklärungen oder Berichte Sachverständiger sind in diesem Registrierungsformular nicht enthalten.

13.2. Angaben von Seiten Dritter

In diesem Registrierungsformular wurden Angaben von Seiten Dritter übernommen. Der Emittent bestätigt, dass diese Angaben korrekt wieder gegeben wurden und nach Wissen des Emittenten und soweit für ihn aus den von diesem Dritten veröffentlichten Angaben ersichtlich, die Angaben nicht durch Auslassungen unkorrekt oder irreführend gestaltet wurden. Der Emittent hat die Informationen direkt von der Ratingagentur Fitch Ratings Ltd. (Quelle der Informationen) erhalten.

14. Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer des Registrierungsformulars (zwölf Monate nach seiner Billigung) ist das nachfolgend unter (a) genannte Dokument über die Website des Emittenten www.hsbc-zertifikate.de beispielsweise unter dem Menüpunkt "Kontakt & Service" unter "Downloadcenter",

das unter (b) genannte Dokument über die Website des Emittenten www.hsbc.de beispielsweise unter "Über HSBC" unter dem Menüpunkt "Investor Relations" unter "Corporate Governance " und die unter (c) und (d) genannten Dokumente über die Website des Emittenten www.hsbc.de beispielweise unter "Über HSBC" unter dem Menüpunkt "Investor Relations" unter "Finanzberichte" einsehbar und/oder in elektronischer Form abrufbar.

Einschbare bzw. abrufbare Dokumente:

- (a) dieses Registrierungsformular, einschließlich sämtlicher Nachträge, die der Emittent gegebenenfalls gemäß § 16 Wertpapierprospektgesetz erstellen wird,
- (b) die Satzung des Emittenten,
- (c) die geprüften Konzernabschlüsse und Konzernlageberichte des Emittenten und seiner Tochtergesellschaften für die beiden Geschäftsjahre 2015 und 2016 sowie der geprüfte Einzelabschluss und Lagebericht des Emittenten für das Jahr 2016,
- (d) aktuelle Geschäftsberichte sowie aktuelle Halbjahresberichte des Emittenten.

INHALTSVERZEICHNIS DER ANHÄNGE

ANHANG I: JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT 2016

HSBC TRINKAUS & BURKHARDT AG	F I. 2
(LAGEBERICHT OHNE PROGNOSE- UND CHANCENBERICHT)	
LAGEBERICHT.....	F I. 3
GRUNDLAGEN DER BANK.....	F I. 4
WIRTSCHAFTSBERICHT	F I. 12
RISIKOBERICHT	F I. 22
INTERNES KONTROLLSYSTEM UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM BEZOGEN AUF DEN RECHNUNGSLEGUNGSPROZESS.....	F I. 51
ÜBERNAHMERELEVANTE ANGABEN	F I. 56
NACHHALTIGE UNTERNEHMENSFÜHRUNG	F I. 58
MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER	F I. 62
VERGÜTUNGSBERICHT.....	F I. 64
ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG.....	F I. 72
ABSCHLUSS NACH HGB	F I. 73
JAHRESBILANZ DER HSBC TRINKAUS & BURKHARDT AG ZUM 31. DEZEMBER 2016.....	F I. 74
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER HSBC TRINKAUS & BURKHARDT AG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS ZUM 31. DEZEMBER 2016.....	F I. 78
ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2016 DER HSBC TRINKAUS & BURKHARDT AG	F I. 80
1. GRUNDLAGEN	F I. 81
2. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN	F I. 82
3. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ	F I. 89
4. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN HAFTUNGSVERHÄLTNISSEN	F I. 106
5. SONSTIGE HAFTUNGSVERHÄLTNISS UND FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN.....	F I. 107
6. MARKTRISIKOBEHAFTETE GESCHÄFTE.....	F I. 108
7. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	F I. 111
8. SONSTIGE ANGABEN.....	F I. 113
ORGANE.....	F I. 115
MANDATE DER VORSTÄNDE, MITARBEITER UND AUFSICHTSRATSMITGLIEDER	F I. 116
ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS	F I. 121
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS	F I. 123

ANHANG II: GESCHÄFTSBERICHT 2016 (KONZERNABSCHLUSS NACH IFRS)

HSBC TRINKAUS & BURKHARDT-KONZERN	F II. 1
KENNZAHLEN DES HSBC TRINKAUS-KONZERNS & BURKHARDT-KONZERNS.....	F II. 2
KONZERNLAGEBERICHT (OHNE PROGNOSE- UND CHANCENBERICHT):	
GESCHÄFTSBERICHT 2016 HSBC TRINKAUS & BURKHARDT-KONZERN.....	F II. 3
GRUNDLAGEN DES KONZERNS	F II. 4
WIRTSCHAFTSBERICHT	F II. 12
NACHTRAGSBERICHT.....	F II. 22
RISIKOBERICHT	F II. 23
INTERNES KONTROLLSYSTEM UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM BEZOGEN AUF DEN RECHNUNGSLEGUNGSPROZESS.....	F II. 52
ÜBERNAHMERELEVANTE ANGABEN	F II. 57
NACHHALTIGE UNTERNEHMENSFÜHRUNG	F II. 59
MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER	F II. 63
VERGÜTUNGSBERICHT.....	F II. 65
ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG.....	F II. 73

KONZERNABSCHLUSS NACH IFRS:	
KONZERNBILANZ HSBC TRINKAUS & BURKHARDT	F II. 74
KONZERN-GESAMTERGEBNISRECHNUNG HSBC TRINKAUS & BURKHARDT	F II. 75
KONZERN-EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG HSBC TRINKAUS & BURKHARDT	F II. 76
KONZERN-KAPITALFLUSSRECHNUNG HSBC TRINKAUS & BURKHARDT.....	F II. 77
ERLÄUTERUNGEN (NOTES) ZUM KONZERNABSCHLUSS.....	F II. 78
GRUNDLAGEN DER RECHNUNGSLEGUNG.....	F II. 80
BILANZIERUNGS-, BEWERTUNGS- UND KONSOLIDIERUNGSMETHODEN	F II. 81
ANGABEN ZUR KONZERNBILANZ.....	F II. 92
ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DES KONZERNS	F II. 114
SONSTIGE ANGABEN	F II. 122
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS	F II. 159
ZAHLEN DES KONZERNS IM MEHRJAHRESVERGLEICH IN MIO. EURO	F II. 160

ANHANG III: GESCHÄFTSBERICHT 2015 (KONZERNABSCHLUSS NACH IFRS)

HSBC TRINKAUS & BURKHARDT-KONZERN	F III. 1
KENNZAHLEN DES HSBC TRINKAUS-KONZERNS & BURKHARDT-KONZERNS.....	F III. 2

KONZERNLAGEBERICHT (OHNE PROGNOSE- UND CHANCENBERICHT):

GESCHÄFTSBERICHT 2015 HSBC TRINKAUS & BURKHARDT.....	F III. 3
GRUNDLAGEN DES KONZERNS	F III. 4
WIRTSCHAFTSBERICHT	F III. 11
NACHTRAGSBERICHT.....	F III. 19
RISIKOBERICHT	F III. 20
INTERNES KONTROLLSYSTEM UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM BEZOGEN AUF DEN RECHNUNGSLEGUNGSPROZESS.....	F III. 49
ÜBERNAHMERELEVANTE ANGABEN	F III. 54
NACHHALTIGE UNTERNEHMENSFÜHRUNG	F III. 56
MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER	F III. 59
VERGÜTUNGSBERICHT.....	F III. 61
ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG.....	F III. 67

KONZERNABSCHLUSS NACH IFRS:

KONZERNBILANZ HSBC TRINKAUS & BURKHARDT	F III. 68
KONZERN-GESAMTERGEBNISRECHNUNG HSBC TRINKAUS & BURKHARDT	F III. 69
KONZERN-EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG HSBC TRINKAUS & BURKHARDT ...	F III. 70
KONZERN-KAPITALFLUSSRECHNUNG HSBC TRINKAUS & BURKHARDT.....	F III. 71
ERLÄUTERUNGEN (NOTES) ZUM KONZERNABSCHLUSS.....	F III. 72
GRUNDLAGEN DER RECHNUNGSLEGUNG.....	F III. 73
BILANZIERUNGS-, BEWERTUNGS- UND KONSOLIDIERUNGSMETHODEN	F III. 74
ANGABEN ZUR KONZERNBILANZ.....	F III. 85
ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DES KONZERNS	F III. 107
SONSTIGE ANGABEN	F III. 115
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS	F III. 152
ZAHLEN DES KONZERNS IM MEHRJAHRESVERGLEICH IN MIO. EURO	F III. 153

Jahresabschluss
und Lagebericht

2016

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

Jahresabschluss und Lagebericht 2016 HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

Datum der Herausgabe:
April 2017

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
Königsallee 21/23
40212 Düsseldorf

Tel. +49 211 910-0
Fax +49 211 910-616

info@hsbc.de
www.hsbc.de



Lagebericht

Grundlagen der Bank

Geschäftsmodell

Aufbau und Leitung

Der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern umfasst derzeit eine Gruppe von 13 aktiven Gesellschaften. Obergesellschaft ist die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG.

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

Internationale
Kapitalanlagegesellschaft mbH
Düsseldorf

HSBC INKA
Investment-AGTGV
Düsseldorf

HSBC Transaction
Services GmbH
Düsseldorf

HSBC Global Asset Management
(Deutschland) GmbH
Düsseldorf

HSBC Global Asset Management
(Österreich) GmbH
Wien

HSBC Global Asset Management
(Switzerland) AG
Zürich

HSBC Trinkaus
Real Estate GmbH
Düsseldorf

HSBC Trinkaus
Family Office GmbH
Düsseldorf

Grundstücksgesellschaft
Trinkausstraße KG
Düsseldorf

Trinkaus Private Equity
Management GmbH
Düsseldorf

HSBC Trinkaus & Burkhardt
Gesellschaft für
Bankbeteiligungen mbH
Düsseldorf

Gesellschaft für industrielle
Beteiligungen und
Finanzierungen mbH
Düsseldorf

Zum Konzern gehören darüber hinaus noch weitere Gesellschaften, die jedoch zurzeit keine bedeutenden aktiven Tätigkeiten ausüben. Schließlich werden dem Konzern Gesellschaften zugerechnet, die als persönlich haftende Gesellschafter von geschlossenen Immobilienfonds und von Private Equity-Fonds fungieren. Der Konzern steht unter einheitlicher Leitung des Vorstands der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG. Die Geschäftsführer der Einzelgesellschaften werden in der Regel durch Aufsichtsräte, Verwaltungsräte oder Beiräte beaufsichtigt. Unbeschadet ihrer rechtlichen Selbstständigkeit werden alle Gesellschaften im Rahmen einer Gesamtstrategie geführt.

Der Vorstand hat gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2016 einen Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) erstellt.

Dieser Bericht endet mit der Schlusserklärung: „Die Bank erhielt bei jedem im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die uns im Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren. Auf Veranlassung oder im Interesse der HSBC Holdings plc oder eines mit der HSBC Holdings plc verbundenen Unternehmens wurden zum Nachteil der Bank Maßnahmen weder getroffen noch unterlassen.“

Die Geschäftsbereiche

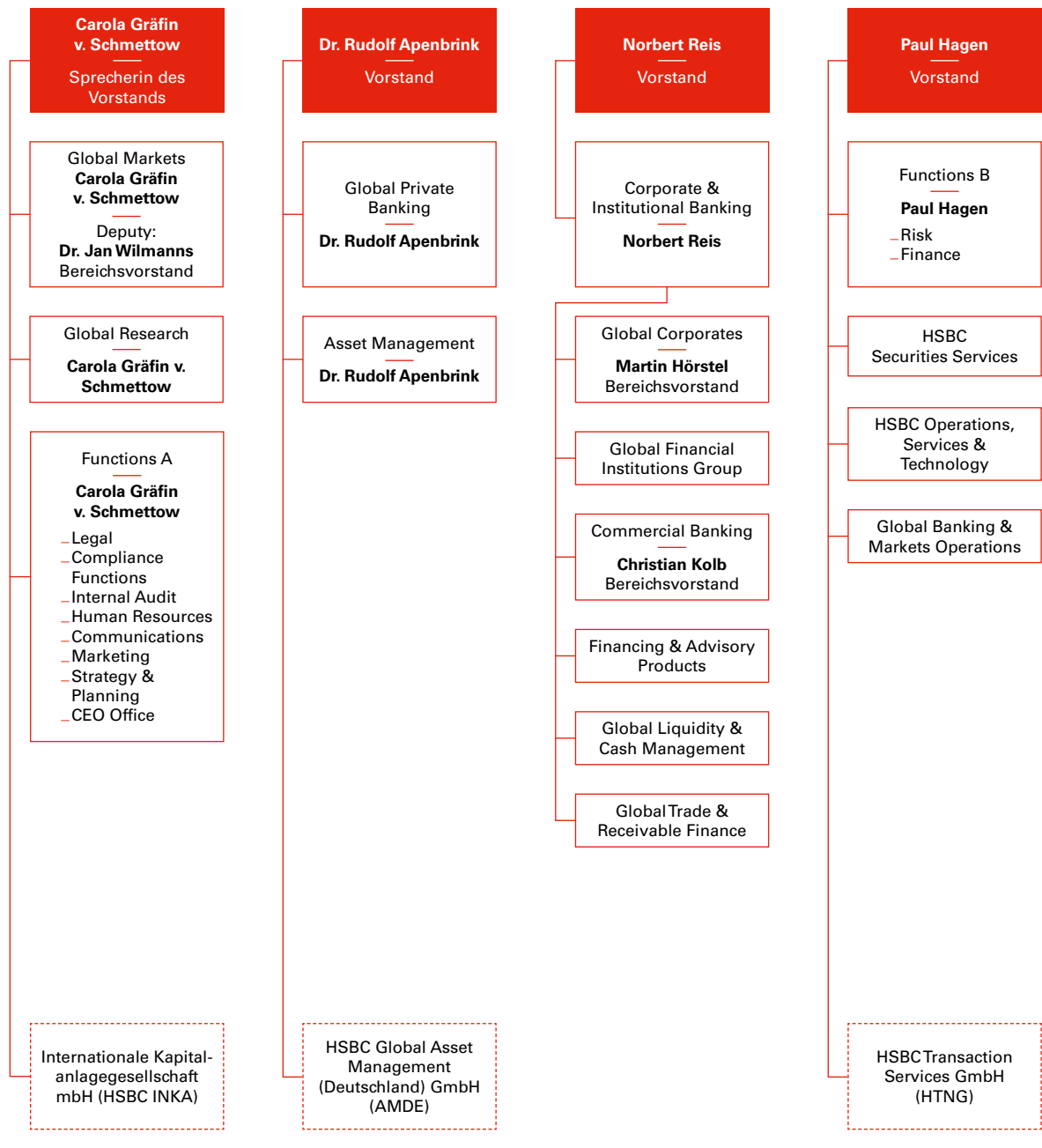
Alle Vorstandsmitglieder sind ungeachtet ihrer Gesamtverantwortung für bestimmte Bereiche individuell zuständig. Die Herren Martin Hörstel, Christian Kolb und Dr. Jan Wilmanns stehen den Vorstandsmitgliedern im Rahmen der erweiterten Geschäftsführung als Bereichsvorstände zur Seite. Die Zuordnungen im nachfolgenden Organigramm gelten nicht nur für die AG und ihre Niederlassungen, sondern auch für die Tochtergesellschaften.

Nach erfolgreicher dreijähriger Leitung und Weiterentwicklung des Ressorts Mittelstandskunden hat sich Stephen Price entschlossen, zum 31. Mai 2016 sein Amt als Vorstandsmitglied niederzulegen, um sich außerhalb der Bank neuen Aufgaben zu widmen. Der Vorstand verkleinert sich dadurch von fünf auf vier Mitglieder. Dr. Christiane Lindenschmidt hat im Juni 2016 eine neue

Herausforderung in der HSBC-Gruppe als Chief Administration Officer im Group COO Office in London angenommen.

Bislang hat die Bank in ihrem Firmenkundengeschäft zwischen den beiden Ressorts Commercial Banking, dem Mittelstandsgeschäft, und Global Banking Corporates, dem Geschäft mit internationalen Großkonzernen, unterschieden. Die Bank hat mit Wirkung zum 1. Juni 2016 beide Ressorts unter ein Dach zusammengeführt und trägt so der Besonderheit des deutschen Firmenkundenmarkts mit seinen starken und international ausgerichteten Unternehmen künftig noch besser Rechnung. Den neuen Bereich „Corporate and Institutional Banking“ leitet Norbert Reis als Vorstand. Die neuen Bereichsvorstände Christian Kolb für Commercial Banking und Martin Hörstel für Global Corporates unterstützen Norbert Reis in seiner erweiterten Verantwortung.

Vorstand



Die Geschäftsbereiche Private Banking (GPB), Commercial Banking (CMB) und Global Banking & Markets (GB&M) sowie Asset Management (AM) entsprechen der weltweiten Organisationsstruktur der HSBC-Gruppe.

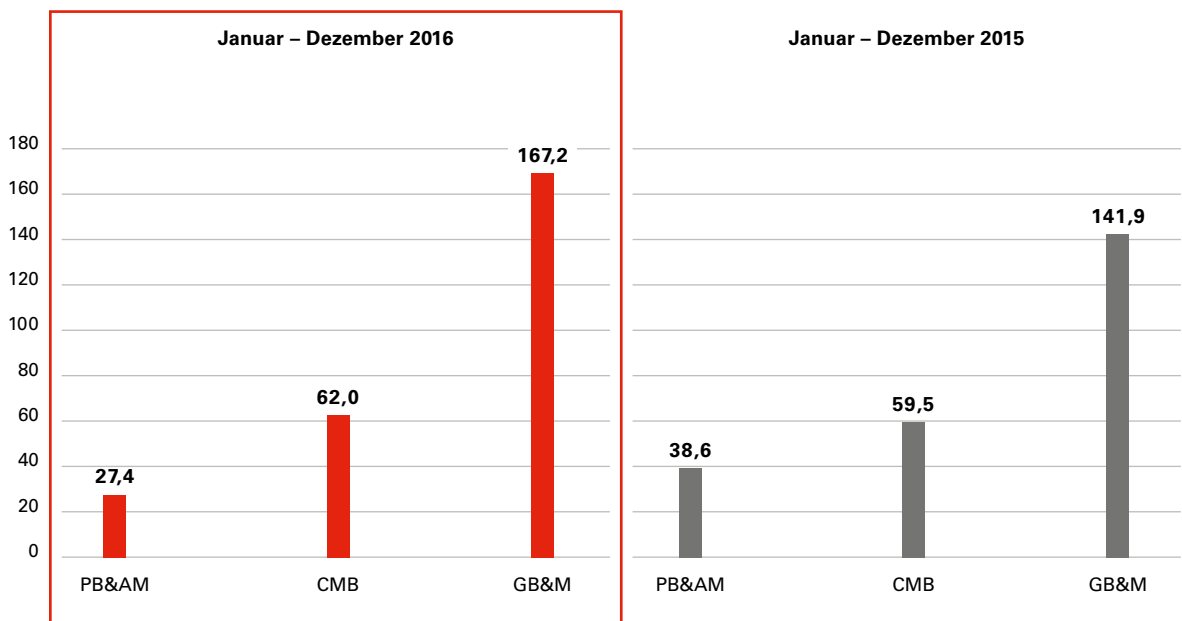
passt die Summe der Ergebnisse des Privatkunden- und des Asset Management-Geschäfts, während sich die Darstellung der anderen Sparten Commercial Banking und Global Banking and Markets nicht verändert hat.

Die Zusammenfassung der bisher getrennt ausgewiesenen Bereiche Private Banking und Asset Management zu dem Segment Private Banking & Asset Management folgt der neuen Steuerungssystematik innerhalb von HSBC Deutschland. Das neue Segment enthält erstmalig für das Gesamtjahr 2016 und rückwirkend ange-

Die Kosten für Technologie und Servicebereiche werden zum überwiegenden Teil mittels Leistungsartenpreisen (Stückkosten) den Kunden- und Handelsbereichen belastet. Die Cost Center werden auf die operativen Geschäftsbereiche verrechnet, sodass deren Geschäftsergebnisse auf Vollkosten basieren.

Anteile an Geschäftsergebnissen

in Mio. €



Unsere Strategie im Überblick

Geschäftsstrategie

Der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern hat im vergangenen Geschäftsjahr erneut gezeigt, dass sein diversifiziertes Geschäftsmodell mit klarer Kundenorientierung überzeugt. Der Garant für den Erfolg ist die in der deutschen Bankenlandschaft einzigartige Verbindung einer lokal starken und hochprofessionellen Geschäftsbank mit der internationalen Leistungsfähigkeit und Kapitalkraft der HSBC-Gruppe. Als Teil dieser Banken-Gruppe verfügt die Bank mit „AA- (Stable)“ weiterhin über das beste Fitch-Rating einer privaten Geschäftsbank in Deutschland. Dies erachten wir als Bestätigung und soliden Fundament unserer erfolgreichen Geschäftsstrategie.

Aus dieser Position der Stärke heraus wollen wir den schwierigen sich ändernden Rahmenbedingungen im Bankenmarkt begegnen: Erstens belastet das historisch extrem niedrige Zinsumfeld die operative Ertragskraft von Banken erheblich. Zweitens nimmt die Regulierung des Bankensektors weiter mit zum Teil erheblichen Auswirkungen auf Geschäftsmodelle in der Bankenbranche zu. Wir verbreitern unser auf das Wertpapier- und Devisengeschäft ausgerichtetes Geschäftsmodell mit sehr starker Marktstellung im Geschäft mit institutionellen Kunden, indem wir stärker auf das Firmenkundengeschäft setzen. Drittens müssen wir uns dauerhaft mit einem lediglich moderaten Wirtschaftswachstum in Deutschland auseinandersetzen. Für die Jahre 2017 und 2018 wird nunmehr nur noch von einem Wachstum von 1,6 und 1,7 % p. a. ausgegangen. Viertens sind die Wachstumsraten im globalen Handel rückläufig und die mögliche Abschottung einzelner Wirtschaftsräume u. a. als Folge von Brexit und der neuen Regierung in den USA könnten den internationalen Handel weiter belasten. Und fünftens ist seit einiger Zeit das Interesse ausländischer Anbieter am deutschen Markt wieder erwacht, was den Wettbewerb signifikant verschärft.

Deshalb haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 unsere Wachstumsstrategie weiterentwickelt und an das oben dargestellte veränderte Umfeld angepasst. Unter dem Titel „Germany 2020“ haben wir einen Wachstumsplan für die Jahre 2016 bis 2020 entwickelt, dessen grundsätzliche Zielgrößen und strategische Überzeugungen denen der Wachstumsinitiative entsprechen, nämlich das Firmenkundengeschäft mit internationalen tätigen Unternehmen auszubauen. Die unverändert

starke Stellung im Geschäft mit institutionellen Kunden, die ein wesentlicher Pfeiler des gesamten kundenorientierten Geschäftsmodells der Bank ist, soll weiter gefestigt werden. Die Wachstumsinitiative, die wir 2013 ins Leben gerufen hatten, gilt inzwischen als umgesetzt.

Unsere strategischen Grundüberzeugungen lauten nach wie vor:

Wir wollen die führende internationale Bank in Deutschland für unsere deutschen mittelständischen Unternehmen und Großunternehmen werden sowie der ‚Trusted Advisor‘ für alle unsere Kunden. Wir wollen uns als Kernbank bei unseren Kunden etablieren. Innerhalb der HSBC-Gruppe wollen wir unsere starke Stellung in der Zuführung von Geschäft an andere Gruppeneinheiten halten, zudem wollen wir in der Zuführung von Geschäft zwischen den Geschäftsbereichen führend sein. Wir unterstützen unsere Kundenbereiche dabei mit effizienten und vereinfachten Prozessen. Dies hilft nicht nur, mehr Zeit am Kunden verbringen zu können, sondern auch die Kosten zu reduzieren.

Im Zuge von „Germany 2020“ wurden neue Akzente gesetzt und in fünf Agendapunkten konkretisiert:

1. Stärkere Betonung des qualitativen Wachstums
2. Verstärkte Renditeorientierung
3. Verbesserung des Produktangebots
4. Ausbau der grenzüberschreitenden und Business-Line-übergreifenden Zusammenarbeit
5. Verschlinkung der Prozesse / Investitionen in IT

Nach der volumengetriebenen Wachstumsphase, um Marktanteile zu gewinnen, fokussiert sich unser Haus nun auf qualitatives Wachstum und eine renditeorientierte Strategie. Im Vordergrund steht, die Investition in neue und bestehende Kundenbeziehungen zu amortisieren und nach dem Vertrieb von kreditorientierten Produkten nun verstärkt provisionsgetriebene Produkte beim Kunden zu platzieren. Nachdem sich unser Haus beim Kunden als Kernbank etabliert hat, erwartet die Bank eine Vertiefung des „Wallet“, also des Anteils am gesamten Budget des Kunden für Bankprodukte. Die

* Die Ratingagentur Fitch Ratings Ltd. hat ihren Sitz in der Europäischen Gemeinschaft und ist gemäß der "VERORDNUNG (EG) 1060/2009 des EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 16. September 2009 über Ratingagenturen" registriert.

Rentabilität von Kundenbeziehungen steht im Vordergrund. Dies ist auch deshalb erforderlich, weil die Umsetzung der Global Standards zur Bekämpfung von Finanzkriminalität mit Kosten einhergeht, die höhere Mindesterloße pro Kunde erfordern. Um die Kundenbetreuung im Cross-Selling zu unterstützen, wird die Produktpalette weiter ausgebaut und verbessert.

Die Bereiche Global Private Banking und Asset Management sind wichtige Pfeiler der Gesamtstrategie. Sie unterstützen das Geschäftsmodell u. a. durch stabile Refinanzierungsmittel und benötigen nur einen begrenzten Eigenkapitaleinsatz zur Erwirtschaftung der Erträge.

Die Bank strebt an, sowohl die lokalen als auch die gruppenweiten Erlöse durch die enge Zusammenarbeit der Geschäftsbereiche weiter zu verbessern. Die Stellung als ein Cross Border-Champion innerhalb der HSBC-Gruppe, also einer Einheit, die anderen Einheiten der HSBC-Gruppe signifikant Geschäft zuführt, wollen wir weiter ausbauen und so auch die Profitabilität der Kundenverbindung auf globaler Ebene steigern. Der Fokus ist und bleibt die globale Sicht auf das Geschäft, daher wird neben lokalen auch nach globalen Rentabilitätsgesichtspunkten gesteuert.

Um die Kundenseite von den zunehmenden administrativen Aufgaben zu entlasten und gleichzeitig Kosten zu senken, werden die Prozesse optimiert. Durch Standardisierung von Prozessen und Offshoring in das HSBC-Servicecenter in Krakau werden weitere Schritte zur Rationalisierung und Effizienzgewinnung durchgeführt. Dies wird auch durch weitere Investitionen in die IT-Infrastruktur gelingen.

Ein wesentliches Teilprojekt unter „Germany 2020“ ist der Aufbau des Bereichs „Corporate and Institutional Banking (CIB)“: Der deutsche Firmenkundenmarkt zeichnet sich durch einen starken Mittelstand und eine hohe Anzahl von Firmen mit namhaften Umsätzen aus. Deutsche mittelständische Unternehmen weisen zudem eine hohe Internationalität auf und sind nicht selten Weltmarktführer in ihrer Branche. Sie wurden nach der bisherigen Systematik aus Commercial Banking (CMB) heraus betreut, gleichen im Nachfrageverhalten aber eher den Global Banking-Kunden. Im Zuge von „Germany 2020“ hat das Haus daher beschlossen, die Kundenbereiche Commercial Banking, Global Corporates und Global Financial Institutions Group sowie die Produktbereiche Financing & Advisory Products (FAP, vormals Capital Finance), Global Liquidity & Cash Management

(GLCM) und Global Trade & Receivable Finance (GTRF) unter einer Führung näher zusammenrücken zu lassen und so den Besonderheiten des deutschen Firmenkundenmarkts besser gerecht zu werden. Der so entstandene Bereich „Corporate and Institutional Banking“ (CIB) ermöglicht einen einheitlichen Auftritt und verbesserten Zugang für die international ausgerichteten Unternehmen zu unseren Produkten und den Services der HSBC-Gruppe weltweit. Auf diese Weise sollen zusätzliche Impulse für das Wachstum im Firmenkundengeschäft gesetzt werden. Gleichzeitig kann die Bank bestehende Synergien nutzen und Komplexität verringern.

Damit knüpft „Germany 2020“ nahtlos an die erfolgreiche Wachstumsinitiative von 2013 an. Während der Markt lediglich ein moderates einstelliges Wachstum in dem Zeitraum 2013 bis 2016 verzeichnete, weitete unser Haus das Kreditgeschäft um mehr als 20 Prozent jährlich aus; unser Erlöswachstum lag in diesem Zeitraum ebenfalls über dem Marktdurchschnitt. Gleichzeitig war es uns möglich, unsere Kundenbasis signifikant zu stärken und durch ein erweitertes Produktangebot die Attraktivität von HSBC als Hausbank zu erhöhen. Entsprechend konnten wir unsere Marktpositionen deutlich verbessern. In den auf lokaler Ebene neu etablierten Produktbereichen Leveraged Acquisition Finance und Mid Market Financial Sponsors war es uns sogar möglich, in kürzester Zeit eine Top-Position im Markt einzunehmen.

Die langjährigen vertrauensvollen Geschäftsbeziehungen zu unseren Kunden sowie deren positive Rückmeldungen auf unsere Wachstumsstrategie bestärken uns in unserer Überzeugung, auf dem richtigen Weg zu sein. Das gibt uns das Vertrauen, den eingeschlagenen Pfad weiterzugehen. Und so bilden die Basis unseres Erfolgs auch weiterhin:

- unser stabiles Fundament von Werten wie Vertrauen, Ehrlichkeit, Pflichtbewusstsein und Verantwortung, die wir mit der HSBC-Gruppe teilen
- unsere Kapitalbasis, die auch im Hinblick auf zukünftige Regulierungen stark ist
- unsere Ertragskraft, die im Verhältnis zum Wettbewerb seit Jahren überdurchschnittlich ist
- unsere seit vielen Jahren zusammenarbeitende und motivierte Mitarbeiterschaft

- unsere Produkte und Dienstleistungen, die unsere Kunden überzeugen
- unsere Integration in die HSBC-Gruppe

Im Sinne unserer mehr als 230-jährigen Tradition bleiben wir dabei auch weiterhin unseren Werten verpflichtet, denn Zukunft braucht Herkunft.

Unsere Unternehmenswerte als Grundlage für den Erfolg der Geschäftsstrategie

Die Umsetzung unserer Geschäftsstrategie kann nur gelingen, wenn wir unseren gemeinsamen Wertekatalog aktiv leben. Im Einklang mit den Werten der HSBC-Gruppe haben wir uns folgenden Werten verschrieben:

„Courageous Integrity“ als übergeordneter Unternehmenswert, der Vertrauen, Ehrlichkeit, Verantwortung und Pflichtbewusstsein beinhaltet

Der Grundsatz der „Courageous Integrity“ bedeutet, den Mut zu haben, Entscheidungen zu fällen, ohne Angst zu haben und ohne auf konkrete Anweisungen zu warten. Dabei dürfen die ethischen Grundsätze und die Integrität, für die das Unternehmen schon seit seiner Gründung steht, nicht kompromittiert werden. Dieser Grundsatz bestärkt die Mitarbeiter, Verantwortung für ihr eigenes Handeln zu übernehmen. Er ermutigt sie, Entscheidungen alleine zu treffen, ohne sich dabei hinter Rangordnungen und Regeln zu verstecken. Darüber hinaus gibt er ihnen Sicherheit, im Alltag für das einzustehen, was wichtig ist, und die Bank vor dem zu schützen, was falsch ist.

Verhaltensstandards „Zuverlässigkeit, Offenheit und Verbundenheit“

Mit den drei zentralen Werten – Zuverlässigkeit, Offenheit und Verbundenheit – hat die HSBC-Gruppe Verhaltensstandards festgelegt, die unser Haus übernommen hat. Ihre Bedeutung im Einzelnen ist wie folgt:

- Zuverlässigkeit steht für die Stärkung des persönlichen Verantwortungsgefühls, für das einzustehen, was man für wichtig und richtig hält, sowie dafür, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.
- Als Bestandteil einer internationalen Gruppe ist Offenheit gegenüber verschiedenen Ideen und Kulturen ein wichtiger Wert für die erfolgreiche Zusammenarbeit. Darüber hinaus werden die Mitarbeiter der Bank darin bestärkt, eine Kultur der offenen Kommunikation von Risiken zu schaffen, in der aufmerksames Zuhören, das Schätzen von Herausforderungen sowie das Lernen aus Fehlern ausschlaggebend sind.
- Verbundenheit drückt sich in der Nähe zu den Kunden, zu der Gesellschaft, aber auch in der Unterstützung der Mitarbeiter untereinander aus. Durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit können wichtige Geschäftsbeziehungen aufgebaut werden, sodass unter Berücksichtigung unterschiedlicher Sichtweisen gute Leistungen und Innovationen erzielt werden können.

Global Standards and Conduct-Programm

Die HSBC-Gruppe hat sich mit der Einführung der „Global Standards“ das Ziel gesetzt, die effektivsten Kontrollen zum Schutz gegen Finanzkriminalität zu etablieren. Neben der Bekämpfung von Finanzkriminalität durch das Global Standards-Programm hat sich HSBC ein Conduct-Programm gegeben, in welchem sie sich und ihre Mitarbeiter verpflichtet, faire Ergebnisse für ihre Kunden sicherzustellen und auf Ordnung und Transparenz der Finanzmärkte hinzuwirken. Diese Compliance-Agenda setzen wir bei HSBC Deutschland mit voller Überzeugung und großem Einsatz um.

Das Steuerungssystem

1. Erläuterung des Steuerungssystems

Die Bank verfügt über ein integriertes Steuerungssystem, das die Bank sowie alle Tochtergesellschaften umfasst. Somit findet die Steuerung auf Konzernebene auf der Basis von IFRS-Zahlen statt. Dieses System dient zum einen der Formulierung klarer operationaler und strategischer Finanzziele. Zum anderen dient es dazu, Planabweichungen und mögliche Fehlentwicklungen rechtzeitig zu identifizieren, um geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Neben den unten dargestellten hochaggregierten Kennzahlen verfügt die Bank zusätzlich über granulare Kennziffern und Instrumente, die für die Detailplanung und -steuerung verwendet werden. Hierzu zählen beispielhaft Kennziffern zur Steuerung der Liquidität und auch die Kundenkalkulation, in der alle Bankgeschäfte mit jedem einzelnen Kunden erfasst und bewertet sind.

Nach der Festlegung des Risk Appetites als Fundament der jährlichen operativen Planung durch den Vorstand werden diese und weitere Kennziffern im Risk Committee des Aufsichtsrats ausführlich besprochen und dem Gesamtaufichtsrat zur Kenntnis gebracht.

2. Angabe der Kennzahlen

Angelehnt an das Konzept der HSBC-Gruppe orientiert sich das Steuerungssystem der Bank bei der Analyse der strategischen Erfolgsfaktoren und der aus diesen ableitbaren strategischen Entscheidungen über Effizienz, Profitabilität, Liquidität und Risiko neben dem Jahresüberschuss vor Steuern an den folgenden Kennzahlen:

— Aufwand-Ertrag-Relation

— Eigenkapitalrendite

— Liquidity Coverage Ratio

— Kernkapitalquote

— Eigenkapitalquote

3. Erläuterung der Berechnung der Kennzahlen

Aufwand-Ertrag-Relation

Zur Berechnung der Aufwand-Ertrag-Relation wird der Verwaltungsaufwand in Relation zu den Erträgen der Bank (Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handlungsergebnis, Finanzanlageergebnis und Sonstiges Ergebnis) gesetzt.

Eigenkapitalrendite

Die Eigenkapitalrendite ermittelt sich aus der Gegenüberstellung von Jahresüberschuss vor Steuern und dem über die letzten fünf Quartale ermittelten durchschnittlichen Eigenkapital (inklusive des durchschnittlichen Konzernbilanzgewinns und exklusive der durchschnittlichen Bewertungsreserven). Da das IFRS-Eigenkapital der Bank mit dem zusätzlichen Kernkapital seit 2016 auch einen Kapitalbestandteil beinhaltet, der nicht den Aktionären zurechenbar ist, werden sowohl der Jahresüberschuss vor Steuern als auch das durchschnittliche Eigenkapital um die Effekte auf die Kennzahl aus dem zusätzlichen Kernkapital bereinigt.

Liquidity Coverage Ratio

Die Liquidity Coverage Ratio setzt den Bestand an hochliquiden Aktiva ins Verhältnis zum gesamten Nettzahlungsmittelabfluss der nächsten 30 Kalendertage.

Kernkapitalquote

Die Kernkapitalquote setzt das konsolidierte aufsichtsrechtliche Kernkapital ins Verhältnis zur Risikoposition (Kreditrisiken, Marktrisiken und operationelle Risiken).

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote setzt die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel (Kernkapital und Ergänzungskapital) ins Verhältnis zur Risikoposition (Kreditrisiken, Marktrisiken und operationelle Risiken).

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen

Konjunkturelle Sorgen prägten die erste Jahreshälfte 2016, wobei den Finanzmärkten zum Jahresanfang besonders die chinesische Wirtschaft Kopfzerbrechen bereitete. Aber auch in den USA führte eine Wachstumsverlangsamung schnell zu Diskussionen, ob die Leitzinserhöhung durch die US-Notenbank Ende 2015 nicht doch verfrüht war. Die geringe globale Nachfrage drückte den Ölpreis im ersten Quartal auf neue Tiefstände, was bestehende disinflationäre Tendenzen verstärkte. Insgesamt erwiesen sich auf globaler Ebene Befürchtungen bezüglich einer nachhaltigen Konjunkturschwäche aber als unbegründet. Der Geld- und Fiskalpolitik gelang es, das Wachstum in China zu stabilisieren, sodass für 2016 von einem BIP-Plus von 6,7 % ausgegangen werden kann, gefolgt von 6,5 % in 2017. Zusätzlichen Rückenwind erhält die Wirtschaft dabei durch die deutliche Abwertung des Renminbi im Verlauf von 2016. Auch die US-Wirtschaft hat in der zweiten Hälfte des Jahres wieder an Dynamik gewonnen, für das gesamte Jahr dürfte es aufgrund der schwachen ersten Jahreshälfte aber nur zu einem Wachstumsplus von 1,6 % reichen. Die Konjunkturbelebung des zweiten Halbjahres und die verbesserten Wachstumsperspektiven für 2017 nutzte die US-Notenbank zu einer weiteren Zinserhöhung um 25 Basispunkte im Dezember und stellte weitere in Aussicht, was Rückenwind für den US-Dollar generierte. Insgesamt zeichnet sich aber nur eine moderate geldpolitische Verschärfung in den kommenden Quartalen ab.

Der spätere Jahresverlauf wurde vor allem aber durch politische Themen dominiert. In den USA ging Donald Trump als Sieger aus dem Präsidentschaftswahlkampf hervor. Startend mit der zweiten Jahreshälfte 2017 dürfte eine expansivere Fiskalpolitik der US-Wirtschaft einen zusätzlichen Schub geben, die 2017 um 2,3 % expandieren dürfte. Auch in Großbritannien dominierte mit dem Votum der britischen Bevölkerung, die EU verlassen zu wollen, ein politisches Ereignis das Geschehen. Zwar ließ dies die britische Wirtschaft bisher kalt. Wenn die britische Regierung im Frühjahr 2017 den Aus-

trittsprozess auf Basis von Artikel 50 des EU-Vertrags beginnt, rechnen wir aber mit einer Abkühlung der Wachstumsdynamik, sodass die Wirtschaft 2017 nur noch um 1,2 % nach 2,0 % im Vorjahr zulegen dürfte. In Italien stimmte die Bevölkerung in einem Referendum gegen eine Verfassungsreform und damit gegen eine Neuausrichtung des schon seit Jahren wirtschaftlich schwächelnden Landes.

Gemessen an den politischen Unwägbarkeiten hat sich die Eurozone insgesamt 2016 gut geschlagen und dürfte um 1,7 % gewachsen sein. Wachstumstreiber waren dabei die spanische und deutsche Wirtschaft. Für 2017 zeichnet sich eine leichte Verlangsamung der Expansion auf 1,2 % in der Eurozone ab. Zwar dürfte die Weltkonjunktur leicht kräftiger wachsen, allerdings sollte die Investitionstätigkeit mit Blick auf die anhaltenden politischen Unsicherheiten verhalten bleiben. So stehen in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland wichtige Wahlgänge an, und auch in Italien sind nach dem gescheiterten Referendum vorgezogene Neuwahlen durchaus wahrscheinlich. Zudem ist davon auszugehen, dass der private Konsum an Dynamik verlieren wird. So hat der Ölpreis im Jahresverlauf 2016 deutlich zugelegt und zum Ende des Jahres durch die Entscheidung der OPEC, die Fördermenge zu kürzen, einen zusätzlichen Schub erhalten. Vor diesem Hintergrund dürfte die Inflation 2017 deutlich von 0,4 % im Vorjahr auf 2,1 % zulegen, was die Kaufkraft der Verbraucher schwächt.

Bedingt durch die höheren Rohstoffpreise haben die Deflationsgefahren in der Eurozone wieder nachgelassen, welche die EZB im März 2016 dazu veranlassten, den Einlagensatz weiter in den negativen Bereich auf -0,4 % zu senken, das Volumen ihres Anleihekaufprogramms von monatlich 60 auf 80 Mrd. Euro aufzustocken und eine Reihe von langlaufenden Tendergeschäften (TLTRO) anzukündigen. Im Dezember gab die EZB bekannt, ihr Kaufprogramm bis mindestens Ende 2017 fortzusetzen, das Volumen der Käufe ab April aber auf monatlich 60 Mrd. Euro zu reduzieren. Solange die Währungshüter ihre Käufe fortsetzen, ist nicht mit einer Erhöhung der Leitzinsen zu rechnen. Dies sollte letztlich

dafür sorgen, dass sich der Anstieg der Rendite von zehnjährigen Bundesanleihen von Ende 2016 nicht fortsetzt und das Niedrigzinsumfeld auch 2017 anhält.

Trotz der historisch günstigen Finanzierungsbedingungen und mittlerweile gut ausgelasteter Kapazitäten war die Investitionszurückhaltung der Unternehmen erneut ein wesentlicher Faktor, der eine kräftigere Expansion der deutschen Wirtschaft 2016 verhinderte. Auch im Jahr 2017 ist nur von einer moderaten Erhöhung der Investitionsbereitschaft auszugehen, die von einer leicht zunehmenden Exportaktivität gestützt wird. Triebfeder der Konjunktur bleibt der Dienstleistungssektor, der auch hauptsächlich dafür verantwortlich bleiben sollte, dass die Erwerbstätigkeit in Deutschland weiter steigt. Aber auch in der Bauwirtschaft ist aufgrund der sehr guten Auftragslage ein deutlicher Stellenaufbau geplant. Die auf ein Rekordtief gesunkene Arbeitslosigkeit stützt weiter den privaten Konsum, der zusätzlich von einer Erleichterung bei der Einkommensteuer Anfang 2017 profitiert. Durch den deutlich abebbenden Zustrom von Flüchtlingen wird die Fiskalpolitik 2017 nicht mehr ganz so kräftig zum Wirtschaftswachstum wie noch im Vorjahr beitragen. Insgesamt sollte der Bundeshaushalt auch 2017 ohne neue Schulden auskommen. Die Expansion des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland dürfte 2017 weiter oberhalb des langfristigen Wachstumspfad liegen und sich im Vergleich zum Vorjahr nur marginal von saisonbereinigt 1,8 % auf 1,6 % abschwächen.

Entwicklungen in der Bankenbranche

Niedriges Zinsniveau, schwache Kreditnachfrage, wachsender Wettbewerb und die Zunahme von Regulierungen bleiben wichtige Herausforderungen für die deutsche Bankenlandschaft:

- Seit März 2016 ist der Leitzins in den 19 Staaten der Eurozone auf einem neuen Rekordtief von 0,0 %; der Einlagenzins für Banken ist schon seit Juni 2014 negativ (seit März 2016 –0,4 %). Dies hatte unmittelbare Folgen für die Profitabilität deutscher Banken 2016 und wird sich auch 2017 auf das Ertragspotenzial der Finanzbranche auswirken. Eine Erhöhung der Zinssätze ist 2017 nicht zu erwarten.
- In den ersten sechs Monaten des Jahres 2016 lag das Volumen der Kredite an Unternehmen und Selbstständige mit rund 1.332 Mrd. Euro um 1,7 % über dem Vorjahr. Darin spiegelt sich zum einen eine gemäßigte Investitionstätigkeit der Unternehmen, zum anderen aber auch eine ausgeprägte Innenfinanzierung wider. Börsennotierte Unternehmen nutzten ihren Zugang zum Kapitalmarkt, das Volumen umlaufender Unternehmensanleihen stieg seit Dezember 2015 um rund 3 % auf über 265 Mrd. Euro im Juni. Insgesamt bleiben die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen unverändert günstig, zumal die EZB seit Juni 2016 auch Unternehmensanleihen aufkauft.
- Die Entscheidung Großbritanniens, aus der Europäischen Union auszutreten, bringt einiges an Unsicherheit mit sich und bedeutet ein Risiko für die deutsche Exportwirtschaft. Für den Finanzplatz Deutschland könnte der „Brexit“ auch eine Chance sein, falls sich internationale Banken dazu entschließen, Geschäftstätigkeiten nach Deutschland zu verlagern. Dies wird allerdings sehr stark vom Ausgang der Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien abhängen.
- Steigender Wettbewerb bleibt eine Herausforderung und führt zu verstärktem Druck auf die Profitabilität. Insbesondere ausländische Banken erkennen Deutschland als einen wichtigen Wirtschaftsstandort mit starker Exportkraft und einer gesunden Firmenkundenlandschaft und wollen hier expandieren. Zunehmender Wettbewerb kommt aber auch von FinTech-Unternehmen, die oftmals eine sehr effiziente Kostenstruktur haben und somit ihren Kunden günstigere Konditionen anbieten können. Zudem dürften alternative Anbieter von dem immer noch bestehenden Vertrauensverlust der Finanzbranche profitieren. Anhaltende Nachrichten über behördliche Untersuchungen und damit verbundene finanzielle Risiken und Reputationsrisiken bleiben eine Belastung für die Finanzbranche.
- Von erheblicher Bedeutung bleibt auch die verstärkte Regulierung der Finanzbranche, die jedes Institut fordert, das Geschäftsmodell zu überprüfen und die steigenden Kosten an das auch regulierungsbedingt niedrigere Ertragsniveau anzupassen. Dabei sind die Regulierungskosten für Banken, vor allem im IT-Bereich, enorm und nur schwer zu planen.

- Das Marktumfeld wird für deutsche Banken auch im nächsten Jahr anspruchsvoll und herausfordernd bleiben. Insgesamt erwarten wir stagnierende Erlöse. Jeder einzelne Marktteilnehmer muss auf dieses Umfeld mit einer soliden strategischen Ausrichtung, einem klar definierten Geschäftsmodell, einer Bereinigung der Bilanz, wirksamen Restrukturierungen und Kostenreduktionen sowie Investitionen in effiziente IT-Prozesse reagieren. In Summe erscheint die deutsche Bankenbranche allerdings vergleichsweise krisenfest, was auch der letzte EZB-Stresstest beweist.

HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern im aktuellen Umfeld

Wir sind davon überzeugt, dass die Bank im aktuellen Marktumfeld gut aufgestellt ist. Aus unserer Position der Stärke heraus können wir in diesem Umfeld unseren Expansionskurs weiter fortsetzen. Auf die im Mai 2016 verabschiedete Strategie „Germany 2020“, die eine Weiterentwicklung der erfolgreich umgesetzten Wachstumsinitiative aus 2013 darstellt und die damals gesetzten Ziele an die aktuellen ökonomischen Rahmenbedingungen anpasst, sind wir bereits im Kapitel „Unsere Strategie im Überblick“ im Detail eingegangen.

Über die konkreten Maßnahmen hinaus gelten auch weiterhin die sechs grundlegenden Prinzipien unserer Geschäftsausrichtung:

- Wir konzentrieren uns auf die Zielgruppen mittelständische und globale Firmenkunden, Institutionelle Kunden und Vermögende Privatkunden und möchten unsere Aktivitäten in diesen Segmenten mit bestehenden und neuen Kunden ausbauen, soweit ein ausgewogenes Risiko-Ertrags-Profil gegeben ist.
- Wir fragen immer wieder neu, ob unsere Aktivitäten optimal auf die nationalen und internationalen Bedürfnisse unserer Kunden ausgerichtet sind. Der Kunde steht im Mittelpunkt unserer Entscheidungen. Wir messen der personellen Kontinuität in der Betreuung unserer Kunden einen sehr hohen Stellenwert bei.

- Unsere Handelsaktivitäten dienen primär der Unterstützung der Kundensegmente und einem umfassenden Produktangebot. Bei der Festlegung der Risikolimits und Handelsstrategien steht die Risikotragfähigkeit der Bank stets an erster Stelle.

- Umfassendes Know-how für innovative und kundenbezogene Lösungen ist unsere Stärke, so können wir für den Kunden und für die Bank einen Mehrwert realisieren. Die Basis jeder guten Kundenbeziehung ist gleichwohl die sorgfältige, flexible und dienstleistungsorientierte Abwicklung von Standardgeschäften einschließlich der Kreditvergabe; dies hat daher für uns einen hohen Stellenwert.

- Wir bauen unser Dienstleistungsangebot im Wertpapiergeschäft für Kunden und für andere Finanzinstitute kontinuierlich aus. Unsere Tochtergesellschaft Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH (HSBC INKA) hat ihre Marktstellung in der Fondsadministration als Master-KVG deutlich gestärkt. Darüber hinaus hat sich die Bank in den vergangenen Jahren als starker Anbieter für Depotbankdienstleistungen und Global Custody Services sowie im Asset Management mit der HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH erfolgreich positioniert.

- Wir greifen auf die Ressourcen einer der größten und stärksten Bankengruppen der Welt zurück, der HSBC-Gruppe, und zwar sowohl auf die Palette leistungsfähiger Produkte als auch auf die Netzwerke in über 70 Ländern weltweit.

Der Erfolg dieser Strategie hängt davon ab, ob es uns auch in Zukunft gelingen wird, die folgenden Bedingungen zu erfüllen:

- Wir müssen unseren Kunden uneingeschränkten Zugang zum globalen HSBC-Netzwerk ermöglichen, ohne Abstriche beim Anspruch unserer Kunden auf individuelle Betreuung und professionelle Beratung.
- Wir müssen weiterhin in Geschäftsbeziehungen zu unseren Kunden auf Vertrauen und Nachhaltigkeit bauen. Denn nur auf dieser Basis können

Kunde und Berater angesichts der zunehmenden Produktvielfalt gemeinsam optimale Lösungen finden.

- Wir müssen eine technologisch leistungsfähige Infrastruktur bereithalten. Sie muss den anspruchsvollen Anforderungen in der gesamten Wertschöpfungskette gerecht werden, damit wir unsere Dienstleistungen ebenso kostengünstig wie kundenfreundlich anbieten können.
- Wir müssen durch zielgerichtete Aus- und Weiterbildung auf höchstem Niveau in die Qualifikation unserer Mitarbeiter investieren, um der zunehmenden Komplexität und Internationalisierung unseres Geschäfts gerecht zu werden. Bei der Auswahl neuer Mitarbeiter, die uns bei unserem Wachstum unterstützen, legen wir gleichbleibend hohe Maßstäbe an.
- Wir müssen die Einzel- und die Teamleistungen unserer Mitarbeiter so weit wie möglich mithilfe eines präzisen Management-Informationssystems zuverlässig erfassen, um sie unter den Aspekten von Leistung und Verhalten möglichst fair und marktkonform honorieren zu können.

Unsere erfolgreiche Positionierung am Markt sowie die Erfolge im Zuge der Umsetzung unserer Strategie „Germany 2020“ bestärken uns in der Überzeugung, auf dem richtigen Weg zu sein.

Geschäftsverlauf und Lage

Ertragslage

Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG hat im Geschäftsjahr 2016 ein Vorsteuerergebnis von 242,5 Mio. Euro (Vorjahr 161,1 Mio. Euro) erzielt. Dies bedeutet einen Anstieg um 81,4 Mio. Euro oder 50,5 %. Dieses auch im Vergleich zum deutschen Bankmarkt überzeugende Ergebnis demonstriert die erfolgreiche Umsetzung der strategischen Ziele der Bank. Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt 154,5 Mio. Euro und liegt damit um 44,1 % beziehungsweise 47,3 Mio. Euro über dem Vorjahreswert von 107,2 Mio. Euro.

Die Prognose für das Konzernergebnis nach IFRS wurde mit einem Anstieg um 12,5 Mio. Euro oder 5,7 % auf 229,9 Mio. Euro erfüllt.

Der außergewöhnlich hohe Ergebnisunterschied zum Konzernergebnis nach IFRS im Vorjahr lag vor allem in den unterschiedlichen Bewertungsvorschriften für Netto-Pensionsverpflichtungen und für Finanzinstrumente begründet.

Der Geschäftsverlauf wurde maßgeblich geprägt durch die weitere konsequente Umsetzung unserer Wachstumsstrategie. Das Kundengeschäft entwickelte sich sehr erfreulich, getragen von einer Vertiefung bestehender Kundenbeziehungen sowie Geschäften mit neuen Kunden, und signalisiert klare Marktanteilsgewinne. Belastend wirkt weiter das Niedrigzinsumfeld, zum einen aufgrund von negativen Einlagenmargen und zum anderen durch die sinkenden Durchschnittsrenditen unseres Liquiditätsbestands.

HSBC Deutschland hat wiederum gezeigt, dass das auf Kontinuität basierende diversifizierte Geschäftsmodell mit klarer Kundenorientierung überzeugt.

Die Entwicklung der einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung:

Der Zinsüberschuss beträgt 210,3 Mio. Euro (angepasstes Vorjahr 179,2 Mio. Euro) und ist damit insgesamt um 31,1 Mio. Euro oder 17,4 % angestiegen. Der Änderung in der internen Steuerung der Bank folgend weist die Bank Zinsen aus Geldmarktgeschäften (Balance Sheet Management) ab diesem Geschäftsjahr im Zinsergebnis und nicht mehr im Handelsergebnis aus. Die Vorjahres-

zahlen wurden entsprechend angepasst. Die Anpassung der Vorjahreszahlen führte zu einer Erhöhung des Zinsüberschusses in Höhe von 24,1 Mio. Euro sowie einer entsprechenden Reduzierung des Nettoertrags des Handelsbestands.

Der Anstieg des Zinsüberschusses resultiert vor allem aus den deutlich verbesserten Zinserträgen im Kundenkreditgeschäft aufgrund höherer Volumina. Demgegenüber waren die Zinserträge aus Finanzanlagen erneut rückläufig. Darüber hinaus belasten weiterhin die geringen Margen im Kreditgeschäft das Zinsergebnis; die starke Einlagenbasis der Bank führt aufgrund fehlender Überwälzungsmöglichkeiten von negativen Zinsen auf alle Kunden zu Zinsverlusten.

Das Zinsergebnis aus dem Einlagengeschäft hat sich im Jahresverlauf weiter signifikant verschlechtert. Bei nahezu unveränderten Volumina verschlechterten sich die Margen durch die Zinspolitik der Zentralbanken im Jahresverlauf weiter, sodass die Zinsmarge im Einlagenbestand der Bank für das Geschäftsjahr negativ ist. Die weiterhin hohen Einlagen unserer Kunden sehen wir als großen Vertrauensbeweis an. Wie andere Banken haben auch wir zunächst nur in vereinbarten Einzelfällen vor allem institutionelle Kunden mit negativen Zinsen belastet. Nach der Zinssenkung der EZB im März 2016 belegten unsere Wettbewerber vermehrt größere Einlagen von Firmenkunden mit Gebühren oder negativen Zinsen. Da wir daraufhin starke Zuflüsse zu verzeichnen hatten, stellen auch wir seit Mitte 2016 unseren Firmenkunden negative Zinsen in Rechnung. Unsere Regelung ist einzelfallabhängig und orientiert sich an der Struktur und Vielfalt der Kundenbeziehung.

Das Zinsergebnis aus dem Kreditgeschäft hat sich im Vergleich zum Vorjahr vor allem aufgrund des gestiegenen Geschäftsvolumens wiederum verbessert. Die Margen im Kreditgeschäft haben sich bei gleichen Bonitäten im Vergleich zum Vorjahr weiter vermindert.

Das Zinsergebnis aus unseren Finanzanlagen ist dagegen erneut gesunken. Generell haben sich in 2016 die Creditspreads sowohl bei bonitätsmäßig starken Emittenten wie z.B. der Bundesländer als auch bei Corporate Bonds guter bis mittlerer Qualität weiter vermindert. Endfällige Anleihen konnten bei vergleichbarem Risiko- und Renditeprofil, unter Beibehaltung unserer strikten Regeln für die Qualität der Anlagen, im Marktumfeld 2016 daher nur durch solche mit deutlich niedrigeren Kupons ersetzt werden.

Die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind im Wesentlichen aufgrund geringerer Ausschüttungen der Spezialfonds von 26,5 Mio. Euro um 5,7 Mio. Euro auf 20,8 Mio. Euro gesunken.

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen sind im Jahr 2016 um 8,4 Mio. Euro auf 40,6 Mio. Euro angestiegen, da die HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, die HSBC Trinkaus & Burkhardt Gesellschaft für Bankbeteiligungen mbH, die HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH und die Gesellschaft für industrielle Beteiligungen und Finanzierung mbH ihre jeweiligen Ergebnisse verbessern konnten.

Den Provisionsüberschuss konnten wir erneut um beachtliche 11,8 % oder 32,6 Mio. Euro auf 308,0 Mio. Euro (Vorjahr 275,4 Mio. Euro) steigern. Dieser Anstieg demonstriert die Stärke der Bank im Ausbau des Kundengeschäfts und die damit verbundenen Gewinne von Marktanteilen.

Das Provisionsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft ist im Jahr 2016 insgesamt um 1,2 Mio. Euro auf 99,9 Mio. Euro gestiegen. Dabei erzielten wir im Transaktionsgeschäft mit Wertpapieren und Finanzinstrumenten ein Provisionsergebnis von 116,3 Mio. Euro. Damit ist es uns gelungen, das hohe Vorjahresniveau zu halten. Unsere Kunden haben wie im Vorjahr auch unser Angebot an alternativen Anlageformen erneut genutzt. Im Wertpapierbestandsgeschäft konnten wir vor allem durch das Depotbankgeschäft das Ergebnis um 5,2 Mio. Euro auf 34,8 Mio. Euro erhöhen. Daneben fielen im Jahr 2016 um 3,0 Mio. Euro höhere Aufwendungen für die Wertpapierabwicklung durch unsere Tochtergesellschaft HSBC Transaction Services GmbH in Höhe von 51,2 Mio. Euro an.

Das Provisionsergebnis aus dem Asset Management und der Vermögensverwaltung beläuft sich in einem wettbewerbsintensiven Umfeld auf 34,5 Mio. Euro und ist gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen.

Im Provisionsgeschäft mit Devisen erwirtschafteten wir mit 64,5 Mio. Euro ein um 1,1 Mio. Euro besseres Ergebnis. Hier zeigen sich der weiterhin hohe Absicherungsbedarf unserer Kunden gegen Devisenkurschwankungen im aktuell volatilen Devisenmarktumfeld und die weiterhin zunehmende Zahl an Institutionellen wie Firmenkunden, die maßgeschneiderte Lösungen,

wie z. B. das Currency Overlay Management, bei der Bank nachfragen. Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Private Banking, dem mittelständischen Firmenkundengeschäft und Global Markets trägt zunehmend Früchte.

Das Provisionsergebnis aus Capital Financing steigerten wir um 5,5 Mio. Euro oder 22,9 % auf 29,7 Mio. Euro. Der erfreuliche Anstieg ist im Wesentlichen auf origination fees im Debt Capital Markets Geschäft zurückzuführen. Bei der Unterstützung unserer Kunden im Geschäft mit Unternehmensfinanzierungstransaktionen auch mittels Schuldscheindarlehn waren wir auch in 2016 wieder erfolgreich.

Das Provisionsergebnis im Kreditgeschäft ist um hervorragende 16,4 Mio. Euro auf 40,7 Mio. Euro gestiegen. Im Geschäftsjahr erzielten wir sehr hohe Erträge im Zusammenhang mit unserer Beteiligung an einigen Refinanzierungsstrukturierungen mit sehr großen Volumina. Darüber hinaus haben sich aber auch in der Breite die Provisionserträge im Kreditgeschäft mit unseren Kunden erfreulich entwickelt.

Im inländischen und ausländischen Zahlungsverkehr sowie im Dokumentengeschäft erzielten wir im Vergleich zum Vorjahr mit 24,8 Mio. Euro wiederum einen leichten Anstieg des Ergebnisses um 1,5 Mio. Euro.

Der Nettoertrag des Handelsbestands hat sich um 36,7 Mio. Euro auf 82,2 Mio. Euro deutlich erhöht (angepasstes Vorjahr 45,5 Mio. Euro). Der Änderung in der internen Steuerung der Bank folgend weist die Bank Zinsen aus Geldmarktgeschäften (Balance Sheet Management) ab diesem Geschäftsjahr im Zinsergebnis und nicht mehr im Nettoertrag des Handelsbestands aus. Die Anpassung der Vorjahreszahlen führte zu einer Reduzierung im Ergebnis aus dem Handel mit Renten, Geldmarktgeschäften und Zinsderivaten im Vorjahr um 24,1 Mio. Euro von 23,8 Mio. Euro auf -0,3 Mio. Euro.

Nach den außergewöhnlichen Marktverwerfungen an den Rentenmärkten im zweiten Quartal des Vorjahres konnten wir in 2016 das Ergebnis mit Renten, Geldmarktgeschäften und Zinsderivaten wieder erheblich verbessern. Nach Bereinigung des Vorjahreswertes um die Zinsen aus Geldmarktgeschäften steigerten wir das Ergebnis um 32,8 Mio. Euro auf 32,5 Mio. Euro.

Das Ergebnis aus dem Handel mit Aktien und Aktienderivaten in Höhe von 44,5 Mio. Euro ist im Vergleich zu 51,7 Mio. Euro im Vorjahr deutlich zurückgegangen. Neben dem Einbruch der Aktienmärkte zu Beginn 2016 haben besonders der Brexit und der Wahlkampf in den USA zu einer dauerhaften Verunsicherung der Investoren geführt, was sich auch in den geringeren Geschäftsvolumina bei Anlagezertifikaten widerspiegelt. Dieser Effekt konnte entgegen vergangener Jahre, aufgrund nur kurzfristiger Volatilitätsspitzen, in einem ansonsten meist seitwärts verlaufenden Markt nicht durch ein vermehrtes Interesse an Tradingprodukten kompensiert werden.

Vor dem Hintergrund des weiterhin hohen Absicherungsbedarfs unserer Kunden gegen Devisenkurschwankungen im aktuell volatilen Devisenmarktumfeld steigerten wir das Ergebnis des Devisenhandels um 10,0 Mio. Euro auf 7,4 Mio. Euro (Vorjahr: 2,6 Mio. Euro Verlust).

Beim Verwaltungsaufwand ist ein Anstieg um 44,9 Mio. Euro oder 10,8 % von 416,5 Mio. Euro auf 461,4 Mio. Euro zu verzeichnen. Der Anstieg entspricht der Prognose.

Der Zuwachs an Mitarbeitern infolge der Wachstumsstrategie macht sich neben den allgemeinen Gehaltssteigerungen im Anstieg des Personalaufwands um 14,6 Mio. Euro auf 292,3 Mio. Euro bemerkbar. Darüber hinaus führte die Anpassung des Wachstumsplans (Strategie „Germany 2020“) und die damit verbundene Fokussierung auf qualitatives Wachstum im Vergleich zum Vorjahr zu höheren einmaligen Personalaufwendungen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich um 30,3 Mio. Euro auf 169,1 Mio. Euro erhöht. Dieser Anstieg ist unter anderem auf die hohen einmaligen Aufwendungen für die beschleunigte Umsetzung der Global Standards der HSBC Gruppe zurückzuführen, die dabei helfen werden, Finanzkriminalität besser zu bekämpfen und eine starke nachhaltige Beziehung zu den Kunden auf- bzw. weiter auszubauen.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte betragen 14,3 Mio. Euro und sind im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Mio. Euro gestiegen.

Die Aufwand-Ertrag-Relation des Konzerns beträgt 70,8 % (Vorjahr 70,9 %) und entspricht der Prognose des Vorjahres mit knapp über 70 %.

Der Saldo aus den Positionen Sonstige betriebliche Erträge und Sonstige betriebliche Aufwendungen beträgt 48,3 Mio. Euro (Vorjahr 38,1 Mio. Euro) und resultiert maßgeblich aus Erträgen im Zusammenhang mit der Weiterbelastung von Kosten an Konzerngesellschaften.

Der Nettoertrag aus der Überkreuzkompensation beträgt im Berichtsjahr 10,5 Mio. Euro nach einem Nettoaufwand von 4,5 Mio. Euro im Vorjahr. Diese Entwicklung ist maßgeblich auf im Vorjahresvergleich geringere Abschreibungen auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve sowie auf höhere Gewinne aus der Veräußerung von Wertpapieren der Liquiditätsreserve zurückzuführen.

Der Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr beträgt 87,9 Mio. Euro und ist im Vergleich zum Vorjahr um 34,1 Mio. Euro angestiegen. Daraus ergibt sich eine Steuerquote von 36,3 % nach 33,4 % im Vorjahr.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum Bilanzstichtag 22,7 Mrd. Euro nach 21,4 Mrd. Euro im Vorjahr und ist damit um 1,3 Mrd. Euro angestiegen.

Die Kundeneinlagen stellen nach wie vor unsere wichtigste Refinanzierungsquelle dar. Zum Stichtag machten sie mit 13,3 Mrd. Euro (Vorjahr 12,9 Mrd. Euro) 59 % der Bilanzsumme aus. Wir werten die Höhe der Einlagen als klares Bekenntnis unserer Kunden zu unserer soliden Geschäftspolitik und unserer hohen Bonität. Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG verfügt als Teil der HSBC-Gruppe mit „AA- (Stable)“ weiterhin über das beste Fitch[®]-Rating einer privaten Geschäftsbank in Deutschland.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 1,0 Mrd. Euro auf 1,4 Mrd. Euro steht unter anderem im Zusammenhang mit dem Anstieg der Barreserve von 0,7 Mrd. Euro auf 1,1 Mrd. Euro und ist stichtagsbedingt. Des Weiteren hat sich die Bank an den neuen gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften II (GLRG II) der Zentralbank in Höhe von 0,8 Mrd. Euro beteiligt. Weitere Ausführungen dazu haben wir im Abschnitt zur Finanzlage aufgenommen.

* Die Ratingagentur Fitch Ratings Ltd. hat ihren Sitz in der Europäischen Gemeinschaft und ist gemäß der "VERORDNUNG (EG) 1060/2009 des EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 16. September 2009 über Ratingagenturen" registriert.

Der passivische Handelsbestand beläuft sich auf 5,0 Mrd. Euro und ist im Vergleich zum 31. Dezember 2015 um rund 0,3 Mrd. Euro zurückgegangen. Der Rückgang betrifft zum einen Zertifikate und Schuldscheindarlehen mit rund 0,5 Mrd. Euro und zum anderen negative Marktwerte Derivate mit etwa 0,2 Mrd. Euro. Demgegenüber war ein Anstieg der Verbindlichkeiten aus Sicherheiten im Derivategeschäft um rund 0,4 Mrd. Euro zu verzeichnen.

Das Nachrangkapital ist im Vorjahresvergleich um 215,3 Mio. Euro auf 673,5 Mio. Euro angestiegen. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Aufnahme zusätzlichen Kernkapitals (AT1) in Form einer unbegrenzt laufenden nachrangigen Inhaberschuldverschreibung über einen Gesamtnennbetrag von 235 Mio. Euro. Weitere Ausführungen dazu haben wir im Abschnitt zur Finanzlage aufgenommen.

Das bilanzielle Eigenkapital beträgt 1.858,0 Mio. Euro und liegt mit einem Anstieg von 3,9 % über dem Vorjahreswert von 1.788,7 Mio. Euro. Die Eigenkapitalrendite im Konzern hat sich, wie in der Prognose des Vorjahres erwartet, oberhalb der 10 %-Marke gehalten und beträgt 11,8 % (Vorjahr 11,7 %).

Das gezeichnete Kapital beträgt wie im Vorjahr 91,4 Mio. Euro. Die Kapitalrücklage beträgt unverändert 720,9 Mio. Euro. Im zweiten Quartal 2016 erfolgte die Ausschüttung der Dividende für das Vorjahr in Höhe von 85,2 Mio. Euro.

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von 0,6 Mrd. Euro sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Mrd. Euro gesunken.

Die Forderungen an Kunden sind von 7,8 Mrd. Euro auf 8,5 Mrd. Euro weiter angestiegen. Dieser Anstieg spiegelt den signifikanten Beitrag unserer Wachstumsstrategie mit erneuten Marktanteilsgewinnen im Firmenkundengeschäft wider. Insbesondere ist es uns gelungen, das Geschäft mit Konsortialkrediten und Schuldscheindarlehen sowie die Exportfinanzierungen weiter auszubauen. Wir sehen weiterhin Wachstumspotential, da zum einen unsere Kunden immer noch die eingeräumten Kreditlinien nur sehr unterdurchschnittlich ausnutzen und wir zum anderen im Rahmen unserer Wachstumsstrategie „Germany 2020“ das Firmenkundengeschäft auch dank verbesserter Eigenkapitalausstattung weiter ausbauen können.

Der aktivische Handelsbestand beträgt 7,3 Mrd. Euro und ist um 1,1 Mrd. Euro gestiegen (Vorjahr 6,2 Mrd. Euro). Ein leicht rückläufiger, aber immer noch hoher Anteil entfällt auf Anleihen, die börsennotiert und notenbankfähig sind. Sie werden unter anderem zur Stellung von Sicherheiten für Derivate gegenüber den entsprechenden Börsen genutzt. Der deutliche Anstieg der handelbaren Forderungen (+0,8 Mrd. Euro) resultiert im Wesentlichen aus dem ausgeweiteten Handel mit Schuldscheindarlehen. Sowohl die Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 1,2 Mrd. Euro als auch die Positiven Marktwerte Derivate in Höhe von 2,1 Mrd. Euro sind auf Vorjahresniveau geblieben. Ferner war ein Anstieg der Forderungen aus Sicherheiten im Derivategeschäft um rund 0,6 Mrd. Euro und ein Rückgang bei den Schuldverschreibungen des Handelsbestands um rund 0,3 Mrd. Euro zu verzeichnen.

Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere in Höhe von 4,2 Mrd. Euro (Vorjahr 4,6 Mrd. Euro) sind zurückgegangen. Der überwiegende Teil besteht ebenfalls aus börsennotierten und notenbankfähigen Schuldverschreibungen und dient als Liquiditätspuffer. Sie werden unter anderem zur Stellung von Sicherheiten für Derivate gegenüber den entsprechenden Börsen genutzt. Sowohl im Handelsbestand als auch im Bankbuch haben wir ein begrenztes Engagement in den Euro-Peripheriestaaten.

Die Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert mit 0,6 Mrd. Euro ausgewiesen.

Finanzlage

(a) Eigenmittel

Bankgeschäft bedeutet im Kern, bewusst Risiken einzugehen, diese aktiv zu steuern und gezielt zu transformieren. Die Risikoübernahme wird seitens der Aufsichtsbehörden limitiert, um die Stabilität des Banksystems zu gewährleisten. Maßgeblich für die Höhe der zulässigen Risiken sind die Eigenmittel des Instituts bzw. des Konzerns. Die Definition und die Berechnung der Eigenmittel sind ein zentraler Bestandteil des Aufsichtsrechts. Die aufsichtsrechtliche Risiko-Limitierung betrifft zum einen die Risikopositionen als Summe der risikogewichteten Aktiva, der Marktrisiken sowie der operationellen Risiken, die zu vorgegebenen Mindestsätzen durch Eigenmittel unterlegt sein müssen. Zum anderen bestimmt sich aus der Höhe der Eigenmittel die

Höchstkreditgrenze, bis zu der einem einzelnen Kreditnehmer bzw. einer Kreditnehmereinheit maximal Kredit gewährt werden darf.

Die aufsichtsrechtliche Sichtweise und die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben werden um eine ökonomische Analyse des Kapitalbedarfs (Säule 2) ergänzt. Dazu verweisen wir auf die Ausführungen zum ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) im Risikobericht.

Gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 8. Juni 2016 hat die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres 22,0 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zugeführt. Der diesjährigen Hauptversammlung am 14. Juni 2017 schlagen wir die Zahlung einer unveränderten Dividende von 2,50 Euro je Aktie vor. Dementsprechend ist eine weitere Dotierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 69,3 Mio. Euro aus dem Bilanzgewinn nach HGB möglich.

Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG hat im Dezember 2016 zusätzliches Kernkapital (AT1) in Form einer unbegrenzt laufenden tief nachrangigen Inhaberschuldverschreibung über den Gesamtnennbetrag von 235 Mio. Euro aufgenommen und vergrößert damit den Spielraum für die Fortsetzung ihrer im Sommer 2013 begonnenen Wachstumsstrategie. Die Anleihe ist von der Emittentin erstmalig nach fünf Jahren kündbar und mit einem fixen Kupon ausgestattet, der alle fünf Jahre angepasst wird. Der anfängliche Zinssatz beträgt 5,65 Prozent. Die HSBC Bank plc, London, die 80,7 % des Grundkapitals der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG hält, hat die Wertpapiere im Zuge einer Privatplatzierung vollständig gezeichnet und erworben. Nach den HGB-Vorschriften wird das zusätzliche Kernkapital unter den nachrangigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die Eigenmittel für die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG zum 31. Dezember 2016 betragen nach der Bilanzfeststellung 2,4 Mrd. Euro (Vorjahr 2,1 Mrd. Euro). Auf das Kernkapital entfallen 2,0 Mrd. Euro (Vorjahr 1,7 Mrd. Euro) und auf das Ergänzungskapital 0,3 Mrd. Euro (Vorjahr 0,4 Mrd. Euro). Das Kernkapital setzt sich zusammen aus hartem Kernkapital in Höhe von 1,8 Mrd. Euro und zusätzlichem Kernkapital in Höhe von 0,2 Mrd. Euro.

(b) Eigenmittelanforderungen

Die Risikopositionen der Bank zum 31. Dezember 2016 betragen 15,4 Mrd. Euro (Vorjahr 15,2 Mrd. Euro). Dabei entfallen 13,2 Mrd. Euro auf das Kreditrisiko (Vorjahr 12,6 Mrd. Euro), auf das Marktrisiko 1,1 Mrd. Euro (Vorjahr 1,5 Mrd. Euro) und 1,1 Mrd. Euro auf das operationelle Risiko (Vorjahr 1,1 Mrd. Euro). Damit ergibt sich eine Kernkapitalquote von 13,3 % (Vorjahr 11,4 %) und eine Eigenkapitalquote von 15,4 % (Vorjahr 13,8 %). Der Anstieg der Kapitalquoten resultiert im Wesentlichen aus der Aufnahme von zusätzlichem Kernkapital. Auf den erwarteten erhöhten Kapitalbedarf und die möglichen Auswirkungen auf die Kapitalquoten wurde im Prognosebericht im Vorjahr entsprechend hingewiesen.

Durch die weitere Kapitalmaßnahme sowie die vorgesehene Thesaurierung aus dem Jahresergebnis sind die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Kapitalausstattung auch weiterhin kein Engpassfaktor bei der Fortsetzung des Wachstumskurses.

Seit Inkrafttreten des einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism – SSM) im November 2013 erfolgt eine zunehmende Harmonisierung der Aufsichtspraxis in Europa. Die Beaufsichtigung erfolgt dabei direkt oder indirekt durch die Europäische Zentralbank in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Aufsichtsbehörden. HSBC Deutschland unterliegt weiterhin vorrangig der nationalen Bankenaufsicht und wurde im Jahr 2016 einer aufsichtsrechtlichen Überprüfung und Bewertung unterzogen (Supervisory Review and Evaluation Process – SREP). Als Ergebnis dieses Prozesses hat die BaFin der Bank im November 2016 eine mindestens vorzuhaltende Eigenkapitalquote in Höhe von 10,5 % mitgeteilt.

(c) Liquidität

Unabhängig von der Höhe der Eigenmittel ist die Liquidität für Kreditinstitute die entscheidende Größe, um auch in Krisenzeiten alle Verpflichtungen vertragsgerecht bedienen zu können. Aufgrund der sehr hohen Kundeneinlagen verbunden mit erheblichen Liquiditätspuffern auf der Aktivseite verfügt die Bank weiterhin über eine sehr komfortable Liquiditätsausstattung, die auch die neuen aufsichtsrechtlichen Vorgaben signifikant übersteigt.

Der Rat der Europäischen Zentralbank hat im Frühjahr angekündigt, zur Verbesserung der geldpolitischen Transmission weitere Anreize für die Kreditvergabe der Banken zu setzen und eine weitere Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte II (GLRG II) durchzuführen. Die Ausführungsbestimmungen wurden im April 2016 im GLRG II-Rechtsakt beschlossen. Es werden insgesamt vier GLRG II beginnend im Juni 2016 in vierteljährlichem Abstand durchgeführt. Jedes GLRG II wird dabei mit einer vierjährigen Laufzeit sowie einer freiwilligen Rückzahlungsoption ausgestattet sein. Nachdem die Bank am GLRG I lediglich im Umfang von 10 Mio. Euro teilnahm, hat sich die Bank zur Refinanzierung des angestrebten weiteren Kreditwachstums am ersten GLRG II mit einer Gesamtzuteilung in Höhe von 450 Mio. Euro und am zweiten GLRG II mit einer Gesamtzuteilung in Höhe von 300 Mio. Euro beteiligt.

Die europaweit einheitlichen Liquiditätsdeckungsanforderungen (Liquidity Coverage Ratio – LCR) sind seit Oktober 2015 verbindlich. Die geforderte Erfüllungsquote wird schrittweise angehoben, beginnend mit 60 % im Jahr 2015 über 70 % im Jahr 2016 auf 100 % im Jahr 2018. Die Liquidity Coverage Ratio beträgt zum 31. Dezember 2016 112,3 % (Vorjahr: 105,6 %). Die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung beträgt zum 31. Dezember 2016 2,50 (Vorjahr: 2,75).

Am 23. November 2016 hat die Europäische Kommission Entwürfe für die Capital Requirements Regulation 2 (CRR2) und die Capital Requirements Directive 5 (CRD5) vorgelegt. Damit wird u. a. auch die europäische Variante der Net Stable Funding Ratio (NSFR) eingeführt. Die NSFR ist als Quotient der verfügbaren stabilen Refinanzierungsmittel über die notwendigen Refinanzierungsanforderungen definiert. Als Referenzgröße dienen die Buchwerte der Liquiditätspositionen, die mit regulatorischen Anrechnungsfaktoren multipliziert werden. Die Mindestquote der NSFR soll bei 100 % liegen und frühestens 2019/2020 bindend werden. Die internationalen Vorgaben des Baseler Ausschusses sehen eine Einführung zum 1. Januar 2018 vor.

Die Verschuldungsquote (Leverage Ratio) misst das Verhältnis des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den ungewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Aktivpositionen (inklusive Derivaten). Die Leverage Ratio ist der Aufsicht als Beobachtungskennzahl zu melden und von den Instituten offenzulegen. Frühestens 2019/2020 soll eine verbindliche Mindestquote festgelegt werden. Die internationalen Vorgaben des Baseler Ausschusses sehen eine Einführung zum 1. Januar 2018 vor. Zum 31. Dezember 2016 beträgt die aufsichtsrechtliche Leverage Ratio der Bank 6,6 %.

Zur Darstellung des Managements von Liquiditätsrisiken verweisen wir auf die Ausführungen zu den Liquiditätsrisiken im Risikobericht.

Prognose- und Chancenbericht

Die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres gewonnene globale Wachstumsdynamik dürfte auch in diesem Jahr anhalten, obgleich es zu einer leichten Verlangsamung der Expansion in der Eurozone kommen sollte, nicht zuletzt aufgrund diverser politischer Unwägbarkeiten: Verschiedene Wahlgänge in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland und höchstwahrscheinlich auch in Italien sowie der Beginn des Austrittsprozesses aus der EU in Großbritannien dürften zu einer Abkühlung der Wachstumsdynamik beitragen. Ferner dürfte die Inflation bedingt durch höhere Rohstoffpreise in diesem Jahr zulegen und zu einer Schwächung der Kaufkraft der Verbraucher führen. Trotz der weiterhin historisch günstigen Finanzierungsbedingungen aufgrund der anhaltenden expansiven Geldpolitik der EZB kann man nur von einer moderaten Erhöhung der Investitionsbereitschaft in Deutschland ausgehen. Zwar dürfte die Weltkonjunktur leicht kräftiger wachsen, allerdings sollte die Investitionstätigkeit mit Blick auf die anhaltenden politischen Unsicherheiten auch da verhalten bleiben.

Unser Basisszenario ist ein Wachstum von rund 1,6 % für die Bundesrepublik Deutschland für 2017. Dies kann als solide Wirtschaftsentwicklung gesehen werden. Die guten Beschäftigungsaussichten, steigende Löhne und ein aufgrund der Null-/Negativzinspolitik der EZB nur geringer Sparanreiz schaffen dabei ein konsumfreundliches Umfeld. 2017 sollte sich wiederum vor allem die deutsche Binnenkonjunktur als zentrale Stütze für die deutsche Konjunktur insgesamt erweisen. Tritt jedoch eine deutlich abweichende Entwicklung ein, sind wir bereit, frühzeitig gegenzusteuern, um die Bank vor nicht gewollten Risiken zu schützen, auch wenn sich dadurch die Ertragsplanung nicht realisieren lassen sollte.

Während das gesamtwirtschaftliche Umfeld für die Bank wegen des Geschäftsschwerpunkts auf Deutschland solide und unterstützend sein sollte, werden andere Rahmenbedingungen unsere Ertragslage im Jahr 2017 weiter deutlich belasten. Hierzu zählt das extrem niedrige Zinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt. Die solide Einlagenbasis der Bank hat durch die Überschussliquidität, welche die EZB bereitstellt, sehr stark an Wert verloren, und soweit wir unseren Kunden keine negativen Einlagenzinsen belasten können, sinkt unser Zinsüberschuss aufgrund negativer Einlagenmargen. Der kunden-

induzierte Einlagenüberschuss, bisher eine Stärke unserer Bankbilanz, bleibt durch die Maßnahmen der EZB ein Belastungsfaktor. Gleichzeitig laufen weitere hochverzinsliche Anleihen aus dem Liquiditätsbestand der Bank aus, die bei vergleichbarer Kreditqualität nur mit deutlich niedrigeren Renditen, teils sogar Negativrenditen, ersetzt werden können. Beide Faktoren belasten das Zinsergebnis signifikant.

Wir erwarten im Jahresverlauf keine Verschlechterung der Liquiditätssituation, selbst wenn in höherem Maße Kreditlinien durch die Kunden ausgenutzt werden sollten. Die deutliche Übererfüllung der Anforderungen an die Liquidity Coverage Ratio dürfte sich leicht zurückbilden. Die Bank verfügt über einen sehr signifikanten Refinanzierungsspielraum bei der EZB einschließlich der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO).

Änderungen externer Rahmenbedingungen durch Gesetzgeber und Regulatoren belasten die Erlössituation der Bank und führen gleichzeitig zu signifikant steigenden Verwaltungsaufwendungen. Hierzu zählen zum Beispiel die Änderungen aufgrund von MiFiD 2, Common Reporting Standards (Nachfolge zu FATCA) sowie weitere Ausweitungen des Meldewesens.

Die Kapitalbasis der Bank wurde im Dezember 2016 durch die erstmalige Aufnahme von Additional Tier 1-Kapital deutlich gestärkt. Auch lässt die Ertragsstärke eine Thesaurierung neben der Zahlung einer unveränderten Dividende zu. Durch das erfolgreiche Jahr 2016, in dem wir unsere Vorjahresprognose erfüllt und unsere Marktanteile – wie vorgesehen – in den Zielgruppen weiter ausgebaut haben, haben wir ein gutes Fundament für die kommenden Jahre geschaffen.

Vor dem Hintergrund des weiter geplanten Wachstums sowie der weiter ansteigenden regulatorischen Anforderungen gehen wir von rückläufigen Kapitalquoten aus, da wir durch die Kapitalerhöhung im Dezember 2016 sehr hohe Eigenkapitalratios ausweisen und hierdurch Spielraum für den Aufbau weiterer Risk Weighted Assets geschaffen haben.

Für die Bank steht 2017 der weitere Ausbau der Marktstellung insbesondere im Corporate Banking entsprechend der Wachstumsstrategie an, die den Schwerpunkt auf das Geschäft mit mittelständischen Firmenkunden legt, aber auch einen weiteren Ausbau des Institutional Banking- und des Global Markets-Geschäfts vorsieht. Die geänderte Wettbewerbssituation im Kreditgeschäft führt in der Kombination der im Markt wahrgenommenen längeren Laufzeiten, laxeren Kreditbestimmungen und gesunkenen Margen zu einer deutlich geringeren Attraktivität des Kundenkreditgeschäftes. Deshalb werden wir das Kreditwachstum sehr stark nach wertorientierten Maßstäben steuern und hinreichend großes Zusatzgeschäft einfordern, wenn die Margen nicht für eine angemessene Risikovorsorge und Kapitalverzinsung ausreichen. Sollten diese Voraussetzungen nicht erfüllt sein, werden wir auf die Umsetzung ambitionierter Wachstumsziele im mittelständischen Kundengeschäft verzichten, um die Qualität des Geschäftes beizubehalten und den Kapitaleinsatz ökonomisch sinnvoll zu steuern.

Durch die Kapitalerhöhung im Dezember 2016 haben wir die Voraussetzungen geschaffen, um den weiter erhöhten Eigenkapitalbedarf bei planmäßiger Umsetzung der ambitionierten Ziele der Wachstumsstrategie abzudecken.

Für 2017 erwarten wir im Basisszenario einen Anstieg der Nettoerträge im einstelligen Prozentbereich. Wachstumstreiber sollen neben dem Corporate & Institutional Banking auch die Aktivitäten in Global Markets, im Private Banking und Asset Management sein. Damit sieht unsere Planung wiederum ein deutlich schnelleres Wachstum als der Markt und klare Marktanteilsgewinne im deutschen Bankenmarkt vor.

Die Vorlaufkosten der Wachstumsstrategie resultierten in einem deutlichen Aufbau der Mitarbeiterzahlen für das Geschäft mit mittelständischen Firmenkunden und einer entsprechenden Ausweitung der Produktangebote wie Zahlungsverkehr (Global Liquidity and Cash Management) und Global Trade and Receivable Finance. Aber auch die Servicebereiche der Bank und die zentralen Funktionen wie Personal, Risiko und Finanzen wurden entsprechend verstärkt. Dazu kommt eine Vielzahl von Projekten, um die IT-Unterstützung des Geschäfts auszubauen und die erforderlichen Kapazitäten zu schaffen. Dies hat zu einer deutlichen Steigerung der Verwaltungsaufwendungen in 2016 geführt. Die Zuwachsrate der Kosten soll in 2017 unter 5 % betragen, sodass die Erlöse schneller steigen sollten als die Aufwendungen. Die Anzahl der Neueinstellungen wird 2017 begrenzt

sein. Auch werden wir weitere Aufgaben in die globalen Servicecenter der HSBC-Gruppe verlagern, um Kosteneinsparungen zu realisieren. Wir erwarten, dass die Aufwand-Ertrag-Relation der Bank aufgrund des Margendrucks und der stark belastenden Zinserlössituation sowie der Vielzahl an Projekten bei etwa 70 % liegen wird.

Eine Expansionsstrategie bedeutet höhere Risiken, aber auch größere Chancen. Dies gilt vor allem für den Ausbau des Kreditportfolios mit mittelständischen Firmenkunden. Die im europäischen Kontext positiv erwartete Entwicklung der deutschen Wirtschaft lässt diese Risiken jedoch als akzeptabel erscheinen. Wir erwarten, dass der Risikovorsorgebedarf deutlich höher ausfallen wird als im Jahr 2016, das nur sehr geringe Risikokosten ausweist. Die Ausweitung der Ziel-Ratings im Firmenkundenbereich wird neben höherem Risikovorsorgebedarf auch eine erhöhte Kapitalunterlegung mit sich bringen. Da unser Portfolio von unterschiedlichen Konzentrationsmerkmalen geprägt ist, kann bereits eine geringe Anzahl von Problemfällen zu signifikanten Einzelwertberichtigungen führen, die das Ergebnis über die Planung hinaus belasten könnten.

Wir erwarten insgesamt einen leichten Anstieg des Vorsteuerergebnisses. Wir planen, die Eigenkapitalrendite vor Steuern weiterhin oberhalb der Zehnprozent-Marke zu halten – ein in Deutschland vergleichsweise hoher Wert. Der signifikante Ausbau des Geschäfts mit den dazu erforderlichen Investitionen konnte bisher ohne Ergebniseinbruch realisiert werden. Dies sollte sich auch im laufenden Jahr fortsetzen, wenn keine überraschenden Kreditausfälle erfolgen, die Entwicklung der Zins-, Währungs- und Aktienmärkte keinen Schocks ausgesetzt ist und die externen Einflüsse auf das kundenorientierte Geschäftsmodell der Bank beherrschbar bleiben.

Möglichkeiten zu Akquisitionen werden wir sorgfältig prüfen, wenn sich Synergien mit unseren bestehenden Geschäftsfeldern bieten. Auch die Akquisition interessanter Kundenportfolios schließen wir nicht aus, wenn sie dazu dienen, die Zielkundenbasis der Bank zu erweitern.

Wir gehen in unserem Basisszenario mit verhaltenem Optimismus in das Jahr 2017 und stellen uns gerne den Herausforderungen des deutschen Markts und den selbst gesetzten Zielen für das Geschäftswachstum. Die Umsetzung unserer Planungen sollte es ermöglichen, unseren Aktionären auch in den kommenden Jahren eine angemessene Dividende zu zahlen und das Eigenkapital der Bank durch Thesaurierung weiter zu stärken.

Risikobericht

Risikomanagement im HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern

Definition

Unter dem Risikomanagementsystem verstehen wir in Übereinstimmung mit DRS 20 die Gesamtheit aller Regelungen, die einen systematischen Umgang mit Risiken beziehungsweise mit Chancen und Risiken im Konzern sicherstellen.

Risikopolitische Grundsätze

Es ist eine Kernfunktion von Banken, Risiken bewusst zu übernehmen, aktiv zu steuern und gezielt zu transformieren. Als wesentliche Risiken unseres Bankgeschäfts sehen wir Adressenausfall-, Markt- und Liquiditätsrisiken, ferner operationelle und strategische Risiken sowie Pensionsrisiken. Aktive Risikosteuerung bedeutet, die Risiken nach Art, Höhe und Umfang zu identifizieren und so zu gestalten, dass sie zum einen im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des Konzerns stehen und sich zum anderen angemessene Risikoentgelte und Erträge erwirtschaften lassen.

Wir sind bereit, im Rahmen unserer risikopolitischen Grundsätze aktiv Markt- und Adressenausfallrisiken einzugehen. Operationelle Risiken wollen wir minimieren, soweit die Kosten dafür in einem angemessenen Verhältnis zur Risikovermeidung stehen. Zusätzlich sind adäquate Versicherungen abgeschlossen. Zur geschäftspolitischen Grundeinstellung unseres Hauses gehört es, Reputations- und Compliancerisiken zu vermeiden. Liquiditätsrisiken schließen wir so weit wie möglich aus und nehmen dabei auch Mindererträge in Kauf. Strategische Risiken, die u. a. aus der Veränderung von Gesetzen und Regulierungen, der Wettbewerbssituation, gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten sowie Marktverhältnissen entstehen können, werden bei der Festlegung der Geschäftsausrichtung im Rahmen des Planungsprozesses berücksichtigt.

Die Höhe der Gesamtrisiken wird von der Geschäftsleitung im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat begrenzt. Die Angemessenheit von Risikoübernahmen wird insbesondere vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit

des Konzerns und der besonderen Kompetenzen im Risikomanagement für die Kerngeschäftsfelder beurteilt. Diese Grundsätze gelten unverändert.

Die Bankenkrise hat den alten Grundsatz „Liquidität vor Rentabilität“ als weiterhin hochaktuellen Leitsatz bestätigt. Fragen der Liquiditätsausstattung der Bank haben für uns weiterhin die höchste Priorität, auch wenn durch die Maßnahmen der EZB die Liquiditätsversorgung im Markt für die nächsten Jahre überreichlich ist. Wir haben unsere Liquiditätsreserve beibehalten und bei der Anlage der zufließenden Mittel im Geld- und Kapitalmarkt darauf geachtet, die Liquidität auf hohem Niveau zu erhalten. Wir sind uns bewusst, dass wir mit dem Geld unserer Einleger arbeiten, die uns ihre Mittel anvertrauen. Die neuen bankenaufsichtsrechtlichen Liquiditätsvorschriften bestätigen uns in unserer vorsichtigen Haltung, auch wenn die Steuerungsimpulse aus Geldpolitik und Bankenregulierung in unterschiedliche Richtungen wirken.

Eine weitere Herausforderung an unser Risikomanagement ist das Management der Adressenausfallrisiken. Die Erfahrungen während der Euro-Schuldenkrise einschließlich der Entwicklungen in Griechenland und Zypern haben deutlich gemacht, dass auch Kreditverluste bei Ländern der Eurozone nicht auszuschließen sind. Durch die expansive Geldpolitik der EZB hat sich die Risikosituation vorübergehend entspannt. Ob diese Entspannung nachhaltig ist, werden erst die kommenden Jahre zeigen, weil lediglich die Refinanzierung einfacher und billiger wurde, da die EZB in großem Umfang Staatstitel aufkauft, nicht jedoch das Problem der hohen Schuldenstände einzelner EU-Mitgliedsländer beseitigt ist.

Deutschland hat im Jahr 2016 das erwartete Wirtschaftswachstum realisieren können, trotz unvorhergesehener Ereignisse wie das Brexit-Votum. Aufgrund der relativ günstigen konjunkturellen Situation, insbesondere im Vergleich zur Eurozone, blieb die Kreditrisikosituation der Bank entspannt. Die Wachstumsperspektiven in Deutschland sind für 2017 verhalten positiv, sodass wir mit Zuversicht die Fortführung unserer Wachstumsstrategie „Germany 2020“ angehen. Basis hierfür ist eine

Neudefinition des Risikoappetits der Bank, welche die deutlich gewachsene Eigenkapitalbasis und die erreichte Ertragsstärke berücksichtigt.

Die Volatilität an den Aktien-, Devisen- und Zinsmärkten stellte die Bank 2016 nicht vor große Herausforderungen. Die Marktrisikolimits waren verhältnismäßig niedrig ausgenutzt. Die Zinsrisikosteuerung wurde durch eine genehmigte Modellanpassung an die aktuelle Zinsstrukturkurve mit teils negativen Zinssätzen angepasst. Back Testing-Ausreißer waren auf Gesamtbankebene nicht zu verzeichnen.

Risikokultur

Der Risikokultur kommt in Banken eine besonders hohe Bedeutung zu, wie die Ereignisse zeigen, die zur Finanzkrise geführt haben. Die Risikokultur ist integraler Bestandteil der Unternehmenskultur und soll von jedem einzelnen Mitarbeiter verinnerlicht und im Tagesgeschäft gelebt werden, um ein nachhaltiges Handeln der Bank im Interesse aller Stakeholder sicherzustellen.

Entscheidend hierfür ist, dass das Handeln jedes einzelnen Mitarbeiters im Einklang mit den im Unternehmen einheitlich gelebten ethischen Standards steht. Mit den drei zentralen HSBC-Werten – Zuverlässigkeit, Offenheit und Verbundenheit – hat HSBC solche Verhaltensstandards festgelegt. Ihre Bedeutung im Einzelnen ist wie folgt:

Zuverlässigkeit steht für die Stärkung des persönlichen Verantwortungsgefühls, für das einzustehen, was man für wichtig und richtig hält, sowie dafür, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Als Bestandteil einer internationalen Gruppe ist Offenheit gegenüber unterschiedlichen Ideen und Kulturen ein wichtiger Wert für die erfolgreiche Zusammenarbeit. Darüber hinaus werden die Mitarbeiter der Bank darin bestärkt, eine Kultur der offenen Kommunikation von Risiken zu schaffen, in der aufmerksames Zuhören, das Schätzen von Herausforderungen sowie das Lernen aus Fehlern ausschlaggebend sind.

Verbundenheit drückt sich in der Nähe zu den Kunden, zu der Gesellschaft, aber auch in der Unterstützung der Mitarbeiter untereinander aus. Durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit können wichtige Geschäftsbe-

ziehungen aufgebaut werden, sodass unter Berücksichtigung unterschiedlicher Sichtweisen gute Leistungen und Innovationen erzielt werden können.

Kernpunkt der HSBC-Werte ist der Grundsatz der „Courageous Integrity“. Courageous Integrity bedeutet, den Mut zu haben, Entscheidungen zu fällen, ohne Angst zu haben, und ohne auf konkrete Anweisungen zu warten. Dabei dürfen die ethischen Grundsätze und die Integrität, für die das Unternehmen HSBC Deutschland schon seit über 230 Jahren steht, nicht kompromittiert werden. Dieser Grundsatz bestärkt die Mitarbeiter, Verantwortung für ihr eigenes Handeln zu übernehmen. Er ermutigt sie, Entscheidungen alleine zu treffen, ohne sich dabei hinter Rangordnungen und Regeln zu verstecken. Darüber hinaus gibt er ihnen Sicherheit, im Alltag für das einzustehen, was wichtig ist, und vor dem zu schützen, was falsch ist.

Die HSBC-Gruppe hat sich mit der Einführung der „Global Standards“ das Ziel gesetzt, die effektivsten Kontrollen zum Schutz gegen Finanzkriminalität zu etablieren. Die Bank hat hierbei im Geschäftsjahr 2016 mit großem Aufwand einen wesentlichen Schritt nach vorne getan. Die Compliance-Kultur wurde weiter gestärkt. Neben der Bekämpfung von Finanzkriminalität hat HSBC ein Conduct-Programm aufgelegt, in dem sie sich und ihre Mitarbeiter verpflichtet, faire Ergebnisse für ihre Kunden sicherzustellen und auf Ordnung und Transparenz der Finanzmärkte hinzuwirken. Dieses Programm setzen wir mit voller Überzeugung um.

Risikomanagement-Organisation

Das monatlich tagende Risk Management Meeting, dem unter anderem alle Vorstandsmitglieder und Bereichsvorstände angehören, beschäftigt sich mit allen Risikokategorien der Bank. Besondere Bedeutung kommt den Hauptrisiken und den sich abzeichnenden Risiken (Top and Emerging Risks) zu. Zudem hat der Stellenwert der Compliance-Risiken deutlich zugenommen.

Das Risk Management Meeting und der Vorstand erhalten regelmäßig Berichte und die Protokolle der weiteren Gremien der Bank, die sich spezifisch mit einzelnen Risikoarten befassen.

Eine wichtige Aufgabe für die Früherkennung von Risiken nimmt die Interne Revision wahr, die materiell bedeutende Risiken in ihren Berichten durch die Klassifizierung von Prüfungsfeststellungen besonders kenn-

zeichnet. Zudem berichtet sie dem Vorstand und dem Prüfungs- sowie dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats anhand von Nachschauprüfungen über den Fortschritt bei der Beseitigung festgestellter Mängel.

Entsprechend dem Konzept der HSBC-Gruppe erstellt jeder Bereich Risk and Control Assessments, in denen die wesentlichen Risiken und die Kernkontrollen dargestellt werden. Weiterhin verfügt jeder Bereich über einen Business Risk and Control Manager, der die Einhaltung der in den täglichen Arbeitsabläufen vorgesehenen Kontrollen überprüft. Der Bereich Operational Risk and Information Security ist unter anderem damit beauftragt, die Qualität der Risk and Control Assessments und die Durchführung der Kontrollen zu überprüfen. Durch diesen Organisationsaufbau ist angemessen gewährleistet, dass Risiken zeitnah erkannt und geeignete Maßnahmen rechtzeitig ergriffen werden – auch in Anbetracht der Spezialisierung und Größe der Bank. Gleichwohl halten wir fest, dass unvorhergesehene Risiken auftreten und niemals vollständig ausgeschlossen werden können.

Deswegen sind kurze Wege zur Geschäftsleitung, ein klares Bewusstsein auf allen hierarchischen Ebenen für eingegangene Risiken, eine Kultur der schnellen und offenen Kommunikation von Risiken und die stetige Weiterentwicklung des Risikomanagements entscheidend. Das Wertebewusstsein und die Risikokultur werden durch Weiterbildungsmaßnahmen, bei denen sich die Vorstandsmitglieder und Bereichsvorstände aktiv engagieren, im Sinne einer verantwortungsvollen Unternehmenskultur gestärkt.

Internal Capital Adequacy Assessment Process

Unser aufsichtsrechtlich orientiertes Kapitalmanagement wird durch eine Analyse des ökonomischen Kapitalbedarfs ergänzt (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP). Der ICAAP basiert auf der zweiten Säule des Baseler Eigenkapitalrahmenwerks und erfüllt die von der deutschen Aufsicht vorgegebenen Mindestanforderungen für das Risikomanagement (MaRisk).

Den MaRisk zufolge haben Kreditinstitute Strategien und Prozesse einzurichten, die gewährleisten, dass genügend internes Kapital zur Abdeckung aller wesentlichen Risiken vorhanden, die Risikotragfähigkeit also permanent gewährleistet ist. Der ICAAP stellt für uns einen integralen Bestandteil der Steuerung dar, der in die Prozesslandschaft des Risikomanagements eingebettet ist und einer fortlaufenden Weiterentwicklung unterliegt.

Die quartalsweise Analyse und laufende Überwachung der Risikotragfähigkeit basiert auf einem GuV-/bilanzorientierten Ansatz und umfasst auch Risikoarten, die in den regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung von Banken nicht enthalten sind (zum Beispiel Liquiditäts- oder Pensionsrisiko). Sowohl die Berechnung des ökonomischen Kapitalbedarfs als auch die Ableitung der Risikodeckungsmasse erfolgt für zwei verschiedene Szenarien, Going Concern- und Liquidationsszenario, die jeweils durch zugehörige Stressbetrachtungen vervollständigt werden. Im Rahmen der Gesamtbank-Stressbetrachtung im Going Concern-Szenario nimmt die Bank eine außergewöhnliche, aber vorstellbare negative Entwicklung der Weltwirtschaft an (zum Beispiel weltweiter Konjunkturéinbruch mit deutlichem Rückgang des Welthandels oder Verschlechterung der Finanzlage des öffentlichen Sektors) und simuliert so die Auswirkungen auf bestimmte quantifizierbare Risiken. Für nicht vom Szenario erfasste quantifizierbare Risiken werden eigene Stressszenarien definiert und die Auswirkungen analysiert. Neben diesen regelmäßigen Stresstests führt die Bank einmal pro Jahr einen inversen Stresstest durch. Diese Form des Stress-Testing ist mit der Identifikation von Ereignissen verbunden, die den eigenen Fortbestand nachhaltig gefährden könnten, d. h. die Risikodeckungsmasse des Going Concern-Szenarios potenziell aufzehren. Als ein mögliches inverses Stressszenario haben wir den Wegfall des Länderfinanzausgleichs identifiziert, infolgedessen sich unter anderem die Risikoprämien der Bundesländer ausweiten.

Die theoretischen Methoden und Modelle zur Quantifizierung des ökonomischen Kapitalbedarfs sind in den verschiedenen Risikoarten unterschiedlich weit entwickelt.

Im Rahmen einer konservativen Vorgehensweise verzichtet die Bank derzeit noch auf die Berücksichtigung von Diversifikationseffekten.

Die Ermittlung des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs passen wir kontinuierlich den wachsenden Anforderungen an. Die Risikotragfähigkeit wird quartalsweise umfassend analysiert und laufend fortgeschrieben. Die zugrunde liegenden Methoden werden im Capital Steering Committee ausführlich diskutiert. Die Protokolle des Capital Steering Committees werden dem Gesamtvorstand zugeleitet und dort behandelt. Außerdem wird der ICAAP halbjährlich im Risikoausschuss des Aufsichtsrats besprochen.

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Risikodeckungsmasse	2.338,6	2.070,4
abzüglich regulatorisch erforderlichen Kapitals	-1.424,7	-1.041,2
Freie Risikodeckungsmasse	913,9	1.029,2
Risiken		
Kreditrisiken	158,7	146,2
Marktrisiken (inkl. illiquiden Beteiligungsrisikos)	120,9	102,9
Liquiditätsrisiko	19,8	27,3
Operationelles Risiko	63,1	62,7
Pensionsrisiko	1,5	103,0
Geschäftsrisiko	42,9	33,6
Ökonomisch erforderliches Kapital	406,9	475,7
Ausnutzung der freien Risikodeckungsmasse (in %)	44,5	46,2

Die Risikotragfähigkeit des Konzerns ist unverändert gegeben, und die Eigenkapitalausstattung ist angemessen. Die vorstehende Tabelle zeigt die Risikotragfähigkeit für das Going Concern-Szenario des Konzerns. Danach können per 31. Dezember 2016 maximal 913,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1.029,2 Mio. Euro) Verlust absorbiert werden (freie Risikodeckungsmasse), ohne dabei die regulatorischen Mindestanforderungen zu verletzen.

Der Rückgang des Pensionsrisikos ist auf eine Methodenänderung zurückzuführen. Seit dem vierten Quartal 2016 wird das Zinsänderungsrisiko sowie das Risiko veränderter Bewertungsparameter im Marktrisiko ausgewiesen. Im Pensionsrisiko verbleibt ausschließlich das Langlebigerisikorisiko in Höhe von 1,5 Mio. Euro (Vorjahr: 1,3 Mio. Euro).

Sanierungsplan

In Übereinstimmung mit den Vorschriften des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes (SAG), der Delegierten Verordnung EU 2016/1075 der EU-Kommission und anderer europäischer Standards sowie der Anforderungen der Bankenaufsicht hat der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern einen Sanierungsplan erarbeitet.

Dieser Sanierungsplan umfasst eine ausführliche Beschreibung der rechtlichen und organisatorischen Verhältnisse und des Geschäftsmodells, der wesentlichen Geschäftsaktivitäten und der kritischen Funktionen in den Finanzmärkten sowie der internen und externen Verflechtungen des Konzerns. Er definiert mögliche, die Kapitalausstattung, das Risikoprofil, die Qualität der Aktiva, die Liquiditätsposition oder die Ertragslage belas-

tende Situationen, die eine Gefährdung des Konzerns darstellen könnten, und schätzt deren Auswirkungen ab. Für diese Situationen sind konkrete Handlungsalternativen aufgezeigt, die eine zeitnahe Rückkehr in einen normalen operativen Modus innerhalb eines definierten Risikoappetits ermöglichen. Zur Beobachtung und frühzeitigen Erkennung etwaiger negativer Entwicklungen hat die Bank laufend überwachte, in das Risikomanagement der Bank eingebettete Indikatoren definiert, die eine frühzeitige Information der Geschäftsführung und das rechtzeitige Einleiten von im Rahmen der Planerstellung auf Machbarkeit und Wirksamkeit untersuchten Gegenmaßnahmen sicherstellen sollen. Verantwortlichkeiten und Abläufe für die Überwachung der finanziellen Stabilität sowie der Eskalations-, Entscheidungs- und Kommunikationsprozesse bei Überschreiten definierter Indikatorschwellen sind im Plan detailliert festgelegt. Der Plan wird jährlich und, wenn wesentliche Veränderungen im Konzern oder im Umfeld das erfordern, auch unterjährig aktualisiert.

Aufgrund der Zugehörigkeit des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns zur HSBC-Gruppe, die zu den am besten gerateten Bankengruppen der Welt gehört, ist der Sanierungsplan in den Schnittstellen zur HSBC-Gruppe und in den wesentlichen Elementen auch mit deren Sanierungsplan abgestimmt und konsistent.

Risikokategorien

Strategische und Geschäftsrisiken

Unter strategischen Risiken verstehen wir mögliche Änderungen von Gesetzen und Regulierungen, der Wettbewerbssituation, von gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Marktverhältnissen sowie der Leistungsfähigkeit des Konzerns, die auf mittlere Sicht die Ertragskraft beeinträchtigen könnten. Sie ergeben sich zunächst aus dem geänderten Umfeld, dem sich die Banken anpassen müssen. Die neuen Vorschriften zur Eigenkapitalunterlegung und Refinanzierung des Bankgeschäfts werden ungeachtet der Anpassungsmaßnahmen, die wir vornehmen werden, die Rentabilität des von uns betriebenen kundenorientierten Geschäfts verringern. Diese Entwicklung, die durch erhöhte Kosten aus anderen regulatorischen Vorschriften verstärkt wird, erwarten wir nicht nur für unser Haus. Des Weiteren können gesetzgeberische Schritte, wie die Einführung einer Transaktionssteuer oder Einschränkungen beim Verkauf von Finanzprodukten, die Ertragsbasis der Bank dauerhaft beeinträchtigen. Eine große Belastung der Ertragslage der nächsten Jahre wird sich aus dem anhaltenden Niedrigzinsniveau mit Negativzinsen in der Einlagenfazilität der EZB ergeben. Regulation und Geldpolitik setzen teils nicht vereinbare Impulse. Ferner resultieren strategische Risiken aus unserer geschäftspolitischen Ausrichtung mit einem sehr selektiven Kundenfokus, weil unsere Kunden aufgrund ihrer Bedeutung im Markt stark umworben werden.

Zur strategischen Position der Bank gehört das Risiko, dass große Teile der Erträge von der Umsatztätigkeit der Kunden an den Aktien-, Renten-, Devisen- und Derivatmärkten sowie von der Aufnahmefähigkeit der Kapitalmärkte für neue Emissionen im Zins- und Aktiengeschäft abhängig sind. Die Diversifizierung unserer Geschäftstätigkeit kann diesem Risiko nur bedingt entgegenwirken. So werden wir im Rahmen unserer Wachstumsstrategie „Germany 2020“ unser Firmenkundengeschäft weiter verstärken und unter anderem den Zahlungsverkehr (Global Liquidity and Cash Management) sowie das Global Trade and Receivable Finance-Geschäft ausbauen. In begrenztem Umfang können wir diesem Risiko auch dank der starken Integration in die HSBC-Gruppe gezielt entgegensteuern, weil wir dadurch für unsere Kunden auf vielfältige Produkte sowie ein globales Dienstleistungsangebot zugreifen können.

Wir sind zuversichtlich, dass sich die strategische Position der Bank nicht verschlechtern wird, da wir in den vergangenen Jahren in allen Kundensegmenten unsere Marktposition halten oder verbessern konnten. Die Risikoprämien für Adressenausfallrisiken sind weiter gefallen. Einzelne Banken mit niedrigen Ansprüchen an ihre Eigenkapitalverzinsung üben weiterhin Preisdruck aus, und die Margen entsprechen nicht mehr dem Risiko durch einen vollen Kreditzyklus, sondern reflektieren nur noch das derzeitige relativ gute konjunkturelle Umfeld mit historisch niedrigen Ausfallquoten. Diese Entwicklung wird vor allem durch die nachhaltige Überversorgung des Euro-Geldmarkts durch die EZB verstärkt. Insbesondere in Deutschland ist eine deutliche Überversorgung mit Krediten festzustellen, sodass die Inanspruchnahme relativ zu den eingeräumten Linien weiter niedrig ist.

Das Niedrigzinsumfeld, das zu einer Entwertung der überwiegend aus Kundengeldern bestehenden Passivseite führt, stellt eine zunehmende Herausforderung dar und wird zu einer weiterhin deutlichen Belastung der Ertragskraft führen. Durch die Einführung von Negativzinsen seitens der EZB sind nicht nur die Konditionenbeiträge aus Einlagen entfallen, sondern wir erwirtschaften, betriebswirtschaftlich betrachtet, Verluste auf der Einlagenseite, wenn wir die Negativzinsen nicht in vollem Umfang an unsere Kunden weiterbelasten können. Das Anlageergebnis unserer liquiden Mittel sinkt mit jeder Rückzahlung einer festverzinslichen Anleihe. Dieses Zinsumfeld wird unsere Ertragslage 2017 mit einem zweistelligen Millionenbetrag belasten.

Bei der weiteren Modernisierung unserer IT-Architektur haben wir begonnen, den Nachholbedarf systematisch abzarbeiten und primär – neben den regulatorischen Anforderungen – die Dienstleistungen für unsere Kunden weiter zu unterstützen. Die Anpassung an neue Technologien und an das geänderte Umfeld erfordert auch in Zukunft den Einsatz bedeutender personeller und finanzieller Ressourcen. Diese Investitionen werden neben den Kosten der Systemeinführungen mit erhöhten Aufwendungen für Lizenz- und Wartungsgebühren von Fremdsoftware sowie für Abschreibungen auf Software und Hardware einhergehen; die Kosten für die Bank erhöhen sich dadurch weiter. Deswegen wirken wir in den Projekten der HSBC-Gruppe aktiv mit, durch welche die Effizienz der bankbetrieblichen Prozesse gesteigert und die Organisation insgesamt verschlankt

werden soll. Hierzu zählt auch die Nutzung von Offshore-Möglichkeiten der HSBC-Gruppe, die wir weiter zunehmend für die Erbringung von Dienstleistungen nutzen wollen.

Die Bank richtet sich auf umfassende neue Regulierungen ein. Die vorliegenden Regelungen übertreffen in Umfang und Komplexität die bisherigen Regelungen bei Weitem. Sorge bereiten zum einen die in Diskussion befindlichen Vorschläge, die eine teils deutliche nochmalige Erhöhung der Eigenkapitalunterlegung fordern. Zum anderen sind erhöhte administrative und Meldevorgaben beschlossen, deren Umsetzung sowohl fachlich als auch bezüglich der erforderlichen IT-Ressourcen eine große Herausforderung darstellt. Damit ist nicht nur der Aufwand zur Einführung der neuen Regelungen gemeint, sondern auch die Einhaltung der Regelungen und Meldepflichten im laufenden Betrieb. Dies führt zu einem permanenten Anstieg regulatorischer Kosten. Der Block der Fixkosten für die Bank wird unabhängig von ihren Ertragsmöglichkeiten erheblich größer und beeinflusst die kosteneffiziente Mindestbetriebsgröße der Bank maßgeblich. Wir sind uns bewusst, dass die bisherigen Regulierungen auch durch das unverantwortliche Handeln einiger weniger Banken verursacht wurden, das es zukünftig zu verhindern gilt, sehen aber die noch kommenden Vorschriften mit Sorge. Der mit dem Transformationsprozess der Bankbranche einhergehende strukturelle und dauerhafte Rückgang der Eigenkapitalrendite wird alle Banken grundsätzlich berühren. Die Bank bereitet sich auf die kommenden Veränderungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv vor.

Generell gilt, dass die fortlaufende Steigerung der Effizienz unabdingbar ist, damit die Wettbewerbssituation der Bank nicht beeinträchtigt wird.

Positiv vermerken wir, dass sich die strategische Ausrichtung der Bank in der Bankenkrise und in der Eurokrise bewährt hat und wir zuversichtlich sind, aufgrund unserer konsequenten Kundenausrichtung die Strategie „Germany 2020“ erfolgreich umsetzen zu können und dank verbesserter Eigenkapitalausstattung für unsere Kunden ein zuverlässiger strategischer Partner zu sein.

Adressenausfallrisiken

(a) Definition

Unter Adressenausfallrisiko wird der teilweise oder vollständige Ausfall von Forderungen oder anderen schuldrechtlichen Instrumenten verstanden. Es bezeichnet die

Gefahr, dass vertraglich zugesagte Leistungen des Geschäftspartners teilweise oder vollständig ausfallen. Wenn diese Gefahr auf Umständen beruht, die ihrerseits aus staatlichem Handeln hervorgehen, spricht man von Länderrisiko. Das Adressenausfallrisiko kann in Kredit-, Emittenten-, Kontrahenten-, Beteiligungs- und Veritätsrisiken unterteilt werden. Dabei bezeichnet Kreditrisiko das Risiko, bei dem ein Vertragspartner seinen Verpflichtungen aus der Gewährung von Krediten nicht nachkommen kann. Emittentenrisiko ist das Risiko des Ausfalls des Emittenten eines Wertpapiers. Unter Kontrahentenrisiko (Gegenparteiausfallrisiko) versteht man das Risiko, durch den Ausfall eines Vertragspartners vertraglich vereinbarte Gegenleistungen nicht zu erhalten, obwohl die eigene Leistung erbracht wurde. Unter Beteiligungsrisiken werden Anteilseignerrisiken verstanden. Dies umfasst potenzielle Verluste aus der Bereitstellung von Eigenkapital im Fall einer Verschlechterung des Beteiligungswerts. Das Veritäts- oder Verwässerungsrisiko beschreibt das Risiko, dass sich der Betrag einer Forderung durch bare oder unbare Ansprüche des Schuldners vermindert.

Von einem Ausfallrisiko können vor allem Kredite und Forderungen, Handelsaktiva, Finanzanlagen sowie Eventualverbindlichkeiten (Finanzgarantien) und Kreditzusagen betroffen sein. Außerdem können bei der Abwicklung des Zahlungsverkehrs, des Devisenhandels sowie des Wertpapierdienstleistungsgeschäfts Anschaffungsrisiken entstehen. Diesen widmen wir trotz der sehr kurzen Erfüllungsfristen hohe Aufmerksamkeit.

Die Quantifizierung der Adressenausfallrisiken erfolgt durch die Ermittlung der folgenden Größen:

- Kredit(äquivalenz)betrag (Exposure)
- Verlustquote (Loss given default, LGD)
- Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of default, PD)

Ausfallwahrscheinlichkeiten werden durch die Risikoklassifizierungsverfahren geschätzt. Sicherheiten finden in einer reduzierten Verlustquote Eingang. Der Kreditäquivalenzbetrag selbst entspricht bei Barkrediten dem ausstehenden Kreditbetrag. Bei der Gewährung von Finanzgarantien entspricht der Kreditäquivalenzbetrag dem Höchstbetrag, den die Bank zu begleichen hätte, wenn die Garantie in Anspruch genommen würde. Der Kreditäquivalenzbetrag von Kreditzusagen, die während ihrer Laufzeit nicht oder nur bei einer bedeutenden

negativen Veränderung des Markts widerrufen werden können, besteht in Höhe des vollen zugesagten Betrags. Bei Derivaten bestimmt sich der Kreditäquivalenzbetrag als Erwartungswert des positiven Marktwerts zum Zeitpunkt eines möglichen Ausfalls des Kontrahenten.

Das sogenannte Exposure at Default (EAD) ergibt sich aus dem Kreditäquivalenzbetrag durch Anwendung eines Kreditkonversionsfaktors. Dieser repräsentiert den Unterschied zwischen heutigem Kreditäquivalenzbetrag und dem erwarteten Exposure im Falle eines Kreditereignisses. Exposure at Default, Verlustquote und Ausfallwahrscheinlichkeit werden zur Bestimmung des erwarteten wie des unerwarteten Verlusts eines Kreditengagements herangezogen.

(b) Kreditrisikostategie

Die Kreditrisikostategie, die mit dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats abgestimmt ist, gibt den Entscheidungsrahmen für das Eingehen von Ausfallrisiken vor. Sie wird regelmäßig überprüft und an die aktuellen Erfordernisse angepasst.

Uns leitet der Grundsatz der Risikodiversifizierung. Wir streben daher an, unsere Kreditrisiken möglichst breit auf Branchen und Kreditnehmer beziehungsweise Kontrahenten zu verteilen. Gleichzeitig legen wir Wert darauf, dass der Kreditnehmer über einen ausreichenden Finanzierungsspielraum verfügt.

Die Bank hält sich im direkten Auslandskreditgeschäft bewusst zurück, es sei denn, sie begleitet eigene Kunden bei ihren Geschäften in der Welt. Hier sind wir dann mithilfe der lokalen HSBC-Einheiten in der Lage, umfassende Lösungen vor Ort anzubieten. Auf expliziten Kundenwunsch ist die Bank auch bereit, ausländische Tochtergesellschaften ihrer Kunden direkt zu finanzieren, sofern die Muttergesellschaft diese Kredite in rechtlich einwandfreier und durchsetzbarer Art und Weise garantiert.

(c) Risikoklassifizierungsverfahren

Die Bank verwendet zur Risikoklassifizierung eine 23-stufige interne Rating-Skala, um die Kreditqualität ihrer Kunden einzuordnen. Wir verwenden jeweils unterschiedliche Rating-Systeme für die vier Kundengruppen Internationale Großunternehmen, Deutscher Mittelstand, Banken und Finanzdienstleister. Diese Rating-Systeme werden um Risikoklassifizierungsverfahren für vermögende Privatkunden und deutsche Bundesländer ergänzt.

Das Rating-System für Kunden des deutschen Mittelstands ist eine Eigenentwicklung unseres Hauses. Es beruht auf einer statistischen Komponente zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation des Kreditnehmers anhand seiner Finanzdaten. Diese Komponente haben wir mithilfe interner Kundendaten entwickelt. Ergänzend kommt ein Expertensystem zur qualitativen Bewertung des Kunden und seines wirtschaftlichen Umfelds durch den zuständigen Kundenbetreuer hinzu. Ein Regelwerk zur Anerkennung von Haftungsverhältnissen innerhalb von Konzernverbänden vervollständigt das Rating-System.

Die Rating-Systeme für internationale Großunternehmen, Banken und Finanzdienstleister hat unser Haus von der HSBC-Gruppe übernommen, nachdem ihre Eignung intern geprüft worden war. Wir nutzen damit für die international ausgerichteten Portfolios indirekt die umfangreiche Datenhistorie und die zusätzliche Expertise der Spezialisten innerhalb der HSBC-Gruppe. Die Rating-Systeme von HSBC werden um eine qualitative Bewertung der Unternehmen und von deren wirtschaftlichem Umfeld durch die zuständigen Kundenbetreuer und die lokalen Kreditexperten ergänzt. Diese Bewertung ergänzt die statistische Analyse der Finanzdaten und die Analyse des Branchen- und Länderrisikos.

Im Bereich der Vermögenden Privatkunden setzt die Bank ein zehnstufiges internes Risikoklassifizierungsverfahren ein, um die Kreditqualität ihrer Kunden einzuordnen. Das Verfahren ist jedoch von untergeordneter Bedeutung, da das Kreditgeschäft mit vermögenden Privatkunden in der Regel auf besicherter Basis stattfindet.

Für deutsche Bundesländer gibt es ebenfalls ein im Wesentlichen qualitatives Risikoklassifizierungsverfahren, das auf die Parameter Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, Verschuldung pro Kopf, Bevölkerungsgröße sowie Zahlungen an den oder aus dem Länderfinanzausgleich abstellt.

Die granulare 23-stufige interne Rating-Skala, das sogenannte Customer Risk Rating (CRR), kann in eine zehnstufige Skala zusammengefasst und anschließend in die folgenden Gruppen übergeleitet werden.

Interne Rating-Skala	Zwölfmonatige Ausfallwahrscheinlichkeit in %
CRR 1 und CRR 2	0–0,169
CRR 3	0,170–0,740
CRR 4 und CRR 5	0,741–4,914
CRR 6 bis CRR 8	4,915–99,999
CRR 9 und CRR 10	100

Definition der Gruppen:

- CRR 1- und CRR 2-Engagements weisen eine hohe Zahlungsfähigkeit aus mit einer vernachlässigbaren oder niedrigen Ausfallwahrscheinlichkeit.
- CRR 3-Engagements erfordern eine eingehendere Überwachung, weisen jedoch eine gute Zahlungsfähigkeit auf, um den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Die Ausfallwahrscheinlichkeit ist befriedigend.
- CRR 4- und CRR 5-Engagements erfordern eine eingehendere Überwachung und weisen eine durchschnittliche Zahlungsfähigkeit auf, um den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Die Ausfallwahrscheinlichkeit ist moderat.
- CRR 6- bis CRR 8-Engagements erfordern eine laufende an die Kundensituation angepasste Kontrolle. Die Ausfallwahrscheinlichkeit ist erhöht.
- CRR 9- und CRR 10-Engagements gelten als ausgefallen. Es handelt sich um Forderungen, bei denen die Bank davon ausgeht, dass es unwahrscheinlich ist, dass der Kunde die Kreditverpflichtung vollständig erfüllen wird, ohne dass die Bank auf hinterlegte Sicherheiten zugreifen muss.

Alle internen Rating-Modelle werden jährlich validiert. Insbesondere bei dem Rating-Modell für Mittelstandskunden werden zusätzliche Bilanzdaten von einem externen Anbieter verwendet, um die Qualität der Validierung zu verbessern. Für die internationalen Großunternehmen, den deutschen Mittelstand, Banken und Finanzdienstleister werden die aufsichtsrechtlich zugelassenen internen Rating-Modelle für die regulatorische Eigenkapitalunterlegung angewendet. Die Bank verwendet hierbei den einfachen IRB-Ansatz, bei dem die Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) der Kunden intern geschätzt wird. Das Rating-Modell für Mittelstandskunden wurde

im Rahmen der geänderten Geschäftsstrategie überarbeitet. Das Modell befindet sich aktuell im Parallel-Betrieb mit dem bestehenden Verfahren. Für die Verlustquote (LGD) und den Risikopositionswert (EAD) wird auf die aufsichtsrechtlichen Standardparameter abgestellt. Als Vorbereitung für die regulatorische Zulassung verwendet die Bank für die ökonomische Steuerung der Risikotragfähigkeit interne Modelle zur Schätzung der Verlustquote (LGD) und des Risikopositionswerts (EAD). Das interne LGD-Modell für die Unternehmenskunden ist seit Dezember 2012 im Einsatz, und das EAD-Modell wird seit Januar 2014 angewendet. Kunden aus dem Bereich Global Private Banking sowie Staaten und staatliche Einrichtungen werden für die regulatorische Eigenkapitalunterlegung im Standardansatz behandelt.

Pflege, Überwachung und Weiterentwicklung der von der Bank verwendeten Kreditrisikomesssysteme, vor allem des hauseigenen Mittelstands-Rating-Modells, fallen in die Zuständigkeit des Bereichs Risk Control.

(d) Limite

Der Vorstand hat Kreditkompetenzen (differenziert nach Größenordnung, Seniorität der Kompetenzträger und Bonität des Kreditnehmers) unter Beachtung der gesetzlichen Regelungen für Groß- und Organkredite delegiert (Kompetenzordnung). Maßstab für die gewährte Kreditkompetenz sind die Qualifikation und die Krediterfahrung der Mitarbeiter.

Die Überwachung der Kreditinanspruchnahmen erfolgt auf täglicher Basis mithilfe eines Risikolimitsystems.

Kreditrisiken, die ein Länderrisiko einschließen, sollen nur im Rahmen genehmigter Länderlimite eingegangen werden. Länderrisiken – Ausnahmen sind HSBC-Gruppenlinien – übernimmt die Bank nur im Zusammenhang mit kommerziellem Geschäft der Kunden. Ausnahmen bilden die Liquiditätsbestände der Bank. Der Grundsatz der Risikostreuung ist in jedem Fall zu beachten.

Bei der Beurteilung von Länderrisiken stützt sich die Bank besonders auf die globale Expertise der HSBC-Gruppe und die dort eingesetzten Beurteilungsverfahren.

Die Klassifizierung der Länder, für die Länderlimite etabliert sind, erfolgt daher grundsätzlich analog zu der Klassifizierung durch die HSBC-Gruppe. Die dortige Länderklassifizierung baut auf einer Vielzahl von quantitativen und qualitativen Risikoindikatoren auf, die laufend aktualisiert und einmal jährlich überprüft und bewertet wer-

den. Die Klassifizierung leitet die HSBC-Gruppe modellgestützt aus einem länderspezifischen Gesamtscore ab. In diesen Gesamtscore gehen dabei mehrere, meist faktorgewichtete Einzelscores ein. Länder werden so nach ihrer Bonität in sechs Stufen (Prime, Normal, Fair, Case by Case, Restricted, Constrained) klassifiziert.

Die Plausibilität der Einstufung wird regelmäßig überprüft.

Die Geschäftsleitung hat – differenziert nach Länderbonität und Laufzeit – Kompetenzen zur Genehmigung von Länderrisiken delegiert, die im Rahmen von Kreditgenehmigungen gemäß Kompetenzordnung der Bank genutzt werden können. Die Limite werden mindestens einmal jährlich überprüft.

Der Risikoausschuss des Aufsichtsrats wird regelmäßig über die Entwicklung der Länderrisiken unterrichtet. Hierzu gehört unter anderem die Berichterstattung über die Klassifizierung, das aggregierte Risiko pro Land sowie auch das Risiko pro Land in verschiedenen Kundengruppen.

Die Einhaltung von Länderlimiten wird täglich überwacht. Sie berücksichtigen auch Risikotransfers in andere Länder oder aus anderen Ländern.

(e) Organisation des Kreditprozesses

Die Organisation des Kreditprozesses ist auf Größe und Zielgruppen des Kreditgeschäfts zugeschnitten und gewährleistet bei der Zusammenarbeit der Kundenbetreuer, Unternehmensanalysten und Marktfolge, dass Adressenausfallrisiken rechtzeitig erkannt und qualifiziert bearbeitet werden.

Das interne Rating, das Expertenwissen der am Kreditprozess Beteiligten sowie gegebenenfalls die gestellten Sicherheiten stellen die Basis für die Kreditentscheidung dar.

Vor einer Kreditgewährung sucht die Bank nach Möglichkeiten, das Kreditengagement anhand der Kundenbedürfnisse zu strukturieren. Infrage kommen neben bilateralen Kreditlinien zum Beispiel auch Syndizierungen und Kreditverbriefungen durch Schuldscheindarlehen oder die Begebung von Anleihen.

Jedes Kreditrisiko muss einmal jährlich überprüft, klassifiziert und dem Genehmigungsprozedere unterworfen werden, je nach Bonitätsklasse auch häufiger. Hierbei

wird auch geprüft, inwieweit die Kundenverbindung im Verhältnis zur Risikoübernahme angemessen ertragreich ist. Bei Kunden mit Verbindungen zu anderen HSBC-Einheiten prüfen wir dies auch anhand globaler Ertragskennzahlen.

Nicht vertragsgerecht bediente, zweifelhafte oder problembehaftete Forderungen werden intensiv durch eine beziehungsweise unter Federführung einer spezialisierten Organisationseinheit außerhalb des Marktes betreut, damit frühzeitig geeignete Maßnahmen zur Risikobegrenzung eingeleitet werden können.

Wir bilden für Kreditengagements mit stark erhöhtem Ausfallrisiko, d. h. bei Vorliegen objektiver substanzieller Hinweise, eine Risikovorsorge. Dafür werden die zukünftigen Zahlungen aus dem Kredit und gegebenenfalls aus der Verwertung von Sicherheiten über die Kreditlaufzeit hinweg geschätzt. Auf diese Weise können wir den Barwert dieser Zahlungen mit dem Buchwert des Kreditengagements vergleichen. Die Risikovorsorge deckt den so ermittelten Fehlbetrag in voller Höhe ab.

In regelmäßigen Abständen prüft die Interne Revision das Kreditgeschäft, sowohl die adressenbezogenen Kreditrisiken als auch die Arbeitsabläufe und -methoden.

(f) Maximales Ausfallrisiko

Das maximale Ausfallrisiko gemäß IFRS 7 entspricht dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte einschließlich der OTC-Derivate. Börsengehandelte Derivate unterliegen aufgrund des Margin-Systems keinem Ausfallrisiko.

Erhaltene Sicherheiten und andere Risikoreduzierungs-techniken sind dabei nicht eingerechnet. Das theoretisch maximale Ausfallrisiko zum Bilanzstichtag wird in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

	31.12.2016		31.12.2015	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Kredite und Forderungen	9.737,0	29,4	9.062,7	28,9
an Kreditinstitute	1.256,0	3,8	1.186,5	3,8
an Kunden	8.481,0	25,6	7.876,2	25,1
Handelsaktiva	6.317,7	19,0	5.556,2	17,7
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.534,8	4,6	1.725,2	5,5
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.161,5	3,5	1.161,9	3,7
Handelbare Forderungen	1.766,0	5,3	929,2	3,0
OTC-Derivate	1.855,1	5,6	1.738,8	5,5
Derivate in Sicherungsbeziehungen	0,2	0,0	0,0	0,0
Derivate des Bankbuchs	0,1	0,0	1,1	0,0
Finanzanlagen	5.351,0	16,1	5.688,6	18,1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.089,9	15,3	5.390,8	17,2
Aktien	0,0	0,0	0,0	0,0
Investmentanteile	49,8	0,2	64,8	0,2
Schuldscheindarlehen	138,9	0,4	149,6	0,5
Beteiligungen	72,4	0,2	83,4	0,2
Eventualverbindlichkeiten	2.405,1	7,3	2.310,9	7,4
Kreditzusagen	9.356,5	28,2	8.769,6	27,9
Insgesamt	33.167,3	100,0	31.388,0	100,0

Die Forderungen an Kreditinstitute sowie die Forderungen an Kunden weisen wir im Risikobericht vor Abzug der Risikovorsorge aus.

Speziell im Derivategeschäft werden Netting-Vereinbarungen und Vereinbarungen über die Unterlegung von Marktwerten mit bestimmten Sicherheiten abgeschlossen. Bei Netting-Vereinbarungen können gegenläufige Kontrakte mit einem einzelnen Kunden oder Kontrahenten unter bestimmten Voraussetzungen gegeneinander aufgerechnet werden. Diese Vereinbarungen verringern

das zuvor dargestellte maximale Ausfallrisiko deutlich (vgl. Darstellung unter (h) Angaben zur Kreditqualität – OTC Derivate).

(g) Sicherheiten und andere Risikominderungs-techniken

Eine Besicherung wird grundsätzlich dort vereinbart, wo es geboten ist – beispielsweise bei langfristigen Finanzierungen, Kreditnehmern mit schwächeren Bonitäten oder reinen Wertpapierkrediten.

Die folgenden Tabellen geben den Zusammenhang zwischen dem maximalen Ausfallrisiko im Kreditbuch und den finanziellen Sicherheiten wieder:

in Mio. €	31.12.2016				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Gesamtsumme	1.256,0	8.481,0	2.405,1	9.356,5	21.498,6
davon unbesichert	1.249,6	7.597,3	2.302,3	9.202,8	20.352,0
davon vollbesichert	6,4	456,6	76,8	8,5	548,3
davon teilbesichert	0,0	427,1	26,0	145,2	598,3
Betrag der Teilbesicherung	0,0	209,7	8,3	70,5	288,5

in Mio. €	31.12.2015				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Gesamtsumme	1.186,5	7.876,2	2.310,9	8.769,6	20.143,2
davon unbesichert	1.178,8	7.082,2	2.180,7	8.696,4	19.138,1
davon vollbesichert	7,7	367,6	54,5	0,0	429,8
davon teilbesichert	0,0	426,4	75,7	73,2	575,3
Betrag der Teilbesicherung	0,0	241,3	34,2	23,1	298,6

Die Kreditsicherheiten werden in EDV-Systemen erfasst und überwacht, welche die Bank selbst entwickelt hat. Eine Zuordnung der Sicherheiten zu einer Kreditlinie wird im Liniensystem vorgenommen.

Werden Finanzsicherheiten angenommen, werden die verpfändeten Konten und Depots im EDV-System erfasst. Sie werden täglich bewertet. Dazu dient ein EDV-Programm, das die Stammdaten der Sicherheiten mit den Konto- beziehungsweise Depotdaten verknüpft. Für die Bewertung werden Standardbeleihungssätze für verschiedene Finanzsicherheiten vorgegeben, von denen bei Bedarf durch Einzelfallentscheidungen der Kompetenzträger abgewichen werden kann (zum Beispiel zur Vermeidung von Klumpenrisiken). Sind für bestimmte Wertpapiere keine Standardbeleihungssätze definiert, wird individuell unter Einbeziehung der Kreditkompetenzträger darüber entschieden, ob eine Anerkennung als Sicherheit möglich ist und bis zu welcher Höhe ein Beleihungswert berücksichtigt werden darf.

Finanzsicherheiten in Form von Verpfändungen von Konten und Depots bei Drittbanken werden nur in Ausnahmefällen akzeptiert. Eine Bewertung erfolgt nur, wenn

wir regelmäßig und zeitnah Bestandsbestätigungen von der Drittbank erhalten und die Qualität der Drittbank für uns ausreichend ist. Unser Ziel ist es immer, dass die Finanzsicherheiten zu uns transferiert werden.

Die Bewertung von Gewährleistungen und Garantien ergibt sich aus der Garantiesumme, die im Vertrag festgelegt ist, und der Bonität des Garanten. Demgegenüber werden Sachsicherheiten (Abtretungen von Forderungen und Rechten sowie Sicherungsübereignungen von Gegenständen) aufgrund der individuellen Besonderheiten jedes Einzelfalls bewertet. Dabei berücksichtigen wir hier alle relevanten Risikoparameter. So werden bei der Bewertung beispielsweise der juristische Status der Sicherheitenvereinbarung, die Kreditqualität der abgetretenen Forderung, bei Sicherungsübereignungen auch der Standort, die Liquidierbarkeit der Sachwerte sowie die Volatilität der Marktwerte in Betracht gezogen. Abhängig vom Ergebnis dieser Analyse wird für jede erhaltene Sicherheit ein Bewertungsabschlag festgelegt.

Grundsschulden sollen innerhalb von 60 %, in Einzelfällen von bis zu 65 % des ermittelten Beleihungswerts liegen. Die Basis bildet der mit anerkannten gutachterlichen Methoden festgestellte Verkehrswert. Bei Immobilien basiert der Verkehrswert in der Regel auf dem Ertragswert. Liegt bei wohnwirtschaftlichen Immobilien eine überwiegende Eigennutzung vor, kann auch der Sachwert angesetzt werden.

Als Sicherheiten im Auslandsgeschäft kommen insbesondere staatliche und privatwirtschaftliche Kreditversicherungen und Bankgarantien in Betracht. Garantien von privaten Kreditversicherern bilden auch die Basis für das Receivable Finance-Geschäft. Sie werden in Höhe der jeweils versicherten Ansprüche berücksichtigt.

Die gestellten Sicherheiten werden in regelmäßigen Abständen geprüft. Bei Grundpfandrechten bewerten wir das Beleihungsobjekt in der Regel spätestens nach drei Jahren neu. Bei Zessionen und Sicherungsübereignungen ist von den Kompetenzträgern festzulegen, in welchen zeitlichen Abständen und welchem Detail- und Aussagegrad der Kunde entsprechende Nachweise für die Sicherheiten vorlegen soll.

Bei bewerteten Sicherheiten wird ihr jeweiliger Sicherungswert, gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Obergrenzen (zur Vermeidung von Klumpenrisiken), für den Risikoausweis automatisch berücksichtigt.

Die ordnungsgemäße Bestellung der Sicherheiten zu einer Kreditlinie wird mithilfe des Liniensystems überwacht.

(h) Angaben zur Kreditqualität

Kredite und Forderungen sowie Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen

in Mio. €	31.12.2016				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Weder überfällig noch wertgemindert	1.256,0	8.328,5	2.400,2	9.344,2	21.328,9
Überfällig, aber nicht wertgemindert	0,0	138,1	0,0	0,0	138,1
Einzelwertberichtigt *	0,0	14,4	4,9	12,3	31,6
Insgesamt	1.256,0	8.481,0	2.405,1	9.356,5	21.498,6

in Mio. €	31.12.2015				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Weder überfällig noch wertgemindert	1.186,5	7.680,1	2.310,9	8.769,6	19.947,1
Überfällig, aber nicht wertgemindert	0,0	174,1	0,0	0,0	174,1
Einzelwertberichtigt *	0,0	22,0	0,0	0,0	22,0
Insgesamt	1.186,5	7.876,2	2.310,9	8.769,6	20.143,2

* Einschließlich der Bildung von Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft.

Handelsaktiva und Finanzanlagen

In der folgenden Übersicht werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigt, deren externe Ratings (in der Regel Standard &

Poor's) regelmäßig verfügbar sind. Falls verschiedene Rating-Agenturen zu unterschiedlichen Bewertungen desselben finanziellen Vermögenswerts kommen, erfolgt die Zuordnung in die jeweils schlechtere Rating-Klasse.

in Mio. €	31.12.2016			31.12.2015		
	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Insgesamt	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Insgesamt
AAA	320,5	1.570,3	1.890,8	511,9	2.259,4	2.771,3
AA+ bis AA-	1.078,8	1.980,6	3.059,4	918,6	1.696,9	2.615,5
A+ bis A-	51,4	190,8	242,2	98,3	174,0	272,3
BBB+ bis BBB-	84,1	1.047,5	1.131,6	53,2	1.027,9	1.081,1
Schlechter als BBB-	0,0	300,7	300,7	0,0	223,1	223,1
Ohne Rating	0,0	0,0	0,0	143,2	9,5	152,7
Insgesamt	1.534,8	5.089,9	6.624,7	1.725,2	5.390,8	7.116,0

Die Kreditqualität der handelbaren Forderungen in den Handelsaktiva und Finanzanlagen wird mit internen Rating-Verfahren (CRR) ermittelt und zeigt sich zum Bilanzstichtag wie folgt:

in Mio. €	31.12.2016			31.12.2015		
	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Insgesamt	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Insgesamt
CRR 1 und CRR 2	1.179,2	86,4	1.265,6	723,6	96,4	820,0
CRR 3	586,8	19,2	606,0	205,6	53,2	258,8
CRR 4 und CRR 5	0,0	33,3	33,3	0,0	0,0	0,0
CRR 6 bis CRR 8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
CRR 9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	1.766,0	138,9	1.904,9	929,2	149,6	1.078,8

Zur Beurteilung der Kreditqualität von OTC-Derivaten werden deren Marktwerte im Folgenden nach Kreditnehmerherkunft und -art aufgeschlüsselt:

		31.12.2016		31.12.2015	
		in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
OECD	Banken	1.138,4	61,5	1.189,2	68,4
	Finanzinstitute	418,3	22,5	248,2	14,3
	Sonstige	291,4	15,7	294,9	16,9
Nicht OECD	Banken	6,4	0,3	6,7	0,4
	Finanzinstitute	0,8	0,0	0,5	0,0
	Sonstige	0,1	0,0	0,4	0,0
Insgesamt		1.855,4	100,0	1.739,9	100,0

(i) Angaben zu Engagements, die weder überfällig noch wertgemindert sind

Wir ermitteln die Qualität der Kredite und Forderungen sowie von Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen, die weder überfällig noch wertgemindert sind, mit inter-

nen Rating-Verfahren (CRR) (vgl. Abschnitt (c) Risikoklassifizierungsverfahren). Die Kreditqualität zeigt sich zum Bilanzstichtag wie folgt:

in Mio. €	31.12.2016				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
CRR 1 und CRR 2	1.014,7	2.093,7	815,6	3.832,2	7.756,2
CRR 3	192,6	3.175,7	828,0	3.670,5	7.866,8
CRR 4 und CRR 5	42,6	2.915,1	652,1	1.783,1	5.392,9
CRR 6 bis CRR 8	6,1	134,5	102,9	58,2	301,7
CRR 9	0,0	9,5	1,6	0,2	11,3
Insgesamt	1.256,0	8.328,5	2.400,2	9.344,2	21.328,9

in Mio. €	31.12.2015				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
CRR 1 und CRR 2	635,8	1.917,2	796,9	3.936,5	7.286,4
CRR 3	534,4	3.263,3	917,3	3.655,6	8.370,6
CRR 4 und CRR 5	9,3	2.426,6	511,0	1.153,9	4.100,8
CRR 6 bis CRR 8	7,0	72,7	85,7	22,6	188,0
CRR 9	0,0	0,3	0,0	1,0	1,3
Insgesamt	1.186,5	7.680,1	2.310,9	8.769,6	19.947,1

(j) Angaben zu neu verhandelten und gestundeten problembehafteten Engagements

Als neu verhandelte Forderungen werden problembehaftete Kredite ausgewiesen, die in einer Weise restrukturiert wurden, dass die Bank aus wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen einem Kunden aufgrund seiner finanziellen Probleme Zugeständnisse eingeräumt hat, die sie unter anderen Umständen nicht bereit gewesen wäre auszusprechen. Darüber hinaus vereinbart die Bank mit Kunden in finanziellen Schwierigkeiten Stundungen, um die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen für einen begrenzten Zeitraum zu erleichtern. Allerdings muss der während der Stundungsphase nicht gezahlte Betrag zu einem späteren Zeitpunkt wieder ausgeglichen werden. In beiden Fällen führen wir eine Verlusteinschätzung durch und bilden, soweit es notwendig ist, eine Wertberichtigung und berichten diese Kredite als wertgemindert. In den Forderungen an Kunden sind neu verhandelte oder gestundete Forderungen in Höhe von 63,0 Mio. Euro (Vorjahr: 45,4 Mio. Euro) enthalten. Die Wertberichtigungen auf neu verhandelte oder gestundete Forderungen zum Bilanzstichtag belaufen sich auf 4,5 Mio. Euro (Vorjahr: 13,1 Mio. Euro).

(k) Angaben zu Krediten und Forderungen, die überfällig, aber nicht wertgemindert sind

Kredite und Forderungen, die trotz einer Überfälligkeit nicht wertgemindert sind, belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 138,1 Mio. Euro (Vorjahr: 174,1 Mio. Euro) und bestehen ausschließlich gegenüber Kunden. Davon resultieren 99,3 Mio. Euro (Vorjahr: 168,3 Mio. Euro) aus dem Ankauf kreditversicherter Forderungen im Factoring-Geschäft. Der Fair Value der Sicherheiten beträgt 93,7 Mio. Euro, davon entfallen 89,3 Mio. Euro (Vorjahr: 151,4 Mio. Euro) auf das Factoring-Geschäft. Von einer entsprechenden Wertminderung sehen wir ab, weil wir davon ausgehen, dass die Forderungen voll einbringlich sind. Aus den überfälligen, aber nicht wertgeminderten Forde-

rungen sind 121,6 Mio. Euro seit weniger als 30 Tagen und 16,5 Mio. Euro zwischen 30 Tagen und 90 Tagen überfällig.

(l) Angaben zu Engagements, für die eine Risikovorsorge gebildet wurde

Die Bank nimmt eine Risikovorsorge vor, sobald objektive substanzielle Hinweise vorliegen, die darauf schließen lassen, dass der Wert eines finanziellen Vermögenswerts gemindert ist. Als derartige Hinweise gelten erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners sowie hiermit verbundene Zugeständnisse unsererseits an den Kreditnehmer. Dazu zählen auch Vertragsverletzungen wie Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen. Hinzu kommen die Gefahr eines Insolvenzverfahrens oder eines sonstigen Sanierungsbedarfs, das Verschwinden eines aktiven Markts für diesen finanziellen Vermögenswert oder sonstige Hinweise, die darauf schließen lassen, dass der erzielbare Betrag unter dem Buchwert für diese Art von Krediten liegt. Ein weiterer möglicher Hinweis ist die substanzielle Wertminderung der Kreditsicherheit, wenn der Kredit im Wesentlichen auf diese Sicherheit abzustellen ist. Liegt einer dieser Hinweise vor, wird die Höhe der Wertminderung aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Wenn statistisch verlässliche Vergleichsdaten fehlen, schätzen sachkundige, erfahrene Mitarbeiter der Marktfolge die voraussichtlich erzielbaren Werte. Problematische Engagements, für die eine Risikovorsorge gebildet wurde, werden von ihrer Bonität her als Ausfall eingestuft und damit automatisch der CRR 9 und 10 zugeordnet. Zur Berücksichtigung von Länderrisiken kann indes unabhängig von der Bonitätsstufe des Kreditnehmers eine Risikovorsorge gebildet werden. Die Risikovorsorge für Länderrisiken beläuft sich auf 0,7 Mio. Euro (Vorjahr: 1,0 Mio. Euro).

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Darstellung der einzelwertberichtigten finanziellen Vermögenswerte zum Bilanzstichtag wieder:

in Mio. €	31.12.2016			31.12.2015		
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Gesamt	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Gesamt
Buchwert vor EWB *						
CRR 9	0,0	9,4	9,4	0,0	16,7	16,7
CRR 10	0,0	5,0	5,0	0,0	5,3	5,3
Summe	0,0	14,4	14,4	0,0	22,0	22,0
EWB *						
CRR 9	0,0	5,4	5,4	0,0	9,5	9,5
CRR 10	0,0	2,3	2,3	0,0	4,7	4,7
Summe	0,0	7,7	7,7	0,0	14,2	14,2
Buchwert nach EWB *	0,0	6,7	6,7	0,0	7,8	7,8

* EWB: Wertberichtigung auf Einzelbasis.

Die Einzelwertberichtigungen für Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen betragen zum Stichtag 4,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro). Neben Wertberichtigungen auf Einzelbasis nimmt die Bank Wertberichtigungen auf Portfoliobasis vor. Diese betragen für Kredite und Forderungen 15,5 Mio. Euro (Vorjahr: 14,2 Mio. Euro) und für Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen 14,2 Mio. Euro (Vorjahr: 15,2 Mio. Euro).

Die Wertberichtigungen auf Finanzanlagen betragen zum Bilanzstichtag 31,8 Mio. Euro (Vorjahr: 42,0 Mio. Euro).

(m) Angaben zu erhaltenen Sicherheiten

Für Kredite und Forderungen, die einzelwertberichtigt sind, hält die Bank zum Stichtag keine Sicherheiten (Vorjahr: 2,8 Mio. Euro).

(n) Verwertung erhaltener Sicherheiten und Abruf anderer Kreditverbesserungen

Im Jahr 2016 wurden Sicherheiten und andere Kreditverbesserungen in Höhe von 3,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,9 Mio. Euro) verwertet beziehungsweise abgerufen.

(o) Angaben zur Ausfallrisikokonzentration

Eine Konzentration des Kreditrisikos kann vorliegen, wenn viele Schuldner ähnlichen Aktivitäten nachgehen oder in derselben geografischen Region tätig sind. Dann wird die Fähigkeit all dieser Schuldner, ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Bank nachzukommen, stark von einzelnen Änderungen in den wirtschaftlichen, politischen oder sonstigen Rahmenbedingungen beeinflusst. Daher überwacht die Bank ihre Kreditrisikokonzentrationen nach Branchen und Regionen. Darüber hinaus kann eine Konzentration des Kreditrisikos auch vorliegen, wenn ein unverhältnismäßig hoher Anteil des Kreditrisikos sich auf einzelne Kreditnehmer konzentriert. Deshalb überwacht die Bank zusätzlich die Konzentration in Einzeladressen, um eine möglichst breite Verteilung des Ausfallrisikos zu erreichen. Weitere Aussagen zu potenziell existierenden Konzentrationsrisiken können anhand eines Portfoliomodells gemacht werden, das explizit Ausfallkorrelationen im Zeitverlauf berücksichtigt.

Zum Bilanzstichtag gliedert sich das maximale Ausfallrisiko der Bank wie folgt nach Branchen und Regionen:

	31.12.2016		31.12.2015	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Risikokonzentration nach Branchen				
Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige	19.403,0	58,5	17.700,4	56,4
Kreditinstitute und Finanzierungsinstitutionen	8.246,9	24,9	8.095,4	25,8
Öffentliche Haushalte	5.286,6	15,9	5.352,7	17,0
Wirtschaftlich unselbstständige Personen	230,8	0,7	239,5	0,8
Insgesamt	33.167,3	100,0	31.388,0	100,0

Die Aufteilung nach Branchen zeigt, dass das maximale Ausfallrisiko im Wesentlichen zum einen gegenüber Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen und zum anderen gegenüber Kreditinstituten besteht. Von

dem Ausfallrisiko gegenüber Kreditinstituten entfallen 1.835,2 Mio. Euro (Vorjahr: 1.850,7 Mio. Euro) auf andere Einheiten der HSBC-Gruppe.

	31.12.2016		31.12.2015	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Risikokonzentration nach Regionen				
Inland	22.535,3	68,0	20.755,5	66,2
Sonstige EU (zuzüglich Norwegen und der Schweiz)	8.299,7	25,0	7.956,3	25,3
Nordamerika	1.021,6	3,1	1.247,0	4,0
Asien	663,9	2,0	633,1	2,0
Afrika	369,9	1,1	35,7	0,1
Südamerika	139,9	0,4	157,7	0,5
Resteuropa	75,9	0,2	563,9	1,8
Ozeanien	61,1	0,2	38,8	0,1
Insgesamt	33.167,3	100,0	31.388,0	100,0

Der Gliederung nach Regionen ist zu entnehmen, dass sich ein wesentlicher Teil der Kredite und Forderungen auf das Inland sowie auf EU-Länder zuzüglich Norwegen und der Schweiz konzentriert.

In ausgewählten europäischen Ländern bestanden zum Bilanzstichtag folgende Exposures:

in Mio. €	31.12.2016			
	Staaten	Banken	Sonstige Kunden	Insgesamt
Spanien	314,0	10,7	55,7	380,4
Italien	309,5	7,9	48,4	365,8
Irland	0,0	0,1	35,0	35,1
Griechenland	0,0	0,2	4,2	4,4
Portugal	0,0	0,0	0,2	0,2
Ungarn	0,0	0,2	0,4	0,6

in Mio. €	31.12.2015			
	Staaten	Banken	Sonstige Kunden	Insgesamt
Spanien	298,5	11,5	62,0	372,0
Italien	299,6	0,7	83,8	384,1
Irland	0,0	0,3	28,3	28,6
Griechenland	0,0	0,1	4,0	4,1
Portugal	0,0	0,5	1,7	2,2
Ungarn	0,0	0,1	2,2	2,2

(p) Kreditportfoliosteuerung

Für die Bereitstellung der ökonomischen risikogewichteten Aktiva der Kreditpositionen sowie die Analyse der Kreditrisiken auf Portfolioebene ist der Bereich Risk Control verantwortlich. Hierzu nutzt die Bank das auch in der HSBC-Gruppe verwendete Kreditportfoliomodell RiskFrontier, das auf Grundlage des Merton-Ansatzes und eines Multi-Faktor-Korrelationsmodells sowohl Korrelationsrisiken innerhalb von Ländern, Branchen und Konzernen als auch Wertveränderungen aufgrund von Migrationsrisiken berücksichtigt. Die Risikoanalyse des Kreditportfolios mit RiskFrontier wird stichtagsbezogen zum Quartalsultimo durchgeführt, und deren Ergebnisse fließen als Kreditrisikoanteil in die institutsweite interne Risikotragfähigkeitsanalyse (ICAAP) ein.

Zur täglichen Überwachung der Kreditrisikolimits zwischen den Quartalsstichtagen wird ein vereinfachtes Portfoliomodell auf Basis der im Rahmen der IRBA-Meldung etablierten Kreditrisikomesssysteme verwendet. Zur Berücksichtigung von Korrelationsrisiken und Migrationsrisiken in der täglichen Überwachung wird anhand der vierteljährlichen Berechnung ein Skalierungsfaktor zwischen RiskFrontier und dem vereinfachten Portfoliomodell abgeleitet und auf die Ergebnisse des vereinfachten Modells angewendet.

(q) Stress-Test

Vierteljährlich werden sowohl die regulatorische als auch die ökonomische Risikoberechnung des Kreditportfolios verschiedenen Stress-Test-Szenarien unterzogen. Die Konzeptionierung der Stress-Tests sowie die Berechnung und Analyse der Ergebnisse werden vom Bereich Risk Control unter Einbeziehung der Kreditabteilung und der Geschäftsbereiche vorgenommen. Dabei findet ebenfalls eine sehr enge Abstimmung sowohl hinsichtlich Methode als auch Szenarien mit der HSBC-Gruppe statt.

Operationelle Risiken

Als operationelles Risiko bezeichnen wir das Risiko der Nichterreichung unserer Strategie oder Ziele infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse. Operationelle Risiken sind in jedem Geschäftsfeld relevant und decken ein weites Spektrum von Themen ab. Verluste, die aus Betrug, unautorisierten Aktivitäten, Fehlern, Unterlassungen oder Ineffizienzen entstehen, fallen unter die Definition des operationellen Risikos. Als operationelle Risiken gelten unter anderem auch die folgenden Risiken:

Unter Compliance-Risiken werden Gefahren von Schäden subsumiert, welche die Bank erleiden kann, falls bestimmte Aktivitäten nicht den gültigen Rechtsbestimmungen, allgemeinen Verhaltenspflichten oder international maßgeblichen Vorgaben entsprechend ausgeübt werden. Beispiele für wesentliche Bestimmungen sind das Wertpapierhandelsgesetz, das Geldwäschegesetz sowie auch Sanktionsbestimmungen. Compliance-Risiken beinhalten auch Betrugsrisiken. Potenzielle Schäden sind nicht nur solche finanzieller Art, sondern auch die Rufgefährdung, das Risiko von Rechtsstreitigkeiten und das Risiko aufsichtsrechtlicher Maßnahmen. Bei den Compliance-Risiken unterscheidet die Bank zwischen denen, die die Finanzkriminalität betreffen (Financial Crime Compliance) und denjenigen, die sonstige Verstöße gegen Rechtsnormen adressieren (Regulatory Compliance).

Rechtsrisiken umfassen die potenzielle Verpflichtung zu Geldstrafen, Konventionalstrafen oder Schadenersatzzahlungen mit Strafcharakter aufgrund aufsichtsrechtlicher Maßnahmen, gerichtlicher Entscheidungen oder außergerichtlicher Vergleiche. Rechtsrisiken können auch daraus resultieren, dass beispielsweise Ansprüche gegen Kontrahenten nicht durchgesetzt werden können oder die Bank ungewollt verpflichtet wird.

Die Bank definiert Reputationsrisiken (in Anlehnung an die Definition der Bank of International Settlements) als die Gefahr, dass eine negative Wahrnehmung seitens Dritter (Kunden, Kontrahenten, Anteilseigner, Investoren, Schuldner, Marktanalysten, Aufsichtsbehörden oder anderer relevanter Parteien) die Fähigkeit der Bank zur Existenzwahrung, Aufbau neuer Geschäftsbeziehungen sowie Zugang zu Finanzierungsquellen negativ beeinträchtigen kann.

Die Bank versteht unter dem Modellrisiko den potenziellen Verlust oder die potenzielle Fehleinschätzung des Risikos, der/die sich für die Bank durch fehlerhafte Konzeptionierung, Anwendung oder Parametrisierung ergibt.

Um die Effektivität des Risikomanagements und des Kontrollumfelds sicherzustellen, hat die Bank drei Sicherungsebenen installiert: Die erste Ebene bilden die Risiko- und Kontrollverantwortlichen sowie unterstützend die sogenannten Business Risk Control Manager in den Bereichen und Tochtergesellschaften, die sicherstellen, dass die Kernkontrollen entsprechend den jeweils gültigen Arbeitsablaufbeschreibungen ausgeführt und die Risiken auf das aus Kosten-Nutzen-

Gesichtspunkten gewünschte Maß reduziert werden. Hierzu werden besonders wichtige Kontrollen eingehend geprüft und die Ergebnisse dieser Prüfungen formal dokumentiert, um auf dieser Basis gegebenenfalls notwendige Verbesserungsmaßnahmen einzuleiten. In der zweiten Ebene überwachen der Bereich Operational Risk und die sogenannten Risk Stewards die Bewertung der Risiken und die Durchführung der Kontrollen. Die Risk Stewards sind dabei jeweils für die Überwachung einer speziellen Risikokategorie wie beispielsweise Compliance-, Rechts-, System- oder Betriebsrisiken verantwortlich und tragen dafür Sorge, dass der vom Vorstand festgelegte Risikoappetit nicht überschritten wird. Die dritte Ebene wird von der Internen Revision im Rahmen der Durchführung von Revisionsprüfungen abgedeckt.

Der Ausschuss für operationelle Risiken und interne Kontrollen für operationelle einschließlich rechtlicher Risiken ist das zentrale Gremium für die übergreifende Steuerung von operationellen Risiken. Der Ausschuss tagt alle zwei Monate unter dem Vorsitz des für die Risikokontrolle zuständigen Mitglieds des Vorstands. Der Ausschuss ist ein wichtiger Bestandteil der Risikomanagement-Organisation und ermöglicht eine integrative und ressortübergreifende Kontrolle der operationellen Risiken in der Bank und konzernweit.

Der Ausschuss legt die Richtlinien und Standards zur Überwachung des internen Kontrollumfelds fest und ist für die Weiterentwicklung der Methoden, Verfahren und Prozesse des Managements operationeller Risiken verantwortlich. Zu den Kernaufgaben gehören vor allem auch die Überwachung des Risikoprofils der Gesamtbank und die Einleitung von geeigneten Maßnahmen, wenn sich das Risikoprofil außerhalb des gesetzten Rahmens bewegt.

Das Risk Management Meeting der Bank nimmt die Protokolle des Ausschusses zur Kenntnis und diskutiert besonders wichtige Punkte auch auf Basis weiterer zur Verfügung gestellter Berichte. Dadurch ist sichergestellt, dass alle Mitglieder des Vorstands fortlaufend über aktuelle Entwicklungen und das Risikoprofil der Bank informiert sind. Gegebenenfalls wird der Vorstand der Bank auch involviert, um Maßnahmen bei bedeutenden Schadensfällen oder Entscheidungen des Ausschusses für operationelle Risiken zu autorisieren.

Einmal jährlich berichtet der Leiter des Bereichs Operational Risk and Information Security dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats über alle Aktivitäten des Bereichs und des Ausschusses für operationelle Risiken. Hierzu gehört auch die Darstellung der Gesamtverluste einschließlich der Erläuterung von besonderen Ereignissen. Dem Vorstand liegt besonders daran, eine Risikokultur zu leben, in der Risiken frühzeitig erkannt und ebenso direkt wie offen kommuniziert werden. Die Arbeit des Ausschusses hat in den zurückliegenden Jahren das Bewusstsein für operationelle Risiken bei allen Mitarbeitern deutlich erhöht. Informationen, die operationelle Risiken betreffen, werden in die täglichen Entscheidungsprozesse einbezogen. Jede neue Mitarbeiterin und jeder neue Mitarbeiter muss an einer Pflichtschulung zum Thema operationelle Risiken teilnehmen.

Im Rahmen des Managements operationeller Risiken setzen wir verschiedene Instrumente ein: Die Analyse von internen Ereignissen hilft, aus Fehlern zu lernen und existierende Prozess- und Kontrollschwächen abzustellen. Revisionsberichte liefern wertvolle Hinweise auf Prozess- und Systemschwächen. Die Betrachtung externer Ereignisse unterstützt dabei, bisher unerkannte Prozess- und Kontrollschwächen sowie Risiken, die bei anderen Banken schlagend geworden sind, vorausschauend zu identifizieren und zu vermeiden, dass uns ähnliche Ereignisse treffen.

Eine zentrale Methode zur proaktiven Bestimmung von materiellen Risiken ist das sogenannte Risk and Control Assessment. Im Rahmen eines strukturierten Brainstorming-Prozesses werden die Kernrisiken einschließlich der Kernkontrollen für jeden aus einer Risikoperspektive bedeutenden Bereich oder Prozess identifiziert und dokumentiert. Das Verfahren umfasst eine Einschätzung einerseits des inhärenten Risikos vor Berücksichtigung der Effektivität des Kontrollumfelds und andererseits des Residualrisikos nach Berücksichtigung der Effektivität der implementierten Kernkontrollen. Das Residualrisiko wird auf Basis des erwarteten typischen Verlusts aus operationellen Risiken und des Gefahrenpotenzials in einem schwerwiegenden Fall bewertet. In diesem Zusammenhang werden direkte finanzielle Kosten und indirekte Folgen für Kundenservice, Reputation sowie aufsichtsrechtliche Konsequenzen berücksichtigt. Des Weiteren setzen wir Methoden der Szenarioanalyse zur Bestimmung der größten operationellen Risiken ein und verwenden Schlüsselindikatoren, um möglichst frühzei-

tig eine Veränderung der Höhe von Risiken beziehungsweise eine Verschlechterung der Kontrolleffektivität zu bemerken.

Operationelle Risiken werden einschließlich ihrer Bewertung, der implementierten Kontrollen, der eingeleiteten Maßnahmen sowie der aufgetretenen Schadensfälle formal dokumentiert. Dazu dient ein von der HSBC-Gruppe entwickeltes EDV-System. Die Geschäftsbereiche und Tochtergesellschaften sind dafür verantwortlich, dass die gespeicherten Informationen jederzeit das aktuelle Risikoprofil widerspiegeln.

Die Bank mindert operationelle Risiken durch ständige Kontrollen der Arbeitsabläufe, durch Sicherheitsvorkehrungen und nicht zuletzt durch den Einsatz qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Teil sind operationelle Risiken durch Versicherungen gedeckt. Die Prozesse in der Bank werden regelmäßig analysiert und fortlaufend verbessert. Insbesondere ist der Bereich Operational Risk and Information Security auch bei der Konzeption und Genehmigung von neuen Produkten und Services eingebunden, um sicherzustellen, dass operationelle Risiken frühzeitig identifiziert und durch geeignete Maßnahmen minimiert werden. Flache Hierarchien und direkte Kommunikation ermöglichen es, Probleme schnell zu beheben und damit Risiken zu reduzieren.

Arbeitsablaufbeschreibungen legen für die einzelnen Prozesse detailliert die dazu gehörenden Kontrollen (zum Beispiel das Vier-Augen-Prinzip) fest und werden regelmäßig überarbeitet und zentral verwaltet. Die Bank hat im Berichtsjahr die Dokumentation von Strategien und Geschäftsprozessen verbessert und wird diese Aufgabe auch im laufenden Geschäftsjahr konsequent weiterführen.

Das Management von Informationsrisiken erfolgt durch den Information Security Risk-Ausschuss. Der Ausschuss tagt quartalsweise, um relevante Fragestellungen zu diskutieren, Schwerpunkte festzulegen und entsprechende Maßnahmen zu beschließen.

Für jeden Bereich und jede Tochtergesellschaft sind Business Information Risk Officers benannt. Hierdurch ist sichergestellt, dass Informationsrisiken aus einer ganzheitlichen Perspektive betrachtet und neben technologischen auch fachliche, rechtliche und konzeptionelle Fragen umfassend berücksichtigt werden.

Die Einhaltung der Richtlinien der HSBC-Gruppe ist durch die Einbindung der Leiter Operational Risk und Information Security Risk in die entsprechenden Aktivitäten der HSBC-Gruppe sichergestellt.

Entsprechend der Organisation in der HSBC-Gruppe hat die Bank zur Steuerung und Überwachung von Compliancerisiken eine Aufteilung in Financial Crime Compliance (FCC) und Regulatory Compliance (RC) vorgenommen. Die Leiter Regulatory Compliance und Financial Crime Compliance berichten direkt an die Vorstandssprecherin sowie funktional an den Risikovorstand und sind darüber hinaus in die Complianceorganisation der HSBC-Gruppe eingebunden. Sie geben die für die Empfänger erforderlichen Informationen über aktuelle rechtliche Entwicklungen mit Compliancerelevanz, Ergebnisse von Kontrollhandlungen, Feststellungen aus sonstigen Quellen, operative Problemstellungen, Themen aus dem Bereich der Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie sonstiger strafbarer Handlungen in Bezug auf die Bank und ihre Tochtergesellschaften weiter.

Die Leiter Financial Crime Compliance und Regulatory Compliance sind ständige Mitglieder im Risk Management Meeting der Bank und berichten dort auf monatlicher Basis über die Compliancerisiken im Unternehmen. Daneben ist der Leiter FCC Mitglied des Global Standards In-Country Execution Committee, das sich um die Einführung höchster Standards im Bereich der Geldwäschebekämpfung, Sanktionsbefolgung und der Verhinderung von Terrorismusfinanzierung kümmert.

Die Steuerung und Überwachung von Compliancerisiken wird durch die beiden Compliancebereiche gemeinschaftlich ausgeführt.

Marktrisiken

Unter Marktrisiko wird das Ausmaß verstanden, in dem sich der Marktwert eines Finanzinstruments aufgrund von Änderungen der Marktpreisparameter zuungunsten der Bank entwickeln kann. Zum Marktrisiko zählen die Risikoarten Zinsrisiko (inklusive Creditspread-Risiken), Wechselkursrisiken sowie Aktien- und sonstige Preisrisiken. Marktrisiken resultieren für die Bank vorwiegend aus dem Handel mit Zins-, Aktien- und Devisenprodukten sowie, in geringem Maße, aus Rohwarenprodukten ohne physische Lieferung.

Um Marktrisiken unter normalen Marktbedingungen zu messen, verwenden wir seit Jahren Value at Risk-Ansätze. Als Value at Risk bezeichnen wir den potenziellen Verlustbetrag, der über einen bestimmten Zeitraum (Risiko-horizont) bei unveränderter Position mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird. In der operationellen Steuerung der Marktrisiken der Bank werden dabei ein Risikohorizont von einem Handelstag und ein Konfidenzniveau von 99 % betrachtet. Für die Berechnung ökonomischer und aufsichtsrechtlicher Kapitalanforderungen kommen andere Risikohorizonte und Konfidenzniveaus zum Einsatz. Auch diese Zahlen beruhen jedoch grundsätzlich auf dem gleichen Modell und werden zum Teil direkt abgelesen, zum Teil gemäß Risikohorizont und Konfidenzniveau skaliert. Die Zahlen in diesem Abschnitt sind grundsätzlich der operativen Steuerung (ein Tag Halte-dauer und 99 % Konfidenz) entnommen.

Unser Value at Risk-Modell beruht auf einer historischen Simulation der Risikofaktoren über eine Periode von 500 gleichgewichteten Handelstagen und deckt Zins-, Aktien-, Devisen-, Rohwaren- und Volatilitätsrisiken ab. Dabei werden alle Positionen unter Berücksichtigung veränderter Marktparameter komplett neu bewertet. Bei Zinsrisiken berücksichtigen wir sowohl allgemeine Zinsrisiken, die aus einer Veränderung des Marktzinsniveaus resultieren, als auch Spread-Risiken verschiedener Emittenten beziehungsweise Emittentenklassen.

Als Risikofaktoren sind vor allem berücksichtigt:

- Aktienkassakurse und Aktienindizes
- Devisenkassakurse
- Rohwarenkurse
- Zero-Zinssätze für idealtypische Laufzeiten aus Swap-Zinskurven
- Creditspreads für verschiedene Kategorien wie Pfandbriefe, Bundesländeranleihen und Bankanleihen mit weiteren Differenzierungen nach Bonität und/oder Laufzeit

- Aktien- und Aktienindexoptionsvolatilitäten für idealtypische Laufzeiten
- Devisenoptionsvolatilitäten für idealtypische Laufzeiten
- Volatilitäten von Optionen auf Bundesanleihen für idealtypische Laufzeiten
- Cap-/Floor-Volatilitäten für idealtypische Laufzeiten
- Swaption-Volatilitäten für idealtypische Laufzeiten

Emittentenspezifische Zinsrisiken werden weiterhin außerhalb des Risikomodells im Kreditrisikoprozess erfasst und durch Emittentenrisikolimits begrenzt. Im Handelsbuch der AG werden sie darüber hinaus über den aufsichtsrechtlichen Standardansatz abgedeckt.

Die Qualität der Risikomessung sichern wir durch das tägliche Back Testing des Modells. Dabei vergleichen wir das Bewertungsergebnis (Clean P&L) für die am Vortag vorhandene Handelsposition mit dem dafür berechneten Value at Risk-Wert. Überschreitet bei dieser Analyse das Bewertungsergebnis als Verlust den Value at Risk-Wert,

so spricht man von einem negativen Back Testing-Ausreißer. Zusätzlich wird beim Back Testing auch das ökonomische Bewertungsergebnis unter Berücksichtigung von Neugeschäften (Dirty P&L) herangezogen.

Im Jahr 2016 traten im Handelsbuch der Bank keine Back Testing-Ausreißer auf. Aufgrund von methodischen Herausforderungen bezüglich der Ermittlung des Zins-Value at Risk im Niedrigzinsumfeld wurde die verwendete Methodik per 12. August 2016 von relativen historischen Shifts auf absolute historische Shifts geändert. Diese von der Aufsicht genehmigte Modellumstellung führte zu einer deutlichen Reduzierung des Values at Risk, der zuvor sukzessive angestiegen war. So sank der Value at Risk per 12. August 2016 im Handelsbuch um 35 % im Vergleich zum Vortag und im Bankbuch um 9 %.

Das interne Value at Risk-Modell zur Erfassung der Marktrisiken kommt grundsätzlich für alle Einheiten des Konzerns und alle Handels- und Anlagebuchbestände zum Einsatz. Darunter fallen auch die dem Anlagebuch zugehörigen konsolidierungspflichtigen Sondervermögen. Im Folgenden sind die Marktrisiken des Konzerns nach Risikokategorie auf Ebene des Handelsbuchs und des Bankbuchs aufgelistet:

in Mio. €		2016		
		31.12.	Maximum	Durchschnitt
Handelsbuch	Zinsrisiko	2,2	6,0	3,4
	Währungsrisiko	0,1	0,4	0,1
	Aktien-/Indexrisiko	0,7	1,6	0,7
	Creditspread-Risiko	2,3	2,3	1,8
	Rohwarenrisiko	0,0	0,2	0,0
	Diversifikation	2,2	3,3	2,3
	Gesamtes Risiko	3,1	5,6	3,8
Bankbuch	Zinsrisiko	3,4	8,8	2,8
	Währungsrisiko	0,0	0,8	0,1
	Aktien-/Indexrisiko	1,7	3,0	2,4
	Creditspread-Risiko	3,3	3,6	2,9
	Rohwarenrisiko	(-)	(-)	(-)
	Diversifikation	3,8	7,3	2,9
	Gesamtes Risiko	4,6	7,5	5,3

in Mio. €		2015		
		31.12.	Maximum	Durchschnitt
Handelsbuch	Zinsrisiko	3,2	5,8	3,0
	Währungsrisiko	0,1	0,4	0,1
	Aktien- /Indexrisiko	0,6	1,1	0,5
	Creditspread-Risiko	2,0	3,2	2,3
	Rohwarenrisiko	0,0	0,1	0,0
	Diversifikation	2,6	3,4	2,6
	Gesamtes Risiko	3,3	5,6	3,3
Bankbuch	Zinsrisiko	1,6	3,5	1,4
	Währungsrisiko	0,1	2,0	1,1
	Aktien- /Indexrisiko	1,8	3,5	2,6
	Creditspread-Risiko	2,3	3,3	2,3
	Rohwarenrisiko	(-)	(-)	(-)
	Diversifikation	2,2	4,6	2,9
	Gesamtes Risiko	3,7	6,0	4,5

Nach wie vor stellen auf Zinsen (inklusive allgemeiner Creditspread-Risiken) und Aktien bezogene Risiken die größten Marktrisiken der Bank dar. Die Schwankungsintensität des Values at Risk war bis zur Modellumstellung per 12. August 2016 sowohl im Bankbuch als auch im Handelsbuch mit derjenigen des Vorjahres vergleichbar. Nach der Modellumstellung war jedoch eine vor allem dem Zinsrisiko zuzuordnende Abnahme der Schwankungsintensität zu beobachten. Am 23. November 2016 wurde das Balance Sheet Management-Buch umstrukturiert. Hierbei wurden diejenigen Teile des Buchs, die bilanziell dem Bankbuch zuzurechnen sind, aufgrund einer Ausnahmeregelung allerdings bisher regulatorisch im Handelsbuch behandelt worden waren, in Absprache mit der Aufsicht ins regulatorische Bankbuch überführt. Als Folge ergab sich eine Verschiebung des (Zins-)Risikos vom Handelsbuch ins Bankbuch.

Unser internes Value at Risk-Modell wenden wir auch an, um Marktrisiken in den von der INKA verwalteten Sondervermögen zu quantifizieren.

Darüber hinaus wird der sogenannte Krisen-Risikobetrag (Stressed Value at Risk) berichtet. Die zugrunde liegende Periode besonderen Stresses an den Märkten wurde per 12. August 2016 geändert. Zuvor wurde der Zeitraum März 2008 bis Februar 2009 als Stress-Periode verwendet; mit der oben erwähnten Umstellung der Methodik bezüglich der Berechnung des Zinsrisikos war eine Anpassung der Periode notwendig geworden, da die bisherige Periode unter der neuen Methodik zu

einem zu niedrigen Krisen-Risikobetrag geführt hätte. Mit der Anpassung der Periode wurde sichergestellt, dass der Krisen-Risikobetrag konservativ ermittelt wird. Seit dem 12. August 2016 verwenden wir den Zeitraum Juni 2008 bis Juni 2009 als Stress-Periode. Das zur Berechnung des Krisen-Risikobetrags herangezogene Modell stimmt weitestgehend mit dem zur Bestimmung des normalen Values at Risk überein. Zur Vermeidung von Skalierungsannahmen wurde jedoch direkt auf einer Historie von überlappenden Zehn-Tage-Perioden gerechnet. Analog zu den aufsichtsrechtlichen Vorgaben wurde die Länge der Historie auf ein Jahr statt bisher 500 Handelstage fixiert. Der Krisen-Risikobetrag schwankte im Verlauf des Jahres 2016 ähnlich stark wie der normale Value at Risk. Im Jahr 2016 lag der normale Value at Risk von Januar bis Mitte Juli stets unterhalb des Krisen-Risikobetrags, im Juli und August 2016 traten vereinzelt Tage auf, an denen der Value at Risk den Krisen-Risikobetrag überstieg. Nach der Modellumstellung per 12. August 2016 normalisierte sich das Verhältnis dieser beiden Risikokennzahlen jedoch wieder und der Krisen-Risikobetrag überstieg den Value at Risk seitdem wieder deutlich. Zum Berichtsstichtag lag der Krisen-Risikobetrag bei 5,2 Mio. Euro.

Zusätzlich zur Limitierung des Values at Risk kommen Sensitivitäts-, Volumen- und Laufzeitlimite zum Einsatz. Sie dienen einerseits dazu, Konzentrationsrisiken zu vermeiden, andererseits helfen sie, solche Risiken zu berücksichtigen, die nur unvollständig im Modell erfasst sind. Value at Risk-Ansätze sind nicht dazu geeignet,

Verluste abzuschätzen, die in extremen Marktsituationen und bei zuvor nie beobachteten Ereignissen eintreten können. Daher führen wir zur vollständigen Risikerkennung ergänzend ein tägliches Stress Testing durch. Dabei untersuchen wir die Auswirkung von extremen Marktbewegungen auf den Wert der Positionen. Die Ergebnisse des Stress Testings gehören zum täglichen Risiko-Reporting und vermitteln wertvolle zusätzliche Informationen. Für die unter Stress-Ereignissen auftretenden Verluste sind separate Limite definiert. Die verwendeten Szenarien werden regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst.

Das Asset and Liability Management Committee teilt die Marktrisikolimits unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Bank und der Vorgaben der HSBC-Gruppe den Handelsbereichen zu und passt sie, falls erforderlich, im Laufe des Jahres an. Die Einhaltung aller Marktrisikolimits wird vom Bereich Risk Control täglich auf der Basis der Übernachtpositionen überwacht. Risk Control meldet diverse Risikozahlen zur konzernweiten Zusammenfassung von Marktrisiken an den HSBC-Konzern. Bei einer Akkumulation von Handelsverlusten eines Handelsbereichs wird sein Value at Risk-Limit automatisch gekürzt.

Als Marktliquiditätsrisiko wird das Risiko verstanden, aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder Marktstörungen Geschäfte nicht oder nur mit Verlusten auflösen beziehungsweise glattstellen zu können. Das Management dieses Risikos erfolgt unter anderem durch die Vergabe von Volumen- und Laufzeitlimiten, sodass dieses Risiko für uns nur von untergeordneter Bedeutung ist. Bei Bedarf wird diesem Risiko im Rahmen einer vorsichtigen Bewertung entsprechend Rechnung getragen. Ökonomische Sicherungsbeziehungen werden lediglich in dem Rahmen bilanziell abgebildet (Hedge Accounting), in dem diese die strikten Voraussetzungen der IFRS erfüllen.

Liquiditätsrisiken

(a) Definition

Unter Liquiditätsrisiko verstehen wir die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit, die entsteht, wenn langfristige Aktiva kurzfristig finanziert werden oder unerwartet Geldabflüsse nicht ausgeglichen werden können. Das Liquiditätsrisiko kann auch in möglichen Verlusten, die sich als Folge aktiver Maßnahmen gegen eine drohende Zahlungsunfähigkeit ergeben, bestehen.

(b) Strategie

Unsere Liquiditätsrisikostategie sieht vor, dass die Bank ohne Rückgriff auf die HSBC-Gruppe jederzeit selbst finanziert ist und auch im Notfall ohne Beistand der HSBC-Gruppe ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen kann. Die laufende Mittelbeschaffung am Kapitalmarkt bei institutionellen Investoren (Wholesale Funding) hat für unsere Liquiditätssteuerung keine nennenswerte Bedeutung.

Wir verfügen daher derzeit weder über ein Medium Term Note- noch über ein Commercial Paper-Programm und begeben derzeit auch keine Certificates of Deposits. Unsere primäre Finanzierungsquelle stellen Kundeneinlagen dar.

Die Bank verfügt im Rahmen der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO) der EZB über weiteren Refinanzierungsspielraum.

(c) Steuerung des Liquiditätsrisikos

Das Risiko einer Zahlungsunfähigkeit verringern wir durch unseren hohen Liquiditätspuffer und die verantwortungsvolle Strukturierung der Aktiva und Passiva. Unsere Risikotoleranz bei Liquiditätsrisiken haben wir anhand quantitativer und qualitativer Kriterien in unserem internen Rahmenwerk festgelegt. Darin sind strenge Maßstäbe für Liquiditäts- und Finanzierungskennzahlen festgelegt, um auch bei extremen Ereignissen jederzeit zahlungsfähig zu bleiben. Zur Früherkennung von Liquiditätsrisiken sind Schwellenwerte für verschiedene Beobachtungsgrößen definiert, die bei Verletzung in Eskalationsverfahren münden, die in einem dreistufigen und kurzfristig aktivierbaren Liquiditätsnotfallplan konkretisiert sind.

Während die operative Liquiditätssteuerung durch den Geschäftsbereich Treasury erfolgt, wird das strukturelle Liquiditätsrisiko der Bank durch das Asset and Liability Management Committee (ALCO) im Rahmen der – mit der HSBC-Gruppe – abgestimmten Limite verantwortet. Zu den Aufgaben von ALCO gehören diesbezüglich die Überwachung der Liquiditäts- und Finanzierungskennzahlen, die regelmäßige Anpassung der Liquiditätsrisikostategie und die Festlegung innerbetrieblicher Verrechnungspreise für Liquidität. Der Bereich Asset Liability and Capital Management (ALCM) ist für die Erstellung aller Richtlinien im Zusammenhang mit dem Liquiditätsrisikomanagement im Sinne der MaRisk sowie für die Übernahme von Methoden der HSBC-Gruppe und deren Qualitätssicherung zuständig. Die regelmäßige Aktualisierung des Liquiditätsnotfallplans obliegt dem Bereich Treasury.

Unsere interne Liquiditätssteuerung baut konsistent auf zwei zentralen regulatorischen Steuerungskennzahlen, der Liquidity Coverage Ratio (LCR) und der Net Stable Funding Ratio (NSFR), auf. Die regulatorischen Steuerungskennzahlen werden um weitere, interne Analysen wie die Einleger- oder die Laufzeitkonzentration ergänzt. In den rollierenden Liquiditätsprognosen der Bank wird die erwartete Entwicklung der Kennzahlen fortlaufend betrachtet.

(d) Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Seit Anfang 2014 ist die Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (CRR) als europäisches Recht auch unmittelbar in Deutschland geltendes Recht. Die CRR beinhaltet weite Teile der als Basel III bekannten Änderungen der aufsichtsrechtlichen Vorschriften. Ein Schwerpunkt dieser Verordnung sind die Regelungen zur Liquidität. Es werden insbesondere die oben bereits genannten Kennzahlen – die LCR und die NSFR – zur Überwachung der Liquiditätslage von Kreditinstituten definiert.

Darüber hinaus bleibt die Liquiditätsverordnung (LiqV) für einen Übergangszeitraum unverändert in Kraft.

Die regulatorisch vorgegebene Mindesthöhe der LCR steigt ab Oktober 2015 von 60 % bis Januar 2018 auf 100 % sukzessive an. Die delegierte Verordnung zur Ergänzung der CRR, die seit dem 1. Oktober 2015 einzuhalten ist, präzisiert die bisherigen Liquiditätsanforderungen der CRR beziehungsweise modifiziert einzelne Regelungen.

Die Mindesthöhe der NSFR sowie die endgültige Definition sind von den Aufsichtsbehörden noch nicht final festgelegt worden.

In Ergänzung zur LCR und NSFR hat die Bank 2016 Meldungen zu den Additional Liquidity Monitoring Metrics (ALMM) aufgenommen. Im Rahmen dieser neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden sechs Berichte erstellt. Inhaltlich umfassen diese Berichte Liquiditätsablaufbilanzen inklusive Fälligkeits- und Neugeschäftsinformationen, eine Übersicht über die größten Einleger, eine Übersicht über die größten Anlagen in liquiden Wertpapieren sowie Informationen zum Preis für Refinanzierungsquellen.

Die folgende Übersicht gibt die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennzahl nach LiqV der Bank wieder, die weit über die gesetzliche Anforderung hinausgeht:

	Liquiditätskennzahl nach LiqV	
	2016	2015
31.12.	2,50	2,75
Minimum	1,95	2,48
Maximum	2,75	3,06
Durchschnitt	2,42	2,81
Aufsichtsrechtliches Minimum	1,00	1,00

Die LCR ist eine Kennzahl zur Bewertung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos von Banken und setzt den Bestand an hochliquiden finanziellen Aktiva ins Verhältnis zum

gesamten Nettozahlungsmittelabfluss der nächsten 30 Tage. Die für die interne Risikosteuerung ermittelte LCR betrug zum Jahresende 132,7 % (Vorjahr: 120,3 %).

Liquidity Coverage Ratio		
in %	2016	2015
31.12.	132,7	120,3
Minimum	107,4	106,6
Maximum	146,5	183,2
Durchschnitt	124,9	148,0

(e) Internes Liquiditätsrisikomanagement und Liquiditätspuffer

Das interne Liquiditätsrisikomanagement der Bank baut konsequent auf den Vorgaben der LCR und der NSFR auf. Während die NSFR auf Basis der Vorgaben aus der CRR noch nicht endgültig quantifiziert werden kann, wird zur internen Steuerung bereits eine auf Basis des BCBS-295-Papiers ermittelte NSFR verwendet. Das Liquiditätstransfer-Pricing der Bank baut ebenfalls auf der regulatorischen Logik von LCR und NSFR auf.

Ebenso wird der Liquiditätspuffer auf Basis der regulatorischen Vorgaben der LCR und der NSFR ermittelt. Die zu prognostizierenden Zahlungsmiteingänge und -ausgänge entsprechen daher dem Nettozahlungsmittelfluss des in der LCR impliziert modellierten Stressszenarios, das sowohl idiosynkratische als auch systemische Stresselemente abbildet. Dem in diesem Stressszenario der LCR modellierten Nettozahlungsmittelabfluss steht der Liquiditätspuffer gegenüber. Dieser besteht aus dem Cash- beziehungsweise Zentralbankguthaben sowie der High Quality Liquid Asset- (HQLA-) Position gemäß LCR und berücksichtigt die gleichen (unterschiedlich hohen) Abschläge auf den nicht beliebigen Marktwert. Der Liquiditätspuffer besteht damit zu großen Teilen aus Staats- und Unternehmensanleihen sowie hochliquiden Aktien, die mit wenigen Ausnahmen alle zentralbankfähig sind.

Der Nettosaldo der Zahlungsmiteingänge und -ausgänge nach Verwertung des Liquiditätspuffers muss entsprechend deutlich positiv sein.

Die Bank prüft regelmäßig, dass die operativen Voraussetzungen der LCR erfüllt sind, sodass Zugang und Verwertbarkeit des Liquiditätspuffers jederzeit gewährt sind. Zum 31. Dezember 2016 hatten wir einen Beleihungswert von 3,72 Mrd. Euro bei der Bundesbank hinterlegt (Vorjahr: 4,15 Mrd. Euro) – und damit in dieser Höhe potenziellen Zugriff auf Notenbankkredite. Wir haben 2016 im Rahmen von Testgeschäften zur Validie-

rung unseres Liquiditätsnotfallplans in geringem Umfang an einem Hauptrefinanzierungstender der EZB teilgenommen.

(f) Finanzierungsstruktur und Liquiditätsablaufbilanzen

Zur Überwachung der fristenkongruenten Finanzierungsstruktur nutzt die Bank den Additional Liquidity Monitoring Metrics-Bericht C.66 (Contractual Maturity Ladder), der einer Liquiditätsablaufbilanz gemäß MaRisk entspricht. Dieser Bericht gliedert die Bilanzpositionen eines Instituts nach ihrer vertraglichen Laufzeit und soll so mögliche Laufzeitinkongruenzen sowie daraus resultierende Finanzierungsbedürfnisse in unterschiedlichen Laufzeitbändern aufzeigen. Die Kennzahl verdeutlicht, inwieweit eine Bank auf Fristentransformation angewiesen ist. Zudem wird die Abhängigkeit von einzelnen Gläubigern durch Konzentrationsquoten gemessen. Es bestehen weder materielle Konzentrationen bei den Vermögenswerten und Finanzierungsquellen noch in Fremdwährungen.

Wir begeben keine Finanzierungsinstrumente, die eine beschleunigte Rückzahlung in Abhängigkeit von einer Verschlechterung der eigenen Bonität vorsehen oder statt in bar durch Lieferung eigener Aktien beglichen werden können. Besicherungsverpflichtungen in bar oder Wertpapieren können im Zusammenhang mit börsengehandelten Geschäften, die über zentrale Gegenparteien abgewickelt werden, einseitig entstehen. Beidseitig entstehen Besicherungsverpflichtungen bei OTC-Geschäften, die unter Rahmenverträgen mit Besicherungsanhängen abgeschlossen werden. Die Einzelgeschäfte unterliegen dabei üblicherweise Netting-Vereinbarungen.

IFRS 7 verlangt die Darstellung der Bruttoabflüsse nach vertraglichen Restlaufzeiten. Der Aussagegehalt einer solchen Tabelle zur Liquidität der Bank ist begrenzt, weil vor allem die erwarteten, Verhaltensannahmen unterliegenden Zahlungsströme für die wirksame Steuerung

verwendet werden. Die Ausführungen zur internen Liquiditätssteuerung sowie die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen geben einen wesentlich besseren Einblick in die Liquiditätsposition.

Zur Darstellung des Liquiditätsrisikos der Bank geben wir im Folgenden einen Überblick über die Restlaufzeiten der finanziellen Verbindlichkeiten. Dabei werden die vertraglich vereinbarten Mittelflüsse einschließlich zukünftiger Zinszahlungen undiskontiert ausgewiesen. Derartige nichtdiskontierte Mittelflüsse können vom Buchwert abweichen, wie er in der Bilanz ausgewiesen ist.

in Mio. €	31.12.2016						
	Bruttoabflüsse (undiskontiert)						
	Buchwert	Σ	< 1 Mon.	1–3 Mon.	3–12 Mon.	12 Mon. – 5 J.	> 5 J.
Finanzielle Verbindlichkeiten innerhalb der Bilanz:							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.786,2	1.806,4	671,5	19,7	32,2	1.018,4	64,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.623,3	13.625,7	12.869,5	488,3	263,4	0,6	3,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	45,4	52,5	10,4	0,0	0,4	1,5	40,3
Handelsspassiva (ohne Derivate*)	2.326,6	3.353,0	170,1	208,8	780,5	360,2	1.833,4
Sonstige Passiva	80,2	80,2	62,4	3,2	14,6	0,0	0,0
Nachrangkapital	437,7	511,4	11,5	1,9	43,6	241,8	212,6
Zwischensumme	18.299,4	19.429,2	13.795,4	721,9	1.134,6	1.622,4	2.154,8
Finanzielle Verbindlichkeiten außerhalb der Bilanz:							
Finanzgarantien	2.405,1	2.405,1	2.405,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Kreditzusagen	9.356,5	9.356,5	9.356,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	30.061,0	31.190,8	25.557	721,9	1.134,6	1.622,4	2.154,8

* Entsprechend IFRS 7 werden in der Liquiditätsanalyse nach vertraglichen Restlaufzeiten keine Derivate berücksichtigt.

in Mio. €	31.12.2015						
	Bruttoabflüsse (undiskontiert)						
	Buchwert	Σ	< 1 Mon.	1–3 Mon.	3–12 Mon.	12 Mon. – 5 J.	> 5 J.
Finanzielle Verbindlichkeiten innerhalb der Bilanz:							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	752,4	759,6	643,8	6,0	3,7	77,9	28,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	12.928,8	12.938,5	12.117,9	547,9	228,0	40,7	4,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	10,0	10,8	0,4	0,0	0,0	10,4	0,0
Handelsspassiva (ohne Derivate*)	2.720,9	3.735,3	165,5	261,0	867,2	524,1	1.917,5
Sonstige Passiva	71,4	71,4	65,7	2,3	3,4	0,0	0,0
Nachrangkapital	458,2	542,8	0,0	0,6	47,1	240,1	255,0
Zwischensumme	17.055,7	18.058,4	12.993,3	817,8	1.149,4	893,2	2.204,7
Finanzielle Verbindlichkeiten außerhalb der Bilanz:							
Finanzgarantien	2.293,9	2.293,9	2.293,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Kreditzusagen	8.769,6	8.769,6	8.769,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	28.119,2	29.121,9	24.056,8	817,8	1.149,4	893,2	2.204,7

* Entsprechend IFRS 7 werden in der Liquiditätsanalyse nach vertraglichen Restlaufzeiten keine Derivate berücksichtigt.

Die Analyse der Restlaufzeiten zeigt, dass der Großteil der Finanzinstrumente innerhalb der ersten drei Monate nach dem Bilanzstichtag vertraglich fällig ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die tatsächlichen Zahlungen aus

bilanziellen und außerbilanziellen Verpflichtungen regelmäßig später als zum vertraglich frühestmöglichen Zeitpunkt erfolgen.

Gesamtbild der Risikolage

Das Gesamtbild der Risikolage der Bank stellt sich unverändert ausgewogen dar. Basierend auf den Einschätzungen im Januar 2017 ergeben sich folgende Aussagen, die sich jedoch aufgrund von Veränderungen im Umfeld der Bank oder der Geschäftsaktivitäten im weiteren Verlauf des Geschäftsjahres deutlich verändern können.

Wir bewerten die Risikolage im Folgenden grundsätzlich anhand der Dimensionen Wahrscheinlichkeit des Risikoeintritts und Auswirkungen auf die Bank, falls die Risiken eintreten.

Die Wahrscheinlichkeit, dass das Liquiditätsrisiko schlagend wird, wird als sehr gering eingeschätzt. Falls sich die derzeitige Liquiditätslage der Bank wider Erwarten verschlechtern sollte, ist eine ausreichende Liquiditätsversorgung im Euro-Geldmarkt durch die EZB sichergestellt. Sollten sich Spannungen im Euro-Geldmarkt ergeben, auf die die EZB nicht durch weitere Liquiditätszuführung reagiert, werden die Folgen durch die hohe Liquiditätsreserve der Bank abgemildert. Die Bank hat unter anderem aufgrund der gesteigerten Kreditvergabe weiterhin Spielraum, Mittel aus dem TLTRO der EZB abzurufen.

Für das Marktrisiko wird von einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit ausgegangen. Wegen der weiterhin niedrigen Limitallokation und -auslastung, etablierter Verfahren und eines erfahrenen Managements auf der Markt- und der Marktfolgeseite wird aufgrund des bei der Bank etablierten Marktpreisrisiko-Managementsystems erwartet, dass rechtzeitig auf Marktverwerfungen reagiert werden kann und größere Verluste somit unwahrscheinlich sind. Die Erfahrungen rund um das Brexit-Votum 2016 haben diese Annahme bestätigt. Eine deutliche Zinsanhebung durch die EZB stellt das größte Marktrisiko für die Bank dar, wird aber aufgrund der Kommunikation der EZB für 2017 als sehr unwahrscheinlich eingeschätzt. Da die Konsolidierung der Staatsschulden in der Eurozone auch aufgrund niedriger Wachstumsraten bisher keine signifikanten Fortschritte

gemacht hat und zudem derzeit ungelöste Probleme im italienischen Bankensystem bestehen, ist die Gefahr eines partiellen Auseinanderbrechens der Eurozone nicht vollständig auszuschließen. Dieses Risiko hätte eine signifikante Auswirkung auf die Bank, wird derzeit aber für 2017 als sehr unwahrscheinlich eingestuft. Für die Folgejahre wird dieses Risiko aber als steigend gesehen.

Angesichts des stabilen gesamtwirtschaftlichen Umfelds in den für unser Geschäft maßgeblichen Volkswirtschaften rechnen wir mit einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit für Adressenausfallrisiken. Mit Sorge beobachten wir protektionistische Tendenzen, die für die Exportnation Deutschland starke negative Auswirkungen haben könnten. Wir erwarten keine signifikante Abschwächung des Wachstums in China. Sollte dies dennoch eintreten, würden hierdurch die gesamten Emerging Markets betroffen und wichtige Kunden deutscher Exportunternehmen in Mitleidenschaft gezogen. Dies könnte zu einer erhöhten Kreditrisikolage führen. Infolge der mit der Wachstumsstrategie einhergehenden Ausweitung des Kreditportfolios sind steigende Ausfallrisiken zu erwarten, sodass insgesamt von erhöhten Adressenausfallrisiken im Vergleich zum Vorjahr ausgegangen wird. Wegen der Risikokonzentrationen im Portfolio kann bereits ein einzelner Ausfall zu einem spürbar höheren Risikovorsorgebedarf führen.

Nicht prognostiziert werden können weitere Entwicklungen der geopolitischen Risiken. Dies gilt insbesondere für die bestehenden Konflikte in der Region Syrien und Irak und Spannungen innerhalb arabischer Länder, die Auswirkungen auf die Nachbarstaaten wie auch auf EU- und NATO-Staaten haben und somit auch die Geschäftspartner der Bank maßgeblich beeinflussen können. Darüber hinaus existieren weitere geopolitische Krisenherde.

Sowohl die Umsetzung der regulatorischen Anforderungen, die bereits begonnenen und noch ausstehenden Projekte im Zusammenhang mit der Wachstumsstrate-

gie wie auch die Integration neuer Mitarbeiter sind Gründe dafür, dass die Eintrittswahrscheinlichkeit operationeller Risiken im Vergleich zu den Vorjahren höher eingeschätzt wird. Diesen Risiken wird mit erhöhter Aufmerksamkeit im Rahmen des Projektmanagements wie auch der Kontrollen des Tagesgeschäfts begegnet, um Schadensfälle so weit wie möglich zu vermeiden. Aufgrund der Vielzahl an Projekten bei begrenzten Ressourcen besteht ein erhöhtes Exekutionsrisiko, dass Projekte nicht frist- und budgetgerecht in der vorgesehenen Qualität fertiggestellt werden.

Trotz unserer konsequent kundenorientierten Strategie, verbunden mit einer soliden Eigenkapitalausstattung, die im Jahr 2016 weiter verstärkt wurde, werden deutlich erhöhte strategische Risiken aufgrund der anhaltenden Niedrigzinspolitik im Euro-Geldmarkt sowie seitens der Bank nicht beeinflussbarer externer Einflüsse regulatorischer oder politischer Art gesehen. Die Liquiditätsschwemme im Euro, die durch die verschiedenen expansiven Maßnahmen der EZB ausgelöst ist und zu einer Überliquidität verbunden mit negativen Zinsen im Euro-Geldmarkt führt, stellt eine erhebliche Belastung der Ertragssituation der Bank dar. Die Bedeutung ist

umso größer, als ein Ende der Periode extremer Niedrigzinsen 2017 nicht ansteht, auch wenn für die USA weitere Zinserhöhungen durch die FED erwartet werden. Es ist nicht auszuschließen, dass aufgrund des extrem niedrigen Zinsniveaus Blasenbildungen an den Kapital-, Rohstoff- oder Immobilienmärkten erfolgen, die zu signifikanter Volatilität führen können.

In der Gesamtbewertung ist die Risikoausprägung der Bank derzeit auf einem mittleren, aber durch das Niedrigzinsumfeld mit Tendenz zu erhöhtem Niveau zu sehen. Es ist nicht möglich, alle Umfeldparameter und deren Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, das Geschäftsergebnis 2017 sowie die mittel- bis langfristige Ertragsentwicklung umfassend einzuschätzen. Deswegen ist ein permanenter Risikomanagement-Prozess von höchster Bedeutung. Er erfordert eine schnelle Reaktion auf sich ändernde Rahmenbedingungen oder einen unplanmäßigen Geschäftsverlauf. Durch das funktionsfähige Steuerungssystem, die solide Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung und die offene Kommunikations- und Verantwortungskultur ist die Bank gut auf die Herausforderungen im Risikomanagement vorbereitet.

Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Allgemeines

Das Interne Kontrollsystem (IKS) ist integraler Bestandteil unseres Risikomanagementsystems. An dieser Stelle sollen die Anforderungen aus § 289 Abs. 5 HGB beziehungsweise § 315 Abs. 2 HGB zur Berichterstattung über die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess erfüllt werden.

Das IKS im Hinblick auf die Rechnungslegung umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Einhaltung aller diesbezüglichen Vorschriften, die sich aus Gesetz oder Satzung ergeben. Es stellt sicher, dass unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft beziehungsweise des Konzerns vermittelt wird. Durch die implementierten Kontrollen soll mit hinreichender Sicherheit gewährleistet werden, dass ein regelungskonformer Einzel- und Konzernabschluss erstellt wird.

Durch die Einrichtung und permanente Weiterentwicklung unseres IKS kann zwar eine hinreichende, aber keine absolute Sicherheit bei der Erfüllung der Kontrollziele erreicht werden. Das bedeutet zum einen, dass die Einrichtung interner Kontrollen von deren Kosten-Nutzen-Verhältnis bestimmt ist. Zum anderen besteht bei der Umsetzung des IKS durch unsere Mitarbeiter das Risiko menschlicher Fehler bei der Ausführung von Tätigkeiten. Zudem können Irrtümer bei Schätzungen oder der Ausübung von Ermessensspielräumen auftreten. Daher können Fehlaussagen im Jahresabschluss nicht mit absoluter Sicherheit aufgedeckt oder verhindert werden.

Organisatorischer Aufbau

Im Kapitel „Die Geschäftsbereiche“ sind der organisatorische Aufbau der Bank sowie die Zuständigkeiten innerhalb des Vorstands dargestellt. Das Rechnungswesen der Bank obliegt primär den Bereichen Accounting und Controlling als Bestandteil der Function Finance.

Als wesentlich definieren wir einen Sachverhalt, wenn die Beurteilung des Jahresabschlusses durch den Bilanzleser und die Qualität der Rechnungslegungsinformationen beim Wegfallen dieser Informationen beeinträchtigt beziehungsweise die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft beziehungsweise des Konzerns unzutreffend dargestellt würde.

Das IKS im Rechnungslegungsprozess ist im Rahmen der Anforderungen aus dem US-amerikanischen Sarbanes-Oxley Act (SOX), der durch das Listing der HSBC-Aktie in New York indirekt auch für uns Geltung hat, umfassend dokumentiert und wird jährlich überprüft und aktualisiert. Die Bank folgt den Prinzipien einer verantwortungsvollen Unternehmensführung und -überwachung, wie sie im Deutschen Corporate Governance Kodex festgelegt sind. Vorstand und Aufsichtsrat erklären gemäß § 161 AktG jährlich, dass den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ entsprochen wurde und wird beziehungsweise welche Empfehlungen mit welcher Begründung nicht angewendet wurden oder werden. Diese Erklärung ist Bestandteil der Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289 a HGB, die auf unserer Homepage (www.hsbc.de) veröffentlicht wird.

Darüber hinaus haben wir einen Verhaltenskodex schriftlich formuliert, der unser Werteverständnis und unsere Verhaltensstandards ausdrückt. Der Vorstand und alle Mitarbeiter haben sich schriftlich zur Einhaltung des Kodex verpflichtet. Ferner gibt es ein detailliertes, schriftlich fixiertes Compliancekonzept.

Im Bereich Accounting liegen die Zuständigkeiten für die Bilanzierung nach HGB (Einzelabschluss der AG) und nach IFRS (Konzernabschluss der AG und Teilkonzernabschluss für die HSBC Bank plc, London). Darüber hinaus sind die Buchhaltung der wesentlichen deutschen Tochtergesellschaften sowie das aufsichtsrechtliche Meldewesen im Bereich Accounting angesiedelt.

Der Bereich Controlling ist für das interne Management-Informationssystem (MIS) verantwortlich, das im Wesentlichen aus der Ergebnisbeitragsrechnung, der Kostenstellenrechnung, der Kundenkalkulation sowie der Planung und Budgetierung besteht.

Für die Ermittlung der Markt- und Zeitwerte von Finanzinstrumenten ist der Bereich Risk Control zuständig. Dabei werden – sofern sie vorhanden sind – öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt zugrunde gelegt; ansonsten erfolgt die Ermittlung anhand anerkannter Bewertungsmethoden. Die so ermittelten Preise fließen in die Back-Office- und Rechnungslegungssysteme über automatisierte Schnittstellen taggleich ein. Die Auswahl der verwendeten Datenquellen sowie die Zuordnung der verwendeten Bewertungsparameter und der anzuwendenden Bewertungsverfahren erfolgen durch Risk Control unabhängig vom Handel. Wesentliche Fragen zur Bewertung werden im monatlich tagenden Valuation Committee besprochen. Den Vorsitz hält das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied. Weitere Mitglieder sind die Leiter von Risk Control und Accounting sowie der Chief Operating Officer Markets als Vertreter der Handelsbereiche.

Der Jahresabschluss und Lagebericht der Gesellschaft sowie der Konzernabschluss und Konzernlagebericht werden vom Accounting vorbereitet und vom Vorstand aufgestellt. In der Februar-Sitzung des Aufsichtsrats wird über wesentliche Eckdaten des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses beraten. In einer zweiten Sitzung werden der Jahresabschluss und der Lagebericht satzungsgemäß durch den Aufsichtsrat gebilligt und damit festgestellt sowie der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht vom Aufsichtsrat gebilligt. Die Hauptversammlung fasst auf der Grundlage des festgestellten Jahresabschlusses den Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns.

Die Veröffentlichung des Jahresabschlusses einschließlich Lagebericht, des Konzernabschlusses einschließlich Konzernlagebericht und des Halbjahresfinanzberichts erfolgt im Bundesanzeiger.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Prüfungsausschuss gebildet. Dessen Aufgaben umfassen gemäß Geschäftsordnung unter anderem die Prüfung der Unab-

hängigkeit des vorgesehenen Abschlussprüfers, die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, die Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und die Honorarvereinbarung mit dem Abschlussprüfer, Maßnahmen zur Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, die Vorbereitung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses durch den Aufsichtsrat sowie wesentliche Fragen der Rechnungslegung und Grundfragen des Risikomanagements. Weitere Aufgaben sind in den Terms of Reference fixiert und umfassen insbesondere die Diskussion von Feststellungen der internen Revision, von compliancerelevanten Sachverhalten und von sonstigen Themen mit Relevanz für das IKS. Dem Prüfungsausschuss stand Dr. Eric Strutz, Berg, zum 31. Dezember 2016 vor. Weitere Mitglieder zu diesem Zeitpunkt waren Dr. Hans Michael Gaul, Düsseldorf, Simon Leathes, London, und Ralf Rochus, Essen.

Die Interne Revision prüft entsprechend den Regelungen der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) veröffentlichten Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements und des IKS. Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben hat die Interne Revision ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht im Hinblick auf alle Aktivitäten, Prozesse und eingesetzten EDV-Systeme.

Der Abschlussprüfer wird auf der Hauptversammlung für das laufende Geschäftsjahr gewählt, nachdem er seine Unabhängigkeit dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses des Aufsichtsrats angezeigt hat. Die Beauftragung des Abschlussprüfers erfolgt durch den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats unter Beachtung der Vorgaben gemäß §§ 318 ff. HGB. Der Abschlussprüfer erläutert dazu in einer Sitzung des Prüfungsausschusses seinen Prüfungsplan mit den jeweiligen Prüfungsschwerpunkten. In einer weiteren Sitzung des Prüfungsausschusses erläutert der Abschlussprüfer seine wesentlichen Prüfungshandlungen und -ergebnisse. In der Sitzung des Aufsichtsrats, in welcher der Jahresabschluss festgestellt wird, erläutert der Abschlussprüfer dem Gesamtaufsichtsrat seine wesentlichen Prüfungshandlungen und -ergebnisse.

EDV-Systeme

Der Abschluss der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG nach HGB sowie das MIS beruhen maßgeblich auf der integrierten Buchhaltung. Hierbei handelt es sich um ein selbst entwickeltes Großrechner-Programmpaket, das im Wesentlichen Daten und Zwischenergebnisse für den Tages-, Monats- und Jahresabschluss einschließlich Gewinn- und Verlust-Rechnung sowie für die Kostenstellenrechnung und die Kundenkalkulation bereitstellt. Durch die integrierte Buchhaltung ist eine enge Verzahnung von Bilanzierung und MIS gewährleistet. In der integrierten Buchhaltung wird auch eine Bilanzierung nach IFRS für die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG durch separate Buchungskreise dargestellt.

Diverse Vorsysteme zur Abwicklung der verschiedenen Geschäftsvorfälle übergeben den zugehörigen Buchungssstoff (maschinelle Grundbücher) automatisiert an die integrierte Buchhaltung. Die Abwicklung der Geschäftsvorfälle und damit die Bedienung der Vorsysteme erfolgt dezentral in den verschiedenen spezialisierten Back-Office-Bereichen (zum Beispiel Wertpapiergeschäfte in GEOS durch die HSBC Transaction Services GmbH, börsengehandelte Derivate in ION Trading durch Treasury and Derivatives Operations). Manuelle Grundbücher sind nur noch in Ausnahmefällen erforderlich.

In Ergänzung zur integrierten Buchhaltung werden sowohl externe Standard-Software als auch selbst entwickelte Buchungserfassungsprogramme sowie individuelle Datenverarbeitungsprogramme (Microsoft Excel

und Access) verwendet. Sie dienen der Ermittlung von Buchungsdaten, die anschließend an die integrierte Buchhaltung übergeben werden. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Systeme zur Erfassung und Buchung von Rückstellungen, Erfassung und Bezahlung von Eingangsrechnungen, zum Erstellen von Ausgangsrechnungen und zum Erfassen von einfachen Buchungssätzen sowie um Anwendungen zur Kontenabstimmung, zur Anlagenbuchhaltung und zur Darstellung des Anlage- und Rückstellungsspiegels.

Die Buchhaltung der Tochtergesellschaften erfolgt jeweils in einer Standard-Software-Lösung eines externen Software-Anbieters und dient primär der Erstellung des handelsrechtlichen Einzelabschlusses der jeweiligen Tochtergesellschaft.

Die Konsolidierung basiert maßgeblich auf TuBKons, einem selbst entwickelten Access-Programmpaket mit einer Datenhaltung in DB2. Basierend auf dem Import aus der integrierten Buchhaltung, den diversen Vorsystemen mit den benötigten Geschäftsdetails sowie der Buchhaltung aller wesentlichen Tochtergesellschaften (einschließlich der konsolidierungspflichtigen Spezialfonds), erfolgen die Schulden-, Aufwands- und Ertrags- sowie die Kapitalkonsolidierung und die Zwischengewinneliminierung in TuBKons. Darin werden auch für die Tochtergesellschaften die HGB-Zahlen auf IFRS-Werte übergeleitet und alle Konzernbewertungsmaßnahmen abgebildet.

Allgemeine Ausgestaltung des IKS

Maßgebliche Grundsätze für die Ausgestaltung des IKS im Rechnungslegungsprozess sind:

(a) Funktionstrennung

Der Kundenkontakt und der Geschäftsabschluss sind funktionsmäßig bis hin zur Vorstandsebene von allen nachgelagerten Prozessen klar getrennt. Neben der Internen Revision kommt der HSBC Transaction Services GmbH eine besondere Bedeutung für den Rechnungslegungsprozess zu. Sie ist unter anderem für die Abstimmung aller Loro- und Nostro-Konten, die Abstimmung der Front-Office- mit den Back-Office-Systemen sowie die Abstimmung aller erhaltenen Geschäftsbestätigungen mit denen der verschiedenen Back-Office-

Bereiche zuständig. Die Ergebnisse der Abstimmungen werden monatlich an das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied gemeldet.

(b) Vier-Augen-Prinzip und Kompetenzregelungen

Jede Buchung muss zwingend von einer zweiten Person verifiziert werden. Die Berechtigungen dafür richten sich nach Erfahrung und Fachwissen der einzelnen Mitarbeiter und sind regelmäßig in den EDV-Systemen hinterlegt. Sie werden turnusmäßig von den jeweiligen Bereichsleitern überprüft.

(c) Fachliche Kompetenz der Mitarbeiter

Die quantitative und qualitative Personalausstattung in Accounting und Controlling ist angemessen. Die Mitarbeiter verfügen in Abhängigkeit von ihrem Aufgabenbereich über die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen. Dies wird im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses überprüft und sowohl im Stellenplan als auch im Ausbildungsbudget entsprechend berücksichtigt.

(d) Zugriffsberechtigungen

Für die integrierte Buchhaltung sowie alle anderen maßgeblichen Systeme in der Rechnungslegung sind differenzierte Zugriffsberechtigungen als Schutz vor unbefugten Eingriffen systemseitig etabliert.

Spezifische Komponenten des IKS

Als Anforderungen des Rechnungslegungsprozesses wurden neben den allgemeinen Grundsätzen auch spezifische Maßnahmen und Kontrollen etabliert:

(a) Bilanzierungsrichtlinien

Die gesetzlichen Anforderungen und relevanten Rechnungslegungsstandards werden in Bilanzierungsrichtlinien und Arbeitsablaufbeschreibungen konkretisiert, die regelmäßig überprüft und bei Bedarf aktualisiert werden. Dazu zählen auch detaillierte Richtlinien der HSBC-Gruppe, die in mehreren Handbüchern (Manuals) schriftlich fixiert sind und regelmäßig aktualisiert werden. Die Einhaltung der Arbeitsablaufbeschreibungen ist standardmäßig Gegenstand der Prüfung des jeweils zuständigen Fachbereichs durch die Interne Revision.

(b) Plausibilitätsprüfung für alle Grundbücher

Während der Verarbeitung eines Grundbuchs werden diverse Plausibilitätsprüfungen systemseitig vorgenommen. Die Plausibilitätsprüfungen führen entweder zu einem Abweisen der Buchung oder zu einer Buchung mit Default-Einstellungen oder zu einem Fehlerprotokoll, das am nächsten Tag bearbeitet wird.

(c) Abstimmung der Back-Office-Systeme

Es werden täglich alle Transaktionen in Derivaten und Wertpapieren sowie alle Geldhandelsgeschäfte zwischen den Front-Office- und den Back-Office-Systemen von einer gesonderten Abteilung der HSBC Transaction Services GmbH abgestimmt. Eventuelle Differenzen werden am nächsten Tag geklärt.

(d) Lagerstellenabstimmung

Für alle Wertpapierbestände erfolgt monatlich eine Abstimmung mit allen Lagerstellen. Für die Eigenbestände erfolgt darüber hinaus ein täglicher Abgleich zwischen dem Effekten-Nostro-System und den entsprechenden

Hauptbüchern. Die Ergebnisse der Abstimmungen werden monatlich an das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied gemeldet.

(e) Interne Konten und Depots

Alle Salden beziehungsweise Bestände auf internen Konten und Depots werden monatlich von den verantwortlichen Bereichen detailliert aufgeschlüsselt und bestätigt. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Ausgleichs- und Verrechnungskonten, die zusätzlich nicht angekündigten Überprüfungen unterliegen. Die Ergebnisse der Abstimmungen werden monatlich an das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied gemeldet.

(f) Abstimmung mit verbundenen Unternehmen

Alle Geschäfte innerhalb des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns werden monatlich konsolidiert. Dabei auftretende Differenzen werden protokolliert und geklärt. Geschäfte mit anderen Unternehmen aus der HSBC-Gruppe werden im Monatsbericht an HSBC separat dargestellt und von dieser automatisch konsolidiert. Dabei auftretende wesentliche Differenzen werden monatlich an die betroffenen Gesellschaften gemeldet und sind dort zeitnah zu klären.

(g) Saldenmitteilungen und Bestätigungen schwebender Geschäfte

Für alle Kundenkonten versendet die HSBC Transaction Services GmbH zweimal jährlich Saldenmitteilungen. Für schwebende Geschäfte, vor allem OTC-Derivate (einschließlich Devisengeschäfte), erfolgt jährlich eine gesonderte Abstimmung aller ausstehenden Geschäfte mit einer Stichprobe von Kontrahenten durch die Interne Revision.

(h) Abstimmung zwischen Accounting und Controlling

Da die Bilanzerstellung und das MIS gemeinsam auf der integrierten Buchhaltung basieren, ist die monatliche Abstimmung zwischen Controlling und Accounting ein zentraler Bestandteil des rechnungslegungsbezogenen IKS. Damit ist sichergestellt, dass alle wesentlichen Fehler zügig erkannt und korrigiert werden.

Die Verwaltungsaufwendungen laut Gewinn-und-Verlust-Rechnung werden im MIS im Rahmen der Kostenstellenrechnung auf die kostenverursachenden Bereiche aufgeteilt und mit den Budgetwerten verglichen. Größere Abweichungen sind von den verantwortlichen Bereichsleitern mindestens quartalsweise zu erläutern.

Ebenso erfolgt eine Abstimmung der Zins- und Provisionsergebnisse laut Gewinn-und-Verlust-Rechnung mit der Kundenkalkulation. Diese wird den Kundenbetreuern und den Leitern der kundenbetreuenden Bereiche monatlich zur Verfügung gestellt. Sie ist das maßgebliche Steuerungsinstrument für alle kundenbetreuenden Bereiche. Unplausibilitäten und Auffälligkeiten werden zeitnah zwischen Controlling und Kundenbereich geklärt.

(i) Abstimmung zwischen Risk Control und Accounting

Risk Control ermittelt täglich die Handelsergebnisse je Handelstisch. Diese Ergebnisse werden monatlich im Accounting mit den Erlösen der Handelsbereiche gemäß Ergebnisbeitragsrechnung abgestimmt. Dabei werden alle Unterschiede bis auf Instrumentenebene analysiert. Wesentliche Unterschiede werden dadurch zeitnah entdeckt und korrigiert.

(j) Einzelanalyse besonderer Geschäftsvorfälle

Die kundenbetreuenden Bereiche melden monatlich besondere Geschäftsvorfälle an Accounting und Controlling, um deren korrekte und zeitnahe Erfassung im Rechnungswesen sicherzustellen. Darüber hinaus analysiert Accounting monatlich alle wesentlichen Posten des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses und des Ergebnisses aus Finanzanlagen.

(k) Plausibilitätsprüfungen

Durch den Vergleich mit Vorperioden sowie mit Budgetwerten werden alle Hauptbücher der Gewinn-und-Verlust-Rechnung in einem ersten Schritt monatlich plausibilisiert. Eventuelle Auffälligkeiten und Unstimmigkeiten werden in Zusammenarbeit von Accounting und Controlling umgehend geklärt.

(l) Abstimmung der Gewinn-und-Verlust-Rechnung insgesamt

Das vorläufige Monatsergebnis wird vor dem Abschluss der Bücher zwischen dem zuständigen Vorstandsmitglied sowie den Leitern von Accounting und Controlling besprochen. Der direkte Kontakt aller wesentlichen Entscheidungsträger ist in einem Haus unserer Größe ein wichtiges Element im IKS. Eventuelle Unplausibilitäten werden diskutiert und zeitnah geklärt. Ebenso werden alle noch offenen Punkte angesprochen und die Zuständigkeit und der Zeitrahmen für die Klärung beziehungsweise Erledigung vereinbart.

(m) Besprechung der monatlichen Ergebnisse im Vorstand

Unmittelbar nach der Fertigstellung der monatlichen Gewinn-und-Verlust-Rechnung werden die Ergebnisse an das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied gesendet. Zur Besprechung in der nächsten Vorstandssitzung leitet es die Eckdaten des Monatsabschlusses zusammen mit seinem Kommentar an die übrigen Mitglieder des Vorstands weiter. Mit der Besprechung im Vorstand ist eine erste monatliche Plausibilisierung der Konzernzahlen durch den Gesamtvorstand gewährleistet. Zusätzlich erhalten alle Vorstandsmitglieder einen von Controlling erstellten und kommentierten ausführlichen Monatsbericht, der die Erlös- und Kostenentwicklung sowohl für den Konzern insgesamt als auch für die wesentlichen Tochtergesellschaften enthält. Die Erlöse und Kosten werden auch aufgeteilt nach Produkten und Bereichen dargestellt.

Übernahmerelevante Angaben

Aktionäre und Aktie

Kapital

Am 31. Dezember 2016 verfügte die Bank über ein Grundkapital von 91,4 Mio. Euro, eingeteilt in 34,1 Mio. Stückaktien. 63,0 % des Aktienkapitals sind in den amtlichen Handel an den Börsen Düsseldorf und Stuttgart eingeführt.

Alle Aktien sind grundsätzlich mit einheitlichen Rechten ausgestattet und lauten auf den Inhaber. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme. Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben. Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind dem Vorstand nicht bekannt. Sofern Arbeitnehmer Aktien der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG halten, üben sie ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Die HSBC Holdings plc, London, war am Bilanzstichtag indirekt mit 80,7 % am Aktienkapital beteiligt. Die Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, hielt wie schon im Vorjahr direkt einen Anteil von 18,7 %.

Kurse und Kurswerte

Der Kurs unserer Aktie ist 2016 um 12,59 % auf 63,72 Euro gesunken. Der niedrigste Kurs lag im Jahresverlauf bei 59,56 Euro, der höchste bei 73,00 Euro. Bei einem Emissionspreis von 190 DM (97,20 Euro) je 50-DM-Aktie am 25. Oktober 1985 entwickelten sich Börsenkurs und Börsenwert wie folgt:

Datum	Anzahl der Aktien *	Kurs der Aktie * in €	Börsenwert in Mio. €
31.12.1985	18.000.000	17,64	317,52
31.12.1990	22.000.000	19,79	435,38
31.12.1995	23.500.000	30,58	718,63
31.12.2000	26.100.000	110,00	2.871,00
31.12.2005	26.100.000	87,50	2.283,75
31.12.2010	28.107.693	89,00	2.501,58
31.12.2011	28.107.693	90,20	2.535,31
31.12.2012	28.107.693	87,19	2.450,71
31.12.2013	28.107.693	84,80	2.383,53
31.12.2014	34.088.053	70,00	2.386,16
31.12.2015	34.088.053	72,90	2.485,89
31.12.2016	34.088.053	63,72	2.172,09

* Bereinigt um den Aktiensplit 10:1 am 27. Juli 1998.

Dividenden

Für das Geschäftsjahr 2016 soll eine Dividende von 2,50 Euro je Aktie (Vorjahr: 2,50 Euro je Aktie) gezahlt werden. Mit einer Dividendensumme von

85,2 Mio. Euro (Vorjahr: 85,2 Mio. Euro) möchten wir unsere Aktionäre am Ergebnis des Jahres 2016 angemessen beteiligen.

Verfassung der Gesellschaft

Satzungsgemäß besteht der Vorstand der Bank aus mindestens zwei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat hat jedoch die Möglichkeit, eine darüber hinausgehende Anzahl von Vorstandsmitgliedern zu bestellen. Am 31. Dezember 2016 bestand der Vorstand aus vier Personen.

Die Bestellung und Abberufung des Vorstands erfolgt nach den gesetzlichen Bestimmungen des § 84 Aktiengesetz (AktG).

Beschlüsse über Änderungen der Satzung werden von der Hauptversammlung mit zwei Dritteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst, soweit nicht gesetzlich eine höhere Mehrheit zwingend erforderlich ist. Der Aufsichtsrat ist befugt, Änderungen der Satzung vorzunehmen, die nur die Fassung betreffen.

Maßnahmen der Kapitalbeschaffung können nur entsprechend der gesetzlichen Regelung in § 119 AktG durch die Hauptversammlung beschlossen werden. Zur aktuellen Ermächtigung des Vorstands durch die Hauptversammlung zur Ausgabe von Aktien verweisen wir auf den Anhang.

Nach dem Beschluss der Hauptversammlung vom 2. Juni 2015 ist die Gesellschaft ermächtigt, zum Zweck des Wertpapierhandels eigene Aktien zu Preisen zu kaufen und zu verkaufen, die den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien an der Börse Düsseldorf (oder, falls dieser nicht festgestellt werden kann, an der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse, Stuttgart) an den jeweils zehn vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende eines jeden Tages nicht mehr als 5 % des Grundkapitals der Gesellschaft betragen. Diese Ermächtigung gilt bis zum 31. Mai 2020. Der Vorstand der Bank hat beschlossen, von dieser Ermächtigung bis auf Weiteres keinen Gebrauch zu machen.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, bestehen nicht. Ebenso wenig existieren Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots.

Nachhaltige Unternehmensführung

Der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern bekennt sich zu einer nachhaltigen Unternehmensführung. Nachhaltigkeit heißt für uns, Geschäftstätigkeiten langfristig aufzubauen und in unseren Entscheidungen soziale, ökologische und ökonomische Aspekte zu berücksichtigen.

Unsere Verantwortung

Nachhaltigkeit ist ein Grundpfeiler unserer strategischen Ausrichtung. Wir unterstützen Unternehmen beim Ausbau ihrer Geschäftstätigkeit und sorgen für das Wohl und die positive Entwicklung von Gemeinschaften. So werden wir unserer Verantwortung als internationale Bank gerecht. 2008 wurde in Deutschland der Bereich Corporate Sustainability (CS) etabliert, der unsere lokalen Nachhaltigkeits-Aktivitäten zentral bündelt und direkt der Sprecherin des Vorstands unterstellt ist.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die hohe Bedeutung von Corporate Sustainability im Kerngeschäft nachdrücklich unterstrichen. Unser auf Nachhaltigkeit angelegtes Geschäftsmodell hat sich in dieser Zeit bewährt. Es zeichnet sich durch die klare Ausrichtung auf die Zielgruppen Vermögende Privatkunden, Firmenkunden und Institutionelle Kunden aus, ergänzt durch einen risikobewussten Handel. Unser Erfolg versetzt uns in die Lage, die Anforderungen unserer Stakeholder zu erfüllen: als zuverlässiger Geschäftspartner für unsere Kunden, als attraktiver Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb für unsere Mitarbeiter, als solide und ertragreiche Investition für unsere Aktionäre und als bedeutender und verlässlicher Steuerzahler der Stadt Düsseldorf, mit der wir seit unserer Gründung im Jahr 1785 verbunden sind.

Der Corporate Sustainability-Ansatz unseres Hauses umfasst nachhaltige Verantwortung in folgenden Bereichen:

Corporate Sustainability bei HSBC Trinkaus & Burkhardt AG



Ökonomische Verantwortung CS im Kerngeschäft

Kreditvergabe

- Sustainability Risk Rating als zwingender Bestandteil im HSBC-Kreditvergabeprozess

Responsible Investing

- Nachhaltige Investmentprodukte für private und institutionelle Anleger
- Umfassendes Aktien-Research im Bereich SRI/Renewables



Ökologische Verantwortung Umgang mit Ressourcen

Environment Footprint Management

- Umweltvorgaben in Einkaufsrichtlinien
- Sensibilisierung der Mitarbeiter

Beteiligung am globalen Projekt HSBC Water Programme



Soziale Verantwortung Gesellschaftliches Engagement

Gesellschaftliches Engagement

- Jugend und Bildung
- Kunst und Kultur
- Gesundheit und medizinische Forschung
- HSBC Trinkaus Jugend & Bildung e.V.

Zusatzleistungen für Mitarbeiter

- Betriebliche Altersvorsorge
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Förderung des Mitarbeiterengagements

Sustainable Financing

Unser Haus betreibt ein umfassendes Research zu Aktien börsennotierter Unternehmen aus der Solar-, Wind-, Abfall- und Wasserwirtschaft (SRI/Renewables). Seit 2006 veranstalten wir jährlich die Konferenz „Responsible Growth – Investments for the Future“ in Frankfurt am Main, die sich mittlerweile zu einer der größten Investorenkonferenzen mit dem Fokus „Nachhaltigkeit“ entwickelt hat. Ergänzend organisieren wir Nachhaltigkeits-Roadshows, auf denen namhafte Unternehmen mit internationalen Investoren zum Thema Nachhaltigkeit ins Gespräch kommen.

Wir sind der Meinung, dass die Berücksichtigung sowohl ökologischer als auch sozialer sowie Corporate Governance-Kriterien einen wesentlichen Einfluss auf Unternehmen hat und deren Wettbewerbsposition entsprechend stärken kann. Entsprechend ist eine Nachhaltigkeitsanalyse für unsere globalen Asset Management-Einheiten integraler Bestandteil der Investmentprozesse. HSBC Global Asset Management hat bereits im Juni 2006 die „United Nations Principles for Responsible Investment“ (UNPRI) unterzeichnet und verpflichtet sich damit, ökologische und soziale Kriterien und Fragen zur guten Unternehmensführung (Environmental, Social, Governance, kurz ESG-Kriterien) bei den Anlageentscheidungen zu berücksichtigen. Mit der Unterzeichnung des Montréal Pledge im Jahr 2015 hat sich HSBC Global Asset Management dazu verpflichtet, die Kohlenstoffintensität der Portfolien auszuweisen.

Anlegern, die nach konkreten ESG-Kriterien investieren möchten, bieten wir ein breites Spektrum nachhaltiger Aktien- und Rentenkonzepte an. Hierbei greifen wir auf die Dienste renommierter Analysehäuser im Bereich Nachhaltigkeit zurück. Neben Best-in-Class-Ansätzen verfügen wir auch über zahlreiche themenbezogene Investmentlösungen.

Darüber hinaus berücksichtigen unsere globalen Asset Management-Einheiten auf Wunsch Ausschlusskriterien. So werden seit 2010 Unternehmen gemieden, die mit Streumunition und Antipersonenminen in Verbindung gebracht werden. Hierbei nutzen wir neben unserer eigenen Due Diligence-Prüfung auch die Dienste namhafter externer Organisationen. Auch unsere Richtlinie hinsichtlich passiver Anlageprodukte wird kontinuierlich überprüft und mittlerweile unterlaufen alle Exchange Traded Funds (ETFs) unseres Hauses beziehungsweise

die dazugehörigen Indizes ein „Controversial Weapon-Screening“, um eine Finanzierung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern.

Nachhaltigkeit bei der Kreditvergabe

Grundsätzlich überprüfen wir alle Kreditengagements und -anfragen auf Nachhaltigkeitsrisiken. Seit 2008 wird in der Bank ein weltweit einheitliches Sustainability Risk-Rating eingesetzt, das Regelungen für bestimmte Branchen wie Agrarrohstoffe, Bergbau- und Metallwirtschaft, Chemie, Energiewirtschaft, Rüstung sowie Wald- und Wasserwirtschaft vorsieht. Die HSBC Sustainability Risk Policies und ihre Umsetzung werden regelmäßig überprüft und bei Bedarf aktualisiert.

Ferner haben wir uns zur Beachtung der Equator Principles verpflichtet, die als internationale Standards für das Management sozialer und ökologischer Risiken in der Projektfinanzierung dienen. Das freiwillige Regelwerk umfasst zehn Kriterien, die auf den Öko- und Sozialstandards der Weltbank und der International Finance Corporation (IFC) basieren und für Projektvolumen ab 10 Mio. US-Dollar Berücksichtigung finden. Unsere Mitarbeiter werden intensiv und systematisch in der Beurteilung von Nachhaltigkeitsrisiken aus- und weitergebildet. Spezielle Sustainability Risk Manager überwachen die Einhaltung der Prozesse.

Climate Business

Neben der Berücksichtigung von nachhaltigen Aspekten bei der Kreditvergabe spielt Nachhaltigkeit auch bei unseren Kapitalmarktaktivitäten eine immer größere Rolle. Das Segment der Green Bonds gewinnt bei der öffentlichen Hand, Unternehmen und institutionellen Investoren zunehmend an Bedeutung, da Anleger ihre Investitionsentscheidungen sehr häufig nicht mehr nur an reinen Risiko-Rendite-Betrachtungen messen, sondern soziale und ökologische Kriterien einfließen lassen. HSBC nimmt in diesem Segment eine führende Rolle ein und hat bereits zahlreiche Green Bond-Transaktionen – unter anderem für das Land NRW – federführend auf den Markt begleitet. Darüber hinaus ist HSBC in zahlreichen Branchengremien vertreten, ist Gründungsmitglied des ICMA Green Bond Principles Executive Committee und berät weltweit Institutionen, um das Marktsegment für nachhaltige Anleiheemissionen maßgeblich weiter zu entwickeln.

Die Reduktion des weltweiten CO₂-Ausstoßes ist eine wichtige Herausforderung für die Gesellschaft. Wir wollen Strategien entwickeln und Möglichkeiten aufzeigen, um gemeinsam mit unseren Kunden den Wandel zu einer CO₂-armen Wirtschaft zu begleiten. Außerdem verfügen wir mit dem HSBC Climate Change Center of Excellence über ein Team von Spezialisten, das sich zum Ziel gesetzt hat, die besten Analysen zum Klimawandel und dessen Auswirkungen auf Wirtschaft, Industrien und Branchen anzubieten. 2016 wurde es von Thomson Reuters Extel Survey im Bereich „Climate Change Research“ zum vierten Mal in Folge auf Platz eins gewählt.

Im März 2016 hat HSBC die Zulassung für die Zusammenarbeit mit dem United Nations Green Climate Fund erhalten – einem Klimafonds, der Geld für Klimaprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern bereitstellt. Der Akkreditierung geht eine strenge Prüfung der Umwelt- und Sozialstandards der Durchführungsinstitute voraus.

Ökologische Verantwortung

Um die Umweltauswirkungen unseres eigenen Geschäftsbetriebs so gering wie möglich zu halten, setzt die Bank auf Prozesse, die Umweltbelastungen reduzieren. Eingebunden in das Umweltmanagement der HSBC-Gruppe verringern wir stetig nach Zielvorgaben unsere Emissionen. Unsere Umweltschutzmaßnahmen verstehen wir auch als Vorbild für unsere Mitarbeiter, Kunden und andere Stakeholder. Reduktionsziele verfolgen wir bei Abfallwirtschaft, Energieverbrauch, CO₂-Ausstoß und Gebäudemanagement. Zudem existieren im Sinne einer umweltfreundlichen Mobilität spezielle Vorgaben: Für Geschäftsreisen ist vorzugsweise die Bahn zu nutzen, um CO₂-Emissionen und Feinstaub zu verringern. Firmentickets für die Mitarbeiter unterstützen ebenfalls eine umweltschonende Mobilität.

Des Weiteren setzen wir bei unserer Stromversorgung, wo immer es geht, auf Quellen erneuerbarer Energie und beziehen in unserem Haupthaus zu 100 % grünen Strom. Ebenfalls zur Schonung von Ressourcen trägt die umweltgerechte Entsorgung elektronischer Altgeräte und die Wiederverwendung von Wertstoffen sowie die ausschließliche Nutzung von FSC-zertifiziertem Papier bei. Auch für unsere Kunden suchen wir nach digital nutzbaren Lösungen und bieten ihnen für ihre Kontoauszüge die Nutzung einer elektronischen Postbox an.

Als Teil der weltweiten fünfjährigen Projektpartnerschaft „HSBC Water Programme“ organisieren unsere Mitarbeiter lokale „Water Days“, bei denen sie sich für das globale Forschungsprojekt „FreshWater Watch“ der Nichtregierungsorganisation Earthwatch engagieren und so ein tieferes Verständnis für die Relevanz eines nachhaltigen Umgangs mit den weltweiten Wasserressourcen erlangen.

Soziale Verantwortung

Neben Wirtschaft und Umwelt ist soziale Verantwortung die dritte Säule unserer integrierten Corporate Sustainability-Strategie. So bietet die Bank ihren Mitarbeitern zahlreiche freiwillige Sozialleistungen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen, arbeiten wir mit flexiblen Arbeitszeitmodellen und einem Familienservice, der zum Beispiel bei der Suche nach einer Betreuung für Kinder oder ältere Angehörige hilft und Lebenslagencoaching anbietet. Zwei Betriebskindergärten runden das Angebot für Mitarbeiter mit Familien ab.

Ein Schwerpunkt unserer sozialen Verantwortung liegt in der Bildung junger Menschen. Das HSBC Trinkaus-Schulprojekt hilft, ökonomische Kenntnisse zu vermitteln, die in unserer heutigen Gesellschaft unverzichtbar sind. Dabei stehen unsere Mitarbeiter regelmäßig allgemeinbildenden Schulen in Düsseldorf und an den Niederlassungsstandorten als ehrenamtliche „Experten im Unterricht“ zur Verfügung.

Die Bank engagiert sich seit 2008 als einer der Hauptförderer für das Kinder- und Jugendwerk „Die Arche e. V.“ im Düsseldorfer Stadtteil Wersten. Die Arche wird von unseren Mitarbeitern unter anderem bei Hausaufgabenbetreuung, Festen und Ausflügen, bei einmaligen Aktionen sowie mit Sachspenden unterstützt.

Jungen Menschen eine Perspektive zu geben, ist ein Kernziel unseres gesellschaftlichen Engagements. Um unsere Maßnahmen in diesem Bereich zu bündeln, wurde im Jahr 2014 der gemeinnützige Verein HSBC Trinkaus Jugend & Bildung e. V. mit Sitz in Düsseldorf gegründet. Der satzungsmäßige Zweck des Vereins ist die Förderung von Jugend, Bildung und Völkerverständigung. Dieser Zweck wird unter anderem durch die Akquisition der notwendigen finanziellen Mittel in Form von freiwilligen Spenden sowie den persönlichen Einsatz von Vereinsmitgliedern und Mitarbeitern unserer

Bank verwirklicht. Eine erste Initiative des Vereins ist das Stipendiatenprogramm „d.eu.tsch“, das Hochschulabsolventen aus Südeuropa bei ihrem Berufseinstieg in Deutschland unterstützen soll. Im Jahr 2016 wurde das Programm bereits zum zweiten Mal erfolgreich durchgeführt.

Anlässlich des 150-jährigen Bestehens von HSBC im Jahr 2015 entschied sich HSBC für eine zusätzliche Großspende an gemeinnützige Organisationen weltweit. Mit einer Gesamtsumme von weltweit 150 Mio. US-Dollar möchte HSBC über die Dauer von drei Jahren die wertvolle Arbeit unterstützen, die die Organisationen für die Gesellschaft leisten – so auch in Deutschland. Nach einer internen Abstimmung unter den Mitarbeitern wurden mit „Bildung und Jugend“, „Umwelt- und Naturschutz“ sowie „Medizin und Forschung“ drei Themenfelder identifiziert und bundesweit tätige Organisationen ausgewählt. In Deutschland unterstützen wir mit dieser Jubiläumsspende die Arbeit von „Die Arche e.V.“, „Deutsches Kinderhilfswerk e.V.“, „Deutscher Kinderschutzbund e.V.“, „WWF Deutschland“ und „DKMS“ (ehemals „Deutsche Knochenmarkspenderdatei“).

Reporting

Einmal im Jahr veröffentlicht die HSBC-Gruppe ihre gesamten Sustainability-Aktivitäten im Rahmen des Strategic Reports gemeinsam mit dem Geschäftsbericht der HSBC-Gruppe unter www.hsbc.com. Unser Haus hat sich zur Einhaltung der folgenden Initiativen freiwillig verpflichtet:

- Carbon Disclosure Project
- Charta der Vielfalt
- Green Bond Principles
- Institutional Investors Group on Climate Change
- UN Environmental Programme Finance Initiative
- UN Global Compact
- UN Principles of Sustainable Insurance
- UN Principles of Responsible Investment

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Zahl der Mitarbeiter und Pensionäre

Zum Jahresende 2016 beschäftigten wir 1.948 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; damit stieg die Anzahl unserer Beschäftigten von 1.946 am Ende des vorherigen Jahres

um 0,1 %. Zudem betreute unser Personalbereich 538 Pensionäre, Witwen und Waisen gegenüber 535 am Vorjahresende.

Ausbildungsaktivitäten

Insgesamt 28 Auszubildende beziehungsweise duale Studenten befinden sich aktuell in unserem Konzern. Davon qualifizieren sich 16 hoch motivierte Auszubildende innerhalb unseres Hauses in dem Beruf Kauffrau/-mann für Büromanagement. Parallel zu ihrer zweijährigen Berufsausbildung absolvieren drei Kaufleute für Büromanagement ein ausbildungsbegleitendes Studium an der Hochschule für Oekonomie & Management (FOM) zum Bachelor of Arts „Business Administration“.

Darüber hinaus begleitet der Konzern zwölf duale Studenten im Rahmen ihres Studiengangs zum Bachelor of Arts „Banking & Finance“. Das praxisintegrierte duale Studium findet ebenfalls an der Hochschule für Oekonomie & Management (FOM) statt.

Wir sind stolz darauf, dass auch in diesem Jahr insgesamt neun (ehemalige) Auszubildende im HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben. Durch die teilweise sehr guten Leistungen, die in der diesjährigen Abschlussprüfung erzielt werden konnten, sind wir nunmehr zum zehnten Mal in Folge für unsere herausragenden Leistungen im Rahmen der Berufsausbildung seitens der IHK Düsseldorf ausgezeichnet worden.

Fortbildung

Die fachliche und soziale Kompetenz, das Handeln in Einklang mit den Werten der Bank sowie das besondere Engagement unserer Mitarbeiter sehen wir als entscheidenden Wettbewerbsvorteil. Durch eine zielgerichtete Personalentwicklung sind wir bei der Beratung unserer Kunden in der Lage, stets eine hohe Expertise und einen qualitativ hochwertigen Service anzubieten. Die einzelnen Weiterbildungsmaßnahmen für unsere Mitarbeiter werden auf den jeweiligen konkreten Bedarf abgestimmt und im Vorfeld durch eine genaue Analyse entwickelt. Wir arbeiten mit ausgewählten Trainern zusammen, die den besonderen Anspruch unseres Hauses kennen und mit ihrer exzellenten Qualifikation eine erfolgreiche Durchführung sowie bedarfsgerechte Vor- und Nachbereitung der Maßnahmen garantieren. Eine Förderung unserer Mitarbeiter erfolgt durch individuelle Fortbildungen zu fach- und produktspezifischen Themen sowie unterschiedliche Maßnahmen zur Weiterentwicklung überfachlicher Kompetenzen.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf unsere Führungskräfte, die durch individuelle Entwicklungsprogramme und Coachings in ihrer speziellen Führungsaufgabe ausgebildet, gefördert und weiterentwickelt werden.

Nach wie vor hohe Priorität haben im Rahmen der Personalentwicklung zudem die Förderung berufsbegleitender Bachelor- und Master-Studiengänge sowie ausgewählte Spezialausbildungen. Kompetente Partner für diese Maßnahmen sind seit Jahren unter anderem die Frankfurt School of Finance & Management, die Deutsche Vereinigung für Finanzanalyse und Asset Management (DVFA), das CFA Institute sowie spezialisierte Anbieter, freie Trainer und Hochschulen. Erstmals seit 2016 bieten wir unseren Mitarbeitern in Kooperation mit der renommierten US-amerikanischen Association of Certified Anti-Money Laundering Specialists die gleichnamige Zertifikation zum Anti-Geldwäsche-Spezialisten an. Zusätzlich runden ein breit gefächertes Angebot an PC- und IT-Schulungen sowie Fremdsprachentrainings (unter anderem auch zur Vorbereitung auf Auslandseinsätze) unsere Weiterbildungsaktivitäten ab.

Vergütungsbericht

Grundzüge des Vergütungssystems

Vergütungsrechtlich hat die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG als Kreditinstitut neben den aktienrechtlichen Bestimmungen und den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex vor allem die Regelungen der Instituts-Vergütungsverordnung (InstitutsVergVO) des Bundesministeriums der Finanzen zu beachten. Gemäß § 17 InstitutsVergVO in der Fassung vom 16. Dezember 2013 ist die Bank seit dem Jahr 2014 als bedeutendes Institut einzustufen. Da die Bank Wertpapierdienstleistungen und -nebdienstleistungen erbringt, sind vom Institut vergütungsrechtlich außerdem die Vorgaben von BT 8 des BaFin-Rundschreibens 4/2010 (WA) über die Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion (MaComp) zu beachten.

Die Vergütungspolitik wird zum einen durch den Vorstand und zum anderen durch den Aufsichtsrat unter Beachtung der gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen festgelegt; in die Vorbereitung wird der Compliance-Bereich ordnungsgemäß einbezogen. Der für Vergütungsfragen vom Aufsichtsrat gebildete Personal- und Vergütungskontrollausschuss besteht aus fünf Mitgliedern des Aufsichtsrats. Dabei handelt es sich derzeit um den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, zwei Arbeitnehmervertreter sowie zwei Vertreter der Mehrheitsgesellschafterin.

Im Jahr 2016 wurden vier Ausschusssitzungen abgehalten, an denen neben den Mitgliedern des Vorstands auch der gemäß § 23 InstitutsVergVO zu bestellende Vergütungsbeauftragte teilgenommen hat. Im Rahmen der Sitzungen wurden die Richtlinien der Vergütungspolitik und hier insbesondere die angemessene Ausgestaltung der Vergütungssysteme und ihrer Parameter regelmäßig mit den Vorständen der Gesellschaft diskutiert. Im Hinblick auf die Höhe der festen und variablen Vergütungen wurden zudem externe Beratungsdienstleistungen in Anspruch genommen, vornehmlich, um Marktgerechtigkeit und Wettbewerbsfähigkeit bei der Ausgestaltung der Vergütung sowie die Einhaltung der regulatorischen Vorgaben gewährleisten zu können.

Die Gesamthöhe der variablen Vergütung an Vorstände und Mitarbeiter der Gesellschaft richtet sich nach dem zur Verfügung stehenden Bonuspool, der durch ein einheitliches, transparentes und formalisiertes Verfahren bestimmt wird. Maßgebend ist dabei eine ausgeglichene Balance zwischen der Tragfähigkeit für die Gesellschaft einerseits und der Wettbewerbsfähigkeit bei der individuellen Vergütung andererseits, wobei im Hinblick auf die letztere eine nachhaltige Performance, eine hohe Kundenzufriedenheit sowie einwandfreies und teamfähiges Verhalten besonders honoriert werden. Die Details sind in der durch den Vorstand und Aufsichtsrat verabschiedeten Richtlinie über die Festsetzung des Gesamtbetrags der variablen Vergütungen festgelegt.

Die individuelle variable Vergütung steht in einem angemessenen Verhältnis zur Festvergütung, wobei die von der Hauptversammlung am 3. Juni 2014 unter Beachtung der Vorschriften des § 6 Abs. 1 der InstitutsVergVO sowie § 25 a Abs. 5 KWG beschlossene Höchstgrenze des Zweifachen der Festvergütung in keinem Fall überschritten wird.

Als bedeutendes Institut hat die Bank gemäß § 18 Abs. 2 InstitutsVergVO diejenigen Personen identifiziert, deren Tätigkeiten einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoportfolio der Bank haben (Material Risk Taker). Für diese Personen gelten gemäß § 18 Abs. 1 i. V. m. § 20 InstitutsVergVO besondere Vergütungsvorschriften, die in einem separaten „Leitfaden für Material Risk Taker“ umgesetzt wurden und sich auf die Auszahlung der variablen Vergütung auswirken. Die für Material Risk Taker geltenden Regelungen, die sowohl den Vorstand als auch die entsprechend identifizierten Mitarbeiter betreffen, werden daher im Folgenden in einem separaten Abschnitt dargestellt.

Soweit den Vorstandsmitgliedern oder den Mitarbeitern Teile der variablen Vergütung erst in den Folgejahren ausgezahlt werden, unterliegen diese Vergütungsbestandteile konzernweit einheitlichen und formalisierten Malus-Regelungen. Demnach können diese variablen Vergütungen insbesondere dann ganz oder teilweise einbehalten werden, wenn sich der ursprünglich

honorierter Ergebnisbeitrag nicht als nachhaltig erweist oder das Verhalten des Begünstigten im Nachhinein zu beanstanden ist. Außerdem ist die Bank berechtigt, die Barauszahlung und die Übertragung der Aktien der HSBC Holdings plc ganz oder teilweise zu unterlassen, falls zum Zeitpunkt der Auszahlung keine ausreichende Eigenkapitalausstattung besteht oder falls die zuständige Aufsichtsbehörde dies anordnet.

Darüber hinaus regelt das „Consequence Management“ den Prozess zur Behandlung von Verstößen gegen gesetzliche Vorschriften, Richtlinien der HSBC-Gruppe sowie allgemeine Verhaltensgrundsätze im Arbeitsleben, die von den Vorständen beziehungsweise Mitarbeitern zu beachten sind. Eine Nichteinhaltung kann unter anderem die Reduzierung beziehungsweise den Entfall von Bonifikationen zur Folge haben.

Vergütung der Gremien

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands ist in individuellen Tätigkeitsverträgen geregelt, welche die Bank, vertreten durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, mit den einzelnen Vorständen abschließt.

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands besteht aus einer Festvergütung und einer variablen Vergütung. Bestandteil der Festvergütung ist eine an die Funktion als Vorstand gebundene Zulage, die gewährt wird, um in Ansehung der aktuellen gesetzlichen Vorgaben auch weiterhin eine marktgerechte und angemessene Vergütung zu gewährleisten. Daneben ist jedem Mitglied des Vorstands eine individuelle Pensionszusage erteilt worden.

Die Festsetzung sowohl der Höhe der Festvergütung als auch der Höhe der jährlichen variablen Vergütung der Vorstände erfolgt durch den Aufsichtsrat in einem formalisierten und nachvollziehbaren Prozess, der durch den Personal- und Vergütungskontrollausschuss vorbereitet und überwacht wird.

Zur Gewährleistung der Risikoorientierung der Vergütung wird der variable Bestandteil in eine Barkomponente und in eine (vorläufige) Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc aufgeteilt. Die Aufteilung der variablen Vergütung berücksichtigt zum einen die Vorgaben des KWG und der InstitutsVergVO und erfolgt zum anderen nach den konzerneinheitlichen Regelungen der HSBC-Gruppe.

Gemäß § 18 InstitutsVergVO in Verbindung mit Artikel 3 der delegierten Verordnung (EU) Nr. 604/2014 sind alle Vorstandsmitglieder als Material Risk Taker einzustufen. Darüber hinaus wurden alle Vorstände von der HSBC-Gruppe als „Group Material Risk Taker“ eingestuft, wovon drei Vorstandsmitglieder zugleich als „Risk Manager Material Risk Taker“ klassifiziert wurden.

Ein Vorstandsmitglied wurde von der HSBC-Gruppe zudem als Identified Staff (Alternative Investment Funds Manager, AIFM) eingestuft, sodass bei diesem Teile der variablen Vergütung in Instrumenten von der Wertentwicklung sogenannter Notional AIF-Einheiten (Fondsanteile) abhängen.

Bezüglich der jeweiligen Vorgaben zur Festlegung und Auszahlung der variablen Vergütungen wird auf den Abschnitt „Besondere Regelungen für Material Risk Taker“ verwiesen.

Angaben zur Höhe und Zusammensetzung der Bezüge der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder:

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 5. Juni 2012 unterbleiben die Angaben nach § 314 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe a Satz 5 bis 8 HGB zur individualisierten Offenlegung der Vorstandsvergütung.

Die Summe der Festbezüge aller Vorstandsmitglieder im Jahr 2016 lag unter Berücksichtigung der Änderungen in der Zusammensetzung des Vorstands mit 4.135,1 Tsd. Euro leicht unter dem Vorjahr (4.341,6 Tsd. Euro). Der variable Anteil der Vergütung betrug 4.330,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 4.431,4 Tsd. Euro). Für das Geschäftsjahr 2016 wurden allen Vorstandsmitgliedern 2.165,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.215,7 Tsd. Euro) in Form von Aktien und 2.165,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.215,7 Tsd. Euro) in bar zugesagt. In den variablen Vergütungen des Vorstands für das Geschäftsjahr 2016 ist ein langfristiger Vergütungsanteil in Höhe von 2.598,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.658,8 Tsd. Euro) enthalten, davon entfallen 1.299,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.329,4 Tsd. Euro) auf die variable Vergütung in bar und 1.299,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.329,4 Tsd. Euro) auf die variable Vergütung in Aktien der HSBC Holdings plc. oder in Notional AIF-Einheiten (Fondsanteile).

Die sonstigen Bezüge in Höhe von 83,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 75,7 Tsd. Euro) bestehen im Wesentlichen aus Vergütungen für Dienstwagennutzung, Versicherungsbeiträgen sowie sonstigen geldwerten Vorteilen, die individuell zu versteuern sind. Sie sind erfolgsunabhängig.

Für die Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbleibende bestehen Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach HGB in Höhe von 9,4 Mio. Euro (Vorjahr: 8,7 Mio. Euro).

Abfindungen für Vorstände und Material Risk Taker wurden im Jahr 2016 in Höhe von 0,5 Mio. Euro (Vorjahr: 5,0 Mio. Euro) gewährt.

Die Vergütung für Mitglieder des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt. Jedes Aufsichtsratsmitglied erhält danach eine Festvergütung von 50.000 Euro. Der Vorsitzende erhält das Zweieinhalbfache, der Stellvertreter das Zweifache dieser Vergütung. Der Vorsitzende eines Ausschusses des Aufsichtsrats erhält das Zweifache, Mitglieder eines Ausschusses erhalten je das Eineinhalbfache der vorgenannten Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds, sofern der jeweilige Ausschuss mindestens einmal im Geschäftsjahr tätig geworden ist. Übt ein Mitglied des Aufsichtsrats mehrere Ämter aus, erhält es nur eine Vergütung für das am höchsten vergütete Amt. Bei einer nicht das gesamte Geschäftsjahr umfassenden Mitgliedschaft im Aufsichtsrat oder in einem Ausschuss erfolgt eine zeitanteilige Reduzierung der Vergütung.

Für das Geschäftsjahr 2016 betragen die Bezüge des Aufsichtsrats 1.238.971,92 Euro (Vorjahr: 1.188.750,00 Euro). Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten Vergütungen in Höhe von 420.037,50 Euro (Vorjahr: 440.550,00 Euro). Darüber hinaus sind im Geschäftsjahr an ein (Vorjahr: zwei) Mitglied des Aufsichtsrats Entgelte für erbrachte Beratungsleistungen bezahlt worden; diese beliefen sich insgesamt auf 119.000,00 Euro (Vorjahr: 157.675,00 Euro). Für Aufsichtsratsmitglieder bestehen keine gesonderten Pensionsverpflichtungen. Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmervertretern sowie für die ehemaligen persönlich haftenden Gesellschafter der Bank gelten die allgemeinen Regeln für Mitarbeiter beziehungsweise ehemalige persönlich haftende Gesellschafter.

An ehemalige persönlich haftende Gesellschafter der HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA und der Trinkaus & Burkhardt KG als Rechtsvorgängerinnen der HSBC

Trinkaus & Burkhardt AG und ihre Hinterbleibenden sowie an ehemalige Vorstände der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG wurden Bezüge in Höhe von 5,2 Mio. Euro (Vorjahr: 8,9 Mio. Euro) gezahlt. Für diesen Personenkreis bestehen Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach HGB in Höhe von 39,8 Mio. Euro (Vorjahr: 41,3 Mio. Euro).

Im Verlauf des Geschäftsjahres hat kein Vorstandsmitglied Aktien der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG erworben. Bezugsrechte oder sonstige aktienbasierte Vergütungen in eigenen Aktien wurden nicht gewährt. Den Mitgliedern des Vorstands wurden im Geschäftsjahr keine Mietbürgschaften und Kredite gewährt. Zwei Mietbürgschaften in Höhe von 28,6 Tsd. Euro sowie der Dispositionskredit in Höhe von 82,6 Tsd. Euro aus dem Vorjahr wurden im Geschäftsjahr zurückgeführt. Zum Bilanzstichtag nahm ein Mitglied des Aufsichtsrats einen Kontokorrentkredit in Höhe von 50,0 Tsd. Euro mit einem Zinssatz von 4,8 % in Anspruch (Vorjahr: keine Inanspruchnahme).

Haftungsverhältnisse gegenüber Dritten zugunsten von Organmitgliedern bestanden nur im Rahmen der im Anhang dargestellten Form.

Vergütung der Mitarbeiter

Die Bank verfolgt im Sinne der §§ 5, 6 Abs. 1 der InstitutsVergVO sowie § 25 a Abs. 5 KWG eine langfristig orientierte Vergütungsstrategie, die im Einklang mit den Zielen, den Werten und der Strategie der Bank steht. Die marktgerechte, leistungsorientierte Vergütung sowohl im tariflichen als auch im außertariflichen Bereich ist für die Mitarbeitermotivation von großer Bedeutung. In diesem Zusammenhang spielen langfristig orientierte Vergütungsbestandteile, die im Einklang mit den Zielen und der Strategie der Bank stehen, eine wichtige Rolle. Die Vergütung der Mitarbeiter ist so ausgestaltet, dass sie keine Anreize zum Eingehen von unverhältnismäßigen Risiken setzt. Dazu trägt insbesondere auch der im Marktvergleich angemessen hohe Anteil der festen Gehaltszahlungen an der Gesamtvergütung bei. Um in Ansehung der aktuellen gesetzlichen Vorgaben auch nach wie vor eine marktgerechte und angemessene Vergütung der Mitarbeiter zu gewährleisten, werden in Einzelfällen funktionsgebundene Zulagen gewährt, die den fixen Vergütungsbestandteil erhöhen. Diese Zulagen führen nicht zu erhöhten Aufwendungen in der betrieblichen Altersvorsorge für die Bank.

Das Vergütungssystem für die Mitarbeiter wird vom Vorstand mit Zustimmung des Personal- und Vergütungskontrollausschusses festgelegt. Die entsprechenden Regelungen gelten einheitlich für alle Geschäftsbereiche und Tochtergesellschaften. Im Hinblick auf die Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH ist insoweit zu berücksichtigen, dass diese zusätzlich die bestehenden Sondervorschriften der AIFM-Richtlinie einzuhalten hat.

Die Vergütung für die Mitarbeiter im Tarifbereich ist durch die Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken geregelt.

Durch einmalige freiwillige Sonderzahlungen („Positive Adjustments“) sollen einzelne Mitarbeiter, die besonders positive Verhaltensweisen zeigen und damit die Werte von HSBC Deutschland auf hervorragende Weise leben und fördern und/oder herausragende Beispiele und Vorbilder für andere Mitarbeiter darstellen, belohnt werden. Die Positive Adjustments werden durch den Vorstand basierend auf begründeten Vorschlägen festgelegt.

Außertarifliche Mitarbeiter können – neben einem Festgehalt, das jährlich überprüft wird – eine performance- und verhaltensbezogene variable Vergütung erhalten. Die Festsetzung der Höhe der jährlichen variablen Vergütung erfolgt entsprechend den in der „Richtlinie über die Festsetzung des Gesamtbetrags der variablen Vergütungen“ definierten Grundsätzen und Kriterien in einem formalisierten und nachvollziehbaren Prozess. Gemäß den Vorgaben der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats erfolgt die Festlegung der festen und variablen Vergütungen der Mitarbeiter unterhalb der Vorstandsebene, die zu den 15 höchstbezahlten Angestellten des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns gehören, mit Zustimmung des Personal- und Vergütungskontrollausschusses.

Die variable Vergütung wird durch den Vorstand unter Berücksichtigung der quantitativen und qualitativen Leistungen der Mitarbeiter, ihres Verhaltens und unter Berücksichtigung der angemessenen wirtschaftlichen Aspekte auf der Basis von Vorschlägen der Bereichsleiter festgelegt. Bei der Bewertung der Leistungen werden insbesondere auch deren Nachhaltigkeit und die Kundenzufriedenheit gewürdigt. Die Beurteilung des Verhaltens der Mitarbeiter erfolgt nach festgelegten Kriterien, wobei eingegangene Risiken, die Beachtung von Compliance-Vorschriften sowie der übrigen Verhaltensregeln und hier insbesondere die Einhaltung von Werten der HSBC-Gruppe Berücksichtigung finden.

Unter Beachtung der Vorgaben von BT 8 „Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion“ (MaComp) und in Anlehnung an die Grundsätze der HSBC-Gruppe zur Gewährung von variablen Vergütungen kommen diese vollständig in bar oder zum Teil in bar und zum Teil in der (vorläufigen) Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc zur Auszahlung. Dabei ist vorgesehen, dass die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2016 bis zu einer Höhe des Euro-Gegenwerts von 75 Tsd. US-Dollar im Februar/März 2017 vollständig in bar ausbezahlt wird. Wenn dieser Betrag überschritten wird, wird die gesamte variable Vergütung zum einen in Abhängigkeit von ihrer Höhe zwischen 10 % und 50 % in Aktien der HSBC Holdings plc vorläufig gewährt und zum anderen in Bar vergütet. Die Auszahlung der anteiligen Barkomponente findet im März 2017 statt und die Übertragung der Aktien der HSBC Holdings plc erfolgt zu jeweils einem Drittel in den Jahren 2018, 2019 und 2020.

Kursrisiken und -chancen aus den gewährten Aktien im Zeitraum zwischen deren Zuteilung und der Übertragung liegen ausschließlich bei den jeweiligen Mitarbeitern. Dabei ist es den Mitarbeitern untersagt, die mit der Gewährung von Aktien der HSBC Holdings plc beabsichtigte Risikoorientierung der Vergütung durch Absicherungs- oder sonstige Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Die für Material Risk Taker geltenden Regelungen bezüglich der Festlegung und Auszahlung der variablen Vergütung werden im folgenden Abschnitt separat dargestellt.

Besondere Regelungen für Material Risk Taker

Die Festlegung der variablen Vergütung für die Material Risk Taker (sowohl Vorstände als auch Mitarbeiter) erfolgt entsprechend den in der „Richtlinie über die Festsetzung des Gesamtbetrags der variablen Vergütungen“ sowie entsprechend den in dem „Performance Management-Leitfaden“ definierten Grundsätzen und Kriterien in einem formalisierten und nachvollziehbaren Prozess, in dem neben der grundsätzlichen Berücksichtigung der Geschäftsentwicklung der Gesellschaft und des Bereichs jeweils eine Gesamtbeurteilung hinsichtlich der individuellen Leistung – gemessen an quantitativen und qualitativen Kriterien – sowie des regelkonformen Verhaltens der Vorstände und der Mitarbeiter erfolgt. Zur Durchführung eines formellen Performance Managements sowie zur Verknüpfung der Performance und des Verhaltens der Material Risk Taker (sowie relevanter Personen gemäß BT 8 MaComp und von Mitarbeitern im Front-Office) mit der variablen Vergütung wurde im Hinblick auf § 14 InstitutsVergVO (sowie BT 8 MaComp) eine Regelung mit dem Betriebsrat getroffen. Die Ergebnisse der Beurteilungen (Ratings) haben demnach unmittelbare Auswirkung auf die Festlegung der variablen Vergütung dieser Personengruppen.

Abweichend von den zuvor genannten allgemeinen Vorschriften zur variablen Vergütung besteht entsprechend der Vorgaben der InstitutsVergVO die gesamte variable Vergütung der Material Risk Taker grundsätzlich – soweit sie mindestens 50,0 Tsd. Euro beträgt – je zur Hälfte aus einer Barauszahlung und einer (vorläufigen) Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc. Abweichend hiervon werden bei einer Einstufung als AIFM Identified Staff 40 % des aufgeschobenen Anteils an Instrumenten in Aktien der HSBC Holdings plc. zugeteilt und 10 % in Notional AIF-Einheiten (Fondsanteile) investiert.

Die variablen Vergütungen werden in Höhe von 60 % im Geschäftsjahr 2017 und in Höhe von 40 % zu jeweils einem Drittel in den nächsten drei Geschäftsjahren, also von 2018 bis 2020, übertragen.

Material Risk Taker, die dem Vorstand oder der ersten Leitungsebene unterhalb des Vorstands angehören oder Geschäftsführer einer als „wesentlicher Geschäftsbereich“ eingestuften Tochtergesellschaft sind oder die von der HSBC-Gruppe als „Group Material Risk Taker“ eingestuft wurden und deren variable Vergütung 750.000 US-Dollar übersteigt, erhalten 40 % der Vergütung im Geschäftsjahr 2017. Der verbleibende Anteil wird zu jeweils einem Drittel in den nächsten drei Geschäftsjahren, also von 2018 bis 2020, übertragen.

Bei „Group Material Risk Takern“, die zugleich als sogenannte „Risk Manager Material Risk Taker“ eingestuft werden, erfolgt die Übertragung der aufgeschobenen variablen Vergütung über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren zu jeweils gleichen Teilen.

Für die Aktien der HSBC Holdings plc beziehungsweise die Notional AIF-Einheiten (Fondsanteile) ist bei allen (Group) Material Risk Takern jeweils eine zusätzliche Halteperiode von sechs Monaten ab der Übertragung vorgeschrieben.

Kursrisiken und -chancen aus den gewährten Aktien im Zeitraum zwischen deren Zuteilung und dem Ende der sechsmonatigen Halteperiode liegen ausschließlich bei den jeweiligen Material Risk Takern. Dabei ist es den Material Risk Takern untersagt, die mit der Gewährung der variablen Vergütung beabsichtigte Risikoorientierung der Vergütung durch Absicherungs- oder sonstige Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Die Bank hat sich vorbehalten, die variable Vergütung von Group Material Risk Takern innerhalb von sieben Jahren nach ihrer vorläufigen Gewährung ganz oder teilweise zurückzufordern, wenn die Erfolgsbeiträge oder das Verhalten des betreffenden Group Material Risk Takers im Nachhinein im vorstehenden Sinne zu beanstanden sind.

Quantitative Angaben zu den Vergütungen

Nachfolgend sind die wichtigsten quantitativen Angaben zu den Vergütungen für den Vorstand und die Material Risk Taker basierend auf § 16 InstitutsVergVO beziehungsweise auf Art. 450 Abs. 2 VO (EU) Nr. 575 / 2013 zusammenfassend tabellarisch aufgeführt:

31.12.2016	Anzahl Begünstigte Festvergütung	Summe der Festvergütungen (in Mio. €)	Anzahl der Begünstigten der variablen Vergütungen	Summe der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr (in Mio. €)	Davon Summe der variablen Vergütungen in bar (in Mio. €)	Davon Summe der variablen Vergütungen in Instrumenten* (in Mio. €)
Vorstand	5	4,4	4	4,3	2,17	2,17
Material Risk Taker	332	48,1	299	28,1	15,9	12,2

31.12.2015	Anzahl Begünstigte Festvergütung	Summe der Festvergütungen (in Mio. €)	Anzahl der Begünstigten der variablen Vergütungen	Summe der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr (in Mio. €)	Davon Summe der variablen Vergütungen in bar (in Mio. €)	Davon Summe der variablen Vergütungen in Instrumenten* (in Mio. €)
Vorstand	5	4,3	5	4,4	2,2	2,2
Material Risk Taker	332	48,7	302	30,3	16,7	13,6

31.12.2016	Summe der ausstehenden Deferred Compensation (in Mio. €)	Davon bereits erdient (in Mio. €)	Davon noch nicht erdient (in Mio. €)	Im Geschäftsjahr gewährte Deferrals (in Mio. €)	Im Jahr ausgezahlte/ zugeweilte Deferrals (in Mio. €)	Gesamtbetrag der Kürzungen von Deferrals (in Mio. €)
Vorstand	9,1	0,0	9,1	2,6	4,5	0,0
Material Risk Taker	33,9	0,0	33,9	11,6	8,7	0,0

31.12.2015	Summe der ausstehenden Deferred Compensation (in Mio. €)	Davon bereits erdient (in Mio. €)	Davon noch nicht erdient (in Mio. €)	Im Geschäftsjahr gewährte Deferrals (in Mio. €)	Im Jahr ausgezahlte/ zugeweilte Deferrals (in Mio. €)	Gesamtbetrag der Kürzungen von Deferrals (in Mio. €)
Vorstand	9,3	0,0	9,3	3,0	3,5	0,0
Material Risk Taker	32,8	0,0	32,8	12,9	7,6	0,0

* Aktien der HSBC Holdings plc oder „Notional AIF-Einheiten“

Im Jahr 2016 wurden wie im Vorjahr keine Neueinstellungsprämien gezahlt.

	Im Geschäftsjahr gezahlte Abfindungen (in Mio. €)	Anzahl Begünstigte der gezahlten Abfindungen	Im Geschäftsjahr gewährte Abfindungen (in Mio. €)	Anzahl Begünstigte der gewährten Abfindungen
31.12.2016				
Vorstand/Material Risk Taker*	1,3	13	0,5	5

* Zahlungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses wurden aus Vertraulichkeitsgründen wegen der geringen Mitarbeiteranzahl gesamthaft für den Konzern ausgewiesen.

	Im Geschäftsjahr gezahlte Abfindungen (in Mio. €)	Anzahl Begünstigte der gezahlten Abfindungen	Im Geschäftsjahr gewährte Abfindungen (in Mio. €)	Anzahl Begünstigte der gewährten Abfindungen
31.12.2015				
Vorstand/Material Risk Taker*	4,1	3	5,0	13

* Zahlungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses wurden aus Vertraulichkeitsgründen wegen der geringen Mitarbeiteranzahl gesamthaft für den Konzern ausgewiesen.

In der Berichtsperiode wurden 5 Personen (Vorjahr: 5 Personen) Vergütungen in Bezug auf das Geschäftsjahr 2016 vorläufig gewährt, die zwischen 1,0 Mio. und 1,5 Mio. Euro liegen, 2 Personen (Vorjahr: 4 Personen)

zwischen 1,5 Mio. und 2,0 Mio. Euro, 1 Person (Vorjahr: 1 Person) zwischen 2,0 Mio. und 2,5 Mio. Euro und 1 Person (Vorjahr: 1 Person) zwischen 2,5 Mio. und 3,0 Mio. Euro.

Der Gesamtbetrag aller im HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern im Jahr 2016 gezahlten Festvergütungen einschließlich der Festvergütung für den Vorstand betrug 205,5 Mio. Euro (Vorjahr: 199,9 Mio. Euro). Im Jahr 2017 haben 1.671 Personen (Vorjahr: 1.609 Personen) variable

Vergütungen für das Geschäftsjahr 2016 in Höhe von insgesamt 56,0 Mio. Euro (Vorjahr: 58,2 Mio. Euro) zugesagt bekommen. In diesem Betrag sind die variablen Vergütungen für den Vorstand enthalten. Der Gesamtbetrag verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Bereiche:

	Summe der Festvergütungen (in Mio. €)	Summe der variablen Vergütungen für das Geschäftsjahr (in Mio. €)	Anzahl der Mitarbeiter mit variablen Vergütungsbe- standteilen
31.12.2016			
Global Banking & Markets und Commercial Banking	117,7	42,2	940
Private Banking und Asset Management	21,4	5,2	162
Functions und HTS	66,4	8,6	569

	Summe der Festvergütungen (in Mio. €)	Summe der variablen Vergütungen für das Geschäftsjahr (in Mio. €)	Anzahl der Mitarbeiter mit variablen Vergütungsbe- standteilen
31.12.2015			
Global Banking & Markets und Commercial Banking	114,4	43,0	915
Private Banking und Asset Management	22,3	6,1	162
Functions und HTS	63,2	9,1	532

Dank

Der Erfolg der Bank basiert nach wie vor auf dem besonderen Engagement und der bemerkenswerten Leistungsfähigkeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dafür sprechen wir ihnen unseren herzlichen Dank aus.

Außerdem danken wir dem Betriebsrat und den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat für ihre wiederum konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit im vergangenen Geschäftsjahr.

Erklärung zur Unternehmensführung

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Bank haben die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Erklärung zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ abgegeben sowie einen Bericht über Corporate Governance erstellt

und beide Dokumente der Öffentlichkeit dauerhaft auf der Homepage der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG (Internet-Link: <http://www.about.hsbc.de/de-de/investor-relations/corporate-governance>) zugänglich gemacht.

Abschluss nach HGB

Jahresbilanz der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

zum 31. Dezember 2016

Aktiva				31.12.2016	31.12.2015
	in €	in €	in €	in €	in Tsd. €
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			1.576.961,75		1.371
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			1.105.704.113,77		688.889
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	1.105.704.113,77				(688.889)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00		
				1.107.281.075,52	690.260
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
b) Wechsel			0,00		0
				0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			453.994.869,45		503.674
b) andere Forderungen			111.769.618,40		552.595
				565.764.487,85	1.056.269
4. Forderungen an Kunden				8.466.922.926,60	7.777.015
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	119.559.236,01				(29.947)
Kommunalkredite	248.686.838,90				(256.608)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
ab) von anderen Emittenten		0,00			0
			0,00		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		2.802.082.242,83			2.933.646
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.773.015.366,96				(2.845.264)
bb) von anderen Emittenten		1.400.432.814,94			1.634.048
			4.202.515.057,77		4.567.694
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.166.909.912,72				(1.370.029)
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00		0
Nennbetrag	0,00				(0)
				4.202.515.057,77	4.567.694

Aktiva				31.12.2016	31.12.2015
	in €	in €	in €	in €	in Tsd. €
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				565.630.431,85	569.250
6a. Handelsbestand				7.306.728.865,58	6.170.842
7. Beteiligungen				47.516.969,99	50.585
darunter: an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	34.548.136,42				(35.334)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				168.253.713,80	168.256
darunter: an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	5.002.428,63				(5.002)
9. Treuhandvermögen				111.983.177,19	126.686
darunter: Treuhandkredite	0,00				(375)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			2.416.923,00		2.405
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			0,00		0
				2.416.923,00	2.405
12. Sachanlagen				35.567.095,68	38.644
13. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital				0,00	0
darunter: eingefordert	0,00				(0)
14. Sonstige Vermögensgegenstände				60.974.104,93	112.426
15. Rechnungsabgrenzungsposten				5.160.562,09	7.049
16. Aktive latente Steuern				70.271.646,65	63.970
17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung				30.365.807,24	25.367
18. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag				0,00	0
Summe der Aktiva				22.747.352.845,74	21.426.718

Passiva				31.12.2016	31.12.2015
	in €	in €	in €	in €	in Tsd. €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			312.429.842,52		282.260
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			1.060.134.526,70		166.529
				1.372.564.369,22	448.789
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		3.599.382,70			62.819
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		1.852,50			961
			3.601.235,20		63.780
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		11.685.164.141,17			11.335.598
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.660.536.473,54			1.492.818
			13.345.700.614,71		12.828.416
				13.349.301.849,91	12.892.196
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			14.000.450,00		18.000
darunter: eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf	14.000.450,00				(18.000)
				14.000.450,00	18.000
3a. Handelsbestand				4.987.302.889,42	5.317.719
4. Treuhandverbindlichkeiten				111.983.177,19	126.686
darunter: Treuhandkredite	0,00				(375)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				55.595.743,71	80.166
6. Rechnungsabgrenzungsposten				24.269.605,71	30.428
6a. Passive latente Steuern				0,00	0
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			8.295.061,06		5.791
b) Steuerrückstellungen			50.019.170,84		44.077
c) andere Rückstellungen			171.663.538,00		145.155
				229.977.769,90	195.023
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				568.656.942,55	353.311

Passiva				31.12.2016	31.12.2015
	in €	in €	in €	in €	in Tsd. €
10. Genusssrechtskapital				104.884.700,00	104.885
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	11.000.000,00				(11.000)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				70.800.000,00	70.800
12. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital	91.423.896,95		91.423.896,95		91.424
– bedingtes Kapital –	45.711.948,47				(45.712)
b) Kapitalrücklage			720.941.318,68		720.941
c) Gewinnrücklagen					
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		0,00			0
cd) andere Gewinnrücklagen		888.630.000,00			866.630
			888.630.000,00		866.630
d) Bilanzgewinn			157.020.132,50		109.720
				1.858.015.348,13	1.788.715
Summe der Passiva				22.747.352.845,74	21.426.718
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen			2.373.823.555,69		2.271.129
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			0,00		0
				2.373.823.555,69	2.271.129
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			9.367.801.380,77		8.778.590
				9.367.801.380,77	8.778.590

Gewinn- und Verlustrechnung der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016

	in €	in €	in €	31.12.2016 in €	31.12.2015 in Tsd. €
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		203.828.757,15			188.187
davon: negative Zinserträge	10.358.227,19				(2.879)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		64.072.654,14			73.515
davon: negative Zinserträge	1.135.944,00				(94)
			267.901.411,29		261.702
2. Zinsaufwendungen			57.635.229,54		82.538
davon: negative Zinsaufwendungen	16.733.191,73				(1.671)
				210.266.181,75	179.164
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht fest- verzinslichen Wertpapieren			17.430.314,00		22.955
b) Beteiligungen			1.481.237,28		1.918
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			1.918.594,23		1.667
				20.830.145,51	26.540
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				40.615.921,83	32.177
5. Provisionserträge			521.735.776,74		507.501
6. Provisionsaufwendungen			213.725.911,43		232.077
				308.009.865,31	275.424
7. Nettoertrag des Handelsbestands				82.166.623,90	45.524
davon: Zuführung Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB:	0,00				(7.800)
8. Sonstige betriebliche Erträge				62.264.677,23	50.393
10. Allgemeine Verwaltungsauf- wendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		261.454.308,75			243.027
ab) Soziale Abgaben und Aufwen- dungen für Altersversorgung und für Unterstützung		30.843.992,74			34.657
darunter:			292.298.301,49		277.684
für Altersversorgung	5.426.308,25				(10.501)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			169.104.776,15		138.851
				461.403.077,64	416.535
11. Abschreibungen und Wertberich- tigungen auf immaterielle Anlage- werte und Sachanlagen				14.343.902,88	13.026
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				13.945.219,16	12.337

				31.12.2016	31.12.2015
	in €	in €	in €	in €	in Tsd. €
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00		4.534
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			10.524.235,41		0
				10.524.235,41	4.534
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			2.501.529,77		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			0,00		5.291
				2.501.529,77	5.291
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				0,00	0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				242.483.921,49	168.081
20. Außerordentliche Erträge			0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen			0,00		7.000
22. Außerordentliches Ergebnis				0,00	7.000
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			87.949.242,61		53.828
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			14.546,38		33
				87.963.788,99	53.861
25. Erträge aus Verlustübernahme				0,00	0
26. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne				0,00	0
27. Jahresüberschuss				154.520.132,50	107.220
28. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				2.500.000,00	2.500
				157.020.132,50	109.720
29. Entnahmen aus der Kapitalrücklage				0,00	0
30. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				0,00	0
31. Entnahmen aus Genusssrechtskapital				0,00	0
32. Einstellungen in Gewinnrücklagen				0,00	0
33. Wiederauffüllung des Genusssrechtskapitals				0,00	0
34. Bilanzgewinn				157.020.132,50	109.720

Anhang für das Geschäftsjahr 2016 der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

1. Grundlagen

Der Jahresabschluss der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG zum 31. Dezember 2016 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs – unter Beachtung der rechtsformspezifischen Anforderungen des Aktiengesetzes – in Verbindung mit der für Kreditinstitute erlassenen Rechnungslegungsverordnung aufgestellt.

Die Zahlen in Klammern betreffen das Geschäftsjahr 2015.

Sitz der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG ist Düsseldorf. Die Gesellschaft ist unter der Nummer HRB 54447 im Register des Amtsgerichts Düsseldorf eingetragen.

Der Jahresabschluss der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG wird in den Konzernabschluss der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG einbezogen. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger bekanntgemacht.

Der konsolidierte Abschluss der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG wird in den Konzernabschluss der HSBC Holdings plc, 8 Canada Square, London, E145HQ, Großbritannien, Registernummer 617987, einbezogen. Der Konzernabschluss der HSBC Holdings plc wird beim Handelsregister Großbritannien offengelegt. Am Grundkapital der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG hielt die HSBC Holdings plc Ende 2016 eine mittelbare Beteiligung von 80,7 % (Vorjahr: 80,7 %).

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Es wurden die Bewertungsvorschriften gemäß § 252 ff. HGB angewendet.

2.1 Fremdwährungsumrechnung

Alle auf ausländische Währung lautenden Posten werden unabhängig vom Zeitpunkt ihres Entstehens oder ihrer Fälligkeit mit dem Devisenkassamittelkurs zum Bilanzstichtag umgerechnet. Termingeschäfte werden mit dem Terminkurs umgerechnet.

Bei der Bewertung der fremdwährungsbezogenen Instrumente werden die Vorschriften der besonderen Deckung gemäß § 340 h HGB beachtet. Alle Fremdwährungsrisiken werden im Rahmen der jeweiligen Handelsaktivitäten aktiv gesteuert. Positionen aus Fremdwährungsrisiken werden zentral im Handel verantwortet (Positionsverantwortung), zentral im Bereich Risk Control überwacht und in einer Gesamtposition je Währung handelsunabhängig täglich abgestimmt (zentrale Risikoüberwachung und Positionsabstimmung). Außerhalb des Handels bestehen keine Währungsrisiken.

2.2 Forderungen

Die Forderungen aus dem Bankgeschäft werden grundsätzlich zum Nominalbetrag bilanziert. Agio- und Disagio beträge werden zeitanteilig im Zinsergebnis erfasst.

Die Forderungen werden nach unveränderten Maßstäben bewertet. Entsprechend werden für akute Kreditrisiken Einzelwertberichtigungen und für latente Kreditrisiken Pauschalwertberichtigungen gebildet. Der Buchwert der Forderungen wird um die gebildeten Wertberichtigungen vermindert.

Die Einschätzung des Risikos der Inanspruchnahme aus Eventualforderungen (Bürgschafts- und Akkreditivübernahmen, Wechseldiskontierungen, Kreditzusagen) erfolgt analog der Schätzung des Ausfallrisikos bei Forderungen. Für konkrete Risiken werden in angemessener Höhe Einzel- und Pauschalrückstellungen gebildet. Der Buchwert der Eventualforderungen wird um die gebildeten Wertberichtigungen vermindert.

Die Pauschalwertberichtigungen werden als Produkt aus Buchwert, der Ausfallwahrscheinlichkeit, der individuellen Verlustquote sowie einem Faktor, der die Verzugsdauer im Informationsfluss bewertet, berechnet. Dabei werden im Verfahren zur Ermittlung von Wertberichtigungen und Rückstellungen auf Portfoliobasis Ausfallwahrscheinlichkeiten aus internen Rating-Verfahren abgeleitet. Die internen Verlustquoten werden jeweils gegen relevante Marktdaten validiert.

2.2.1 Bewertungseinheiten

Im Berichtsjahr wurden vier Kredite in eine Bewertungseinheit einbezogen. Forderungen gegenüber Kunden mit einem Marktwert in Höhe von 96,6 Mio. Euro (Vorjahr: 75,9 Mio. Euro) werden durch Zinsswaps innerhalb einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB in Form von Mikro-Hedges abgesichert. Die Forderungen und die Swaps haben Laufzeiten bis längstens 2020 (Vorjahr: 2020).

Im Geschäftsjahr wurden marktzinsinduzierte Schwankungen in Höhe von 1,6 Mio. Euro (Vorjahr: 0,9 Mio. Euro) durch die Swaps kompensiert. Marktwertschwankungen aufgrund von Risiko- oder Liquiditätsspreads sind nicht abgesichert. Die Bank verwendet die Durchbuchungsmethode. Das auf den ineffektiven Teil der Bewertungseinheit entfallende Ergebnis ergibt sich durch Saldierung der Zeitwertänderungen aufgrund des abgesicherten Risikos beim Grund- und Sicherungsinstrument.

Die Bilanzierung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB ist an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft. Diese beziehen sich insbesondere auf die Dokumentation des Sicherungszusammenhangs und die Effektivität der Sicherungsmaßnahme. Zum Zeitpunkt der Bildung der Bewertungseinheit sind die Identifikation des Sicherungs- und Grundgeschäfts, die Kennzeichnung des gesicherten Risikos und die Vorgehensweise zur Überprüfung der Effektivität des Sicherungsgeschäfts zu dokumentieren.

Zur Beurteilung der prospektiven Effektivität des Sicherungsgeschäfts greift die Bank auf ein lineares Regressionsmodell zurück. Das Modell untersucht den linearen Zusammenhang zwischen den kumulierten Wertveränderungen aufgrund des abgesicherten Risikos des

Grundgeschäfts und den kumulierten Wertveränderungen des Sicherungsgeschäfts. Dabei geben das sogenannte Bestimmtheitsmaß (R-Quadrat) Auskunft über die Güte der Regression und die Steigung der Regressionsgeraden (Slope) die Richtung des Zusammenhangs an.

Der Effektivitätsnachweis verlangt, dass für die Sicherungsbeziehung künftig eine hohe Effektivität erwartet werden kann (prospektive Effektivität). Für eine ausreichende Effektivität im Rahmen des prospektiven Tests ist ein R-Quadrat von größer 0,9 und eine Steigung zwischen $-0,9$ und $-1,1$ notwendig.

Im Berichtsjahr erfüllten die Sicherungsgeschäfte zu jedem Monatsende die Erfordernisse des prospektiven Effektivitätstests.

2.3 Wertpapiere

2.3.1 Handelsbestände

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, sofern sie zu Handelszwecken gehalten werden, werden mit dem risikoadjustierten Marktwertansatz bewertet (siehe auch: Abschnitt 2.4 Handelsaktivitäten).

2.3.2 Liquiditätsvorsorgebestand

Die Bewertung der nicht dem Handelsbestand zugeordneten Wertpapiere erfolgt nach dem strengen Niederwertprinzip gemäß § 253 Abs. 3 HGB.

2.3.3 Anlagevermögen

Ein wie Anlagevermögen behandelter Wertpapierbestand wird nicht gehalten.

2.3.4 Bewertungseinheiten

Anleihen des Liquiditätsvorsorgebestands mit einem Marktwert in Höhe von 1.789,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1.987,2 Mio. Euro) werden durch Zinsswaps innerhalb einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB in Form von Mikro-Hedges abgesichert. Die Anleihen und die Swaps haben Laufzeiten bis längstens 2027 (Vorjahr: 2028).

Im Geschäftsjahr wurden marktzinsinduzierte Schwankungen in Höhe von 1,7 Mio. Euro (Vorjahr: 11,8 Mio. Euro) durch die Swaps kompensiert. Marktwertschwankungen aufgrund von Risiko- oder Liquiditätsspreads sind nicht abgesichert. Die Bank verwendet die Durchbuchungsmethode. Das auf den ineffektiven Teil der

Bewertungseinheit entfallende Ergebnis ergibt sich durch Saldierung der Zeitwertänderungen aufgrund des abgesicherten Risikos beim Grund- und Sicherungsinstrument. Sie werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst und belaufen sich zusammen mit den Wertänderungen durch nicht abgedeckte Risiken auf 1,3 Mio. Euro (Vorjahr: 2,2 Mio. Euro). Gewinne über die Anschaffungskosten hinaus bleiben unberücksichtigt.

Die Bilanzierung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB ist an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft. Diese beziehen sich insbesondere auf die Dokumentation des Sicherungszusammenhangs und die Effektivität der Sicherungsmaßnahme. Zum Zeitpunkt der Bildung der Bewertungseinheit sind die Identifikation des Sicherungs- und Grundgeschäfts, die Kennzeichnung des gesicherten Risikos und die Vorgehensweise zur Überprüfung der Effektivität des Sicherungsgeschäfts zu dokumentieren.

Zur Beurteilung der prospektiven Effektivität des Sicherungsgeschäfts greift die Bank auf ein lineares Regressionsmodell zurück. Das Modell untersucht den linearen Zusammenhang zwischen den kumulierten Wertveränderungen aufgrund des abgesicherten Risikos des Grundgeschäfts und den kumulierten Wertveränderungen des Sicherungsgeschäfts. Dabei geben das sogenannte Bestimmtheitsmaß (R-Quadrat) Auskunft über die Güte der Regression und die Steigung der Regressionsgeraden (Slope) die Richtung des Zusammenhangs an.

Der Effektivitätsnachweis verlangt, dass für die Sicherungsbeziehung künftig eine hohe Effektivität erwartet werden kann (prospektive Effektivität). Für eine ausreichende Effektivität im Rahmen des prospektiven Tests ist ein R-Quadrat von größer 0,9 und eine Steigung zwischen $-0,9$ und $-1,1$ notwendig.

Im Berichtsjahr erfüllten die Sicherungsgeschäfte zu jedem Monatsende die Erfordernisse des prospektiven Effektivitätstests.

2.3.5 Wertpapierleihe- und Repogeschäfte

Verleihte Wertpapiere werden analog zu verpensionierten Wertpapieren in der Bilanz als Wertpapiere ausgewiesen. Entliehene Wertpapiere werden analog zu den in Pension genommenen Wertpapieren nicht als Wertpapiere ausgewiesen. Wiedereindeckungsverpflichtungen (Short Sales) werden unter dem passivischen Handels-

bestand ausgewiesen, auch wenn diese Geschäfte durch entliehene oder in Pension genommene Wertpapiere beliefert worden sind.

2.4 Handelsaktivitäten

2.4.1 Ausweis

Die Handelsbestände umfassen Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen sowie Edelmetalle, Termingeschäfte und Derivate, einschließlich Optionsscheine und Zertifikate.

Die positiven und negativen Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs werden in den aktivischen und passivischen Handelsbeständen ausgewiesen.

Im Berichtsjahr wurden die institutsinternen Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand nicht geändert. Es wurden keine Finanzinstrumente des Handelsbestands umgewidmet.

2.4.2 Bewertung

Alle Bestände in den Handelsportfolios werden nach dem risikoadjustierten Marktwertansatz bilanziert.

Alle Finanzinstrumente werden bei Zugang zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Im Zugangszeitpunkt entspricht dieser in der Regel dem Transaktionspreis, das heißt dem beizulegenden Zeitwert der Gegenleistung.

Im Rahmen der Folgebewertung werden öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt zugrunde gelegt. Falls diese nicht verfügbar sind, erfolgt die Bewertung anhand anerkannter Bewertungsmethoden. Es werden überwiegend Standard-Bewertungsmodelle verwendet. Dies sind im Wesentlichen Barwertverfahren und Optionspreismodelle. Für bestimmte komplexe Produkte wurden eigene Bewertungsroutinen entwickelt. Aufgrund des breiten Produktspektrums werden die Bewertungsparameter möglichst differenziert erhoben, zum Beispiel nach Laufzeiten und Basispreisen.

Die sich aus der Marktbewertung ergebenden Werte werden um Wertanpassungen insbesondere für Modellrisiken sowie Liquiditäts- und Kontrahentenrisiken und einen Value at Risk-Abschlag reduziert. Der Value at Risk-Abschlag trägt dem Risiko einer kurzfristigen Markt-

preisveränderung angemessen Rechnung. Der Berechnung liegen eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Konfidenzniveau von 99 % zugrunde. Das Value at Risk-Modell beruht auf einer historischen Simulation der Risikofaktoren über eine Periode von 500 gleich gewichteten Handelstagen. Die Abschläge werden je Portfolio ermittelt und unter dem aktivischen beziehungsweise passivischen Handelsbestand ausgewiesen.

2.5 Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten oder zu dauerhaft niedrigeren Wertansätzen bewertet.

2.6 Sachanlagen

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten aktiviert und – soweit abnutzbar – planmäßig linear abgeschrieben.

Unter den immateriellen Vermögenswerten weist die Bank Standard-Software aus. Eigene Entwicklungsarbeiten im Rahmen von Software-Projekten werden nicht aktiviert. Die Bewertung der immateriellen Vermögenswerte erfolgt zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen. Die planmäßigen Abschreibungen werden linear über die jeweils geschätzte Nutzungsdauer von drei bis zehn Jahren verteilt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis zu einer Höhe von 150,00 Euro werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten in Höhe von 150,01 Euro bis 1.000,00 Euro werden als Sammelposten erfasst und analog zu der steuerlichen Regelung über fünf Jahre abgeschrieben.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen vorgenommen.

Die Abnutzung von Bauten wird durch lineare Abschreibung über einen Zeitraum von 50 Jahren oder über eine voraussichtlich kürzere Restnutzungsdauer berücksichtigt. Mietereinbauten werden linear über die Laufzeit der Mietverträge abgeschrieben.

Bei der Berechnung der Abschreibung für die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird eine steuerlich akzeptierte Nutzungsdauer zugrunde gelegt.

2.7 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag passiviert. Sofern ein Disagio beziehungsweise ein Agio vereinbart ist, wird dieses als aktiver beziehungsweise passiver Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert und zeitanteilig im Zinsergebnis erfasst. Unverzinsliche Verbindlichkeiten, zum Beispiel Null-Kupon-Schuldscheindarlehen, werden mit der Emissionsrendite auf den Bilanzstichtag aufgezinst.

2.7.1 Bewertungseinheiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit einem Nominalwert in Höhe von 16,9 Mio. Euro (Vorjahr: 66,8 Mio. Euro) enthalten FX-Optionen, die durch Optionen innerhalb einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB in Form von Mikro-Hedges abgesichert werden. Die Verbindlichkeiten und Optionen haben Laufzeiten von maximal einem Jahr.

Zum Stichtag wurden fremdwährungsinduzierte Schwankungen in Höhe von 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro) durch die Optionen kompensiert. Die Bank verwendet die Durchbuchungsmethode. Das auf den ineffektiven Teil der Bewertungseinheit entfallende Ergebnis ergibt sich durch Saldierung der Zeitwertänderungen aufgrund des abgesicherten Risikos beim Grund- und Sicherungsinstrument.

Im Berichtsjahr wurde erstmalig eine Namensschuldverschreibung in eine Bewertungseinheit einbezogen. Die Verbindlichkeit gegenüber Kunden mit einem Marktwert in Höhe von 36,6 Mio. Euro wird durch einen Zinsswap innerhalb einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB

in Form eines Mikro-Hedges abgesichert. Die Namensschuldverschreibung und der Swap haben Laufzeiten bis 2031.

Zum Stichtag wurden zinsinduzierte Schwankungen in Höhe von 0,0 Mio. Euro durch den Swap kompensiert. Die Bank verwendet die Durchbuchungsmethode. Das auf den ineffektiven Teil der Bewertungseinheit entfallende Ergebnis ergibt sich durch Saldierung der Zeitwertänderungen aufgrund des abgesicherten Risikos beim Grund- und Sicherungsinstrument.

Die Bilanzierung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB ist an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft. Diese beziehen sich insbesondere auf die Dokumentation des Sicherungszusammenhangs und die Effektivität der Sicherungsmaßnahme. Zum Zeitpunkt der Bildung der Bewertungseinheit sind die Identifikation des Sicherungs- und Grundgeschäfts, die Kennzeichnung des gesicherten Risikos und die Vorgehensweise zur Überprüfung der Effektivität des Sicherungsgeschäfts zu dokumentieren.

Zur Beurteilung der prospektiven Effektivität des Sicherungsgeschäfts verwendet die Bank die Critical Term Match Methode oder greift auf ein lineares Regressionsmodell zurück (siehe auch Abschnitt 2.3.4).

Im Berichtsjahr erfüllten die Sicherungsgeschäfte zu jedem Zeitpunkt die Anforderungen der Critical Term Match Methode beziehungsweise die Anforderungen des linearen Regressionsmodells.

2.8 Rückstellungen

2.8.1 Rückstellungen für Pensionen

2.8.1.1 Pensionsverpflichtungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten in Höhe der DBO (Defined Benefit Obligation) gebildet. Die Berechnung erfolgt nach der Projected Unit Credit Method.

Die Zinssätze der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden differenziert nach der Art der Rückstellung ermittelt. Dabei wird von folgenden Restlaufzeiten ausgegangen:

Rückstellungsart	Restlaufzeit in Jahren
Pensionen	15
Jubiläum und Übergangsgeld	10
Altersteilzeit und Vorruhestand	3

Grundlage sind die von der Deutschen Bundesbank Ende Oktober 2016 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätze der vergangenen sieben beziehungsweise zehn Jahre, die sich bei den angenommenen Restlaufzeiten von 3, 10 beziehungsweise 15 Jahren ergeben (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Diese Zinssätze wurden aufgrund des stark gesunkenen Zinsniveaus gemäß IDW RS HFA 30 Tz. 65 auf das Jahresende hochgerechnet.

Bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen im Berichtsjahr wurden die in 2005 geänderten Heubeck-Richttafeln und folgende Parameter zugrunde gelegt:

Parameter

in %	31.12.2016	31.12.2015
Langfristiger Rechnungszinsfuß		
Pensionen	4,0	3,9
Jubiläum und Übergangsgeld	2,8	3,5
Altersteilzeit und Vorruhestand	1,8	2,3
Erwartete Gehaltsentwicklung	3,0	3,0
Voraussichtliche Rentenanpassung	2,0	2,0
Erwartete Inflationsrate	2,0	2,0
Erwarteter Anstieg der Beitragsbemessungsgrenze für die Sozialversicherung	2,9	2,9
Durchschnittliche Fluktuationsrate	4,0	4,0

2.8.1.2 Deckungsvermögen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Bank unterhält Deckungsvermögen getrennt für Pensionen, Vorruhestands-, Jubiläumsverpflichtungen und für das Übergangsgeld einerseits und für Altersteilzeitverpflichtungen andererseits. Die Vermögensgegenstände entsprechen den Anforderungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1 HGB. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert.

Entsprechend § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB wurde der Wert des Deckungsvermögens mit den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen saldiert.

Im März 2016 trat die Änderung der Bewertungsregeln für die Pensionsrückstellungen in Kraft. Der Zeitraum für die Ermittlung des durchschnittlichen Marktzinssatzes für die Altersversorgungsrückstellungen wurde von 7 auf 10 Jahre verlängert.

Der sich aus der Änderung ergebene Unterschiedsbetrag ist ausschüttungsgesperrt und beträgt 27,0 Mio Euro im Geschäftsjahr 2016.

Die Überdeckung wird in der Bilanz in der Position „Aktivischer Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

Die Verrechnung der Altersteilzeitrückstellung mit dem entsprechenden Deckungsvermögen führt zu einer Unterdeckung und wird weiterhin unter den Rückstellungen ausgewiesen.

2.8.2 Rückstellungen für Lebensarbeitszeitkonten

Für die Mitarbeiter der Bank besteht die Möglichkeit, an einem Lebensarbeitszeitkonten-Modell teilzunehmen. Gemäß den Prinzipien der Bruttoumwandlung können Arbeitsentgeltguthaben in Form von Gehaltsbezügen oder Zeitguthaben zur Finanzierung von vergüteten Freistellungszeiten von der Arbeitsleistung verwendet werden. Die umgewandelten Beträge sind im Rahmen eines CTA (Contractual Trust Agreement) gegen Insolvenz gesichert. Zusätzlich zu den umgewandelten Beträgen wird zur Absicherung des späteren Arbeitgeberanteils am Gesamtsozialversicherungsbeitrag ein Pauschalbetrag in Höhe von 20 % des jeweiligen Beitrags auf den Vermögenstreuhänder übertragen.

Als zugesagte Leistung garantiert die Bank eine Mindestverzinsung. Sofern bei Anlage des Wertguthabens die Erträge aus der Kapitalanlage die Summe der Zinsgutschriften überschreiten, werden 50 % des Differenzbetrages dem Lebensarbeitszeitkonto gutgeschrieben. Es werden die Regelungen für wertpapiergebundene Versorgungszusagen gemäß IDW RS HFA 30 angewendet.

Die durch den Arbeitgeber zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge werden zum Barwert der zu erwartenden Zahlungen angesetzt.

2.8.2.1 Verpflichtungen aus Lebensarbeitszeitkonten

Die wertpapiergebundenen Versorgungszusagen werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 3 HGB bewertet. Die Höhe der Rückstellung bestimmt sich nach dem beizulegenden Zeitwert der Wertpapiere, mit denen die Lebensarbeitszeitkonten unterlegt sind, soweit dieser den garantierten Mindestbetrag erreicht oder übersteigt. Der garantierte Mindestbetrag ist als Erfüllungsbetrag der Garantieleistungen anzusehen. Er unterliegt der

Abzinsung gemäß § 253 Abs. 2 HGB. Der Zinssatz wird analog zu dem Zinssatz für die Pensionsrückstellung ermittelt.

2.8.2.2 Deckungsvermögen für Lebensarbeitszeitkonten

Die Kapitalanlage in Fonds qualifiziert als Deckungsvermögen. Es erfolgt eine Bewertung der Fondsanteile zum beizulegenden Zeitwert. Gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfolgt eine Saldierung der Rückstellungsverpflichtung mit dem Deckungsvermögen. Ein etwaiger Unterschiedsbetrag wird gemäß § 246 Abs. 2 Satz 3 HGB i. V. m. § 266 Abs. 2 HGB als Rückstellung passiviert beziehungsweise als aktiver Unterschiedsbetrag ausgewiesen.

2.8.3 Rückstellung für Altersteilzeit

Gemäß IDW RS HFA 3 werden die Aufstockungsbeiträge entsprechend ihrem wirtschaftlichen Gehalt als Abfindung oder Entlohnung abgebildet. Aufstockungsbeiträge mit Entlohnungscharakter werden rätierlich bis zur Ruhephase zu Lasten des Personalaufwands aufgebaut. Besitzen die Aufstockungsbeiträge Abfindungscharakter, wird für sie im Zeitpunkt der Entstehung der Verpflichtung sofort und in voller Höhe zu Lasten des sonstigen betrieblichen Aufwands eine Rückstellung gebildet.

2.8.4 Sonstige Rückstellungen

Die Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Künftige Preis- und Kostensteigerungen sind berücksichtigt.

Die Rückstellungen, deren Restlaufzeit mehr als ein Jahr beträgt, werden mit den Zinssätzen gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Die Berechnung der Abzinsung für die entsprechende Laufzeit erfolgt gemäß der Zinssätze der Bundesbankzinskurve zum Stichtag 31. Oktober 2016. Diese Zinskurve ist eine Null-Kupon-Zinsswapkurve, die auf Basis von Festzins-Swaps auf Euro-Basis ermittelt wird.

Die Bank wendet die Vorgaben der IDW-Stellungnahme zu Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (IDW RS BFA 3) an. Aus der barwertigen Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs unter Berücksichtigung von Verwaltungsaufwendungen, Risikokosten und fiktiven

Refinanzierungskosten ergab sich kein Bedarf zur Bildung einer Drohverlustrückstellung gemäß § 340 a HGB i.V.m. § 249 Abs. 1 HGB.

Entsprechend dem IDW RS HFA 34 werden Rückstellungen für Steuerschulden als Verbindlichkeitsrückstellungen i. S. des § 249 Abs. 1 HGB eingestuft. Steuerrückstellungen und die Rückstellung für steuerliche Nachzahlungszinsen werden abgezinst. Die Bank bildet Rückstellungen für Kundenbeschwerden gemäß § 249 Abs. 1 Satz 2 Ziffer 2 HGB.

Die allgemeine Rückstellung für Kundenbeschwerden basiert auf dem Beschwerdebuch der Bank. Zusätzlich werden Rückstellungen für konkrete Einzelfälle gebildet. Die Höhe der Rückstellungen richtet sich nach den aus der Vergangenheit abgeleiteten Beschwerde- und Vergleichsquoten.

2.9 Gewinn- und Verlustrechnung

2.9.1 Kompensationen in der Gewinn- und Verlustrechnung

Im Bereich der Risikovorsorge werden Aufwendungen und Erträge für den Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung kompensiert.

2.9.2 Ausweis negativer Zinsen

Die Bank weist negative Zinsen entsprechend den Vorgaben des IDW im Zinsergebnis aus. Für Forderungen gezahlte negative Zinsen werden unter dem Zinsertrag und für Einlagen erhaltene negative Zinsen werden unter dem Zinsaufwand ausgewiesen.

Weiterhin werden negative Zinsen aus aktivischen und passivischen Handelsbeständen im Nettoertrag des Handelsbestands ausgewiesen.

3. Erläuterungen zur Bilanz

3.1 Fristengliederung nach Restlaufzeiten

Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
a) Täglich fällig	454,0	503,8
b) Andere Forderungen	111,8	552,5
Mit einer Restlaufzeit von		
bis zu drei Monaten	35,5	144,3
mehr als drei Monaten		
bis zu einem Jahr	50,0	40,7
mehr als einem Jahr		
bis zu fünf Jahren	26,3	361,4
mehr als fünf Jahren	0,0	6,1
Insgesamt	565,8	1.056,3

Forderungen an Kunden

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Mit einer Restlaufzeit von		
bis zu drei Monaten	3.079,6	3.291,9
mehr als drei Monaten		
bis zu einem Jahr	665,6	595,5
mehr als einem Jahr		
bis zu fünf Jahren	3.835,0	3.296,6
mehr als fünf Jahren	886,7	593,0
Insgesamt	8.466,9	7.777,0

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
a) Täglich fällig	312,4	282,3
b) Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.060,2	166,5
Mit einer Restlaufzeit von		
bis zu drei Monaten	90,2	68,4
mehr als drei Monaten		
bis zu einem Jahr	0,0	0,0
mehr als einem Jahr		
bis zu fünf Jahren	837,6	45,1
mehr als fünf Jahren	132,4	53,0
Insgesamt	1.372,6	448,8

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
a) Spareinlagen	3,6	63,8
Mit einer Restlaufzeit von		
bis zu drei Monaten	3,6	62,8
mehr als drei Monaten		
bis zu einem Jahr	0,0	0,0
mehr als einem Jahr		
bis zu fünf Jahren	0,0	1,0
mehr als fünf Jahren	0,0	0,0
b) Andere Verbindlichkeiten	13.345,7	12.828,4
ba) täglich fällig	11.685,2	11.335,6
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.660,5	1.492,8
Mit einer Restlaufzeit von		
bis zu drei Monaten	1.362,6	1.217,1
mehr als drei Monaten		
bis zu einem Jahr	261,3	223,8
mehr als einem Jahr		
bis zu fünf Jahren	0,0	48,6
mehr als fünf Jahren	36,6	3,3
Insgesamt	13.349,3	12.892,2

Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
a) begebene Schuldverschreibungen	0,0	0,0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von		
bis zu drei Monaten	0,0	0,0
mehr als drei Monaten		
bis zu einem Jahr	4,0	0,0
mehr als einem Jahr		
bis zu fünf Jahren	10,0	18,0
mehr als fünf Jahren	0,0	0,0

3.2 Verbundene Unternehmen – Forderungen und Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute	203,4	749,4
Forderungen an Kunden	56,1	66,3
Aktien	0,0	0,0
Schuldverschreibungen	0,0	0,0
Handelsbestand aktiv	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	71,1	57,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	70,8	80,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,0	0,0
Handelsbestand passiv	0,0	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	150,0	150,0

3.3 Beteiligungsunternehmen – Forderungen und Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0
Schuldverschreibungen	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1,6	2,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,0	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	0,0	0,0

3.4 Treuhandgeschäfte

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich in folgende Bilanzposten:

Treuhandvermögen

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0
Treuhandbeteiligungen	112,0	126,7
Insgesamt	112,0	126,7

Treuhandverbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	112,0	126,7
Insgesamt	112,0	126,7

3.5 Fremdwährung

Zum 31. Dezember 2016 beliefen sich die auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände auf 3.439,5 Mio. Euro (Vorjahr: 3.366,2 Mio. Euro). Der Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Schulden belief sich auf 3.562,8 Mio. Euro (Vorjahr: 3.751,2 Mio. Euro).

3.6 Forderungen an Kunden

Diese Position enthält Forderungen mit einer unbestimmten Laufzeit in Höhe von 204,2 Mio. Euro (Vorjahr: 41,1 Mio. Euro).

Forderungen im Nennwert von 66,5 Mio. Euro (Vorjahr: 43,9 Mio. Euro) waren zum Jahresende 2016 bei der Bundesbank als Sicherheiten hinterlegt.

Zum Stichtag bestand ein Offenmarktgeschaft mit der Deutschen Bundesbank in Höhe von 750,0 Mio. Euro (Vorjahr: 10,0 Mio. Euro). Die Bank hat zur Refinanzierung langfristiger Kundenforderungen das Programm TLTRO (Targeted Longer-Term Refinancing Operations) der EZB genutzt.

3.7 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Liquiditätsvorsorgebestand betrug zum 31. Dezember 2016 4.202,5 Mio. Euro (Vorjahr: 4.567,7 Mio. Euro).

Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von 46,0 Mio. Euro (Vorjahr: 43,1 Mio. Euro) sind zwar börsenfähig, aber nicht börsennotiert.

Zur Besicherung von Spitzenrefinanzierungsfazitaten standen zum Bilanzstichtag Schuldverschreibungen im Nennwert von 3.411,9 Mio. Euro (Vorjahr: 3.686,2 Mio. Euro) zur Verfügung.

Für Geschäfte an der Eurex und für Wertpapierleihegeschäfte wurden festverzinsliche Wertpapiere im Nennwert von 518,9 Mio. Euro (Vorjahr: 610,7 Mio. Euro) als Sicherheit hinterlegt.

Anleihen und Schuldverschreibungen mit einem Buchwert in Höhe von 728,3 Mio. Euro (Vorjahr: 884,6 Mio. Euro) werden im Geschäftsjahr 2017 fällig.

3.8 Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Der Liquiditätsvorsorgebestand betrug zum 31. Dezember 2016 565,6 Mio. Euro (Vorjahr: 569,2 Mio. Euro).

Der Bilanzposten enthält börsenfähige Wertpapiere im Betrag von 17,4 Mio. Euro (Vorjahr: 40,2 Mio. Euro). Borsenfahige Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von 5,0 Mio. Euro (Vorjahr: 25,3 Mio. Euro) sind nicht börsennotiert. Die nicht börsenfähigen Wertpapiere belaufen sich auf insgesamt 548,2 Mio. Euro (Vorjahr: 529,0 Mio. Euro).

3.9 Investmentvermögen

Fondstyp in Mio. €	2016 Markt- wert	2016 Buch- wert	2016 Differenz	2015 Markt- wert	2015 Buch- wert	2016 Aus- schüt- tung	2015 Aus- schüt- tung	Tägliche Rückgabe möglich
Aktienfonds								
Antecedo EuroYield A	5,8	5,0	0,8	11,3	10,0	0,1	0,2	Ja
HSBC Global Emerging Markets Protect 80 Dynamic C	2,4	2,4	0,0	2,4	2,4	0,0	0,0	Ja
Rentenfonds HSBC Trinkaus Euro Value Bond	0,0	0,0	0,0	15,3	15,3	0,0	0,6	Ja
Spezialfonds								
Fonds PRT (Deckungsvermögen)	255,7	255,7	0,0	250,8	250,8	5,7	36,6	Nein
HSBC Trinkaus LAZK (Deckungsvermögen)	29,8	29,8	0,0	28,7	28,7	0,0	0,0	Ja
Select INKA	313,9	308,3	5,6	298,1	298,1	7,3	12,6	Nein
IGC INKA	255,6	236,6	19,0	241,5	227,4	9,3	9,2	Nein

Im Berichtsjahr wurden keine Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 S. 4 HGB unterlassen. Bei allen Fonds, bei denen der aktuelle Marktwert unter dem Buchwert liegt, wurden Abschreibungen auf den Marktwert vorgenommen.

Bei den Investmentfonds wurden ausschließlich Ertragsausschüttungen vorgenommen. Das komplette Investmentvermögen wird im Liquiditätsvorsorgebestand gehalten.

3.10 Handelsbestand aktiv

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Positiver Marktwert derivative Finanzinstrumente	2.091,4	2.099,1
Handelbare Forderungen	1.762,4	929,4
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.560,7	1.842,9
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.161,3	1.161,4
Sicherheiten im Derivategeschäft	746,5	157,8
Reverse Repos	0,0	0,0
Edelmetalle	4,0	2,2
Abschläge	- 19,6	- 22,0
Insgesamt	7.306,7	6.170,8

Alle Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind börsenfähig und börsennotiert. Es befinden sich keine börsenfähigen, nicht börsennotierten Schuldverschreibungen im Bestand (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro).

Zur Besicherung von Spitzenrefinanzierungsfazilitäten standen zum Bilanzstichtag Schuldverschreibungen und Forderungen des Handelsbestandes im Nennwert von 695,2 Mio. Euro (Vorjahr: 860,7 Mio. Euro) zur Verfügung.

Zum Bilanzstichtag waren wie im Vorjahr keine Wertpapiere in Pension gegeben. Für Geschäfte an der Eurex und für Wertpapierleihegeschäfte wurden festverzinsliche Wertpapiere im Nennwert von 8,0 Mio. Euro (Vorjahr: 99,5 Mio. Euro) als Sicherheit hinterlegt.

Für Wertpapier-Darlehensgeschäfte waren am Bilanzstichtag Guthaben mit einem Nominalbetrag von 11,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,6 Mio. Euro) als Sicherheit verpfändet.

Anleihen und Schuldverschreibungen mit einem Buchwert in Höhe von 152,6 Mio. Euro (Vorjahr: 176,9 Mio. Euro) werden im Geschäftsjahr 2017 fällig.

Die Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere enthalten börsenfähige Wertpapiere mit einem Betrag von 1.138,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1.130,2 Mio. Euro). Alle börsenfähigen Wertpapiere sind wie im Vorjahr auch börsennotiert. Die nicht börsenfähigen Wertpapiere belaufen sich auf insgesamt 23,3 Mio. Euro (Vorjahr: 31,3 Mio. Euro).

Für Wertpapierleihegeschäfte wurden Aktien mit einem Buchwert von 9,1 Mio. Euro (Vorjahr: 30,1 Mio. Euro) als Sicherheit hinterlegt. Zum Bilanzstichtag waren Aktien mit einem Buchwert in Höhe von 18,4 Mio. Euro (Vorjahr: 19,3 Mio. Euro) verliehen.

Wie im Vorjahr bestanden keine Geschäfte mit in Pension gegebenen Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren.

3.11 Nachrangige Vermögensgegenstände

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	6,0	6,0 ¹⁾
Schuldverschreibungen		
Andere Emittenten	108,6	120,4
Eigene Schuldverschreibungen	0,0	0,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,0	0,0
Handelsbestand aktiv		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,0	0,1
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,2	0,3

1) Der fehlerhafte Vorjahreswert wurde korrigiert.

3.12 Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen enthalten börsennotierte Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von 11,6 Mio. Euro (Vorjahr: 12,2 Mio. Euro). Die Bilanzposition „Anteile an verbundenen Unternehmen“ enthält wie im Vorjahr keine börsenfähigen Anteile.

3.13 Anteilsbesitz

Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG ist an folgenden Gesellschaften, die überwiegend voll konsolidiert werden, mit mindestens 20 % direkt oder indirekt beteiligt:

	Sitz	Anteil am Gesellschafts- kapital in %	Eigenkapital der Gesellschaft in Tsd. €	Jahresergebnis 2016 in Tsd. €
Banken und banknahe Gesellschaften				
HSBC Trinkaus & Burkhardt Gesellschaft				
für Bankbeteiligungen mbH				
	Düsseldorf	100,0	117.747	0 ¹⁾
	Luxemburg	100,0	86.659	-486
	Düsseldorf	100,0	39.000	0 ¹⁾
	Düsseldorf	100,0	1.901	8
	Düsseldorf	100,0	15.000	0 ¹⁾
	Düsseldorf	100,0	25	0 ¹⁾
HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH				
	Düsseldorf	100,0	5.001	0 ¹⁾
	Wien	100,0	393 ²⁾	33 ²⁾
	Zürich	50,0	1.995	379
Gesellschaften mit Sonderauftrag				
HSBC Trinkaus Real Estate GmbH				
	Düsseldorf	100,0	167	0 ¹⁾
HSBC Trinkaus Immobilien Beteiligungs-KG				
	Düsseldorf	100,0	3.010	434
Trinkaus Europa Immobilien-Fonds Nr. 3 GmbH				
	Düsseldorf	100,0	56	4
HSBC Trinkaus Europa Immobilien-Fonds Nr. 5 GmbH				
	Düsseldorf	100,0	30	5
Trinkaus Immobilien-Fonds Verwaltungs-GmbH				
	Düsseldorf	100,0	41	16
Trinkaus Australien Immobilien-Fonds Nr. 1 Treuhand-GmbH				
	Düsseldorf	100,0	21	-4
Trinkaus Immobilien-Fonds Geschäftsführungs-GmbH				
	Düsseldorf	100,0	22	-1
Trinkaus Canada Immobilien-Fonds Nr. 1 Verwaltungs-GmbH				
	Düsseldorf	100,0	59	9
Gesellschaft für industrielle Beteiligungen und Finanzierungen mbH				
	Düsseldorf	100,0	500	0 ¹⁾
Trinkaus Private Equity Management GmbH				
	Düsseldorf	100,0	949	924
Trinkaus Private Equity Verwaltungs GmbH				
	Düsseldorf	100,0	29	4
Grundstücksgesellschaften				
Grundstücksgesellschaft Trinkausstraße KG				
	Düsseldorf	100,0	3.503	1.919
Sonstige Gesellschaften				
HSBC Trinkaus Consult GmbH				
	Düsseldorf	100,0	255	-3
sino AG				
	Düsseldorf	24,9	4.581,5 ⁴⁾	1.150 ⁴⁾

1) Ergebnisabführungsvertrag

2) Werte per 31. Dezember 2015

3) Unternehmensaktien

4) Werte per 30. September 2015

3.14 Anlagevermögen

Die Sachanlagen enthalten Vermögensgegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung mit einem Buchwert von 35,4 Mio. Euro (Vorjahr: 38,5 Mio. Euro). Die Bank ist Eigentümerin von 20 Stellplätzen des Garagenkomplexes im Kö-Center, Düsseldorf, die sie im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit nutzt. Im Geschäftsjahr 2016 wurden 0,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro) geringwertige Wirtschaftsgüter sofort abgeschrieben.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist auf den Seiten 126 und 127 dargestellt.

3.15 Eigene Aktien

Am Ende des Geschäftsjahres 2016 hatte die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG – wie schon im Vorjahr – keine eigenen Aktien oder Anteile im Bestand. Am Bilanzstichtag waren 236 (Vorjahr: 236) Aktien der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG an die Bank als Sicherheit im Rahmen des Kreditgeschäfts verpfändet. Diese Anzahl entspricht 0,001 % (Vorjahr: 0,001 %) des Grundkapitals.

Zur Marktpflege kann die AG im Rahmen der durch die Hauptversammlung erteilten Ermächtigung eigene Aktien erwerben und wieder veräußern. Von diesem Recht hat die Bank im Geschäftsjahr 2016 wie im Vorjahr keinen Gebrauch gemacht.

3.16 Sonstige Vermögensgegenstände

Die Position Sonstige Vermögensgegenstände beinhaltet im Wesentlichen Forderungen an verbundene Unternehmen in Höhe von 43,6 Mio. Euro (Vorjahr: 33,5 Mio. Euro) und Steuererstattungsansprüche in Höhe von 5,2 Mio. Euro (Vorjahr: 7,8 Mio. Euro).

Die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) und die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken (EDB) haben der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG im Rahmen der jeweiligen Jahresbeitrags'erhebung gestattet, einen Teil des Jahresbeitrags in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsansprüchen (sogenannte unwiderrufliche Zahlungsverpflichtung) zu erbringen. Der Teilbetrag der Bankenabgabe beziehungsweise des EDB Beitrags in Höhe von 3,8 Mio. Euro (Vorjahr: 2,0 Mio. Euro) ist als unwiderrufliche Zahlungsverpflichtung unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Forderungen aus Barsicherheiten gegenüber der EUREX bestanden am Jahresende 2016 nicht (Vorjahr: 65,0 Mio. Euro).

3.17 Latente Steuererstattungsansprüche

Diese Position enthält latente Steuererstattungsansprüche in Höhe von 70,3 Mio. Euro (Vorjahr: 64,0 Mio. Euro), die aus unterschiedlichen Wertansätzen nach Handels- und Steuerrecht resultieren.

Passive latente Steuern in Höhe von 8,9 Mio. Euro (Vorjahr: 10,2 Mio. Euro) ergeben sich aus unterschiedlichen handels- und steuerrechtlichen Wertansätzen des CTA-Deckungsvermögens und Wertpapieren der Liquiditätsreserve. Sie wurden mit aktiven latenten Steuern verrechnet. Darüber hinausgehende aktive Steuerlatenzen wurden aktiviert. Aktive Steuerlatenzen resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen steuerrechtlichen Wertansätzen bei Kundenforderungen, Aktien und Schuldverschreibungen in Höhe von 18,3 Mio. Euro (Vorjahr: 19,0 Mio. Euro) sowie bei Pensions- und Jubiläumsverpflichtungen in Höhe von 31,0 Mio. Euro (Vorjahr: 31,6 Mio. Euro).

3.18 Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Geschäftsjahr 2016 erfolgte keine Zuweisung an den Fonds für allgemeine Bankrisiken (Vorjahr: 7,8 Mio. Euro).

3.19 Handelsbestand passiv

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Negativer Marktwert derivative Finanzinstrumente	2.071,0	2.316,6
Discountzertifikate, Schuldscheindarlehen Schuldverschreibungen und Optionsscheine	2.323,7	2.795,7
Sicherheiten im Derivategeschäft	588,1	193,2
Eindeckungsverpflichtungen aus Short Sales	6,1	17,2
Abschläge	-1,6	-5,0
Insgesamt	4.987,3	5.317,7

3.20 Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktive Rechnungsabgrenzung enthält:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Disagio aus Verbindlichkeiten	1,3	1,5
Agio aus Forderungen	0,0	0,1

Die passive Rechnungsabgrenzung enthält:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Disagio aus Forderungen	0,0	0,0
Agio aus Verbindlichkeiten	0,1	0,7

3.21 Sonstige Verbindlichkeiten

Die Sonstigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 18,1 Mio. Euro (Vorjahr: 14,9 Mio. Euro), Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 16,4 Mio. Euro (Vorjahr: 19,2 Mio. Euro) und Verbindlichkeiten aus endfälligen Wertpapieren und Zertifikaten in Höhe von 9,5 Mio. Euro (Vorjahr: 36,5 Mio. Euro).

Die abgegrenzten, noch nicht fälligen Zinsen auf Genussrechtskapital und nachrangige Verbindlichkeiten (Vorjahr: 10,0 Mio. Euro) werden im Geschäftsjahr 2016 erstmalig innerhalb der Bilanzposten Nachrangige Verbindlichkeiten beziehungsweise Genussrechtskapital ausgewiesen.

3.22 Rückstellungen**3.22.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen****Rechtliche Rahmenbedingungen**

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter existieren verschiedene Ruhegeld- beziehungsweise Versorgungsordnungen in Abhängigkeit vom Eintrittsdatum des Mitarbeiters in die Bank. Dabei werden die Zusagen auf betriebliche Altersversorgung den Mitarbeitern als kollektive Regelungen in Form von Betriebsvereinbarungen erteilt, die als Direktzusagen ausgestaltet sind.

Für Neuzugänge offene Regelungen

Im Rahmen der derzeit für Neuzugänge offenen arbeitgeberfinanzierten Regelung (VO 2013) sagt die Bank ihren Mitarbeitern Kapitalleistungen im Fall der Pensionierung, der Invalidität und des Todes als Anwärter zu. Die Zusage ist beitragsorientiert ausgestaltet, die Leistungen ergeben sich als Kapitalbausteine aus den zugesagten Beiträgen über eine garantierte Verzinsung. Die Höhe der garantierten Verzinsung kann für zukünftige Bausteine an ein verändertes Zinsumfeld angepasst werden. Die Beitragszeit beträgt jeweils zehn Jahre nach Ende des Berichtsjahres. Die Bank kann jederzeit festlegen, ob und wie sich die Beitragszeit verlängert. Hat die Bank bis zum Ende eines Geschäftsjahres keine Erklärung abgegeben, gilt die Beitragszeit als um ein weiteres Jahr verlängert.

Geschlossene Regelungen

Mitarbeiter mit Eintritt zwischen 01.01.2001 und 01.07.2013 erhielten eine zu der Versorgungsordnung 2013 analoge Regelung (VO 2001), die sich von der aktuellen Regelung im Wesentlichen in der Höhe der zugesagten Garantieverzinsung unterscheidet. Aus diesem Versorgungswerk bestehen unverfallbare Anwartschaften ausgeschiedener Mitarbeiter, jedoch keine laufenden Rentenleistungen. Für bis zum 31.12.2000 eingetretene Mitarbeiter sowie für die ehemaligen Mitarbeiter der Niederlassung Hamburg existieren zwei weitere Versorgungswerke, die für Neuzugänge geschlossen wurden. Begünstigte dieser Regelungen erhalten Leistungen in Form lebenslanger Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenrenten. Es handelt sich um dienstzeitabhängige Endgehaltspläne mit gespaltener Leistungsformel. Neben den heute noch aktiven Mitarbeitern gibt es aus diesen Regelungen ausgeschiedene Anwärter mit

unverfallbaren Anwartschaften auf lebenslang laufende Renten und Versorgungsempfänger. Diese beziehen lebenslange Renten, für die nach § 16 Abs. 1 BetrAVG eine Anpassungsprüfung vorzunehmen ist. Für einen geschlossenen Personenkreis von Anwärtern besteht eine beitragsorientierte Kapitalzusage. Für diese hat die Bank Rückdeckungsversicherungen bei führenden deutschen Versicherungsgesellschaften abgeschlossen, sodass der Mitarbeiter genau die Leistung erhält, die sich aus der Rückdeckungsversicherung ergibt.

Einzelzusagen

Für ehemalige und aktive Vorstände und Bereichsvorstände sowie ehemals persönlich haftende Gesellschafter existieren endgehaltsbezogene Einzelzusagen auf lebenslang laufende Leistungen. Zuletzt berufenen Vorstandsmitgliedern wurden einzelvertraglich beitragsorientierte Kapitalplanzusagen erteilt. Zusätzlich wurde einigen ehemaligen Vorständen und Bereichsvorständen sowie ehemals persönlich haftenden Gesellschaftern eine Kapitalzusage aus Entgeltumwandlung erteilt. Die garantierte Verzinsung des eingebrachten Umwandlungsbetrags ist festgeschrieben, die Auszahlung des Kapitals erfolgt in Raten.

Die Betriebsvereinbarung vom Juni 2013 zur Festlegung der Altersgrenzen in den geschlossenen Versorgungsordnungen sieht die Zahlung eines Übergangsgelds für bestimmte Mitarbeiter vor, die unmittelbar nach Ausscheiden aus den Diensten der Bank Rente beziehen. Das Übergangsgeld wird maximal sechs Monate gewährt.

Bei der Bewertung wurden die unter Abschnitt 2.8.1.1 genannten Parameter verwendet.

Entwicklung der Altersteilzeitverpflichtungen

in Mio. €	2016	2015
Altersteilzeitverpflichtungen zum 01.01.	2,6	2,1
Zuführung (Dienstzeitaufwand) / Auflösung (Dienstzeitertrag)	0,2	0,4
Zinsaufwand	0,1	0,1
Altersteilzeitverpflichtungen zum 31.12.	2,9	2,6

Entwicklung des Deckungsvermögens Altersteilzeitverpflichtung

in Mio. €	2016	2015
Deckungsvermögen zum 01.01.	1,9	2,1
Zu- / Abschreibungen	0,0	-0,2
Zuführungen / Entnahmen	0,1	0,0
Deckungsvermögen zum 31.12.	2,0	1,9
Erträge des Deckungsvermögens	0,1	0,3

Die Unterdeckung wird unter den Rückstellungen ausgewiesen.

Entwicklung der Pensionsverpflichtungen

in Mio. €	2016	2015
Pensionsverpflichtungen zum 01.01. inkl. Übergangsgeld	230,5	194,5
Zuführung (Dienstzeitaufwand) / Auflösung (Dienstzeitertrag)	-4,5	0,2
Zinsaufwand	4,9	28,8
Mitarbeiterwechsel	0,0	0,0
Zuführung aus dem Unterschiedsbetrag	0,0	7,0
Pensionsverpflichtungen zum 31.12.	230,9	230,5

Entwicklung des Deckungsvermögens Pensionsverpflichtungen

in Mio. €	2016	2015
Deckungsvermögen zum 01.01.	252,8	242,9
Zu- / Abschreibungen	4,9	-28,6
Zuführungen / Entnahmen	0,0	38,5
Deckungsvermögen zum 31.12.	257,7	252,8
Erträge des Deckungsvermögens	10,7	36,8

Die Überdeckung in Höhe von 26,8 Mio. Euro (Vorjahr: 22,3 Mio. Euro) wird in der Position „Aktivischer Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

Weiterhin werden die Rückdeckungsansprüche in Höhe von 18,0 Mio. Euro (Vorjahr: 18,3 Mio. Euro) aus einer Gruppenlebensversicherung mit der Rückstellung für Pensionsverpflichtungen im Rahmen des Modells „Versorgungslohn statt Barvergütung“ in Höhe von 21,2 Mio. Euro (Vorjahr: 20,7 Mio. Euro) verrechnet.

Die Verrechnung der Erträge und Aufwendungen ergibt einen Zinsertrag in Höhe von 6,1 Mio. Euro (Vorjahr: Zinsaufwand 19,1 Mio. Euro).

Im Geschäftsjahr 2016 betrug der sich aus der Änderung der Ermittlung des durchschnittlichen Marktzinssatzes für die Altersversorgungsrückstellungen ergebende Unterschiedsbetrag 27,0 Mio. Euro.

3.22.2 Rückstellungen für Lebensarbeitszeitkonten (LAZK)

Entwicklung der LAZK-Verpflichtungen

in Mio. €	2016		2015	
	LAZK	SV-Beitrag	LAZK	SV-Betrag
LAZK-Verpflichtung zum 01.01.	23,9	1,8	22,0	1,6
Zinsaufwand	1,3	0,2	0,4	0,1
Auswirkungen aufgrund Änderungen des Rechnungszinses	0,0	0,1	0,0	0,1
Einzahlungen	11,1	1,8	5,7	1,1
Sonstiger Ertrag / Aufwand	0,0	-0,3	0,0	-0,6
Zahlungen / Wechsler	-0,9	-0,2	-4,2	-0,5
LAZK-Verpflichtung zum 31.12.	35,4	3,4	23,9	1,8

Entwicklung des Deckungsvermögens (LAZK)

in Mio. €	2016		2015	
	LAZK	SV-Beitrag	LAZK	SV-Beitrag
Deckungsvermögen zum 01.01.	23,9	4,8	22,0	4,4
Ertrag / Aufwand aus dem Deckungsvermögen	1,2	0,3	0,4	0,1
Zuwendungen zum Deckungsvermögen	11,2	2,1	5,7	1,1
Abgänge des Deckungsvermögens	-40,9	-0,2	-4,2	-0,8
Deckungsvermögen zum 31.12.	35,4	7,0	23,9	4,8

Die Überdeckung in Höhe von 3,6 Mio. Euro (Vorjahr: 3,0 Mio. Euro) wird in der Position „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

Die Verrechnung der Erträge und Aufwendungen ergibt einen Zinsertrag in Höhe von 2,6 Mio. Euro (Vorjahr: Zinsertrag 0,6 Mio. Euro).

Für den Urlaubsanspruch im Rahmen der Lebensarbeitszeitkonten-Regelung wurde im Geschäftsjahr 2016 eine Rückstellung in Höhe von 4,1 Mio. Euro (Vorjahr: 2,6 Mio. Euro) gebildet.

3.22.3 Ausschüttungsgesperrter Betrag

Gemäß § 268 Abs. 8 HGB i.V.m. § 246 Abs. 2 Satz 2 und § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB ergibt sich folgender ausschüttungsgesperrter Betrag:

in Mio. €	Zeitwert		Historische Anschaffungskosten		Latente Steuern		Ausschüttungsgesperrter Betrag	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Deckungsvermögen Pensionen	257,7	252,8	234,7	234,7	7,9	6,6	15,1	11,5
Deckungsvermögen Altersteilzeit	2,0	1,9	1,7	1,6	0,1	0,1	0,2	0,2
Deckungsvermögen LAZK	42,4	28,7	38,4	26,2	0,6	0,4	3,4	2,1
Gesamt	302,1	283,5	274,8	262,6	8,6	7,1	18,7	13,8

3.22.4 Steuerrückstellungen

Passive latente Steuern in Höhe von 8,9 Mio. Euro (Vorjahr: 10,2 Mio. Euro) ergeben sich aus unterschiedlichen handels- und steuerrechtlichen Wertansätzen des Deckungsvermögens und den Wertpapieren der Liquiditätsreserve. Sie wurden mit aktiven latenten Steuern verrechnet.

Die Steuerrückstellungen betragen 50,0 Mio. Euro (Vorjahr: 44,1 Mio. Euro). Der Posten enthält im Wesentlichen Rückstellungen für Ertragssteuer für das Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 26,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro), Rückstellungen für Steuerschulden für

das Risiko aus Betriebsprüfungen in Höhe von 15,0 Mio. Euro (Vorjahr: 27,6 Mio. Euro) und die erwarteten Zinsen auf diese Steuernachzahlungen in Höhe von 7,3 Mio. Euro (Vorjahr: 10,7 Mio. Euro).

Entsprechend der IDW Stellungnahme zum IDW RS HFA 34 zur Bilanzierung von Steuerrückstellungen hat die Bank die Rückstellungen für Steuerschulden wie auch die Rückstellungen für steuerliche Nachzahlungszinsen abgezinst. Der Zinsaufwand aus der Aufzinsung dieser Rückstellungen beträgt 1,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1,6 Mio. Euro).

3.22.5 Andere Rückstellungen

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Rückstellungen im Kreditgeschäft	18,5	15,2
Rückstellungen im Personalbereich	104,1	90,9
Andere Rückstellungen	49,1	39,0
Insgesamt	171,7	145,1

Der Zinsaufwand aus der Aufzinsung der Rückstellungen beträgt 0,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,5 Mio. Euro).

3.23 Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten enthalten nachrangige Schuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen sowie ein Darlehen, die sich auf insgesamt 568,7 Mio. Euro (Vorjahr: 353,3 Mio. Euro) belaufen.

Im Geschäftsjahr 2016 entfiel auf sämtliche nachrangigen Verbindlichkeiten ein Zinsaufwand von 12,8 Mio. Euro (Vorjahr: 12,3 Mio. Euro).

Im Berichtsjahr wurden erstmalig abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 5,7 Mio. Euro (Vorjahr: 5,1 Mio. Euro) in der Bilanzposition Nachrangige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG hat im Dezember 2016 zusätzliches Kapital (AT1) in Form einer unbegrenzt laufenden nachrangigen Inhaberschuldverschreibung mit einem Gesamtnominalbetrag in Höhe von 235,0 Mio. Euro aufgenommen. Die Anleihe ist von der Emittentin erstmalig nach fünf Jahren kündbar und mit einem fixen Kupon ausgestattet, der alle fünf Jahre angepasst wird. Der anfängliche Zinssatz beträgt 5,65 %.

Eine emittierte Schuldverschreibung (Vorjahr: keine) übersteigt 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten. Vorzeitige Rückzahlungsverpflichtungen bestehen nicht.

Verzinsung der nachrangigen Verbindlichkeiten

Verzinsung in Mio. €	2016	2015
	Nominalbetrag	Nominalbetrag
4 % bis unter 5 %	90,0	100,2
5 % bis unter 6 %	323,0	98,0
Festsätze	413,0	198,2
Variabel	150,0	150,0
Insgesamt	563,0	348,2

Rückzahlung der nachrangigen Verbindlichkeiten

Fälligkeit in Mio. €	2016	2015
	Nominalbetrag	Nominalbetrag
Bis ein Jahr	30,0	20,2
Über ein Jahr bis fünf Jahre	103,0	93,0
Über fünf Jahre	195,0	235,0
Unbegrenzte Laufzeit	235,0	0,0
Insgesamt	563,0	348,2

Nachrangabrede

Alle nachrangigen Verbindlichkeiten gehen den nicht nachrangigen Forderungen anderer Gläubiger auf Zahlung von Kapital im Range nach. Dieser Nachrang gilt für die Fälle der Liquidation, der Insolvenz oder eines Verfahrens zur Vermeidung der Insolvenz.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten werden mit einem Betrag von 257,9 Mio. Euro (Vorjahr: 283,4 Mio. Euro) in die Berechnung des haftenden Eigenkapitals gemäß Teil 2 der EU-Verordnung 575/2013 einbezogen.

Genussrechtskapital

Gemäß der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 30. Mai 2006 emittierte die AG im September 2006 Namensgenussscheine in Höhe von 100,0 Mio. Euro in vier Tranchen. Die Laufzeit der Namensgenussscheine über 6,0 Mio. Euro beziehungsweise 5,0 Mio. Euro ist bis zum 31. Dezember 2016 befristet, die jährliche Ausschüttung beträgt 4,77% beziehungsweise 4,78%. Die Laufzeit der Namensgenussscheine über 52,0 Mio. Euro beziehungsweise 37,0 Mio. Euro endet am 31. Dezember 2020, die jährliche Ausschüttung beträgt 4,89% beziehungsweise 4,91%. Die Rückzahlung erfolgt

jeweils ein halbes Jahr nach Ende der Laufzeit zum Nennwert, vorbehaltlich der Bestimmungen über die Teilnahme an einem Bilanzverlust.

Erstmals im Geschäftsjahr 2016 werden die abgrenzten, noch nicht fälligen Zinsen in Höhe von 4,9 Mio. Euro (Vorjahr: 4,9 Mio. Euro) innerhalb des Bilanzpostens Genussrechtskapital ausgewiesen.

Genussrechtskapital in Höhe von 71,3 Mio. Euro (Vorjahr: 91,2 Mio. Euro) erfüllt die Bedingungen gemäß Teil 2 der EU-Verordnung 575 / 2013 und ist daher aufsichtsrechtlich als Ergänzungskapital anerkannt.

In den Bedingungen aller Emissionen ist festgelegt, dass die Forderungen aus den Wertpapieren den nicht nachrangigen Forderungen aller anderen Gläubiger der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG im Range nachgehen. Sie sind gleichrangig im Verhältnis zu allen anderen nachrangigen Forderungen, die gegenüber der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG bestehen. Die Namensgenussscheine nehmen an einem Bilanzverlust gemäß den Emissionsbedingungen teil.

Für die Namensgenussscheine ist eine Kündigung durch die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG bei einer Änderung der steuerlichen Vorschriften möglich. Die Genusscheininhaber sind nicht berechtigt zu kündigen und die vorzeitige Rückzahlung des Kapitals zu verlangen.

Am 8. Juni 2016 hat die ordentliche Hauptversammlung eine neue Ermächtigung des Vorstands zur einmaligen oder mehrfachen Ausgabe von Genusssscheinen, Schuldverschreibungen und anderen hybriden Instrumenten ohne Options- oder Wandlungsrechten oder Options- oder Wandlungspflichten in der Weise beschlossen, dass sie die Ermächtigung zum Bezugsrechtsausschluss umfasst. Die Ermächtigung gilt bis zum 31. Mai 2020.

Soweit das Bezugsrecht nicht ausgeschlossen wird, können die Genusssscheine beziehungsweise Schuldverschreibungen beziehungsweise anderen hybriden Instrumente auch von durch den Vorstand bestimmten Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht).

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Ausgabe und Ausstattung der Emission, insbesondere Volumen, Zeitpunkt, Zinssatz, Ausgabekurs und Laufzeit, festzulegen.

Die in der Hauptversammlung vom 2. Juni 2015 dem Vorstand erteilte Ermächtigung, bis zum 31. Mai 2020 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genusssscheine, Schuldverschreibungen oder andere hybride Instrumente ohne Options- oder Wandlungsrechte oder Options- oder Wandlungspflichten mit unbegrenzter Laufzeit auszugeben, wurde aufgehoben.

3.24 Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 91,4 Mio. Euro (Vorjahr: 91,4 Mio. Euro) und setzt sich aus 34.088.053 (Vorjahr: 34.088.053) nennwertlosen Stückaktien zusammen. Die Kapitalrücklagen belaufen sich am Bilanzstichtag auf 720,9 Mio. Euro (Vorjahr: 720,9 Mio. Euro).

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 2. Juni 2015 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital um bis zu 45,7 Mio. Euro bis zum 31. Mai 2020 mit Zustimmung des Aufsichtsrats zu erhöhen, und zwar durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Sach- oder Bareinlagen (genehmigtes Kapital).

Dem Beschluss der Hauptversammlung vom 8. Juni 2016 folgend, wurde aus dem Bilanzgewinn 2016 in Höhe von 109,7 Mio. Euro (Vorjahr: 150,1 Mio. Euro) ein Betrag in Höhe von 85,2 Mio. Euro (Vorjahr: 70,3 Mio. Euro) ausgeschüttet. In die Gewinnrücklagen wurden 22,0 Mio. Euro (Vorjahr: 77,3 Mio. Euro) eingestellt.

Als Gewinnvortrag wurden 2,5 Mio. Euro (Vorjahr: 2,5 Mio. Euro) auf neue Rechnung vorgetragen. Die Gewinnrücklagen belaufen sich auf 888,6 Mio. Euro (Vorjahr: 866,6 Mio. Euro).

Das Grundkapital ist um bis zu 45,7 Mio. Euro (Vorjahr: 45,7 Mio. Euro) durch die Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Stückaktien bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Wandel- und Optionsrechten aus den bis zum 31. Mai 2020 zu begebenden Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder Genussrechten mit Wandel- oder Optionsrechten von ihren Wandel- beziehungsweise Optionsrechten Gebrauch machen (bedingtes Kapital).

Der Gesamtbetrag der ausschüttungsgesperrten Beträge im Sinne von § 268 Abs. 8 HGB beträgt 116,0 Mio. Euro (Vorjahr: 77,8 Mio. Euro). Er enthält einen ausschüttungsgesperrten Betrag aus der Zeitbewertung des CTA-Deckungsvermögens in Höhe von

18,7 Mio. Euro (Vorjahr: 13,8 Mio. Euro), den Unterschiedsbetrag aufgrund der Änderung der Ermittlung des Marktzinssatzes für die Pensionsrückstellungen 27,0 Mio. Euro sowie aus der Aktivierung latenter Steuern in Höhe von 70,3 Mio. Euro (Vorjahr 64,0 Mio. Euro).

Maximal ausschüttbarer Betrag (in Mio. Euro)	31.12.2016	31.12.2015
Zur Deckung der Beträge i.S.d. § 268 Abs. 8 HGB zur Verfügung stehende Eigenkapitalanteile	1.045,7	976,4
Gesamtbetrag der ausschüttungsgesperrten Beträge	116,0	77,8
Maximal ausschüttbarer Betrag	929,7	898,6

4. Erläuterungen zu den Haftungsverhältnissen

4.1 Eventualverbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	0,0	0,0
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungen	2.373,8	2.271,1
Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0,0	0,0
Insgesamt	2.373,8	2.271,1

4.2 Andere Verpflichtungen

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0,0	0,0
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0,0	0,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	9.367,8	8.778,6
Insgesamt	9.367,8	8.778,6

Die Qualität der Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen unterliegt einer permanenten Überwachung durch interne Rating-Verfahren. Die Bank geht nach Prüfung der Risikosituation aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen aktuell nicht von einer Inanspruchnahme aus.

In den unwiderruflichen Kreditzusagen sind zehn Einzelzusagen von wesentlicher Bedeutung in einer Gesamthöhe von 1.743,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1.929,4 Mio. Euro) in Bezug auf die Gesamttätigkeit enthalten. Die Einzelbeträge liegen jeweils zwischen 120,4 Mio. Euro (Vorjahr: 137,5 Mio. Euro) und 322,9 Mio. Euro (Vorjahr: 272,9 Mio. Euro).

5. Sonstige Haftungsverhältnisse und finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen folgende nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte sowie aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse und finanzielle Verpflichtungen:

Die Bank hat die Mitgliedschaft an der Münchener Hypothekenbank eG mit Wirkung zum 31.12.2016 gekündigt. Es besteht bis zum 20.02.2017 eine Nachhaftungspflicht in Höhe von 0,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,2 Mio. Euro).

Die FMSA und die EDB haben der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG im Rahmen der jeweiligen Jahresbeitrags-erhebung gestattet, einen Teil des Jahresbeitrags in

Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsansprüchen (sogenannte unwiderrufliche Zahlungsverpflichtung) zu erbringen. Wir verweisen auf unsere diesbezüglichen Erläuterungen zu den sonstigen Vermögensgegenständen.

Die Bank tritt im Leasinggeschäft ausschließlich als Leasingnehmer auf. Alle abgeschlossenen Leasingverträge sind Operating Lease-Verträge. Bei diesen Verträgen verbleiben die mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken beim Leasinggeber, der die Leasinggegenstände auch bilanziert. Die Leasingraten werden als Mietzahlungen im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Bis ein Jahr	20,9	18,2
Über ein Jahr bis fünf Jahre	23,3	28,8
Über fünf Jahre	4,8	4,0
Insgesamt	49,0	51,0
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	2,1	2,8

Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG hat sich in 2007 an der HSBC NF China Real Estate GmbH & Co. KG mit 3,4 Mio. Euro beteiligt. Von der Einlage wurde 0,8 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro) noch nicht gezahlt.

Die Bank hat die Evidenzzentrale für Kartenzahlungen, Electronic Banking Dienstleistungen, Systemadministration und IT-Betrieb für das System Invoice Finance Application International sowie den Aufbau und den Betrieb

einer Kontenevidenzzentrale nach § 24 c KWG an externe Dritte ausgelagert. Weiterhin sind Dienstleistungen im Bereich der Wertpapierabwicklung und -verwaltung an die Tochtergesellschaft HSBC Transaction Services GmbH ausgelagert.

Die ausgelagerten Bereiche nehmen keinen wesentlichen Einfluss auf die Finanzlage der Bank.

6. Marktrisikobehaftete Geschäfte

6.1 Marktrisiken

Als Marktrisiko wird das Ausmaß verstanden, in dem sich der Marktwert eines Finanzinstruments aufgrund von Änderungen der Marktpreisparameter zuungunsten der Bank entwickeln kann. Zum Marktrisiko gehören Wechselkursrisiken, Zinsrisiken (inklusive Credit Spread-Risiken) sowie Aktien- und sonstige Preisrisiken. Marktrisiken resultieren vorwiegend aus dem Handel mit Zins-, Aktien- und Devisenprodukten sowie, in geringem Maße, mit Rohwarenprodukten ohne physische Lieferung.

Zur Messung von Marktrisiken des Handelsbuchs werden Value at Risk-Ansätze verwendet. Als Value at Risk wird der potenzielle Verlustbetrag verstanden, der bei einer Haltedauer von einem Handelstag und unveränderter Position mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten wird. Das Value at Risk-Modell beruht auf einer historischen Simulation der Risikofaktoren über eine Periode von 500 gleich gewichteten Handelstagen und deckt Zins-, Aktien-, Devisen- und Volatilitätsrisiken ab. Dabei werden alle Positionen unter Berücksichtigung veränderter Marktparameter komplett neu bewertet. Bei Zinsrisiken werden sowohl allgemeine Zinsrisiken, die aus einer Veränderung des Marktzinsniveaus resultieren, als auch Spread-Risiken verschiedener Emittenten beziehungsweise Emittentenklassen berücksichtigt.

Als Risikofaktoren sind insbesondere berücksichtigt:

1. Aktienkassakurse und Aktienindizes
2. Devisenkassakurse inklusive Goldkurse
3. Rohwarenkurse
4. Zero-Zinssätze für idealtypische Laufzeiten aus Swapzinskurven
5. Credit Spreads für verschiedene Kategorien wie zum Beispiel Pfandbriefe, Bundesländeranleihen und Bankanleihen mit weiteren Differenzierungen nach Bonität und/oder Laufzeit
6. Aktien- und Aktienindexoptionsvolatilitäten für idealtypische Laufzeiten
7. Devisenoptionsvolatilitäten für idealtypische Laufzeiten
8. Volatilitäten von Optionen auf Bundesanleihen für idealtypische Laufzeiten
9. Cap/Floor-Volatilitäten für idealtypische Laufzeiten
10. Swaption-Volatilitäten für idealtypische Laufzeiten

Es ergeben sich folgende Value at Risk-Werte im Handelsbuch:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Zinsrisiken	2,2	3,2
Währungsrisiken	0,1	0,1
Aktien-/Indexrisiken	0,7	0,6
Credit Spread-Risiken	2,3	2,0
Rohwarenrisiken	0,0	0,0
Gesamtes Marktrisikopotenzial	3,1	3,3

6.2 Geschäfte mit derivativen Finanzinstrumenten

in Mio. €		Nominalbeträge mit einer Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis zu 5 Jahren	über 5 Jahre
Zinsbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte	FRAs, CAPs, FLOORs	258	2.817	140
	Zins-Swaps	3.426	7.801	4.509
	Zinsoptionen	882	297	1.095
	Termingeschäfte	1.372	1.110	0
Börsengehandelte Produkte	Zins-Futures	588	90	0
	Zinsoptionen	0	0	0
	Summe	6.526	12.115	5.744
Währungsbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte	Devisentermingeschäfte	48.046	2.067	0
	Cross-Currency Swaps	9	241	156
	Devisenoptionen	4.835	1.638	0
Börsengehandelte Produkte	Währungsfutures	0	0	0
	Summe	52.890	3.946	156
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte	Aktien-/Index-Optionen	30	0	0
	Termingeschäfte	0	0	0
	Equity Swaps	28	16	13
Börsengehandelte Produkte	Aktien-/Index-Futures	921	38	0
	Aktien-/Index-Optionen	4.470	854	0
	Summe	5.449	908	13
Rohwarenbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte	Rohwaren Swaps	237	24	0
	Summe	237	24	0
Finanzderivate insgesamt		65.102	16.953	5.913

Aufteilung der Marktwerte nach Kontrahenten

in Mio. €		31.12.2016		31.12.2015	
		Positiv	Negativ	Positiv	Negativ
OECD	Banken	1.102	1.103	1.174	1.065
	Finanzinstitute	359	226	212	208
	Sonstige	378	296	335	362
Nicht-OECD	Banken	6	10	7	2
	Finanzinstitute	1	0	0	0
	Sonstige	226	434	348	675
Insgesamt		2.072	2.069	2.076	2.312

Nominalbeträge		Marktwert			
		Positiv		Negativ	
2016	2015	2016	2015	2016	2015
3.215	1.966	18	8	19	10
15.736	17.826	781	830	566	721
2.274	535	40	11	44	21
2.482	1.334	121	88	132	103
678	1.638	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
24.385	23.299	960	937	761	855
50.113	42.194	782	683	772	662
406	483	32	52	31	52
6.473	4.488	58	43	58	43
0	0	0	0	0	0
56.992	47.265	872	778	861	757
30	31	0	5	2	11
0	0	0	0	0	0
57	61	3	0	1	5
959	800	0	0	0	0
5.324	7.068	226	350	433	678
6.370	7.960	229	355	436	694
261	118	11	6	11	6
261	118	11	6	11	6
88.008	78.642	2.072	2.076	2.069	2.312

Die Bank verwendet bestimmte Derivate (in der Regel Zins-Swaps) auch zur Absicherung von Marktzinsrisiken bei Finanzanlagen, ausgewählten Krediten und begebenen Namensschuldverschreibungen. Aus diesen Sicherungsbeziehungen resultieren zum 31. Dezember 2016 negative Marktwerte in Höhe von 104,1 Mio. Euro (Vorjahr: 113,9 Mio. Euro) und positive Marktwerte in Höhe von 0,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro).

Die Darstellung des Geschäfts mit Derivaten gemäß § 36 der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute folgt den Empfehlungen des Ausschusses für Bilanzierung des Bundesverbandes deutscher Banken. Gemäß internationalem Standard stellen die angegebenen Marktwerte die Wiederbeschaffungskosten am Bilanzstichtag bei einem Ausfall der Kontrahenten ungeachtet ihrer Bonität und etwaiger Nettingvereinbarungen dar.

7. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

7.1 Aufteilung der Ertragspositionen nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag aus den Komponenten Zinserträge, Laufende Erträge, Provisionserträge, Nettoertrag aus dem Handelsbestand und Sonstige betriebliche Erträge beläuft sich auf 954,9 Mio. Euro (Vorjahr: 891,7 Mio. Euro). Sämtliche Erträge wurden in Deutschland erwirtschaftet. Dabei wurde von der Prämisse ausgegangen, dass der Sitz der Niederlassung, bei der ein Ertrag erwirtschaftet wurde, maßgeblich ist für die Einordnung von Erträgen in einen geografischen Markt.

7.2 Dritten gegenüber erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Das Angebot an Verwaltungs- und Vermittlungsleistungen, die für Dritte erbracht werden, beschränkt sich bei der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG im Wesentlichen auf die Vermögens- und Depotverwaltung und Advisory-Dienstleistungen.

7.3 Honorare der Abschlussprüfer

Bezüglich der Honorare der Abschlussprüfer wird auf den IFRS – Konzernabschluss der Bank als Konzernobergesellschaft verwiesen.

7.4 Zinsergebnis

Die Bank hat negative Zinsen in Höhe von 16,7 Mio. Euro (Vorjahr: 1,7 Mio. Euro) auf Verbindlichkeiten vereinnahmt und 11,5 Mio. Euro (Vorjahr: 2,9 Mio. Euro) negative Zinsen auf Forderungen gezahlt.

Der Änderung in der internen Steuerung der Bank folgend weist die Bank Zinsen aus Geldmarktgeschäften (Balance Sheet Management) ab diesem Geschäftsjahr im Zinsergebnis und nicht mehr im Nettoertrag des Handelsbestands aus. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst. Die Anpassung führte zu einer Erhöhung im Zinsergebnis in Höhe von 24,1 Mio. Euro sowie zu einer Reduzierung im Nettoertrag des Handelsbestands in gleicher Höhe.

7.5 Nettoertrag des Handelsbestands

Bezug nehmend auf die IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung BFA 2 vom 3. März 2010 werden die Zinserträge und Zinsaufwendungen des Handelsbestands, die Dividendenerträge und die Provisionen entsprechend der internen Steuerung der Bank unter der Position Nettoertrag des Handelsbestands erfasst.

Bezüglich der Auswirkungen der Ausweisänderung der Zinsen aus Geldmarktgeschäften wird auf Abschnitt 7.4 verwiesen.

Der Nettoertrag des Handelsbestands beträgt 82,2 Mio. Euro (Vorjahr: 45,5 Mio. Euro).

Der Nettoertrag aus dem Handelsbestand setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	2016	2015
Aktien und Aktienderivate	44,5	51,7
Devisen und Devisenderivate	7,4	-2,6
Renten und Rentenderivate	32,5	-0,3
Edelmetalle	0,6	0,2
Sonstiges	0,0	0,0
Auflösung / Zuführung Abschläge	-2,8	4,3
Auflösung / Zuführung Rückstellung für allgemeine Bankrisiken	0,0	-7,8
Gesamt	82,2	45,5

7.6 Sonstige betriebliche Erträge

Die Sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 62,3 Mio. Euro (Vorjahr: 50,4 Mio. Euro) beinhalten im Wesentlichen Kostenweiterbelastungen an Konzernunternehmen in Höhe von 44,4 Mio. Euro (Vorjahr: 33,1 Mio. Euro) und an Dritte in Höhe von 3,5 Mio. Euro (Vorjahr: 0,6 Mio. Euro) sowie 1,5 Mio. Euro (Vorjahr: 1,3 Mio. Euro) Erträge aus der Untervermietung von Büroräumen.

Weiterhin sind 12,3 Mio. Euro (Vorjahr: 14,8 Mio. Euro) periodenfremde Erträge aus der Auflösung frei gewordener Rückstellungen enthalten.

7.7 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 13,9 Mio. Euro (Vorjahr: 12,3 Mio. Euro) beinhalten 11,6 Mio. Euro (Vorjahr: 9,5 Mio. Euro) Konzerndienstleistungsaufwand (Wertpapierdienstleistung), 1,6 Mio. Euro (Vorjahr: 2,3 Mio. Euro) aus Zuführungen zu Rück-

stellungen für Risiken aus potenziellen operativen Schadensfällen sowie 0,5 Mio. Euro (Vorjahr: 0,3 Mio. Euro) aus operativen Schadensfällen.

7.8 Außerordentliche Aufwendungen

Im Geschäftsjahr 2016 sind keine außerordentlichen Aufwendungen (Vorjahr: 7,0 Mio. Euro) angefallen.

7.9 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Als Ertragssteueraufwand sind Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag in Höhe von 87,9 Mio. Euro (Vorjahr: 53,9 Mio. Euro) entstanden. Im Steueraufwand sind latente Steuern enthalten.

Steuerliche Überleitungsrechnung

in Mio. €	2016		2015	
	Betrag	Steuersatz	Betrag	Steuersatz
Ergebnis vor Ertragssteuern	242,5		161,1	
Erwarteter Steueraufwand (tariflicher Steuersatz)	76,1	31,40 %	50,6	31,40 %
Überleitung:				
Abweichungen in der steuerlichen Bemessungsgrundlage	4,9		0,2	
Umstellung auf Abzugsmethode bei gezahlter Quellensteuer	4,2		0,0	
Periodenfremde Steuern	4,8		3,1	
Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern	-2,1		0,0	
Tatsächlicher Steueraufwand	87,9		53,9	
Effektiver Steuersatz		36,25 %		33,46 %

8. Sonstige Angaben

8.1 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Jahresdurchschnitt	31.12.2016	31.12.2015
Tarifliche Mitarbeiter/-innen	673	689
Außertarifliche Mitarbeiter/-innen	1.256	1.193
Auszubildende	24	22
Insgesamt	1.953	1.904
davon:		
Mitarbeiterinnen	781	756
Mitarbeiter	1.172	1.148

8.2 Haftung aus Patronatserklärungen

Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG trägt dafür Sorge, dass die Gesellschaften HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf, HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf, sowie Gesellschaft für industrielle Beteiligungen und Finanzierungen mbH, Düsseldorf, ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können.

Darüber hinaus stellt die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG regelmäßig die derzeitigen persönlich haftenden oder geschäftsführenden Gesellschafter der vollkonsolidierten Gesellschaften in der Rechtsform der KG sowie der Trinkaus Immobilienfondsgesellschaften und der Trinkaus Private Equity-Gesellschaften von allen Ansprüchen Dritter frei, die an diese aufgrund ihrer Rechtsstellung oder ihrer Tätigkeit in der jeweiligen Gesellschaft geltend gemacht werden, soweit es sich um natürliche Personen handelt.

8.3 Angaben zu nahestehenden Personen

Im Berichtsjahr wurden mit nahestehenden Personen keine Geschäfte mit marktunüblichen Bedingungen getätigt.

8.4 Gesellschaftsorgane der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

Die Vorstandsmitglieder sowie die Mitglieder des Aufsichtsrats sind auf der Seite 122 aufgeführt. Die Aufsichtsratsmandate dieser Personen sind auf den Seiten 123 bis 127 dargestellt.

8.5 Vorschüsse und Kredite an Organmitglieder

Zum Bilanzstichtag nahm ein Mitglied des Aufsichtsrats einen Kontokorrentkredit in Höhe von 50 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,0 Tsd. Euro) in Anspruch. Der Kredit wird mit 4,80% (Vorjahr: 4,85 %) p. a. verzinst.

Den Mitgliedern des Vorstands wurden im Geschäftsjahr keine Mietbürgschaften und Kredite gewährt. Zwei Mietbürgschaften in Höhe von 28,6 Tsd. Euro sowie der Dispositionskredit in Höhe von 82,6 Tsd. Euro aus dem Vorjahr wurden im Geschäftsjahr zurückgeführt. Weitere Haftungsverhältnisse gegenüber Dritten zugunsten von Organmitgliedern bestanden nur im Rahmen der unter Abschnitt 8.2 dargestellten Freistellung für natürliche Personen.

8.6 Bezüge der Organe und Gremien der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

Die Grundzüge des Vergütungssystems sind im Lagebericht dargestellt. Die nachstehenden Ausführungen erläutern die Vergütungskomponenten der Vorstandsmitglieder und entsprechen dem DRS 17. Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 5. Juni 2012 unterbleiben die Angaben nach § 285 Nr. 9 Buchstabe a Sätze 5 bis 8 HGB.

Die Festbezüge aller Vorstandsmitglieder im Jahr 2016 lagen unter Berücksichtigung der Änderungen in der Zusammensetzung des Vorstands mit 4.135,1 Tsd. Euro leicht unter dem Vorjahr (4.341,6 Tsd. Euro). Der variable Anteil der Vergütung betrug 4.330,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 4.431,4 Tsd. Euro). In den variablen Vergütungen des Vorstands für das Geschäftsjahr 2016 ist ein langfristiger Vergütungsanteil in Höhe von 2.598,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.658,8 Tsd. Euro) enthalten.

Die Sonstigen Bezüge in Höhe von 83,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 75,5 Tsd. Euro) bestehen im Wesentlichen aus Vergütungen für die Dienstwagennutzung, Versicherungsbeiträgen sowie sonstigen geldwerten Vorteilen, die individuell zu versteuern sind.

Im Geschäftsjahr sind an ein (Vorjahr: zwei) Mitglied des Aufsichtsrats Entgelte für erbrachte Beratungsleistungen gezahlt worden; diese beliefen sich insgesamt auf 119,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 158,0 Tsd. Euro).

Für das Geschäftsjahr 2016 betragen die Bezüge des Aufsichtsrats 1.239,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.188,8 Tsd. Euro).

Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmervertretern sowie für die ehemaligen persönlich haftenden Gesellschafter der Bank gelten die allgemeinen Regeln für Mitarbeiter beziehungsweise ehemalige persönlich haftende Gesellschafter.

An ehemalige persönlich haftende Gesellschafter und deren Hinterbleibende der HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA und der Trinkaus & Burkhardt KG, die Rechtsvor-

gängerinnen der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG sowie an ehemalige Vorstände der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG wurden Bezüge in Höhe von 5,2 Mio. Euro (Vorjahr: 8,9 Mio. Euro) gezahlt. Für diesen Personenkreis bestehen Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach HGB in Höhe von 39,8 Mio. Euro (Vorjahr: 41,3 Mio. Euro).

8.7 Corporate Governance Kodex

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Bank haben die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Erklärung zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ abgegeben und der Öffentlichkeit dauerhaft auf der Homepage der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG (Internetlink: <http://www.about.hsbc.de/de-de/investor-relations/corporate-governance>) zugänglich gemacht.

8.8 Nachtragsbericht

Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
Vorgänge mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind zwischen dem Bilanzstichtag und dem Datum der Aufstellung nicht eingetreten.

8.9 Gewinnverwendungsvorschlag

in €	2016	2015
Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Bilanzgewinn von	157.020.132,50	109.720.132,50
Der Vorstand schlägt die folgende Verwendung vor:		
Zahlung einer Dividende von € 2,50 (Vorjahr: € 2,50) je Aktie auf das voll dividendenberechtigte Grundkapital in Höhe von 91.423.896,95 Euro (Vorjahr: 91.423.896,95 Euro)		
Das entspricht einer		
Dividendensumme von	85.220.132,50	85.220.132,50
Einstellung in die Gewinnrücklagen von	71.800.000,00	22.000.000,00
Einstellung in den Gewinnvortrag von	0,00	2.500.000,00
	157.020.132,50	109.720.132,50

Düsseldorf, den 21. Februar 2017

Der Vorstand

Organe

Vorstand

Carola Gräfin v. Schmettow (Vorstandssprecherin)
 Dr. Rudolf Apenbrink
 Paul Hagen
 Stephen Price (bis 31. Mai 2016)
 Norbert Reis

Birgit Hasenbeck*, Düsseldorf,
 Bankangestellte

Alan Keir, London,
 Non-Executive Director,
 HSBC Bank plc

Mitglieder der erweiterten Geschäftsleitung

Martin Hörstel (seit 1. Juni 2016)
 Dr. Christiane Lindenschmidt (bis 15. Juni 2016)
 Christian Kolb (seit 1. Juni 2016)
 Dr. Jan Wilmanns

Simon Leathes, London,
 Non-Executive Director,
 HSBC Bank plc

Friedrich Merz, Düsseldorf,
 Rechtsanwalt

Aufsichtsrat

Herbert H. Jacobi, Düsseldorf, Ehrenvorsitzender,
 ehemaliger persönlich haftender Gesellschafter,
 HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA

Ralf Rochus*, Essen,
 Bankangestellter

Andreas Schmitz, Düsseldorf, Vorsitzender,
 ehemaliger Sprecher des Vorstands,
 HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

Jochen Schumacher*, Krefeld,
 Bankangestellter

Samir Assaf, London,
 Group Managing Director, Chief Executive Officer Global
 Banking and Markets, HSBC Holdings plc

Dr. Eric Strutz, Berg,
 ehemaliges Mitglied des Vorstands
 der Commerzbank AG

Sigrid Betzen*, Meerbusch,
 Hauptgeschäftsführerin,
 Deutscher Bankangestellten-Verband

Carsten Thiem*, Düsseldorf,
 Bankangestellter

Stefan Fuchs*, Düsseldorf,
 Angestellter der HSBC Transaction Services GmbH

Hans-Jörg Vetter, Stuttgart,
 Vorsitzender des Vorstands der
 Landesbank Baden-Württemberg

Dr. Hans Michael Gaul, Düsseldorf,
 ehemaliges Mitglied des Vorstands der E.ON AG

Dr. Oliver Wendt*, Düsseldorf,
 Bankangestellter

* Arbeitnehmersvertreter

Mandate der Vorstände, Mitarbeiter und Aufsichtsrats- mitglieder

Vorstände

Die Vorstandsmitglieder der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG sind in folgenden

a) gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bzw.

b) vergleichbaren Kontrollgremien

vertreten:

Carola Gräfin von Schmettow

- | | |
|----|---|
| a) | ThyssenKrupp AG, Essen
BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin
BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin |
| b) | HSBC France S.A., Paris ² |

Dr. Rudolf Apenbrink

- | | |
|----|--|
| a) | Keine |
| b) | HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf (Vorsitzender) ¹
HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, Düsseldorf (stellv. Vorsitzender) ¹
HSBC Global Asset Management (Hong Kong) Ltd., Hong Kong ² |

Paul Hagen

- | | |
|----|--|
| a) | Düsseldorfer Hypothekenbank AG, Düsseldorf (stellv. Vorsitzender)
RWE Supply & Trading GmbH, Essen
Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf ¹ |
| b) | HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf (Vorsitzender) ¹
HSBC Bank A.S., Istanbul ² |

Stephen Price (bis 31. Mai 2016)

- | | |
|----|--|
| a) | keine |
| b) | HSBC Bank Polska S.A., Warschau ² |

Norbert Reis

- | | |
|----|--|
| a) | keine |
| b) | HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf ¹ |

¹ HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern

² HSBC Holdings plc-Konzern

Mitarbeiter

Folgende Mitarbeiter der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG sind in folgenden

a) gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bzw.

b) vergleichbaren Kontrollgremien

vertreten:

Marc Cringle

- | | |
|----|--|
| a) | keine |
| b) | HSBCTransaction Services GmbH, Düsseldorf ¹ |
-

Thomas Fahlenbock

- | | |
|----|--|
| a) | HSBC INKA Investment-AG TGV, Düsseldorf ¹ |
| b) | keine |
-

Gerd Goetz

- | | |
|----|--|
| a) | sino AG, Düsseldorf
tick-TS AG, Düsseldorf (stellv. Vorsitzender) |
| b) | keine |
-

Carsten Hennies

- | | |
|----|---|
| a) | keine |
| b) | HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg (stellv. Vorsitzender) ¹ |
-

Dr. Detlef Irmén

- | | |
|----|--|
| a) | keine |
| b) | HSBCTransaction Services GmbH, Düsseldorf ¹ |
-

Dr. Andreas Kamp

- | | |
|----|---|
| a) | keine |
| b) | HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg (Vorsitzender) ¹ |
-

**Dr. Christiane Lindenschmidt
(bis 15. Juni 2016)**

- | | |
|----|---|
| a) | Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf (Vorsitzende) ¹
HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf ¹ |
| b) | HSBCTransaction Services GmbH, Düsseldorf (Vorsitzende) ¹ |
-

**Dr. Manfred von Oettingen
(bis 31. Dezember 2016)**

- | | |
|----|--|
| a) | keine |
| b) | HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf ¹ |
-

Götz Röhr

- | | |
|----|--------------------------------------|
| a) | keine |
| b) | Theodor-Fliedner-Heim GmbH, Solingen |
-

Heiko Schröder

- | | |
|----|--|
| a) | HSBC INKA Investment-AG TGV, Düsseldorf (Vorsitzender) ¹ |
| b) | HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg ¹ |
-

Ulrich W. Schwittay

- | | |
|----|---|
| a) | keine |
| b) | HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, Düsseldorf ¹ |
-

Bernd Stotzka

- | | |
|----|-----------------------------|
| a) | keine |
| b) | Opra Turbines B.V., Hengelo |
-

Dr. Jan Wilmanns

- | | |
|----|--|
| a) | Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf (Vorsitzender) ¹ |
| b) | HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf ¹ |
-

Steffen Zeise

- | | |
|----|--|
| a) | keine |
| b) | HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf ¹ |
-

¹ HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern

² HSBC Holdings plc-Konzern

Aufsichtsratsmitglieder

Die Mitglieder unseres Aufsichtsrats besitzen weitere Mandate in folgenden

- a) gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bzw.
- b) vergleichbaren Kontrollgremien:

Andreas Schmitz	
a)	Börse Düsseldorf AG, Düsseldorf (Vorsitzender) E.ON SE, Düsseldorf
b)	KfW – Bankengruppe, Frankfurt am Main Scheidt & Bachmann GmbH, Mönchengladbach
Samir Assaf	
a)	keine
b)	HSBC France S.A., Paris (Chairman) ²
Dr. Hans Michael Gaul	
a)	Siemens AG, München
b)	keine
Alan Keir	
a)	keine
b)	HSBC Bank Middle East Ltd., Dubai ² Majid Al Futtaim Holdings LLC, Dubai Sumitomo Mitsui Banking Corporation Europe, London
Simon Leathes	
a)	keine
b)	HSBC Bank plc, London ² Assured Guaranty Ltd., Hamilton Assured Guaranty (Europe) Ltd., London Assured Guaranty (UK) Ltd., London HSB-Engineering Insurance Ltd., London
Friedrich Merz	
a)	WEPA Industrieholding SE, Arnshausen (Vorsitzender) BlackRock Asset Management Deutschland AG, München (Vorsitzender)
b)	Stadler Rail AG, Bussnang
Dr. Eric Strutz	
a)	keine
b)	Partners Group Holding AG, Baar Partners Group AG, Baar, HSBC Bank plc, London ²

Hans-Jörg Vetter

-
- | | |
|----|---|
| a) | Herrenknecht AG, Schwanau (Vorsitzender)
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart |
| b) | keine |
-

- 1 HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern
2 HSBC Holdings plc-Konzern

Entwicklung des Anlagevermögens

Sachanlagevermögen

	Anschaffungskosten	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Anschaffungskosten
in TEUR	01.01.2016				31.12.2016
Grundstücksgleiche Rechte	300,4	0,0	0,0	0,0	300,4
Sachanlagen	99.568,1	11.396,2	10.959,4	0,0	100.004,9
Standardsoftware	4.321,6	0,0	0,0	0,0	4.321,6
Immaterielle Anlagewerte	14.614,5	1.667,6	0,0	0,0	16.282,1
Insgesamt	118.804,6	13.063,8	10.959,4	0,0	120.909,0

Finanzanlagevermögen

	Anschaffungskosten	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Anschaffungskosten
in TEUR	01.01.2016				31.12.2016
Beteiligungen	53.418,1	22,8	567,9	0,0	52.873,0
Anteile an verbundenen Unternehmen	168.529,8	0,0	2,5	0,0	168.527,3
Insgesamt	221.947,9	22,8	570,4	0,0	221.400,3

ANHANG I

Kumulierte Abschreibung	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Kumulierte Abschreibung	Restbuchwert	Restbuchwert
01.01.2016				31.12.2016	31.12.2016	31.12.2015
113,4	3,7	0,0	0,0	117,1	183,3	187,0
61.110,7	12.685,0	9.174,6	0,0	64.621,1	35.383,8	38.457,4
4.321,6	0,0	0,0	0,0	4.321,6	0,0	0,0
12.210,0	1.655,2	0,0	0,0	13.865,2	2.416,9	2.404,5
77.755,7	14.343,9	9.174,6	0,0	82.925,0	37.984,0	41.048,9

Kumulierte Abschreibung	Zugänge	Abgänge	Zu- schreibungen	Kumulierte Abschreibung	Restbuchwert	Restbuchwert
01.01.2016				31.12.2016	31.12.2016	31.12.2015
2.832,7	2.523,3	0,0	0,0	5.356,0	47.517,0	50.585,4
273,6	0,0	0,0	0,0	273,6	168.253,7	168.256,2
3.106,3	2.523,3	0,0	0,0	5.629,6	215.770,7	218.841,6

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesell-

schaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 3. März 2017

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Goldschmidt
Wirtschaftsprüfer

ppa. Susanne Beurschgens
Wirtschaftsprüferin

Geschäftsbericht **2016**

HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern

Kennzahlen des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns

	2016	2015	Veränderung in %
Erfolgszahlen in Mio. €			
Operative Erträge	774,8	721,3	7,4
Risikovorsorge	4,4	0,2	> 100,0
Verwaltungsaufwand	567,9	530,4	7,1
Jahresüberschuss vor Steuern	229,9	217,4	5,7
Ertragsteuern	74,4	65,3	13,9
Jahresüberschuss	155,5	152,1	2,2
Bilanzzahlen in Mio. €			
Bilanzsumme	23.084,8	21.670,5	6,5
Bilanzielles Eigenkapital	2.240,0	1.949,8	14,9
Kennzahlen			
Aufwand-Ertrag-Relation der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in %	70,8	70,9	-
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %	11,8	11,7	-
Anteil Provisionsüberschuss an den operativen Erträgen in %	61,3	61,2	-
Funds under Management and Administration in Mrd. €	238,9	215,3	11,0
Mitarbeiter	2.832	2.793	1,4
Angaben zur Aktie			
Zahl der ausgegebenen Aktien in Mio. Stück	34,1	34,1	0,0
Dividende je Aktie in €	2,50	2,50	0,0
Ergebnis je Aktie in €	4,54	4,46	1,8
Börsenkurs der Aktie per 31.12. in €	63,72	72,90	-12,6
Marktkapitalisierung in Mio. €	2.172,9	2.485,9	-12,6
Bankaufsichtsrechtliche Kennzahlen*			
Kernkapital in Mio. €	1.916,8	1.634,8	17,2
Aufsichtsrechtliches Kapital in Mio. €	2.241,9	2.001,9	12,0
Risikoposition in Mio. €	15.613,7	15.871,5	-1,6
Kernkapitalquote in %	12,3	10,3	-
Eigenkapitalquote im Verhältnis zur Risikoposition in %	14,4	12,6	-

* nach Bilanzfeststellung



Geschäftsbericht 2016

HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern

Datum der Herausgabe:
April 2017

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
Königsallee 21/23
40212 Düsseldorf

Tel. +49 211 910-0
Fax +49 211 910-616

info@hsbc.de
www.hsbc.de

Grundlagen des Konzerns

Geschäftsmodell des Konzerns

Aufbau und Leitung

Der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern umfasst derzeit eine Gruppe von 13 aktiven Gesellschaften. Obergesellschaft ist die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG.

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH Düsseldorf	HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH Düsseldorf	Grundstücksgesellschaft Trinkausstraße KG Düsseldorf
HSBC INKA Investment-AGTGV Düsseldorf	HSBC Global Asset Management (Österreich) GmbH Wien	Trinkaus Private Equity Management GmbH Düsseldorf
HSBC Transaction Services GmbH Düsseldorf	HSBC Global Asset Management (Switzerland) AG Zürich	HSBC Trinkaus & Burkhardt Gesellschaft für Bankbeteiligungen mbH Düsseldorf
	HSBC Trinkaus Real Estate GmbH Düsseldorf	Gesellschaft für industrielle Beteiligungen und Finanzierungen mbH Düsseldorf
	HSBC Trinkaus Family Office GmbH Düsseldorf	

Zum Konzern gehören darüber hinaus noch weitere Gesellschaften, die jedoch zurzeit keine bedeutenden aktiven Tätigkeiten ausüben. Schließlich werden dem Konzern Gesellschaften zugerechnet, die als persönlich haftende Gesellschafter von geschlossenen Immobilienfonds und von Private Equity-Fonds fungieren. Der Konzern steht unter einheitlicher Leitung des Vorstands

der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG. Die Geschäftsführer der Einzelgesellschaften werden in der Regel durch Aufsichtsräte, Verwaltungsräte oder Beiräte beaufsichtigt. Unbeschadet ihrer rechtlichen Selbstständigkeit werden alle Gesellschaften im Rahmen einer Gesamtstrategie geführt.

Die Geschäftsbereiche

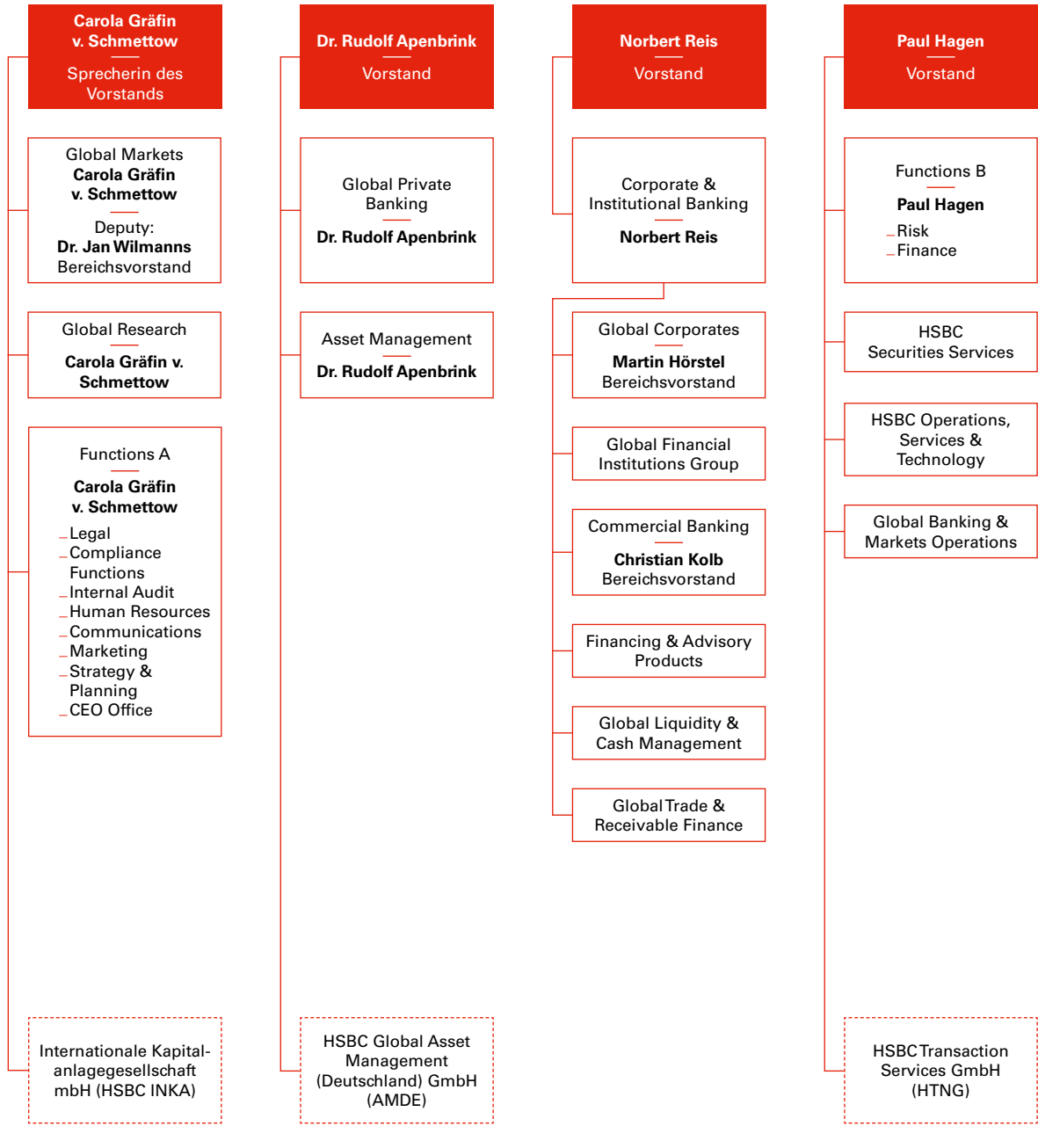
Alle Vorstandsmitglieder sind ungeachtet ihrer Gesamtverantwortung für bestimmte Bereiche individuell zuständig. Die Herren Martin Hörstel, Christian Kolb und Dr. Jan Wilmanns stehen den Vorstandsmitgliedern im Rahmen der erweiterten Geschäftsführung als Bereichsvorstände zur Seite. Die Zuordnungen im nachfolgenden Organigramm gelten nicht nur für die AG und ihre Niederlassungen, sondern auch für die Tochtergesellschaften.

Nach erfolgreicher dreijähriger Leitung und Weiterentwicklung des Ressorts Mittelstandskunden hat sich Stephen Price entschlossen, zum 31. Mai 2016 sein Amt als Vorstandsmitglied niederzulegen, um sich außerhalb der Bank neuen Aufgaben zu widmen. Der Vorstand verkleinert sich dadurch von fünf auf vier Mitglieder. Dr. Christiane Lindenschmidt hat im Juni 2016 eine neue

Herausforderung in der HSBC-Gruppe als Chief Administration Officer im Group COO Office in London angenommen.

Bislang hat die Bank in ihrem Firmenkundengeschäft zwischen den beiden Ressorts Commercial Banking, dem Mittelstandsgeschäft, und Global Banking Corporates, dem Geschäft mit internationalen Großkonzernen, unterschieden. Die Bank hat mit Wirkung zum 1. Juni 2016 beide Ressorts unter ein Dach zusammengeführt und trägt so der Besonderheit des deutschen Firmenkundenmarkts mit seinen starken und international ausgerichteten Unternehmen künftig noch besser Rechnung. Den neuen Bereich „Corporate and Institutional Banking“ leitet Norbert Reis als Vorstand. Die neuen Bereichsvorstände Christian Kolb für Commercial Banking und Martin Hörstel für Global Corporates unterstützen Norbert Reis in seiner erweiterten Verantwortung.

Vorstand



Die Geschäftsbereiche Private Banking (GPB), Commercial Banking (CMB) und Global Banking & Markets (GB&M) sowie Asset Management (AM) entsprechen der weltweiten Organisationsstruktur der HSBC-Gruppe.

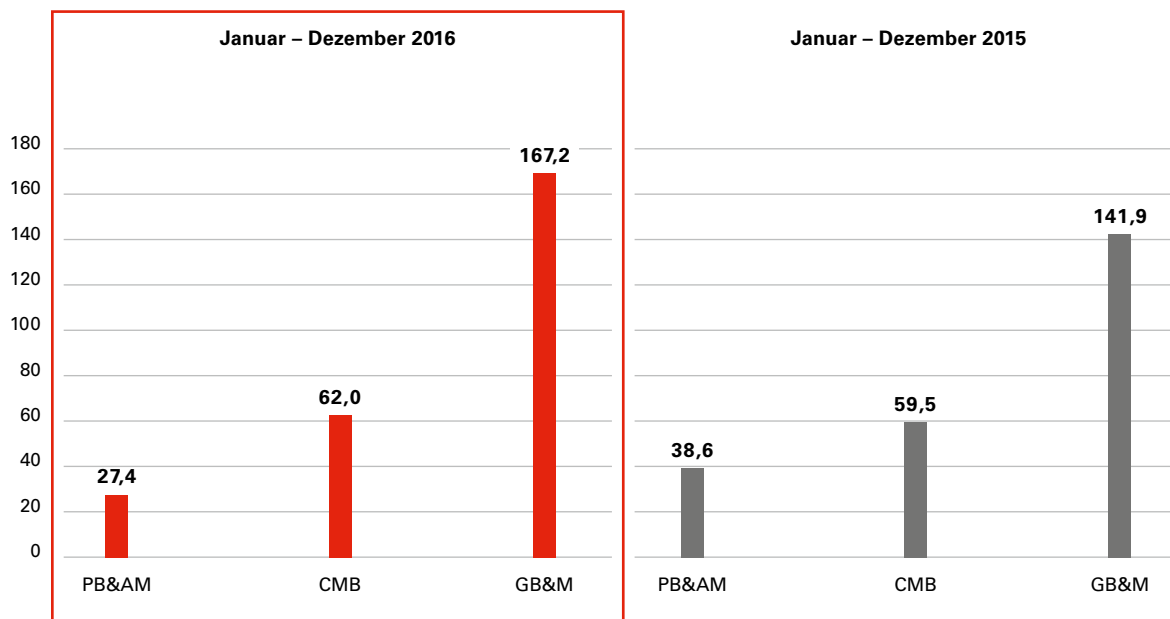
passt die Summe der Ergebnisse des Privatkunden- und des Asset Management-Geschäfts, während sich die Darstellung der anderen Sparten Commercial Banking und Global Banking and Markets nicht verändert hat.

Die Zusammenfassung der bisher getrennt ausgewiesenen Bereiche Private Banking und Asset Management zu dem Segment Private Banking & Asset Management folgt der neuen Steuerungssystematik innerhalb von HSBC Deutschland. Das neue Segment enthält erstmalig für das Gesamtjahr 2016 und rückwirkend ange-

Die Kosten für Technologie und Servicebereiche werden zum überwiegenden Teil mittels Leistungsartenpreisen (Stückkosten) den Kunden- und Handelsbereichen belastet. Die Cost Center werden auf die operativen Geschäftsbereiche verrechnet, sodass deren Geschäftsergebnisse auf Vollkosten basieren.

Anteile an Geschäftsergebnissen

in Mio. €



Unsere Strategie im Überblick

Geschäftsstrategie

Der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern hat im vergangenen Geschäftsjahr erneut gezeigt, dass sein diversifiziertes Geschäftsmodell mit klarer Kundenorientierung überzeugt. Der Garant für den Erfolg ist die in der deutschen Bankenlandschaft einzigartige Verbindung einer lokal starken und hochprofessionellen Geschäftsbank mit der internationalen Leistungsfähigkeit und Kapitalkraft der HSBC-Gruppe. Als Teil dieser Banken-Gruppe verfügt die Bank mit „AA- (Stable)“ weiterhin über das beste Fitch-Rating einer privaten Geschäftsbank in Deutschland. Dies erachten wir als Bestätigung und solides Fundament unserer erfolgreichen Geschäftsstrategie.

Aus dieser Position der Stärke heraus wollen wir den schwierigen sich ändernden Rahmenbedingungen im Bankenmarkt begegnen: Erstens belastet das historisch extrem niedrige Zinsumfeld die operative Ertragskraft von Banken erheblich. Zweitens nimmt die Regulierung des Bankensektors weiter mit zum Teil erheblichen Auswirkungen auf Geschäftsmodelle in der Bankenbranche zu. Wir verbreitern unser auf das Wertpapier- und Devisengeschäft ausgerichtetes Geschäftsmodell mit sehr starker Marktstellung im Geschäft mit institutionellen Kunden, indem wir stärker auf das Firmenkundengeschäft setzen. Drittens müssen wir uns dauerhaft mit einem lediglich moderaten Wirtschaftswachstum in Deutschland auseinandersetzen. Für die Jahre 2017 und 2018 wird nunmehr nur noch von einem Wachstum von 1,6 und 1,7 % p. a. ausgegangen. Viertens sind die Wachstumsraten im globalen Handel rückläufig und die mögliche Abschottung einzelner Wirtschaftsräume u. a. als Folge von Brexit und der neuen Regierung in den USA könnten den internationalen Handel weiter belasten. Und fünftens ist seit einiger Zeit das Interesse ausländischer Anbieter am deutschen Markt wieder erwacht, was den Wettbewerb signifikant verschärft.

Deshalb haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 unsere Wachstumsstrategie weiterentwickelt und an das oben dargestellte veränderte Umfeld angepasst. Unter dem Titel „Germany 2020“ haben wir einen Wachstumsplan für die Jahre 2016 bis 2020 entwickelt, dessen grundsätzliche Zielgrößen und strategische Überzeugungen denen der Wachstumsinitiative entsprechen, nämlich das Firmenkundengeschäft mit international tätigen Unternehmen auszubauen. Die unverändert

starke Stellung im Geschäft mit institutionellen Kunden, die ein wesentlicher Pfeiler des gesamten kundenorientierten Geschäftsmodells der Bank ist, soll weiter gefestigt werden. Die Wachstumsinitiative, die wir 2013 ins Leben gerufen hatten, gilt inzwischen als umgesetzt.

Unsere strategischen Grundüberzeugungen lauten nach wie vor:

Wir wollen die führende internationale Bank in Deutschland für unsere deutschen mittelständischen Unternehmen und Großunternehmen werden sowie der ‚Trusted Advisor‘ für alle unsere Kunden. Wir wollen uns als Kernbank bei unseren Kunden etablieren. Innerhalb der HSBC-Gruppe wollen wir unsere starke Stellung in der Zuführung von Geschäft an andere Gruppeneinheiten halten, zudem wollen wir in der Zuführung von Geschäft zwischen den Geschäftsbereichen führend sein. Wir unterstützen unsere Kundenbereiche dabei mit effizienten und vereinfachten Prozessen. Dies hilft nicht nur, mehr Zeit am Kunden verbringen zu können, sondern auch die Kosten zu reduzieren.

Im Zuge von „Germany 2020“ wurden neue Akzente gesetzt und in fünf Agendapunkten konkretisiert:

1. Stärkere Betonung des qualitativen Wachstums
2. Verstärkte Renditeorientierung
3. Verbesserung des Produktangebots
4. Ausbau der grenzüberschreitenden und Business-Line-übergreifenden Zusammenarbeit
5. Verschlinkung der Prozesse / Investitionen in IT

Nach der volumengetriebenen Wachstumsphase, um Marktanteile zu gewinnen, fokussiert sich unser Haus nun auf qualitatives Wachstum und eine renditeorientierte Strategie. Im Vordergrund steht, die Investition in neue und bestehende Kundenbeziehungen zu amortisieren und nach dem Vertrieb von kreditorientierten Produkten nun verstärkt provisionsgetriebene Produkte beim Kunden zu platzieren. Nachdem sich unser Haus beim Kunden als Kernbank etabliert hat, erwartet die Bank eine Vertiefung des „Wallet“, also des Anteils am gesamten Budget des Kunden für Bankprodukte. Die

* Die Ratingagentur Fitch Ratings Ltd. hat ihren Sitz in der Europäischen Gemeinschaft und ist gemäß der "VERORDNUNG (EG) 1060/2009 des EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 16. September 2009 über Ratingagenturen" registriert.

Rentabilität von Kundenbeziehungen steht im Vordergrund. Dies ist auch deshalb erforderlich, weil die Umsetzung der Global Standards zur Bekämpfung von Finanzkriminalität mit Kosten einhergeht, die höhere Mindesterloße pro Kunde erfordern. Um die Kundenbetreuung im Cross-Selling zu unterstützen, wird die Produktpalette weiter ausgebaut und verbessert.

Die Bereiche Global Private Banking und Asset Management sind wichtige Pfeiler der Gesamtstrategie. Sie unterstützen das Geschäftsmodell u. a. durch stabile Refinanzierungsmittel und benötigen nur einen begrenzten Eigenkapitaleinsatz zur Erwirtschaftung der Erträge.

Die Bank strebt an, sowohl die lokalen als auch die gruppenweiten Erlöse durch die enge Zusammenarbeit der Geschäftsbereiche weiter zu verbessern. Die Stellung als ein Cross Border-Champion innerhalb der HSBC-Gruppe, also einer Einheit, die anderen Einheiten der HSBC-Gruppe signifikant Geschäft zuführt, wollen wir weiter ausbauen und so auch die Profitabilität der Kundenverbindung auf globaler Ebene steigern. Der Fokus ist und bleibt die globale Sicht auf das Geschäft, daher wird neben lokalen auch nach globalen Rentabilitätsgesichtspunkten gesteuert.

Um die Kundenseite von den zunehmenden administrativen Aufgaben zu entlasten und gleichzeitig Kosten zu senken, werden die Prozesse optimiert. Durch Standardisierung von Prozessen und Offshoring in das HSBC-Servicecenter in Krakau werden weitere Schritte zur Rationalisierung und Effizienzgewinnung durchgeführt. Dies wird auch durch weitere Investitionen in die IT-Infrastruktur gelingen.

Ein wesentliches Teilprojekt unter „Germany 2020“ ist der Aufbau des Bereichs „Corporate and Institutional Banking (CIB)“: Der deutsche Firmenkundenmarkt zeichnet sich durch einen starken Mittelstand und eine hohe Anzahl von Firmen mit namhaften Umsätzen aus. Deutsche mittelständische Unternehmen weisen zudem eine hohe Internationalität auf und sind nicht selten Weltmarktführer in ihrer Branche. Sie wurden nach der bisherigen Systematik aus Commercial Banking (CMB) heraus betreut, gleichen im Nachfrageverhalten aber eher den Global Banking-Kunden. Im Zuge von „Germany 2020“ hat das Haus daher beschlossen, die Kundenbereiche Commercial Banking, Global Corporates und Global Financial Institutions Group sowie die Produktbereiche Financing & Advisory Products (FAP, vormals Capital Finance), Global Liquidity & Cash Management

(GLCM) und Global Trade & Receivable Finance (GTRF) unter einer Führung näher zusammenrücken zu lassen und so den Besonderheiten des deutschen Firmenkundenmarkts besser gerecht zu werden. Der so entstandene Bereich „Corporate and Institutional Banking“ (CIB) ermöglicht einen einheitlichen Auftritt und verbesserten Zugang für die international ausgerichteten Unternehmen zu unseren Produkten und den Services der HSBC-Gruppe weltweit. Auf diese Weise sollen zusätzliche Impulse für das Wachstum im Firmenkundengeschäft gesetzt werden. Gleichzeitig kann die Bank bestehende Synergien nutzen und Komplexität verringern.

Damit knüpft „Germany 2020“ nahtlos an die erfolgreiche Wachstumsinitiative von 2013 an. Während der Markt lediglich ein moderates einstelliges Wachstum in dem Zeitraum 2013 bis 2016 verzeichnete, weitete unser Haus das Kreditgeschäft um mehr als 20 Prozent jährlich aus; unser Erlöswachstum lag in diesem Zeitraum ebenfalls über dem Marktdurchschnitt. Gleichzeitig war es uns möglich, unsere Kundenbasis signifikant zu stärken und durch ein erweitertes Produktangebot die Attraktivität von HSBC als Hausbank zu erhöhen. Entsprechend konnten wir unsere Marktpositionen deutlich verbessern. In den auf lokaler Ebene neu etablierten Produktbereichen Leveraged Acquisition Finance und Mid Market Financial Sponsors war es uns sogar möglich, in kürzester Zeit eine Top-Position im Markt einzunehmen.

Die langjährigen vertrauensvollen Geschäftsbeziehungen zu unseren Kunden sowie deren positive Rückmeldungen auf unsere Wachstumsstrategie bestärken uns in unserer Überzeugung, auf dem richtigen Weg zu sein. Das gibt uns das Vertrauen, den eingeschlagenen Pfad weiterzugehen. Und so bilden die Basis unseres Erfolgs auch weiterhin:

- unser stabiles Fundament von Werten wie Vertrauen, Ehrlichkeit, Pflichtbewusstsein und Verantwortung, die wir mit der HSBC-Gruppe teilen
- unsere Kapitalbasis, die auch im Hinblick auf zukünftige Regulierungen stark ist
- unsere Ertragskraft, die im Verhältnis zum Wettbewerb seit Jahren überdurchschnittlich ist
- unsere seit vielen Jahren zusammenarbeitende und motivierte Mitarbeiterschaft

- unsere Produkte und Dienstleistungen, die unsere Kunden überzeugen
- unsere Integration in die HSBC-Gruppe

Im Sinne unserer mehr als 230-jährigen Tradition bleiben wir dabei auch weiterhin unseren Werten verpflichtet, denn Zukunft braucht Herkunft.

Unsere Unternehmenswerte als Grundlage für den Erfolg der Geschäftsstrategie

Die Umsetzung unserer Geschäftsstrategie kann nur gelingen, wenn wir unseren gemeinsamen Wertekatalog aktiv leben. Im Einklang mit den Werten der HSBC-Gruppe haben wir uns folgenden Werten verschrieben:

„Courageous Integrity“ als übergeordneter Unternehmenswert, der Vertrauen, Ehrlichkeit, Verantwortung und Pflichtbewusstsein beinhaltet

Der Grundsatz der „Courageous Integrity“ bedeutet, den Mut zu haben, Entscheidungen zu fällen, ohne Angst zu haben und ohne auf konkrete Anweisungen zu warten. Dabei dürfen die ethischen Grundsätze und die Integrität, für die das Unternehmen schon seit seiner Gründung steht, nicht kompromittiert werden. Dieser Grundsatz bestärkt die Mitarbeiter, Verantwortung für ihr eigenes Handeln zu übernehmen. Er ermutigt sie, Entscheidungen alleine zu treffen, ohne sich dabei hinter Rangordnungen und Regeln zu verstecken. Darüber hinaus gibt er ihnen Sicherheit, im Alltag für das einzustehen, was wichtig ist, und die Bank vor dem zu schützen, was falsch ist.

Verhaltensstandards „Zuverlässigkeit, Offenheit und Verbundenheit“

Mit den drei zentralen Werten – Zuverlässigkeit, Offenheit und Verbundenheit – hat die HSBC-Gruppe Verhaltensstandards festgelegt, die unser Haus übernommen hat. Ihre Bedeutung im Einzelnen ist wie folgt:

- Zuverlässigkeit steht für die Stärkung des persönlichen Verantwortungsgefühls, für das einzustehen, was man für wichtig und richtig hält, sowie dafür, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.
- Als Bestandteil einer internationalen Gruppe ist Offenheit gegenüber verschiedenen Ideen und Kulturen ein wichtiger Wert für die erfolgreiche Zusammenarbeit. Darüber hinaus werden die Mitarbeiter der Bank darin bestärkt, eine Kultur der offenen Kommunikation von Risiken zu schaffen, in der aufmerksames Zuhören, das Schätzen von Herausforderungen sowie das Lernen aus Fehlern ausschlaggebend sind.
- Verbundenheit drückt sich in der Nähe zu den Kunden, zu der Gesellschaft, aber auch in der Unterstützung der Mitarbeiter untereinander aus. Durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit können wichtige Geschäftsbeziehungen aufgebaut werden, sodass unter Berücksichtigung unterschiedlicher Sichtweisen gute Leistungen und Innovationen erzielt werden können.

Global Standards and Conduct-Programm

Die HSBC-Gruppe hat sich mit der Einführung der „Global Standards“ das Ziel gesetzt, die effektivsten Kontrollen zum Schutz gegen Finanzkriminalität zu etablieren. Neben der Bekämpfung von Finanzkriminalität durch das Global Standards-Programm hat sich HSBC ein Conduct-Programm gegeben, in welchem sie sich und ihre Mitarbeiter verpflichtet, faire Ergebnisse für ihre Kunden sicherzustellen und auf Ordnung und Transparenz der Finanzmärkte hinzuwirken. Diese Compliance-Agenda setzen wir bei HSBC Deutschland mit voller Überzeugung und großem Einsatz um.

Das Steuerungssystem

1. Erläuterung des Steuerungssystems

Die Bank verfügt über ein integriertes Steuerungssystem, das die Bank sowie alle Tochtergesellschaften umfasst. Dieses System dient zum einen der Formulierung klarer operationaler und strategischer Finanzziele. Zum anderen dient es dazu, Planabweichungen und mögliche Fehlentwicklungen rechtzeitig zu identifizieren, um geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Neben den unten dargestellten hochaggregierten Kennzahlen verfügt die Bank zusätzlich über granulare Kennziffern und Instrumente, die für die Detailplanung und -steuerung verwendet werden. Hierzu zählen beispielhaft Kennziffern zur Steuerung der Liquidität und auch die Kundenkalkulation, in der alle Bankgeschäfte mit jedem einzelnen Kunden erfasst und bewertet sind.

Nach der Festlegung des Risk Appetites als Fundament der jährlichen operativen Planung durch den Vorstand werden diese und weitere Kennziffern im Risk Committee des Aufsichtsrats ausführlich besprochen und dem Gesamtaufsichtsrat zur Kenntnis gebracht.

2. Angabe der Kennzahlen

Angelehnt an das Konzept der HSBC-Gruppe orientiert sich das Steuerungssystem der Bank bei der Analyse der strategischen Erfolgsfaktoren und der aus diesen ableitbaren strategischen Entscheidungen über Effizienz, Profitabilität, Liquidität und Risiko neben dem Jahresüberschuss vor Steuern an den folgenden Kennzahlen:

- Aufwand-Ertrag-Relation
- Eigenkapitalrendite
- Liquidity Coverage Ratio
- Kernkapitalquote
- Eigenkapitalquote

3. Erläuterung der Berechnung der Kennzahlen

Aufwand-Ertrag-Relation

Zur Berechnung der Aufwand-Ertrag-Relation wird der Verwaltungsaufwand in Relation zu den Erträgen der Bank (Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handlungsergebnis, Finanzanlageergebnis und Sonstiges Ergebnis) gesetzt.

Eigenkapitalrendite

Die Eigenkapitalrendite ermittelt sich aus der Gegenüberstellung von Jahresüberschuss vor Steuern und dem über die letzten fünf Quartale ermittelten durchschnittlichen Eigenkapital (inklusive des durchschnittlichen Konzernbilanzgewinns und exklusive der durchschnittlichen Bewertungsreserven). Da das IFRS-Eigenkapital der Bank mit dem zusätzlichen Kernkapital seit 2016 auch einen Kapitalbestandteil beinhaltet, der nicht den Aktionären zurechenbar ist, werden sowohl der Jahresüberschuss vor Steuern als auch das durchschnittliche Eigenkapital um die Effekte auf die Kennzahl aus dem zusätzlichen Kernkapital bereinigt.

Liquidity Coverage Ratio

Die Liquidity Coverage Ratio setzt den Bestand an hochliquiden Aktiva ins Verhältnis zum gesamten Nettzahlungsmittelabfluss der nächsten 30 Kalendertage.

Kernkapitalquote

Die Kernkapitalquote setzt das konsolidierte aufsichtsrechtliche Kernkapital ins Verhältnis zur Risikoposition (Kreditrisiken, Marktrisiken und operationelle Risiken).

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote setzt die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel (Kernkapital und Ergänzungskapital) ins Verhältnis zur Risikoposition (Kreditrisiken, Marktrisiken und operationelle Risiken).

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen

Konjunkturelle Sorgen prägten die erste Jahreshälfte 2016, wobei den Finanzmärkten zum Jahresanfang besonders die chinesische Wirtschaft Kopfzerbrechen bereitete. Aber auch in den USA führte eine Wachstumsverlangsamung schnell zu Diskussionen, ob die Leitzinserhöhung durch die US-Notenbank Ende 2015 nicht doch verfrüht war. Die geringe globale Nachfrage drückte den Ölpreis im ersten Quartal auf neue Tiefstände, was bestehende disinflationäre Tendenzen verstärkte. Insgesamt erwiesen sich auf globaler Ebene Befürchtungen bezüglich einer nachhaltigen Konjunkturschwäche aber als unbegründet. Der Geld- und Fiskalpolitik gelang es, das Wachstum in China zu stabilisieren, sodass für 2016 von einem BIP-Plus von 6,7 % ausgegangen werden kann, gefolgt von 6,5 % in 2017. Zusätzlichen Rückenwind erhält die Wirtschaft dabei durch die deutliche Abwertung des Renminbi im Verlauf von 2016. Auch die US-Wirtschaft hat in der zweiten Hälfte des Jahres wieder an Dynamik gewonnen, für das gesamte Jahr dürfte es aufgrund der schwachen ersten Jahreshälfte aber nur zu einem Wachstumsplus von 1,6 % reichen. Die Konjunkturbelebung des zweiten Halbjahres und die verbesserten Wachstumsperspektiven für 2017 nutzte die US-Notenbank zu einer weiteren Zinserhöhung um 25 Basispunkte im Dezember und stellte weitere in Aussicht, was Rückenwind für den US-Dollar generierte. Insgesamt zeichnet sich aber nur eine moderate geldpolitische Verschärfung in den kommenden Quartalen ab.

Der spätere Jahresverlauf wurde vor allem aber durch politische Themen dominiert. In den USA ging Donald Trump als Sieger aus dem Präsidentschaftswahlkampf hervor. Startend mit der zweiten Jahreshälfte 2017 dürfte eine expansivere Fiskalpolitik der US-Wirtschaft einen zusätzlichen Schub geben, die 2017 um 2,3 % expandieren dürfte. Auch in Großbritannien dominierte mit dem Votum der britischen Bevölkerung, die EU verlassen zu wollen, ein politisches Ereignis das Geschehen. Zwar ließ dies die britische Wirtschaft bisher kalt. Wenn die britische Regierung im Frühjahr 2017 den Aus-

trittsprozess auf Basis von Artikel 50 des EU-Vertrags beginnt, rechnen wir aber mit einer Abkühlung der Wachstumsdynamik, sodass die Wirtschaft 2017 nur noch um 1,2 % nach 2,0 % im Vorjahr zulegen dürfte. In Italien stimmte die Bevölkerung in einem Referendum gegen eine Verfassungsreform und damit gegen eine Neuausrichtung des schon seit Jahren wirtschaftlich schwächelnden Landes.

Gemessen an den politischen Unwägbarkeiten hat sich die Eurozone insgesamt 2016 gut geschlagen und dürfte um 1,7 % gewachsen sein. Wachstumstreiber waren dabei die spanische und deutsche Wirtschaft. Für 2017 zeichnet sich eine leichte Verlangsamung der Expansion auf 1,2 % in der Eurozone ab. Zwar dürfte die Weltkonjunktur leicht kräftiger wachsen, allerdings sollte die Investitionstätigkeit mit Blick auf die anhaltenden politischen Unsicherheiten verhalten bleiben. So stehen in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland wichtige Wahlgänge an, und auch in Italien sind nach dem gescheiterten Referendum vorgezogene Neuwahlen durchaus wahrscheinlich. Zudem ist davon auszugehen, dass der private Konsum an Dynamik verlieren wird. So hat der Ölpreis im Jahresverlauf 2016 deutlich zugelegt und zum Ende des Jahres durch die Entscheidung der OPEC, die Fördermenge zu kürzen, einen zusätzlichen Schub erhalten. Vor diesem Hintergrund dürfte die Inflation 2017 deutlich von 0,4 % im Vorjahr auf 2,1 % zulegen, was die Kaufkraft der Verbraucher schwächt.

Bedingt durch die höheren Rohstoffpreise haben die Deflationsgefahren in der Eurozone wieder nachgelassen, welche die EZB im März 2016 dazu veranlassten, den Einlagensatz weiter in den negativen Bereich auf -0,4 % zu senken, das Volumen ihres Anleihekaufprogramms von monatlich 60 auf 80 Mrd. Euro aufzustocken und eine Reihe von langlaufenden Tendergeschäften (TLTRO) anzukündigen. Im Dezember gab die EZB bekannt, ihr Kaufprogramm bis mindestens Ende 2017 fortzusetzen, das Volumen der Käufe ab April aber auf monatlich 60 Mrd. Euro zu reduzieren. So lange die Währungshüter ihre Käufe fortsetzen, ist nicht mit einer Erhöhung der Leitzinsen zu rechnen. Dies sollte letztlich

dafür sorgen, dass sich der Anstieg der Rendite von zehnjährigen Bundesanleihen von Ende 2016 nicht fortsetzt und das Niedrigzinsumfeld auch 2017 anhält.

Trotz der historisch günstigen Finanzierungsbedingungen und mittlerweile gut ausgelasteter Kapazitäten war die Investitionszurückhaltung der Unternehmen erneut ein wesentlicher Faktor, der eine kräftigere Expansion der deutschen Wirtschaft 2016 verhinderte. Auch im Jahr 2017 ist nur von einer moderaten Erhöhung der Investitionsbereitschaft auszugehen, die von einer leicht zunehmenden Exportaktivität gestützt wird. Triebfeder der Konjunktur bleibt der Dienstleistungssektor, der auch hauptsächlich dafür verantwortlich bleiben sollte, dass die Erwerbstätigkeit in Deutschland weiter steigt. Aber auch in der Bauwirtschaft ist aufgrund der sehr guten Auftragslage ein deutlicher Stellenaufbau geplant. Die auf ein Rekordtief gesunkene Arbeitslosigkeit stützt weiter den privaten Konsum, der zusätzlich von einer Erleichterung bei der Einkommenssteuer Anfang 2017 profitiert. Durch den deutlich abebbenden Zustrom von Flüchtlingen wird die Fiskalpolitik 2017 nicht mehr ganz so kräftig zum Wirtschaftswachstum wie noch im Vorjahr beitragen. Insgesamt sollte der Bundeshaushalt auch 2017 ohne neue Schulden auskommen. Die Expansion des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland dürfte 2017 weiter oberhalb des langfristigen Wachstumspfads liegen und sich im Vergleich zum Vorjahr nur marginal von saisonbereinigt 1,8 % auf 1,6 % abschwächen.

Entwicklungen in der Bankenbranche

Niedriges Zinsniveau, schwache Kreditnachfrage, wachsender Wettbewerb und die Zunahme von Regulierungen bleiben wichtige Herausforderungen für die deutsche Bankenlandschaft:

- Seit März 2016 ist der Leitzins in den 19 Staaten der Eurozone auf einem neuen Rekordtief von 0,0 %; der Einlagenzins für Banken ist schon seit Juni 2014 negativ (seit März 2016 –0,4 %). Dies hatte unmittelbare Folgen für die Profitabilität deutscher Banken 2016 und wird sich auch 2017 auf das Ertragspotenzial der Finanzbranche auswirken. Eine Erhöhung der Zinssätze ist 2017 nicht zu erwarten.
- In den ersten sechs Monaten des Jahres 2016 lag das Volumen der Kredite an Unternehmen und Selbstständige mit rund 1.332 Mrd. Euro um 1,7 % über dem Vorjahr. Darin spiegelt sich zum einen eine gemäßigte Investitionstätigkeit der Unternehmen, zum anderen aber auch eine ausgeprägte Innenfinanzierung wider. Börsennotierte Unternehmen nutzten ihren Zugang zum Kapitalmarkt, das Volumen umlaufender Unternehmensanleihen stieg seit Dezember 2015 um rund 3 % auf über 265 Mrd. Euro im Juni. Insgesamt bleiben die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen unverändert günstig, zumal die EZB seit Juni 2016 auch Unternehmensanleihen aufkauft.
- Die Entscheidung Großbritanniens, aus der Europäischen Union auszutreten, bringt einiges an Unsicherheit mit sich und bedeutet ein Risiko für die deutsche Exportwirtschaft. Für den Finanzplatz Deutschland könnte der „Brexit“ auch eine Chance sein, falls sich internationale Banken dazu entschließen, Geschäftstätigkeiten nach Deutschland zu verlagern. Dies wird allerdings sehr stark vom Ausgang der Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien abhängen.
- Steigender Wettbewerb bleibt eine Herausforderung und führt zu verstärktem Druck auf die Profitabilität. Insbesondere ausländische Banken erkennen Deutschland als einen wichtigen Wirtschaftsstandort mit starker Exportkraft und einer gesunden Firmenkundenlandschaft und wollen hier expandieren. Zunehmender Wettbewerb kommt aber auch von FinTech-Unternehmen, die oftmals eine sehr effiziente Kostenstruktur haben und somit ihren Kunden günstigere Konditionen anbieten können. Zudem dürften alternative Anbieter von dem immer noch bestehenden Vertrauensverlust der Finanzbranche profitieren. Anhaltende Nachrichten über behördliche Untersuchungen und damit verbundene finanzielle Risiken und Reputationsrisiken bleiben eine Belastung für die Finanzbranche.
- Von erheblicher Bedeutung bleibt auch die verstärkte Regulierung der Finanzbranche, die jedes Institut fordert, das Geschäftsmodell zu überprüfen und die steigenden Kosten an das auch regulierungsbedingt niedrigere Ertragsniveau anzupassen. Dabei sind die Regulierungskosten für Banken, vor allem im IT-Bereich, enorm und nur schwer zu planen.

- Das Marktumfeld wird für deutsche Banken auch im nächsten Jahr anspruchsvoll und herausfordernd bleiben. Insgesamt erwarten wir stagnierende Erlöse. Jeder einzelne Marktteilnehmer muss auf dieses Umfeld mit einer soliden strategischen Ausrichtung, einem klar definierten Geschäftsmodell, einer Bereinigung der Bilanz, wirksamen Restrukturierungen und Kostenreduktionen sowie Investitionen in effiziente IT-Prozesse reagieren. In Summe erscheint die deutsche Bankenbranche allerdings vergleichsweise krisenfest, was auch der letzte EZB-Stresstest beweist.

HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern im aktuellen Umfeld

Wir sind davon überzeugt, dass die Bank im aktuellen Marktumfeld gut aufgestellt ist. Aus unserer Position der Stärke heraus können wir in diesem Umfeld unseren Expansionskurs weiter fortsetzen. Auf die im Mai 2016 verabschiedete Strategie „Germany 2020“, die eine Weiterentwicklung der erfolgreich umgesetzten Wachstumsinitiative aus 2013 darstellt und die damals gesetzten Ziele an die aktuellen ökonomischen Rahmenbedingungen anpasst, sind wir bereits im Kapitel „Unsere Strategie im Überblick“ im Detail eingegangen.

Über die konkreten Maßnahmen hinaus gelten auch weiterhin die sechs grundlegenden Prinzipien unserer Geschäftsausrichtung:

- Wir konzentrieren uns auf die Zielgruppen mittelständische und globale Firmenkunden, Institutionelle Kunden und Vermögende Privatkunden und möchten unsere Aktivitäten in diesen Segmenten mit bestehenden und neuen Kunden ausbauen, soweit ein ausgewogenes Risiko-Ertrags-Profil gegeben ist.
- Wir fragen immer wieder neu, ob unsere Aktivitäten optimal auf die nationalen und internationalen Bedürfnisse unserer Kunden ausgerichtet sind. Der Kunde steht im Mittelpunkt unserer Entscheidungen. Wir messen der personellen Kontinuität in der Betreuung unserer Kunden einen sehr hohen Stellenwert bei.

- Unsere Handelsaktivitäten dienen primär der Unterstützung der Kundensegmente und einem umfassenden Produktangebot. Bei der Festlegung der Risikolimits und Handelsstrategien steht die Risikotragfähigkeit der Bank stets an erster Stelle.

- Umfassendes Know-how für innovative und kundenbezogene Lösungen ist unsere Stärke, so können wir für den Kunden und für die Bank einen Mehrwert realisieren. Die Basis jeder guten Kundenbeziehung ist gleichwohl die sorgfältige, flexible und dienstleistungsorientierte Abwicklung von Standardgeschäften einschließlich der Kreditvergabe; dies hat daher für uns einen hohen Stellenwert.

- Wir bauen unser Dienstleistungsangebot im Wertpapiergeschäft für Kunden und für andere Finanzinstitute kontinuierlich aus. Unsere Tochtergesellschaft Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH (HSBC INKA) hat ihre Marktstellung in der Fondsadministration als Master-KVG deutlich gestärkt. Darüber hinaus hat sich die Bank in den vergangenen Jahren als starker Anbieter für Depotbankdienstleistungen und Global Custody Services sowie im Asset Management mit der HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH erfolgreich positioniert.

- Wir greifen auf die Ressourcen einer der größten und stärksten Bankengruppen der Welt zurück, der HSBC-Gruppe, und zwar sowohl auf die Palette leistungsfähiger Produkte als auch auf die Netzwerke in über 70 Ländern weltweit.

Der Erfolg dieser Strategie hängt davon ab, ob es uns auch in Zukunft gelingen wird, die folgenden Bedingungen zu erfüllen:

- Wir müssen unseren Kunden uneingeschränkten Zugang zum globalen HSBC-Netzwerk ermöglichen, ohne Abstriche beim Anspruch unserer Kunden auf individuelle Betreuung und professionelle Beratung.
- Wir müssen weiterhin in Geschäftsbeziehungen zu unseren Kunden auf Vertrauen und Nachhaltigkeit bauen. Denn nur auf dieser Basis können

Kunde und Berater angesichts der zunehmenden Produktvielfalt gemeinsam optimale Lösungen finden.

- Wir müssen eine technologisch leistungsfähige Infrastruktur bereithalten. Sie muss den anspruchsvollen Anforderungen in der gesamten Wertschöpfungskette gerecht werden, damit wir unsere Dienstleistungen ebenso kostengünstig wie kundenfreundlich anbieten können.
- Wir müssen durch zielgerichtete Aus- und Weiterbildung auf höchstem Niveau in die Qualifikation unserer Mitarbeiter investieren, um der zunehmenden Komplexität und Internationalisierung unseres Geschäfts gerecht zu werden. Bei der Auswahl neuer Mitarbeiter, die uns bei unserem Wachstum unterstützen, legen wir gleichbleibend hohe Maßstäbe an.
- Wir müssen die Einzel- und die Teamleistungen unserer Mitarbeiter so weit wie möglich mithilfe eines präzisen Management-Informationssystems zuverlässig erfassen, um sie unter den Aspekten von Leistung und Verhalten möglichst fair und marktkonform honorieren zu können.

Unsere erfolgreiche Positionierung am Markt sowie die Erfolge im Zuge der Umsetzung unserer Strategie „Germany 2020“ bestärken uns in der Überzeugung, auf dem richtigen Weg zu sein.

Geschäftsverlauf und Lage

Ertragslage

Der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern hat im Geschäftsjahr 2016 ein Vorsteuerergebnis von 229,9 Mio. Euro (Vorjahr: 217,4 Mio. Euro) erzielt. Dies bedeutet einen Anstieg um 12,5 Mio. Euro oder 5,7 % und entspricht der Prognose aus dem Vorjahr. Dieses auch im Vergleich zum deutschen Bankmarkt überzeugende Ergebnis demonstriert die erfolgreiche Umsetzung der strategischen Ziele der Bank. Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt 155,5 Mio. Euro und liegt damit um 2,2 % beziehungsweise 3,4 Mio. Euro über dem Vorjahreswert von 152,1 Mio. Euro. Damit hat die Bank ein Rekordergebnis in ihrer Unternehmensgeschichte erzielt.

Der Geschäftsverlauf wurde maßgeblich geprägt durch die weitere konsequente Umsetzung unserer Wachstumsstrategie. Das Kundengeschäft entwickelte sich sehr erfreulich, getragen von einer Vertiefung bestehender Kundenbeziehungen sowie Geschäften mit neuen Kunden, und signalisiert klare Marktanteilsgewinne. Belastend wirkt weiter das Niedrigzinsumfeld, zum einen aufgrund von negativen Einlagenmargen und zum anderen durch die sinkenden Durchschnittsrenditen unseres Liquiditätsbestands.

HSBC Deutschland hat wiederum gezeigt, dass das auf Kontinuität basierende diversifizierte Geschäftsmodell mit klarer Kundenorientierung überzeugt.

Die Entwicklung der einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung:

Der Zinsüberschuss beträgt 211,4 Mio. Euro (angepasstes Vorjahr: 201,7 Mio. Euro) und ist damit insgesamt um 9,7 Mio. Euro oder 4,8 % angestiegen. Der Änderung in der internen Steuerung der Bank folgend, weist die Bank Zinsen aus Geldmarktgeschäften (Balance Sheet Management) ab diesem Geschäftsjahr im Zinsergebnis und nicht mehr im Handelsergebnis aus. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst. Die Anpassung der Vorjahreszahlen führte zu einer Erhöhung im Zinsergebnis in Höhe von 24,2 Mio. Euro sowie einer entsprechenden Reduzierung im Handelsergebnis.

Dieser Anstieg resultiert vor allem aus den deutlich verbesserten Zinserträgen im Kundenkreditgeschäft aufgrund höherer Volumina. Demgegenüber waren die Zins-

erträge aus Finanzanlagen erneut rückläufig. Darüber hinaus belasten weiterhin die zu geringen Margen im Kreditgeschäft das Zinsergebnis; die starke Einlagenbasis der Bank führt aufgrund fehlender Überwälzungsmöglichkeiten von negativen Zinsen auf alle Kunden zu Zinsverlusten.

Das Zinsergebnis aus dem Einlagengeschäft hat sich im Jahresverlauf weiter signifikant verschlechtert. Bei durchschnittlich höheren Volumina verschlechterten sich die Margen durch die Zinspolitik der Zentralbanken im Jahresverlauf weiter, sodass die Zinsmarge im Einlagenbestand der Bank für das Geschäftsjahr negativ ist. Die weiterhin hohen Einlagen unserer Kunden sehen wir als großen Vertrauensbeweis an. Wie andere Banken haben auch wir zunächst nur in vereinbarten Einzelfällen vor allem institutionelle Kunden mit negativen Zinsen belastet. Nach der Zinssenkung der EZB im März 2016 belegten unsere Wettbewerber vermehrt größere Einlagen von Firmenkunden mit Gebühren oder negativen Zinsen. Da wir daraufhin starke Zuflüsse zu verzeichnen hatten, stellen auch wir seit Mitte 2016 unseren Firmenkunden negative Zinsen in Rechnung. Unsere Regelung ist einzelfallabhängig und orientiert sich an der Struktur und Vielfalt der Kundenbeziehung.

Das Zinsergebnis aus dem Kreditgeschäft hat sich im Vergleich zum Vorjahr ausschließlich aufgrund des gestiegenen Geschäftsvolumens wiederum verbessert. Die Margen im Kreditgeschäft haben sich bei gleichen Bonitäten im Vergleich zum Vorjahr weiter vermindert.

Das Zinsergebnis aus unseren Finanzanlagen ist dagegen erneut gesunken. Generell haben sich 2016 die Creditspreads sowohl bei bonitätsmäßig starken Emittenten wie den Bundesländern als auch bei Corporate Bonds guter bis mittlerer Qualität weiter vermindert. Endfällige Anleihen konnten bei vergleichbarem Risikoprofil unter Beibehaltung unserer strikten Regeln für die Qualität der Anlagen im Marktumfeld 2016 daher nur durch solche mit deutlich niedrigeren Kupons ersetzt werden.

Nach Aufwendungen für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Vorjahr in Höhe von 0,2 Mio. Euro betragen diese im Geschäftsjahr 4,4 Mio. Euro. Bei den Einzelwertberichtigungen ergaben sich Neubildungen von 12,7 Mio. Euro sowie Auflösungen von 8,3 Mio. Euro. Aus Eingängen auf abgeschriebene Forderungen erziel-

ten wir Erträge in Höhe von 0,3 Mio. Euro. Bei den Portfoliowertberichtigungen ergab sich eine Nettozuführung von 0,3 Mio. Euro. Wir halten weiterhin an unserer konservativen Ausrichtung bei der Beurteilung von Ausfallrisiken fest. Der Risikovorsorgebedarf ist damit im Vergleich zum sehr niedrigen Vorjahreswert, wie prognostiziert, höher ausgefallen. Obwohl die Konjunktur in Deutschland unverändert sehr robust ist, kann wie in den Prognoseberichten dargestellt bereits eine geringe Anzahl von Problemfällen zu signifikanten Einzelwertberichtigungen führen.

Den Provisionsüberschuss konnten wir erneut um beachtliche 7,6 % oder 33,5 Mio. Euro auf 474,7 Mio. Euro (Vorjahr: 441,2 Mio. Euro) steigern. Dieser Anstieg demonstriert die Stärke der Bank im Ausbau des Kundengeschäfts und die damit verbundenen Gewinne von Marktanteilen.

Im Transaktionsgeschäft mit Wertpapieren und Finanzinstrumenten erzielten wir ein Provisionsergebnis von 116,3 Mio. Euro (Vorjahr: 117,2 Mio. Euro). Nach dem hohen Anstieg im Vorjahr ist es uns im laufenden Geschäftsjahr gelungen, das Provisionsergebnis nahezu auf Vorjahresniveau zu halten. Unsere institutionellen Kunden haben im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr auf vergleichbarem Niveau alternative Anlageformen genutzt.

Im Wertpapierbestandsgeschäft, in dem wir vor allem unser Ergebnis aus der Fondsverwaltung und dem Depotbankgeschäft zeigen, konnten wir das Ergebnis von 106,8 Mio. Euro gegenüber dem guten Vorjahresergebnis nochmals leicht erhöhen (Vorjahr: 105,0 Mio. Euro).

Das Provisionsergebnis aus dem Asset Management und der Vermögensverwaltung beläuft sich in einem wettbewerbsintensiven Umfeld auf 75,2 Mio. Euro (Vorjahr: 77,7 Mio. Euro) und ist gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen.

Im Provisionsgeschäft mit Devisen erwirtschafteten wir mit 68,4 Mio. Euro (Vorjahr: 63,8 Mio. Euro) ein um 4,6 Mio. Euro besseres Ergebnis. Hier zeigen sich der weiterhin hohe Absicherungsbedarf unserer Kunden gegen Devisenkurschwankungen im aktuell volatilen Devisenmarktumfeld und die weiterhin zunehmende Zahl an institutionellen wie Firmenkunden, die maßgeschneiderte Lösungen, wie das Currency Overlay Management, bei der Bank nachfragen. Die enge Zusammenarbeit

zwischen dem Private Banking, dem mittelständischen Firmenkundengeschäft und Global Markets trägt zunehmend Früchte.

Das Provisionsergebnis im Kreditgeschäft ist um hervorragende 23,5 Mio. Euro auf 475 Mio. Euro (Vorjahr: 24,0 Mio. Euro) gestiegen. Im Geschäftsjahr erzielten wir sehr hohe Erträge im Zusammenhang mit unserer Beteiligung an einigen Refinanzierungsstrukturierungen mit sehr großen Volumina. Darüber hinaus haben sich aber auch in der Breite die Provisionserträge im Kreditgeschäft mit unseren Kunden erfreulich entwickelt.

Das Provisionsergebnis aus Capital Financing steigerten wir um 5,6 Mio. Euro auf 29,7 Mio. Euro (Vorjahr: 24,1 Mio. Euro). Der erfreuliche Anstieg ist im Wesentlichen auf Origination Fees im Debt Capital Markets-Geschäft zurückzuführen. Bei der Unterstützung unserer Kunden im Geschäft mit Unternehmensfinanzierungstransaktionen mittels Schuldscheindarlehen waren wir 2016 wiederum erfolgreich.

Im inländischen und ausländisch Zahlungsverkehr sowie im Dokumentengeschäft erzielten wir im Vergleich zum Vorjahr mit 24,8 Mio. Euro einen leichten Anstieg des Ergebnisses um 1,5 Mio. Euro (Vorjahr: 23,3 Mio. Euro).

Das Handelsergebnis hat sich um 3,6 Mio. Euro auf 78,7 Mio. Euro erhöht (angepasstes Vorjahr: 75,1 Mio. Euro). Der Änderung in der internen Steuerung der Bank folgend, weist die Bank Zinsen aus Geldmarktgeschäften (Balance Sheet Management) ab diesem Geschäftsjahr im Zinsergebnis und nicht mehr im Handelsergebnis aus. Die Anpassung der Vorjahreszahlen führte zu einer Reduzierung im Handelsergebnis aus Renten, Geldmarktgeschäften und Zinsderivaten im Vorjahr um 24,2 Mio. Euro von 30,2 Mio. Euro auf 6,0 Mio. Euro. Nach den außergewöhnlichen Marktverwerfungen an den Rentenmärkten im zweiten Quartal des Vorjahres konnten wir 2016 das Ergebnis mit Renten, Geldmarktgeschäften und Zinsderivaten wieder deutlich verbessern. Nach Bereinigung des Vorjahreswerts um die Zinsen aus Geldmarktgeschäften steigerten wir das Ergebnis von 6,0 Mio. Euro auf 27,1 Mio. Euro.

Das Ergebnis aus dem Handel mit Aktien und Aktienderivaten in Höhe von 38,3 Mio. Euro im Vergleich zu 49,1 Mio. Euro im Vorjahr ist deutlich zurückgegangen. Neben dem Einbruch der Aktienmärkte zu Beginn 2016 haben besonders der Brexit und der Wahlkampf in den

USA zu einer dauerhaften Verunsicherung der Investoren geführt, was sich auch in den geringeren Geschäftsvolumina bei Anlagezertifikaten widerspiegelt. Dieser Effekt konnte aufgrund nur kurzfristiger Volatilitätsspitzen in einem ansonsten meist seitwärts verlaufenden Markt nicht durch ein vermehrtes Interesse an Trading-Produkten kompensiert werden.

Vor dem Hintergrund des weiterhin hohen Absicherungsbedarfs unserer Kunden gegen Devisenkurschwankungen im aktuell volatilen Devisenmarktumfeld steigerten wir das Ergebnis des Devisenhandels um 2,2 Mio. Euro auf 9,9 Mio. Euro. Das Ergebnis aus den Derivaten des Bankbuchs ist deutlich um 9,4 Mio. Euro auf 2,3 Mio. Euro zurückgegangen. Das Vorjahresergebnis hatte erheblich von der starken Wechselkursabschwächung des Euro gegenüber dem US-Dollar profitiert.

Beim Verwaltungsaufwand ist ein Anstieg um 37,5 Mio. Euro oder 7,1 % von 530,4 Mio. Euro auf 567,9 Mio. Euro zu verzeichnen.

Der Zuwachs an Mitarbeitern infolge der Wachstumsstrategie macht sich neben den allgemeinen Gehaltssteigerungen im Anstieg des Personalaufwands um 19,3 Mio. Euro auf 355,4 Mio. Euro bemerkbar. Darüber hinaus führte die Anpassung des Wachstumsplans (Strategie „Germany 2020“) und die damit verbundene Fokussierung auf qualitatives Wachstum im Vergleich zum Vorjahr zu höheren einmaligen Personalaufwendungen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich um 21,3 Mio. Euro auf 195,6 Mio. Euro erhöht. Dieser Anstieg ist unter anderem auf die hohen einmaligen Aufwendungen für die beschleunigte Umsetzung der Global Standards der HSBC-Gruppe zurückzuführen, die dabei helfen werden, Finanzkriminalität besser zu bekämpfen und eine starke nachhaltige Beziehung zu den Kunden auf- beziehungsweise weiter auszubauen.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte betragen 16,9 Mio. Euro und sind im Vergleich zum Vorjahr um 3,1 Mio. Euro zurückgegangen.

Damit beträgt die Aufwand-Ertrag-Relation 70,8 % (Vorjahr: 70,9 %) und entspricht der Prognose des Vorjahres mit knapp über 70 %.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen steigerten wir um 9,9 Mio. Euro auf 24,9 Mio. Euro (Vorjahr: 15,0 Mio. Euro). Gewinnen aus dem Abgang von Wertpapieren sowie aus Zuschreibungen auf Wertpapiere standen sehr geringe Abschreibungen auf Beteiligungen im Immobilienbereich sowie auf Wertpapiere gegenüber.

Das sonstige betriebliche Ergebnis beträgt 12,3 Mio. Euro (Vorjahr: 14,8 Mio. Euro) und resultiert im Wesentlichen aus den Mieterträgen unserer Immobilien. Darüber hinaus sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis Belastungen aus der Abschreibung einer Immobilie enthalten. Das Übrige Ergebnis beträgt 0,2 Mio. Euro nach 0,1 Mio. Euro im Vorjahr.

Der Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr beträgt 74,4 Mio. Euro und ist im Vergleich zum Vorjahr um 9,1 Mio. Euro angestiegen. Der Anstieg ist vor allem zurückzuführen auf die im Vorjahr enthaltenen hohen Erträge aus der Veräußerung von Fondsanteilen, die einem reduzierten Steuersatz unterliegen. Daraus ergibt sich eine Steuerquote von 32,4 % nach 30,0 % im Vorjahr.

Zur Entwicklung der Ergebnisse der einzelnen Segmente verweisen wir auf die Note „Geschäftssegmente“ innerhalb der Erläuterungen zum Konzernabschluss.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum Bilanzstichtag 23,1 Mrd. Euro nach 21,7 Mrd. Euro im Vorjahr und ist damit um 1,4 Mrd. Euro angestiegen.

Die Kundeneinlagen stellen nach wie vor unsere wichtigste Refinanzierungsquelle dar. Zum Stichtag machten sie mit 13,6 Mrd. Euro (Vorjahr: 12,9 Mrd. Euro) 59,0 % der Bilanzsumme aus. Wir werten die Höhe der Einlagen als klares Bekenntnis unserer Kunden zu unserer soliden Geschäftspolitik und unserer hohen Bonität. Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG verfügt als Teil der HSBC-Gruppe mit „AA- (Stable)“ weiterhin über das beste Fitch*-Rating einer privaten Geschäftsbank in Deutschland.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 1,0 Mrd. Euro auf 1,8 Mrd. Euro steht unter anderem im Zusammenhang mit dem Anstieg der Barreserve von 0,7 Mrd. Euro auf 1,1 Mrd. Euro und ist

* Die Ratingagentur Fitch Ratings Ltd. hat ihren Sitz in der Europäischen Gemeinschaft und ist gemäß der "VERORDNUNG (EG) 1060/2009 des EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 16. September 2009 über Ratingagenturen" registriert.

stichtagsbedingt. Des Weiteren hat sich die Bank an den neuen gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften II (GLRG II) der Zentralbank in Höhe von 0,8 Mrd. Euro beteiligt. Weitere Ausführungen dazu haben wir im Abschnitt zur Finanzlage aufgenommen.

Die Handelspassiva belaufen sich auf 4,5 Mrd. Euro und sind im Vergleich zum 31. Dezember 2015 um rund 0,6 Mrd. Euro zurückgegangen. Der Rückgang betrifft zum einen Zertifikate und Schuldscheindarlehen mit rund 0,3 Mrd. Euro und zum anderen negative Marktwerte im Derivate-Geschäft mit etwa 0,3 Mrd. Euro.

Das Nachrangkapital hat sich wegen fälliger Schuldscheindarlehen von 458,2 Mio. Euro im Vorjahr auf 437,7 Mio. Euro verringert.

Der Anstieg der Verbrieften Verbindlichkeiten von 10,0 Mio. Euro im Vorjahr auf 45,4 Mio. Euro ist auf die Begebung einer Namensschuldverschreibung zurückzuführen.

Das bilanzielle Eigenkapital beträgt 2.240,0 Mio. Euro und liegt mit einem Anstieg von 14,9 % deutlich über dem Vorjahreswert von 1.949,8 Mio. Euro. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Aufnahme zusätzlichen Kernkapitals (AT1) in Form einer unbegrenzt laufenden nachrangigen Inhaberschuldverschreibung über einen Gesamtnennbetrag von 235,0 Mio. Euro. Weitere Ausführungen dazu haben wir im Abschnitt zur Finanzlage aufgenommen. Die Eigenkapitalrendite hat sich, wie in der Prognose des Vorjahres erwartet, oberhalb der Zehnprozent-Marke gehalten und beträgt 11,8 % (Vorjahr: 11,7 %).

Das gezeichnete Kapital beträgt wie im Vorjahr 91,4 Mio. Euro. Die Kapitalrücklage beträgt unverändert 720,9 Mio. Euro. Im zweiten Quartal erfolgte die Ausschüttung der Dividende für das Vorjahr in Höhe von 85,2 Mio. Euro. Die Bewertungsreserve für Finanzinstrumente ging von 120,0 Mio. Euro auf 115,6 Mio. Euro zurück. Auch die Bewertungsreserve für die Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung war um 12,3 Mio. Euro auf –97,4 Mio. Euro rückläufig; letztere Entwicklung ist auf den Rückgang der Marktzinsen zurückzuführen.

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von 1,3 Mrd. Euro sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,1 Mrd. Euro leicht gestiegen.

Die Forderungen an Kunden sind von 7,8 Mrd. Euro auf 8,5 Mrd. Euro weiter angestiegen. Dieser Anstieg spiegelt den signifikanten Beitrag unserer Wachstumsstrategie mit erneuten Marktanteilsgewinnen im Firmenkundengeschäft wider. Insbesondere ist es uns gelungen, das Geschäft mit Konsortialkrediten und Schuldscheindarlehen sowie die Exportfinanzierungen weiter auszubauen. Wir sehen weiterhin Wachstumspotenzial, da zum einen unsere Kunden immer noch die eingeräumten Kreditlinien nur sehr unterdurchschnittlich ausnutzen und wir zum anderen im Rahmen unserer Wachstumsstrategie „Germany 2020“ das Firmenkundengeschäft auch dank verbesserter Eigenkapitalausstattung weiter ausbauen können.

Die Handelsaktiva betragen 6,6 Mrd. Euro und sind um 0,7 Mrd. Euro gestiegen (Vorjahr: 5,9 Mrd. Euro). Ein leicht rückläufiger, aber immer noch hoher Anteil entfällt auf Anleihen, die börsennotiert und notenbankfähig sind. Sie werden unter anderem zur Stellung von Sicherheiten für Derivate gegenüber den entsprechenden Börsen genutzt. Der deutliche Anstieg der handelbaren Forderungen (+0,9 Mrd. Euro) resultiert im Wesentlichen aus dem ausgeweiteten Handel mit Schuldscheindarlehen. Sowohl die Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 1,2 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,2 Mrd. Euro) als auch die Positiven Marktwerte Derivate in Höhe von 2,1 Mrd. Euro (Vorjahr: 2,1 Mrd. Euro) sind auf Vorjahresniveau geblieben.

Die Finanzanlagen in Höhe von 5,4 Mrd. Euro (Vorjahr: 5,7 Mrd. Euro) sind um 0,3 Mrd. Euro zurückgegangen. Der überwiegende Teil der Finanzanlagen besteht ebenfalls aus börsennotierten und notenbankfähigen Schuldverschreibungen und dient als Liquiditätspuffer. Sowohl im Handelsbestand als auch in den Finanzanlagen haben wir ein begrenztes Engagement in den Euro-Peripheriestaaten.

Finanzlage

(a) Eigenmittel

Bankgeschäft bedeutet im Kern, bewusst Risiken einzugehen, diese aktiv zu steuern und gezielt zu transformieren. Die Risikoübernahme wird seitens der Aufsichtsbehörden limitiert, um die Stabilität des Banksystems zu gewährleisten. Maßgeblich für die Höhe der zulässigen Risiken sind die Eigenmittel des Instituts beziehungsweise des Konzerns. Die Definition und die Berechnung der Eigenmittel sind ein zentraler Bestand-

teil des Aufsichtsrechts. Die aufsichtsrechtliche Risiko-Limitierung betrifft zum einen die Risikopositionen als Summe der risikogewichteten Aktiva, der Marktrisiken sowie der operationellen Risiken, die zu vorgegebenen Mindestsätzen durch Eigenmittel unterlegt sein müssen (Säule 1). Zum anderen bestimmt sich aus der Höhe der Eigenmittel die Höchstkreditgrenze, bis zu der einem einzelnen Kreditnehmer beziehungsweise einer Kreditnehmereinheit maximal Kredit gewährt werden darf.

Die aufsichtsrechtliche Sichtweise und die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben werden um eine ökonomische Analyse des Kapitalbedarfs (Säule 2) ergänzt. Dazu verweisen wir auf die Ausführungen zum ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) im Risikobericht.

Gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 8. Juni 2016 hat die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres 22,0 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zugeführt. Der diesjährigen Hauptversammlung am 14. Juni 2017 schlagen wir die Zahlung einer unveränderten Dividende von 2,50 Euro je Aktie vor. Dementsprechend ist eine weitere Dotierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 69,3 Mio. Euro aus dem Bilanzgewinn nach HGB möglich.

Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG hat im Dezember 2016 zusätzliches Kernkapital (AT1) in Form einer unbegrenzt laufenden tief nachrangigen Inhaberschuldverschreibung über den Gesamtnennbetrag von 235,0 Mio. Euro aufgenommen und vergrößert damit den Spielraum für die Fortsetzung ihrer im Sommer 2013 begonnenen Wachstumsstrategie. Die Anleihe ist von der Emittentin erstmalig nach fünf Jahren kündbar und mit einem fixen Kupon ausgestattet, der alle fünf Jahre angepasst wird. Der anfängliche Zinssatz beträgt 5,65 %. Die HSBC Bank plc, London, die 80,7 % des Grundkapitals der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG hält, hat die Wertpapiere im Zuge einer Privatplatzierung vollständig gezeichnet und erworben. Gemäß IFRS handelt es sich um Eigenkapital.

Die Eigenmittel für den HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern zum 31. Dezember 2016 betragen 2.241,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2.001,9 Mio. Euro). Auf das Kernkapital entfallen 1.916,8 Mio. Euro (Vorjahr: 1.634,8 Mio. Euro) und auf das Ergänzungskapital 325,1 Mio. Euro (Vorjahr: 367,1 Mio. Euro). Das Kernkapital setzt sich zusammen aus hartem Kernkapital in Höhe von 1.681,8 Mio. Euro und zusätzlichem Kernkapital in Höhe von 235,0 Mio. Euro.

(b) Eigenmittelanforderungen

Die Risikopositionen der Bank zum 31. Dezember 2016 betragen 15.613,7 Mio. Euro (Vorjahr: 15.871,5 Mio. Euro). Dabei entfallen 13.190,8 Mio. Euro auf das Kreditrisiko (Vorjahr: 12.970,1 Mio. Euro), auf das Marktrisiko 1.063,4 Mio. Euro (Vorjahr: 1.519,2 Mio. Euro) und 1.359,5 Mio. Euro auf das operationelle Risiko (Vorjahr: 1.382,2 Mio. Euro). Damit ergibt sich eine Kernkapitalquote von 12,3 % (Vorjahr: 10,3 %) und eine Eigenkapitalquote von 14,4 % (Vorjahr: 12,6 %). Der Anstieg der Kapitalquoten resultiert im Wesentlichen aus der Aufnahme von zusätzlichem Kernkapital. Auf den erwarteten erhöhten Kapitalbedarf und die möglichen Auswirkungen auf die Kapitalquoten wurde im Prognosebericht im Vorjahr entsprechend hingewiesen.

Durch die weitere Kapitalmaßnahme sowie die vorgesehene Thesaurierung aus dem Jahresergebnis sind die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Kapitalausstattung auch weiterhin kein Engpassfaktor bei der Fortsetzung des Wachstumskurses.

Seit Inkrafttreten des einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) im November 2013 erfolgt eine zunehmende Harmonisierung der Aufsichtspraxis in Europa. Die Beaufsichtigung erfolgt dabei direkt oder indirekt durch die EZB in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Aufsichtsbehörden. HSBC Deutschland unterliegt weiterhin vorrangig der nationalen Bankenaufsicht und wurde im Jahr 2016 einer aufsichtsrechtlichen Überprüfung und Bewertung unterzogen (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP). Als Ergebnis dieses Prozesses hat die BaFin der Bank im November 2016 eine mindestens vorzuhaltende Eigenkapitalquote in Höhe von 10,5 % mitgeteilt.

Die Verschuldungsquote (Leverage Ratio) misst das Verhältnis des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den ungewichteten bilanziellen und außerbilanziellen (inklusive Derivaten) Aktivpositionen. Die Leverage Ratio ist der Aufsicht als Beobachtungskennzahl zu melden und von den Instituten offenzulegen. Frühestens 2019/2020 soll eine verbindliche Mindestquote festgelegt werden. Die internationalen Vorgaben des Baseler Ausschusses sehen eine Einführung zum 1. Januar 2018 vor. Zum 31. Dezember 2016 beträgt die aufsichtsrechtliche Leverage Ratio der Bank 6,3 %.

(c) Liquidität

Unabhängig von der Höhe der Eigenmittel ist die Liquidität für Kreditinstitute die entscheidende Größe, um auch in Krisenzeiten alle Verpflichtungen vertragsgerecht bedienen zu können. Aufgrund der sehr hohen Kundeneinlagen verbunden mit erheblichen Liquiditätspuffern auf der Aktivseite verfügt die Bank weiterhin über eine sehr komfortable Liquiditätsausstattung, die auch die neuen aufsichtsrechtlichen Vorgaben signifikant übersteigt.

Der Rat der EZB hat im Frühjahr angekündigt, zur Verbesserung der geldpolitischen Transmission weitere Anreize für die Kreditvergabe der Banken zu setzen und eine weitere Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte II (GLRG II) durchzuführen. Die Ausführungsbestimmungen wurden im April 2016 im GLRG II-Rechtsakt beschlossen. Es werden insgesamt vier GLRG II beginnend im Juni 2016 in vierteljährlichem Abstand durchgeführt. Jedes GLRG II wird dabei mit einer vierjährigen Laufzeit sowie einer freiwilligen Rückzahlungsoption ausgestattet sein. Nachdem die Bank am GLRG I lediglich im Umfang von 10 Mio. Euro teilnahm, hat sich die Bank zur Refinanzierung des angestrebten weiteren Kreditwachstums am ersten GLRG II mit einer Gesamtzuteilung in Höhe von 450 Mio. Euro und am zweiten GLRG II mit einer Gesamtzuteilung in Höhe von 300 Mio. Euro beteiligt.

Die europaweit einheitlichen Liquiditätsdeckungsanforderungen (Liquidity Coverage Ratio, LCR) sind seit Oktober 2015 verbindlich. Die geforderte Erfüllungsquote wird schrittweise angehoben, beginnend mit 60 % im Jahr 2015 über 70 % im Jahr 2016 auf 100 % im Jahr 2018. Die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennzahl Liquidity Coverage Ratio beträgt zum 31. Dezember 2016 112,3 % (Vorjahr: 105,6 %). Die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung beträgt zum 31. Dezember 2016 2,50 (Vorjahr: 2,75).

Am 23. November 2016 hat die Europäische Kommission Entwürfe für die Capital Requirements Regulation 2 (CRR2) und die Capital Requirements Directive 5 (CRD5) vorgelegt. Damit wird unter anderem auch die europäische Variante der Net Stable Funding Ratio (NSFR) eingeführt. Die NSFR ist als Quotient der verfügbaren stabilen Refinanzierungsmittel über die notwendigen Refinanzierungsanforderungen definiert. Als Referenzgröße dienen die Buchwerte der Liquiditätspositionen, die mit regulatorischen Anrechnungsfaktoren multipliziert werden. Die Mindestquote der NSFR soll bei 100 % liegen und frühestens 2019/2020 bindend werden. Die internationalen Vorgaben des Baseler Ausschusses sehen eine Einführung zum 1. Januar 2018 vor.

Zur Darstellung des Managements von Liquiditätsrisiken verweisen wir auf die Ausführungen zu den Liquiditätsrisiken im Risikobericht.



Nachtragsbericht

Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind zwischen dem Bilanzstichtag und dem Datum der Aufstellung nicht eingetreten.

Risikobericht

Risikomanagement im HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern

Definition

Unter dem Risikomanagementsystem verstehen wir in Übereinstimmung mit DRS 20 die Gesamtheit aller Regelungen, die einen systematischen Umgang mit Risiken beziehungsweise mit Chancen und Risiken im Konzern sicherstellen.

Risikopolitische Grundsätze

Es ist eine Kernfunktion von Banken, Risiken bewusst zu übernehmen, aktiv zu steuern und gezielt zu transformieren. Als wesentliche Risiken unseres Bankgeschäfts sehen wir Adressenausfall-, Markt- und Liquiditätsrisiken, ferner operationelle und strategische Risiken sowie Pensionsrisiken. Aktive Risikosteuerung bedeutet, die Risiken nach Art, Höhe und Umfang zu identifizieren und so zu gestalten, dass sie zum einen im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des Konzerns stehen und sich zum anderen angemessene Risikoentgelte und Erträge erwirtschaften lassen.

Wir sind bereit, im Rahmen unserer risikopolitischen Grundsätze aktiv Markt- und Adressenausfallrisiken einzugehen. Operationelle Risiken wollen wir minimieren, soweit die Kosten dafür in einem angemessenen Verhältnis zur Risikovermeidung stehen. Zusätzlich sind adäquate Versicherungen abgeschlossen. Zur geschäftspolitischen Grundeinstellung unseres Hauses gehört es, Reputations- und Compliancerisiken zu vermeiden. Liquiditätsrisiken schließen wir so weit wie möglich aus und nehmen dabei auch Mindererträge in Kauf. Strategische Risiken, die u. a. aus der Veränderung von Gesetzen und Regulierungen, der Wettbewerbssituation, gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten sowie Marktverhältnissen entstehen können, werden bei der Festlegung der Geschäftsausrichtung im Rahmen des Planungsprozesses berücksichtigt.

Die Höhe der Gesamtrisiken wird von der Geschäftsleitung im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat begrenzt. Die Angemessenheit von Risikoübernahmen wird insbesondere vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit

des Konzerns und der besonderen Kompetenzen im Risikomanagement für die Kerngeschäftsfelder beurteilt. Diese Grundsätze gelten unverändert.

Die Bankenkrise hat den alten Grundsatz „Liquidität vor Rentabilität“ als weiterhin hochaktuellen Leitsatz bestätigt. Fragen der Liquiditätsausstattung der Bank haben für uns weiterhin die höchste Priorität, auch wenn durch die Maßnahmen der EZB die Liquiditätsversorgung im Markt für die nächsten Jahre überreichlich ist. Wir haben unsere Liquiditätsreserve beibehalten und bei der Anlage der zufließenden Mittel im Geld- und Kapitalmarkt darauf geachtet, die Liquidität auf hohem Niveau zu erhalten. Wir sind uns bewusst, dass wir mit dem Geld unserer Einleger arbeiten, die uns ihre Mittel anvertrauen. Die neuen bankenaufsichtsrechtlichen Liquiditätsvorschriften bestätigen uns in unserer vorsichtigen Haltung, auch wenn die Steuerungsimpulse aus Geldpolitik und Bankenregulierung in unterschiedliche Richtungen wirken.

Eine weitere Herausforderung an unser Risikomanagement ist das Management der Adressenausfallrisiken. Die Erfahrungen während der Euro-Schuldenkrise einschließlich der Entwicklungen in Griechenland und Zypern haben deutlich gemacht, dass auch Kreditverluste bei Ländern der Eurozone nicht auszuschließen sind. Durch die expansive Geldpolitik der EZB hat sich die Risikosituation vorübergehend entspannt. Ob diese Entspannung nachhaltig ist, werden erst die kommenden Jahre zeigen, weil lediglich die Refinanzierung einfacher und billiger wurde, da die EZB in großem Umfang Staatstitel aufkauft, nicht jedoch das Problem der hohen Schuldenstände einzelner EU-Mitgliedsländer beseitigt ist.

Deutschland hat im Jahr 2016 das erwartete Wirtschaftswachstum realisieren können, trotz unvorhergesehener Ereignisse wie das Brexit-Votum. Aufgrund der relativ günstigen konjunkturellen Situation, insbesondere im Vergleich zur Eurozone, blieb die Kreditrisikosituation der Bank entspannt. Die Wachstumsperspektiven in Deutschland sind für 2017 verhalten positiv, sodass wir mit Zuversicht die Fortführung unserer Wachstumsstrategie „Germany 2020“ angehen. Basis hierfür ist eine

Neudefinition des Risikoappetits der Bank, welche die deutlich gewachsene Eigenkapitalbasis und die erreichte Ertragsstärke berücksichtigt.

Die Volatilität an den Aktien-, Devisen- und Zinsmärkten stellte die Bank 2016 nicht vor große Herausforderungen. Die Marktrisikolimits waren verhältnismäßig niedrig ausgenutzt. Die Zinsrisikosteuerung wurde durch eine genehmigte Modellanpassung an die aktuelle Zinsstrukturkurve mit teils negativen Zinssätzen angepasst. Back Testing-Ausreißer waren auf Gesamtbankebene nicht zu verzeichnen.

Risikokultur

Der Risikokultur kommt in Banken eine besonders hohe Bedeutung zu, wie die Ereignisse zeigen, die zur Finanzkrise geführt haben. Die Risikokultur ist integraler Bestandteil der Unternehmenskultur und soll von jedem einzelnen Mitarbeiter verinnerlicht und im Tagesgeschäft gelebt werden, um ein nachhaltiges Handeln der Bank im Interesse aller Stakeholder sicherzustellen.

Entscheidend hierfür ist, dass das Handeln jedes einzelnen Mitarbeiters im Einklang mit den im Unternehmen einheitlich gelebten ethischen Standards steht. Mit den drei zentralen HSBC-Werten – Zuverlässigkeit, Offenheit und Verbundenheit – hat HSBC solche Verhaltensstandards festgelegt. Ihre Bedeutung im Einzelnen ist wie folgt:

Zuverlässigkeit steht für die Stärkung des persönlichen Verantwortungsgefühls, für das einzustehen, was man für wichtig und richtig hält, sowie dafür, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Als Bestandteil einer internationalen Gruppe ist Offenheit gegenüber unterschiedlichen Ideen und Kulturen ein wichtiger Wert für die erfolgreiche Zusammenarbeit. Darüber hinaus werden die Mitarbeiter der Bank darin bestärkt, eine Kultur der offenen Kommunikation von Risiken zu schaffen, in der aufmerksames Zuhören, das Schätzen von Herausforderungen sowie das Lernen aus Fehlern ausschlaggebend sind.

Verbundenheit drückt sich in der Nähe zu den Kunden, zu der Gesellschaft, aber auch in der Unterstützung der Mitarbeiter untereinander aus. Durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit können wichtige Geschäftsbe-

ziehungen aufgebaut werden, sodass unter Berücksichtigung unterschiedlicher Sichtweisen gute Leistungen und Innovationen erzielt werden können.

Kernpunkt der HSBC-Werte ist der Grundsatz der „Courageous Integrity“. Courageous Integrity bedeutet, den Mut zu haben, Entscheidungen zu fällen, ohne Angst zu haben, und ohne auf konkrete Anweisungen zu warten. Dabei dürfen die ethischen Grundsätze und die Integrität, für die das Unternehmen HSBC Deutschland schon seit über 230 Jahren steht, nicht kompromittiert werden. Dieser Grundsatz bestärkt die Mitarbeiter, Verantwortung für ihr eigenes Handeln zu übernehmen. Er ermutigt sie, Entscheidungen alleine zu treffen, ohne sich dabei hinter Rangordnungen und Regeln zu verstecken. Darüber hinaus gibt er ihnen Sicherheit, im Alltag für das einzustehen, was wichtig ist, und vor dem zu schützen, was falsch ist.

Die HSBC-Gruppe hat sich mit der Einführung der „Global Standards“ das Ziel gesetzt, die effektivsten Kontrollen zum Schutz gegen Finanzkriminalität zu etablieren. Die Bank hat hierbei im Geschäftsjahr 2016 mit großem Aufwand einen wesentlichen Schritt nach vorne getan. Die Compliance-Kultur wurde weiter gestärkt. Neben der Bekämpfung von Finanzkriminalität hat HSBC ein Conduct-Programm aufgelegt, in dem sie sich und ihre Mitarbeiter verpflichtet, faire Ergebnisse für ihre Kunden sicherzustellen und auf Ordnung und Transparenz der Finanzmärkte hinzuwirken. Dieses Programm setzen wir mit voller Überzeugung um.

Risikomanagement-Organisation

Das monatlich tagende Risk Management Meeting, dem unter anderem alle Vorstandsmitglieder und Bereichsvorstände angehören, beschäftigt sich mit allen Risikokategorien der Bank. Besondere Bedeutung kommt den Hauptrisiken und den sich abzeichnenden Risiken (Top and Emerging Risks) zu. Zudem hat der Stellenwert der Compliance-Risiken deutlich zugenommen.

Das Risk Management Meeting und der Vorstand erhalten regelmäßig Berichte und die Protokolle der weiteren Gremien der Bank, die sich spezifisch mit einzelnen Risikoarten befassen.

Eine wichtige Aufgabe für die Früherkennung von Risiken nimmt die Interne Revision wahr, die materiell bedeutende Risiken in ihren Berichten durch die Klassifizierung von Prüfungsfeststellungen besonders kenn-

zeichnet. Zudem berichtet sie dem Vorstand und dem Prüfungs- sowie dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats anhand von Nachschauprüfungen über den Fortschritt bei der Beseitigung festgestellter Mängel.

Entsprechend dem Konzept der HSBC-Gruppe erstellt jeder Bereich Risk and Control Assessments, in denen die wesentlichen Risiken und die Kernkontrollen dargestellt werden. Weiterhin verfügt jeder Bereich über einen Business Risk and Control Manager, der die Einhaltung der in den täglichen Arbeitsabläufen vorgesehenen Kontrollen überprüft. Der Bereich Operational Risk and Information Security ist unter anderem damit beauftragt, die Qualität der Risk and Control Assessments und die Durchführung der Kontrollen zu überprüfen. Durch diesen Organisationsaufbau ist angemessen gewährleistet, dass Risiken zeitnah erkannt und geeignete Maßnahmen rechtzeitig ergriffen werden – auch in Anbetracht der Spezialisierung und Größe der Bank. Gleichwohl halten wir fest, dass unvorhergesehene Risiken auftreten und niemals vollständig ausgeschlossen werden können.

Deswegen sind kurze Wege zur Geschäftsleitung, ein klares Bewusstsein auf allen hierarchischen Ebenen für eingegangene Risiken, eine Kultur der schnellen und offenen Kommunikation von Risiken und die stetige Weiterentwicklung des Risikomanagements entscheidend. Das Wertebewusstsein und die Risikokultur werden durch Weiterbildungsmaßnahmen, bei denen sich die Vorstandsmitglieder und Bereichsvorstände aktiv engagieren, im Sinne einer verantwortungsvollen Unternehmenskultur gestärkt.

Internal Capital Adequacy Assessment Process

Unser aufsichtsrechtlich orientiertes Kapitalmanagement wird durch eine Analyse des ökonomischen Kapitalbedarfs ergänzt (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP). Der ICAAP basiert auf der zweiten Säule des Baseler Eigenkapitalrahmenwerks und erfüllt die von der deutschen Aufsicht vorgegebenen Mindestanforderungen für das Risikomanagement (MaRisk).

Den MaRisk zufolge haben Kreditinstitute Strategien und Prozesse einzurichten, die gewährleisten, dass genügend internes Kapital zur Abdeckung aller wesentlichen Risiken vorhanden, die Risikotragfähigkeit also permanent gewährleistet ist. Der ICAAP stellt für uns einen integralen Bestandteil der Steuerung dar, der in die Prozesslandschaft des Risikomanagements eingebettet ist und einer fortlaufenden Weiterentwicklung unterliegt.

Die quartalsweise Analyse und laufende Überwachung der Risikotragfähigkeit basiert auf einem GuV-/bilanzorientierten Ansatz und umfasst auch Risikoarten, die in den regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung von Banken nicht enthalten sind (zum Beispiel Liquiditäts- oder Pensionsrisiko). Sowohl die Berechnung des ökonomischen Kapitalbedarfs als auch die Ableitung der Risikodeckungsmasse erfolgt für zwei verschiedene Szenarien, Going Concern- und Liquidationsszenario, die jeweils durch zugehörige Stressbetrachtungen vervollständigt werden. Im Rahmen der Gesamtbank-Stressbetrachtung im Going Concern-Szenario nimmt die Bank eine außergewöhnliche, aber vorstellbare negative Entwicklung der Weltwirtschaft an (zum Beispiel weltweiter Konjunkturéinbruch mit deutlichem Rückgang des Welthandels oder Verschlechterung der Finanzlage des öffentlichen Sektors) und simuliert so die Auswirkungen auf bestimmte quantifizierbare Risiken. Für nicht vom Szenario erfasste quantifizierbare Risiken werden eigene Stressszenarien definiert und die Auswirkungen analysiert. Neben diesen regelmäßigen Stresstests führt die Bank einmal pro Jahr einen inversen Stresstest durch. Diese Form des Stress-Testing ist mit der Identifikation von Ereignissen verbunden, die den eigenen Fortbestand nachhaltig gefährden könnten, d. h. die Risikodeckungsmasse des Going Concern-Szenarios potenziell aufzehren. Als ein mögliches inverses Stressszenario haben wir den Wegfall des Länderfinanzausgleichs identifiziert, infolgedessen sich unter anderem die Risikoprämien der Bundesländer ausweiten.

Die theoretischen Methoden und Modelle zur Quantifizierung des ökonomischen Kapitalbedarfs sind in den verschiedenen Risikoarten unterschiedlich weit entwickelt.

Im Rahmen einer konservativen Vorgehensweise verzichtet die Bank derzeit noch auf die Berücksichtigung von Diversifikationseffekten.

Die Ermittlung des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs passen wir kontinuierlich den wachsenden Anforderungen an. Die Risikotragfähigkeit wird quartalsweise umfassend analysiert und laufend fortgeschrieben. Die zugrunde liegenden Methoden werden im Capital Steering Committee ausführlich diskutiert. Die Protokolle des Capital Steering Committees werden dem Gesamtvorstand zugeleitet und dort behandelt. Außerdem wird der ICAAP halbjährlich im Risikoausschuss des Aufsichtsrats besprochen.

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Risikodeckungsmasse	2.338,6	2.070,4
abzüglich regulatorisch erforderlichen Kapitals	-1.424,7	-1.041,2
Freie Risikodeckungsmasse	913,9	1.029,2
Risiken		
Kreditrisiken	158,7	146,2
Marktrisiken (inkl. illiquiden Beteiligungsrisikos)	120,9	102,9
Liquiditätsrisiko	19,8	27,3
Operationelles Risiko	63,1	62,7
Pensionsrisiko	1,5	103,0
Geschäftsrisiko	42,9	33,6
Ökonomisch erforderliches Kapital	406,9	475,7
Ausnutzung der freien Risikodeckungsmasse (in %)	44,5	46,2

Die Risikotragfähigkeit des Konzerns ist unverändert gegeben, und die Eigenkapitalausstattung ist angemessen. Die vorstehende Tabelle zeigt die Risikotragfähigkeit für das Going Concern-Szenario des Konzerns. Danach können per 31. Dezember 2016 maximal 913,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1.029,2 Mio. Euro) Verlust absorbiert werden (freie Risikodeckungsmasse), ohne dabei die regulatorischen Mindestanforderungen zu verletzen.

Der Rückgang des Pensionsrisikos ist auf eine Methodenänderung zurückzuführen. Seit dem vierten Quartal 2016 wird das Zinsänderungsrisiko sowie das Risiko veränderter Bewertungsparameter im Marktrisiko ausgewiesen. Im Pensionsrisiko verbleibt ausschließlich das Langlebigkeitsrisiko in Höhe von 1,5 Mio. Euro (Vorjahr: 1,3 Mio. Euro).

Sanierungsplan

In Übereinstimmung mit den Vorschriften des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes (SAG), der Delegierten Verordnung EU 2016/1075 der EU-Kommission und anderer europäischer Standards sowie der Anforderungen der Bankenaufsicht hat der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern einen Sanierungsplan erarbeitet.

Dieser Sanierungsplan umfasst eine ausführliche Beschreibung der rechtlichen und organisatorischen Verhältnisse und des Geschäftsmodells, der wesentlichen Geschäftsaktivitäten und der kritischen Funktionen in den Finanzmärkten sowie der internen und externen Verflechtungen des Konzerns. Er definiert mögliche, die Kapitalausstattung, das Risikoprofil, die Qualität der Aktiva, die Liquiditätsposition oder die Ertragslage belas-

tende Situationen, die eine Gefährdung des Konzerns darstellen könnten, und schätzt deren Auswirkungen ab. Für diese Situationen sind konkrete Handlungsalternativen aufgezeigt, die eine zeitnahe Rückkehr in einen normalen operativen Modus innerhalb eines definierten Risikoappetits ermöglichen. Zur Beobachtung und frühzeitigen Erkennung etwaiger negativer Entwicklungen hat die Bank laufend überwachte, in das Risikomanagement der Bank eingebettete Indikatoren definiert, die eine frühzeitige Information der Geschäftsführung und das rechtzeitige Einleiten von im Rahmen der Planerstellung auf Machbarkeit und Wirksamkeit untersuchten Gegenmaßnahmen sicherstellen sollen. Verantwortlichkeiten und Abläufe für die Überwachung der finanziellen Stabilität sowie der Eskalations-, Entscheidungs-, und Kommunikationsprozesse bei Überschreiten definierter Indikatorschwellen sind im Plan detailliert festgelegt. Der Plan wird jährlich und, wenn wesentliche Veränderungen im Konzern oder im Umfeld das erfordern, auch unterjährig aktualisiert.

Aufgrund der Zugehörigkeit des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns zur HSBC-Gruppe, die zu den am besten gerateten Bankengruppen der Welt gehört, ist der Sanierungsplan in den Schnittstellen zur HSBC-Gruppe und in den wesentlichen Elementen auch mit deren Sanierungsplan abgestimmt und konsistent.

Risikokategorien

Strategische und Geschäftsrisiken

Unter strategischen Risiken verstehen wir mögliche Änderungen von Gesetzen und Regulierungen, der Wettbewerbssituation, von gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Marktverhältnissen sowie der Leistungsfähigkeit des Konzerns, die auf mittlere Sicht die Ertragskraft beeinträchtigen könnten. Sie ergeben sich zunächst aus dem geänderten Umfeld, dem sich die Banken anpassen müssen. Die neuen Vorschriften zur Eigenkapitalunterlegung und Refinanzierung des Bankgeschäfts werden ungeachtet der Anpassungsmaßnahmen, die wir vornehmen werden, die Rentabilität des von uns betriebenen kundenorientierten Geschäfts verringern. Diese Entwicklung, die durch erhöhte Kosten aus anderen regulatorischen Vorschriften verstärkt wird, erwarten wir nicht nur für unser Haus. Des Weiteren können gesetzgeberische Schritte, wie die Einführung einer Transaktionssteuer oder Einschränkungen beim Verkauf von Finanzprodukten, die Ertragsbasis der Bank dauerhaft beeinträchtigen. Eine große Belastung der Ertragslage der nächsten Jahre wird sich aus dem anhaltenden Niedrigzinsniveau mit Negativzinsen in der Einlagenfazilität der EZB ergeben. Regulation und Geldpolitik setzen teils nicht vereinbare Impulse. Ferner resultieren strategische Risiken aus unserer geschäftspolitischen Ausrichtung mit einem sehr selektiven Kundenfokus, weil unsere Kunden aufgrund ihrer Bedeutung im Markt stark umworben werden.

Zur strategischen Position der Bank gehört das Risiko, dass große Teile der Erträge von der Umsatztätigkeit der Kunden an den Aktien-, Renten-, Devisen- und Derivatemärkten sowie von der Aufnahmefähigkeit der Kapitalmärkte für neue Emissionen im Zins- und Aktiengeschäft abhängig sind. Die Diversifizierung unserer Geschäftstätigkeit kann diesem Risiko nur bedingt entgegenwirken. So werden wir im Rahmen unserer Wachstumsstrategie „Germany 2020“ unser Firmenkundengeschäft weiter verstärken und unter anderem den Zahlungsverkehr (Global Liquidity and Cash Management) sowie das Global Trade and Receivable Finance-Geschäft ausbauen. In begrenztem Umfang können wir diesem Risiko auch dank der starken Integration in die HSBC-Gruppe gezielt entgegensteuern, weil wir dadurch für unsere Kunden auf vielfältige Produkte sowie ein globales Dienstleistungsangebot zugreifen können.

Wir sind zuversichtlich, dass sich die strategische Position der Bank nicht verschlechtern wird, da wir in den vergangenen Jahren in allen Kundensegmenten unsere Marktposition halten oder verbessern konnten. Die Risikoprämien für Adressenausfallrisiken sind weiter gefallen. Einzelne Banken mit niedrigen Ansprüchen an ihre Eigenkapitalverzinsung üben weiterhin Preisdruck aus, und die Margen entsprechen nicht mehr dem Risiko durch einen vollen Kreditzyklus, sondern reflektieren nur noch das derzeitige relativ gute konjunkturelle Umfeld mit historisch niedrigen Ausfallquoten. Diese Entwicklung wird vor allem durch die nachhaltige Überversorgung des Euro-Geldmarkts durch die EZB verstärkt. Insbesondere in Deutschland ist eine deutliche Überversorgung mit Krediten festzustellen, sodass die Inanspruchnahme relativ zu den eingeräumten Linien weiter niedrig ist.

Das Niedrigzinsumfeld, das zu einer Entwertung der überwiegend aus Kundengeldern bestehenden Passivseite führt, stellt eine zunehmende Herausforderung dar und wird zu einer weiterhin deutlichen Belastung der Ertragskraft führen. Durch die Einführung von Negativzinsen seitens der EZB sind nicht nur die Konditionenbeiträge aus Einlagen entfallen, sondern wir erwirtschaften, betriebswirtschaftlich betrachtet, Verluste auf der Einlagenseite, wenn wir die Negativzinsen nicht in vollem Umfang an unsere Kunden weiterbelasten können. Das Anlageergebnis unserer liquiden Mittel sinkt mit jeder Rückzahlung einer festverzinslichen Anleihe. Dieses Zinsumfeld wird unsere Ertragslage 2017 mit einem zweistelligen Millionenbetrag belasten.

Bei der weiteren Modernisierung unserer IT-Architektur haben wir begonnen, den Nachholbedarf systematisch abzarbeiten und primär – neben den regulatorischen Anforderungen – die Dienstleistungen für unsere Kunden weiter zu unterstützen. Die Anpassung an neue Technologien und an das geänderte Umfeld erfordert auch in Zukunft den Einsatz bedeutender personeller und finanzieller Ressourcen. Diese Investitionen werden neben den Kosten der Systemführungen mit erhöhten Aufwendungen für Lizenz- und Wartungsgebühren von Fremdsoftware sowie für Abschreibungen auf Software und Hardware einhergehen; die Kosten für die Bank erhöhen sich dadurch weiter. Deswegen wirken wir in den Projekten der HSBC-Gruppe aktiv mit, durch welche die Effizienz der bankbetrieblichen Prozesse gesteigert und die Organisation insgesamt verschlankt

werden soll. Hierzu zählt auch die Nutzung von Offshore-Möglichkeiten der HSBC-Gruppe, die wir weiter zunehmend für die Erbringung von Dienstleistungen nutzen wollen.

Die Bank richtet sich auf umfassende neue Regulierungen ein. Die vorliegenden Regelungen übertreffen in Umfang und Komplexität die bisherigen Regelungen bei Weitem. Sorge bereiten zum einen die in Diskussion befindlichen Vorschläge, die eine teils deutliche nochmalige Erhöhung der Eigenkapitalunterlegung fordern. Zum anderen sind erhöhte administrative und Meldevorgaben beschlossen, deren Umsetzung sowohl fachlich als auch bezüglich der erforderlichen IT-Ressourcen eine große Herausforderung darstellt. Damit ist nicht nur der Aufwand zur Einführung der neuen Regelungen gemeint, sondern auch die Einhaltung der Regelungen und Meldepflichten im laufenden Betrieb. Dies führt zu einem permanenten Anstieg regulatorischer Kosten. Der Block der Fixkosten für die Bank wird unabhängig von ihren Ertragsmöglichkeiten erheblich größer und beeinflusst die kosteneffiziente Mindestbetriebsgröße der Bank maßgeblich. Wir sind uns bewusst, dass die bisherigen Regulierungen auch durch das unverantwortliche Handeln einiger weniger Banken verursacht wurden, das es zukünftig zu verhindern gilt, sehen aber die noch kommenden Vorschriften mit Sorge. Der mit dem Transformationsprozess der Bankbranche einhergehende strukturelle und dauerhafte Rückgang der Eigenkapitalrendite wird alle Banken grundsätzlich berühren. Die Bank bereitet sich auf die kommenden Veränderungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv vor.

Generell gilt, dass die fortlaufende Steigerung der Effizienz unabdingbar ist, damit die Wettbewerbssituation der Bank nicht beeinträchtigt wird.

Positiv vermerken wir, dass sich die strategische Ausrichtung der Bank in der Bankenkrise und in der Eurokrise bewährt hat und wir zuversichtlich sind, aufgrund unserer konsequenten Kundenausrichtung die Strategie „Germany 2020“ erfolgreich umsetzen zu können und dank verbesserter Eigenkapitalausstattung für unsere Kunden ein zuverlässiger strategischer Partner zu sein.

Adressenausfallrisiken

(a) Definition

Unter Adressenausfallrisiko wird der teilweise oder vollständige Ausfall von Forderungen oder anderen schuldrechtlichen Instrumenten verstanden. Es bezeichnet die

Gefahr, dass vertraglich zugesagte Leistungen des Geschäftspartners teilweise oder vollständig ausfallen. Wenn diese Gefahr auf Umständen beruht, die ihrerseits aus staatlichem Handeln hervorgehen, spricht man von Länderrisiko. Das Adressenausfallrisiko kann in Kredit-, Emittenten-, Kontrahenten-, Beteiligungs- und Veritätsrisiken unterteilt werden. Dabei bezeichnet Kreditrisiko das Risiko, bei dem ein Vertragspartner seinen Verpflichtungen aus der Gewährung von Krediten nicht nachkommen kann. Emittentenrisiko ist das Risiko des Ausfalls des Emittenten eines Wertpapiers. Unter Kontrahentenrisiko (Gegenparteiausfallrisiko) versteht man das Risiko, durch den Ausfall eines Vertragspartners vertraglich vereinbarte Gegenleistungen nicht zu erhalten, obwohl die eigene Leistung erbracht wurde. Unter Beteiligungsrisiken werden Anteilseignerrisiken verstanden. Dies umfasst potenzielle Verluste aus der Bereitstellung von Eigenkapital im Fall einer Verschlechterung des Beteiligungswerts. Das Veritäts- oder Verwässerungsrisiko beschreibt das Risiko, dass sich der Betrag einer Forderung durch bare oder unbare Ansprüche des Schuldners vermindert.

Von einem Ausfallrisiko können vor allem Kredite und Forderungen, Handelsaktiva, Finanzanlagen sowie Eventualverbindlichkeiten (Finanzgarantien) und Kreditzusagen betroffen sein. Außerdem können bei der Abwicklung des Zahlungsverkehrs, des Devisenhandels sowie des Wertpapierdienstleistungsgeschäfts Anschaffungsrisiken entstehen. Diesen widmen wir trotz der sehr kurzen Erfüllungsfristen hohe Aufmerksamkeit.

Die Quantifizierung der Adressenausfallrisiken erfolgt durch die Ermittlung der folgenden Größen:

- Kredit(äquivalenz)betrag (Exposure)
- Verlustquote (Loss given default, LGD)
- Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of default, PD)

Ausfallwahrscheinlichkeiten werden durch die Risikoklassifizierungsverfahren geschätzt. Sicherheiten finden in einer reduzierten Verlustquote Eingang. Der Kreditäquivalenzbetrag selbst entspricht bei Barkrediten dem ausstehenden Kreditbetrag. Bei der Gewährung von Finanzgarantien entspricht der Kreditäquivalenzbetrag dem Höchstbetrag, den die Bank zu begleichen hätte, wenn die Garantie in Anspruch genommen würde. Der Kreditäquivalenzbetrag von Kreditzusagen, die während ihrer Laufzeit nicht oder nur bei einer bedeutenden

negativen Veränderung des Markts widerrufen werden können, besteht in Höhe des vollen zugesagten Betrags. Bei Derivaten bestimmt sich der Kreditäquivalenzbetrag als Erwartungswert des positiven Marktwerts zum Zeitpunkt eines möglichen Ausfalls des Kontrahenten.

Das sogenannte Exposure at Default (EAD) ergibt sich aus dem Kreditäquivalenzbetrag durch Anwendung eines Kreditkonversionsfaktors. Dieser repräsentiert den Unterschied zwischen heutigem Kreditäquivalenzbetrag und dem erwarteten Exposure im Falle eines Kreditereignisses. Exposure at Default, Verlustquote und Ausfallwahrscheinlichkeit werden zur Bestimmung des erwarteten wie des unerwarteten Verlusts eines Kreditengagements herangezogen.

(b) Kreditrisikostategie

Die Kreditrisikostategie, die mit dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats abgestimmt ist, gibt den Entscheidungsrahmen für das Eingehen von Ausfallrisiken vor. Sie wird regelmäßig überprüft und an die aktuellen Erfordernisse angepasst.

Uns leitet der Grundsatz der Risikodiversifizierung. Wir streben daher an, unsere Kreditrisiken möglichst breit auf Branchen und Kreditnehmer beziehungsweise Kontrahenten zu verteilen. Gleichzeitig legen wir Wert darauf, dass der Kreditnehmer über einen ausreichenden Finanzierungsspielraum verfügt.

Die Bank hält sich im direkten Auslandskreditgeschäft bewusst zurück, es sei denn, sie begleitet eigene Kunden bei ihren Geschäften in der Welt. Hier sind wir dann mithilfe der lokalen HSBC-Einheiten in der Lage, umfassende Lösungen vor Ort anzubieten. Auf expliziten Kundenwunsch ist die Bank auch bereit, ausländische Tochtergesellschaften ihrer Kunden direkt zu finanzieren, sofern die Muttergesellschaft diese Kredite in rechtlich einwandfreier und durchsetzbarer Art und Weise garantiert.

(c) Risikoklassifizierungsverfahren

Die Bank verwendet zur Risikoklassifizierung eine 23-stufige interne Rating-Skala, um die Kreditqualität ihrer Kunden einzuordnen. Wir verwenden jeweils unterschiedliche Rating-Systeme für die vier Kundengruppen Internationale Großunternehmen, Deutscher Mittelstand, Banken und Finanzdienstleister. Diese Rating-Systeme werden um Risikoklassifizierungsverfahren für vermögende Privatkunden und deutsche Bundesländer ergänzt.

Das Rating-System für Kunden des deutschen Mittelstands ist eine Eigenentwicklung unseres Hauses. Es beruht auf einer statistischen Komponente zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation des Kreditnehmers anhand seiner Finanzdaten. Diese Komponente haben wir mithilfe interner Kundendaten entwickelt. Ergänzend kommt ein Expertensystem zur qualitativen Bewertung des Kunden und seines wirtschaftlichen Umfelds durch den zuständigen Kundenbetreuer hinzu. Ein Regelwerk zur Anerkennung von Haftungsverhältnissen innerhalb von Konzernverbänden vervollständigt das Rating-System.

Die Rating-Systeme für internationale Großunternehmen, Banken und Finanzdienstleister hat unser Haus von der HSBC-Gruppe übernommen, nachdem ihre Eignung intern geprüft worden war. Wir nutzen damit für die international ausgerichteten Portfolios indirekt die umfangreiche Datenhistorie und die zusätzliche Expertise der Spezialisten innerhalb der HSBC-Gruppe. Die Rating-Systeme von HSBC werden um eine qualitative Bewertung der Unternehmen und von deren wirtschaftlichem Umfeld durch die zuständigen Kundenbetreuer und die lokalen Kreditexperten ergänzt. Diese Bewertung ergänzt die statistische Analyse der Finanzdaten und die Analyse des Branchen- und Länderrisikos.

Im Bereich der Vermögenden Privatkunden setzt die Bank ein zehnstufiges internes Risikoklassifizierungsverfahren ein, um die Kreditqualität ihrer Kunden einzuordnen. Das Verfahren ist jedoch von untergeordneter Bedeutung, da das Kreditgeschäft mit vermögenden Privatkunden in der Regel auf besicherter Basis stattfindet.

Für deutsche Bundesländer gibt es ebenfalls ein im Wesentlichen qualitatives Risikoklassifizierungsverfahren, das auf die Parameter Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, Verschuldung pro Kopf, Bevölkerungsgröße sowie Zahlungen an den oder aus dem Länderfinanzausgleich abstellt.

Die granulare 23-stufige interne Rating-Skala, das sogenannte Customer Risk Rating (CRR), kann in eine zehnstufige Skala zusammengefasst und anschließend in die folgenden Gruppen übergeleitet werden.

Interne Rating-Skala	Zwölfmonatige Ausfallwahrscheinlichkeit in %
CRR 1 und CRR 2	0–0,169
CRR 3	0,170–0,740
CRR 4 und CRR 5	0,741–4,914
CRR 6 bis CRR 8	4,915–99,999
CRR 9 und CRR 10	100

Definition der Gruppen:

- CRR 1- und CRR 2-Engagements weisen eine hohe Zahlungsfähigkeit aus mit einer vernachlässigbaren oder niedrigen Ausfallwahrscheinlichkeit.
- CRR 3-Engagements erfordern eine eingehendere Überwachung, weisen jedoch eine gute Zahlungsfähigkeit auf, um den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Die Ausfallwahrscheinlichkeit ist befriedigend.
- CRR 4- und CRR 5-Engagements erfordern eine eingehendere Überwachung und weisen eine durchschnittliche Zahlungsfähigkeit auf, um den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Die Ausfallwahrscheinlichkeit ist moderat.
- CRR 6- bis CRR 8-Engagements erfordern eine laufende an die Kundensituation angepasste Kontrolle. Die Ausfallwahrscheinlichkeit ist erhöht.
- CRR 9- und CRR 10-Engagements gelten als ausgefallen. Es handelt sich um Forderungen, bei denen die Bank davon ausgeht, dass es unwahrscheinlich ist, dass der Kunde die Kreditverpflichtung vollständig erfüllen wird, ohne dass die Bank auf hinterlegte Sicherheiten zugreifen muss.

Alle internen Rating-Modelle werden jährlich validiert. Insbesondere bei dem Rating-Modell für Mittelstandskunden werden zusätzliche Bilanzdaten von einem externen Anbieter verwendet, um die Qualität der Validierung zu verbessern. Für die internationalen Großunternehmen, den deutschen Mittelstand, Banken und Finanzdienstleister werden die aufsichtsrechtlich zugelassenen internen Rating-Modelle für die regulatorische Eigenkapitalunterlegung angewendet. Die Bank verwendet hierbei den einfachen IRB-Ansatz, bei dem die Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) der Kunden intern geschätzt wird. Das Rating-Modell für Mittelstandskunden wurde

im Rahmen der geänderten Geschäftsstrategie überarbeitet. Das Modell befindet sich aktuell im Parallel-Betrieb mit dem bestehenden Verfahren. Für die Verlustquote (LGD) und den Risikopositionswert (EAD) wird auf die aufsichtsrechtlichen Standardparameter abgestellt. Als Vorbereitung für die regulatorische Zulassung verwendet die Bank für die ökonomische Steuerung der Risikotragfähigkeit interne Modelle zur Schätzung der Verlustquote (LGD) und des Risikopositionswerts (EAD). Das interne LGD-Modell für die Unternehmenskunden ist seit Dezember 2012 im Einsatz, und das EAD-Modell wird seit Januar 2014 angewendet. Kunden aus dem Bereich Global Private Banking sowie Staaten und staatliche Einrichtungen werden für die regulatorische Eigenkapitalunterlegung im Standardansatz behandelt.

Pflege, Überwachung und Weiterentwicklung der von der Bank verwendeten Kreditrisikomesssysteme, vor allem des hauseigenen Mittelstands-Rating-Modells, fallen in die Zuständigkeit des Bereichs Risk Control.

(d) Limite

Der Vorstand hat Kreditkompetenzen (differenziert nach Größenordnung, Seniorität der Kompetenzträger und Bonität des Kreditnehmers) unter Beachtung der gesetzlichen Regelungen für Groß- und Organkredite delegiert (Kompetenzordnung). Maßstab für die gewährte Kreditkompetenz sind die Qualifikation und die Krediterfahrung der Mitarbeiter.

Die Überwachung der Kreditinanspruchnahmen erfolgt auf täglicher Basis mithilfe eines Risikolimitsystems.

Kreditrisiken, die ein Länderrisiko einschließen, sollen nur im Rahmen genehmigter Länderlimite eingegangen werden. Länderrisiken – Ausnahmen sind HSBC-Gruppenlinien – übernimmt die Bank nur im Zusammenhang mit kommerziellem Geschäft der Kunden. Ausnahmen bilden die Liquiditätsbestände der Bank. Der Grundsatz der Risikostreuung ist in jedem Fall zu beachten.

Bei der Beurteilung von Länderrisiken stützt sich die Bank besonders auf die globale Expertise der HSBC-Gruppe und die dort eingesetzten Beurteilungsverfahren.

Die Klassifizierung der Länder, für die Länderlimite etabliert sind, erfolgt daher grundsätzlich analog zu der Klassifizierung durch die HSBC-Gruppe. Die dortige Länderklassifizierung baut auf einer Vielzahl von quantitativen und qualitativen Risikoindikatoren auf, die laufend aktualisiert und einmal jährlich überprüft und bewertet wer-

den. Die Klassifizierung leitet die HSBC-Gruppe modellgestützt aus einem länderspezifischen Gesamtscore ab. In diesen Gesamtscore gehen dabei mehrere, meist faktorgewichtete Einzelscores ein. Länder werden so nach ihrer Bonität in sechs Stufen (Prime, Normal, Fair, Case by Case, Restricted, Constrained) klassifiziert.

Die Plausibilität der Einstufung wird regelmäßig überprüft.

Die Geschäftsleitung hat – differenziert nach Länderbonität und Laufzeit – Kompetenzen zur Genehmigung von Länderrisiken delegiert, die im Rahmen von Kreditgenehmigungen gemäß Kompetenzordnung der Bank genutzt werden können. Die Limite werden mindestens einmal jährlich überprüft.

Der Risikoausschuss des Aufsichtsrats wird regelmäßig über die Entwicklung der Länderrisiken unterrichtet. Hierzu gehört unter anderem die Berichterstattung über die Klassifizierung, das aggregierte Risiko pro Land sowie auch das Risiko pro Land in verschiedenen Kundengruppen.

Die Einhaltung von Länderlimiten wird täglich überwacht. Sie berücksichtigen auch Risikotransfers in andere Länder oder aus anderen Ländern.

(e) Organisation des Kreditprozesses

Die Organisation des Kreditprozesses ist auf Größe und Zielgruppen des Kreditgeschäfts zugeschnitten und gewährleistet bei der Zusammenarbeit der Kundenbetreuer, Unternehmensanalysten und Marktfolge, dass Adressenausfallrisiken rechtzeitig erkannt und qualifiziert bearbeitet werden.

Das interne Rating, das Expertenwissen der am Kreditprozess Beteiligten sowie gegebenenfalls die gestellten Sicherheiten stellen die Basis für die Kreditentscheidung dar.

Vor einer Kreditgewährung sucht die Bank nach Möglichkeiten, das Kreditengagement anhand der Kundenbedürfnisse zu strukturieren. Infrage kommen neben bilateralen Kreditlinien zum Beispiel auch Syndizierungen und Kreditverbriefungen durch Schuldscheindarlehen oder die Begebung von Anleihen.

Jedes Kreditrisiko muss einmal jährlich überprüft, klassifiziert und dem Genehmigungsprozedere unterworfen werden, je nach Bonitätsklasse auch häufiger. Hierbei

wird auch geprüft, inwieweit die Kundenverbindung im Verhältnis zur Risikoübernahme angemessen ertragreich ist. Bei Kunden mit Verbindungen zu anderen HSBC-Einheiten prüfen wir dies auch anhand globaler Ertragskennzahlen.

Nicht vertragsgerecht bediente, zweifelhafte oder problembehaftete Forderungen werden intensiv durch eine beziehungsweise unter Federführung einer spezialisierten Organisationseinheit außerhalb des Marktes betreut, damit frühzeitig geeignete Maßnahmen zur Risikobegrenzung eingeleitet werden können.

Wir bilden für Kreditengagements mit stark erhöhtem Ausfallrisiko, d. h. bei Vorliegen objektiver substanzieller Hinweise, eine Risikovorsorge. Dafür werden die zukünftigen Zahlungen aus dem Kredit und gegebenenfalls aus der Verwertung von Sicherheiten über die Kreditlaufzeit hinweg geschätzt. Auf diese Weise können wir den Barwert dieser Zahlungen mit dem Buchwert des Kreditengagements vergleichen. Die Risikovorsorge deckt den so ermittelten Fehlbetrag in voller Höhe ab.

In regelmäßigen Abständen prüft die Interne Revision das Kreditgeschäft, sowohl die adressenbezogenen Kreditrisiken als auch die Arbeitsabläufe und -methoden.

(f) Maximales Ausfallrisiko

Das maximale Ausfallrisiko gemäß IFRS 7 entspricht dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte einschließlich der OTC-Derivate. Börsengehandelte Derivate unterliegen aufgrund des Margin-Systems keinem Ausfallrisiko.

Erhaltene Sicherheiten und andere Risikoreduzierungs-techniken sind dabei nicht eingerechnet. Das theoretisch maximale Ausfallrisiko zum Bilanzstichtag wird in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

	31.12.2016		31.12.2015	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Kredite und Forderungen	9.737,0	29,4	9.062,7	28,9
an Kreditinstitute	1.256,0	3,8	1.186,5	3,8
an Kunden	8.481,0	25,6	7.876,2	25,1
Handelsaktiva	6.317,7	19,0	5.556,2	17,7
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.534,8	4,6	1.725,2	5,5
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.161,5	3,5	1.161,9	3,7
Handelbare Forderungen	1.766,0	5,3	929,2	3,0
OTC-Derivate	1.855,1	5,6	1.738,8	5,5
Derivate in Sicherungsbeziehungen	0,2	0,0	0,0	0,0
Derivate des Bankbuchs	0,1	0,0	1,1	0,0
Finanzanlagen	5.351,0	16,1	5.688,6	18,1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.089,9	15,3	5.390,8	17,2
Aktien	0,0	0,0	0,0	0,0
Investmentanteile	49,8	0,2	64,8	0,2
Schuldscheindarlehen	138,9	0,4	149,6	0,5
Beteiligungen	72,4	0,2	83,4	0,2
Eventualverbindlichkeiten	2.405,1	7,3	2.310,9	7,4
Kreditzusagen	9.356,5	28,2	8.769,6	27,9
Insgesamt	33.167,3	100,0	31.388,0	100,0

Die Forderungen an Kreditinstitute sowie die Forderungen an Kunden weisen wir im Risikobericht vor Abzug der Risikovorsorge aus.

Speziell im Derivategeschäft werden Netting-Vereinbarungen und Vereinbarungen über die Unterlegung von Marktwerten mit bestimmten Sicherheiten abgeschlossen. Bei Netting-Vereinbarungen können gegenläufige Kontrakte mit einem einzelnen Kunden oder Kontrahenten unter bestimmten Voraussetzungen gegeneinander aufgerechnet werden. Diese Vereinbarungen verringern

das zuvor dargestellte maximale Ausfallrisiko deutlich (vgl. Note „Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen“).

(g) Sicherheiten und andere Risikominderungs-techniken

Eine Besicherung wird grundsätzlich dort vereinbart, wo es geboten ist – beispielsweise bei langfristigen Finanzierungen, Kreditnehmern mit schwächeren Bonitäten oder reinen Wertpapierkrediten.

Die folgenden Tabellen geben den Zusammenhang zwischen dem maximalen Ausfallrisiko im Kreditbuch und den finanziellen Sicherheiten wieder:

in Mio. €	31.12.2016				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Gesamtsumme	1.256,0	8.481,0	2.405,1	9.356,5	21.498,6
davon unbesichert	1.249,6	7.597,3	2.302,3	9.202,8	20.352,0
davon vollbesichert	6,4	456,6	76,8	8,5	548,3
davon teilbesichert	0,0	427,1	26,0	145,2	598,3
Betrag der Teilbesicherung	0,0	209,7	8,3	70,5	288,5

in Mio. €	31.12.2015				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Gesamtsumme	1.186,5	7.876,2	2.310,9	8.769,6	20.143,2
davon unbesichert	1.178,8	7.082,2	2.180,7	8.696,4	19.138,1
davon vollbesichert	7,7	367,6	54,5	0,0	429,8
davon teilbesichert	0,0	426,4	75,7	73,2	575,3
Betrag der Teilbesicherung	0,0	241,3	34,2	23,1	298,6

Die Kreditsicherheiten werden in EDV-Systemen erfasst und überwacht, welche die Bank selbst entwickelt hat. Eine Zuordnung der Sicherheiten zu einer Kreditlinie wird im Liniensystem vorgenommen.

Werden Finanzsicherheiten angenommen, werden die verpfändeten Konten und Depots im EDV-System erfasst. Sie werden täglich bewertet. Dazu dient ein EDV-Programm, das die Stammdaten der Sicherheiten mit den Konto- beziehungsweise Depotdaten verknüpft. Für die Bewertung werden Standardbeleihungssätze für verschiedene Finanzsicherheiten vorgegeben, von denen bei Bedarf durch Einzelfallentscheidungen der Kompetenzträger abgewichen werden kann (zum Beispiel zur Vermeidung von Klumpenrisiken). Sind für bestimmte Wertpapiere keine Standardbeleihungssätze definiert, wird individuell unter Einbeziehung der Kreditkompetenzträger darüber entschieden, ob eine Anerkennung als Sicherheit möglich ist und bis zu welcher Höhe ein Beleihungswert berücksichtigt werden darf.

Finanzsicherheiten in Form von Verpfändungen von Konten und Depots bei Drittbanken werden nur in Ausnahmefällen akzeptiert. Eine Bewertung erfolgt nur, wenn

wir regelmäßig und zeitnah Bestandsbestätigungen von der Drittbank erhalten und die Qualität der Drittbank für uns ausreichend ist. Unser Ziel ist es immer, dass die Finanzsicherheiten zu uns transferiert werden.

Die Bewertung von Gewährleistungen und Garantien ergibt sich aus der Garantiesumme, die im Vertrag festgelegt ist, und der Bonität des Garanten. Demgegenüber werden Sachsicherheiten (Abtretungen von Forderungen und Rechten sowie Sicherungsübereignungen von Gegenständen) aufgrund der individuellen Besonderheiten jedes Einzelfalls bewertet. Dabei berücksichtigen wir hier alle relevanten Risikoparameter. So werden bei der Bewertung beispielsweise der juristische Status der Sicherheitenvereinbarung, die Kreditqualität der abgetretenen Forderung, bei Sicherungsübereignungen auch der Standort, die Liquidierbarkeit der Sachwerte sowie die Volatilität der Marktwerte in Betracht gezogen. Abhängig vom Ergebnis dieser Analyse wird für jede erhaltene Sicherheit ein Bewertungsabschlag festgelegt.

Grundsschulden sollen innerhalb von 60 %, in Einzelfällen von bis zu 65 % des ermittelten Beleihungswerts liegen. Die Basis bildet der mit anerkannten gutachterlichen Methoden festgestellte Verkehrswert. Bei Immobilien basiert der Verkehrswert in der Regel auf dem Ertragswert. Liegt bei wohnwirtschaftlichen Immobilien eine überwiegende Eigennutzung vor, kann auch der Sachwert angesetzt werden.

Als Sicherheiten im Auslandsgeschäft kommen insbesondere staatliche und privatwirtschaftliche Kreditversicherungen und Bankgarantien in Betracht. Garantien von privaten Kreditversicherern bilden auch die Basis für das Receivable Finance-Geschäft. Sie werden in Höhe der jeweils versicherten Ansprüche berücksichtigt.

Die gestellten Sicherheiten werden in regelmäßigen Abständen geprüft. Bei Grundpfandrechten bewerten wir das Beleihungsobjekt in der Regel spätestens nach drei Jahren neu. Bei Zessionen und Sicherungsübereignungen ist von den Kompetenzträgern festzulegen, in welchen zeitlichen Abständen und welchem Detail- und Aussagegrad der Kunde entsprechende Nachweise für die Sicherheiten vorlegen soll.

Bei bewerteten Sicherheiten wird ihr jeweiliger Sicherungswert, gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Obergrenzen (zur Vermeidung von Klumpenrisiken), für den Risikoausweis automatisch berücksichtigt.

Die ordnungsgemäße Bestellung der Sicherheiten zu einer Kreditlinie wird mithilfe des Liniensystems überwacht.

(h) Angaben zur Kreditqualität

Kredite und Forderungen sowie Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen

in Mio. €	31.12.2016				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Weder überfällig noch wertgemindert	1.256,0	8.328,5	2.400,2	9.344,2	21.328,9
Überfällig, aber nicht wertgemindert	0,0	138,1	0,0	0,0	138,1
Einzelwertberichtigt *	0,0	14,4	4,9	12,3	31,6
Insgesamt	1.256,0	8.481,0	2.405,1	9.356,5	21.498,6

in Mio. €	31.12.2015				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Weder überfällig noch wertgemindert	1.186,5	7.680,1	2.310,9	8.769,6	19.947,1
Überfällig, aber nicht wertgemindert	0,0	174,1	0,0	0,0	174,1
Einzelwertberichtigt *	0,0	22,0	0,0	0,0	22,0
Insgesamt	1.186,5	7.876,2	2.310,9	8.769,6	20.143,2

* Einschließlich der Bildung von Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft.

Handelsaktiva und Finanzanlagen

In der folgenden Übersicht werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigt, deren externe Ratings (in der Regel Standard &

Poor's) regelmäßig verfügbar sind. Falls verschiedene Rating-Agenturen zu unterschiedlichen Bewertungen desselben finanziellen Vermögenswerts kommen, erfolgt die Zuordnung in die jeweils schlechtere Rating-Klasse.

in Mio. €	31.12.2016			31.12.2015		
	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Insgesamt	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Insgesamt
AAA	320,5	1.570,3	1.890,8	511,9	2.259,4	2.771,3
AA+ bis AA-	1.078,8	1.980,6	3.059,4	918,6	1.696,9	2.615,5
A+ bis A-	51,4	190,8	242,2	98,3	174,0	272,3
BBB+ bis BBB-	84,1	1.047,5	1.131,6	53,2	1.027,9	1.081,1
Schlechter als BBB-	0,0	300,7	300,7	0,0	223,1	223,1
Ohne Rating	0,0	0,0	0,0	143,2	9,5	152,7
Insgesamt	1.534,8	5.089,9	6.624,7	1.725,2	5.390,8	7.116,0

Die Kreditqualität der handelbaren Forderungen in den Handelsaktiva und Finanzanlagen wird mit internen Rating-Verfahren (CRR) ermittelt und zeigt sich zum Bilanzstichtag wie folgt:

in Mio. €	31.12.2016			31.12.2015		
	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Insgesamt	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Insgesamt
CRR 1 und CRR 2	1.179,2	86,4	1.265,6	723,6	96,4	820,0
CRR 3	586,8	19,2	606,0	205,6	53,2	258,8
CRR 4 und CRR 5	0,0	33,3	33,3	0,0	0,0	0,0
CRR 6 bis CRR 8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
CRR 9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	1.766,0	138,9	1.904,9	929,2	149,6	1.078,8

Zur Beurteilung der Kreditqualität von OTC-Derivaten werden deren Marktwerte im Folgenden nach Kreditnehmerherkunft und -art aufgeschlüsselt:

		31.12.2016		31.12.2015	
		in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
OECD	Banken	1.138,4	61,5	1.189,2	68,4
	Finanzinstitute	418,3	22,5	248,2	14,3
	Sonstige	291,4	15,7	294,9	16,9
Nicht OECD	Banken	6,4	0,3	6,7	0,4
	Finanzinstitute	0,8	0,0	0,5	0,0
	Sonstige	0,1	0,0	0,4	0,0
Insgesamt		1.855,4	100,0	1.739,9	100,0

(i) Angaben zu Engagements, die weder überfällig noch wertgemindert sind

Wir ermitteln die Qualität der Kredite und Forderungen sowie von Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen, die weder überfällig noch wertgemindert sind, mit inter-

nen Rating-Verfahren (CRR) (vgl. Abschnitt (c) Risikoklassifizierungsverfahren). Die Kreditqualität zeigt sich zum Bilanzstichtag wie folgt:

in Mio. €	31.12.2016				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
CRR 1 und CRR 2	1.014,7	2.093,7	815,6	3.832,2	7.756,2
CRR 3	192,6	3.175,7	828,0	3.670,5	7.866,8
CRR 4 und CRR 5	42,6	2.915,1	652,1	1.783,1	5.392,9
CRR 6 bis CRR 8	6,1	134,5	102,9	58,2	301,7
CRR 9	0,0	9,5	1,6	0,2	11,3
Insgesamt	1.256,0	8.328,5	2.400,2	9.344,2	21.328,9

in Mio. €	31.12.2015				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
CRR 1 und CRR 2	635,8	1.917,2	796,9	3.936,5	7.286,4
CRR 3	534,4	3.263,3	917,3	3.655,6	8.370,6
CRR 4 und CRR 5	9,3	2.426,6	511,0	1.153,9	4.100,8
CRR 6 bis CRR 8	7,0	72,7	85,7	22,6	188,0
CRR 9	0,0	0,3	0,0	1,0	1,3
Insgesamt	1.186,5	7.680,1	2.310,9	8.769,6	19.947,1

(j) Angaben zu neu verhandelten und gestundeten problembehafteten Engagements

Als neu verhandelte Forderungen werden problembehaftete Kredite ausgewiesen, die in einer Weise restrukturiert wurden, dass die Bank aus wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen einem Kunden aufgrund seiner finanziellen Probleme Zugeständnisse eingeräumt hat, die sie unter anderen Umständen nicht bereit gewesen wäre auszusprechen. Darüber hinaus vereinbart die Bank mit Kunden in finanziellen Schwierigkeiten Stundungen, um die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen für einen begrenzten Zeitraum zu erleichtern. Allerdings muss der während der Stundungsphase nicht gezahlte Betrag zu einem späteren Zeitpunkt wieder ausgeglichen werden. In beiden Fällen führen wir eine Verlusteinschätzung durch und bilden, soweit es notwendig ist, eine Wertberichtigung und berichten diese Kredite als wertgemindert. In den Forderungen an Kunden sind neu verhandelte oder gestundete Forderungen in Höhe von 63,0 Mio. Euro (Vorjahr: 45,4 Mio. Euro) enthalten. Die Wertberichtigungen auf neu verhandelte oder gestundete Forderungen zum Bilanzstichtag belaufen sich auf 4,5 Mio. Euro (Vorjahr: 13,1 Mio. Euro).

(k) Angaben zu Krediten und Forderungen, die überfällig, aber nicht wertgemindert sind

Kredite und Forderungen, die trotz einer Überfälligkeit nicht wertgemindert sind, belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 138,1 Mio. Euro (Vorjahr: 174,1 Mio. Euro) und bestehen ausschließlich gegenüber Kunden. Davon resultieren 99,3 Mio. Euro (Vorjahr: 168,3 Mio. Euro) aus dem Ankauf kreditversicherter Forderungen im Factoring-Geschäft. Der Fair Value der Sicherheiten beträgt 93,7 Mio. Euro, davon entfallen 89,3 Mio. Euro (Vorjahr: 151,4 Mio. Euro) auf das Factoring-Geschäft. Von einer entsprechenden Wertminderung sehen wir ab, weil wir davon ausgehen, dass die Forderungen voll einbringlich sind. Aus den überfälligen, aber nicht wertgeminderten Forde-

rungen sind 121,6 Mio. Euro seit weniger als 30 Tagen und 16,5 Mio. Euro zwischen 30 Tagen und 90 Tagen überfällig.

(l) Angaben zu Engagements, für die eine Risikovorsorge gebildet wurde

Die Bank nimmt eine Risikovorsorge vor, sobald objektive substanzielle Hinweise vorliegen, die darauf schließen lassen, dass der Wert eines finanziellen Vermögenswerts gemindert ist. Als derartige Hinweise gelten erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners sowie hiermit verbundene Zugeständnisse unsererseits an den Kreditnehmer. Dazu zählen auch Vertragsverletzungen wie Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen. Hinzu kommen die Gefahr eines Insolvenzverfahrens oder eines sonstigen Sanierungsbedarfs, das Verschwinden eines aktiven Markts für diesen finanziellen Vermögenswert oder sonstige Hinweise, die darauf schließen lassen, dass der erzielbare Betrag unter dem Buchwert für diese Art von Krediten liegt. Ein weiterer möglicher Hinweis ist die substanzielle Wertminderung der Kreditsicherheit, wenn der Kredit im Wesentlichen auf diese Sicherheit abzustellen ist. Liegt einer dieser Hinweise vor, wird die Höhe der Wertminderung aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Wenn statistisch verlässliche Vergleichsdaten fehlen, schätzen sachkundige, erfahrene Mitarbeiter der Marktfolge die voraussichtlich erzielbaren Werte. Problematische Engagements, für die eine Risikovorsorge gebildet wurde, werden von ihrer Bonität her als Ausfall eingestuft und damit automatisch der CRR 9 und 10 zugeordnet. Zur Berücksichtigung von Länderrisiken kann indes unabhängig von der Bonitätsstufe des Kreditnehmers eine Risikovorsorge gebildet werden. Die Risikovorsorge für Länderrisiken beläuft sich auf 0,7 Mio. Euro (Vorjahr: 1,0 Mio. Euro).

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Darstellung der einzelwertberichtigten finanziellen Vermögenswerte zum Bilanzstichtag wieder:

in Mio. €	31.12.2016			31.12.2015		
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Gesamt	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Gesamt
Buchwert vor EWB *						
CRR 9	0,0	9,4	9,4	0,0	16,7	16,7
CRR 10	0,0	5,0	5,0	0,0	5,3	5,3
Summe	0,0	14,4	14,4	0,0	22,0	22,0
EWB *						
CRR 9	0,0	5,4	5,4	0,0	9,5	9,5
CRR 10	0,0	2,3	2,3	0,0	4,7	4,7
Summe	0,0	7,7	7,7	0,0	14,2	14,2
Buchwert nach EWB *	0,0	6,7	6,7	0,0	7,8	7,8

* EWB: Wertberichtigung auf Einzelbasis.

Die Einzelwertberichtigungen für Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen betragen zum Stichtag 4,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro). Neben Wertberichtigungen auf Einzelbasis nimmt die Bank Wertberichtigungen auf Portfoliobasis vor. Diese betragen für Kredite und Forderungen 15,5 Mio. Euro (Vorjahr: 14,2 Mio. Euro) und für Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen 14,2 Mio. Euro (Vorjahr: 15,2 Mio. Euro).

Die Wertberichtigungen auf Finanzanlagen betragen zum Bilanzstichtag 31,8 Mio. Euro (Vorjahr: 42,0 Mio. Euro).

(m) Angaben zu erhaltenen Sicherheiten

Für Kredite und Forderungen, die einzelwertberichtigt sind, hält die Bank zum Stichtag keine Sicherheiten (Vorjahr: 2,8 Mio. Euro).

(n) Verwertung erhaltener Sicherheiten und Abruf anderer Kreditverbesserungen

Im Jahr 2016 wurden Sicherheiten und andere Kreditverbesserungen in Höhe von 3,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,9 Mio. Euro) verwertet beziehungsweise abgerufen.

(o) Angaben zur Ausfallrisikokonzentration

Eine Konzentration des Kreditrisikos kann vorliegen, wenn viele Schuldner ähnlichen Aktivitäten nachgehen oder in derselben geografischen Region tätig sind. Dann wird die Fähigkeit all dieser Schuldner, ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Bank nachzukommen, stark von einzelnen Änderungen in den wirtschaftlichen, politischen oder sonstigen Rahmenbedingungen beeinflusst. Daher überwacht die Bank ihre Kreditrisikokonzentrationen nach Branchen und Regionen. Darüber hinaus kann eine Konzentration des Kreditrisikos auch vorliegen, wenn ein unverhältnismäßig hoher Anteil des Kreditrisikos sich auf einzelne Kreditnehmer konzentriert. Deshalb überwacht die Bank zusätzlich die Konzentration in Einzeladressen, um eine möglichst breite Verteilung des Ausfallrisikos zu erreichen. Weitere Aussagen zu potenziell existierenden Konzentrationsrisiken können anhand eines Portfoliomodells gemacht werden, das explizit Ausfallkorrelationen im Zeitverlauf berücksichtigt.

Zum Bilanzstichtag gliedert sich das maximale Ausfallrisiko der Bank wie folgt nach Branchen und Regionen:

	31.12.2016		31.12.2015	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Risikokonzentration nach Branchen				
Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige	19.403,0	58,5	17.700,4	56,4
Kreditinstitute und Finanzierungsinstitutionen	8.246,9	24,9	8.095,4	25,8
Öffentliche Haushalte	5.286,6	15,9	5.352,7	17,0
Wirtschaftlich unselbstständige Personen	230,8	0,7	239,5	0,8
Insgesamt	33.167,3	100,0	31.388,0	100,0

Die Aufteilung nach Branchen zeigt, dass das maximale Ausfallrisiko im Wesentlichen zum einen gegenüber Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen und zum anderen gegenüber Kreditinstituten besteht. Von

dem Ausfallrisiko gegenüber Kreditinstituten entfallen 1.835,2 Mio. Euro (Vorjahr: 1.850,7 Mio. Euro) auf andere Einheiten der HSBC-Gruppe.

	31.12.2016		31.12.2015	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Risikokonzentration nach Regionen				
Inland	22.535,3	68,0	20.755,5	66,2
Sonstige EU (zuzüglich Norwegen und der Schweiz)	8.299,7	25,0	7.956,3	25,3
Nordamerika	1.021,6	3,1	1.247,0	4,0
Asien	663,9	2,0	633,1	2,0
Afrika	369,9	1,1	35,7	0,1
Südamerika	139,9	0,4	157,7	0,5
Resteuropa	75,9	0,2	563,9	1,8
Ozeanien	61,1	0,2	38,8	0,1
Insgesamt	33.167,3	100,0	31.388,0	100,0

Der Gliederung nach Regionen ist zu entnehmen, dass sich ein wesentlicher Teil der Kredite und Forderungen auf das Inland sowie auf EU-Länder zuzüglich Norwegen und der Schweiz konzentriert.

In ausgewählten europäischen Ländern bestanden zum Bilanzstichtag folgende Exposures:

in Mio. €	31.12.2016			
	Staaten	Banken	Sonstige Kunden	Insgesamt
Spanien	314,0	10,7	55,7	380,4
Italien	309,5	7,9	48,4	365,8
Irland	0,0	0,1	35,0	35,1
Griechenland	0,0	0,2	4,2	4,4
Portugal	0,0	0,0	0,2	0,2
Ungarn	0,0	0,2	0,4	0,6

in Mio. €	31.12.2015			
	Staaten	Banken	Sonstige Kunden	Insgesamt
Spanien	298,5	11,5	62,0	372,0
Italien	299,6	0,7	83,8	384,1
Irland	0,0	0,3	28,3	28,6
Griechenland	0,0	0,1	4,0	4,1
Portugal	0,0	0,5	1,7	2,2
Ungarn	0,0	0,1	2,2	2,2

(p) Kreditportfoliosteuerung

Für die Bereitstellung der ökonomischen risikogewichteten Aktiva der Kreditpositionen sowie die Analyse der Kreditrisiken auf Portfolioebene ist der Bereich Risk Control verantwortlich. Hierzu nutzt die Bank das auch in der HSBC-Gruppe verwendete Kreditportfoliomodell RiskFrontier, das auf Grundlage des Merton-Ansatzes und eines Multi-Faktor-Korrelationsmodells sowohl Korrelationsrisiken innerhalb von Ländern, Branchen und Konzernen als auch Wertveränderungen aufgrund von Migrationsrisiken berücksichtigt. Die Risikoanalyse des Kreditportfolios mit RiskFrontier wird stichtagsbezogen zum Quartalsultimo durchgeführt, und deren Ergebnisse fließen als Kreditrisikoanteil in die institutsweite interne Risikotragfähigkeitsanalyse (ICAAP) ein.

Zur täglichen Überwachung der Kreditrisikolimits zwischen den Quartalsstichtagen wird ein vereinfachtes Portfoliomodell auf Basis der im Rahmen der IRBA-Meldung etablierten Kreditrisikomesssysteme verwendet. Zur Berücksichtigung von Korrelationsrisiken und Migrationsrisiken in der täglichen Überwachung wird anhand der vierteljährlichen Berechnung ein Skalierungsfaktor zwischen RiskFrontier und dem vereinfachten Portfoliomodell abgeleitet und auf die Ergebnisse des vereinfachten Modells angewendet.

(q) Stress-Test

Vierteljährlich werden sowohl die regulatorische als auch die ökonomische Risikoberechnung des Kreditportfolios verschiedenen Stress-Test-Szenarien unterzogen. Die Konzeptionierung der Stress-Tests sowie die Berechnung und Analyse der Ergebnisse werden vom Bereich Risk Control unter Einbeziehung der Kreditabteilung und der Geschäftsbereiche vorgenommen. Dabei findet ebenfalls eine sehr enge Abstimmung sowohl hinsichtlich Methode als auch Szenarien mit der HSBC-Gruppe statt.

Operationelle Risiken

Als operationelles Risiko bezeichnen wir das Risiko der Nichterreichung unserer Strategie oder Ziele infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse. Operationelle Risiken sind in jedem Geschäftsfeld relevant und decken ein weites Spektrum von Themen ab. Verluste, die aus Betrug, unautorisierten Aktivitäten, Fehlern, Unterlassungen oder Ineffizienzen entstehen, fallen unter die Definition des operationellen Risikos. Als operationelle Risiken gelten unter anderem auch die folgenden Risiken:

Unter Compliance-Risiken werden Gefahren von Schäden subsumiert, welche die Bank erleiden kann, falls bestimmte Aktivitäten nicht den gültigen Rechtsbestimmungen, allgemeinen Verhaltenspflichten oder international maßgeblichen Vorgaben entsprechend ausgeübt werden. Beispiele für wesentliche Bestimmungen sind das Wertpapierhandelsgesetz, das Geldwäschegesetz sowie auch Sanktionsbestimmungen. Compliance-Risiken beinhalten auch Betrugsrisiken. Potenzielle Schäden sind nicht nur solche finanzieller Art, sondern auch die Rufgefährdung, das Risiko von Rechtsstreitigkeiten und das Risiko aufsichtsrechtlicher Maßnahmen. Bei den Compliance-Risiken unterscheidet die Bank zwischen denen, die die Finanzkriminalität betreffen (Financial Crime Compliance) und denjenigen, die sonstige Verstöße gegen Rechtsnormen adressieren (Regulatory Compliance).

Rechtsrisiken umfassen die potenzielle Verpflichtung zu Geldstrafen, Konventionalstrafen oder Schadenersatzzahlungen mit Strafcharakter aufgrund aufsichtsrechtlicher Maßnahmen, gerichtlicher Entscheidungen oder außergerichtlicher Vergleiche. Rechtsrisiken können auch daraus resultieren, dass beispielsweise Ansprüche gegen Kontrahenten nicht durchgesetzt werden können oder die Bank ungewollt verpflichtet wird.

Die Bank definiert Reputationsrisiken (in Anlehnung an die Definition der Bank of International Settlements) als die Gefahr, dass eine negative Wahrnehmung seitens Dritter (Kunden, Kontrahenten, Anteilseigner, Investoren, Schuldner, Marktanalysten, Aufsichtsbehörden oder anderer relevanter Parteien) die Fähigkeit der Bank zur Existenzwahrung, Aufbau neuer Geschäftsbeziehungen sowie Zugang zu Finanzierungsquellen negativ beeinträchtigen kann.

Die Bank versteht unter dem Modellrisiko den potenziellen Verlust oder die potenzielle Fehleinschätzung des Risikos, der/die sich für die Bank durch fehlerhafte Konzeptionierung, Anwendung oder Parametrisierung ergibt.

Um die Effektivität des Risikomanagements und des Kontrollumfelds sicherzustellen, hat die Bank drei Sicherungsebenen installiert: Die erste Ebene bilden die Risiko- und Kontrollverantwortlichen sowie unterstützend die sogenannten Business Risk Control Manager in den Bereichen und Tochtergesellschaften, die sicherstellen, dass die Kernkontrollen entsprechend den jeweils gültigen Arbeitsablaufbeschreibungen ausgeführt und die Risiken auf das aus Kosten-Nutzen-

Gesichtspunkten gewünschte Maß reduziert werden. Hierzu werden besonders wichtige Kontrollen eingehend geprüft und die Ergebnisse dieser Prüfungen formal dokumentiert, um auf dieser Basis gegebenenfalls notwendige Verbesserungsmaßnahmen einzuleiten. In der zweiten Ebene überwachen der Bereich Operational Risk und die sogenannten Risk Stewards die Bewertung der Risiken und die Durchführung der Kontrollen. Die Risk Stewards sind dabei jeweils für die Überwachung einer speziellen Risikokategorie wie beispielsweise Compliance-, Rechts-, System- oder Betriebsrisiken verantwortlich und tragen dafür Sorge, dass der vom Vorstand festgelegte Risikoappetit nicht überschritten wird. Die dritte Ebene wird von der Internen Revision im Rahmen der Durchführung von Revisionsprüfungen abgedeckt.

Der Ausschuss für operationelle Risiken und interne Kontrollen für operationelle einschließlich rechtlicher Risiken ist das zentrale Gremium für die übergreifende Steuerung von operationellen Risiken. Der Ausschuss tagt alle zwei Monate unter dem Vorsitz des für die Risikokontrolle zuständigen Mitglieds des Vorstands. Der Ausschuss ist ein wichtiger Bestandteil der Risikomanagement-Organisation und ermöglicht eine integrative und ressortübergreifende Kontrolle der operationellen Risiken in der Bank und konzernweit.

Der Ausschuss legt die Richtlinien und Standards zur Überwachung des internen Kontrollumfelds fest und ist für die Weiterentwicklung der Methoden, Verfahren und Prozesse des Managements operationeller Risiken verantwortlich. Zu den Kernaufgaben gehören vor allem auch die Überwachung des Risikoprofils der Gesamtbank und die Einleitung von geeigneten Maßnahmen, wenn sich das Risikoprofil außerhalb des gesetzten Rahmens bewegt.

Das Risk Management Meeting der Bank nimmt die Protokolle des Ausschusses zur Kenntnis und diskutiert besonders wichtige Punkte auch auf Basis weiterer zur Verfügung gestellter Berichte. Dadurch ist sichergestellt, dass alle Mitglieder des Vorstands fortlaufend über aktuelle Entwicklungen und das Risikoprofil der Bank informiert sind. Gegebenenfalls wird der Vorstand der Bank auch involviert, um Maßnahmen bei bedeutenden Schadensfällen oder Entscheidungen des Ausschusses für operationelle Risiken zu autorisieren.

Einmal jährlich berichtet der Leiter des Bereichs Operational Risk and Information Security dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats über alle Aktivitäten des Bereichs und des Ausschusses für operationelle Risiken. Hierzu gehört auch die Darstellung der Gesamtverluste einschließlich der Erläuterung von besonderen Ereignissen. Dem Vorstand liegt besonders daran, eine Risikokultur zu leben, in der Risiken frühzeitig erkannt und ebenso direkt wie offen kommuniziert werden. Die Arbeit des Ausschusses hat in den zurückliegenden Jahren das Bewusstsein für operationelle Risiken bei allen Mitarbeitern deutlich erhöht. Informationen, die operationelle Risiken betreffen, werden in die täglichen Entscheidungsprozesse einbezogen. Jede neue Mitarbeiterin und jeder neue Mitarbeiter muss an einer Pflichtschulung zum Thema operationelle Risiken teilnehmen.

Im Rahmen des Managements operationeller Risiken setzen wir verschiedene Instrumente ein: Die Analyse von internen Ereignissen hilft, aus Fehlern zu lernen und existierende Prozess- und Kontrollschwächen abzustellen. Revisionsberichte liefern wertvolle Hinweise auf Prozess- und Systemschwächen. Die Betrachtung externer Ereignisse unterstützt dabei, bisher unerkannte Prozess- und Kontrollschwächen sowie Risiken, die bei anderen Banken schlagend geworden sind, vorausschauend zu identifizieren und zu vermeiden, dass uns ähnliche Ereignisse treffen.

Eine zentrale Methode zur proaktiven Bestimmung von materiellen Risiken ist das sogenannte Risk and Control Assessment. Im Rahmen eines strukturierten Brainstorming-Prozesses werden die Kernrisiken einschließlich der Kernkontrollen für jeden aus einer Risikoperspektive bedeutenden Bereich oder Prozess identifiziert und dokumentiert. Das Verfahren umfasst eine Einschätzung einerseits des inhärenten Risikos vor Berücksichtigung der Effektivität des Kontrollumfelds und andererseits des Residualrisikos nach Berücksichtigung der Effektivität der implementierten Kernkontrollen. Das Residualrisiko wird auf Basis des erwarteten typischen Verlusts aus operationellen Risiken und des Gefahrenpotenzials in einem schwerwiegenden Fall bewertet. In diesem Zusammenhang werden direkte finanzielle Kosten und indirekte Folgen für Kundenservice, Reputation sowie aufsichtsrechtliche Konsequenzen berücksichtigt. Des Weiteren setzen wir Methoden der Szenarioanalyse zur Bestimmung der größten operationellen Risiken ein und verwenden Schlüsselindikatoren, um möglichst frühzei-

tig eine Veränderung der Höhe von Risiken beziehungsweise eine Verschlechterung der Kontrolleffektivität zu bemerken.

Operationelle Risiken werden einschließlich ihrer Bewertung, der implementierten Kontrollen, der eingeleiteten Maßnahmen sowie der aufgetretenen Schadensfälle formal dokumentiert. Dazu dient ein von der HSBC-Gruppe entwickeltes EDV-System. Die Geschäftsbereiche und Tochtergesellschaften sind dafür verantwortlich, dass die gespeicherten Informationen jederzeit das aktuelle Risikoprofil widerspiegeln.

Die Bank mindert operationelle Risiken durch ständige Kontrollen der Arbeitsabläufe, durch Sicherheitsvorkehrungen und nicht zuletzt durch den Einsatz qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Teil sind operationelle Risiken durch Versicherungen gedeckt. Die Prozesse in der Bank werden regelmäßig analysiert und fortlaufend verbessert. Insbesondere ist der Bereich Operational Risk and Information Security auch bei der Konzeption und Genehmigung von neuen Produkten und Services eingebunden, um sicherzustellen, dass operationelle Risiken frühzeitig identifiziert und durch geeignete Maßnahmen minimiert werden. Flache Hierarchien und direkte Kommunikation ermöglichen es, Probleme schnell zu beheben und damit Risiken zu reduzieren.

Arbeitsablaufbeschreibungen legen für die einzelnen Prozesse detailliert die dazu gehörenden Kontrollen (zum Beispiel das Vier-Augen-Prinzip) fest und werden regelmäßig überarbeitet und zentral verwaltet. Die Bank hat im Berichtsjahr die Dokumentation von Strategien und Geschäftsprozessen verbessert und wird diese Aufgabe auch im laufenden Geschäftsjahr konsequent weiterführen.

Das Management von Informationsrisiken erfolgt durch den Information Security Risk-Ausschuss. Der Ausschuss tagt quartalsweise, um relevante Fragestellungen zu diskutieren, Schwerpunkte festzulegen und entsprechende Maßnahmen zu beschließen.

Für jeden Bereich und jede Tochtergesellschaft sind Business Information Risk Officers benannt. Hierdurch ist sichergestellt, dass Informationsrisiken aus einer ganzheitlichen Perspektive betrachtet und neben technologischen auch fachliche, rechtliche und konzeptionelle Fragen umfassend berücksichtigt werden.

Die Einhaltung der Richtlinien der HSBC-Gruppe ist durch die Einbindung der Leiter Operational Risk und Information Security Risk in die entsprechenden Aktivitäten der HSBC-Gruppe sichergestellt.

Entsprechend der Organisation in der HSBC-Gruppe hat die Bank zur Steuerung und Überwachung von Compliancerisiken eine Aufteilung in Financial Crime Compliance (FCC) und Regulatory Compliance (RC) vorgenommen. Die Leiter Regulatory Compliance und Financial Crime Compliance berichten direkt an die Vorstandssprecherin sowie funktional an den Risikovorstand und sind darüber hinaus in die Complianceorganisation der HSBC-Gruppe eingebunden. Sie geben die für die Empfänger erforderlichen Informationen über aktuelle rechtliche Entwicklungen mit Compliance-relevanz, Ergebnisse von Kontrollhandlungen, Feststellungen aus sonstigen Quellen, operative Problemstellungen, Themen aus dem Bereich der Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie sonstiger strafbarer Handlungen in Bezug auf die Bank und ihre Tochtergesellschaften weiter.

Die Leiter Financial Crime Compliance und Regulatory Compliance sind ständige Mitglieder im Risk Management Meeting der Bank und berichten dort auf monatlicher Basis über die Compliancerisiken im Unternehmen. Daneben ist der Leiter FCC Mitglied des Global Standards In-Country Execution Committee, das sich um die Einführung höchster Standards im Bereich der Geldwäschebekämpfung, Sanktionsbefolgung und der Verhinderung von Terrorismusfinanzierung kümmert.

Die Steuerung und Überwachung von Compliancerisiken wird durch die beiden Compliancebereiche gemeinschaftlich ausgeführt.

Marktrisiken

Unter Marktrisiko wird das Ausmaß verstanden, in dem sich der Marktwert eines Finanzinstruments aufgrund von Änderungen der Marktpreisparameter zuungunsten der Bank entwickeln kann. Zum Marktrisiko zählen die Risikoarten Zinsrisiko (inklusive Creditspread-Risiken), Wechselkursrisiken sowie Aktien- und sonstige Preisrisiken. Marktrisiken resultieren für die Bank vorwiegend aus dem Handel mit Zins-, Aktien- und Devisenprodukten sowie, in geringem Maße, aus Rohwarenprodukten ohne physische Lieferung.

Um Marktrisiken unter normalen Marktbedingungen zu messen, verwenden wir seit Jahren Value at Risk-Ansätze. Als Value at Risk bezeichnen wir den potenziellen Verlustbetrag, der über einen bestimmten Zeitraum (Risiko-horizont) bei unveränderter Position mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird. In der operationellen Steuerung der Marktrisiken der Bank werden dabei ein Risikohorizont von einem Handelstag und ein Konfidenzniveau von 99 % betrachtet. Für die Berechnung ökonomischer und aufsichtsrechtlicher Kapitalanforderungen kommen andere Risikohorizonte und Konfidenzniveaus zum Einsatz. Auch diese Zahlen beruhen jedoch grundsätzlich auf dem gleichen Modell und werden zum Teil direkt abgelesen, zum Teil gemäß Risikohorizont und Konfidenzniveau skaliert. Die Zahlen in diesem Abschnitt sind grundsätzlich der operativen Steuerung (ein Tag Halte-dauer und 99 % Konfidenz) entnommen.

Unser Value at Risk-Modell beruht auf einer historischen Simulation der Risikofaktoren über eine Periode von 500 gleichgewichteten Handelstagen und deckt Zins-, Aktien-, Devisen-, Rohwaren- und Volatilitätsrisiken ab. Dabei werden alle Positionen unter Berücksichtigung veränderter Marktparameter komplett neu bewertet (zur Bewertung der Finanzinstrumente siehe auch Note „Fair Value der Finanzinstrumente“ in den Erläuterungen zum Konzernabschluss). Bei Zinsrisiken berücksichtigen wir sowohl allgemeine Zinsrisiken, die aus einer Veränderung des Marktzinsniveaus resultieren, als auch Spread-Risiken verschiedener Emittenten beziehungsweise Emittentenklassen.

Als Risikofaktoren sind vor allem berücksichtigt:

- Aktienkassakurse und Aktienindizes
- Devisenkassakurse
- Rohwarenkurse
- Zero-Zinssätze für idealtypische Laufzeiten aus Swap-Zinskurven
- Creditspreads für verschiedene Kategorien wie Pfandbriefe, Bundesländeranleihen und Bankanleihen mit weiteren Differenzierungen nach Bonität und/oder Laufzeit

- Aktien- und Aktienindexoptionsvolatilitäten für idealtypische Laufzeiten
- Devisenoptionsvolatilitäten für idealtypische Laufzeiten
- Volatilitäten von Optionen auf Bundesanleihen für idealtypische Laufzeiten
- Cap-/Floor-Volatilitäten für idealtypische Laufzeiten
- Swaption-Volatilitäten für idealtypische Laufzeiten

Emittentenspezifische Zinsrisiken werden weiterhin außerhalb des Risikomodells im Kreditrisikoprozess erfasst und durch Emittentenrisikolimits begrenzt. Im Handelsbuch der AG werden sie darüber hinaus über den aufsichtsrechtlichen Standardansatz abgedeckt.

Die Qualität der Risikomessung sichern wir durch das tägliche Back Testing des Modells. Dabei vergleichen wir das Bewertungsergebnis (Clean P&L) für die am Vortag vorhandene Handelsposition mit dem dafür berechneten Value at Risk-Wert. Überschreitet bei dieser Analyse das Bewertungsergebnis als Verlust den Value at Risk-Wert,

so spricht man von einem negativen Back Testing-Ausreißer. Zusätzlich wird beim Back Testing auch das ökonomische Bewertungsergebnis unter Berücksichtigung von Neugeschäften (Dirty P&L) herangezogen.

Im Jahr 2016 traten im Handelsbuch der Bank keine Back Testing-Ausreißer auf. Aufgrund von methodischen Herausforderungen bezüglich der Ermittlung des Zins-Value at Risk im Niedrigzinsumfeld wurde die verwendete Methodik per 12. August 2016 von relativen historischen Shifts auf absolute historische Shifts geändert. Diese von der Aufsicht genehmigte Modellumstellung führte zu einer deutlichen Reduzierung des Values at Risk, der zuvor sukzessive angestiegen war. So sank der Value at Risk per 12. August 2016 im Handelsbuch um 35 % im Vergleich zum Vortag und im Bankbuch um 9 %.

Das interne Value at Risk-Modell zur Erfassung der Marktrisiken kommt grundsätzlich für alle Einheiten des Konzerns und alle Handels- und Anlagebuchbestände zum Einsatz. Darunter fallen auch die dem Anlagebuch zugehörigen konsolidierungspflichtigen Sondervermögen. Im Folgenden sind die Marktrisiken des Konzerns nach Risikokategorie auf Ebene des Handelsbuchs und des Bankbuchs aufgelistet:

in Mio. €		2016		
		31.12.	Maximum	Durchschnitt
Handelsbuch	Zinsrisiko	2,2	6,0	3,4
	Währungsrisiko	0,1	0,4	0,1
	Aktien-/Indexrisiko	0,7	1,6	0,7
	Creditspread-Risiko	2,3	2,3	1,8
	Rohwarenrisiko	0,0	0,2	0,0
	Diversifikation	2,2	3,3	2,3
	Gesamtes Risiko	3,1	5,6	3,8
Bankbuch	Zinsrisiko	3,4	8,8	2,8
	Währungsrisiko	0,0	0,8	0,1
	Aktien-/Indexrisiko	1,7	3,0	2,4
	Creditspread-Risiko	3,3	3,6	2,9
	Rohwarenrisiko	(-)	(-)	(-)
	Diversifikation	3,8	7,3	2,9
	Gesamtes Risiko	4,6	7,5	5,3

in Mio. €		2015		
		31.12.	Maximum	Durchschnitt
Handelsbuch	Zinsrisiko	3,2	5,8	3,0
	Währungsrisiko	0,1	0,4	0,1
	Aktien- /Indexrisiko	0,6	1,1	0,5
	Creditspread-Risiko	2,0	3,2	2,3
	Rohwarenrisiko	0,0	0,1	0,0
	Diversifikation	2,6	3,4	2,6
	Gesamtes Risiko	3,3	5,6	3,3
Bankbuch	Zinsrisiko	1,6	3,5	1,4
	Währungsrisiko	0,1	2,0	1,1
	Aktien- /Indexrisiko	1,8	3,5	2,6
	Creditspread-Risiko	2,3	3,3	2,3
	Rohwarenrisiko	(-)	(-)	(-)
	Diversifikation	2,2	4,6	2,9
	Gesamtes Risiko	3,7	6,0	4,5

Nach wie vor stellen auf Zinsen (inklusive allgemeiner Creditspread-Risiken) und Aktien bezogene Risiken die größten Marktrisiken der Bank dar. Die Schwankungsintensität des Values at Risk war bis zur Modellumstellung per 12. August 2016 sowohl im Bankbuch als auch im Handelsbuch mit derjenigen des Vorjahres vergleichbar. Nach der Modellumstellung war jedoch eine vor allem dem Zinsrisiko zuzuordnende Abnahme der Schwankungsintensität zu beobachten. Am 23. November 2016 wurde das Balance Sheet Management-Buch umstrukturiert. Hierbei wurden diejenigen Teile des Buchs, die bilanziell dem Bankbuch zuzurechnen sind, aufgrund einer Ausnahmeregelung allerdings bisher regulatorisch im Handelsbuch behandelt worden waren, in Absprache mit der Aufsicht ins regulatorische Bankbuch überführt. Als Folge ergab sich eine Verschiebung des (Zins-)Risikos vom Handelsbuch ins Bankbuch.

Unser internes Value at Risk-Modell wenden wir auch an, um Marktrisiken in den von der INKA verwalteten Sondervermögen zu quantifizieren.

Darüber hinaus wird der sogenannte Krisen-Risikobetrag (Stressed Value at Risk) berichtet. Die zugrunde liegende Periode besonderen Stresses an den Märkten wurde per 12. August 2016 geändert. Zuvor wurde der Zeitraum März 2008 bis Februar 2009 als Stress-Periode verwendet; mit der oben erwähnten Umstellung der Methodik bezüglich der Berechnung des Zinsrisikos war eine Anpassung der Periode notwendig geworden, da die bisherige Periode unter der neuen Methodik zu

einem zu niedrigen Krisen-Risikobetrag geführt hätte. Mit der Anpassung der Periode wurde sichergestellt, dass der Krisen-Risikobetrag konservativ ermittelt wird. Seit dem 12. August 2016 verwenden wir den Zeitraum Juni 2008 bis Juni 2009 als Stress-Periode. Das zur Berechnung des Krisen-Risikobetrags herangezogene Modell stimmt weitestgehend mit dem zur Bestimmung des normalen Values at Risk überein. Zur Vermeidung von Skalierungsannahmen wurde jedoch direkt auf einer Historie von überlappenden Zehn-Tage-Perioden gerechnet. Analog zu den aufsichtsrechtlichen Vorgaben wurde die Länge der Historie auf ein Jahr statt bisher 500 Handelstage fixiert. Der Krisen-Risikobetrag schwankte im Verlauf des Jahres 2016 ähnlich stark wie der normale Value at Risk. Im Jahr 2016 lag der normale Value at Risk von Januar bis Mitte Juli stets unterhalb des Krisen-Risikobetrags, im Juli und August 2016 traten vereinzelt Tage auf, an denen der Value at Risk den Krisen-Risikobetrag überstieg. Nach der Modellumstellung per 12. August 2016 normalisierte sich das Verhältnis dieser beiden Risikokennzahlen jedoch wieder und der Krisen-Risikobetrag überstieg den Value at Risk seitdem wieder deutlich. Zum Berichtsstichtag lag der Krisen-Risikobetrag bei 5,2 Mio. Euro.

Zusätzlich zur Limitierung des Values at Risk kommen Sensitivitäts-, Volumen- und Laufzeitlimite zum Einsatz. Sie dienen einerseits dazu, Konzentrationsrisiken zu vermeiden, andererseits helfen sie, solche Risiken zu berücksichtigen, die nur unvollständig im Modell erfasst sind. Value at Risk-Ansätze sind nicht dazu geeignet,

Verluste abzuschätzen, die in extremen Marktsituationen und bei zuvor nie beobachteten Ereignissen eintreten können. Daher führen wir zur vollständigen Risikerkennung ergänzend ein tägliches Stress Testing durch. Dabei untersuchen wir die Auswirkung von extremen Marktbewegungen auf den Wert der Positionen. Die Ergebnisse des Stress Testings gehören zum täglichen Risiko-Reporting und vermitteln wertvolle zusätzliche Informationen. Für die unter Stress-Ereignissen auftretenden Verluste sind separate Limite definiert. Die verwendeten Szenarien werden regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst.

Das Asset and Liability Management Committee teilt die Marktrisikolimits unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Bank und der Vorgaben der HSBC-Gruppe den Handelsbereichen zu und passt sie, falls erforderlich, im Laufe des Jahres an. Die Einhaltung aller Marktrisikolimits wird vom Bereich Risk Control täglich auf der Basis der Übernachtpositionen überwacht. Risk Control meldet diverse Risikozahlen zur konzernweiten Zusammenfassung von Marktrisiken an den HSBC-Konzern. Bei einer Akkumulation von Handelsverlusten eines Handelsbereichs wird sein Value at Risk-Limit automatisch gekürzt.

Als Marktliquiditätsrisiko wird das Risiko verstanden, aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder Marktstörungen Geschäfte nicht oder nur mit Verlusten auflösen beziehungsweise glattstellen zu können. Das Management dieses Risikos erfolgt unter anderem durch die Vergabe von Volumen- und Laufzeitlimiten, sodass dieses Risiko für uns nur von untergeordneter Bedeutung ist. Bei Bedarf wird diesem Risiko im Rahmen einer vorsichtigen Bewertung entsprechend Rechnung getragen. Ökonomische Sicherungsbeziehungen werden lediglich in dem Rahmen bilanziell abgebildet (Hedge Accounting), in dem diese die strikten Voraussetzungen der IFRS erfüllen.

Liquiditätsrisiken

(a) Definition

Unter Liquiditätsrisiko verstehen wir die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit, die entsteht, wenn langfristige Aktiva kurzfristig finanziert werden oder unerwartet Geldabflüsse nicht ausgeglichen werden können. Das Liquiditätsrisiko kann auch in möglichen Verlusten, die sich als Folge aktiver Maßnahmen gegen eine drohende Zahlungsunfähigkeit ergeben, bestehen.

(b) Strategie

Unsere Liquiditätsrisikostategie sieht vor, dass die Bank ohne Rückgriff auf die HSBC-Gruppe jederzeit selbst finanziert ist und auch im Notfall ohne Beistand der HSBC-Gruppe ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen kann. Die laufende Mittelbeschaffung am Kapitalmarkt bei institutionellen Investoren (Wholesale Funding) hat für unsere Liquiditätssteuerung keine nennenswerte Bedeutung.

Wir verfügen daher derzeit weder über ein Medium Term Note- noch über ein Commercial Paper-Programm und begeben derzeit auch keine Certificates of Deposits. Unsere primäre Finanzierungsquelle stellen Kundeneinlagen dar.

Die Bank verfügt im Rahmen der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO) der EZB über weiteren Refinanzierungsspielraum.

(c) Steuerung des Liquiditätsrisikos

Das Risiko einer Zahlungsunfähigkeit verringern wir durch unseren hohen Liquiditätspuffer und die verantwortungsvolle Strukturierung der Aktiva und Passiva. Unsere Risikotoleranz bei Liquiditätsrisiken haben wir anhand quantitativer und qualitativer Kriterien in unserem internen Rahmenwerk festgelegt. Darin sind strenge Maßstäbe für Liquiditäts- und Finanzierungskennzahlen festgelegt, um auch bei extremen Ereignissen jederzeit zahlungsfähig zu bleiben. Zur Früherkennung von Liquiditätsrisiken sind Schwellenwerte für verschiedene Beobachtungsgrößen definiert, die bei Verletzung in Eskalationsverfahren münden, die in einem dreistufigen und kurzfristig aktivierbaren Liquiditätsnotfallplan konkretisiert sind.

Während die operative Liquiditätssteuerung durch den Geschäftsbereich Treasury erfolgt, wird das strukturelle Liquiditätsrisiko der Bank durch das Asset and Liability Management Committee (ALCO) im Rahmen der – mit der HSBC-Gruppe – abgestimmten Limite verantwortet. Zu den Aufgaben von ALCO gehören diesbezüglich die Überwachung der Liquiditäts- und Finanzierungskennzahlen, die regelmäßige Anpassung der Liquiditätsrisikostategie und die Festlegung innerbetrieblicher Verrechnungspreise für Liquidität. Der Bereich Asset Liability and Capital Management (ALCM) ist für die Erstellung aller Richtlinien im Zusammenhang mit dem Liquiditätsrisikomanagement im Sinne der MaRisk sowie für die Übernahme von Methoden der HSBC-Gruppe und deren Qualitätssicherung zuständig. Die regelmäßige Aktualisierung des Liquiditätsnotfallplans obliegt dem Bereich Treasury.

Unsere interne Liquiditätssteuerung baut konsistent auf zwei zentralen regulatorischen Steuerungskennzahlen, der Liquidity Coverage Ratio (LCR) und der Net Stable Funding Ratio (NSFR), auf. Die regulatorischen Steuerungskennzahlen werden um weitere, interne Analysen wie die Einleger- oder die Laufzeitkonzentration ergänzt. In den rollierenden Liquiditätsprognosen der Bank wird die erwartete Entwicklung der Kennzahlen fortlaufend betrachtet.

(d) Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Seit Anfang 2014 ist die Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (CRR) als europäisches Recht auch unmittelbar in Deutschland geltendes Recht. Die CRR beinhaltet weite Teile der als Basel III bekannten Änderungen der aufsichtsrechtlichen Vorschriften. Ein Schwerpunkt dieser Verordnung sind die Regelungen zur Liquidität. Es werden insbesondere die oben bereits genannten Kennzahlen – die LCR und die NSFR – zur Überwachung der Liquiditätslage von Kreditinstituten definiert.

Darüber hinaus bleibt die Liquiditätsverordnung (LiqV) für einen Übergangszeitraum unverändert in Kraft.

Die regulatorisch vorgegebene Mindesthöhe der LCR steigt ab Oktober 2015 von 60 % bis Januar 2018 auf 100 % sukzessive an. Die delegierte Verordnung zur Ergänzung der CRR, die seit dem 1. Oktober 2015 einzuhalten ist, präzisiert die bisherigen Liquiditätsanforderungen der CRR beziehungsweise modifiziert einzelne Regelungen.

Die Mindesthöhe der NSFR sowie die endgültige Definition sind von den Aufsichtsbehörden noch nicht final festgelegt worden.

In Ergänzung zur LCR und NSFR hat die Bank 2016 Meldungen zu den Additional Liquidity Monitoring Metrics (ALMM) aufgenommen. Im Rahmen dieser neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden sechs Berichte erstellt. Inhaltlich umfassen diese Berichte Liquiditätsablaufbilanzen inklusive Fälligkeits- und Neugeschäftsinformationen, eine Übersicht über die größten Einleger, eine Übersicht über die größten Anlagen in liquiden Wertpapieren sowie Informationen zum Preis für Refinanzierungsquellen.

Die folgende Übersicht gibt die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennzahl nach LiqV der Bank wieder, die weit über die gesetzliche Anforderung hinausgeht:

	Liquiditätskennzahl nach LiqV	
	2016	2015
31.12.	2,50	2,75
Minimum	1,95	2,48
Maximum	2,75	3,06
Durchschnitt	2,42	2,81
Aufsichtsrechtliches Minimum	1,00	1,00

Die LCR ist eine Kennzahl zur Bewertung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos von Banken und setzt den Bestand an hochliquiden finanziellen Aktiva ins Verhältnis zum

gesamten Nettozahlungsmittelabfluss der nächsten 30 Tage. Die für die interne Risikosteuerung ermittelte LCR betrug zum Jahresende 132,7 % (Vorjahr: 120,3 %).

in %	Liquidity Coverage Ratio	
	2016	2015
31.12.	132,7	120,3
Minimum	107,4	106,6
Maximum	146,5	183,2
Durchschnitt	124,9	148,0

(e) Internes Liquiditätsrisikomanagement und Liquiditätspuffer

Das interne Liquiditätsrisikomanagement der Bank baut konsequent auf den Vorgaben der LCR und der NSFR auf. Während die NSFR auf Basis der Vorgaben aus der CRR noch nicht endgültig quantifiziert werden kann, wird zur internen Steuerung bereits eine auf Basis des BCBS-295-Papiers ermittelte NSFR verwendet. Das Liquiditätstransfer-Pricing der Bank baut ebenfalls auf der regulatorischen Logik von LCR und NSFR auf.

Ebenso wird der Liquiditätspuffer auf Basis der regulatorischen Vorgaben der LCR und der NSFR ermittelt. Die zu prognostizierenden Zahlungsmiteingänge und -ausgänge entsprechen daher dem Nettozahlungsmittelfluss des in der LCR impliziert modellierten Stressszenarios, das sowohl idiosynkratische als auch systemische Stresselemente abbildet. Dem in diesem Stressszenario der LCR modellierten Nettozahlungsmittelabfluss steht der Liquiditätspuffer gegenüber. Dieser besteht aus dem Cash- beziehungsweise Zentralbankguthaben sowie der High Quality Liquid Asset- (HQLA-) Position gemäß LCR und berücksichtigt die gleichen (unterschiedlich hohen) Abschläge auf den nicht beliebigen Marktwert. Der Liquiditätspuffer besteht damit zu großen Teilen aus Staats- und Unternehmensanleihen sowie hochliquiden Aktien, die mit wenigen Ausnahmen alle zentralbankfähig sind.

Der Nettosaldo der Zahlungsmiteingänge und -ausgänge nach Verwertung des Liquiditätspuffers muss entsprechend deutlich positiv sein.

Die Bank prüft regelmäßig, dass die operativen Voraussetzungen der LCR erfüllt sind, sodass Zugang und Verwertbarkeit des Liquiditätspuffers jederzeit gewährt sind. Zum 31. Dezember 2016 hatten wir einen Beleihungswert von 3,72 Mrd. Euro bei der Bundesbank hinterlegt (Vorjahr: 4,15 Mrd. Euro) – und damit in dieser Höhe potenziellen Zugriff auf Notenbankkredite. Wir haben 2016 im Rahmen von Testgeschäften zur Validie-

rung unseres Liquiditätsnotfallplans in geringem Umfang an einem Hauptrefinanzierungstender der EZB teilgenommen.

(f) Finanzierungsstruktur und Liquiditätsablaufbilanzen

Zur Überwachung der fristenkongruenten Finanzierungsstruktur nutzt die Bank den Additional Liquidity Monitoring Metrics-Bericht C.66 (Contractual Maturity Ladder), der einer Liquiditätsablaufbilanz gemäß MaRisk entspricht. Dieser Bericht gliedert die Bilanzpositionen eines Instituts nach ihrer vertraglichen Laufzeit und soll so mögliche Laufzeitinkongruenzen sowie daraus resultierende Finanzierungsbedürfnisse in unterschiedlichen Laufzeitbändern aufzeigen. Die Kennzahl verdeutlicht, inwieweit eine Bank auf Fristentransformation angewiesen ist. Zudem wird die Abhängigkeit von einzelnen Gläubigern durch Konzentrationsquoten gemessen. Es bestehen weder materielle Konzentrationen bei den Vermögenswerten und Finanzierungsquellen noch in Fremdwährungen.

Wir begeben keine Finanzierungsinstrumente, die eine beschleunigte Rückzahlung in Abhängigkeit von einer Verschlechterung der eigenen Bonität vorsehen oder statt in bar durch Lieferung eigener Aktien beglichen werden können. Besicherungsverpflichtungen in bar oder Wertpapieren können im Zusammenhang mit börsengehandelten Geschäften, die über zentrale Gegenparteien abgewickelt werden, einseitig entstehen. Beidseitig entstehen Besicherungsverpflichtungen bei OTC-Geschäften, die unter Rahmenverträgen mit Besicherungsanhängen abgeschlossen werden. Die Einzelgeschäfte unterliegen dabei üblicherweise Netting-Vereinbarungen.

IFRS 7 verlangt die Darstellung der Bruttoabflüsse nach vertraglichen Restlaufzeiten. Der Aussagegehalt einer solchen Tabelle zur Liquidität der Bank ist begrenzt, weil vor allem die erwarteten, Verhaltensannahmen unterliegenden Zahlungsströme für die wirksame Steuerung

verwendet werden. Die Ausführungen zur internen Liquiditätssteuerung sowie die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen geben einen wesentlich besseren Einblick in die Liquiditätsposition.

Zur Darstellung des Liquiditätsrisikos der Bank geben wir im Folgenden einen Überblick über die Restlaufzeiten der finanziellen Verbindlichkeiten. Dabei werden die vertraglich vereinbarten Mittelflüsse einschließlich zukünftiger Zinszahlungen undiskontiert ausgewiesen. Derartige nichtdiskontierte Mittelflüsse können vom Buchwert abweichen, wie er in der Bilanz ausgewiesen ist.

in Mio. €	31.12.2016						
	Bruttoabflüsse (undiskontiert)						
	Buchwert	Σ	< 1 Mon.	1–3 Mon.	3–12 Mon.	12 Mon. – 5 J.	> 5 J.
Finanzielle Verbindlichkeiten innerhalb der Bilanz:							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.786,2	1.806,4	671,5	19,7	32,2	1.018,4	64,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.623,3	13.625,7	12.869,5	488,3	263,4	0,6	3,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	45,4	52,5	10,4	0,0	0,4	1,5	40,3
Handelsspassiva (ohne Derivate*)	2.326,6	3.353,0	170,1	208,8	780,5	360,2	1.833,4
Sonstige Passiva	80,2	80,2	62,4	3,2	14,6	0,0	0,0
Nachrangkapital	437,7	511,4	11,5	1,9	43,6	241,8	212,6
Zwischensumme	18.299,4	19.429,2	13.795,4	721,9	1.134,6	1.622,4	2.154,8
Finanzielle Verbindlichkeiten außerhalb der Bilanz:							
Finanzgarantien	2.405,1	2.405,1	2.405,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Kreditzusagen	9.356,5	9.356,5	9.356,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	30.061,0	30.190,8	25.557,0	721,9	1.134,6	1.622,4	2.154,8

* Entsprechend IFRS 7 werden in der Liquiditätsanalyse nach vertraglichen Restlaufzeiten keine Derivate berücksichtigt.

in Mio. €	31.12.2015						
	Bruttoabflüsse (undiskontiert)						
	Buchwert	Σ	< 1 Mon.	1–3 Mon.	3–12 Mon.	12 Mon. – 5 J.	> 5 J.
Finanzielle Verbindlichkeiten innerhalb der Bilanz:							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	752,4	759,6	643,8	6,0	3,7	77,9	28,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	12.928,8	12.938,5	12.117,9	547,9	228,0	40,7	4,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	10,0	10,8	0,4	0,0	0,0	10,4	0,0
Handelsspassiva (ohne Derivate*)	2.720,9	3.735,3	165,5	261,0	867,2	524,1	1.917,5
Sonstige Passiva	71,4	71,4	65,7	2,3	3,4	0,0	0,0
Nachrangkapital	458,2	542,8	0,0	0,6	47,1	240,1	255,0
Zwischensumme	17.055,7	18.058,4	12.993,3	817,8	1.149,4	893,2	2.204,7
Finanzielle Verbindlichkeiten außerhalb der Bilanz:							
Finanzgarantien	2.293,9	2.293,9	2.293,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Kreditzusagen	8.769,6	8.769,6	8.769,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	28.119,2	29.121,9	24.056,8	817,8	1.149,4	893,2	2.204,7

* Entsprechend IFRS 7 werden in der Liquiditätsanalyse nach vertraglichen Restlaufzeiten keine Derivate berücksichtigt.

Die Analyse der Restlaufzeiten zeigt, dass der Großteil der Finanzinstrumente innerhalb der ersten drei Monate nach dem Bilanzstichtag vertraglich fällig ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die tatsächlichen Zahlungen aus

bilanziellen und außerbilanziellen Verpflichtungen regelmäßig später als zum vertraglich frühestmöglichen Zeitpunkt erfolgen.

Gesamtbild der Risikolage

Das Gesamtbild der Risikolage der Bank stellt sich unverändert ausgewogen dar. Basierend auf den Einschätzungen im Januar 2017 ergeben sich folgende Aussagen, die sich jedoch aufgrund von Veränderungen im Umfeld der Bank oder der Geschäftsaktivitäten im weiteren Verlauf des Geschäftsjahres deutlich verändern können.

Wir bewerten die Risikolage im Folgenden grundsätzlich anhand der Dimensionen Wahrscheinlichkeit des Risikoeintritts und Auswirkungen auf die Bank, falls die Risiken eintreten.

Die Wahrscheinlichkeit, dass das Liquiditätsrisiko schlagend wird, wird als sehr gering eingeschätzt. Falls sich die derzeitige Liquiditätslage der Bank wider Erwarten verschlechtern sollte, ist eine ausreichende Liquiditätsversorgung im Euro-Geldmarkt durch die EZB sichergestellt. Sollten sich Spannungen im Euro-Geldmarkt ergeben, auf die die EZB nicht durch weitere Liquiditätszuführung reagiert, werden die Folgen durch die hohe Liquiditätsreserve der Bank abgemildert. Die Bank hat unter anderem aufgrund der gesteigerten Kreditvergabe weiterhin Spielraum, Mittel aus dem TLTRO der EZB abzurufen.

Für das Marktrisiko wird von einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit ausgegangen. Wegen der weiterhin niedrigen Limitallokation und -auslastung, etablierter Verfahren und eines erfahrenen Managements auf der Markt- und der Marktfolgeseite wird aufgrund des bei der Bank etablierten Marktpreisrisiko-Managementsystems erwartet, dass rechtzeitig auf Marktverwerfungen reagiert werden kann und größere Verluste somit unwahrscheinlich sind. Die Erfahrungen rund um das Brexit-Votum 2016 haben diese Annahme bestätigt. Eine deutliche Zinsanhebung durch die EZB stellt das größte Marktrisiko für die Bank dar, wird aber aufgrund der Kommunikation der EZB für 2017 als sehr unwahrscheinlich eingeschätzt. Da die Konsolidierung der Staatsschulden in der Eurozone auch aufgrund niedriger Wachstumsraten bisher keine signifikanten Fortschritte

gemacht hat und zudem derzeit ungelöste Probleme im italienischen Bankensystem bestehen, ist die Gefahr eines partiellen Auseinanderbrechens der Eurozone nicht vollständig auszuschließen. Dieses Risiko hätte eine signifikante Auswirkung auf die Bank, wird derzeit aber für 2017 als sehr unwahrscheinlich eingestuft. Für die Folgejahre wird dieses Risiko aber als steigend gesehen.

Angesichts des stabilen gesamtwirtschaftlichen Umfelds in den für unser Geschäft maßgeblichen Volkswirtschaften rechnen wir mit einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit für Adressenausfallrisiken. Mit Sorge beobachten wir protektionistische Tendenzen, die für die Exportnation Deutschland starke negative Auswirkungen haben könnten. Wir erwarten keine signifikante Abschwächung des Wachstums in China. Sollte dies dennoch eintreten, würden hierdurch die gesamten Emerging Markets betroffen und wichtige Kunden deutscher Exportunternehmen in Mitleidenschaft gezogen. Dies könnte zu einer erhöhten Kreditrisikolage führen. Infolge der mit der Wachstumsstrategie einhergehenden Ausweitung des Kreditportfolios sind steigende Ausfallrisiken zu erwarten, sodass insgesamt von erhöhten Adressenausfallrisiken im Vergleich zum Vorjahr ausgegangen wird. Wegen der Risikokonzentrationen im Portfolio kann bereits ein einzelner Ausfall zu einem spürbar höheren Risikovorsorgebedarf führen.

Nicht prognostiziert werden können weitere Entwicklungen der geopolitischen Risiken. Dies gilt insbesondere für die bestehenden Konflikte in der Region Syrien und Irak und Spannungen innerhalb arabischer Länder, die Auswirkungen auf die Nachbarstaaten wie auch auf EU- und NATO-Staaten haben und somit auch die Geschäftspartner der Bank maßgeblich beeinflussen können. Darüber hinaus existieren weitere geopolitische Krisenherde.

Sowohl die Umsetzung der regulatorischen Anforderungen, die bereits begonnenen und noch ausstehenden Projekte im Zusammenhang mit der Wachstumsstrate-

gie wie auch die Integration neuer Mitarbeiter sind Gründe dafür, dass die Eintrittswahrscheinlichkeit operationeller Risiken im Vergleich zu den Vorjahren höher eingeschätzt wird. Diesen Risiken wird mit erhöhter Aufmerksamkeit im Rahmen des Projektmanagements wie auch der Kontrollen des Tagesgeschäfts begegnet, um Schadensfälle so weit wie möglich zu vermeiden. Aufgrund der Vielzahl an Projekten bei begrenzten Ressourcen besteht ein erhöhtes Exekutionsrisiko, dass Projekte nicht frist- und budgetgerecht in der vorgesehenen Qualität fertiggestellt werden.

Trotz unserer konsequent kundenorientierten Strategie, verbunden mit einer soliden Eigenkapitalausstattung, die im Jahr 2016 weiter verstärkt wurde, werden deutlich erhöhte strategische Risiken aufgrund der anhaltenden Niedrigzinspolitik im Euro-Geldmarkt sowie seitens der Bank nicht beeinflussbarer externer Einflüsse regulatorischer oder politischer Art gesehen. Die Liquiditätsschwemme im Euro, die durch die verschiedenen expansiven Maßnahmen der EZB ausgelöst ist und zu einer Überliquidität verbunden mit negativen Zinsen im Euro-Geldmarkt führt, stellt eine erhebliche Belastung der Ertragssituation der Bank dar. Die Bedeutung ist

umso größer, als ein Ende der Periode extremer Niedrigzinsen 2017 nicht ansteht, auch wenn für die USA weitere Zinserhöhungen durch die FED erwartet werden. Es ist nicht auszuschließen, dass aufgrund des extrem niedrigen Zinsniveaus Blasenbildungen an den Kapital-, Rohstoff- oder Immobilienmärkten erfolgen, die zu signifikanter Volatilität führen können.

In der Gesamtbewertung ist die Risikoausprägung der Bank derzeit auf einem mittleren, aber durch das Niedrigzinsumfeld mit Tendenz zu erhöhtem Niveau zu sehen. Es ist nicht möglich, alle Umfeldparameter und deren Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, das Geschäftsergebnis 2017 sowie die mittel- bis langfristige Ertragsentwicklung umfassend einzuschätzen. Deswegen ist ein permanenter Risikomanagement-Prozess von höchster Bedeutung. Er erfordert eine schnelle Reaktion auf sich ändernde Rahmenbedingungen oder einen unplanmäßigen Geschäftsverlauf. Durch das funktionsfähige Steuerungssystem, die solide Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung und die offene Kommunikations- und Verantwortungskultur ist die Bank gut auf die Herausforderungen im Risikomanagement vorbereitet.

Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Allgemeines

Das Interne Kontrollsystem (IKS) ist integraler Bestandteil unseres Risikomanagementsystems. An dieser Stelle sollen die Anforderungen aus § 289 Abs. 5 HGB beziehungsweise § 315 Abs. 2 HGB zur Berichterstattung über die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess erfüllt werden.

Das IKS im Hinblick auf die Rechnungslegung umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Einhaltung aller diesbezüglichen Vorschriften, die sich aus Gesetz oder Satzung ergeben. Es stellt sicher, dass unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft beziehungsweise des Konzerns vermittelt wird. Durch die implementierten Kontrollen soll mit hinreichender Sicherheit gewährleistet werden, dass ein regelungskonformer Einzel- und Konzernabschluss erstellt wird.

Durch die Einrichtung und permanente Weiterentwicklung unseres IKS kann zwar eine hinreichende, aber keine absolute Sicherheit bei der Erfüllung der Kontrollziele erreicht werden. Das bedeutet zum einen, dass die Einrichtung interner Kontrollen von deren Kosten-Nutzen-Verhältnis bestimmt ist. Zum anderen besteht bei der Umsetzung des IKS durch unsere Mitarbeiter das Risiko menschlicher Fehler bei der Ausführung von Tätigkeiten. Zudem können Irrtümer bei Schätzungen oder der Ausübung von Ermessensspielräumen auftreten. Daher können Fehlaussagen im Jahresabschluss nicht mit absoluter Sicherheit aufgedeckt oder verhindert werden.

Organisatorischer Aufbau

Im Kapitel „Die Geschäftsbereiche“ sind der organisatorische Aufbau der Bank sowie die Zuständigkeiten innerhalb des Vorstands dargestellt. Das Rechnungswesen der Bank obliegt primär den Bereichen Accounting und Controlling als Bestandteil der Function Finance.

Als wesentlich definieren wir einen Sachverhalt, wenn die Beurteilung des Jahresabschlusses durch den Bilanzleser und die Qualität der Rechnungslegungsinformationen beim Wegfallen dieser Informationen beeinträchtigt beziehungsweise die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft beziehungsweise des Konzerns unzutreffend dargestellt würde.

Das IKS im Rechnungslegungsprozess ist im Rahmen der Anforderungen aus dem US-amerikanischen Sarbanes-Oxley Act (SOX), der durch das Listing der HSBC-Aktie in New York indirekt auch für uns Geltung hat, umfassend dokumentiert und wird jährlich überprüft und aktualisiert. Die Bank folgt den Prinzipien einer verantwortungsvollen Unternehmensführung und -überwachung, wie sie im Deutschen Corporate Governance Kodex festgelegt sind. Vorstand und Aufsichtsrat erklären gemäß § 161 AktG jährlich, dass den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ entsprochen wurde und wird beziehungsweise welche Empfehlungen mit welcher Begründung nicht angewendet wurden oder werden. Diese Erklärung ist Bestandteil der Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289 a HGB, die auf unserer Homepage (www.hsbc.de) veröffentlicht wird.

Darüber hinaus haben wir einen Verhaltenskodex schriftlich formuliert, der unser Werteverständnis und unsere Verhaltensstandards ausdrückt. Der Vorstand und alle Mitarbeiter haben sich schriftlich zur Einhaltung des Kodex verpflichtet. Ferner gibt es ein detailliertes, schriftlich fixiertes Compliancekonzept.

Im Bereich Accounting liegen die Zuständigkeiten für die Bilanzierung nach HGB (Einzelabschluss der AG) und nach IFRS (Konzernabschluss der AG und Teilkonzernabschluss für die HSBC Bank plc, London). Darüber hinaus sind die Buchhaltung der wesentlichen deutschen Tochtergesellschaften sowie das aufsichtsrechtliche Meldewesen im Bereich Accounting angesiedelt.

Der Bereich Controlling ist für das interne Management-Informationssystem (MIS) verantwortlich, das im Wesentlichen aus der Ergebnisbeitragsrechnung, der Kostenstellenrechnung, der Kundenkalkulation sowie der Planung und Budgetierung besteht.

Für die Ermittlung der Markt- und Zeitwerte von Finanzinstrumenten ist der Bereich Risk Control zuständig. Dabei werden – sofern sie vorhanden sind – öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt zugrunde gelegt; ansonsten erfolgt die Ermittlung anhand anerkannter Bewertungsmethoden. Die so ermittelten Preise fließen in die Back-Office- und Rechnungslegungssysteme über automatisierte Schnittstellen taggleich ein. Die Auswahl der verwendeten Datenquellen sowie die Zuordnung der verwendeten Bewertungsparameter und der anzuwendenden Bewertungsverfahren erfolgen durch Risk Control unabhängig vom Handel. Wesentliche Fragen zur Bewertung werden im monatlich tagenden Valuation Committee besprochen. Den Vorsitz hält das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied. Weitere Mitglieder sind die Leiter von Risk Control und Accounting sowie der Chief Operating Officer Markets als Vertreter der Handelsbereiche.

Der Jahresabschluss und Lagebericht der Gesellschaft sowie der Konzernabschluss und Konzernlagebericht werden vom Accounting vorbereitet und vom Vorstand aufgestellt. In der Februar-Sitzung des Aufsichtsrats wird über wesentliche Eckdaten des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses beraten. In einer zweiten Sitzung werden der Jahresabschluss und der Lagebericht satzungsgemäß durch den Aufsichtsrat gebilligt und damit festgestellt sowie der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht vom Aufsichtsrat gebilligt. Die Hauptversammlung fasst auf der Grundlage des festgestellten Jahresabschlusses den Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns.

Die Veröffentlichung des Jahresabschlusses einschließlich Lagebericht, des Konzernabschlusses einschließlich Konzernlagebericht und des Halbjahresfinanzberichts erfolgt im Bundesanzeiger.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Prüfungsausschuss gebildet. Dessen Aufgaben umfassen gemäß Geschäftsordnung unter anderem die Prüfung der Unab-

hängigkeit des vorgesehenen Abschlussprüfers, die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, die Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und die Honorarvereinbarung mit dem Abschlussprüfer, Maßnahmen zur Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, die Vorbereitung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses durch den Aufsichtsrat sowie wesentliche Fragen der Rechnungslegung und Grundfragen des Risikomanagements. Weitere Aufgaben sind in den Terms of Reference fixiert und umfassen insbesondere die Diskussion von Feststellungen der internen Revision, von compliancerelevanten Sachverhalten und von sonstigen Themen mit Relevanz für das IKS. Dem Prüfungsausschuss stand Dr. Eric Strutz, Berg, zum 31. Dezember 2016 vor. Weitere Mitglieder zu diesem Zeitpunkt waren Dr. Hans Michael Gaul, Düsseldorf, Simon Leathes, London, und Ralf Rochus, Essen.

Die Interne Revision prüft entsprechend den Regelungen der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) veröffentlichten Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements und des IKS. Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben hat die Interne Revision ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht im Hinblick auf alle Aktivitäten, Prozesse und eingesetzten EDV-Systeme.

Der Abschlussprüfer wird auf der Hauptversammlung für das laufende Geschäftsjahr gewählt, nachdem er seine Unabhängigkeit dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses des Aufsichtsrats angezeigt hat. Die Beauftragung des Abschlussprüfers erfolgt durch den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats unter Beachtung der Vorgaben gemäß §§ 318 ff. HGB. Der Abschlussprüfer erläutert dazu in einer Sitzung des Prüfungsausschusses seinen Prüfungsplan mit den jeweiligen Prüfungsschwerpunkten. In einer weiteren Sitzung des Prüfungsausschusses erläutert der Abschlussprüfer seine wesentlichen Prüfungshandlungen und -ergebnisse. In der Sitzung des Aufsichtsrats, in welcher der Jahresabschluss festgestellt wird, erläutert der Abschlussprüfer dem Gesamtaufichtsrat seine wesentlichen Prüfungshandlungen und -ergebnisse.

EDV-Systeme

Der Abschluss der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG nach HGB sowie das MIS beruhen maßgeblich auf der integrierten Buchhaltung. Hierbei handelt es sich um ein selbst entwickeltes Großrechner-Programmpaket, das im Wesentlichen Daten und Zwischenergebnisse für den Tages-, Monats- und Jahresabschluss einschließlich Gewinn- und Verlust-Rechnung sowie für die Kostenstellenrechnung und die Kundenkalkulation bereitstellt. Durch die integrierte Buchhaltung ist eine enge Verzahnung von Bilanzierung und MIS gewährleistet. In der integrierten Buchhaltung wird auch eine Bilanzierung nach IFRS für die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG durch separate Buchungskreise dargestellt.

Diverse Vorsysteme zur Abwicklung der verschiedenen Geschäftsvorfälle übergeben den zugehörigen Buchungssstoff (maschinelle Grundbücher) automatisiert an die integrierte Buchhaltung. Die Abwicklung der Geschäftsvorfälle und damit die Bedienung der Vorsysteme erfolgt dezentral in den verschiedenen spezialisierten Back-Office-Bereichen (zum Beispiel Wertpapiergeschäfte in GEOS durch die HSBC Transaction Services GmbH, börsengehandelte Derivate in ION Trading durch Treasury and Derivatives Operations). Manuelle Grundbücher sind nur noch in Ausnahmefällen erforderlich.

In Ergänzung zur integrierten Buchhaltung werden sowohl externe Standard-Software als auch selbst entwickelte Buchungserfassungsprogramme sowie individuelle Datenverarbeitungsprogramme (Microsoft Excel

und Access) verwendet. Sie dienen der Ermittlung von Buchungsdaten, die anschließend an die integrierte Buchhaltung übergeben werden. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Systeme zur Erfassung und Buchung von Rückstellungen, Erfassung und Bezahlung von Eingangsrechnungen, zum Erstellen von Ausgangsrechnungen und zum Erfassen von einfachen Buchungssätzen sowie um Anwendungen zur Kontenabstimmung, zur Anlagenbuchhaltung und zur Darstellung des Anlage- und Rückstellungsspiegels.

Die Buchhaltung der Tochtergesellschaften erfolgt jeweils in einer Standard-Software-Lösung eines externen Software-Anbieters und dient primär der Erstellung des handelsrechtlichen Einzelabschlusses der jeweiligen Tochtergesellschaft.

Die Konsolidierung basiert maßgeblich auf TuBKons, einem selbst entwickelten Access-Programmpaket mit einer Datenhaltung in DB2. Basierend auf dem Import aus der integrierten Buchhaltung, den diversen Vorsystemen mit den benötigten Geschäftsdetails sowie der Buchhaltung aller wesentlichen Tochtergesellschaften (einschließlich der konsolidierungspflichtigen Spezialfonds), erfolgen die Schulden-, Aufwands- und Ertrags- sowie die Kapitalkonsolidierung und die Zwischengewinneliminierung in TuBKons. Darin werden auch für die Tochtergesellschaften die HGB-Zahlen auf IFRS-Werte übergeleitet und alle Konzernbewertungsmaßnahmen abgebildet.

Allgemeine Ausgestaltung des IKS

Maßgebliche Grundsätze für die Ausgestaltung des IKS im Rechnungslegungsprozess sind:

(a) Funktionstrennung

Der Kundenkontakt und der Geschäftsabschluss sind funktionsmäßig bis hin zur Vorstandsebene von allen nachgelagerten Prozessen klar getrennt. Neben der Internen Revision kommt der HSBC Transaction Services GmbH eine besondere Bedeutung für den Rechnungslegungsprozess zu. Sie ist unter anderem für die Abstimmung aller Loro- und Nostro-Konten, die Abstimmung der Front-Office- mit den Back-Office-Systemen sowie die Abstimmung aller erhaltenen Geschäftsbestätigungen mit denen der verschiedenen Back-Office-

Bereiche zuständig. Die Ergebnisse der Abstimmungen werden monatlich an das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied gemeldet.

(b) Vier-Augen-Prinzip und Kompetenzregelungen

Jede Buchung muss zwingend von einer zweiten Person verifiziert werden. Die Berechtigungen dafür richten sich nach Erfahrung und Fachwissen der einzelnen Mitarbeiter und sind regelmäßig in den EDV-Systemen hinterlegt. Sie werden turnusmäßig von den jeweiligen Bereichsleitern überprüft.

(c) Fachliche Kompetenz der Mitarbeiter

Die quantitative und qualitative Personalausstattung in Accounting und Controlling ist angemessen. Die Mitarbeiter verfügen in Abhängigkeit von ihrem Aufgabenbereich über die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen. Dies wird im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses überprüft und sowohl im Stellenplan als auch im Ausbildungsbudget entsprechend berücksichtigt.

(d) Zugriffsberechtigungen

Für die integrierte Buchhaltung sowie alle anderen maßgeblichen Systeme in der Rechnungslegung sind differenzierte Zugriffsberechtigungen als Schutz vor unbefugten Eingriffen systemseitig etabliert.

Spezifische Komponenten des IKS

Als Anforderungen des Rechnungslegungsprozesses wurden neben den allgemeinen Grundsätzen auch spezifische Maßnahmen und Kontrollen etabliert:

(a) Bilanzierungsrichtlinien

Die gesetzlichen Anforderungen und relevanten Rechnungslegungsstandards werden in Bilanzierungsrichtlinien und Arbeitsablaufbeschreibungen konkretisiert, die regelmäßig überprüft und bei Bedarf aktualisiert werden. Dazu zählen auch detaillierte Richtlinien der HSBC-Gruppe, die in mehreren Handbüchern (Manuals) schriftlich fixiert sind und regelmäßig aktualisiert werden. Die Einhaltung der Arbeitsablaufbeschreibungen ist standardmäßig Gegenstand der Prüfung des jeweils zuständigen Fachbereichs durch die Interne Revision.

(b) Plausibilitätsprüfung für alle Grundbücher

Während der Verarbeitung eines Grundbuchs werden diverse Plausibilitätsprüfungen systemseitig vorgenommen. Die Plausibilitätsprüfungen führen entweder zu einem Abweisen der Buchung oder zu einer Buchung mit Default-Einstellungen oder zu einem Fehlerprotokoll, das am nächsten Tag bearbeitet wird.

(c) Abstimmung der Back-Office-Systeme

Es werden täglich alle Transaktionen in Derivaten und Wertpapieren sowie alle Geldhandelsgeschäfte zwischen den Front-Office- und den Back-Office-Systemen von einer gesonderten Abteilung der HSBC Transaction Services GmbH abgestimmt. Eventuelle Differenzen werden am nächsten Tag geklärt.

(d) Lagerstellenabstimmung

Für alle Wertpapierbestände erfolgt monatlich eine Abstimmung mit allen Lagerstellen. Für die Eigenbestände erfolgt darüber hinaus ein täglicher Abgleich zwischen dem Effekten-Nostro-System und den entsprechenden

Hauptbüchern. Die Ergebnisse der Abstimmungen werden monatlich an das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied gemeldet.

(e) Interne Konten und Depots

Alle Salden beziehungsweise Bestände auf internen Konten und Depots werden monatlich von den verantwortlichen Bereichen detailliert aufgeschlüsselt und bestätigt. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Ausgleichs- und Verrechnungskonten, die zusätzlich nicht angekündigten Überprüfungen unterliegen. Die Ergebnisse der Abstimmungen werden monatlich an das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied gemeldet.

(f) Abstimmung mit verbundenen Unternehmen

Alle Geschäfte innerhalb des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns werden monatlich konsolidiert. Dabei auftretende Differenzen werden protokolliert und geklärt. Geschäfte mit anderen Unternehmen aus der HSBC-Gruppe werden im Monatsbericht an HSBC separat dargestellt und von dieser automatisch konsolidiert. Dabei auftretende wesentliche Differenzen werden monatlich an die betroffenen Gesellschaften gemeldet und sind dort zeitnah zu klären.

(g) Saldenmitteilungen und Bestätigungen schwebender Geschäfte

Für alle Kundenkonten versendet die HSBC Transaction Services GmbH zweimal jährlich Saldenmitteilungen. Für schwebende Geschäfte, vor allem OTC-Derivate (einschließlich Devisengeschäfte), erfolgt jährlich eine gesonderte Abstimmung aller ausstehenden Geschäfte mit einer Stichprobe von Kontrahenten durch die Interne Revision.

(h) Abstimmung zwischen Accounting und Controlling

Da die Bilanzerstellung und das MIS gemeinsam auf der integrierten Buchhaltung basieren, ist die monatliche Abstimmung zwischen Controlling und Accounting ein zentraler Bestandteil des rechnungslegungsbezogenen IKS. Damit ist sichergestellt, dass alle wesentlichen Fehler zügig erkannt und korrigiert werden.

Die Verwaltungsaufwendungen laut Gewinn-und-Verlust-Rechnung werden im MIS im Rahmen der Kostenstellenrechnung auf die kostenverursachenden Bereiche aufgeteilt und mit den Budgetwerten verglichen. Größere Abweichungen sind von den verantwortlichen Bereichsleitern mindestens quartalsweise zu erläutern.

Ebenso erfolgt eine Abstimmung der Zins- und Provisionsergebnisse laut Gewinn-und-Verlust-Rechnung mit der Kundenkalkulation. Diese wird den Kundenbetreuern und den Leitern der kundenbetreuenden Bereiche monatlich zur Verfügung gestellt. Sie ist das maßgebliche Steuerungsinstrument für alle kundenbetreuenden Bereiche. Unplausibilitäten und Auffälligkeiten werden zeitnah zwischen Controlling und Kundenbereich geklärt.

(i) Abstimmung zwischen Risk Control und Accounting

Risk Control ermittelt täglich die Handelsergebnisse je Handelstisch. Diese Ergebnisse werden monatlich im Accounting mit den Erlösen der Handelsbereiche gemäß Ergebnisbeitragsrechnung abgestimmt. Dabei werden alle Unterschiede bis auf Instrumentenebene analysiert. Wesentliche Unterschiede werden dadurch zeitnah entdeckt und korrigiert.

(j) Einzelanalyse besonderer Geschäftsvorfälle

Die kundenbetreuenden Bereiche melden monatlich besondere Geschäftsvorfälle an Accounting und Controlling, um deren korrekte und zeitnahe Erfassung im Rechnungswesen sicherzustellen. Darüber hinaus analysiert Accounting monatlich alle wesentlichen Posten des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses und des Ergebnisses aus Finanzanlagen.

(k) Plausibilitätsprüfungen

Durch den Vergleich mit Vorperioden sowie mit Budgetwerten werden alle Hauptbücher der Gewinn-und-Verlust-Rechnung in einem ersten Schritt monatlich plausibilisiert. Eventuelle Auffälligkeiten und Unstimmigkeiten werden in Zusammenarbeit von Accounting und Controlling umgehend geklärt.

(l) Abstimmung der Gewinn-und-Verlust-Rechnung insgesamt

Das vorläufige Monatsergebnis wird vor dem Abschluss der Bücher zwischen dem zuständigen Vorstandsmitglied sowie den Leitern von Accounting und Controlling besprochen. Der direkte Kontakt aller wesentlichen Entscheidungsträger ist in einem Haus unserer Größe ein wichtiges Element im IKS. Eventuelle Unplausibilitäten werden diskutiert und zeitnah geklärt. Ebenso werden alle noch offenen Punkte angesprochen und die Zuständigkeit und der Zeitrahmen für die Klärung beziehungsweise Erledigung vereinbart.

(m) Besprechung der monatlichen Ergebnisse im Vorstand

Unmittelbar nach der Fertigstellung der monatlichen Gewinn-und-Verlust-Rechnung werden die Ergebnisse an das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied gesendet. Zur Besprechung in der nächsten Vorstandssitzung leitet es die Eckdaten des Monatsabschlusses zusammen mit seinem Kommentar an die übrigen Mitglieder des Vorstands weiter. Mit der Besprechung im Vorstand ist eine erste monatliche Plausibilisierung der Konzernzahlen durch den Gesamtvorstand gewährleistet. Zusätzlich erhalten alle Vorstandsmitglieder einen von Controlling erstellten und kommentierten ausführlichen Monatsbericht, der die Erlös- und Kostenentwicklung sowohl für den Konzern insgesamt als auch für die wesentlichen Tochtergesellschaften enthält. Die Erlöse und Kosten werden auch aufgeteilt nach Produkten und Bereichen dargestellt.

Übernahmerelevante Angaben

Aktionäre und Aktie

Kapital

Am 31. Dezember 2016 verfügte die Bank über ein Grundkapital von 91,4 Mio. Euro, eingeteilt in 34,1 Mio. Stückaktien. 63,0 % des Aktienkapitals sind in den amtlichen Handel an den Börsen Düsseldorf und Stuttgart eingeführt.

Alle Aktien sind grundsätzlich mit einheitlichen Rechten ausgestattet und lauten auf den Inhaber. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme. Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben. Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind dem Vorstand nicht bekannt. Sofern Arbeitnehmer Aktien der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG halten, üben sie ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Die HSBC Holdings plc, London, war am Bilanzstichtag indirekt mit 80,7 % am Aktienkapital beteiligt. Die Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, hielt wie schon im Vorjahr direkt einen Anteil von 18,7 %.

Kurse und Kurswerte

Der Kurs unserer Aktie ist 2016 um 12,59 % auf 63,72 Euro gesunken. Der niedrigste Kurs lag im Jahresverlauf bei 59,56 Euro, der höchste bei 73,00 Euro. Bei einem Emissionspreis von 190 DM (97,20 Euro) je 50-DM-Aktie am 25. Oktober 1985 entwickelten sich Börsenkurs und Börsenwert wie folgt:

Datum	Anzahl der Aktien *	Kurs der Aktie * in €	Börsenwert in Mio. €
31.12.1985	18.000.000	17,64	317,52
31.12.1990	22.000.000	19,79	435,38
31.12.1995	23.500.000	30,58	718,63
31.12.2000	26.100.000	110,00	2.871,00
31.12.2005	26.100.000	87,50	2.283,75
31.12.2010	28.107.693	89,00	2.501,58
31.12.2011	28.107.693	90,20	2.535,31
31.12.2012	28.107.693	87,19	2.450,71
31.12.2013	28.107.693	84,80	2.383,53
31.12.2014	34.088.053	70,00	2.386,16
31.12.2015	34.088.053	72,90	2.485,89
31.12.2016	34.088.053	63,72	2.172,09

* Bereinigt um den Aktiensplit 10:1 am 27. Juli 1998.

Dividenden

Für das Geschäftsjahr 2016 soll eine Dividende von 2,50 Euro je Aktie (Vorjahr: 2,50 Euro je Aktie) gezahlt werden. Mit einer Dividendensumme von 85,2 Mio. Euro

(Vorjahr: 85,2 Mio. Euro) möchten wir unsere Aktionäre am Ergebnis des Jahres 2016 angemessen beteiligen.

Verfassung der Gesellschaft

Satzungsgemäß besteht der Vorstand der Bank aus mindestens zwei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat hat jedoch die Möglichkeit, eine darüber hinausgehende Anzahl von Vorstandsmitgliedern zu bestellen. Am 31. Dezember 2016 bestand der Vorstand aus vier Personen.

Die Bestellung und Abberufung des Vorstands erfolgt nach den gesetzlichen Bestimmungen des § 84 Aktiengesetz (AktG).

Beschlüsse über Änderungen der Satzung werden von der Hauptversammlung mit zwei Dritteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst, soweit nicht gesetzlich eine höhere Mehrheit zwingend erforderlich ist. Der Aufsichtsrat ist befugt, Änderungen der Satzung vorzunehmen, die nur die Fassung betreffen.

Maßnahmen der Kapitalbeschaffung können nur entsprechend der gesetzlichen Regelung in § 119 AktG durch die Hauptversammlung beschlossen werden. Zur aktuellen Ermächtigung des Vorstands durch die Hauptversammlung zur Ausgabe von Aktien verweisen wir auf die Note „Eigenkapital“.

Nach dem Beschluss der Hauptversammlung vom 2. Juni 2015 ist die Gesellschaft ermächtigt, zum Zweck des Wertpapierhandels eigene Aktien zu Preisen zu kaufen und zu verkaufen, die den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien an der Börse Düsseldorf (oder, falls dieser nicht festgestellt werden kann, an der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse, Stuttgart) an den jeweils zehn vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über beziehungsweise unterschreiten. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende eines jeden Tages nicht mehr als 5 % des Grundkapitals der Gesellschaft betragen. Diese Ermächtigung gilt bis zum 31. Mai 2020. Der Vorstand der Bank hat beschlossen, von dieser Ermächtigung bis auf Weiteres keinen Gebrauch zu machen.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, bestehen nicht. Ebenso wenig existieren Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots.

Nachhaltige Unternehmensführung

Der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern bekennt sich zu einer nachhaltigen Unternehmensführung. Nachhaltigkeit heißt für uns, Geschäftstätigkeiten langfristig aufzubauen und in unseren Entscheidungen soziale, ökologische und ökonomische Aspekte zu berücksichtigen.

Unsere Verantwortung

Nachhaltigkeit ist ein Grundpfeiler unserer strategischen Ausrichtung. Wir unterstützen Unternehmen beim Ausbau ihrer Geschäftstätigkeit und sorgen für das Wohl und die positive Entwicklung von Gemeinschaften. So werden wir unserer Verantwortung als internationale Bank gerecht. 2008 wurde in Deutschland der Bereich Corporate Sustainability (CS) etabliert, der unsere lokalen Nachhaltigkeits-Aktivitäten zentral bündelt und direkt der Sprecherin des Vorstands unterstellt ist.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die hohe Bedeutung von Corporate Sustainability im Kerngeschäft nachdrücklich unterstrichen. Unser auf Nachhaltigkeit angelegtes Geschäftsmodell hat sich in dieser Zeit bewährt. Es zeichnet sich durch die klare Ausrichtung auf die Zielgruppen Vermögende Privatkunden, Firmenkunden und Institutionelle Kunden aus, ergänzt durch einen risikobewussten Handel. Unser Erfolg versetzt uns in die Lage, die Anforderungen unserer Stakeholder zu erfüllen: als zuverlässiger Geschäftspartner für unsere Kunden, als attraktiver Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb für unsere Mitarbeiter, als solide und ertragreiche Investition für unsere Aktionäre und als bedeutender und verlässlicher Steuerzahler der Stadt Düsseldorf, mit der wir seit unserer Gründung im Jahr 1785 verbunden sind.

Der Corporate Sustainability-Ansatz unseres Hauses umfasst nachhaltige Verantwortung in folgenden Bereichen:

Corporate Sustainability bei HSBC Trinkaus & Burkhardt AG



Ökonomische Verantwortung CS im Kerngeschäft

Kreditvergabe

- Sustainability Risk Rating als zwingender Bestandteil im HSBC-Kreditvergabeprozess

Responsible Investing

- Nachhaltige Investmentprodukte für private und institutionelle Anleger
- Umfassendes Aktien-Research im Bereich SRI/Renewables



Ökologische Verantwortung Umgang mit Ressourcen

Environment Footprint Management

- Umweltvorgaben in Einkaufsrichtlinien
- Sensibilisierung der Mitarbeiter

Beteiligung am globalen Projekt HSBC Water Programme



Soziale Verantwortung Gesellschaftliches Engagement

Gesellschaftliches Engagement

- Jugend und Bildung
- Kunst und Kultur
- Gesundheit und medizinische Forschung
- HSBC Trinkaus Jugend & Bildung e.V.

Zusatzleistungen für Mitarbeiter

- Betriebliche Altersvorsorge
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Förderung des Mitarbeiterengagements

Sustainable Financing

Unser Haus betreibt ein umfassendes Research zu Aktien börsennotierter Unternehmen aus der Solar-, Wind-, Abfall- und Wasserwirtschaft (SRI/Renewables). Seit 2006 veranstalten wir jährlich die Konferenz „Responsible Growth – Investments for the Future“ in Frankfurt am Main, die sich mittlerweile zu einer der größten Investorenkonferenzen mit dem Fokus „Nachhaltigkeit“ entwickelt hat. Ergänzend organisieren wir Nachhaltigkeits-Roadshows, auf denen namhafte Unternehmen mit internationalen Investoren zum Thema Nachhaltigkeit ins Gespräch kommen.

Wir sind der Meinung, dass die Berücksichtigung sowohl ökologischer als auch sozialer sowie Corporate Governance-Kriterien einen wesentlichen Einfluss auf Unternehmen hat und deren Wettbewerbsposition entsprechend stärken kann. Entsprechend ist eine Nachhaltigkeitsanalyse für unsere globalen Asset Management-Einheiten integraler Bestandteil der Investmentprozesse. HSBC Global Asset Management hat bereits im Juni 2006 die „United Nations Principles for Responsible Investment“ (UNPRI) unterzeichnet und verpflichtet sich damit, ökologische und soziale Kriterien und Fragen zur guten Unternehmensführung (Environmental, Social, Governance, kurz ESG-Kriterien) bei den Anlageentscheidungen zu berücksichtigen. Mit der Unterzeichnung des Montréal Pledge im Jahr 2015 hat sich HSBC Global Asset Management dazu verpflichtet, die Kohlenstoffintensität der Portfolien auszuweisen.

Anlegern, die nach konkreten ESG-Kriterien investieren möchten, bieten wir ein breites Spektrum nachhaltiger Aktien- und Rentenkonzepte an. Hierbei greifen wir auf die Dienste renommierter Analysehäuser im Bereich Nachhaltigkeit zurück. Neben Best-in-Class-Ansätzen verfügen wir auch über zahlreiche themenbezogene Investmentlösungen.

Darüber hinaus berücksichtigen unsere globalen Asset Management-Einheiten auf Wunsch Ausschlusskriterien. So werden seit 2010 Unternehmen gemieden, die mit Streumunition und Antipersonenminen in Verbindung gebracht werden. Hierbei nutzen wir neben unserer eigenen Due Diligence-Prüfung auch die Dienste namhafter externer Organisationen. Auch unsere Richtlinie hinsichtlich passiver Anlageprodukte wird kontinuierlich überprüft und mittlerweile unterlaufen alle Exchange Traded Funds (ETFs) unseres Hauses beziehungsweise

die dazugehörigen Indizes ein „Controversial Weapon-Screening“, um eine Finanzierung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern.

Nachhaltigkeit bei der Kreditvergabe

Grundsätzlich überprüfen wir alle Kreditengagements und -anfragen auf Nachhaltigkeitsrisiken. Seit 2008 wird in der Bank ein weltweit einheitliches Sustainability Risk-Rating eingesetzt, das Regelungen für bestimmte Branchen wie Agrarrohstoffe, Bergbau- und Metallwirtschaft, Chemie, Energiewirtschaft, Rüstung sowie Wald- und Wasserwirtschaft vorsieht. Die HSBC Sustainability Risk Policies und ihre Umsetzung werden regelmäßig überprüft und bei Bedarf aktualisiert.

Ferner haben wir uns zur Beachtung der Equator Principles verpflichtet, die als internationale Standards für das Management sozialer und ökologischer Risiken in der Projektfinanzierung dienen. Das freiwillige Regelwerk umfasst zehn Kriterien, die auf den Öko- und Sozialstandards der Weltbank und der International Finance Corporation (IFC) basieren und für Projektvolumen ab 10 Mio. US-Dollar Berücksichtigung finden. Unsere Mitarbeiter werden intensiv und systematisch in der Beurteilung von Nachhaltigkeitsrisiken aus- und weitergebildet. Spezielle Sustainability Risk Manager überwachen die Einhaltung der Prozesse.

Climate Business

Neben der Berücksichtigung von nachhaltigen Aspekten bei der Kreditvergabe spielt Nachhaltigkeit auch bei unseren Kapitalmarktaktivitäten eine immer größere Rolle. Das Segment der Green Bonds gewinnt bei der öffentlichen Hand, Unternehmen und institutionellen Investoren zunehmend an Bedeutung, da Anleger ihre Investitionsentscheidungen sehr häufig nicht mehr nur an reinen Risiko-Rendite-Betrachtungen messen, sondern soziale und ökologische Kriterien einfließen lassen. HSBC nimmt in diesem Segment eine führende Rolle ein und hat bereits zahlreiche Green Bond-Transaktionen – unter anderem für das Land NRW – federführend auf den Markt begleitet. Darüber hinaus ist HSBC in zahlreichen Branchengremien vertreten, ist Gründungsmitglied des ICMA Green Bond Principles Executive Committee und berät weltweit Institutionen, um das Marktsegment für nachhaltige Anleiheemissionen maßgeblich weiter zu entwickeln.

Die Reduktion des weltweiten CO₂-Ausstoßes ist eine wichtige Herausforderung für die Gesellschaft. Wir wollen Strategien entwickeln und Möglichkeiten aufzeigen, um gemeinsam mit unseren Kunden den Wandel zu einer CO₂-armen Wirtschaft zu begleiten. Außerdem verfügen wir mit dem HSBC Climate Change Center of Excellence über ein Team von Spezialisten, das sich zum Ziel gesetzt hat, die besten Analysen zum Klimawandel und dessen Auswirkungen auf Wirtschaft, Industrien und Branchen anzubieten. 2016 wurde es von Thomson Reuters Extel Survey im Bereich „Climate Change Research“ zum vierten Mal in Folge auf Platz eins gewählt.

Im März 2016 hat HSBC die Zulassung für die Zusammenarbeit mit dem United Nations Green Climate Fund erhalten – einem Klimafonds, der Geld für Klimaprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern bereitstellt. Der Akkreditierung geht eine strenge Prüfung der Umwelt- und Sozialstandards der Durchführungsinstitute voraus.

Ökologische Verantwortung

Um die Umweltauswirkungen unseres eigenen Geschäftsbetriebs so gering wie möglich zu halten, setzt die Bank auf Prozesse, die Umweltbelastungen reduzieren. Eingebunden in das Umweltmanagement der HSBC-Gruppe verringern wir stetig nach Zielvorgaben unsere Emissionen. Unsere Umweltschutzmaßnahmen verstehen wir auch als Vorbild für unsere Mitarbeiter, Kunden und andere Stakeholder. Reduktionsziele verfolgen wir bei Abfallwirtschaft, Energieverbrauch, CO₂-Ausstoß und Gebäudemanagement. Zudem existieren im Sinne einer umweltfreundlichen Mobilität spezielle Vorgaben: Für Geschäftsreisen ist vorzugsweise die Bahn zu nutzen, um CO₂-Emissionen und Feinstaub zu verringern. Firmentickets für die Mitarbeiter unterstützen ebenfalls eine umweltschonende Mobilität.

Des Weiteren setzen wir bei unserer Stromversorgung, wo immer es geht, auf Quellen erneuerbarer Energie und beziehen in unserem Haupthaus zu 100 % grünen Strom. Ebenfalls zur Schonung von Ressourcen trägt die umweltgerechte Entsorgung elektronischer Altgeräte und die Wiederverwendung von Wertstoffen sowie die ausschließliche Nutzung von FSC-zertifiziertem Papier bei. Auch für unsere Kunden suchen wir nach digital nutzbaren Lösungen und bieten ihnen für ihre Kontoauszüge die Nutzung einer elektronischen Postbox an.

Als Teil der weltweiten fünfjährigen Projektpartnerschaft „HSBC Water Programme“ organisieren unsere Mitarbeiter lokale „Water Days“, bei denen sie sich für das globale Forschungsprojekt „FreshWater Watch“ der Nichtregierungsorganisation Earthwatch engagieren und so ein tieferes Verständnis für die Relevanz eines nachhaltigen Umgangs mit den weltweiten Wasserressourcen erlangen.

Soziale Verantwortung

Neben Wirtschaft und Umwelt ist soziale Verantwortung die dritte Säule unserer integrierten Corporate Sustainability-Strategie. So bietet die Bank ihren Mitarbeitern zahlreiche freiwillige Sozialleistungen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen, arbeiten wir mit flexiblen Arbeitszeitmodellen und einem Familienservice, der zum Beispiel bei der Suche nach einer Betreuung für Kinder oder ältere Angehörige hilft und Lebenslagencoaching anbietet. Zwei Betriebskindergärten runden das Angebot für Mitarbeiter mit Familien ab.

Ein Schwerpunkt unserer sozialen Verantwortung liegt in der Bildung junger Menschen. Das HSBC Trinkaus-Schulprojekt hilft, ökonomische Kenntnisse zu vermitteln, die in unserer heutigen Gesellschaft unverzichtbar sind. Dabei stehen unsere Mitarbeiter regelmäßig allgemeinbildenden Schulen in Düsseldorf und an den Niederlassungsstandorten als ehrenamtliche „Experten im Unterricht“ zur Verfügung.

Die Bank engagiert sich seit 2008 als einer der Hauptförderer für das Kinder- und Jugendwerk „Die Arche e. V.“ im Düsseldorfer Stadtteil Wersten. Die Arche wird von unseren Mitarbeitern unter anderem bei Hausaufgabenbetreuung, Festen und Ausflügen, bei einmaligen Aktionen sowie mit Sachspenden unterstützt.

Jungen Menschen eine Perspektive zu geben, ist ein Kernziel unseres gesellschaftlichen Engagements. Um unsere Maßnahmen in diesem Bereich zu bündeln, wurde im Jahr 2014 der gemeinnützige Verein HSBC Trinkaus Jugend & Bildung e. V. mit Sitz in Düsseldorf gegründet. Der satzungsmäßige Zweck des Vereins ist die Förderung von Jugend, Bildung und Völkerverständigung. Dieser Zweck wird unter anderem durch die Akquisition der notwendigen finanziellen Mittel in Form von freiwilligen Spenden sowie den persönlichen Einsatz von Vereinsmitgliedern und Mitarbeitern unserer

Bank verwirklicht. Eine erste Initiative des Vereins ist das Stipendiatenprogramm „d.eu.tsch“, das Hochschulabsolventen aus Südeuropa bei ihrem Berufseinstieg in Deutschland unterstützen soll. Im Jahr 2016 wurde das Programm bereits zum zweiten Mal erfolgreich durchgeführt.

Anlässlich des 150-jährigen Bestehens von HSBC im Jahr 2015 entschied sich HSBC für eine zusätzliche Großspende an gemeinnützige Organisationen weltweit. Mit einer Gesamtsumme von weltweit 150 Mio. US-Dollar möchte HSBC über die Dauer von drei Jahren die wertvolle Arbeit unterstützen, die die Organisationen für die Gesellschaft leisten – so auch in Deutschland. Nach einer internen Abstimmung unter den Mitarbeitern wurden mit „Bildung und Jugend“, „Umwelt- und Naturschutz“ sowie „Medizin und Forschung“ drei Themenfelder identifiziert und bundesweit tätige Organisationen ausgewählt. In Deutschland unterstützen wir mit dieser Jubiläumsspende die Arbeit von „Die Arche e.V.“, „Deutsches Kinderhilfswerk e.V.“, „Deutscher Kinderschutzbund e.V.“, „WWF Deutschland“ und „DKMS“ (ehemals „Deutsche Knochenmarkspenderdatei“).

Reporting

Einmal im Jahr veröffentlicht die HSBC-Gruppe ihre gesamten Sustainability-Aktivitäten im Rahmen des Strategic Reports gemeinsam mit dem Geschäftsbericht der HSBC-Gruppe unter www.hsbc.com. Unser Haus hat sich zur Einhaltung der folgenden Initiativen freiwillig verpflichtet:

- Carbon Disclosure Project
- Charta der Vielfalt
- Green Bond Principles
- Institutional Investors Group on Climate Change
- UN Environmental Programme Finance Initiative
- UN Global Compact
- UN Principles of Sustainable Insurance
- UN Principles of Responsible Investment

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Zahl der Mitarbeiter und Pensionäre

Zum Jahresende 2016 beschäftigten wir 2.832 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; damit stieg die Anzahl unserer Beschäftigten von 2.793 am Ende des vorherigen Jahres

um 1,4 %. Zudem betreute unser Personalbereich 582 Pensionäre, Witwen und Waisen gegenüber 576 am Vorjahresende.

Ausbildungsaktivitäten

Insgesamt 28 Auszubildende beziehungsweise duale Studenten befinden sich aktuell in unserem Konzern. Davon qualifizieren sich 16 hoch motivierte Auszubildende innerhalb unseres Hauses in dem Beruf Kauffrau/-mann für Büromanagement. Parallel zu ihrer zweijährigen Berufsausbildung absolvieren drei Kaufleute für Büromanagement ein ausbildungsbegleitendes Studium an der Hochschule für Oekonomie & Management (FOM) zum Bachelor of Arts „Business Administration“.

Darüber hinaus begleitet der Konzern zwölf duale Studenten im Rahmen ihres Studiengangs zum Bachelor of Arts „Banking & Finance“. Das praxisintegrierte duale Studium findet ebenfalls an der Hochschule für Oekonomie & Management (FOM) statt.

Wir sind stolz darauf, dass auch in diesem Jahr insgesamt neun (ehemalige) Auszubildende im HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben. Durch die teilweise sehr guten Leistungen, die in der diesjährigen Abschlussprüfung erzielt werden konnten, sind wir nunmehr zum zehnten Mal in Folge für unsere herausragenden Leistungen im Rahmen der Berufsausbildung seitens der IHK Düsseldorf ausgezeichnet worden.

Fortbildung

Die fachliche und soziale Kompetenz, das Handeln in Einklang mit den Werten der Bank sowie das besondere Engagement unserer Mitarbeiter sehen wir als entscheidenden Wettbewerbsvorteil. Durch eine zielgerichtete Personalentwicklung sind wir bei der Beratung unserer Kunden in der Lage, stets eine hohe Expertise und einen qualitativ hochwertigen Service anzubieten. Die einzelnen Weiterbildungsmaßnahmen für unsere Mitarbeiter werden auf den jeweiligen konkreten Bedarf abgestimmt und im Vorfeld durch eine genaue Analyse entwickelt. Wir arbeiten mit ausgewählten Trainern zusammen, die den besonderen Anspruch unseres Hauses kennen und mit ihrer exzellenten Qualifikation eine erfolgreiche Durchführung sowie bedarfsgerechte Vor- und Nachbereitung der Maßnahmen garantieren. Eine Förderung unserer Mitarbeiter erfolgt durch individuelle Fortbildungen zu fach- und produktspezifischen Themen sowie unterschiedliche Maßnahmen zur Weiterentwicklung überfachlicher Kompetenzen.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf unsere Führungskräfte, die durch individuelle Entwicklungsprogramme und Coachings in ihrer speziellen Führungsaufgabe ausgebildet, gefördert und weiterentwickelt werden.

Nach wie vor hohe Priorität haben im Rahmen der Personalentwicklung zudem die Förderung berufsbegleitender Bachelor- und Master-Studiengänge sowie ausgewählte Spezialausbildungen. Kompetente Partner für diese Maßnahmen sind seit Jahren unter anderem die Frankfurt School of Finance & Management, die Deutsche Vereinigung für Finanzanalyse und Asset Management (DVFA), das CFA Institute sowie spezialisierte Anbieter, freie Trainer und Hochschulen. Erstmals seit 2016 bieten wir unseren Mitarbeitern in Kooperation mit der renommierten US-amerikanischen Association of Certified Anti-Money Laundering Specialists die gleichnamige Zertifizierung zum Anti-Geldwäsche-Spezialisten an. Zusätzlich runden ein breit gefächertes Angebot an PC- und IT-Schulungen sowie Fremdsprachentrainings (unter anderem auch zur Vorbereitung auf Auslandseinsätze) unsere Weiterbildungsaktivitäten ab.

Vergütungsbericht

Grundzüge des Vergütungssystems

Vergütungsrechtlich hat die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG als Kreditinstitut neben den aktienrechtlichen Bestimmungen und den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex vor allem die Regelungen der Instituts-Vergütungsverordnung (InstitutsVergVO) des Bundesministeriums der Finanzen zu beachten. Gemäß § 17 InstitutsVergVO in der Fassung vom 16. Dezember 2013 ist die Bank seit dem Jahr 2014 als bedeutendes Institut einzustufen. Da die Bank Wertpapierdienstleistungen und -nebedienstleistungen erbringt, sind vom Institut vergütungsrechtlich außerdem die Vorgaben von BT 8 des BaFin-Rundschreibens 4/2010 (WA) über die Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion (MaComp) zu beachten.

Die Vergütungspolitik wird zum einen durch den Vorstand und zum anderen durch den Aufsichtsrat unter Beachtung der gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen festgelegt; in die Vorbereitung wird der Compliance-Bereich ordnungsgemäß einbezogen. Der für Vergütungsfragen vom Aufsichtsrat gebildete Personal- und Vergütungskontrollausschuss besteht aus fünf Mitgliedern des Aufsichtsrats. Dabei handelt es sich derzeit um den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, zwei Arbeitnehmervertreter sowie zwei Vertreter der Mehrheitsgesellschafterin.

Im Jahr 2016 wurden vier Ausschusssitzungen abgehalten, an denen neben den Mitgliedern des Vorstands auch der gemäß § 23 InstitutsVergVO zu bestellende Vergütungsbeauftragte teilgenommen hat. Im Rahmen der Sitzungen wurden die Richtlinien der Vergütungspolitik und hier insbesondere die angemessene Ausgestaltung der Vergütungssysteme und ihrer Parameter regelmäßig mit den Vorständen der Gesellschaft diskutiert. Im Hinblick auf die Höhe der festen und variablen Vergütungen wurden zudem externe Beratungsdienstleistungen in Anspruch genommen, vornehmlich, um Marktgerechtigkeit und Wettbewerbsfähigkeit bei der Ausgestaltung der Vergütung sowie die Einhaltung der regulatorischen Vorgaben gewährleisten zu können.

Die Gesamthöhe der variablen Vergütung an Vorstände und Mitarbeiter der Gesellschaft richtet sich nach dem zur Verfügung stehenden Bonuspool, der durch ein einheitliches, transparentes und formalisiertes Verfahren bestimmt wird. Maßgebend ist dabei eine ausgeglichene Balance zwischen der Tragfähigkeit für die Gesellschaft einerseits und der Wettbewerbsfähigkeit bei der individuellen Vergütung andererseits, wobei im Hinblick auf die letztere eine nachhaltige Performance, eine hohe Kundenzufriedenheit sowie einwandfreies und teamfähiges Verhalten besonders honoriert werden. Die Details sind in der durch den Vorstand und Aufsichtsrat verabschiedeten Richtlinie über die Festsetzung des Gesamtbetrags der variablen Vergütungen festgelegt.

Die individuelle variable Vergütung steht in einem angemessenen Verhältnis zur Festvergütung, wobei die von der Hauptversammlung am 3. Juni 2014 unter Beachtung der Vorschriften des § 6 Abs. 1 der InstitutsVergVO sowie § 25 a Abs. 5 KWG beschlossene Höchstgrenze des Zweifachen der Festvergütung in keinem Fall überschritten wird.

Als bedeutendes Institut hat die Bank gemäß § 18 Abs. 2 InstitutsVergVO diejenigen Personen identifiziert, deren Tätigkeiten einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoportfolio der Bank haben (Material Risk Taker). Für diese Personen gelten gemäß § 18 Abs. 1 i. V. m. § 20 InstitutsVergVO besondere Vergütungsvorschriften, die in einem separaten „Leitfaden für Material Risk Taker“ umgesetzt wurden und sich auf die Auszahlung der variablen Vergütung auswirken. Die für Material Risk Taker geltenden Regelungen, die sowohl den Vorstand als auch die entsprechend identifizierten Mitarbeiter betreffen, werden daher im Folgenden in einem separaten Abschnitt dargestellt.

Soweit den Vorstandsmitgliedern oder den Mitarbeitern Teile der variablen Vergütung erst in den Folgejahren ausgezahlt werden, unterliegen diese Vergütungsbestandteile konzernweit einheitlichen und formalisierten Malus-Regelungen. Demnach können diese variablen Vergütungen insbesondere dann ganz oder teilweise einbehalten werden, wenn sich der ursprünglich

honorierter Ergebnisbeitrag nicht als nachhaltig erweist oder das Verhalten des Begünstigten im Nachhinein zu beanstanden ist. Außerdem ist die Bank berechtigt, die Barauszahlung und die Übertragung der Aktien der HSBC Holdings plc ganz oder teilweise zu unterlassen, falls zum Zeitpunkt der Auszahlung keine ausreichende Eigenkapitalausstattung besteht oder falls die zuständige Aufsichtsbehörde dies anordnet.

Darüber hinaus regelt das „Consequence Management“ den Prozess zur Behandlung von Verstößen gegen gesetzliche Vorschriften, Richtlinien der HSBC-Gruppe sowie allgemeine Verhaltensgrundsätze im Arbeitsleben, die von den Vorständen beziehungsweise Mitarbeitern zu beachten sind. Eine Nichteinhaltung kann unter anderem die Reduzierung beziehungsweise den Entfall von Bonifikationen zur Folge haben.

Vergütung der Gremien

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands ist in individuellen Tätigkeitsverträgen geregelt, welche die Bank, vertreten durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, mit den einzelnen Vorständen abschließt.

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands besteht aus einer Festvergütung und einer variablen Vergütung. Bestandteil der Festvergütung ist eine an die Funktion als Vorstand gebundene Zulage, die gewährt wird, um in Ansehung der aktuellen gesetzlichen Vorgaben auch weiterhin eine marktgerechte und angemessene Vergütung zu gewährleisten. Daneben ist jedem Mitglied des Vorstands eine individuelle Pensionszusage erteilt worden.

Die Festsetzung sowohl der Höhe der Festvergütung als auch der Höhe der jährlichen variablen Vergütung der Vorstände erfolgt durch den Aufsichtsrat in einem formalisierten und nachvollziehbaren Prozess, der durch den Personal- und Vergütungskontrollausschuss vorbereitet und überwacht wird.

Zur Gewährleistung der Risikoorientierung der Vergütung wird der variable Bestandteil in eine Barkomponente und in eine (vorläufige) Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc aufgeteilt. Die Aufteilung der variablen Vergütung berücksichtigt zum einen die Vorgaben des KWG und der InstitutsVergVO und erfolgt zum anderen nach den konzernerheitlichen Regelungen der HSBC-Gruppe.

Gemäß § 18 InstitutsVergVO in Verbindung mit Artikel 3 der delegierten Verordnung (EU) Nr. 604/2014 sind alle Vorstandsmitglieder als Material Risk Taker einzustufen. Darüber hinaus wurden alle Vorstände von der HSBC-Gruppe als „Group Material Risk Taker“ eingestuft, wovon drei Vorstandsmitglieder zugleich als „Risk Manager Material Risk Taker“ klassifiziert wurden.

Ein Vorstandsmitglied wurde von der HSBC-Gruppe zudem als Identified Staff (Alternative Investment Funds Manager, AIFM) eingestuft, sodass bei diesem Teile der variablen Vergütung in Instrumenten von der Wertentwicklung sogenannter Notional AIF-Einheiten (Fondsanteile) abhängen.

Bezüglich der jeweiligen Vorgaben zur Festlegung und Auszahlung der variablen Vergütungen wird auf den Abschnitt „Besondere Regelungen für Material Risk Taker“ verwiesen.

Angaben zur Höhe und Zusammensetzung der Bezüge der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder:

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 5. Juni 2012 unterbleiben die Angaben nach § 314 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe a Satz 5 bis 8 HGB zur individualisierten Offenlegung der Vorstandsvergütung.

Die Summe der Festbezüge aller Vorstandsmitglieder im Jahr 2016 lag unter Berücksichtigung der Änderungen in der Zusammensetzung des Vorstands mit 4.135,1 Tsd. Euro leicht unter dem Vorjahr (4.341,6 Tsd. Euro). Der variable Anteil der Vergütung betrug 4.330,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 4.431,4 Tsd. Euro). Für das Geschäftsjahr 2016 wurden allen Vorstandsmitgliedern 2.165,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.215,7 Tsd. Euro) in Form von Aktien und 2.165,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.215,7 Tsd. Euro) in bar zugesagt. In den variablen Vergütungen des Vorstands für das Geschäftsjahr 2016 ist ein langfristiger Vergütungsanteil in Höhe von 2.598,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.658,8 Tsd. Euro) enthalten, davon entfallen 1.299,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.329,4 Tsd. Euro) auf die variable Vergütung in bar und 1.299,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.329,4 Tsd. Euro) auf die variable Vergütung in Aktien der HSBC Holdings plc. oder in Notional AIF-Einheiten (Fondsanteile).

Die sonstigen Bezüge in Höhe von 83,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 75,7 Tsd. Euro) bestehen im Wesentlichen aus Vergütungen für Dienstwagennutzung, Versicherungsbeiträgen sowie sonstigen geldwerten Vorteilen, die individuell zu versteuern sind. Sie sind erfolgsunabhängig.

Für die Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbleibende bestehen Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach IFRS in Höhe von 14,0 Mio. Euro (Vorjahr: 11,8 Mio. Euro). Im Geschäftsjahr wurden 0,8 Mio. Euro (Vorjahr: 1,1 Mio. Euro) in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst.

Abfindungen für Vorstände und Material Risk Taker wurden im Jahr 2016 in Höhe von 0,5 Mio. Euro (Vorjahr: 5,0 Mio. Euro) gewährt.

Die Vergütung für Mitglieder des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt. Jedes Aufsichtsratsmitglied erhält danach eine Festvergütung von 50.000 Euro. Der Vorsitzende erhält das Zweieinhalbfache, der Stellvertreter das Zweifache dieser Vergütung. Der Vorsitzende eines Ausschusses des Aufsichtsrats erhält das Zweifache, Mitglieder eines Ausschusses erhalten je das Eineinhalbfache der vorgenannten Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds, sofern der jeweilige Ausschuss mindestens einmal im Geschäftsjahr tätig geworden ist. Übt ein Mitglied des Aufsichtsrats mehrere Ämter aus, erhält es nur eine Vergütung für das am höchsten vergütete Amt. Bei einer nicht das gesamte Geschäftsjahr umfassenden Mitgliedschaft im Aufsichtsrat oder in einem Ausschuss erfolgt eine zeitanteilige Reduzierung der Vergütung.

Für das Geschäftsjahr 2016 betragen die Bezüge des Aufsichtsrats 1.238.971,92 Euro (Vorjahr: 1.188.750,00 Euro). Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten Vergütungen in Höhe von 420.037,50 Euro (Vorjahr: 440.550,00 Euro). Darüber hinaus sind im Geschäftsjahr an ein (Vorjahr: zwei) Mitglied des Aufsichtsrats Entgelte für erbrachte Beratungsleistungen bezahlt worden; diese beliefen sich insgesamt auf 119.000,00 Euro (Vorjahr: 157.675,00 Euro). Für Aufsichtsratsmitglieder bestehen keine gesonderten Pensionsverpflichtungen. Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmervertretern sowie für die ehemaligen persönlich haftenden Gesellschafter der Bank gelten die allgemeinen Regeln für Mitarbeiter beziehungsweise ehemalige persönlich haftende Gesellschafter.

An ehemalige persönlich haftende Gesellschafter der HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA und der Trinkaus & Burkhardt KG als Rechtsvorgängerinnen der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG und ihre Hinterbleibenden sowie an ehemalige Vorstände der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG wurden Bezüge in Höhe von 5,2 Mio. Euro (Vorjahr: 8,9 Mio. Euro) gezahlt. Für diesen Personenkreis bestehen Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach IFRS in Höhe von 49,8 Mio. Euro (Vorjahr: 48,7 Mio. Euro).

Im Verlauf des Geschäftsjahres hat kein Vorstandsmitglied Aktien der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG erworben. Bezugsrechte oder sonstige aktienbasierte Vergütungen in eigenen Aktien wurden nicht gewährt. Den Mitgliedern des Vorstands wurden im Geschäftsjahr keine Mietbürgschaften und Kredite gewährt. Zwei Mietbürgschaften in Höhe von 28,6 Tsd. Euro sowie der Dispositionskredit in Höhe von 82,6 Tsd. Euro aus dem Vorjahr wurden im Geschäftsjahr zurückgeführt. Zum Bilanzstichtag nahm ein Mitglied des Aufsichtsrats einen Kontokorrentkredit in Höhe von 50,0 Tsd. Euro mit einem Zinssatz von 4,8 % in Anspruch (Vorjahr: keine Inanspruchnahme).

Haftungsverhältnisse gegenüber Dritten zugunsten von Organmitgliedern bestanden nur im Rahmen der in der Note „Patronatserklärung“ dargestellten Form.

Vergütung der Mitarbeiter

Die Bank verfolgt im Sinne der §§ 5, 6 Abs. 1 der InstitutsVergVO sowie § 25 a Abs. 5 KWG eine langfristig orientierte Vergütungsstrategie, die im Einklang mit den Zielen, den Werten und der Strategie der Bank steht. Die marktgerechte, leistungsorientierte Vergütung sowohl im tariflichen als auch im außertariflichen Bereich ist für die Mitarbeitermotivation von großer Bedeutung. In diesem Zusammenhang spielen langfristig orientierte Vergütungsbestandteile, die im Einklang mit den Zielen und der Strategie der Bank stehen, eine wichtige Rolle. Die Vergütung der Mitarbeiter ist so ausgestaltet, dass sie keine Anreize zum Eingehen von unverhältnismäßigen Risiken setzt. Dazu trägt insbesondere auch der im Marktvergleich angemessen hohe Anteil der festen Gehaltszahlungen an der Gesamtvergütung bei. Um in Ansehung der aktuellen gesetzlichen Vorgaben auch nach wie vor eine marktgerechte und angemessene Vergütung der Mitarbeiter zu gewährleisten, werden in Einzelfällen funktionsgebundene Zulagen gewährt, die den fixen Vergütungsbestandteil erhöhen. Diese Zulagen führen nicht zu erhöhten Aufwendungen in der betrieblichen Altersvorsorge für die Bank.

Das Vergütungssystem für die Mitarbeiter wird vom Vorstand mit Zustimmung des Personal- und Vergütungskontrollausschusses festgelegt. Die entsprechenden Regelungen gelten einheitlich für alle Geschäftsbereiche und Tochtergesellschaften. Im Hinblick auf die Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH ist insoweit zu berücksichtigen, dass diese zusätzlich die bestehenden Sondervorschriften der AIFM-Richtlinie einzuhalten hat.

Die Vergütung für die Mitarbeiter im Tarifbereich ist durch die Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken geregelt.

Durch einmalige freiwillige Sonderzahlungen („Positive Adjustments“) sollen einzelne Mitarbeiter, die besonders positive Verhaltensweisen zeigen und damit die Werte von HSBC Deutschland auf hervorragende Weise leben und fördern und/oder herausragende Beispiele und Vorbilder für andere Mitarbeiter darstellen, belohnt werden. Die Positive Adjustments werden durch den Vorstand basierend auf begründeten Vorschlägen festgelegt.

Außertarifliche Mitarbeiter können – neben einem Festgehalt, das jährlich überprüft wird – eine performance- und verhaltensbezogene variable Vergütung erhalten. Die Festsetzung der Höhe der jährlichen variablen Vergütung erfolgt entsprechend den in der „Richtlinie über die Festsetzung des Gesamtbetrags der variablen Vergütungen“ definierten Grundsätzen und Kriterien in einem formalisierten und nachvollziehbaren Prozess. Gemäß den Vorgaben der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats erfolgt die Festlegung der festen und variablen Vergütungen der Mitarbeiter unterhalb der Vorstandsebene, die zu den 15 höchstbezahlten Angestellten des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns gehören, mit Zustimmung des Personal- und Vergütungskontrollausschusses.

Die variable Vergütung wird durch den Vorstand unter Berücksichtigung der quantitativen und qualitativen Leistungen der Mitarbeiter, ihres Verhaltens und unter Berücksichtigung der angemessenen wirtschaftlichen Aspekte auf der Basis von Vorschlägen der Bereichsleiter festgelegt. Bei der Bewertung der Leistungen werden insbesondere auch deren Nachhaltigkeit und die Kundenzufriedenheit gewürdigt. Die Beurteilung des Verhaltens der Mitarbeiter erfolgt nach festgelegten Kriterien, wobei eingegangene Risiken, die Beachtung von Compliance-Vorschriften sowie der übrigen Verhaltensregeln und hier insbesondere die Einhaltung von Werten der HSBC-Gruppe Berücksichtigung finden.

Unter Beachtung der Vorgaben von BT 8 „Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion“ (MaComp) und in Anlehnung an die Grundsätze der HSBC-Gruppe zur Gewährung von variablen Vergütungen kommen diese vollständig in bar oder zum Teil in bar und zum Teil in der (vorläufigen) Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc zur Auszahlung. Dabei ist vorgesehen, dass die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2016 bis zu einer Höhe des Euro-Gegenwerts von 75 Tsd. US-Dollar im Februar/März 2017 vollständig in bar ausbezahlt wird. Wenn dieser Betrag überschritten wird, wird die gesamte variable Vergütung zum einen in Abhängigkeit von ihrer Höhe zwischen 10 % und 50 % in Aktien der HSBC Holdings plc vorläufig gewährt und zum anderen in Bar vergütet. Die Auszahlung der anteiligen Barkomponente findet im März 2017 statt und die Übertragung der Aktien der HSBC Holdings plc erfolgt zu jeweils einem Drittel in den Jahren 2018, 2019 und 2020.

Kursrisiken und -chancen aus den gewährten Aktien im Zeitraum zwischen deren Zuteilung und der Übertragung liegen ausschließlich bei den jeweiligen Mitarbeitern. Dabei ist es den Mitarbeitern untersagt, die mit der Gewährung von Aktien der HSBC Holdings plc beabsichtigte Risikoorientierung der Vergütung durch Absicherungs- oder sonstige Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Die für Material Risk Taker geltenden Regelungen bezüglich der Festlegung und Auszahlung der variablen Vergütung werden im folgenden Abschnitt separat dargestellt.

Besondere Regelungen für Material Risk Taker

Die Festlegung der variablen Vergütung für die Material Risk Taker (sowohl Vorstände als auch Mitarbeiter) erfolgt entsprechend den in der „Richtlinie über die Festsetzung des Gesamtbetrags der variablen Vergütungen“ sowie entsprechend den in dem „Performance Management-Leitfaden“ definierten Grundsätzen und Kriterien in einem formalisierten und nachvollziehbaren Prozess, in dem neben der grundsätzlichen Berücksichtigung der Geschäftsentwicklung der Gesellschaft und des Bereichs jeweils eine Gesamtbeurteilung hinsichtlich der individuellen Leistung – gemessen an quantitativen und qualitativen Kriterien – sowie des regelkonformen Verhaltens der Vorstände und der Mitarbeiter erfolgt. Zur Durchführung eines formellen Performance Managements sowie zur Verknüpfung der Performance und des Verhaltens der Material Risk Taker (sowie relevanter Personen gemäß BT 8 MaComp und von Mitarbeitern im Front-Office) mit der variablen Vergütung wurde im Hinblick auf § 14 InstitutsVergVO (sowie BT 8 MaComp) eine Regelung mit dem Betriebsrat getroffen. Die Ergebnisse der Beurteilungen (Ratings) haben demnach unmittelbare Auswirkung auf die Festlegung der variablen Vergütung dieser Personengruppen.

Abweichend von den zuvor genannten allgemeinen Vorschriften zur variablen Vergütung besteht entsprechend der Vorgaben der InstitutsVergVO die gesamte variable Vergütung der Material Risk Taker grundsätzlich – soweit sie mindestens 50,0 Tsd. Euro beträgt – je zur Hälfte aus einer Barauszahlung und einer (vorläufigen) Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc. Abweichend hiervon werden bei einer Einstufung als AIFM Identified Staff 40 % des aufgeschobenen Anteils an Instrumenten in Aktien der HSBC Holdings plc. zugeteilt und 10 % in Notional AIF-Einheiten (Fondsanteile) investiert.

Die variablen Vergütungen werden in Höhe von 60 % im Geschäftsjahr 2017 und in Höhe von 40 % zu jeweils einem Drittel in den nächsten drei Geschäftsjahren, also von 2018 bis 2020, übertragen.

Material Risk Taker, die dem Vorstand oder der ersten Leitungsebene unterhalb des Vorstands angehören oder Geschäftsführer einer als „wesentlicher Geschäftsbereich“ eingestuften Tochtergesellschaft sind oder die von der HSBC-Gruppe als „Group Material Risk Taker“ eingestuft wurden und deren variable Vergütung 750.000 US-Dollar übersteigt, erhalten 40 % der Vergütung im Geschäftsjahr 2017. Der verbleibende Anteil wird zu jeweils einem Drittel in den nächsten drei Geschäftsjahren, also von 2018 bis 2020, übertragen.

Bei „Group Material Risk Takern“, die zugleich als sogenannte „Risk Manager Material Risk Taker“ eingestuft werden, erfolgt die Übertragung der aufgeschobenen variablen Vergütung über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren zu jeweils gleichen Teilen.

Für die Aktien der HSBC Holdings plc beziehungsweise die Notional AIF-Einheiten (Fondsanteile) ist bei allen (Group) Material Risk Takern jeweils eine zusätzliche Halteperiode von sechs Monaten ab der Übertragung vorgeschrieben.

Kursrisiken und -chancen aus den gewährten Aktien im Zeitraum zwischen deren Zuteilung und dem Ende der sechsmonatigen Halteperiode liegen ausschließlich bei den jeweiligen Material Risk Takern. Dabei ist es den Material Risk Takern untersagt, die mit der Gewährung der variablen Vergütung beabsichtigte Risikoorientierung der Vergütung durch Absicherungs- oder sonstige Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Die Bank hat sich vorbehalten, die variable Vergütung von Group Material Risk Takern innerhalb von sieben Jahren nach ihrer vorläufigen Gewährung ganz oder teilweise zurückzufordern, wenn die Erfolgsbeiträge oder das Verhalten des betreffenden Group Material Risk Takers im Nachhinein im vorstehenden Sinne zu beanstanden sind.

Quantitative Angaben zu den Vergütungen

Nachfolgend sind die wichtigsten quantitativen Angaben zu den Vergütungen für den Vorstand und die Material Risk Taker basierend auf § 16 InstitutsVergVO beziehungsweise auf Art. 450 Abs. 2 VO (EU) Nr. 575 / 2013 zusammenfassend tabellarisch aufgeführt:

31.12.2016	Anzahl Begünstigte Festvergütung	Summe der Festvergütungen (in Mio. €)	Anzahl der Begünstigten der variablen Vergütungen	Summe der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr (in Mio. €)	Davon Summe der variablen Vergütungen in bar (in Mio. €)	Davon Summe der variablen Vergütungen in Instrumenten* (in Mio. €)
Vorstand	5	4,4	4	4,3	2,17	2,17
Material RiskTaker	332	48,1	299	28,1	15,9	12,2

31.12.2015	Anzahl Begünstigte Festvergütung	Summe der Festvergütungen (in Mio. €)	Anzahl der Begünstigten der variablen Vergütungen	Summe der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr (in Mio. €)	Davon Summe der variablen Vergütungen in bar (in Mio. €)	Davon Summe der variablen Vergütungen in Instrumenten* (in Mio. €)
Vorstand	5	4,3	5	4,4	2,2	2,2
Material RiskTaker	332	48,7	302	30,3	16,7	13,6

31.12.2016	Summe der ausstehenden Deferred Compensation (in Mio. €)	Davon bereits erdient (in Mio. €)	Davon noch nicht erdient (in Mio. €)	Im Geschäftsjahr gewährte Deferrals (in Mio. €)	Im Jahr ausgezahlte/ zugeteilte Deferrals (in Mio. €)	Gesamtbetrag der Kürzungen von Deferrals (in Mio. €)
Vorstand	9,1	0,0	9,1	2,6	4,5	0,0
Material RiskTaker	33,9	0,0	33,9	11,6	8,7	0,0

31.12.2015	Summe der ausstehenden Deferred Compensation (in Mio. €)	Davon bereits erdient (in Mio. €)	Davon noch nicht erdient (in Mio. €)	Im Geschäftsjahr gewährte Deferrals (in Mio. €)	Im Jahr ausgezahlte/ zugeteilte Deferrals (in Mio. €)	Gesamtbetrag der Kürzungen von Deferrals (in Mio. €)
Vorstand	9,3	0,0	9,3	3,0	3,5	0,0
Material RiskTaker	32,8	0,0	32,8	12,9	7,6	0,0

* Aktien der HSBC Holdings plc oder „Notional AIF-Einheiten“

Im Jahr 2016 wurden wie im Vorjahr keine Neueinstellungsprämien gezahlt.

	Im Geschäftsjahr gezahlte Abfindungen (in Mio. €)	Anzahl Begünstigte der gezahlten Abfindungen	Im Geschäftsjahr gewährte Abfindungen (in Mio. €)	Anzahl Begünstigte der gewährten Abfindungen
31.12.2016				
Vorstand/Material Risk Taker*	1,3	13	0,5	5

* Zahlungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses wurden aus Vertraulichkeitsgründen wegen der geringen Mitarbeiteranzahl gesamthaft für den Konzern ausgewiesen.

	Im Geschäftsjahr gezahlte Abfindungen (in Mio. €)	Anzahl Begünstigte der gezahlten Abfindungen	Im Geschäftsjahr gewährte Abfindungen (in Mio. €)	Anzahl Begünstigte der gewährten Abfindungen
31.12.2015				
Vorstand/Material Risk Taker*	4,1	3	5,0	13

* Zahlungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses wurden aus Vertraulichkeitsgründen wegen der geringen Mitarbeiteranzahl gesamthaft für den Konzern ausgewiesen.

In der Berichtsperiode wurden 5 Personen (Vorjahr: 5 Personen) Vergütungen in Bezug auf das Geschäftsjahr 2016 vorläufig gewährt, die zwischen 1,0 Mio. und 1,5 Mio. Euro liegen, 2 Personen (Vorjahr: 4 Personen)

zwischen 1,5 Mio. und 2,0 Mio. Euro, 1 Person (Vorjahr: 1 Person) zwischen 2,0 Mio. und 2,5 Mio. Euro und 1 Person (Vorjahr: 1 Person) zwischen 2,5 Mio. und 3,0 Mio. Euro.

Der Gesamtbetrag aller im HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern im Jahr 2016 gezahlten Festvergütungen einschließlich der Festvergütung für den Vorstand betrug 205,5 Mio. Euro (Vorjahr: 199,9 Mio. Euro). Im Jahr 2017 haben 1.671 Personen (Vorjahr: 1.609 Personen) variable

Vergütungen für das Geschäftsjahr 2016 in Höhe von insgesamt 56,0 Mio. Euro (Vorjahr: 58,2 Mio. Euro) zugesagt bekommen. In diesem Betrag sind die variablen Vergütungen für den Vorstand enthalten. Der Gesamtbetrag verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Bereiche:

	Summe der Festvergütungen (in Mio. €)	Summe der variablen Vergütungen für das Geschäftsjahr (in Mio. €)	Anzahl der Mitarbeiter mit variablen Vergütungsbe- standteilen
31.12.2016			
Global Banking & Markets und Commercial Banking	117,7	42,2	940
Private Banking und Asset Management	21,4	5,2	162
Functions und HTS	66,4	8,6	569

	Summe der Festvergütungen (in Mio. €)	Summe der variablen Vergütungen für das Geschäftsjahr (in Mio. €)	Anzahl der Mitarbeiter mit variablen Vergütungsbe- standteilen
31.12.2015			
Global Banking & Markets und Commercial Banking	114,4	43,0	915
Private Banking und Asset Management	22,3	6,1	162
Functions und HTS	63,2	9,1	532

Dank

Der Erfolg der Bank basiert nach wie vor auf dem besonderen Engagement und der bemerkenswerten Leistungsfähigkeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dafür sprechen wir ihnen unseren herzlichen Dank aus.

Außerdem danken wir dem Betriebsrat und den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat für ihre wiederum konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit im vergangenen Geschäftsjahr.

Erklärung zur Unternehmensführung

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Bank haben die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Erklärung zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ abgegeben sowie einen Bericht über Corporate Governance erstellt

und beide Dokumente der Öffentlichkeit dauerhaft auf der Homepage der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG (Internet-Link: <http://www.about.hsbc.de/de-de/investor-relations/corporate-governance>) zugänglich gemacht.

Konzernbilanz

HSBC Trinkaus & Burkhardt

Aktiva in Mio. €	(Notes)	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
				in Mio. €	in %
Barreserve	(20)	1.107,3	690,2	417,1	60,4
Forderungen an Kreditinstitute	(6, 21)	1.255,9	1.186,3	69,6	5,9
Forderungen an Kunden	(6, 22)	8.457,9	7.848,0	609,9	7,8
Handelsaktiva	(6, 24)	6.561,9	5.930,5	631,4	10,6
Finanzanlagen	(6, 25)	5.351,0	5.688,6	-337,6	-5,9
Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen		0,0	0,5	-0,5	-100,0
Sachanlagevermögen	(10, 26)	105,3	104,2	1,1	1,1
Immaterielle Vermögenswerte	(11, 26)	12,5	9,2	3,3	35,9
Ertragsteuerausprüche	(15, 27)	50,4	32,0	18,4	57,5
davon laufend		14,0	6,9	7,1	>100
davon latent		36,4	25,1	11,3	45,0
Sonstige Aktiva	(28)	182,6	181,0	1,6	0,9
Summe der Aktiva		23.084,8	21.670,5	1.414,3	6,5

Passiva in Mio. €	(Notes)	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
				in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(6, 31)	1.786,2	752,4	1.033,8	>100
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(6, 32)	13.623,3	12.928,8	694,5	5,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	(33)	45,4	10,0	35,4	>100
Handelspassiva	(6, 34)	4.499,8	5.148,7	-648,9	-12,6
Rückstellungen	(8, 14, 35)	173,2	138,6	34,6	25,0
Ertragsteuerverpflichtungen	(15, 36)	43,9	35,0	8,9	25,4
davon laufend		43,9	35,0	8,9	25,4
davon latent		0,0	0,0	0,0	-
Sonstige Passiva	(37)	235,3	249,0	-13,7	-5,5
Nachrangkapital	(38)	437,7	458,2	-20,5	-4,5
Eigenkapital	(39)	2.240,0	1.949,8	290,2	14,9
Gezeichnetes Kapital	(39)	91,4	91,4	0,0	0,0
Kapitalrücklagen		720,9	720,9	0,0	0,0
Zusätzliches Kernkapital	(39)	235,0	0,0	235,0	-
Gewinnrücklagen*		1.170,8	1.100,6	70,2	6,4
Bewertungsreserve für Finanzinstrumente	(39)	115,6	120,0	-4,4	-3,7
Bewertungsreserve für die Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung	(39)	-97,4	-85,1	-12,3	14,5
Bewertungsreserve aus Währungsumrechnung	(3)	3,7	2,0	1,7	85,0
Summe der Passiva		23.084,8	21.670,5	1.414,3	6,5

* Der Konzernbilanzgewinn wurde im Geschäftsjahr mit den Gewinnrücklagen zusammengefasst dargestellt. Die Vorjahreszahlen sind entsprechend angepasst.

Konzern-Gesamtergebnisrechnung HSBC Trinkaus & Burkhardt

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Erfolgsrechnung in Mio. €	(Notes)	2016	2015	Veränderung	
				in Mio. €	in %
Zinserträge		296,8	273,9	22,9	8,4
Zinsaufwendungen		85,4	72,2	13,2	18,3
Zinsüberschuss*	(17, 40)	211,4	201,7	9,7	4,8
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(8, 41)	4,4	0,2	4,2	> 100,0
Ergebnis aus Anteilen an at equity bilanzierten Unternehmen		0,0	0,1	-0,1	-100,0
Provisionserträge*		669,1	642,3	26,8	4,2
Provisionsaufwendungen*		194,4	201,1	-6,7	-3,3
Provisionsüberschuss	(17, 42)	474,7	441,2	33,5	7,6
Handelsergebnis*	(17, 43)	78,7	75,1	3,6	4,8
Verwaltungsaufwand	(44)	567,9	530,4	37,5	7,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	(17, 45)	24,9	15,0	9,9	66,0
Sonstiges Ergebnis	(17, 46)	12,5	14,9	-2,4	-16,1
Jahresüberschuss vor Steuern		229,9	217,4	12,5	5,7
Ertragsteuern	(15, 47)	74,4	65,3	9,1	13,9
Jahresüberschuss		155,5	152,1	3,4	2,2

* Vorjahreswerte angepasst. Die Änderungen sind in Note 18 erläutert.

Ergebnis je Aktie in €	(Notes)	31.12.2016	31.12.2015
Unverwässert	(49)	4,54	4,46
Verwässert	(49)	4,54	4,46
Anzahl der durchschnittlich im Umlauf befindlichen Aktien in Mio. Stück	(49)	34,1	34,1

Überleitung vom Jahresüberschuss zum Gesamtergebnis

in Mio. €	(Notes)	2016	2015
Jahresüberschuss		155,5	152,1
Gewinne/Verluste nach Steuern, die in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgegliedert werden		-2,7	-47,6
davon aus Finanzinstrumenten	(39)	-4,4	-47,4
davon aus Währungsumrechnung	(3)	1,7	-0,2
Gewinne/Verluste nach Steuern, die nicht in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgegliedert werden		-12,3	6,9
davon aus Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung	(35)	-12,3	6,9
Sonstiges Periodenergebnis		-15,0	-40,7
Gesamtergebnis		140,5	111,4

Konzern-Eigenkapital- veränderungsrechnung HSBC Trinkaus & Burkhardt

in Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Zusätzliches Kernkapital	Gewinnrücklagen*	Bewertungsreserve für Finanzinstrumente	Bewertungsreserve für die Neubewertung der Netto-pensions-verpflichtung	Bewertungsreserve aus Währungs-umrechnung	Konzern-eigenkapital
(Notes)	(39)	(39)	(39)	(39)	(39)	(39)	(39)	
Stand 31.12.2014	91,4	720,9	0,0	1.018,7	167,4	-92,0	2,2	1.908,6
Ausschüttung Bilanzgewinn				-70,3				-70,3
Zugang aus Jahresüberschuss				152,1				152,1
Kapitalerhöhung								0,0
Sonstiges Periodenergebnis					-47,4	6,9	-0,2	-40,7
Sonstige Änderungen				0,1				0,1
Stand 31.12.2015	91,4	720,9	0,0	1.100,6	120,0	-85,1	2,0	1.949,8
Ausschüttung Bilanzgewinn				-85,2				-85,2
Zugang aus Jahresüberschuss				155,5				155,5
Kapitalerhöhung			235,0					235,0
Sonstiges Periodenergebnis					-4,4	-12,3	1,7	-15,0
Sonstige Änderungen				-0,1				-0,1
Stand 31.12.2016	91,4	720,9	235,0	1.170,8	115,6	-97,4	3,7	2.240,0

* Inkl. Konzernbilanzgewinn.

Konzern-Kapitalflussrechnung

HSBC Trinkaus & Burkhardt

in Mio. €	(Notes)	2016	2015
Jahresüberschuss		155,5	152,1
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen und Veränderung der Rückstellungen		83,2	64,6
Nettoergebnis aus dem Abgang von Finanzanlagen und Sachanlagevermögen		-20,3	-27,8
Sonstige Anpassungen (per saldo)		-123,0	-67,2
Zwischensumme		95,4	121,7
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute	(21)	-69,4	308,3
Forderungen an Kunden	(22)	-604,8	-1.337,4
Handelsbestände	(24, 34)	-1.280,4	1.121,5
Andere Aktiva		322,0	100,8
Verbindlichkeiten	(31, 32, 33)	1.763,6	-288,0
Andere Passiva		-48,2	21,6
Summe der Veränderungen		82,8	-73,2
Erhaltene Zinsen		293,8	257,6
Erhaltene Dividenden		3,0	5,8
Gezahlte Zinsen		-85,5	-83,3
Ertragsteuerzahlungen		-78,7	-73,2
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		310,8	155,4
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen mit Beteiligungscharakter		5,9	23,7
Sachanlagevermögen		1,9	1,4
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen mit Beteiligungscharakter		0,0	-5,4
Sachanlagevermögen		-31,1	-31,0
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-23,3	-11,3
An die Gesellschafter der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG gezahlte Dividenden		-85,2	-70,3
Mittelveränderungen aus Nachrangkapital		-20,2	0,0
Mittelveränderung aus zusätzlichem Kernkapital	(38)	235,0	0,0
Mittelveränderungen aus der Kapitalerhöhung		0,0	0,0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		129,6	-70,3
Zahlungsmittelbestand am Ende der Vorperiode	(20)	690,2	616,4
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		310,8	155,4
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-23,3	-11,3
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		129,6	-70,3
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode	(20)	1.107,3	690,2

Erläuterungen (Notes) zum Konzernabschluss

Grundlagen der Rechnungslegung

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungsmethoden

Konsolidierungskreis	(Note 1)
Konsolidierungsgrundsätze	(Note 2)
Währungsumrechnung	(Note 3)
Unternehmenszusammenschlüsse	(Note 4)
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögensgruppen sowie aufgebene Geschäftsbereiche	(Note 5)
Finanzinstrumente	(Note 6)
Hedge Accounting	(Note 7)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(Note 8)
Pensions- und Wertpapierleihegeschäfte	(Note 9)
Sachanlagevermögen	(Note 10)
Immaterielle Vermögenswerte	(Note 11)
Leasing	(Note 12)
Eigene Schuldverschreibungen und eigene Aktien	(Note 13)
Rückstellungen	(Note 14)
Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen	(Note 15)
Anteilsbasierte Vergütung	(Note 16)
Erfassung von Erträgen und Aufwendungen	(Note 17)
Anpassung der Rechnungslegungsmethoden	(Note 18)
Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	(Note 19)

Angaben zur Konzernbilanz

Barreserve	(Note 20)
Forderungen an Kreditinstitute	(Note 21)
Forderungen an Kunden	(Note 22)
Risikovorsorge für Forderungen	(Note 23)
Handelsaktiva	(Note 24)
Finanzanlagen	(Note 25)
Anlagespiegel	(Note 26)
Ertragsteueransprüche	(Note 27)
Sonstige Aktiva	(Note 28)
Nachrangige Vermögenswerte	(Note 29)
Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe	(Note 30)

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(Note 31)
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(Note 32)
Verbriefte Verbindlichkeiten	(Note 33)
Handelsspassiva	(Note 34)
Rückstellungen	(Note 35)
Ertragsteuerverpflichtungen	(Note 36)
Sonstige Passiva	(Note 37)
Nachrangkapital	(Note 38)
Eigenkapital	(Note 39)

Angaben zur Gewinn- und Verlust-Rechnung des Konzerns

Zinsüberschuss	(Note 40)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(Note 41)
Provisionsüberschuss	(Note 42)
Handelsergebnis	(Note 43)
Verwaltungsaufwand	(Note 44)
Ergebnis aus Finanzanlagen	(Note 45)
Sonstiges Ergebnis	(Note 46)
Ertragsteuern	(Note 47)
Gewinn- und Verlust-Rechnung nach Bewertungskategorien	(Note 48)
Ergebnis je Aktie	(Note 49)

Sonstige Angaben

Angaben zur Kapitalflussrechnung	(Note 50)
Geschäftssegmente	(Note 51)
Bewertungsklassen	(Note 52)
Restlaufzeiten der Finanzinstrumente	(Note 53)
Fair Value der Finanzinstrumente	(Note 54)
Day-1 Profit or Loss	(Note 55)
Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen	(Note 56)
Bestände in Fremdwährung	(Note 57)
Derivategeschäfte	(Note 58)
Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	(Note 59)
Angaben als Leasingnehmer und Leasinggeber	(Note 60)
Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	(Note 61)
Treuhandgeschäfte	(Note 62)

Anteilsbesitz	(Note 63)
Beziehungen zu nicht konsolidierten strukturierten Einheiten	(Note 64)
Befreiungen von Tochter- gesellschaften gemäß § 264 Abs. 3 und § 264 b HGB	(Note 65)
Patronatserklärung	(Note 66)
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	(Note 67)
Honorare für den Abschlussprüfer	(Note 68)
Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	(Note 69)
Anteilsbasierte Vergütungen	(Note 70)
Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG	(Note 71)
Mandate des Vorstands	(Note 72)
Mandate anderer Mitarbeiter	(Note 73)
Angaben zu Aufsichtsratsmitgliedern	(Note 74)
Veröffentlichung	(Note 75)

Grundlagen der Rechnungslegung

Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG (die Bank) ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht mit Sitz in Düsseldorf. Gemeinsam mit den Gesellschaften, bei denen sie über beherrschenden Einfluss verfügt, betreibt sie Bankgeschäfte und erbringt Finanzdienstleistungen aller Art.

Der Konzernabschluss des Bankhauses HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr 2016 wurde in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt, wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind. Weitere handelsrechtliche Vorschriften gemäß § 315 a Abs. 1 HGB haben wir ebenfalls berücksichtigt. Der gemäß § 315 a HGB in Verbindung mit § 315 HGB zusätzlich zu erstellende Konzernlagebericht enthält auch den Bericht über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung. Die Angaben im Lagebericht ergänzen die Darstellung zu Art und Umfang von Risiken aus Finanzinstrumenten sowie zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage in den Erläuterungen (Notes).

Die Feststellung des Jahresabschlusses erfolgt nach den gesetzlichen Regelungen und obliegt – auf der Basis eines Vorschlags durch den Vorstand – grundsätzlich dem Aufsichtsrat. Nach erfolgter Feststellung fasst die Hauptversammlung den Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns.

Die Darstellungswährung ist Euro. Zur besseren Übersichtlichkeit weisen wir die Beträge grundsätzlich in Mio. Euro aus. Es wird kaufmännisch gerundet. Hierdurch können sich im vorliegenden Konzernabschluss bei der Bildung von Summen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Erstellung von IFRS-Abschlüssen verlangt vom Management Beurteilungen, Annahmen und Schätzungen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, sind die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts von Finanz-

instrumenten, die Klassifizierung in die Fair Value Levels 1–3, die Wertminderung von Finanzinstrumenten und sonstigen Vermögensgegenständen, die Bilanzierung von Rückstellungen (inkl. Rückstellungen für laufende Steuern) sowie sonstige Verpflichtungen, die Risikovor-sorge im Kreditgeschäft, die Ermittlung latenter Steuern und die Beurteilung der Beherrschung von strukturierten Einheiten im Sinne des IFRS 10. Diese Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Schätzungen sind mit Prognoseunsicherheiten behaftet. Um dies zu minimieren, wird so weit wie möglich auf verfügbare objektive Informationen, aber auch auf Erfahrungen zurückgegriffen. Die verwendeten Schätzverfahren unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung und werden gegebenenfalls angepasst.

Bilanziert und bewertet wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern).

Der Konzernabschluss umfasst die Bilanz, die Gesamtergebnisrechnung, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie die Erläuterungen (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb der Notes.

Am Grundkapital der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG hielt die HSBC Holdings plc Ende 2016 über die HSBC Germany Holdings GmbH eine mittelbare Beteiligung von 80,7 % (Vorjahr: 80,7 %). Demzufolge wird der konsolidierte Abschluss der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG in den veröffentlichten Konzernabschluss der HSBC Holdings plc, 8 Canada Square, London E14 5HQ, Großbritannien, Registernummer 617987, einbezogen.

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungsmethoden

1 Konsolidierungskreis

In den Konsolidierungskreis beziehen wir als Tochterunternehmen alle verbundenen Unternehmen ein, an denen die AG direkt oder indirekt die Mehrheit der Stimmrechte hält beziehungsweise über die ein beherrschender Einfluss ausgeübt werden kann.

Der Konzern beherrscht ein Unternehmen, wenn er die Entscheidungsmacht hat, die relevanten Tätigkeiten zu steuern, ein Anrecht auf die signifikanten variablen Rückflüsse aus dem Beteiligungsunternehmen besitzt und seine Entscheidungsmacht dazu nutzen kann, die Höhe der signifikanten variablen Rückflüsse zu beeinflussen.

Um festzustellen, ob ein Unternehmen zu konsolidieren ist, muss demnach zunächst geprüft werden, was der Zweck und die Gestaltung des Unternehmens sind, sowie untersucht werden, was die relevanten Tätigkeiten des Unternehmens sind und wie diese bestimmt werden.

Der Konsolidierungskreis ist im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr mit folgender Ausnahme unverändert geblieben. Die Einbeziehung der HSBC Global Asset Management (Switzerland) AG in den Konzernabschluss von HSBC Trinkaus & Burkhardt hat keine wesentliche Bedeutung für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Aus diesem Grunde ist die im Vorjahr at equity einbezogene Gesellschaft zum 1. Januar 2016 aus dem Kreis der konsolidierten Gesellschaften ausgeschieden und geht in der Folge als Beteiligung in den Konzernabschluss ein.

Eine detaillierte Auflistung der einbezogenen Unternehmen findet sich in Note Anteilsbesitz. Wir haben darüber hinaus wie im Vorjahr zwei Spezialfonds und einen geschlossenen Immobilienfonds vollkonsolidiert.

2 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss wird nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für gleichartige Geschäftsvorfälle und sonstige Ereignisse in ähnlichen Umständen aufgestellt.

Um die Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung zu ermitteln, wird der jeweilige Beherrschungszeitpunkt für neu einbezogene Unternehmen zugrunde gelegt.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge rechnen wir gegeneinander auf; Zwischenergebnisse werden eliminiert.

3 Währungsumrechnung

Zur Währungsumrechnung unterteilen wir entsprechend IAS 39 i. V. m. IAS 21 (IAS, International Accounting Standards) alle Finanzinstrumente in monetäre und nichtmonetäre Finanzinstrumente. Bewertungsergebnisse aus der Währungsumrechnung monetärer Posten werden erfolgswirksam erfasst. Bei nichtmonetären Posten richtet sich die Behandlung der Währungsergebnisse nach der Art, wie die übrigen Bewertungsergebnisse des jeweiligen Instruments behandelt werden.

Devisentermingeschäfte werden zum Fair Value bewertet. Ein Bewertungsparameter ist der jeweilige Terminkurs am Bilanzstichtag. Devisenkassageschäfte sowie auf Fremdwährung lautende Vermögenswerte und Schulden rechnen wir zum offiziellen Referenzsatz der Europäischen Zentralbank oder zu sonstigen geeigneten Kassakursen des letzten Geschäftstags im Jahr um.

Die Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochtergesellschaften erfolgt nach der modifizierten Stichtagsmethode; demnach sind Bilanzposten zum jeweiligen Stichtagskurs, Aufwendungen und Erträge hingegen zum jeweiligen Durchschnittskurs umgerechnet. Das zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung vorhandene Eigenkapital ist mit dem Stichtagskurs am Erstkonsolidierungstag umzurechnen und konstant fortzuführen. Zuführungen zu den Gewinnrücklagen sind mit dem Umrechnungskurs des jeweiligen Entstehungsjahres des entsprechenden Jahresüberschusses umzurechnen. Umrechnungsergebnisse aus der Kapitalkonsolidierung werden im Eigenkapital gesondert ausgewiesen.

Die erfolgsneutralen Umrechnungsdifferenzen belaufen sich zum Stichtag auf 3,7 Mio. Euro (Vorjahr: 2,0 Mio. Euro) und beziehen sich auf einen geschlossenen Immobilienfonds.

4 Unternehmenszusammenschlüsse

Für Unternehmenszusammenschlüsse, bei denen der Erwerber die Beherrschung über das erworbene Unternehmen übernimmt, gibt IFRS 3 die Anwendung der Erwerbsmethode (Acquisition Method) vor. Nachdem die Anschaffungskosten des Erwerbers ermittelt wurden, sind anschließend die im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses erworbenen Vermögenswerte und Schulden mit ihrem Fair Value zum Erwerbszeitpunkt anzusetzen.

Für erworbene materielle und immaterielle Vermögenswerte sowie für Eventualverbindlichkeiten und andere Bilanzpositionen werden die umfangreichen Ansatz- und Bewertungsvorschriften des IFRS 3 angewendet. Hierzu zählen auch zuvor nicht bilanzierungsfähige Vermögenswerte.

Ist ein Goodwill zu bilanzieren, weil die Anschaffungskosten über dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen Nettovermögens liegen, so ist dieser gemäß IAS 36 mindestens einmal jährlich beziehungsweise bei Bedarf ad hoc auf seine Werthaltigkeit zu überprüfen (Impairmenttest, vgl. Note Immaterielle Vermögenswerte und Note Anlagespiegel).

5 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögensgruppen sowie aufgegebene Geschäftsbereiche

Mit den Regelungen des IFRS 5 bestehen für langfristige Vermögenswerte und Gruppen von Vermögenswerten, die zur Veräußerung oder zur Ausschüttung an die Anteilseigner bestimmt sind, einschließlich der mit diesen (Gruppen von) Vermögenswerten direkt in Verbindung stehenden Verbindlichkeiten, besondere Ausweis- und Bewertungsvorschriften. IFRS 5 ist ebenso in Bezug auf aufgegebene Geschäftsbereiche anzuwenden. Ein aufgegebener Geschäftsbereich ist dabei als Unternehmensteil im Sinne einer gesonderten, wesentlichen Geschäftseinheit oder eines geografischen Geschäftsbereichs zu verstehen, der abgegangen ist oder zur Veräußerung beziehungsweise zur Ausschüttung an die Anteilseigner vorgesehen ist.

Zum Bilanzstichtag liegen keine Sachverhalte vor, die eine Bilanzierung nach IFRS 5 erfordern.

6 Finanzinstrumente

Ansatz

Finanzinstrumente werden gemäß IAS 39 erstmals in der Bilanz angesetzt, wenn der Konzern Vertragspartei der entsprechenden Vereinbarung wird. Bei Kassageschäften (Regular Way Contracts) erfolgt der Ansatz einheitlich zum Handelstag, ansonsten am Erfüllungstag.

Eine vollständige Ausbuchung wird durchgeführt, sofern der Konzern die vertraglichen Rechte am Erhalt der Zahlungsströme aus dem Finanzinstrument sowie alle wesentlichen Chancen und Risiken, die mit dem Finanzinstrument verbunden sind, übertragen hat. Sofern nicht sämtliche Chancen und Risiken übertragen werden, erfolgt ein Ansatz in Höhe der verbleibenden Risikoposition, falls wir unverändert die Kontrolle über das Finanzinstrument haben (Continuing Involvement). Übertragungen, bei denen wir unverändert die Kontrolle haben, ergaben sich nicht.

Bei den übertragenen Finanzinstrumenten, die sich nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, handelt es sich im Wesentlichen um als Sicherheiten hinterlegte verzinsliche Wertpapiere im Rahmen von Pensionsgeschäften oder um verliehene Aktien aus Wertpapierleihegeschäften. Bei echten Pensionsgeschäften bleiben aufgrund der rechtlichen Verpflichtung zur Rückübertragung der Wertpapiere im Wesentlichen alle Chancen und Risiken bei dem Übertragenden zurück. Gleiches gilt für Wertpapierleihegeschäfte.

Ausweis

Der Ausweis der Finanzinstrumente sowie die zugehörigen Bewertungsklassen und -kategorien können der folgenden Übersicht entnommen werden.

Bewertungsansatz	Klassen gemäß IFRS 7 / Bilanzposten	Bewertungskategorie gemäß IAS 39
Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten	Forderungen an Kreditinstitute	Loans and Receivables
	Forderungen an Kunden	Loans and Receivables
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Other Liabilities
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Other Liabilities
	Verbriefte Verbindlichkeiten	Other Liabilities
	Nachrangkapital	Other Liabilities
	Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	
Bewertung zum Fair Value	Unwiderrufliche Kreditzusagen	
	Finanzanlagen	Available for Sale
Derivate in Sicherungsbeziehungen	Handelsaktiva/-passiva	Held for Trading
	Handelsaktiva/-passiva	

Angabepflichten zur Risikoberichterstattung machen wir teilweise auch innerhalb des Risikoberichts als Teil des geprüften Konzernlageberichts.

Bewertung

Alle Finanzinstrumente werden bei Zugang mit dem Fair Value bewertet. Zum Zugangszeitpunkt entspricht dieser in der Regel dem Transaktionspreis. Darüber hinaus ordnen wir beim erstmaligen Ansatz sämtliche Finanzinstrumente den Kategorien gemäß IAS 39 zu, die maßgeblich für die Folgebewertung sind. Im HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern haben wir die Regelungen wie folgt umgesetzt:

(a) Finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (Financial Assets or Liabilities at Fair Value through Profit or Loss)

Innerhalb dieser Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder als Held for Trading (HfT) zu klassifizieren sind oder zum Zugangszeitpunkt unwiderruflich als at Fair Value through Profit or Loss designiert werden (Fair Value-Option). Von der Fair Value-Option haben wir wie bereits im Vorjahr keinen Gebrauch gemacht, sodass die entsprechende Subkategorie zurzeit nicht besetzt ist.

Bei Finanzinstrumenten der Subkategorie Held for Trading handelt es sich neben sämtlichen Derivaten – einschließlich der trennungspflichtigen Embedded Derivatives – um alle Positionen, die zwecks kurzfristiger Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen eingegangen wurden.

Die Folgebewertung erfolgt mit dem Fair Value. Dabei werden – sofern vorhanden – öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt zugrunde gelegt; ansonsten erfolgt die Bewertung anhand anerkannter Bewertungsmethoden. Überwiegend werden Standard-Bewertungsmodelle verwendet, wie sie in der jeweiligen Software von externen Software-Anbietern implementiert sind. Dies sind im Wesentlichen Barwertverfahren und Optionspreismodelle. Für bestimmte komplexe Produkte haben wir – in enger Zusammenarbeit mit HSBC – eigene Bewertungsroutinen entwickelt. Aufgrund des breiten Produktspektrums werden die Bewertungsparameter möglichst differenziert erhoben, zum Beispiel nach Laufzeiten und Basispreisen. Die Auswahl der verwendeten Datenquellen sowie die Zuordnung der verwendeten Bewertungsparameter und des anzuwendenden Bewertungsverfahrens zu den jeweiligen Finanzinstrumenten erfolgen handelsunabhängig. Solange für bestimmte Produkte nicht alle wesentlichen

bewertungsrelevanten Parameter beobachtet werden können, werden die Bewertungsergebnisse aus Neugeschäften (Day-1 Profit or Loss) in diesen Produkten erst bei Fälligkeit oder Schließen der Position erfolgswirksam. Eine Verteilung über die Laufzeit der Transaktion findet nicht statt. Alle realisierten Gewinne und Verluste, die unrealisierten Bewertungsergebnisse sowie das handelsbezogene Zinsergebnis sind Teil des Handelsergebnisses.

(b) Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held to Maturity Investments)

Der Kategorie Held to Maturity haben wir, wie bereits im Vorjahr, keine Finanzinstrumente zugeordnet.

(c) Kredite und Forderungen (Loans and Receivables)

Der Kategorie Loans and Receivables sind alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die mit festen oder bestimmbareren Zahlungen ausgestattet sind, nicht an einem aktiven Markt quotiert sind und nicht bei Vertragsabschluss als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden. Die entsprechenden Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Zinsen aus dem Kreditgeschäft weisen wir im Zinsüberschuss aus. Agio- und Disagiobeträge erfassen wir nach der Effektivzinsmethode im Zinsüberschuss. Wertminderungen auf Darlehen und Forderungen werden in der Risikovorsorge für Forderungen ausgewiesen.

(d) Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale)

Die Kategorie Available for Sale umfasst einerseits alle Finanzanlagen und ist andererseits die Residualgröße der finanziellen Vermögenswerte, das heißt, sie umschließt auch die Finanzinstrumente, die keiner anderen Bewertungskategorie des IAS 39 zugeordnet wurden. Hierzu zählen Wertpapiere (einschließlich Namensschuldverschreibungen), Investmentfonds, erworbene Forderungen und Beteiligungen. Zinsen aus Available for Sale-Beständen und erhaltene Dividenden weisen wir im Zinsüberschuss aus.

Die Folgebewertung von Finanzinstrumenten dieser Kategorie erfolgt zum Fair Value. Die Bewertungsmethoden sind identisch mit denen, die für die Bewertung der Held for Trading-Bestände herangezogen werden. Wertänderungen gegenüber den fortgeführten Anschaffungskosten werden erfolgsneutral im Eigenkapital in der Bewertungsreserve für Finanzinstrumente ausgewiesen.

Für Anteile an Personengesellschaften und bestimmten nicht börsennotierten Kapitalgesellschaften liegen keine ausreichenden Bewertungsparameter vor. Zum einen existiert für diese Finanzinstrumente kein auf einem aktiven Markt notierter Preis. Zum anderen ist eine zuverlässige modellbasierte Ermittlung des Marktwerts nicht möglich, da die Schwankungsbreite möglicher Werte zu groß ist beziehungsweise den einzelnen Werten keine Eintrittswahrscheinlichkeiten zugeordnet werden können. Diese Beteiligungen bilanzieren wir zu Anschaffungskosten abzüglich Impairments.

Im Falle von Wertminderungen aufgrund von Bonitäts- und Länderrisiken (Impairments) werden Abschreibungen auf den niedrigeren Fair Value vorgenommen. Der Impairmenttest erfolgt zu jedem Zwischenberichts-termin. Die Wertminderungen werden im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Für Fremd- und Eigenkapitalinstrumente erfolgt beim Vorliegen objektiver Hinweise auf eine Wertminderung eine sofortige erfolgswirksame Erfassung. Allgemeine Indikatoren für das Vorliegen einer Bonitätsverschlechterung bei Fremdkapitalinstrumenten können ein Vertragsbruch, wie der Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen, ein Insolvenzverfahren oder sonstige Sanierungsmaßnahmen des Schuldners sein. Eigenkapitalinstrumente werden abgeschrieben, wenn der Fair Value signifikant oder dauerhaft unterhalb der ursprünglichen Anschaffungskosten liegt. Unterschreitet der Fair Value eines Wertpapiers die ursprünglichen Anschaffungskosten um mindestens 20 %, ist dieser Rückgang signifikant; liegt der Fair Value in den neun Monaten vor dem Bilanzstichtag permanent unter den ursprünglichen Anschaffungskosten, besteht eine dauerhafte Wertminderung. In beiden Fällen wird ein Impairment auf den Fair Value vorgenommen. Eine erfolgswirksame Zuschreibung von Fremdkapitalinstrumenten bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten wird erfasst, sobald der Grund für die Abschreibung entfallen ist. Für Eigenkapitaltitel darf beim Wegfall der Gründe für die Abschreibung – im Gegensatz zu den Schuldtiteln – keine erfolgswirksame Wertaufholung vorgenommen werden. Vielmehr sind Zuschreibungen erfolgsneutral in der Bewertungsreserve für Finanzinstrumente zu erfassen.

(e) Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (Other Liabilities)

Die Kategorie Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten beinhaltet die finanziellen Verbindlichkeiten, die wir nicht der Kategorie at Fair Value zugeordnet haben. Sie werden damit nicht erfolgswirksam zum Fair Value, sondern mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Agio- und Disagiobeträge erfassen wir nach der Effektivzinsmethode im Zinsüberschuss. Unverzinsliche Verbindlichkeiten – zum Beispiel Null-Kupon-Schuldscheindarlehen – werden mit der Emissionsrendite auf den Bilanzstichtag aufgezinst.

(f) Umwidmungen

Von der Möglichkeit einer Umwidmung von Finanzinstrumenten nach IAS 39 haben wir wie schon im Vorjahr keinen Gebrauch gemacht.

(g) Finanzgarantien und Kreditzusagen

Finanzgarantien sind Verträge, bei denen der Garantgeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantienehmer für einen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht fristgemäß nachkommt. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ist eine Finanzgarantie zum Fair Value anzusetzen. Dieser setzt sich aus dem Barwert der erwarteten Leistungen und dem gegenläufigen Barwert der zukünftigen Prämien zusammen und beträgt regelmäßig null, wenn sich der Verpflichtungsbarwert und der Prämienbarwert entsprechen.

Kreditzusagen sind feste Verpflichtungen eines Kreditgebers zur Bereitstellung eines Kredits an einen potenziellen Kreditnehmer zu vorab vertraglich festgelegten Konditionen.

Im Rahmen der Folgebewertung werden für drohende Verluste aus Inanspruchnahmen Rückstellungen gebildet.

7 Hedge Accounting

Zur Absicherung des Marktzinsrisikos bei festverzinslichen Anleihen des Available for Sale-Bestands, Krediten sowie begebenen Namensschuldverschreibungen wendet die Bank die Vorschriften zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen gemäß IAS 39 an (Hedge Accounting). Der Fair Value der festverzinslichen Anleihen hängt dabei einerseits von Änderungen des Marktzinses und andererseits von Liquiditäts- und Risikoaufschlägen für den Emittenten ab. Zur Absicherung von marktzinsinduzierten Wertschwankungen schließt die Bank Zins-Swaps mit anderen Banken ab, die die Fair

Value-Schwankungen der Grundgeschäfte weitestgehend kompensieren. Bei dieser Absicherung von Fair Value-Schwankungen (sogenannte Fair Value Hedges) werden gemäß IAS 39 die zinsinduzierten Wertschwankungen der Grundgeschäfte erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfasst. Nicht abgesichert sind indes die spreadbedingten Fair Value-Schwankungen der Anleihen. Sie fließen, entsprechend der Folgebewertung von Available for Sale-Beständen, erfolgsneutral in die Bewertungsreserve für Finanzinstrumente ein.

Die Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen nach IFRS ist an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft. Diese beziehen sich insbesondere auf die Dokumentation des Sicherungszusammenhangs und die Effektivität der Sicherungsbeziehung. Zum Zeitpunkt der Begründung einer Hedge-Beziehung sind insbesondere zu dokumentieren: die Identifikation des Grundgeschäfts und des Sicherungsinstruments, die Kennzeichnung des gesicherten Risikos und die Vorgehensweise zur Überprüfung der Effektivität der Sicherungsbeziehung.

Zur Beurteilung der Effektivität der Sicherungsbeziehung greift die Bank auf ein lineares Regressionsmodell zurück. Das Modell untersucht den linearen Zusammenhang zwischen den kumulierten Wertveränderungen des Grundgeschäfts und den kumulierten Wertveränderungen des Sicherungsgeschäfts. Dabei gibt das sogenannte Bestimmtheitsmaß (R-Quadrat) Auskunft über die Güte der Regression und die Steigung der Regressionsgeraden die Richtung des Zusammenhangs an.

Der Effektivitätsnachweis verlangt einerseits, dass für eine Sicherungsbeziehung künftig eine hohe Effektivität erwartet werden kann (prospektive Effektivität). Andererseits ist während des Bestehens der Sicherungsbeziehung regelmäßig nachzuweisen, dass diese während der Berichtsperiode hocheffektiv war (retrospektive Effektivität). Für eine ausreichende Effektivität im Rahmen des prospektiven Tests sind R-Quadrat von größer 0,9 und eine Steigung zwischen $-0,9$ und $-1,1$ notwendig. Bei den retrospektiven Effektivitätstests sind indes ein R-Quadrat von größer 0,8 und eine Steigung zwischen $-0,8$ und $-1,2$ ausreichend.

8 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern nimmt eine Risikovorsorge vor, sobald objektive substanzielle Hinweise vorliegen, die darauf schließen lassen, dass der Wert eines finanziellen Vermögenswerts gemindert ist.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird zum einen mit den Forderungen auf der Aktivseite verrechnet und zum anderen als Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft auf der Passivseite ausgewiesen. Bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ist zwischen Wertberichtigungen/Rückstellungen auf Einzelgeschäftsbasis einerseits und Wertberichtigungen/Rückstellungen auf Portfoliobasis andererseits zu unterscheiden.

Wertberichtigungen/Rückstellungen auf Einzelgeschäftsbasis für bilanzielle Forderungen und für außerbilanzielle Geschäfte werden individuell je Kreditnehmereinheit ermittelt. Dafür wird sämtlichen Kreditnehmern nach einer konzernweit einheitlichen 23-stufigen internen Rating-Skala ein sogenanntes Customer Risk Rating (CRR) zugeordnet. Das Customer Risk Rating lässt sich in zehn Stufen zusammenfassen (CRR 1 – 10), wobei überfällige und/oder wertgeminderte Forderungen den CRR 9 und 10 zugeordnet sind. Aus dem Customer Risk Rating lassen sich die Ausfallwahrscheinlichkeiten für den jeweiligen Kreditnehmer ableiten. Auf dieser Basis wird unter Berücksichtigung von Sicherheiten und sonstigen Absprachen der zu erwartende Verlust für das einzelne Kreditengagement geschätzt. Eine Risikovorsorge wird für Kreditengagements mit stark erhöhtem Ausfallrisiko gebildet. Dafür werden die zukünftigen Zahlungen aus dem Kredit und gegebenenfalls aus der Verwertung von Sicherheiten geschätzt. Auf diese Weise kann der Barwert dieser Zahlungen mit dem Buchwert des Kreditengagements verglichen werden. Die hiernach gebildete Risikovorsorge deckt den so ermittelten Fehlbetrag in voller Höhe ab. Das Land, in dem der Schuldner seinen Sitz hat, ist dabei ebenfalls relevant.

Darüber hinaus sind Wertberichtigungen/Rückstellungen auf Portfoliobasis zu bilden. Sofern keine objektiven substanziellen Hinweise auf eine Wertminderung einzelner Vermögenswerte oder auf einzelne Drohverluste vorliegen, werden Forderungen und außerbilanzielle Geschäfte zu Gruppen mit vergleichbaren Ausfallrisiken (Portfolio) zusammengefasst. Portfoliowertberichtigungen werden als Produkt aus Buchwert, der Wahrscheinlichkeit, dass das Engagement innerhalb eines Jahres ausfällt, der individuellen Verlustquote sowie einem

Faktor, der die Verzugsdauer im Informationsfluss bewertet, berechnet. Dabei werden im Verfahren zur Ermittlung von Wertberichtigungen und Rückstellungen auf Portfoliobasis Ausfallwahrscheinlichkeiten aus internen Rating-Verfahren abgeleitet. Die internen Verlustquoten werden jeweils gegen relevante Marktdaten validiert.

Sobald eine Forderung als uneinbringlich identifiziert wird, buchen wir sie zulasten einer gegebenenfalls existierenden Einzelwertberichtigung und/oder als Direktabschreibung zulasten der Gewinn-und-Verlust-Rechnung aus.

9 Pensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Die bei Repogeschäften (echte Pensionsgeschäfte) in Pension gegebenen Wertpapiere werden in der Konzernbilanz weiterhin als Wertpapierbestand bilanziert und bewertet. Den Liquiditätszufluss weisen wir grundsätzlich unter der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber Kunden aus.

Ebenso zeigen wir die bei Reverse Repos entstehenden Liquiditätsabflüsse unter den Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Forderungen an Kunden. Ein Ansatz der in Pension genommenen Wertpapiere erfolgt nicht.

Unechte Pensionsgeschäfte werden nicht getätigt.

Die Bilanzierung von Wertpapierleihegeschäften erfolgt analog zu der Bilanzierung von echten Pensionsgeschäften. Liquiditätszuflüsse und -abflüsse aus Sicherheiten für Wertpapierleihegeschäfte werden unter den Bilanzpositionen Forderungen an Kreditinstitute und Kunden beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen.

10 Sachanlagevermögen

Die Bilanzposition Sachanlagevermögen beinhaltet Grundstücke und Gebäude, Hardware und sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten; dabei werden planmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Bei der Bestimmung der voraussichtlichen Nutzungsdauer kommen die physische Lebensdauer, der technische Fortschritt sowie vertrag-

liche und rechtliche Einschränkungen zum Tragen. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen linear über die jeweils geschätzte Nutzungsdauer.

	Nutzungsdauer in Jahren
Hardware	3
Kraftfahrzeuge	6
Einbauten/Betriebsvorrichtungen	10
Möbel	13
Gebäude	50

Wertminderungen, die über den nutzungsbedingten Werteverzehr hinausgehen, werden durch Impairments berücksichtigt. Ein Wertminderungsaufwand wird in der Höhe erfasst, in welcher der Buchwert den erzielbaren Betrag übersteigt. Der erzielbare Betrag ist der höhere der beiden Beträge aus beizulegendem Zeitwert des Vermögenswerts abzüglich Verkaufskosten und Nutzungswert. Für Sachanlagen, für die in der Vergangenheit eine Wertminderung gebucht wurde, wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft, ob gegebenenfalls eine Wertaufholung zu erfolgen hat.

11 Immaterielle Vermögenswerte

Unter den Immateriellen Vermögenswerten weisen wir zum einen Standard-Software aus. Soweit eigene Entwicklungsarbeiten im Rahmen von Software-Projekten bestehen, werden sie entsprechend IAS 38 aktiviert. Die Bewertung der Immateriellen Vermögenswerte erfolgt zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen. Die im Verwaltungsaufwand erfassten planmäßigen Abschreibungen werden linear über die jeweils geschätzte Nutzungsdauer von drei bis zehn Jahren verteilt. Neben den planmäßigen Abschreibungen werden analog zur Bewertung des Sachanlagevermögens Impairmenttests durchgeführt.

Zudem umfassen die Immateriellen Vermögenswerte den aus Unternehmenserwerben resultierenden Goodwill, der auf eine Tochtergesellschaft als Cash Generating Unit entfällt, die dem Segment Global Banking & Markets zugeordnet ist. Der Geschäfts- oder Firmenwert unterliegt keiner planmäßigen Abschreibung.

Vielmehr wird er gemäß IAS 36 mindestens einmal jährlich beziehungsweise bei Bedarf ad hoc einem Impairmenttest unterzogen. Der Impairmenttest basiert auf der anerkannten Ertragswertmethode. Dabei werden die künftigen Überschüsse aus der jüngsten Managementplanung geschätzt und mit einem risikoadäquaten Zinssatz diskontiert, um den sogenannten erzielbaren Betrag zu ermitteln, mit dem der Buchwert des Goodwill zu vergleichen ist. Im Falle eines erzielbaren Betrags, der unterhalb des Buchwerts liegt, erfolgt eine Abschreibung.

Die Ergebnisprognosen werden auf der Grundlage von Finanzplänen des Managements für einen Fünfjahreszeitraum ermittelt. Ergebnisprognosen über den Fünfjahreszeitraum hinaus orientieren sich am Ergebnisniveau des letzten Jahres des Planungszeitraums.

Der erzielbare Betrag reagiert im Wesentlichen sensitiv auf die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse sowie auf den angewandten Diskontierungssatz.

Die den Ergebnis-Prognosen zugrunde liegenden Annahmen sind mit Schätzungsunsicherheiten behaftet: Die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse erfordert neben einer Berücksichtigung der aktuellen Geschäftslage eine Einschätzung der zukünftigen Entwicklungen der Geschäftstätigkeit, der relevanten Märkte sowie des gesamtwirtschaftlichen Umfelds. Dabei werden Erfahrungen des Managements aus der Vergangenheit ebenso in die Planungen mit einbezogen wie das Abwägen von Chancen und Risiken aus den Prognosen. Trotz eines konservativen Managementansatzes bei der Beurteilung der Ergebnis-Prognosen könnten sich folgende Umstände negativ auf die Ergebnis-Prognosen auswirken und somit in der Zukunft zu einer Wertminderung des Goodwills führen:

- schlechter als erwartete Entwicklung der Wertpapiermärkte
- schlechter als erwartete Entwicklung des makroökonomischen Umfelds
- Änderungen des regulatorischen Umfelds und dessen Umsetzung
- negative Entwicklung der Wettbewerbssituation

Der angewandte Diskontierungssatz in Höhe von 5,4 % (Vorjahr: 7,7 %) beinhaltet einen risikofreien Zinssatz, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Marktrisiko (Betafaktor). Alle drei Komponenten basieren auf externen beziehungsweise auf Daten der HSBC-Gruppe.

12 Leasing

Konzernunternehmen treten im Leasinggeschäft überwiegend als Leasingnehmer auf. Alle abgeschlossenen Leasingverträge sind Operating Lease-Verträge. Bei all diesen Verträgen verbleiben die mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken beim Leasinggeber. Entsprechend werden die Leasingraten im Verwaltungsaufwand erfasst (IAS 17). Konzernunternehmen treten darüber hinaus als Vermieter von Gewerbeimmobilien auf.

13 Eigene Schuldverschreibungen und eigene Aktien

Eigene Schuldverschreibungen werden nur in begrenztem Umfang gehalten und gemäß den Anforderungen von IFRS mit den Passivposten aus der Emission der Schuldverschreibungen verrechnet.

Eigene Aktien der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG sind zum Jahresende 2016 nicht im Bestand. Der Einfluss des Ergebnisses aus dem Handel in eigenen Aktien ist, wie im Vorjahr, unwesentlich. Der Bestand an eigenen Aktien erreichte maximal 0,00 % (Vorjahr: 0,00 %) des gezeichneten Kapitals.

14 Rückstellungen

Unter den Rückstellungen weisen wir Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, für Risiken aus dem Kreditgeschäft sowie für ungewisse Verbindlichkeiten aus. Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten bilden wir in Höhe des Barwerts der erwarteten Ausgaben.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten in Höhe der Defined Benefit Obligation (DBO) gebildet. Die Berechnung erfolgt nach der Projected Unit Credit Method. Im Rahmen eines Contractual Trust Arrangements (CTA) wurden bestimmte Vermögenswerte zur Sicherung der Pensionsverpflichtungen in eine Treuhandgesellschaft eingebracht und somit als Planvermögen im Sinne von IAS 19 qualifiziert. Die Net-

tozinserrträge aus dem Planvermögen werden mit dem voraussichtlichen Pensionsaufwand in der Gewinn- und Verlust-Rechnung verrechnet. Tatsächliche Erträge unter Ausschluss der Zinserträge aus dem Planvermögen sowie versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus der Entwicklung der Pensionen werden nach dem Abzug der latenten Steuern erfolgsneutral im Eigenkapital und in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesen.

Rückstellungen für Rechtsrisiken bilden wir für Rechtsstreitigkeiten, bei denen wir nach sorgfältiger Prüfung der Umstände des Einzelfalls, Art und Umfang eines möglichen Anspruchs und seiner Beilegung zu dem Ergebnis kommen, dass eine Inanspruchnahme der Bank mit mehr als 50 % Wahrscheinlichkeit angenommen wird. Wir verweisen auf die Angaben in der Note „Rückstellungen“.

Soweit wesentliche Rechtsstreitigkeiten und Prozessrisiken bestehen, bei denen eine Inanspruchnahme der Bank als nicht wahrscheinlich, jedoch auch nicht als unwahrscheinlich eingestuft wird, nehmen wir entsprechende Angaben in der Note „Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen“ vor.

15 Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Laufende Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden mit den Steuersätzen, die für die jeweiligen Einzelunternehmen gültig sind, ermittelt und mit dem erwarteten Zahlungs- beziehungsweise Erstattungsbetrag angesetzt. Laufende Ertragsteueransprüche werden mit den laufenden Ertragsteuerverpflichtungen saldiert, sofern die Saldierungsvoraussetzungen gemäß IAS 12 erfüllt sind.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf temporäre Differenzen gebildet. Hierzu vergleichen wir die bilanziellen Wertansätze der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten mit den Wertansätzen, die für die Besteuerung des jeweiligen Konzernunternehmens maßgeblich sind. Weiterhin legen wir für die Ermittlung latenter Steuern die Steuersätze zugrunde, die nach heutiger Kenntnis auf Basis schon beschlossener oder sicher erwarteter Steuergesetze bei der Angleichung der Wertansätze anzuwenden sein werden. Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern gebildet. Der Ansatz aktiver latenter Steuern erfolgt,

soweit bei der Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten sind und deren Nutzbarkeit wahrscheinlich ist. Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern nur dann angesetzt, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit von einer zukünftigen Nutzung ausgegangen werden kann. Bei Änderungen von Steuersätzen werden die gebildeten Bilanzposten für latente Steueransprüche und latente Steuerverpflichtungen angepasst.

Laufende Ertragsteueraufwendungen beziehungsweise -erträge weisen wir in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns im Posten Ertragsteuern aus. Die Bildung beziehungsweise Auflösung aktiver und passiver latenter Steuern erfolgt in Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhalts entweder erfolgswirksam im Posten Ertragsteuern oder erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition. Eine Abzinsung wird nicht vorgenommen.

Latente Ertragsteueransprüche werden mit den latenten Ertragsteuerverpflichtungen saldiert, sofern ein Recht zur Aufrechnung besteht und sich die aktiven und passiven latenten Steuern auf Ertragsteuern beziehen, die von der gleichen Steuerbehörde für das gleiche Steuersubjekt erhoben werden. Aufgrund bestehender ertragsteuerlicher Organschaften und einer fast ausschließlich gegenüber deutschen Steuerbehörden bestehenden Steuerpflicht können die Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen im Konzern weitgehend saldiert werden.

16 Anteilsbasierte Vergütung

In früheren Geschäftsjahren hatten Konzernmitarbeiter die Möglichkeit, an einem Aktienoptionsprogramm der HSBC Holdings plc teilzunehmen. Das bisherige Vergütungsprogramm ist nach unterschiedlichen Sperrfristen (ein Jahr, drei und fünf Jahre) gestaffelt und ermöglicht monatliche Sparraten bis zu einem Gegenwert von 250 Britischen Pfund. Entsprechend IFRS 2 wird dieses Optionsprogramm als anteilsbasierte Vergütung mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente bilanziert. Die Aktienoptionen werden mit dem Fair Value bewertet. Den daraus abgeleiteten Personalaufwand (Service Costs) erfassen wir – verteilt auf die jeweilige Sperrfrist des Plans (Vesting Period) – in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung. Erfolgt eine Kündigung innerhalb der Vesting Period, sind die gesamten Service Costs unmittelbar als Aufwand zu erfassen (sogenanntes Acceleration of Vesting).

Im Berichtsjahr bestand für Konzernmitarbeiter keine Möglichkeit, an einem neuen Aktienoptionsprogramm der HSBC Holdings plc teilzunehmen.

Darüber hinaus erfolgt die Auszahlung der leistungsbezogenen Vergütungskomponente für bestimmte Mitarbeiter (Material Risk Taker) und den Vorstand ab einer definierten Höhe teilweise in bar und teilweise in einer Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc. Es besteht die Möglichkeit, die leistungsbezogene Komponente entweder vollständig im Folgejahr der Berichtsperiode oder in unterschiedlichen Tranchen über mehrere Jahre auszuzahlen. Die Auszahlung dieser leistungsbezogenen Vergütungskomponenten in Aktien der HSBC Holdings plc erfolgt mittelbar durch einen Treuhänder auf Basis der vom HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern hierzu übertragenen Barmittel. Diese Form der Vergütung wird als anteilsbasierte Vergütung mit Barausgleich gemäß IFRS 2.30 ff. („cash-settled share-based payment transaction“) bilanziert. Dabei wird der Personalaufwand bereits vollumfänglich mit Erbringung der Arbeitsleistung durch die jeweils Begünstigten periodengerecht aufwandswirksam erfasst, da nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) derartige Vergütungsansprüche in der Regel unverfallbar sind.

17 Erfassung von Erträgen und Aufwendungen

Zinserträge und -aufwendungen grenzen wir periodengerecht ab. Zu den Zinserträgen gehören Erträge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden beziehungsweise aus Finanzanlagen. Zu den Zinsaufwendungen zählen wir insbesondere Aufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie aus verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital. Wir weisen negative Zinsen für aktivische Finanzinstrumente in den Zinsaufwendungen und für passivische Finanzinstrumente in den Zinserträgen aus.

Wir erfassen Dividenden zum Zeitpunkt der rechtlichen Entstehung des Dividendenanspruchs erfolgswirksam.

Im Provisionsergebnis weisen wir Provisionserträge und -aufwendungen aus dem Wertpapiertransaktionsgeschäft, dem Wertpapierbestandsgeschäft, dem Asset Management und der Vermögensverwaltung, dem Devisingeschäft, dem Capital Financing, dem Zahlungsverkehr/ Dokumentengeschäft, dem Kreditgeschäft (zum Beispiel Strukturierungsgebühren) sowie aus sonstigen

Dienstleistungen aus. Provisionserträge und Provisionsaufwendungen werden zu dem Zeitpunkt erfolgswirksam, zu dem die Dienstleistung erbracht ist.

Im Handelsergebnis sind alle unrealisierten und realisierten Handelsergebnisse erfasst. Dazu gehören neben dem Kursergebnis auch das den Handelsaktivitäten zuzuordnende Zins- und Dividendenergebnis, das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen sowie das Ergebnis aus Bankbuchderivaten.

18 Anpassung der Rechnungslegungsmethoden

(a) Für dargestellte Berichtsperioden

Bei der Aufstellung dieses Konzernabschlusses haben wir mit folgenden Ausnahmen dieselben Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Geschäftsjahr 2015 angewendet.

Standards und Interpretationen, die in geänderter Fassung seit dem 1. Januar 2016 in der EU verpflichtend anzuwenden sind, wurden berücksichtigt und hatten keine wesentlichen Auswirkungen auf den HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzernabschluss.

Abweichend vom Vorjahr haben wir im Geschäftsjahr 2016 Provisionsaufwendungen und -erträge, die im Zusammenhang mit konzernextern erbrachten Portfoliomanagement-Leistungen für bestimmte durch uns verwaltete Sondervermögen stehen, miteinander verrechnet. Dadurch reduzieren sich im Vorjahr Provisionsaufwendungen und -erträge um jeweils 256,3 Mio. Euro. Diese Nettodarstellung berücksichtigt, dass der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern die Rolle des Vermittlers (agent) im Sinne des IAS 18 dieser zugunsten der Sondervermögen erbrachten Leistungen hat. Die Änderung in der Darstellung hat keine Auswirkung auf den Provisionsüberschuss, den Jahresüberschuss und das Ergebnis je Aktie. Insgesamt ergeben sich auch keine materiellen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Die organisatorische Verantwortung für das Zinsgeschäft wurde hinsichtlich der Zuordnung von Positionen in Handels- und Bankbücher in Teilen neu geordnet und betrifft grundsätzlich sowohl aktive als auch passive Finanzinstrumente sämtlicher Kategorien des IAS 39. Der Änderung in der internen Steuerung der Bank folgend weist die Bank Zinsen aus Geldmarktgeschäften

(Balance Sheet Management) ab diesem Geschäftsjahr im Zinsergebnis und nicht mehr im Handelsergebnis aus. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst. Die Anpassung der Vorjahreszahlen führte zu einer Erhöhung im Zinsergebnis in Höhe von 24,2 Mio. Euro sowie einer Reduzierung im Handelsergebnis in Höhe von 24,2 Mio. Euro. Die Änderung in der Darstellung hat keine Auswirkung auf den Jahresüberschuss und das Ergebnis je Aktie. Insgesamt ergeben sich auch keine materiellen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

(b) Für künftige Berichtsperioden

IFRS 9 Finanzinstrumente

Im Juli 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 9 „Finanzinstrumente“. IFRS 9 befasst sich mit dem Ansatz und der Bewertung von Finanzinstrumenten und ersetzt IAS 39. Der neue Standard ändert grundlegend die bisherigen Vorschriften zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten, zur bilanziellen Abbildung von Wertminderungen (Impairment) sowie zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (Hedge Accounting). IFRS 9 ist verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen.

Klassifizierung und Bewertung

Die Klassifizierung und Bewertung der finanziellen Vermögenswerte nach IFRS 9 ist davon abhängig, welchem Geschäftsmodell („Halten“, „Verkaufen“ und „Halten und Verkaufen“) sie zugeordnet sind und wie deren Cashflows gestaltet sind. Die Kombination dieser Faktoren beeinflusst, ob die Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten, erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert oder erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Dies kann dazu führen, dass die finanziellen Vermögenswerte anders als nach IAS 39 bewertet werden. Die Bank beschäftigt sich weiter mit der prozessualen und der systemseitigen Umsetzung der Vorschriften. Im Zusammenhang mit der Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten erwartet die Bank eine leichte Erhöhung der ergebniswirksam zum Fair Value bewerteten Bestände.

Wertminderungen (Impairment)

Durch die neuen Vorschriften zur Bilanzierung von Wertminderungen ändert sich deren Erfassung grundlegend, da hiernach nicht mehr nur eingetretene Verluste (Incurred Loss Model), sondern bereits erwartete Verluste (Expected Loss Model) zu erfassen sind. Für den Umfang der Erfassung erwarteter Verluste wird danach differenziert, ob sich das Ausfallrisiko finanzieller Vermögens-

werte seit ihrem Zugang wesentlich verschlechtert hat oder nicht. Die Risikovorsorge bei Erstansatz basiert auf den erwarteten Kreditausfällen für die ersten zwölf Monate. Liegt eine signifikante Verschlechterung vor und ist das Ausfallrisiko am Stichtag nicht als niedrig einzustufen, sind ab diesem Zeitpunkt sämtliche erwarteten Verluste über die gesamte Laufzeit zu erfassen.

Infolge der neuen Impairment-Vorschriften erwartet die Bank eine Erhöhung der Risikovorsorge aufgrund des Expected Loss Models sowie eine erhöhte Volatilität der Risikovorsorge im Vergleich zu den heutigen Vorschriften.

Hedge Accounting

Die Bank hat sich entschieden, das IFRS 9-Wahlrecht auszuüben und zunächst die IAS 39-Vorschriften für das Hedge Accounting weiter anzuwenden.

Übergangsperiode

Die Regelungen zur Klassifizierung und Bewertung sowie zu den Wertminderungen werden retrospektiv zum Zeitpunkt der Erstanwendung angewandt, dabei gibt es keine Anforderungen, die Vergleichsperioden neu darzustellen. Eine verlässliche Quantifizierung der Effekte ist aufgrund der noch bestehenden Unsicherheiten und Interpretationsmöglichkeiten derzeit nicht möglich.

IFRS 15

IFRS 15, der für die Geschäftsjahre in Kraft tritt, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen, gibt vor, wie und wann Erträge vereinnahmt werden. IFRS 15 ersetzt mehrere andere IFRS-Vorschriften und Interpretationen, die derzeit die Ertragsvereinnahmung regeln, und stellt ein einzelnes, auf Prinzipien basiertes Fünf-Stufen-Modell dar, das auf alle Kundenvereinbarungen angewendet wird, hat aber voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vereinnahmung von Erträgen, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten des Regelungsbereichs von IFRS 9/IAS 39 stehen. Der Standard soll retrospektiv angewandt werden. Für den HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzernabschluss erwarten wir keine wesentlichen Auswirkungen aus der Anwendung dieses Standards.

IFRS 16

Im Januar 2016 wurde der neue Rechnungslegungsstandard IFRS 16 zur Leasingbilanzierung veröffentlicht. Ein EU-Endorsement vorausgesetzt, ist IFRS 16 verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen. Der neue Standard ersetzt den bestehenden IAS 17 sowie die damit ver-

bundenen Interpretationen. Nach den neuen Regelungen aktiviert zukünftig der Leasingnehmer ein Nutzungsrecht an dem Leasinggegenstand und passiviert zugleich eine Verbindlichkeit, die seine Verpflichtung zur Zahlung der Leasingraten darstellt. Für Leasingvereinbarungen mit einer Laufzeit unter zwölf Monaten sowie geringwertige Vermögenswerte gelten Erleichterungsvorschriften. Der Leasinggeber hat ähnlich den bisherigen Regelungen die Leasingverträge als Finanzierungs- oder Operating-Leasing-Verhältnisse zu klassifizieren und dementsprechend zu bilanzieren. IFRS 16 beinhaltet ebenfalls Regelungen zu erweiterten Anhangangaben sowie zu Sale-and-Lease-Back-Transaktionen. Die Auswirkungen auf den HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzernabschluss werden derzeit analysiert.

Alle Änderungen von weiteren Standards und Interpretationen, auf deren vorzeitige Anwendung wir verzichtet haben, sind aus heutiger Sicht von keiner oder nur untergeordneter Bedeutung für unseren Konzernabschluss.

19 Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind zwischen dem Bilanzstichtag und dem Datum der Aufstellung nicht eingetreten.

Angaben zur Konzernbilanz

20 Barreserve

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Kassenbestand	1,6	1,4
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1.105,7	688,8
Insgesamt	1.107,3	690,2

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken werden überwiegend bei der Deutschen Bundesbank unterhalten und betreffen weiterhin fast ausschließlich Salden in Euro.

Im Rahmen des Liquiditätsmanagements werden die Guthaben – unter Beachtung der Vorgaben zur Mindestreservehaltung – täglich disponiert.

21 Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Laufende Konten	404,4	434,5
Geldmarktgeschäfte	21,7	503,2
davon Tagesgelder	11,2	48,2
davon Termingelder	10,5	455,0
Sonstige Forderungen	167,1	126,6
Sicherheiten im Derivategeschäft	662,8	122,2
Insgesamt (vor Risikovorsorge)	1.256,0	1.186,5
Risikovorsorge für Forderungen	0,1	0,2
Insgesamt (netto)	1.255,9	1.186,3

Die Forderungen an Kreditinstitute umfassen auch Geldanlagen innerhalb der HSBC-Gruppe. Wir weisen die Forderungen an Kreditinstitute nach Abzug der Risikovorsorge aus.

22 Forderungen an Kunden

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Laufende Konten	1.303,2	1.563,7
Geldmarktgeschäfte	868,1	852,6
davon Tagesgelder	166,2	163,0
davon Termingelder	701,9	689,6
Kreditkonten	5.650,2	4.905,0
Sonstige Forderungen	575,7	455,3
Sicherheiten im Derivategeschäft	83,8	99,6
Insgesamt (vor Risikovorsorge)	8.481,0	7.876,2
Risikovorsorge für Forderungen	23,1	28,2
Insgesamt (netto)	8.457,9	7.848,0

Der Zuwachs auf den Kreditkonten resultiert insbesondere aus dem Firmenkundenkreditgeschäft und spiegelt die Erfolge unserer Wachstumsstrategie wider.

Wir weisen die Forderungen an Kunden nach Abzug der Risikovorsorge aus.

23 Risikovorsorge für Forderungen

Die folgende Darstellung zeigt die Entwicklung der Risikovorsorge für Forderungen:

in Mio. €	Wertberichtigungen auf				Insgesamt	
	Einzelbasis		Portfoliobasis			
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Stand 01.01.	14,2	14,4	14,2	15,2	28,4	29,6
Verbrauch	6,8	0,3	0,0	0,0	6,8	0,3
Auflösungen	8,3	0,1	0,0	0,9	8,3	1,0
Zuführungen	8,5	0,2	1,3	0,0	9,8	0,2
Direktabschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Währungsdifferenzen/Umbuchungen	0,1	0,0	0,0	-0,1	0,1	-0,1
Stand 31.12.	7,7	14,2	15,5	14,2	23,2	28,4

Die Wertberichtigungen auf Einzelbasis betreffen ausschließlich Forderungen an Kunden. Von den Wertberichtigungen auf Portfoliobasis entfallen 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,2 Mio. Euro) auf Forderungen an Kreditinstitute.

24 Handelsaktiva

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.534,8	1.725,2
davon:		
von öffentlichen Emittenten	1.348,6	1.310,6
von anderen Emittenten	186,2	414,6
davon:		
börsennotiert	1.534,8	1.725,2
nicht börsennotiert	0,0	0,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.161,5	1.161,9
davon:		
börsennotiert	1.138,2	1.130,6
nicht börsennotiert	23,3	31,3
Handelbare Forderungen	1.766,0	929,2
Positive Marktwerte Derivate	2.099,3	2.113,1
davon:		
OTC-Derivate	1.855,1	1.738,8
börsengehandelte Derivate	244,2	374,3
Derivate in Sicherungsbeziehungen	0,2	0,0
Derivate des Bankbuchs	0,1	1,1
Insgesamt	6.561,9	5.930,5

Als Handelbare Forderungen werden überwiegend Schuldscheindarlehen und angekaufte Forderungen ausgewiesen. Der deutliche Anstieg der handelbaren Forderungen um 836,8 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus dem ausgeweiteten Handel mit Schuldscheindarlehen.

25 Finanzanlagen

Die Finanzanlagen enthalten die strategischen Positionen der Bank und lassen sich wie folgt aufgliedern:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.089,9	5.390,8
davon:		
von öffentlichen Emittenten	3.006,9	3.185,6
von anderen Emittenten	2.083,0	2.205,2
davon:		
börsennotiert	5.025,1	5.327,5
nicht börsennotiert	64,8	63,3
Aktien	0,0	0,0
Investmentanteile	49,8	64,8
Schuldscheindarlehen	138,9	149,6
Beteiligungen	72,4	83,4
Insgesamt	5.351,0	5.688,6

Alle Finanzanlagen sind der Kategorie Available for Sale gemäß IAS 39 zugeordnet.

Die nachfolgende Übersicht zeigt den Differenzbetrag zwischen Fair Value und (fortgeführten) Anschaffungskosten:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	89,0	82,7
Aktien	0,0	0,0
Investmentanteile	1,5	3,5
Schuldscheindarlehen	29,0	22,8
Beteiligungen	39,0	44,9
Insgesamt	158,5	153,9

26 Anlagespiegel

in Mio. €	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Sachanlage- vermögen (gesamt)	Immaterielle Vermögenswerte
Anschaffungskosten 01.01.2016	98,9	113,1	212,0	102,0
Zugänge	5,2	13,1	18,3	5,1
Abgänge	0,0	12,0	12,0	0,0
Anschaffungskosten 31.12.2016	104,1	114,2	218,3	107,1
Abschreibungen 01.01.2016	37,4	70,4	107,8	92,8
Planmäßige Abschreibungen	1,4	13,7	15,1	1,8
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Abgänge der Abschreibungen	0,0	9,9	9,9	0,0
Abschreibungen 31.12.2016	38,8	74,2	113,0	94,6
Bilanzwert 31.12.2016	65,3	40,0	105,3	12,5
Bilanzwert 31.12.2015	61,5	42,7	104,2	9,2

in Mio. €	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Sachanlage- vermögen (gesamt)	Immaterielle Vermögenswerte*
Anschaffungskosten 01.01.2015	96,2	100,6	196,8	103,3
Zugänge	2,7	21,5	24,2	5,6
Abgänge*	0,0	9,0	9,0	6,9
Anschaffungskosten 31.12.2015	98,9	113,1	212,0	102,0
Abschreibungen 01.01.2015	35,9	63,3	99,2	92,7
Planmäßige Abschreibungen	1,5	12,9	14,4	5,6
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Abgänge der Abschreibungen*	0,0	5,8	5,8	5,5
Abschreibungen 31.12.2015*	37,4	70,4	107,8	92,8
Bilanzwert 31.12.2015	61,5	42,7	104,2	9,2
Bilanzwert 31.12.2014	60,3	37,3	97,6	10,6

* Sowohl die Abgänge der Anschaffungskosten als auch die Abgänge der Abschreibungen wurden korrigiert. Auswirkungen auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung ergaben sich nicht.

In den immateriellen Vermögenswerten ist ein Goodwill in Höhe von 4,4 Mio. Euro (Vorjahr: 4,4 Mio. Euro), der auf eine Tochtergesellschaft (Cash Generating Unit) entfällt, die dem Segment Global Banking & Markets zugeordnet ist, sowie Standardsoftware in Höhe von 8,1 Mio. Euro (Vorjahr: 4,8 Mio. Euro) enthalten. Im Berichtsjahr sind wie im Vorjahr keine selbst entwickelten immateriellen Vermögenswerte in diesem Bilanzposten enthalten.

Währungseffekte haben den Anlagespiegel wie im Vorjahr nicht beeinflusst.

Das Anlagevermögen wird dem langfristigen Vermögen zugeordnet.

27 Ertragsteueransprüche

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Laufende Ertragsteueransprüche	14,0	6,9
Latente Ertragsteueransprüche	36,4	25,1
Insgesamt	50,4	32,0

Die laufenden Ertragsteueransprüche betreffen ausschließlich Forderungen an deutsche Steuerbehörden.

zwischen den steuerlichen und den bilanziellen Wertansätzen gebildet wurden (vgl. Note „Ertragsteuern“).

Die latenten Steuern sind unsere zukünftigen Steuerbelastungen beziehungsweise -entlastungen, die für Differenzen

Die latenten Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen entfallen auf folgende Posten:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Bilanzansatz	Bilanzansatz	
Handelsbestand*	-3,2	-4,2	1,0
Anteilsbasierte Vergütungen	0,0	0,9	-0,9
Immaterielle Vermögenswerte	0,0	-2,4	2,4
Risikovorsorge	12,2	11,8	0,4
Pensionen	19,8	15,6	4,2
Finanzanlagen	-0,2	-2,1	1,9
Gebäude	-7,8	-7,8	0,0
Rückstellungen	14,9	9,5	5,4
Erfolgswirksam	35,7	21,3	14,4
Finanzinstrumente	-42,9	-33,9	-9,0
Währungsumrechnung	0,0	-0,3	0,3
Pensionen	43,6	38,0	5,6
Erfolgsneutral	0,7	3,8	-3,1
Latente Steuern	36,4	25,1	11,3
davon Ertragsteueransprüche	36,4	25,1	11,3
davon Ertragsteuerverpflichtungen	0,0	0,0	0,0

* Saldo aus Bewertungsunterschieden aller Handelsaktivitäten

Im Rahmen der Vorschriften zum Ausweis latenter Steuern wurden die latenten Steuererstattungsansprüche wie im Vorjahr mit latenten Ertragsteuerverpflichtungen verrechnet.

denen diese steuerlichen Verluste verrechnet werden können. Die unbegrenzt vortragsfähigen Verlustvorträge betragen 58,7 Mio. Euro (Vorjahr: 66,6 Mio. Euro), davon betreffen 46,6 Mio. Euro (Vorjahr: 53,1 Mio. Euro) Gesellschaften im Ausland. Temporäre Differenzen auf sogenannte Outside Basis Differences bestehen zum Stichtag wie im Vorjahr nicht.

Die in dem voll konsolidierten geschlossenen Immobilienfonds angefallenen Verluste sowie Verluste im Zusammenhang mit der Aufgabe bestimmter Geschäftsaktivitäten am Standort Luxemburg können steuerlich nicht genutzt werden, da höchstwahrscheinlich zukünftig keine zu versteuernden Ergebnisse vorliegen werden, mit

Die Ertragsteueransprüche werden überwiegend dem langfristigen Vermögen zugeordnet.

28 Sonstige Aktiva

Unter den Sonstigen Aktiva in Höhe von 182,6 Mio. Euro (Vorjahr: 181,0 Mio. Euro) weisen wir eine Immobilie aus einem konsolidierten geschlossenen Immobilienfonds gemäß IAS 2 mit einem Buchwert von 138,8 Mio. Euro (Vorjahr: 138,5 Mio. Euro) aus.

Diese Immobilie wird mit ihren Anschaffungs-/Herstellungskosten auf Basis einer Einzelzuordnung der Kosten im Sinne des IAS 2.23 ff. bilanziert. Sofern erforderlich, erfolgt im Falle einer Wertminderung eine Abschreibung auf den Nettoveräußerungswert. Dieser basiert auf einem externen Gutachten. Wenn die Umstände, die zu einer Wertminderung der Immobilie geführt haben, nicht länger bestehen, wird der Buchwert maximal bis zu den

Anschaffungs-/Herstellungskosten wieder aufgeholt. Eine planmäßige Abschreibung erfolgt nicht. Fremdkapitalzinsen werden nicht aktiviert. Die Immobilie dient als Sicherheit für die bestehende Fremdfinanzierung.

Außerdem sind unter den Sonstigen Aktiva die Überdeckung aus unseren CTAs (Contractual Trust Agreement) in Höhe von 1,9 Mio. Euro (Vorjahr: 4,8 Mio. Euro) sowie sonstige Steuerforderungen in Höhe von 1,1 Mio. Euro (Vorjahr: 2,0 Mio. Euro) enthalten.

Die Sonstigen Aktiva werden dem langfristigen Vermögen zugeordnet.

29 Nachrangige Vermögenswerte

Die folgende Übersicht zeigt die Zusammensetzung der nachrangigen Vermögenswerte:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	287,9	298,4
Genussscheine	3,1	3,2
Insgesamt	291,0	301,6

30 Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

Im Rahmen von Wertpapierpensions- sowie -leihegeschäften ist die Bank sowohl als Sicherungsnehmer als auch als Sicherungsgeber aktiv. Die Transaktionen wurden zu marktüblichen Konditionen durchgeführt.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Wertpapiere, die wir hingegeben haben und die nach IAS 39 nicht ausgebucht werden durften, sowie die assoziierten finanziellen

Verbindlichkeiten. Neben eigenen Wertpapieren wurden auch solche hingegeben, die wir im Rahmen von Wertpapierleihe- und Pensionsgeschäften vorher erhalten haben. Die transferierten eigenen Wertpapiere werden unter den Handelsaktiva ausgewiesen:

in Mio. €	31.12.2016		31.12.2015	
Art der Transaktion	Fair Value der transferierten finanziellen Vermögenswerte	Buchwert der assoziierten finanziellen Verbindlichkeiten	Fair Value der transferierten finanziellen Vermögenswerte	Buchwert der assoziierten finanziellen Verbindlichkeiten
Pensionsgeschäfte	–	–	–	–
Wertpapierleihegeschäfte	48,0	14,6	88,1	1,2
Insgesamt	48,0	14,6	88,1	1,2

Die folgende Übersicht enthält die erhaltenen Finanzinstrumente, die nach IAS 39 nicht eingebucht werden durften, sowie die assoziierten Forderungen. Ein bilanzielles Netting erfolgt nicht:

in Mio. €	31.12.2016		31.12.2015	
	Fair Value der transferierten finanziellen Vermögenswerte	Buchwert der assoziierten finanziellen Forderung	Fair Value der transferierten finanziellen Vermögenswerte	Buchwert der assoziierten finanziellen Forderung
Art der Transaktion				
Pensionsgeschäfte	-	-	-	-
davon veräußerbar bzw. verpfändbar	-	-	-	-
davon bereits veräußert bzw. verpfändet	-	-	-	-
Wertpapierleihegeschäfte	58,4	-	148,2	1,0
davon veräußerbar bzw. verpfändbar	52,5	-	128,3	-
davon bereits veräußert bzw. verpfändet	5,9	-	19,9	-
Insgesamt	58,4	-	148,2	1,0

31 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Laufende Konten	298,2	290,8
Geldmarktgeschäfte	846,4	73,4
davon Tagesgelder	6,3	0,0
davon Termingelder	840,1	73,4
Sonstige Verbindlichkeiten	398,1	238,1
Sicherheiten im Derivategeschäft	243,5	150,1
Insgesamt	1.786,2	752,4
davon gegenüber inländischen Kreditinstituten	1.303,8	460,1
davon gegenüber ausländischen Kreditinstituten	482,4	292,3

Der Anstieg der Geldmarktgeschäfte ist im Wesentlichen auf die Beteiligung der Bank an den neuen gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften II (GLRG II) der Zentralbank in Höhe von 750,0 Mio. Euro zurückzuführen.

Zum 31. Dezember 2016 betragen die durch Grundpfandrechte besicherten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 120,0 Mio. Euro (Vorjahr: 117,5 Mio. Euro).

32 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Laufende Konten	11.335,5	10.937,1
Geldmarktgeschäfte	1.722,3	1.452,7
davon Tagesgelder	261,9	262,6
davon Termingelder	1.460,4	1.190,1
Spareinlagen	3,6	63,8
Sonstige Verbindlichkeiten	561,9	475,2
Insgesamt	13.623,3	12.928,8
davon gegenüber inländischen Kunden	12.321,8	11.487,8
davon gegenüber ausländischen Kunden	1.301,5	1.441,0

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stellen weiterhin unsere maßgebliche Refinanzierungsquelle dar.

33 Verbriefte Verbindlichkeiten

Die Verbrieften Verbindlichkeiten betreffen begebene Schuldverschreibungen. Der Anstieg der Verbrieften Verbindlichkeiten von 10,0 Mio. Euro im Vorjahr auf 45,4 Mio. Euro ist auf die Begebung einer Namensschuldverschreibung zurückzuführen.

34 Handelspassiva

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Negative Marktwerte Derivate	2.066,5	2.309,8
Schuldscheindarlehen, Schuldverschreibungen, Zertifikate und Optionsscheine	2.320,6	2.703,7
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	6,1	17,2
Derivate in Sicherungsbeziehungen	104,1	114,0
Derivate des Bankbuchs	2,5	4,0
Insgesamt	4.499,8	5.148,7

Für die Emission und Platzierung von Zertifikaten und Optionsscheinen sowie von strukturierten Schuldscheindarlehen und Anleihen sind unmittelbar die Handelsbe-

reiche verantwortlich. Daher werden diese Emissionen nach IAS 39 als Handelspassiva ausgewiesen und mit ihrem Fair Value bewertet.

35 Rückstellungen

Die Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung in %
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	75,0	49,7	50,9
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	18,4	15,2	21,1
Übrige Rückstellungen	79,8	73,7	8,3
Insgesamt	173,2	138,6	25,0

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Im Jahr 2016 haben sich die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen folgendermaßen entwickelt:

in Mio. €	Pensionen und vergleichbare Verpflichtungen	Altersteilzeit	Lebensarbeitszeit	Sonstige	Gesamt
Stand 01.01.	46,6	0,4	0,3	2,4	49,7
Veränderung des Planvermögens	6,1	-0,1	-1,2	0,0	4,8
Gezahlte Pensionen	-9,9	-0,6	0,0	0,0	-10,5
Zuführung (inkl. Planerträge)	12,0	0,8	2,2	0,2	15,2
Umbuchung/ Sonstiges	-2,8	0,0	0,2	0,6	-2,0
Erfolgsneutrale Veränderung aus der Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung	17,8	0,0	0,0	0,0	17,8
Stand 31.12.	69,8	0,5	1,5	3,2	75,0

Die Verwaltungsaufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung setzen sich insgesamt aus folgenden Komponenten zusammen:

in Mio. €	2016	2015
Aufwendungen für leistungsorientierte Pläne	15,2	17,6
davon laufender Dienstzeitaufwand	17,0	17,5
davon Zinsaufwand	7,4	7,1
davon Zinserträge aus dem Planvermögen	-8,6	-5,9
davon nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand und Gewinne aus Planabgeltungen	-0,6	-1,1
Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne	6,0	6,0
Andere Aufwendungen für Altersversorgung	0,4	0,8
Insgesamt	21,6	24,4

Daneben haben wir in den Personalaufwendungen 15,8 Mio. Euro (Vorjahr: 15,0 Mio. Euro) als Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung erfasst.

Die Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne enthalten Beiträge in den BVV Versicherungsverein.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter existieren verschiedene Ruhegeld- beziehungsweise Versorgungsordnungen in Abhängigkeit vom Eintrittsdatum des Mitarbeiters in den Konzern. Im Folgenden sind die Plancharakteristika der im Sinne von IAS 19 als Defined Benefit-Pläne einzustufenden Versorgungszusagen skizziert.

Kollektive Regelungen

(a) Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Zusagen auf betriebliche Altersversorgung wurden den Mitarbeitern als kollektive Regelungen in Form von Betriebsvereinbarungen erteilt, die als Direktzusagen ausgestaltet sind.

(b) Für Neuzugänge offene Regelungen

Im Rahmen der derzeit für Neuzugänge offenen arbeitgeberfinanzierten Regelung (VO 2013) sagt die Bank ihren Mitarbeitern Kapitalleistungen im Fall der Pensionierung, der Invalidität und des Todes als Anwärter zu. Die Zusage ist beitragsorientiert ausgestaltet, die Leistungen ergeben sich als Kapitalbausteine aus den zugesagten Beiträgen durch eine garantierte Verzinsung. Die Höhe der garantierten Verzinsung kann für zukünftige Bausteine an ein verändertes Zinsumfeld angepasst werden. Die Beitragszeit beträgt jeweils zehn Jahre nach dem Ende des Berichtsjahres. Die Bank kann jederzeit festlegen, ob und wie sich die Beitragszeit verlängert. Hat die Bank bis zum Ende eines Geschäftsjahres keine Erklärung abgegeben, gilt die Beitragszeit als um ein weiteres Jahr verlängert.

c) Geschlossene Regelungen

Mitarbeiter mit Eintritt im Zeitraum vom 1. Januar 2001 bis zum 30. Juni 2013 erhielten eine zu der VO 2013 analoge Regelung (VO 2001), die sich von der aktuellen Regelung im Wesentlichen in der Höhe der zugesagten Garantieverzinsung unterscheidet. Aus diesem Versorgungswerk bestehen unverfallbare Anwartschaften unterschiedlicher Mitarbeiter, jedoch keine laufenden Rentenleistungen.

Für bis zum 31. Dezember 2000 eingetretene Mitarbeiter sowie die ehemaligen Mitarbeiter der Niederlassung Hamburg existieren zwei weitere Versorgungswerke, die für Neuzugänge geschlossen wurden. Begünstigte dieser Regelungen erhalten Leistungen in Form lebenslanger Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenrenten.

Es handelt sich um dienstzeitabhängige Endgehaltspläne mit gespaltener Rentenformel. Die Versorgungsleistung ergibt sich im Versorgungsfall als prozentualer Anteil des pensionsfähigen Einkommens, wobei unterschiedliche von der Dienstzeit abhängige Prozentsätze für Einkommensbestandteile unterhalb und oberhalb der Beitragsbemessungsgrundlage in der gesetzlichen Rentenversicherung vorgesehen sind.

Neben den heute noch aktiven Mitarbeitern gibt es aus diesen Regelungen ausgeschiedene Anwärter mit unverfallbaren Anwartschaften auf lebenslang laufende Renten und Versorgungsempfänger. Diese beziehen lebenslange Renten, für die nach § 16 Absatz 1 Betriebsrentengesetz (BetrAVG) eine Anpassungsprüfung vorzunehmen ist.

Für einen geschlossenen Personenkreis von Anwärtern besteht eine beitragsorientierte Kapitalzusage. Für sie hat die Bank Rückdeckungsversicherungen bei führenden deutschen Versicherungsgesellschaften abgeschlossen, sodass der Mitarbeiter genau die Leistung erhält, die sich aus der Rückdeckungsversicherung ergibt.

(d) BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G.

Außerdem leisten einige Konzernunternehmen Beiträge an den BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G. beziehungsweise an die BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e. V. Diese werden als Defined Contribution-Plan behandelt. Ein Teil der Beiträge resultiert aus der Entgeltumwandlung der Arbeitnehmer. Rückstellungen für die vom BVV zu erbringenden Leistungen wurden nicht gebildet, da die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme aus der gesetzlichen Subsidiärhaftung als sehr gering eingeschätzt wird.

(e) Lebensarbeitszeitkonto-Modell

Alle Mitarbeiter im Konzern haben die Möglichkeit, ihre Rentenvorsorge um das Lebensarbeitszeitkonto (LAZK) zu erweitern. Das Ziel dieses Modells ist es, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine flexible Form der Zukunftssicherung zu bieten. Durch die Umwandlung von Gehalt, Überstunden oder Sonderzahlungen ermöglicht das Modell, die aktive Erwerbstätigkeit auch schon vor dem offiziellen Rentenalter zu beenden. Außerdem werden Pflege- und Erziehungszeiten bei einer ganzen oder teilweisen Fortzahlung des Gehalts ermöglicht.

Einzelzusagen

Für ehemalige und aktive Vorstände und Bereichsvorstände sowie ehemals persönlich haftende Gesellschafter existieren endgehaltsbezogene Einzelzusagen auf lebenslang laufende Leistungen. Zuletzt berufenen Vorstandsmitgliedern wurden einzelvertraglich beitragsorientierte Kapitalplanzusagen erteilt. Zusätzlich wurde einigen ehemaligen Vorständen und Bereichsvorständen sowie ehemals persönlich haftenden Gesellschaftern eine Kapitalzusage aus der Entgeltumwandlung erteilt. Die garantierte Verzinsung des eingebrachten Umwandlungsbetrags ist festgeschrieben, die Auszahlung des Kapitals erfolgt in Raten.

Die ehemaligen Vorstände, Bereichsvorstände und persönlich haftenden Gesellschafter beziehungsweise ihre Hinterbleibenden sind Versorgungsempfänger oder haben eine entsprechende unverfallbare Anwartschaft.

Finanzierung

Zur Finanzierung der Verpflichtungen wurde zweckgebundenes Vermögen gebildet und durch ein sogenanntes Contractual Trust Arrangement (CTA) separiert. Die Funktion des Treuhänders wird von dem HSBC Trinkaus Vermögenstreuhänder e. V. sowie HSBC Trinkaus Mitarbeitertreuhänder e. V. übernommen. Aktive Mitglieder der Treuhänder sind drei Vorstände, ein Aufsichtsratsmitglied sowie zehn Mitarbeiter der Bank.

Die Bank strebt regelmäßig eine weitgehende Ausfinanzierung der zugesagten Leistungen an. Eine Verpflichtung zur Zuwendung von Beiträgen an das CTA besteht nicht. Vermögen, das nicht zur Finanzierung der zugesagten Leistungen benötigt wird, steht der Bank zu. Neben der Wiederanlage der Ausschüttung ist derzeit keine weitere Zuführung zum Planvermögen beabsichtigt.

Die Erträge dürfen nur satzungsgemäß verwendet werden, zum Beispiel für Pensionszahlungen beziehungsweise zur Wiederanlage. Entnahmen dürfen ebenfalls nur satzungsgemäß erfolgen. Soweit Leistungen direkt zugesagt sind und eine Unterdeckung im CTA besteht, werden dafür Rückstellungen gebildet. Die Finanzierung der rückdeckungsakzessorischen Kapitalzusage erfolgt über Rückdeckungsversicherungen bei führenden deutschen Versicherungsgesellschaften.

Strategische Zielsetzung der Anlage ist es, im Zeitverlauf eine möglichst kontinuierliche Wertsteigerung zu erzielen. Der Fonds investiert hierzu im Wesentlichen in Staatsanleihen, Unternehmensanleihen, Investmentfonds, Aktien sowie Derivaten. Investiert wird sowohl in den entwickelten Regionen als auch in Schwellenländern. Insgesamt wird auf eine hohe Diversifizierung geachtet.

Risikoaspekte

Aus den Anwartschaften auf lebenslange Renten sowie der Verpflichtung zur Zahlung laufender Leistungen aus Altzusagen trägt die Bank die Anpassungsrisiken der lebenslang laufenden Leistungen. Dies bedeutet faktisch eine Rentensteigerung gemäß der Entwicklung der Verbraucherpreise. Zudem bestehen Anpassungsrisiken aus bezügedynamischen Komponenten.

Ferner bestehen bei den lebenslang laufenden Leistungen Langlebighkeitsrisiken. Die bei der Bewertung des Barwerts der Verpflichtung verwendeten Richttafeln berücksichtigen als Generationentafeln bereits die derzeit absehbare Erhöhung der Lebenserwartung.

Die Anpassungs- und Langlebighkeitsrisiken wurden bei den seit 2001 erteilten Kapitalzusagen und vor allem in dem für Neuzugänge offenen Versorgungswerk weitgehend eliminiert.

Die bilanziellen Risiken und die Finanzierungsrisiken hat die Bank durch Zuwendungen an das CTA und die dadurch vorhandenen Deckungsmittel reduziert. Es bestehen jedoch insoweit Finanzierungsrisiken, als die Erträge der Deckungsmittel nicht der angenommenen Verzinsung des Barwerts der Verpflichtung entsprechen. Des Weiteren resultieren Bilanzrisiken aus Schwankungen des für die Ermittlung des Barwerts der Verpflichtung anzusetzenden Rechnungszinses, soweit der Veränderung des Barwerts der Verpflichtung aus einer Schwankung des Rechnungszinses keine entsprechende Veränderung des Zeitwerts der Deckungsmittel gegenübersteht.

Der Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, DBO) der geschlossenen Versorgungswerke beträgt in der Berichtsperiode 249,1 Mio. Euro (Vorjahr: 224,6 Mio. Euro), davon entfallen auf die Leistungsempfänger 67,5 Mio. Euro (Vorjahr: 64,8 Mio. Euro). Die DBO der

Einzelzusagen beläuft sich auf 78,8 Mio. Euro (Vorjahr: 74,2 Mio. Euro), davon entfallen auf die Leistungsempfänger 55,0 Mio. Euro (Vorjahr: 53,5 Mio. Euro). Die DBO der offenen Versorgungswerke (seit 1. Juli 2013 in Kraft) beträgt 2,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1,5 Mio. Euro). Auf Kapitalzusagen entfallen 49,2 Mio. Euro (Vorjahr: 43,8 Mio. Euro).

Die Berechnung der Pensionsverpflichtungen wird in versicherungsmathematischen Gutachten auf der Grundlage der Projected Unit Credit Method vorgenommen. Bei diesen jährlichen Bewertungen legen wir – neben aktuellen Sterbetafeln (Heubeck-Richttafeln 2005 G) – folgende Parameter zugrunde:

in %	31.12.2016	31.12.2015
Rechnungszinsfuß für Pensionen	1,81	2,26
Rechnungszinsfuß für Verpflichtungen aus Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelungen	0,34	0,74
Rechnungszinsfuß für pensionsähnliche Verpflichtungen und Jubiläumsverpflichtungen	1,38	1,88
Rechnungszinsfuß für LAZK	1,38	1,71
Erwartete Gehaltsentwicklung	3,0	3,0
Voraussichtliche Rentenanpassung	2,0	2,0
Erwartete Inflationsrate	2,0	2,0
Erwarteter Anstieg der Beitragsbemessungsgrenze für die Sozialversicherung	2,9	2,9

Der Rechnungszinsfuß ermittelt sich anhand der durchschnittlichen Rendite langfristiger und bonitätsmäßig einwandfreier Anleihen. Die Duration der Verpflichtungen für Pensionen beträgt 19,0 Jahre (Vorjahr: 18,7 Jahre), die Duration der Verpflichtungen aus Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelungen beträgt wie im Vorjahr 3 Jahre, die Duration der pensionsähnlichen Verpflichtungen und Jubiläumsrückstellungen beträgt wie im Vorjahr 10 Jahre. Dabei wird das vom Beratungsunternehmen Willis Towers Watson angebotene Zinsermittlungsverfahren „Global Rate:Link“ verwendet. Dieses bezieht Anleihen mit einem Rating von mindestens „AA“ unter Berücksichtigung von bestimmten weiteren Kriterien ein.

Sensitivitätsanalysen für die leistungsorientierten Verpflichtungen

Nach IAS 19.145 ist zu bestimmen, in welcher Höhe sich die für die DBO vorgesehenen erheblichen Bewertungsannahmen in einem Zeitraum von einem Jahr „vernünftigerweise“ verändern können.

Als erhebliche Annahmen sind regelmäßig anzusehen: der Rechnungszins, die angenommene Inflationsrate sowie die zugrunde gelegte Gehaltssteigerungsrate. Die folgenden Angaben beziehen sich auf die Sensitivitäten der DBO für Pensionen:

Bewertungsparameter zum 31.12.2016	Ausgangswert	Sensitivität	Auswirkung auf die DBO
Rechnungszins	1,81%	+ 1,00 Prozentpunkte	-16,4%
Rechnungszins	1,81%	- 1,00 Prozentpunkte	21,6%
Gehaltstrend	3,00%	-0,50 Prozentpunkte	-2,8%
Gehaltstrend	3,00%	+0,50 Prozentpunkte	3,2%
Rententrend	2,00%	-0,25 Prozentpunkte	-2,9%
Rententrend	2,00%	+0,25 Prozentpunkte	3,0%
Lebenserwartung	gemäß RT 2005 G	+ 1 Jahr für eine aktuell 65-jährige Person	3,7%

Bewertungsparameter zum 31.12.2015	Ausgangswert	Sensitivität	Auswirkung auf die DBO
Rechnungszins	2,26 %	+ 1,00 Prozentpunkte	- 16,1 %
Rechnungszins	2,26 %	- 1,00 Prozentpunkte	21,2 %
Gehaltstrend	3,00 %	- 0,50 Prozentpunkte	- 3,1 %
Gehaltstrend	3,00 %	+ 0,50 Prozentpunkte	3,3 %
Rententrend	2,00 %	- 0,25 Prozentpunkte	- 2,9 %
Rententrend	2,00 %	+ 0,25 Prozentpunkte	3,6 %
Lebenserwartung	gemäß RT 2005 G	+ 1 Jahr für eine aktuell 65-jährige Person	3,6 %

Aufgliederung der Pensionsverpflichtungen

in Mio. €	2016	2015	2014	2013	2012
Pensionsverpflichtungen, die nicht fondsfinanziert sind	0,9	1,8	21,0	17,1	14,8
Pensionsverpflichtungen, die fondsfinanziert sind					
Barwert der Pensionsverpflichtungen	424,5	375,4	350,0	275,5	263,0
Fair Value des Planvermögens	352,3	332,3	300,1	268,8	251,4
Saldo	72,2	43,1	49,9	6,7	11,6
davon Planunterdeckung	74,1	47,9	50,6	8,2	13,2
davon Planüberdeckung	1,9	4,8	0,7	1,5	1,6
Gesamte Pensionsverpflichtungen	75,0	49,7	71,6	25,3	28,0
Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung					
aus Planvermögen (vor Steuern)	9,0	3,3	0,2	- 9,8	- 12,5
aus Pensionsverpflichtungen (vor Steuern)	- 149,9	- 126,4	- 133,5	- 74,7	- 75,6

Die kumulierten erfolgsneutral im Eigenkapital erfassten Bewertungsreserven für die Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung belaufen sich auf einen Verlust in Höhe von 97,4 Mio. Euro nach Steuern (Vorjahresverlust: 85,1 Mio. Euro).

Die im Berichtsjahr entstandenen Verluste aus der Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung resultieren im Wesentlichen aus dem weiteren Rückgang des Rechnungszinssatzes für Pensionen.

Die Nettoschuld der leistungsorientierten Verpflichtungen hat sich folgendermaßen entwickelt:

in Mio. €	Pensions- verpflichtungen	Planvermögen	Nettoschuld
Stand zum 01.01.2015	371,0	300,1	70,9
Laufender Dienstzeitaufwand	17,5		17,5
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	–		–
Gewinne aus Planabgeltungen	–1,1		–1,1
Zinsaufwand/-ertrag	7,1	5,9	1,2
Neubewertung	–7,1	3,1	–10,2
Tatsächliche Erträge unter Ausschluss der Zinserträge		3,1	–3,1
Änderungen der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste	–7,1		–7,1
aus Anpassung der Verpflichtung	0,8		0,8
aus Änderungen der demografischen Annahmen	0,0		0,0
aus Änderung der finanziellen Annahmen	–7,9		–7,9
Vom Arbeitgeber direkt bezahlte Versorgungsleistungen*	–1,8	0,0	–1,8
Aus dem Planvermögen bezahlte Versorgungsleistungen*	–8,7	–8,7	0,0
Gezahlte Beträge in Verbindung mit Abgeltungen	–0,6		–0,6
Transfer und Sonstiges	0,9		0,9
Zuführungen zum Planvermögen	0,0	31,9	–31,9
Entnahmen aus dem Planvermögen	–	–	
Stand zum 31.12.2015	377,2	332,3	44,9
davon: Pensionsrückstellung			49,7
davon: Aktiviertes Planvermögen			4,8
Stand zum 01.01.2016	377,2	332,3	44,9
Laufender Dienstzeitaufwand	17,0		17,0
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	0,0	0,0	0,0
Gewinne aus Planabgeltungen	–0,6		–0,6
Zinsaufwand/-ertrag	7,4	8,6	–1,2
Neubewertung	23,5	5,7	17,8
Tatsächliche Erträge unter Ausschluss der Zinserträge		5,7	–5,7
Änderungen der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste	23,5	0,0	23,5
aus Anpassung der Verpflichtung	–2,0		–2,0
aus Änderungen der demografischen Annahmen	0,0		0,0
aus Änderung der finanziellen Annahmen	25,5		25,5
Vom Arbeitgeber direkt bezahlte Versorgungsleistungen	–4,0		–4,0
Aus dem Planvermögen bezahlte Versorgungsleistungen	–6,1	–6,1	0,0
Gezahlte Beträge in Verbindung mit Abgeltungen	–0,4		–0,4
Transfer und Sonstiges	11,4	10,5	0,9
Zuführungen zum Planvermögen	0,0	1,3	–1,3
Entnahmen aus dem Planvermögen	0,0	0,0	0,0
Stand zum 31.12.2016	425,4	352,3	73,1
davon: Pensionsrückstellung			75,0
davon: Aktiviertes Planvermögen			1,9

* Im Vorjahr unter gezahlte Pensionen bei der Entwicklung der Pensionsverpflichtungen beziehungsweise unter Zuführungen/Entnahmen des Planvermögens bei der Entwicklung des Planvermögens ausgewiesen.

Unter Zuführungen/Entnahmen haben wir im Vorjahr den Zukauf weiterer Fondsanteile ins Planvermögen in Höhe von 62,3 Mio. Euro und die Ausschüttung aus dem Planvermögen in Höhe von 39,1 Mio. Euro (insgesamt 23,2 Mio. Euro) gezeigt. Um die Entwicklung der Nettoschuld sachgerechter darzustellen, weisen wir ab diesem Geschäftsjahr die Ausschüttungen, die zur Zahlung der Versorgungsleistungen dienen, unter dem Posten „Aus

dem Planvermögen bezahlte Versorgungsleistungen“ aus. Dieser beträgt im Geschäftsjahr 6,1 Mio. Euro (Vorjahr: 8,7 Mio. Euro). Der Teil der Ausschüttungen, der zur Wiederanlage dient, wird unter „Zuführung zum Planvermögen“ gezeigt. Im Geschäftsjahr wurden die Ausschüttungen nicht wiederangelegt (Vorjahr: 30,4 Mio. Euro). Entnahmen aus dem Planvermögen lagen wie im Vorjahr nicht vor.

Aufteilung der Pensionsverpflichtungen

in Mio. €	2016	2015
Aktive	267,4	224,9
davon unverfallbar	167,4	141,4
Unverfallbar Ausgeschiedene	35,5	34,0
Leistungsempfänger	122,5	118,3
Gesamt	425,4	377,2

Von den gesamten Pensionsverpflichtungen entfallen auf Altersteilzeitverpflichtungen 2,6 Mio. Euro (Vorjahr: 2,5 Mio Euro); auf LAZK-Verpflichtungen 45,6 Mio. Euro (Vorjahr: 30,0 Mio. Euro); auf Jubiläumsverpflichtungen

12,3 Mio. Euro (Vorjahr: 9,6 Mio. Euro) und auf Vorruhestandsverpflichtungen 0,5 Mio. Euro (Vorjahr: 4,5 Mio Euro).

Auswirkungen der Verpflichtungen auf die zukünftigen Cashflows

in Mio. €	2017	2018	2019	2020	2021	2022 – 2026
Zukünftige Cashflows	9,0	9,5	9,8	10,0	10,2	58,3

Aufgliederung des Fair Value des Planvermögens

in Mio. €	2016	2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	104,3	99,1
Aktien	22,3	21,6
Discount-/Indexzertifikate	2,4	5,5
Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen	18,0	18,3
Investmentfonds	118,0	104,7
Derivate	68,2	67,3
Geschlossener Immobilienfonds	4,0	4,0
Sonstige	15,1	11,8
Fair Value des Planvermögens zum 31.12.	352,3	332,3

Mit Ausnahme der Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen und der Anteile an geschlossenen Immobilienfonds basieren die Fair Values des Planver-

mögens auf Preisen von aktiven Märkten beziehungsweise auf Bewertungsmodellen, bei denen alle Bewertungsparameter beobachtbar sind.

Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft

Die Rückstellungen für Bonitätsrisiken aus dem außerbilanziellen Kreditgeschäft in Höhe von 18,4 Mio. Euro (Vorjahr: 15,2 Mio. Euro) werden gebildet für Eventualver-

bindlichkeiten und andere Verpflichtungen. Die Entwicklung der Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft ergibt folgendes Bild:

in Mio. €	Rückstellungen auf				Insgesamt	
	Einzelbasis		Portfoliobasis		2016	2015
	2016	2015	2016	2015		
Stand 01.01.	0,0	0,0	15,2	13,1	15,2	13,1
Verbrauch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auflösungen	0,0	0,0	1,0	0,0	1,0	0,0
Zuführungen	4,2	0,0	0,0	2,1	4,2	2,1
Direktabschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Währungsdifferenzen/Umbuchungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Stand 31.12.	4,2	0,0	14,2	15,2	18,4	15,2

Übrige Rückstellungen

Die übrigen Rückstellungen haben sich im Jahr 2016 wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Stand 01.01.2016	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Aufzinsung	Stand 31.12.2016
Rückstellungen aus Lieferungen und Leistungen für Soft- und Hardware	17,0	1,1	0,9	11,2	0,0	26,2
Rückstellungen für erwartete Zinsen auf Steuernachzahlungen	11,6	5,3	0,0	1,9	-0,1	8,1
Rückstellungen aus Lieferungen und Leistungen für Dienstleistungen	9,4	1,7	6,4	9,0	0,0	10,3
Kulanzrückstellungen	9,0	1,3	2,1	2,3	0,1	8,0
Rückstellungen im Zusammenhang mit der Aufgabe bestimmter Geschäftsaktivitäten in Luxemburg	14,7	2,3	0,0	1,3	0,7	14,4
Rückstellungen für Rückbauverpflichtungen	3,7	0,0	0,3	0,8	0,0	4,2
Rückstellungen für Archivierung	2,5	0,0	0,0	0,1	0,0	2,6
Rückstellungen für sonstige Steuern	1,3	0,6	0,0	0,0	0,0	0,7
Sonstige übrige Rückstellungen	4,5	1,5	0,1	1,8	0,6	5,3
Insgesamt	73,7	13,8	9,8	28,4	1,3	79,8

Die Einschätzung der erwarteten Fälligkeiten für den Abfluss von wirtschaftlichem Nutzen für die übrigen Rückstellungen ist mit hoher Unsicherheit behaftet und wird auf durchschnittlich bis zu fünf Jahre geschätzt.

Am 31. Dezember 2016 bestehen keine wesentlichen Rechtsstreitigkeiten und damit verbundenen Prozessrisiken.

36 Ertragsteuerverpflichtungen

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	43,9	35,0
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	0,0	0,0
Insgesamt	43,9	35,0

Unter die laufenden Ertragsteuerverpflichtungen fallen die Beträge für Ertragsteuern, die wir auf der Basis der Steuerbilanzen der vollkonsolidierten Konzerngesellschaften unter Berücksichtigung körperschaft- beziehungsweise gewerbesteuerlicher Hinzurechnungen und Kürzungen voraussichtlich zahlen werden, vermindert um die bereits geleisteten Steuervorauszahlungen. Weiterhin werden hier unsere Verpflichtungen für etwaige Ergebnisse aus laufenden und zukünftigen Betriebsprüfungen ausgewiesen.

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen wurden wie im Vorjahr im Rahmen der Saldierungsvorschriften mit latenten Ertragsteueransprüchen verrechnet.

Die Ertragsteuerverpflichtungen werden den kurzfristigen Verpflichtungen zugeordnet.

37 Sonstige Passiva

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	17,4	19,6
Rechnungsabgrenzungsposten	30,3	39,3
Sonstige Verbindlichkeiten	187,6	190,1
Insgesamt	235,3	249,0

Die Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern umfassen Umsatzsteuerverbindlichkeiten sowie abzuführende Kapitalertragsteuern aus unserem Kundengeschäft. In den Sonstigen Verbindlichkeiten befinden sich in erster Linie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie aus ergebnisabhängigen Bezügen.

Die Sonstigen Passiva werden überwiegend den kurzfristigen Verpflichtungen zugeordnet.

38 Nachrangkapital

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Nachrangige Verbindlichkeiten (Schuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen)	328,0	348,2
Genusssrechtskapital	100,0	100,0
Zinsabgrenzungen auf		
Nachrangige Verbindlichkeiten	4,8	5,1
Genusssrechtskapital	4,9	4,9
Insgesamt	437,7	458,2

Um die Flexibilität der Gesellschaft hinsichtlich der Refinanzierung und Kapitalverstärkung weiter zu sichern, hat die ordentliche Hauptversammlung der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG am 8. Juni 2016 eine neue Ermächtigung des Vorstands zur Ausgabe von Genussscheinen, Schuldverschreibungen und anderen hybriden Instrumenten ohne Options- oder Wandlungsrechte oder Options- oder Wandlungspflichten in der Weise beschlossen, dass sie die Ermächtigung zum Bezugsrechtsausschluss umfasst.

Die Ermächtigung gilt bis zum 31. Mai 2020.

Bei der Ausgabe von Genussscheinen, Schuldverschreibungen oder anderen hybriden Instrumenten ohne Options- oder Wandlungsrechte oder Options- oder Wandlungspflichten durch die Gesellschaft ist der Vorstand ermächtigt, das gesetzliche Bezugsrecht ganz oder zum Teil auszuschließen, sofern der Vorstand nach pflichtgemäßer Prüfung zu der Auffassung gelangt, dass der Ausgabepreis ihren nach anerkannten, insbesondere finanzmathematischen Methoden ermittelten theoretischen Marktwert nicht wesentlich unterschreitet. Der Vorstand wird außerdem ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Spitzenbeträge, die sich aufgrund des Bezugsverhältnisses ergeben, von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen und das Bezugsrecht auch insoweit auszuschließen, als es erforderlich ist, um den Inhabern von Options- oder Wandlungsrechten beziehungsweise den Inhabern von mit Options- oder Wandlungspflicht ausgestatteten Wandelgenussscheinen, Wandelschuldverschreibungen und anderen hybriden Instrumenten ein Bezugsrecht in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung der Options- oder Wandlungsrechte beziehungsweise nach Erfüllung der Options- oder Wandlungspflichten zustehen würde. Der Vorstand wird jeweils sorgfältig prüfen, ob der Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre im Unternehmens- und damit auch im Aktionärsinteresse liegt. Auch

der Aufsichtsrat wird seine erforderliche Zustimmung nur erteilen, wenn diese Voraussetzungen nach seiner Ansicht gegeben sind. Soweit das Bezugsrecht nicht ausgeschlossen wird, können die Genussscheine beziehungsweise Schuldverschreibungen beziehungsweise anderen hybriden Instrumente auch von durch den Vorstand bestimmten Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht).

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Ausgabe und Ausstattung der Emission, insbesondere Volumen, Zeitpunkt, Zinssatz, Ausgabekurs und Laufzeit, festzulegen.

Die in der Hauptversammlung vom 2. Juni 2015 dem Vorstand erteilte Ermächtigung, bis zum 31. Mai 2020 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, Schuldverschreibungen oder andere hybride Instrumente ohne Options- oder Wandlungsrechte oder Options- oder Wandlungspflichten mit unbegrenzter Laufzeit, die den Voraussetzungen der CRR und der gegebenenfalls anwendbaren sonstigen Vorschriften an die Anerkennung von zusätzlichem Kernkapital entsprechen, oder andere hybride Instrumente mit fester oder unbegrenzter Laufzeit auszugeben, die nicht den Anforderungen der CRR an die Anerkennung von zusätzlichem Kernkapital entsprechen, wurde aufgehoben.

Die weiteren Einzelheiten und Bestimmungen sowie der vollständige Wortlaut des vorgenannten Beschlusses ergeben sich aus den Beschlussvorschlägen der Verwaltung zum Tagesordnungspunkt 5 und dem korrespondierenden Bericht des Vorstands an die Hauptversammlung der unter dem 20. April 2016 im Bundesanzeiger veröffentlichten Einberufung der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft.

Im Falle der Liquidation, der Insolvenz oder eines sonstigen Verfahrens zur Abwendung der Insolvenz werden die Forderungen aus den nachrangigen Mittelaufnahmen erst dann erfüllt, wenn alle anderen Forderungen an die Bank befriedigt worden sind. Untereinander sind alle nachrangigen Verbindlichkeiten gleichrangig. Alle nachrangigen Mittelaufnahmen können von den Gläubigern nicht vorzeitig gekündigt werden. Genussscheine können von der Bank bei einer Änderung der steuerlichen Rahmenbedingungen mit einer zweijährigen Kündigungsfrist vorzeitig gekündigt werden.

Das Nachrangkapital wird mit einem Betrag in Höhe von 264,4 Mio. Euro (Vorjahr: 300,7 Mio. Euro) für die Ermittlung des haftenden Eigenkapitals gemäß CRR herangezogen.

Für das Geschäftsjahr 2016 entfällt auf nachrangige Verbindlichkeiten ein Zinsaufwand von 11,9 Mio. Euro (Vorjahr: 12,3 Mio. Euro) und auf Genussrechtskapital ein Zinsaufwand von 4,9 Mio. Euro (Vorjahr: 4,9 Mio. Euro).

Verzinsung und Rückzahlung der nachrangigen Verbindlichkeiten

Verzinsung	Nominalbetrag in Mio. € 31.12.2016	Nominalbetrag in Mio. € 31.12.2015
4% bis 5%	90,0	100,2
Über 5% bis 6%	88,0	98,0
Festsätze	178,0	198,2
Variable Sätze	150,0	150,0
Insgesamt	328,0	348,2

Rückzahlung	Nominalbetrag in Mio. € 31.12.2016	Nominalbetrag in Mio. € 31.12.2015
Bis 1 Jahr	30,0	20,2
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	103,0	93,0
Über 5 Jahre	195,0	235,0
Insgesamt	328,0	348,2

39 Eigenkapital

Das Gezeichnete Kapital der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG zum 31. Dezember 2016 beträgt 91,4 Mio. Euro (Vorjahr: 91,4 Mio. Euro); es ist in 34.088.053 (Vorjahr: 34.088.053) nennwertlose Stückaktien eingeteilt.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu 45.711.948,47 Euro bis zum 31. Mai 2020 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Sach- oder Bareinlage zu erhöhen (genehmigtes Kapital).

Das Grundkapital ist außerdem um bis zu 45.711.948,47 Euro bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 17.044.026 neuen auf den Inhaber lautenden Stückaktien (bedingtes

Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung kann nur insoweit durchgeführt werden, als die Inhaber von Genussscheinen, Schuldverschreibungen beziehungsweise anderen hybriden Instrumenten mit Options- oder Wandlungsrechten, die aufgrund der Ermächtigung des Vorstands durch Beschluss der Hauptversammlung vom 2. Juni 2015 bis zum 31. Mai 2020 ausgegeben werden, von ihren Options- beziehungsweise Wandlungsrechten Gebrauch machen, oder die Inhaber von Genussscheinen beziehungsweise Schuldverschreibungen, anderen hybriden Instrumenten mit Options- oder Wandlungspflichten, die von der Gesellschaft aufgrund der vorstehend genannten Ermächtigung bis zum 31. Mai 2020 ausgegeben werden, ihre Pflicht zur Ausübung der Option oder zur Wandlung erfüllen. Bislang wurde davon kein Gebrauch gemacht.

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien und Optionen auf eigene Aktien ausgewiesen.

In den Gewinnrücklagen werden grundsätzlich nicht ausgeschüttete Gewinne aus Vorjahren sowie der Konzernbilanzgewinn erfasst.

Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG hat im Dezember 2016 zusätzliches Kernkapital (AT1) in Form einer unbegrenzt laufenden nachrangigen Inhaberschuldverschreibung über den Gesamtnennbetrag von 235,0 Mio. Euro aufgenommen und vergrößert damit den Spielraum für die Fortsetzung ihrer im Sommer 2013 begonnenen Wachstumsstrategie. Die Anleihe ist von der Emittentin erstmalig nach fünf Jahren kündbar und mit einem fixen Kupon ausgestattet, der alle fünf Jahre angepasst wird. Der anfängliche Zinssatz beträgt 5,65 %. Die HSBC Bank plc, London, die 80,7 % des Grundkapitals der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG hält, hat die Wertpapiere im Zuge einer Privatplatzierung vollständig gezeichnet und erworben. Gemäß IFRS handelt es sich um Eigenkapital.

In der Bewertungsreserve für Finanzinstrumente werden die Ergebnisse aus der Bewertung der Finanzanlagen nach Berücksichtigung latenter Steuern ausgewiesen. Die erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst nach Veräußerung oder bei Wertminderung des Vermögenswerts.

In der Bewertungsreserve für die Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung wird der Unterschied zwischen dem am Jahresanfang zum Bilanzstichtag prognostizierten Wert und dem am Bilanzstichtag tatsächlich ermittelten Wert der Verpflichtung beziehungsweise des Planvermögens nach Berücksichtigung latenter Steuern dargestellt.

Die Bewertungsreserve aus Währungsumrechnung resultiert aus der Konsolidierung des Immobilienfonds mit funktionaler Währung AUD.

Unser aufsichtsrechtlich orientiertes Kapitalmanagement wird durch eine Analyse des ökonomischen Kapitalbedarfs ergänzt (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP). Der ICAAP basiert auf der zweiten Säule des Baseler Eigenkapitalrahmenwerks und erfüllt die von der deutschen Aufsicht vorgegebenen Mindestanforderungen für das Risikomanagement (MaRisk).

Den MaRisk zufolge haben Kreditinstitute Strategien und Prozesse einzurichten, die gewährleisten, dass genügend internes Kapital zur Abdeckung aller wesentlichen Risiken vorhanden ist, die Risikotragfähigkeit also permanent gewährleistet ist. Der ICAAP stellt für uns einen integralen Bestandteil der Steuerung dar, der in die Prozesslandschaft des Risikomanagements eingebettet ist und einer fortlaufenden Weiterentwicklung unterliegt.

Die quartalsweise Analyse und laufende Überwachung der Risikotragfähigkeit basiert auf einem GuV-/bilanzorientierten Ansatz und umfasst auch Risikoarten, die in den regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung von Banken nicht enthalten sind (zum Beispiel Liquiditäts- oder Pensionsrisiko). Sowohl die Berechnung des ökonomischen Kapitalbedarfs als auch die Ableitung der Risikodeckungsmasse erfolgt für zwei verschiedene Szenarien – Going Concern- und Liquidationsszenario –, die jeweils durch zugehörige Stressbetrachtungen vervollständigt werden. Im Rahmen der Gesamtbank-Stressbetrachtung im Going Concern-Szenario nimmt die Bank eine außergewöhnliche, aber vorstellbare negative Entwicklung der Weltwirtschaft an (zum Beispiel weltweiter Konjunkturerinbruch mit deutlichem Rückgang des Welthandels oder Verschlechterung der Finanzlage des öffentlichen Sektors) und simuliert so die Auswirkungen auf bestimmte quantifizierbare Risiken. Für nicht vom Szenario erfasste quantifizierbare Risiken werden eigene Stressszenarien definiert und die Auswirkungen analysiert. Neben diesen regelmäßigen Stressstests führt die Bank einmal pro Jahr einen inversen Stressstest durch. Diese Form des Stressstesting ist mit der Identifikation von Ereignissen verbunden, die den eigenen Fortbestand nachhaltig gefährden könnten, das heißt die Risikodeckungsmasse des Going Concern-Szenarios potenziell aufzehren. Als ein mögliches inverses Stressszenario hat HSBC Trinkaus & Burkhardt den Wegfall des Länderfinanzausgleichs identifiziert, infolgedessen sich unter anderem die Risikoprämien der Bundesländer ausweiten.

Die theoretischen Methoden und Modelle zur Quantifizierung des ökonomischen Kapitalbedarfs sind in den verschiedenen Risikoarten unterschiedlich weit entwickelt. Im Rahmen einer konservativen Vorgehensweise verzichtet die Bank derzeit noch auf die Berücksichtigung von Diversifikationseffekten.

Die Ermittlung des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs passen wir kontinuierlich den wachsenden Anforderungen an. Die Risikotragfähigkeit wird quartalsweise umfassend analysiert und laufend fortgeschrieben. Die zugrunde liegenden Methoden werden im Capital Steering Committee ausführlich diskutiert. Die Protokolle des Capital Steering Committees werden dem Gesamtvorstand zugeleitet und dort behandelt. Außerdem wird der ICAAP halbjährlich im Risikoausschuss des Aufsichtsrats besprochen.

Die Risikotragfähigkeit des Konzerns ist unverändert gegeben, und die Eigenkapitalausstattung ist angemessen. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Kapital sind wie im Vorjahr erfüllt.

Bewertungsreserve für Finanzinstrumente

Die Bewertungsreserve für Finanzinstrumente hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	2016	2015
Nettobewertungsreserve zum 01.01.	120,0	167,4
Abgänge/Zugänge (brutto)	-8,8	-46,5
Marktwertschwankungen (brutto)	18,7	-31,2
Impairments (brutto)	-5,3	13,2
Latente Steuern	-9,0	17,1
Nettobewertungsreserve zum 31.12.	115,6	120,0

Der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern erfüllt seine Pflicht zur Offenlegung gemäß Säule 3 durch die Offenlegung auf der Konzernebene der HSBC Holdings plc, London (Art. 6 Abs. 3 CRR). Wir verweisen diesbezüg-

lich auf die Veröffentlichungen der HSBC-Gruppe unter der Rubrik Investor Relations auf ihrer Website (www.hsbc.com).

Angaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns

40 Zinsüberschuss

in Mio.€	2016	2015
Zinserträge*	296,8	273,9
Aus Forderungen an Kreditinstitute	9,4	10,5
Geldmarktgeschäfte	6,4	7,4
Andere verzinsliche Forderungen	3,0	3,1
Reserve Repos	0,0	0,0
Aus Forderungen an Kunden	190,3	149,3
Geldmarktgeschäfte	24,3	9,5
Andere verzinsliche Forderungen	166,0	139,8
Aus Finanzanlagen	87,2	101,0
Zinserträge	83,1	96,0
Dividendenerträge	3,0	3,2
Beteiligungserträge	1,1	1,8
Aus Sonstiges*	9,9	13,1
Zinsaufwendungen*	85,4	72,2
Aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	44,0	33,7
Geldmarktgeschäfte	3,1	1,2
Andere verzinsliche Einlagen	40,9	32,5
Aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	22,0	18,6
Geldmarktgeschäfte	10,5	5,7
Andere verzinsliche Einlagen	11,5	12,9
Aus Verbrieften Verbindlichkeiten	0,4	0,4
Aus Nachrangkapital	16,8	17,2
Aus Sonstiges*	2,2	2,3
Zinsüberschuss*	211,4	201,7

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 18 erläutert.

Der Zinsüberschuss beträgt 211,4 Mio. Euro (angepasstes Vorjahr: 201,7 Mio. Euro) und ist damit insgesamt um 9,7 Mio. Euro oder 4,8 % angestiegen.

Dieser Anstieg resultiert vor allem aus den deutlich verbesserten Zinserträgen im Kundenkreditgeschäft aufgrund höherer Volumina. Demgegenüber waren die Zinserträge aus Finanzanlagen erneut rückläufig. Darüber hinaus belasten weiterhin die geringen Margen im Kreditgeschäft das Zinsergebnis.

Die Bank hat im Geschäftsjahr negative Zinsen in Höhe von 11,5 Mio. Euro gezahlt und in Höhe von 16,7 Mio. Euro vereinnahmt. Von den gezahlten Zinsen betreffen 8,7 Mio. Euro unser Konto bei der Deutschen Bundesbank (Vorjahr: 2,4 Mio. Euro). Ein Teil unserer Kundeneinlagen wurde als Überschussliquidität in Anleihen mit negativen Renditen angelegt. Diese Verluste sind nicht in den vorgenannten Zahlen zu negativen Zinsen enthalten.

Im Berichtszeitraum wurden Zinserträge aus wertberichtigten finanziellen Vermögenswerten in Höhe von 2,0 Mio. Euro (Vorjahr: 4,2 Mio. Euro) vereinnahmt.

41 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Mio. €	2016	2015
Zuführungen	14,0	2,3
Auflösungen	9,3	1,0
Direktabschreibungen	0,0	0,0
Eingänge auf ausgebuchte Forderungen	0,3	1,1
Insgesamt	4,4	0,2

Nach Aufwendungen für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Vorjahr in Höhe von 0,2 Mio. Euro betragen diese im Geschäftsjahr 4,4 Mio. Euro. Bei den Einzelwertberichtigungen ergaben sich Neubildungen von 12,7 Mio. Euro sowie Auflösungen von 8,3 Mio. Euro. Aus Eingängen auf abgeschriebene Forderungen erzi-

ten wir Erträge in Höhe von 0,3 Mio. Euro. Bei den Portfoliowertberichtigungen ergab sich eine Nettozuführung von 0,3 Mio. Euro. Der Risikovorsorgebedarf ist damit im Vergleich zum sehr niedrigen Vorjahreswert, wie prognostiziert, etwas höher ausgefallen.

42 Provisionsüberschuss

in Mio. €	2016	2015
Wertpapiertransaktionsgeschäft	116,3	117,2
Wertpapierbestandsgeschäft	106,8	105,0
Asset Management/Vermögensverwaltung	75,2	77,7
Devisengeschäft	68,4	63,8
Kreditgeschäft	47,5	24,0
Capital Financing	29,7	24,1
Zahlungsverkehr In-/Ausland	24,8	23,3
Sonstige Dienstleistungen	6,0	6,1
Insgesamt	474,7	441,2

Den Provisionsüberschuss konnten wir erneut um beachtliche 7,6 % oder 33,5 Mio. Euro auf 474,7 Mio. Euro (Vorjahr: 441,2 Mio. Euro) steigern.

Im Transaktionsgeschäft mit Wertpapieren und Finanzinstrumenten erzielten wir ein Provisionsergebnis von 116,3 Mio. Euro (Vorjahr: 117,2 Mio. Euro). Nach dem hohen Anstieg im Vorjahr ist es uns im laufenden Geschäftsjahr gelungen, das Provisionsergebnis nahezu auf Vorjahresniveau zu halten. Unsere institutionellen Kunden haben im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr auf vergleichbarem Niveau alternative Anlageformen genutzt.

Im Wertpapierbestandsgeschäft, in dem wir vor allem unser Ergebnis aus der Fondsverwaltung und dem Depotbankgeschäft zeigen, konnten wir das Ergebnis mit 106,8 Mio. Euro gegenüber dem guten Vorjahresergebnis nochmals leicht erhöhen (Vorjahr: 105,0 Mio. Euro).

Das Provisionsergebnis aus dem Asset Management und der Vermögensverwaltung beläuft sich in einem wettbewerbsintensiven Umfeld auf 75,2 Mio. Euro (Vorjahr: 77,7 Mio. Euro) und ist gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen.

Im Provisionsgeschäft mit Devisen erwirtschafteten wir mit 68,4 Mio. Euro (Vorjahr: 63,8 Mio. Euro) ein um 4,6 Mio. Euro besseres Ergebnis. Hier zeigt sich der weiterhin hohe Absicherungsbedarf unserer Kunden gegen Devisenkursschwankungen im aktuell volatilen Devisenmarktumfeld und die weiterhin zunehmende Zahl an institutionellen wie Firmenkunden, die maßgeschneiderte Lösungen wie das Currency Overlay Management bei der Bank nachfragen.

Das Provisionsergebnis im Kreditgeschäft ist um hervorragende 23,5 Mio. Euro auf 47,5 Mio. Euro (Vorjahr: 24,0 Mio. Euro) gestiegen. Im Geschäftsjahr erzielten wir sehr hohe Erträge im Zusammenhang mit unserer Beteiligung an einigen Refinanzierungsstrukturierungen mit sehr großen Volumina. Darüber hinaus haben sich aber auch in der Breite die Provisionserträge im Kreditgeschäft mit unseren Kunden erfreulich entwickelt.

Das Provisionsergebnis aus Capital Financing steigerten wir um 5,6 Mio. Euro oder 23,2 % auf 29,7 Mio. Euro (Vorjahr: 24,1 Mio. Euro). Der erfreuliche Anstieg ist im Wesentlichen auf Origination Fees im Debt Capital Markets-Geschäft zurückzuführen. Bei der Unterstützung unserer Kunden im Geschäft mit Unternehmensfinanzierungstransaktionen auch mittels Schuldscheindarlehen waren wir auch 2016 wieder erfolgreich.

Im inländischen und ausländischen Zahlungsverkehr sowie im Dokumentengeschäft erzielten wir im Vergleich zum Vorjahr mit 24,8 Mio. Euro wiederum einen leichten Anstieg des Ergebnisses um 1,5 Mio. Euro (Vorjahr: 23,3 Mio. Euro).

43 Handelsergebnis

in Mio. €	2016	2015
Aktien und Aktien-/Indexderivate	38,3	49,1
Renten und Zinsderivate*	27,1	6,0
Devisen	9,9	7,7
Derivate des Bankbuchs	2,3	11,7
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	1,1	0,6
Insgesamt*	78,7	75,1

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 18 erläutert.

Das Handelsergebnis hat sich um 3,6 Mio. Euro auf 78,7 Mio. Euro erhöht (angepasstes Vorjahr: 75,1 Mio. Euro).

Das Ergebnis aus dem Handel mit Aktien und Aktienderivaten in Höhe von 38,3 Mio. Euro im Vergleich zu 49,1 Mio. Euro im Vorjahr ist deutlich zurückgegangen. Neben dem Einbruch der Aktienmärkte zu Beginn 2016 haben besonders der Brexit und der Wahlkampf in den USA zu einer dauerhaften Verunsicherung der Investoren geführt, was sich auch in den geringeren Geschäftsvolumina bei Anlagezertifikaten widerspiegelt. Dieser Effekt konnte entgegen vergangener Jahre, aufgrund nur kurz-

fristiger Volatilitätsspitzen, in einem ansonsten meist seitwärts verlaufenden Markt nicht durch ein vermehrtes Interesse an Tradingprodukten kompensiert werden.

Nach den außergewöhnlichen Marktverwerfungen an den Rentenmärkten im zweiten Quartal des Vorjahres konnten wir 2016 das Ergebnis mit Renten, Geldmarktgeschäften und Zinsderivaten wieder deutlich verbessern. Nach Bereinigung des Vorjahreswertes um die Zinsen aus Geldmarktgeschäften steigerten wir das Ergebnis von 6,0 Mio. Euro auf 27,1 Mio. Euro.

Vor dem Hintergrund des weiterhin hohen Absicherungsbedarfs unserer Kunden gegen Devisenkursschwankungen im aktuell volatilen Devisenmarktumfeld steiger-

ten wir das Ergebnis des Devisenhandels um 2,2 Mio. Euro auf 9,9 Mio. Euro. Das Ergebnis aus den Derivaten des Bankbuchs ist deutlich um 9,4 Mio. Euro auf

2,3 Mio. Euro zurückgegangen. Das Vorjahresergebnis hatte erheblich von der starken Wechselkursabschwächung des Euro gegenüber dem US-Dollar profitiert.

44 Verwaltungsaufwand

in Mio. €	2016	2015
Personalaufwand	355,4	336,1
Löhne und Gehälter	300,0	279,9
Soziale Abgaben	33,8	31,8
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	21,6	24,4
Andere Verwaltungsaufwendungen	195,6	174,3
Abschreibungen auf Sachanlagevermögen und auf Immaterielle Vermögenswerte	16,9	20,0
Insgesamt	567,9	530,4

Beim Verwaltungsaufwand ist ein Anstieg um 37,5 Mio. Euro oder 7,1 % von 530,4 Mio. Euro auf 567,9 Mio. Euro zu verzeichnen.

Der Zuwachs an Mitarbeitern infolge der Wachstumsstrategie macht sich neben den allgemeinen Gehaltssteigerungen im Anstieg des Personalaufwands um 19,3 Mio. Euro auf 355,4 Mio. Euro bemerkbar. Darüber hinaus führte die Anpassung des Wachstumsplans (Strategie „Germany 2020“) und die damit verbundene Fokussierung auf qualitatives Wachstum im Vergleich zum Vorjahr zu höheren einmaligen Personalaufwendungen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich um 21,3 Mio. Euro auf 195,6 Mio. Euro erhöht. Dieser Anstieg ist unter anderem auf die hohen einmaligen Aufwendungen für die beschleunigte Umsetzung der Global Standards der HSBC-Gruppe zurückzuführen,

die dabei helfen werden, Finanzkriminalität besser zu bekämpfen und eine starke nachhaltige Beziehung zu den Kunden auf- beziehungsweise weiter auszubauen.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte betragen 16,9 Mio. Euro und sind im Vergleich zum Vorjahr um 3,1 Mio. Euro zurückgegangen.

Damit beträgt die Aufwand-Ertrag-Relation 70,8 % (Vorjahr: 70,9 %) und entspricht der Prognose des Vorjahres mit knapp über 70 %.

In den Anderen Verwaltungsaufwendungen sind Aufwendungen aus Miet-, Pacht- und Leasingzahlungen in Höhe von 42,5 Mio. Euro (Vorjahr: 39,0 Mio. Euro) enthalten.

45 Ergebnis aus Finanzanlagen

Das Ergebnis aus Finanzanlagen steigerten wir um 9,9 Mio. Euro auf 24,9 Mio. Euro (Vorjahr: 15,0 Mio. Euro). Gewinnen aus dem Abgang von Wertpapieren

sowie aus Zuschreibungen auf Wertpapiere standen sehr geringe Abschreibungen auf Beteiligungen im Immobilienbereich sowie auf Wertpapiere gegenüber.

Die folgende Tabelle verdeutlicht, inwiefern das Veräußerungsergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzanlagen aus der Wertentwicklung der Vorjahre oder aus der des Berichtsjahres resultiert:

in Mio. €	2016	2015
Gewinn- / Verlustrechnung		
Veräußerungsergebnis	20,0	29,6
Ertragsteuern	-5,7	-4,6
Nettoveräußerungsergebnis in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung	14,3	25,0
Entwicklung der Bruttobewertungsreserve für Finanzinstrumente		
Veränderung durch Veräußerung	-19,4	-29,3
davon Wertschwankungen Berichtsjahr	-10,1	5,9
davon Wertschwankungen Vorjahre	-9,3	-35,2
Entwicklung der korrespondierenden Ertragsteuern		
Veränderung durch Veräußerung	-5,7	-4,6
davon Wertschwankungen Berichtsjahr	-3,5	1,5
davon Wertschwankungen Vorjahre	-2,2	-6,1

Die folgende Tabelle zeigt, wie sich die Impairments beziehungsweise Wertaufholungen auf Finanzanlagen entwickelt haben:

in Mio. €	2016	2015
Gewinn- / Verlustrechnung		
Impairments/Wertaufholungen auf Finanzinstrumente	4,9	-14,6
Entwicklung der Bewertungsreserve für Finanzinstrumente		
Veränderung durch Impairments/Wertaufholungen	-5,3	13,2
davon Wertschwankungen Berichtsjahr	-4,0	11,7
davon Wertschwankungen Vorjahre	-1,3	1,5
Entwicklung der korrespondierenden Ertragsteuern		
Veränderung durch Impairments/Wertaufholungen	-1,8	3,2
davon Wertschwankungen Berichtsjahr	-1,5	2,9
davon Wertschwankungen Vorjahre	-0,3	0,3

46 Sonstiges Ergebnis

in Mio. €	2016	2015
Sonstige betriebliche Erträge	19,2	28,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6,9	13,5
Sonstiges betriebliches Ergebnis	12,3	14,8
Übrige Erträge	0,5	0,3
Übrige Aufwendungen	0,3	0,2
Übriges Ergebnis	0,2	0,1
Sonstiges Ergebnis	12,5	14,9

Das Sonstige betriebliche Ergebnis beträgt 12,3 Mio. Euro (Vorjahr: 14,8 Mio. Euro) und resultiert im Wesentlichen aus den Mieterträgen unserer Immobilien. Darüber hinaus sind im Sonstigen betrieblichen Ergebnis Belastungen aus der Abschreibung einer Immobilie enthalten.

Das Übrige Ergebnis beträgt 0,2 Mio. Euro nach 0,1 Mio. Euro im Vorjahr.

47 Ertragsteuern

in Mio. €	2016	2015
Laufende Steuern	88,8	69,2
davon periodenfremd	3,3	2,1
Latente Steuern aus der Veränderung von zeitlich befristeten Bewertungsdifferenzen	-14,4	-3,9
Latente Steuern aus Änderungen der Steuersätze	0,0	0,0
Insgesamt	74,4	65,3

Der Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr beträgt 74,4 Mio. Euro und ist im Vergleich zum Vorjahr um 9,1 Mio. Euro angestiegen. Der Anstieg ist vor allem zurückzuführen auf die im Vorjahr enthaltenen hohen

Erträge aus der Veräußerung von Fondsanteilen, die einem reduzierten Steuersatz unterliegen. Daraus ergibt sich eine Steuerquote von 32,4 % nach 30,0 % im Vorjahr.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Beziehung zwischen den aus dem Jahresüberschuss vor Steuern abgeleiteten Ertragsteuern und dem tatsächlichen Ertragsteuerausweis dar:

in Mio. €	2016	2015
Jahresüberschuss vor Steuern	229,9	217,4
Ertragsteuersatz (%)	31,4	31,4
Abgeleitete Ertragsteuern aus dem Jahresüberschuss vor Steuern	72,2	68,3
Steuersatzdifferenz auf Ergebnisse ausländischer Gesellschaften	0,0	0,0
Effekt aus nicht genutzten Verlustvorträgen	0,0	0,0
Steuern für Vorjahre	3,3	2,1
Körperschaftsteuerliche Modifikationen	2,4	10,7
Gewerbesteuerliche Modifikationen	1,0	0,9
Steuerfreie Beteiligungserträge	-2,1	-12,4
Übrige	-2,4	-4,3
Ausgewiesene Ertragsteuern	74,4	65,3

48 Gewinn-und-Verlust-Rechnung nach Bewertungskategorien

Die folgende Übersicht beinhaltet zum einen die Zinserträge/-aufwendungen sowie die Provisionserträge/-aufwendungen für jede Bewertungskategorie. Zum anderen sind ihr die Nettogewinne beziehungsweise Nettoverluste für jede Bewertungskategorie von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlich-

keiten nach IAS 39 zu entnehmen. Bei den Nettogewinnen/Nettoverlusten aus dem Handelsergebnis und dem Sonstigen Ergebnis handelt es sich um eine saldierte Ergebnisgröße, die sich aus erfolgswirksamen Marktwertänderungen, Abgängen von Finanzinstrumenten, Wertminderungen sowie gegebenenfalls Fremdwährungseinflüssen zusammensetzt. Das Ergebnis aus Finanzanlagen ist ebenfalls eine saldierte Ergebnisgröße, wobei Wertminderungen separat aufgeführt werden.

Bewertungskategorie	Loans and Receivables	Held for Trading	Derivate in Sicherungsbeziehungen	Available for Sale-Bestand	Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	Sonstiges	Summe
31.12.2016							
in Mio. €							
Zinsergebnis							
Zinserträge	184,8	0,0	0,0	87,2	14,9	9,9	296,8
Zinsaufwendungen	-9,4	0,0	-30,9	0,0	-42,9	-2,2	-85,4
Provisionsergebnis							
Provisionserträge	51,5	0,8	0,0	0,0	0,0	616,8	669,1
Provisionsaufwendungen	-4,0	-3,3	0,0	0,0	0,0	-187,1	-194,4
Handelsergebnis	0,7	76,9	-2,3	3,4	0,0	0,0	78,7
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	20,0	0,0	0,0	20,0
Sonstiges Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	12,5	12,5
Impairments							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	-3,2	-4,4
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	4,9	0,0	0,0	4,9
Insgesamt	222,4	74,4	-33,2	115,5	-28,0	446,7	797,8

Bewertungskategorie	Loans and Receivables	Held for Trading	Derivate in Sicherungsbeziehungen	Available for Sale-Bestand	Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	Sonstiges	Summe
31.12.2015							
in Mio. €							
Zinsergebnis*							
Zinserträge*	159,6	0,0	0,0	101,0	0,2	13,1	273,9
Zinsaufwendungen*	-2,7	0,0	-29,0	0,0	-38,2	-2,3	-72,2
Provisionsergebnis							
Provisionserträge*	27,7	0,8	0,0	0,0	0,0	613,8	642,3
Provisionsaufwendungen*	-3,8	-2,8	0,0	0,0	0,0	-194,5	-201,1
Handelsergebnis*	0,0	65,0	10,9	-0,8	0,0	0,0	75,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	29,6	0,0	0,0	29,6
Sonstiges Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	14,9	14,9
Impairments							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1,9	0,0	0,0	0,0	0,0	-2,1	-0,2
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	-14,6	0,0	0,0	-14,6
Insgesamt	182,7	63,0	-18,1	115,2	-38,0	442,9	747,7

* Vorjahreswerte angepasst. Die Änderungen sind in Note 18 erläutert.

49 Ergebnis je Aktie

	2016	2015
Angepasster Jahresüberschuss in Mio. €	154,9	152,1
Anzahl der durchschnittlich im Umlauf befindlichen Aktien in Mio. Stück	34,1	34,1
Ergebnis je Aktie in €	4,54	4,46
Unverwässertes Ergebnis je Aktie in €	4,54	4,46

Beim angepassten Jahresüberschuss werden die Zinsen aus dem zusätzlichen Kernkapital vom Jahresüberschuss abgezogen, um das den Stammaktionären zuzuordnende Ergebnis je Aktie zu ermitteln.

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung die Ausschüttung einer Dividende von 2,50 Euro je Aktie (Vorjahr: 2,50 Euro je Aktie) vor.

Zum Geschäftsjahresende 2016 standen – wie zum Vorjahresende – keine Bezugsrechte aus. Ein Verwässerungseffekt war somit nicht zu ermitteln.

Sonstige Angaben

50 Angaben zur Kapitalflussrechnung

IAS 7 fordert als branchenübergreifende Vorschrift, eine Kapitalflussrechnung zu erstellen. Ihre Bedeutung als Informationsinstrument in Jahresabschlüssen von Kreditinstituten ist jedoch relativ gering. Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung der Zahlungsmittel des Konzerns nach Zu- und Abflüssen im Verlauf des Geschäftsjahres.

Bei den Zahlungsvorgängen des Geschäftsjahres wird zwischen Zahlungsströmen aus operativer, investiver und finanzierender Tätigkeit unterschieden.

Die Sammelposition „Sonstige Anpassungen (per saldo)“ enthält als Bestandteil der Kapitalflussrechnung im Wesentlichen folgende Faktoren: die Nettoveränderung der latenten Steuern, die Veränderung der Steuererstattungsansprüche sowie gezahlte Ertragsteuern und erhaltene Zinsen und Dividenden abzüglich gezahlter Zinsen.

Zahlungsmittel

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand in Höhe von 1.107,3 Mio. Euro (Vorjahr: 690,2 Mio. Euro) entspricht wie im Vorjahr dem Bilanzposten Barreserve, der sich aus dem Kassenbestand und dem Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt. Die Zahlungsmittel bestehen nahezu ausschließlich in Euro. Wesentliche Bewertungseffekte aus Wechselkursänderungen waren nicht zu berücksichtigen.

Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit

Die Zahlungsströme aus dem operativen Geschäft werden für den Konzern nach der indirekten Methode dargestellt, nach der sie aus dem Jahresüberschuss abgeleitet werden.

Der Jahresüberschuss des Konzerns nach Steuern in Höhe von 155,5 Mio. Euro (Vorjahr: 152,1 Mio. Euro) bildet die Ausgangsgröße für die Kapitalflussrechnung. Der als Zwischensumme ausgewiesene Bruttocashflow von 95,4 Mio. Euro (Vorjahr: 121,7 Mio. Euro) zeigt den betrieblichen Einnahmenüberschuss vor jeglicher Kapitalbindung. Im Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit sind zusätzlich die Veränderungen der operativen Mittel berücksichtigt.

Cashflow aus Investitionstätigkeit

Im Geschäftsjahr 2016 wurden für den Erwerb von Sachanlagevermögen 31,1 Mio. Euro aufgewendet (Vorjahr: 31,0 Mio. Euro). Aus Verkäufen von Sachanlagen flossen dem Konzern 1,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1,4 Mio. Euro) zu. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ergab sich aus dem Kauf und Verkauf von Finanzanlagen mit Beteiligungscharakter ein Zahlungseingang von netto 5,9 Mio. Euro (Vorjahr: 18,3 Mio. Euro).

Cashflow aus Finanzierungstätigkeit

Als Bestandteil des Cashflows aus Finanzierungstätigkeit hat die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG im Berichtsjahr 85,2 Mio. Euro Dividende für das Geschäftsjahr 2015 gezahlt (Vorjahr: 70,3 Mio. Euro). Des Weiteren kam es zu Mittelveränderungen durch die Aufnahme zusätzlichen Kernkapitals in Höhe von 235,0 Mio. Euro und durch die Reduzierung des Nachrangkapitals um 20,2 Mio. Euro wegen fälliger Schuldscheindarlehen.

51 Geschäftssegmente

Die nach IFRS 8 erstellte Segmentberichterstattung des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns liefert den Jahresabschlussadressaten Informationen über die Ertrags-, Wachstums- und Risikoquellen einzelner Segmente und soll sie in die Lage versetzen, die wirtschaftliche Leistung des Konzerns differenzierter zu beurteilen. Die Basis der Segmentberichterstattung des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns bilden die Ergebnisbeitragsrechnung und die Lines of Business-Rechnung (LoB-Rechnung) als wesentliche Bestandteile des Management-Informationssystem (MIS). Beide Controlling-Instrumente fungieren als zentrale Steuerungs- und Kontrollinstrumente der Bank und bilden die Organisationsstruktur des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns nach Unternehmensbereichen ab.

Die Bank unterteilt sich in die Segmente Private Banking & Asset Management (PB&AM), Commercial Banking (CMB), Global Banking & Markets (GB & M) sowie Central/Konsolidierung.

Commercial Banking verantwortet das Geschäft mit den Firmenkunden des Mittelstands. Außer verschiedenen Kredit- und Einlageprodukten bieten wir einen umfassenden Zahlungsverkehrsservice im In- und Ausland (Payments and Cash Management) sowie anspruchsvolle Spezialdienstleistungen wie Zins- und Währungsmanagement und das Auslandsgeschäft in Zusammenarbeit mit der HSBC-Gruppe.

Neben der Betreuung der großen internationalen Firmenkunden und der institutionellen Kunden umfasst Global Banking & Markets die Capital Financing- und die Markets-Aktivitäten sowie HSBC Securities Services. Zusätzlich zum Kreditgeschäft und Investment Banking gehört zu Capital Financing hauptsächlich die Origination-Funktion am Primärmarkt, während Markets die Vertriebs- und Handelstätigkeiten für Kapitalmarktprodukte am Sekundärmarkt beinhaltet. HSBC Securities Services umfasst Custody, Clearing und Depotbank-Services sowie die Fondsadministration im Konzern.

Private Banking beinhaltet neben der reinen Vermögensverwaltung und Anlageberatung auch besondere Dienstleistungen wie die Vermögensstrukturberatung, die Testamentsvollstreckung sowie Family Office-Dienstleistungen.

Asset Management beinhaltet die Entwicklung und den Vertrieb von Fonds- und Beratungskonzepten für institutionelle Kunden, Firmenkunden und Finanzintermediäre. Gemeinsam mit den anderen Asset Management-Einheiten der HSBC-Gruppe wird eine leistungsstarke Produktpalette angeboten, die alle relevanten Anlageklassen kompetent abdeckt.

Neben außerordentlichen Sondereffekten, wie infolge der Aufgabe bestimmter Geschäftsaktivitäten in Luxemburg, werden in Central im Wesentlichen nur noch regulatorische Kostenpositionen sowie die Überleitungspositionen gezeigt, die zwischen der Summe aus den drei Kernsegmentergebnissen und dem Gesamtbetrag in den jeweiligen Teilpositionen der Gewinn- und Verlustrechnung bestehen.

Die Zusammenfassung der bisher getrennt ausgewiesenen Bereiche Private Banking und Asset Management zu dem Segment Private Banking & Asset Management folgt der neuen Steuerungssystematik innerhalb von HSBC Deutschland. Das neue Segment enthält erstmalig für 2016 und rückwirkend angepasst für das Vorjahr die Summe der Ergebnisse des Privatkunden- und des Asset Management-Geschäfts, während sich die Inhalte der anderen Sparten Commercial Banking, Global Banking and Markets und Central nicht verändert haben.

Die Segmentierung nach operativen Geschäftsfeldern stellt sich für die Jahre 2016 und 2015 wie folgt dar:

in Mio. €		PB & AM	CMB	GB & M	Central / Konsoli- dierung	Insgesamt
Zinsüberschuss*	2016	12,0	113,7	86,3	-0,6	211,4
	2015	16,9	95,2	90,2	-0,6	201,7
Risikovorsorge	2016	-0,1	6,2	-0,9	-0,8	4,4
	2015	0,8	0,8	-0,2	-1,2	0,2
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	2016	12,1	107,5	87,2	0,2	207,0
	2015	16,1	94,4	90,4	0,6	201,5
Ergebnis aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen	2016	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	2015	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1
Provisionsüberschuss	2016	89,6	60,5	323,1	1,5	474,7
	2015	98,4	53,0	290,0	-0,2	441,2
Operatives Handelsergebnis*	2016	0,2	-1,5	75,6	2,1	76,4
	2015	-0,5	1,2	61,2	1,4	63,3
Erträge nach Risikovorsorge	2016	101,9	166,5	485,9	3,8	758,1
	2015	114,0	148,6	441,7	1,8	706,1
Verwaltungsaufwand	2016	82,5	114,1	346,9	24,4	567,9
	2015	81,8	97,2	324,7	26,7	530,4
davon Abschreibung und Amortisation	2016	0,9	1,2	2,4	12,4	16,9
	2015	1,1	1,2	2,6	15,1	20,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	2016	3,4	5,6	15,9	0,0	24,9
	2015	2,4	3,2	9,4	0,0	15,0
Ergebnis aus Derivaten des Bankbuchs	2016	0,4	0,5	1,5	-0,1	2,3
	2015	1,6	2,0	6,1	2,1	11,8
Sonstiges Ergebnis	2016	4,2	3,5	10,8	-6,0	12,5
	2015	2,4	2,9	9,4	0,2	14,9
Jahresüberschuss vor Steuern	2016	27,4	62,0	167,2	-26,7	229,9
	2015	38,6	59,5	141,9	-22,6	217,4
Steueraufwand	2016	8,6	19,5	52,5	-6,2	74,4
	2015	12,1	18,7	44,6	-10,1	65,3
Jahresüberschuss	2016	18,8	42,5	114,7	-20,5	155,5
	2015	26,5	40,8	97,3	-12,5	152,1
Veränderung zum Vorjahr in %		-29,1	4,2	17,9	-64,0	2,2

* Vorjahreswerte angepasst. Die Änderungen sind in Note 18 erläutert.

Der moderate Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat sich 2016 fortgesetzt, hauptsächlich bedingt durch die robuste Binnennachfrage aufgrund der günstigen Arbeitsmarktsituation und der hohen Reallohnsteigerungen sowie durch die Konjunkturimpulse aus dem niedrig bewerteten Euro und den zusätzlichen Ausgaben zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms. Die Unsicherheit bezüglich der Aussichten für die zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft durch den Brexit und die Neuwahl des amerikanischen Präsidenten hat bei vielen Marktteilnehmern zu einer gewissen Zurückhaltung und zur Bevorzugung von Fixed Income- gegenüber Aktienanlagen geführt. Neben der anhaltenden Niedrigzinspolitik der EZB mit negativen Einlagezinssätzen wirkten sich die in diesem Jahr ganzjährig angefallenen Kosten aufgrund unserer Wachstumsstrategie aus. Hinzu kamen die unverändert hohen Aufwendungen für die Umsetzung regulatorischer Anforderungen sowie die beschleunigte Umsetzung der Global Standards der HSBC-Gruppe zur Bekämpfung der Finanzkriminalität. Die Verbesserung des Jahresüberschusses vor Steuern unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen belegt die Ausgewogenheit und Stabilität des kundenorientierten Geschäftsmodells der Bank.

Der nachhaltige Erfolg der Wachstumsstrategie im Geschäft mit international tätigen Firmenkunden sowie die ebenfalls starke Position der Bank im Geschäft mit institutionellen Kunden und dem Public Sector trugen maßgeblich zur Ausweitung der Ergebnisse in den Segmenten Global Banking & Markets und Commercial Banking im Vorjahresvergleich bei. Das von dem ungünstigen Marktumfeld im Zins- und Anlagebereich am stärksten betroffene Segment Private Banking & Asset Management konnte dagegen sein Vorjahresergebnis nicht wiederholen. In Central werden im Wesentlichen nur noch regulatorische Kosten und andere nicht genau den Geschäftssegmenten zuzurechnende Aufwendungen gezeigt.

Im Zuge der immer stärker intensivierten Zusammenarbeit innerhalb der HSBC-Gruppe erzielte das Segment Global Banking and Markets die stärkste Ergebnisverbesserung in der Bank, insbesondere durch hohe Kreditprovisionen für die Finanzierung sehr großer Unternehmensübernahmen und Exportgeschäfte in enger Zusammenarbeit mit der HSBC-Gruppe. Zusätzlich konnten der Geldhandel und der kundennahe Fixed Income-Handel die weiteren Marktzinssenkungen zu deutlichen Ergebnisverbesserungen nutzen. Sehr erfolgreich agierte Glo-

bal Banking and Markets ebenso im Kundengeschäft bei der Generierung und Platzierung von Fixed Income-Produkten.

Die Erfolge der Wachstumsinitiative im Commercial Banking schlugen sich in der weiteren, überwiegend volumenbedingten Ausweitung der Zins- und Provisionserlöse im Kredit- und Devisengeschäft nieder. Sie reichten aus, um die Aufstockung der Risikovorsorge und die margenbedingt rückläufigen Erlöse beim Zinsergebnis aus Sichteinlagen infolge der Marktzinssenkungen durch die EZB zu übertreffen. Beide Segmente, sowohl das Commercial Banking als auch Global Banking and Markets, waren mit ihren Erlöszuwächsen in der Lage, ihre jeweiligen strategiekonform höheren Personal- und Sachaufwendungen mehr als auszugleichen.

Besonders nachteilig beeinflusst von der ungünstigen Zinssituation wurde das Segment Private Banking & Asset Management durch den Verzicht auf die Weitergabe der negativen Marktzinsen der EZB an die privaten Kunden. Trotz des nahezu unveränderten Verwaltungsaufwands gelang es Private Banking & Asset Management nicht, die margenbedingt rückläufigen Zinsergebnisse aus Sichteinlagen durch wachsende Provisionsergebnisse aus Transaktionen oder Fees in der Vermögensverwaltung sowie im Fondsgeschäft in dem durch die Zurückhaltung vieler Marktteilnehmer geprägten Marktumfeld aufzufangen.

Neben den zusätzlichen Aufwendungen für die Umsetzung und Kontrolle der regulatorischen Vorgaben der Aufsichtsbehörden und der HSBC-Gruppe resultierten die höheren Personal- und Sachkosten in diesem Jahr hauptsächlich aus den im Vorjahr vorgenommenen und in diesem Jahr voll kostenwirksam gewordenen Maßnahmen zur Weiterführung der Wachstumsinitiative. Hierzu zählten insbesondere Investitionen sowohl in zusätzliche Mitarbeiter als auch in die räumliche und technische Infrastruktur zum Ausbau der vier neuen Niederlassungen. Zusätzlich erfolgten Ausgaben für die Erweiterung der Middle- und Back-Office-Bereiche der Bank zur Sicherstellung einer unverändert hohen Qualität in der Geschäftsabwicklung und der Umsetzung der Global Standards von HSBC im Kundengeschäft.

Die Segmenterträge sind in Zins-, Provisions- und Handelsergebnisse unterteilt. Der Verwaltungsaufwand wird den Bereichen so weit wie möglich verursachungsgerecht zugeordnet.

		PB&AM	CMB	GB&M	Central / Konsoli- dierung	Ins- gesamt	Über- leitung	Stichtag
Aufwand-Ertrag-Relation in %	2016	75,1	62,6	67,6	0,0	70,8	0,0	70,8
	2015	67,5	61,7	69,6	0,0	70,9	0,0	70,9
Vermögen* in Mio. €	2016	436,1	6.005,1	8.953,9	6.893,7	22.288,8	796,0	23.084,8
	2015	406,9	5.093,8	10.262,1	6.537,8	22.300,6	-630,1	21.670,5
Schulden* in Mio. €	2016	2.584,0	4.856,2	9.158,6	4.798,3	21.397,1	-1.207,1	20.190,0
	2015	2.343,0	4.605,9	9.162,2	5.003,0	21.114,1	-2.025,2	19.088,9
Anrechnungspflichtige Risikopositionen* in Mio. €	2016	590,0	7.174,0	6.643,0	1.827,8	16.234,8	-621,1	15.613,7
	2015	596,0	7.010,0	5.656,0	2.380,9	15.642,9	228,6	15.871,5
Zugeordnetes bilanzielles Eigenkapital* in Mio. €	2016	159,0	767,4	714,3	382,3	2.023,0	217,0	2.240,0
	2015	159,6	751,0	615,6	342,7	1.868,9	80,9	1.949,8
Mitarbeiter	2016	451	546	1.818	17	2.832	0	2.832
	2015	453	552	1.772	16	2.793	0	2.793
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %	2016	17,2	8,1	23,4	0,0	11,8	0,0	11,8
	2015	24,2	7,9	23,1	0,0	11,7	0,0	11,7

* Jahresdurchschnitt

Die Positionen Vermögen, Schulden und anrechnungspflichtige Positionen basieren auf Durchschnittswerten des Management-Informationssystems der Bank. Die Unterschiede zu den Stichtagswerten per Jahresresultimo werden in der Überleitungsspalte ausgewiesen.

Die Aufwand-Ertrag-Relation ist das Maß der Kosteneffizienz der Segmente. Obwohl nach wie vor Vorlaufkosten für den Geschäftsausbau angefallen beziehungsweise 2016 erstmals vollständig kostenwirksam geworden sind, ist diese Kennziffer im Vorjahresvergleich nahezu unverändert geblieben. Erfolge der Strategie „Germany 2020“ auf der Erlösseite zeigen sich 2016 in den Segmenten Global Banking and Markets und Commercial Banking, deren Aufwand-Ertrag-Relation nicht stark verändert sind. Trotz strikter Kostendisziplin führte der Erlösrückgang unter den ungünstigen Marktgegebenheiten im Private Banking & Asset Management zu der deutlichen Erhöhung der Aufwand-Ertrag-Relation.

Die Eigenkapitalausstattung der operativen Segmente setzt sich zusammen aus einem Sockelbetrag, der jedem Segment zugeordnet ist, sowie einem Zuschlag, dessen Höhe von den Risikoaktiva abhängt. Diese sind im Private Banking & Asset Management fast unverändert geblieben, während sie insbesondere in Global Banking & Markets deutlich zunehmen.

Die Zuordnung von Aktiva, Passiva, Risikoaktiva und bilanziellem Eigenkapital folgt der Zuordnung der Kunden zu den Segmenten gemäß dem Management-Informationssystem der Bank.

Die nach geografischen Merkmalen gegliederten Ergebnisse der Unternehmensaktivitäten sind im Folgenden dargestellt. Die Segmentzuordnung erfolgt jeweils nach dem Sitz des Konzernunternehmens:

in Mio. €		Deutschland	Luxemburg	Restliche	Insgesamt
	2016	230,4	-0,5	0,0	229,9
Jahresüberschuss vor Steuern	2015	218,9	-1,6	0,1	217,4

Das langfristige Segmentvermögen beläuft sich im Berichtsjahr auf 257,3 Mio. Euro (Vorjahr: 251,7 Mio. Euro) und ist analog zum Vorjahr ausschließlich der Region Deutschland zugeordnet.

52 Bewertungsklassen

Die folgenden Tabellen geben einen Überblick über die Bewertungsklassen in den jeweiligen Bilanzposten:

Aktiva per 31.12.2016 in Mio. €

Bewertungsklasse	Zu fortgeführten Anschaffungs- kosten	Zum Fair Value		Summe
Bewertungskategorie	Loans and Receivables	Held for Trading	Available for Sale-Bestand***	
Barreserve	1.107,3	0,0	0,0	1.107,3
Forderungen an Kreditinstitute	1.255,9	0,0	0,0	1.255,9
Forderungen an Kunden*	8.457,9	0,0	0,0	8.457,9
Handelsaktiva	0,0	6.561,9	0,0	6.561,9
Finanzanlagen	0,0	0,0	5.351,0	5.351,0
Sonstige Finanzinstrumente	27,4	0,0	0,1	27,5
Summe Finanzinstrumente	10.848,5	6.561,9	5.351,1	22.761,5

Passiva per 31.12.2016 in Mio. €

Bewertungsklasse	Zu fortgeführten Anschaffungskosten	Zum Fair Value	Summe
Bewertungskategorie	Sonstige Verbindlichkeiten	Held for Trading	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.786,2	0,0	1.786,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden**	13.623,3	0,0	13.623,3
Verbriefte Verbindlichkeiten****	45,4	0,0	45,4
Handelspassiva	0,0	4.499,8	4.499,8
Nachrangkapital	437,7	0,0	437,7
Sonstige Finanzinstrumente	80,1	0,1	80,2
Summe Finanzinstrumente	15.972,7	4.499,9	20.472,6

* In den Forderungen an Kunden sind im Rahmen des Hedge-Accounting abgebildete Geschäfte mit einem Buchwert von 96,6 Mio. Euro enthalten.

** Die Einlagen unserer Kunden dienen teilweise der Refinanzierung unserer Handelsbereiche.

*** Enthält auch zu Anschaffungskosten bewertete Beteiligungen.

**** In den verbrieften Verbindlichkeiten sind im Rahmen des Hedge Accounting abgebildete Geschäfte mit einem Buchwert von 35,4 Mio. Euro enthalten.

Aktiva per 31.12.2015 in Mio. €

Bewertungsklasse	Zu fortgeführten Anschaffungskosten	Zum Fair Value		Summe
	Loans and Receivables	Held for Trading	Available for Sale-Bestand***	
Barreserve	690,2	0,0	0,0	690,2
Forderungen an Kreditinstitute	1.186,3	0,0	0,0	1.186,3
Forderungen an Kunden *	7.848,0	0,0	0,0	7.848,0
Handelsaktiva	0,0	5.930,5	0,0	5.930,5
Finanzanlagen	0,0	0,0	5.688,6	5.688,6
Sonstige Finanzinstrumente	20,6	0,0	0,0	20,6
Summe Finanzinstrumente	9.745,1	5.930,5	5.688,6	21.364,2

Passiva per 31.12.2015 in Mio. €

Bewertungsklasse	Zu fortgeführten Anschaffungskosten	Zum Fair Value	Summe
	Sonstige Verbindlichkeiten	Held for Trading	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	752,4	0,0	752,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden**	12.928,8	0,0	12.928,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	10,0	0,0	10,0
Handelsspassiva	0,0	5.148,7	5.148,7
Nachrangkapital	458,2	0,0	458,2
Sonstige Finanzinstrumente	71,1	0,3	71,4
Summe Finanzinstrumente	14.220,5	5.149,0	19.369,5

* In den Forderungen an Kunden sind im Rahmen des Hedge-Accounting abgebildete Geschäfte mit einem Buchwert von 75,9 Mio. Euro enthalten.

** Die Einlagen unserer Kunden dienen teilweise der internen Refinanzierung unserer Handelsbereiche.

*** Enthält auch zu Anschaffungskosten bewertete Beteiligungen.

53 Restlaufzeiten der Finanzinstrumente

Die Restlaufzeiten der nicht derivativen Finanzinstrumente ergeben sich wie folgt:

in Mio. €		12 Mon. –					Gesamt
		< 1 Mon.	1–3 Mon.	3–12 Mon.	4 J.	> 4 J.	
Forderungen an Kreditinstitute	31.12.2016	1.163,8	20,0	50,2	16,4	5,5	1.255,9
	31.12.2015	664,9	326,3	27,6	161,4	6,1	1.186,3
Forderungen an Kunden	31.12.2016	2.552,8	461,5	869,2	3.050,2	1.524,2	8.457,9
	31.12.2015	2.896,4	319,1	721,9	2.896,6	1.014,0	7.848,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und handelbare Forderungen der Handelsaktiva	31.12.2016	61,6	33,4	427,6	1.750,9	1.027,3	3.300,8
	31.12.2015	137,6	46,3	131,5	312,8	2.026,2	2.654,4
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und Schuldscheindarlehen der Finanzanlagen	31.12.2016	673,6	100,9	164,9	2.239,5	2.049,9	5.228,8
	31.12.2015	236,8	95,7	788,4	2.351,7	2.067,8	5.540,4
Insgesamt	31.12.2016	4.451,8	615,8	1.511,9	7.057,0	4.606,9	18.243,4
	31.12.2015	3.935,7	787,4	1.669,4	5.722,5	5.114,1	17.229,1

in Mio. €		12 Mon. –					Gesamt
		< 1 Mon.	1–3 Mon.	3–12 Mon.	4 J.	> 4 J.	
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	31.12.2016	715,4	9,5	0,0	871,4	189,9	1.786,2
	31.12.2015	570,0	0,0	0,0	88,4	94,0	752,4
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	31.12.2016	11.034,8	335,1	265,6	1.971,5	16,3	13.623,3
	31.12.2015	12.252,1	332,9	286,3	53,2	4,3	12.928,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	31.12.2016	0,0	10,0	0,0	0,0	35,4	45,4
	31.12.2015	0,0	0,0	0,0	10,0	0,0	10,0
Schuldscheindarlehen, Schuldverschreibungen, Zertifikate und Optionsscheine der Handelspassiva	31.12.2016	327,8	207,7	751,6	241,5	792,0	2.320,6
	31.12.2015	343,9	212,1	832,7	395,2	919,8	2.703,7
Nachrangkapital	31.12.2016	25,1	0,0	30,0	187,0	195,6	437,7
	31.12.2015	0,1	0,3	44,6	88,3	324,9	458,2
Insgesamt	31.12.2016	12.103,1	562,3	1.047,2	3.271,4	1.229,2	18.213,2
	31.12.2015	13.166,1	545,3	1.163,6	635,1	1.343,0	16.853,1

54 Fair Value der Finanzinstrumente

Der Fair Value gemäß IFRS ist der Preis, der bei der Veräußerung eines Vermögenswerts oder bei der Übertragung einer Verbindlichkeit im Rahmen einer gewöhnlichen Transaktion zwischen Marktteilnehmern am Bewertungsstichtag erhalten beziehungsweise gezahlt würde. Somit basiert das Fair Value-Konzept auf einer hypothetischen Transaktion am Bewertungsstichtag. Aufgrund der Orientierung an repräsentativen Marktteilnehmern ist von unternehmensindividuellen Annahmen bei der Fair Value-Bewertung zu abstrahieren. Nach der Festlegung des Bewertungsobjekts, das einem einzelnen finanziellen Vermögenswert beziehungsweise einer einzelnen finanziellen Verbindlichkeit entspricht, erfolgt die Bestimmung des Hauptmarkts. Dieser entspricht dem Markt mit dem größten Handelsvolumen und der höchsten Marktaktivität für das Bewertungsobjekt. Bei der Bestimmung des Hauptmarkts sind alle Informationen berücksichtigt, die ohne unverhältnismäßigen Aufwand zugänglich sind. Bei der Auswahl geeigneter Bewertungsverfahren und -methoden sind möglichst viele relevante beobachtbare Inputfaktoren berücksichtigt. Anhand der Herkunft der verwendeten Inputfaktoren werden in der Fair Value-Hierarchie drei Levels unterschieden.

Die drei vom IFRS 13 vorgesehenen Fair Value-Levels lassen sich anhand der für die Bewertung verwendeten Inputfaktoren unterscheiden.

Sofern die Bewertung anhand von nicht angepassten quotierten Preisen auf aktiven Märkten für identische Finanzinstrumente basiert, erfolgt die Zuordnung zu Level 1.

Eine Zuordnung zu Level 2 ergibt sich, wenn direkt oder indirekt am Markt beobachtbare Inputfaktoren in die Bewertung eingehen, die nicht Level 1 zuzuordnen sind. Eine Einstufung des gesamten Fair Value in Level 2 setzt voraus, dass alle signifikanten Inputfaktoren für das Bewertungsverfahren beobachtbar sind.

Eine Klassifizierung in Level 3 wird vorgenommen, falls wesentliche nicht am Markt beobachtbare Parameter in die Bewertung eingehen.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für die in signifikantem Umfang Managemententscheidungen erforderlich sind, werden identifiziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet.

Für die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind nur in geringem Umfang Einschätzungen des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstru-

mente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter aus aktiven Märkten stammen.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzung durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen zumindest ein wesentlicher Eingangsparameter nicht beobachtbar ist. Die Auswahl und die Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management.

Wertanpassungen sind ein integraler Bestandteil des Prozesses zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts, bei dem Einschätzungen getroffen werden müssen. Wertanpassungen des beizulegenden Zeitwerts (Fair Value) werden im HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern vorgenommen, wenn es wertbeeinflussende Sachverhalte gibt, von denen Marktteilnehmer erwarten würden, dass diese in die Fair Value-Ermittlung einbezogen wurden, die aber nicht unmittelbar im Bewertungsmodell berücksichtigt sind. Für die Ermittlung angemessener Wertanpassungen wendet der Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Geld-/Briefspannen, Liquidität, Kontrahentenrisiko, eigenes Kredit- oder Finanzierungsrisiko berücksichtigen. Die Ermittlung dieser Wertanpassungen erfolgt nicht auf Einzelgeschäfts-, sondern gemäß Steuerungskreis auf Nettobasis.

Wertanpassungen des beizulegenden Zeitwerts zur Berücksichtigung von Kontrahentenrisiken (Credit Valuation Adjustment, CVA), nehmen wir bei OTC-Derivaten vor, um die Wahrscheinlichkeit des Ausfalls unseres Vertragspartners zu berücksichtigen.

Wertanpassungen des beizulegenden Zeitwerts zur Berücksichtigung des Risikos, dass HSBC Deutschland als Vertragspartner ausfällt (Debit Valuation Adjustment, DVA), nehmen wir ebenfalls bei OTC-Derivaten vor, um die Wahrscheinlichkeit des eigenen Ausfalls zu berücksichtigen.

Refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassungen (Funding Fair Value Adjustments, FFVA) sind notwendig, um die vom Markt implizierten Finanzierungskosten bei der Bewertung der nicht besicherten derivativen Positionen zum beizulegenden Zeitwert zu berücksichtigen.

Wesentliche Bewertungsfragen werden im Valuation Committee der Bank behandelt.

Der Bereich Risk Control ist unter anderem für die Fair Value-Bewertungen von Finanzinstrumenten verantwortlich und berichtet in diesem Zusammenhang an den Chief Financial Officer.

Risk Control führt dabei folgende Kontrollen durch:

- Verifizierung von beobachtbaren Preisen
- Plausibilisierung von Modellbewertungen
- Überprüfung und Freigabe neuer Bewertungsmodelle und von Veränderungen bestehender Modelle
- Anpassung an veränderte Inputfaktoren und Gegenüberstellung von Modellergebnissen und beobachtbaren Markttransaktionen
- Analyse und Untersuchung wesentlicher Bewertungsschwankungen
- Verifizierung signifikanter nicht am Markt beobachtbarer Faktoren sowie Plausibilisierung wesentlicher Veränderungen in der Bewertung der als Level 3 klassifizierten Instrumente

Für von Dritten bereitgestellte Informationen wie Preisangebote oder Pricing-Services, die zur Preisfindung herangezogen werden, wird von dem Bereich Risk Control eine Beurteilung vorgenommen, ob solche externen Informationen die qualitativen Anforderungen erfüllen.

Im Vergleich zum 31. Dezember 2015 gab es keine wesentlichen Änderungen der bestehenden Bewertungsverfahren.

Aus den nachfolgenden Übersichten ergibt sich die Zuordnung der zum Fair Value bewerteten Posten zu den Fair Value-Levels.

31.12.2016				Zu Anschaffungskosten bewertet	
in Mio. €	Level 1	Level 2	Level 3		Gesamt
Handelsaktiva	1.381,7	5.153,8	26,4	0,0	6.561,9
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,0	1.534,8	0,0	0,0	1.534,8
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.137,5	0,0	24,0	0,0	1.161,5
Handelbare Forderungen	0,0	1.766,0	0,0	0,0	1.766,0
Positive Marktwerte Derivate	244,2	1.852,7	2,4	0,0	2.099,3
davon zinsbezogene Geschäfte	0,0	973,5	0,0	0,0	973,5
davon währungsbezogene Geschäfte	0,0	862,5	2,1	0,0	864,6
davon aktien-/indexbezogene Geschäfte	244,2	2,7	0,3	0,0	247,2
davon rohwarenbezogene Geschäfte	0,0	14,0	0,0	0,0	14,0
Derivate in Sicherungsbeziehungen	0,0	0,2	0,0	0,0	0,2
Derivate des Bankbuchs	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1
Finanzanlagen	77,5	5.232,8	29,4	11,3	5.351,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,0	5.083,2	6,7	0,0	5.089,9
Investmentanteile	49,8	0,0	0,0	0,0	49,8
Schuldscheindarlehen	0,0	138,9	0,0	0,0	138,9
Beteiligungen	27,7	10,7	22,7	11,3	72,4
Handelspassiva	439,6	3.996,0	64,2	0,0	4.499,8
Schuldscheindarlehen, Schuldverschreibungen, Zertifikate und Optionsscheine	0,0	2.259,3	61,3	0,0	2.320,6
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	6,1	0,0	0,0	0,0	6,1
Negative Marktwerte Derivate	433,5	1.630,1	2,9	0,0	2.066,5
davon zinsbezogene Geschäfte	0,0	760,4	0,0	0,0	760,4
davon währungsbezogene Geschäfte	0,0	853,9	2,1	0,0	856,0
davon aktien-/indexbezogene Geschäfte	433,5	1,8	0,8	0,0	436,1
davon rohwarenbezogene Geschäfte	0,0	14,0	0,0	0,0	14,0
Derivate in Sicherungsbeziehungen	0,0	104,1	0,0	0,0	104,1
Derivate des Bankbuchs	0,0	2,5	0,0	0,0	2,5

31.12.2015					
in Mio. €	Level 1	Level 2	Level 3	Zu Anschaffungskosten bewertet	Gesamt
Handelsaktiva	1.504,1	4.393,5	32,9	0,0	5.930,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,0	1.725,2	0,0	0,0	1.725,2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.129,8	0,0	32,1	0,0	1.161,9
Handelbare Forderungen	0,0	929,2	0,0	0,0	929,2
Positive Marktwerte Derivate	374,3	1.738,0	0,8	0,0	2.113,1
davon zinsbezogene Geschäfte	0,0	953,9	0,8	0,0	954,7
davon währungsbezogene Geschäfte	0,0	770,0	0,0	0,0	770,0
davon aktien-/indexbezogene Geschäfte	374,3	2,9	0,0	0,0	377,2
davon rohwarenbezogene Geschäfte	0,0	11,2	0,0	0,0	11,2
Derivate des Bankbuchs	0,0	1,1	0,0	0,0	1,1
Finanzanlagen	96,5	5.547,3	29,1	15,7	5.688,6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,0	5.384,6	6,2	0,0	5.390,8
Investmentanteile	64,8	0,0	0,0	0,0	64,8
Schuldscheindarlehen	0,0	149,6	0,0	0,0	149,6
Beteiligungen	31,7	13,1	22,9	15,7	83,4
Handelsspassiva	694,8	4.364,6	89,3	0,0	5.148,7
Schuldscheindarlehen, Schuldverschreibungen, Zertifikate und Optionsscheine	0,0	2.625,0	78,7	0,0	2.703,7
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	17,2	0,0	0,0	0,0	17,2
Negative Marktwerte Derivate	677,6	1.621,6	10,6	0,0	2.309,8
davon zinsbezogene Geschäfte	0,0	854,2	0,0	0,0	854,2
davon währungsbezogene Geschäfte	0,0	750,8	0,0	0,0	750,8
davon aktien-/indexbezogene Geschäfte	677,6	5,4	10,6	0,0	693,6
davon rohwarenbezogene Geschäfte	0,0	11,2	0,0	0,0	11,2
Derivate in Sicherungsbeziehungen	0,0	114,0	0,0	0,0	114,0
Derivate des Bankbuchs	0,0	4,0	0,0	0,0	4,0

Aus der folgenden Übersicht ergeben sich die Bewertungsmodelle und -parameter für Derivate und Zertifikate (Level 2). Die Bewertung der sonstigen Geschäfte in Level 2 erfolgt mittels der Barwertmethode.

Produktklasse	Produkt	Bewertungsmodell	Wesentliche Bewertungsparameter	
Aktienprodukte	Terminkontrakte	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze	
	Europ. Plain Vanilla-Optionen	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen	
	Amerik. Plain Vanilla-Optionen	Finite Differenzen	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen	
	Europ. Quanto-Optionen	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen, Korrelationen	
	Amerik. Quanto-Optionen	Finite Differenzen	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen, Korrelationen	
	Barrier-Optionen	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen	
	Asiatische Optionen	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen	
	Multi Underlying-Optionen	Numerisches Verfahren	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen, Korrelationen	
	Knock-out-Zertifikate	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Dividendenzahlungen	
	Index-Zertifikate	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Dividendenzahlungen	
	Discount-Zertifikate	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen, Korrelationen	
	Bonus-Zertifikate	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen, Korrelationen	
	Express-Zertifikate	Numerisches Verfahren	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen	
	Basket-Zertifikate	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Dividendenzahlungen	
	Faktorzertifikate	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze	
Zinsprodukte	Plain Vanilla-Swaps	Barwertmethode	Zinssätze	
	Exotische Swaps	Analytische Formel	Zinssätze, Volatilitäten	
	Plain Vanilla-Swaptions	Analytische Formel	Zinssätze, Volatilitäten	
	Exotische Swaptions	Baummodell	Zinssätze, Volatilitäten	
	Plain Vanilla Caps, Floors, Collars	Black-Scholes	Zinssätze, Volatilitäten	
	Terminkontrakte	Barwertmethode	Zinssätze	
	Faktorzertifikate	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze	
	Knock-out-Zertifikate	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze	
	Währungsprodukte	Plain Vanilla-Optionen	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten
		Exotische Optionen	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Korrelationen
Devisentermingeschäfte		Barwertmethode	Preis des Basiswerts, Zinssätze	
FX Swaps		Barwertmethode	Preis des Basiswerts, Zinssätze	
Knock-out-Zertifikate		Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze	
Rohwarenprodukte	Plain Vanilla-Optionen	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten	
	Faktorzertifikate	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze	
	Exotische Optionen	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten	

Der Fair Value einiger Finanzinstrumente wird anhand von Bewertungsmodellen berechnet, bei denen mindestens ein die Bewertung signifikant beeinflussender Parameter nicht am Markt beobachtet werden kann (Level 3). Zu diesen Instrumenten zählen unter anderem währungs-

gesicherte Zertifikate (Quanto-Zertifikate), da am Markt Parameter für die Korrelation zwischen dem Underlying und der Fremdwährung nicht quotiert werden, sowie Optionen, deren Bewertung wesentlich von im Markt nicht beobachtbaren Volatilitäten abhängt. Darüber hin-

aus klassifizieren wir auch illiquide Eigenkapitalinvestments sowie Zertifikate, die illiquide Eigenkapitalinstrumente als Underlying haben, in Level 3. Finanzinstrumente, deren Bewertung anhand von Bewertungsmodellen

erfolgt, bei denen jedoch die Ausfallwahrscheinlichkeit des Kontrahenten als wesentlicher Bewertungsparameter nicht am Markt beobachtbar ist, werden ebenfalls Level 3 zugeordnet.

31.12.2016	Fair Value Handelsaktiva (in Mio. €)	Fair Value Handelspassiva (in Mio. €)	Fair Value Finanzanlagen (in Mio. €)	Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne des Unsicherheitsintervalls (in Mio. €)	Bandbreiten der Schätzungen für nicht beobachtbare Inputfaktoren
Illiquide Eigenkapitalinstrumente/Private Equity-Zertifikate	24,0	24,0		Modifiziertes Substanzwertverfahren	-	0,0 bis 0,0	-5 bis 5 % Kursänderung
FX-Optionen	2,1	2,1		Analytischer Black-Scholes-Ansatz	FX-Volatilität	0,0 bis 0,0	95% Konfidenzintervall bezogen auf Durchschnittspreise für nicht beobachtbare Volatilitäten
Illiquide Eigenkapitalinstrumente			22,7	Modifiziertes Substanzwertverfahren	-	-1,1 bis 1,1	-5 bis 5 % Kursänderung
Illiquide Fremdkapitalinstrumente			6,7	Barwertmethode	Credit Spread	-0,1 bis 0,1	-10 bis 10 % Credit Spread-Änderung
Volatilitätsabhängige Optionen		13,1		Analytischer Black-Scholes-Ansatz	Volatilität	-0,1 bis 0,1	9 bis 50 % (29%)
Währungsgesicherte Zertifikate	0,3	25,0		Analytischer Black-Scholes-Ansatz	Korrelation zwischen den Underlyings	-0,0 bis 0,0	-62 bis 10 % (-19%)

31.12.2015	Fair Value Handelsaktiva (in Mio. €)	Fair Value Handelspassiva (in Mio. €)	Fair Value Finanzanlagen (in Mio. €)	Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne des Unsicherheitsintervalls (in Mio. €)	Bandbreiten der Schätzungen für nicht beobachtbare Inputfaktoren
Illiquide Eigenkapitalinstrumente/Private Equity-Zertifikate	32,1	32,1		Modifiziertes Substanzwertverfahren	-	0,0 bis 0,0	-5 bis 5 % Kursänderung
OTC-Derivate	0,8			Barwertmethode	Credit Spread	-0,2 bis 0,0	0 bis 149 % (92%)
Illiquide Eigenkapitalinstrumente			22,9	Modifiziertes Substanzwertverfahren	-	-1,1 bis 1,1	-5 bis 5 % Kursänderung
Illiquide Fremdkapitalinstrumente			6,2	Barwertmethode	Credit Spread	-0,2 bis 0,2	-10 bis 10 % Credit Spread-Änderung
Volatilitätsabhängige Optionen		42,6		Analytischer Black-Scholes-Ansatz	Volatilität	-0,1 bis 0,1	18 bis 43 % (29%)
Währungsgesicherte Zertifikate		14,6		Analytischer Black-Scholes-Ansatz	Korrelation zwischen den Underlyings	0,0 bis 0,0	-73 bis 33 % (-18%)

Bei korrelationsabhängigen währungsgesicherten Zertifikaten, zu deren Bewertung eine nicht am Markt beobachtbare Korrelation benötigt wird, ermittelt sich die Spanne des Unsicherheitsintervalls durch das Shiften der geschätzten Korrelationen um +/- 10 %. Die Spanne des Unsicherheitsintervalls bei volatilitätsabhängigen Optionen ergibt sich aus dem Shift der Volatilität der Underlyings. Die Auslenkung der Volatilität beträgt bis zu +/- 2 %. Bei nicht derivativen Finanzinstrumenten wird die Bandbreite der Schätzung durch eine Änderung des

Credit Spreads um +/- 10 % ermittelt. Für die in den Handelsaktiva ausgewiesenen OTC-Derivate, bei denen die Ausfallwahrscheinlichkeit des Kontrahenten auf Basis interner Verfahren ermittelt wird, leiten wir die Spanne des Unsicherheitsintervalls durch einen Vergleich mit impliziten Ausfallwahrscheinlichkeiten ab. Soweit FX-Volatilitäten bei FX-Optionen nicht beobachtbar sind, ermitteln wir die Spanne des Unsicherheitsintervalls durch Anwendung eines Konfidenzintervalls von 95 % auf die verfügbaren Durchschnittspreise.

Der Bestand der Level 3-Finanzinstrumente hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Handelspassiva
01.01.2016	32,9	29,1	89,3
Buchwertänderungen			
ergebniswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst	-2,6	0,0	-7,2
ergebnisneutral im Eigenkapital erfasst	0,0	0,3	0,0
Käufe	1,4	0,0	19,5
Emissionen	0,0	0,0	8,0
Verkäufe	0,0	0,0	4,1
Fälligkeiten	4,5	0,0	41,3
Transfers in Level 3	0,0	0,0	0,0
Transfers aus Level 3	0,8	0,0	0,0
31.12.2016	26,4	29,4	64,2

in Mio. €	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Handelspassiva
01.01.2015	36,2	21,3	83,4
Buchwertänderungen			
ergebniswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst	0,5	0,0	-1,0
ergebnisneutral im Eigenkapital erfasst	0,0	1,6	0,0
Käufe	0,0	0,0	4,0
Emissionen	0,0	0,0	16,7
Verkäufe	0,1	0,0	0,3
Fälligkeiten	4,5	0,0	13,4
Transfers in Level 3	0,8	6,2	0,0
Transfers aus Level 3	0,0	0,0	0,0
31.12.2015	32,9	29,1	89,3

Ein Transfer von Level 1 in Level 2 erfolgt, sofern quotierte Preise auf aktiven Märkten für identische Finanzinstrumente nicht mehr vorliegen. Ein solcher Transfer ist zum Beispiel erforderlich, wenn die Marktaktivität in dem jeweiligen Finanzinstrument auf ein niedriges Niveau zurückgegangen ist. Sofern mindestens ein signifikanter Marktparameter bei der Bewertung in Level 2 nicht mehr beobachtbar ist, erfolgt ein Transfer von Level 2 in Level 3.

In der Berichtsperiode wurden weder Level 1-Instrumente in Level 2 umklassifiziert noch wurden Level 2-Instrumente in Level 1 transferiert.

Im Geschäftsjahr wurden keine Level 2-Instrumente (Vorjahr: 7,0 Mio. Euro) in Level 3 umklassifiziert. Umgekehrt wurden in demselben Zeitraum Level 3-Instrumente in Höhe von insgesamt 0,8 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro) in Level 2 transferiert.

Aufgrund der kurzen Laufzeiten beziehungsweise Zinsbindungsfristen für große Teile der finanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten im Geschäft mit Kunden und Kreditinstituten ist bei diesen Posten der Unterschied zwischen Fair Value und Buchwert häufig unwesentlich. Die Unterschiede zwischen Buchwerten und Fair Values ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

in Mio. €	31.12.2016		31.12.2015	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Aktiva				
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	1.256,0	1.256,4	1.186,5	1.187,1
Forderungen an Kunden (brutto)	8.481,0	8.575,2	7.876,2	7.897,0
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.786,2	1.775,7	752,4	752,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.623,3	13.628,6	12.928,8	12.938,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	45,4	45,4	10,0	10,4
Nachrangkapital	437,7	488,0	458,2	495,2

Die Ermittlung der Fair Values für diese Positionen erfolgt mittels der Barwertmethode. Da die Credit Spread-Veränderungen am Markt für diese Positionen regelmäßig nicht beobachtbar sind, erfolgt eine Klassifizierung in Level 3. Die Eventualverbindlichkeiten betragen 2.405,1 Mio. Euro (Vorjahr: 2.310,9 Mio. Euro) und die unwiderruflichen Kreditzusagen 9.356,5 Mio. Euro (Vorjahr: 8.769,6 Mio. Euro).

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Finanzinstrumente, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis

vorliegt und deren beizulegender Zeitwert mit den marktüblichen Bewertungsmodellen nicht verlässlich ermittelt werden kann. Die Bewertung dieser Finanzinstrumente orientiert sich an den Anschaffungskosten unter Einbeziehung gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Anteile an Personengesellschaften oder nicht börsennotierten Kapitalgesellschaften.

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
	Buchwert	Buchwert
Anteile an Personengesellschaften	7,0	7,7
Anteile an – nicht börsennotierten – Kapitalgesellschaften	4,3	8,0
Insgesamt	11,3	15,7

Der Rückgang bei den Anteilen an nicht börsennotierten Kapitalgesellschaften steht in Verbindung mit einer Ausschüttung. Anteile an diesen Gesellschaften wurden wie im Vorjahr nicht veräußert. Derzeit sind auch keine Veräußerungen vorgesehen.

55 Day-1 Profit or Loss

Ein Day-1 Profit or Loss kann für Finanzinstrumente im Handel entstehen, deren Bewertung mit einem internen Modell erfolgt, wobei aber mindestens ein wesentlicher Bewertungsparameter am Markt nicht

beobachtbar ist. Der Day-1 Profit or Loss wird als Differenz des theoretischen Preises zum tatsächlich gehandelten Preis ermittelt.

Der Day-1 Profit or Loss hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

in Mio. €	2016	2015
Stand 01.01.	0,3	0,4
Neugeschäft	0,0	0,1
Erfolgswirksam vereinnahmter Day-1 Profit or Loss	-0,1	-0,2
davon Schließen von Positionen	0,0	-0,1
davon fällig gewordene Transaktionen	-0,1	-0,1
davon beobachtbar gewordene Marktparameter	0,0	0,0
Stand 31.12.	0,2	0,3

56 Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Die aufrechenbaren finanziellen Vermögenswerte oder solche, die einer durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarung beziehungsweise einer ähnlichen Vereinbarung unterliegen, ergeben sich wie folgt:

in Mio. €		Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Auf-gerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	In der Bilanz ausgewiesene finanzielle Vermögenswerte (netto)	In der Bilanz nicht aufgerechnete Beträge		Nettobetrag
					Finanz-instrumente	Barsicherheiten	
31.12.2016	Derivate	2.099,6	0,0	2.099,6	630,7	263,4	1.205,5
31.12.2015	Derivate	2.114,2	0,0	2.114,2	1.215,1	119,8	779,3

Die aufrechenbaren finanziellen Verbindlichkeiten oder solche, die einer durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarung beziehungsweise einer ähnlichen Vereinbarung unterliegen, ergeben sich wie folgt:

in Mio. €		Finanzielle Verbindlichkeiten (brutto)	Auf-gerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	In der Bilanz ausgewiesene finanzielle Verbindlichkeiten (netto)	In der Bilanz nicht aufgerechnete Beträge		Nettobetrag
					Finanz-instrumente	Barsicherheiten	
31.12.2016	Derivate	2.173,1	0,0	2.173,1	630,7	379,4	1.163,0
31.12.2015	Derivate	2.427,8	0,0	2.427,8	1.215,1	137,8	1.074,9

Forderungen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit unseren Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäften haben wir nicht aufgerechnet (vgl. Note 30).

57 Bestände in Fremdwährung

Zum 31. Dezember 2016 betragen die auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände 2.744,8 Mio. Euro (Vorjahr: 2.893,7 Mio. Euro) und die entsprechenden Verbindlichkeiten 3.468,9 Mio. Euro (Vorjahr: 3.359,1 Mio. Euro). US-Dollar-Forderungen und -Verbindlichkeiten haben wie im Vorjahr jeweils den größten Einzelanteil.

58 Derivategeschäfte

Die derivativen Finanzinstrumente setzen wir im Wesentlichen im Kundengeschäft ein; dadurch entstehende offene Positionen versuchen wir mittels individueller Einschätzung der Marktentwicklung gewinnbringend umzusetzen. Die Darstellung des Geschäfts mit Derivaten gemäß § 36 der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute

und Finanzdienstleistungsinstitute folgt den Empfehlungen des Ausschusses für Bilanzierung des Bundesverbands deutscher Banken e.V. Gemäß internationalem Standard stellen die angegebenen Marktwerte die auf die Handelsaktivitäten entfallenden Wiederbeschaffungskosten dar, die bei einem Ausfall aller Kontrahenten entstehen können.

Durchsetzbare Netting-Vereinbarungen bleiben unberücksichtigt. Da bei börsengehandelten Derivaten Adressenausfallrisiken nicht existieren, sind die hierauf entfallenden Marktwerte nicht in die Tabelle für die Marktwerte der Derivate eingegangen.

Gliederung des Derivategeschäfts nach Nominalbeträgen

in Mio. €		Nominalbeträge mit einer Restlaufzeit			Nominalbeträge	
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis zu 5 Jahren	über 5 Jahre	Summe 2016	Summe 2015
OTC-Produkte	FRA's	0,0	0,0	0,0	0,0	18,5
	Zins-Swaps	3.552,7	8.829,6	5.169,9	17.552,2	19.774,6
	Zinsoptionen	1.140,1	4.133,8	215,2	5.489,1	2.481,8
	Termingeschäfte	1.372,2	1.110,0	0,0	2.482,2	1.334,2
Börsenprodukte	Zins-Futures	677,5	0,0	0,0	677,5	1.638,3
	Zinsoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zinsbezogene Geschäfte		6.742,5	14.073,4	5.385,1	26.201,0	25.247,4
OTC-Produkte	Devisentermingeschäfte	48.277,7	2.067,3	0,0	50.345,0	42.437,7
	Cross Currency Swaps	9,4	258,7	138,1	406,2	482,7
	Devisenoptionen	4.810,3	1.637,7	0,0	6.448,0	4.682,0
Währungsbezogene Geschäfte		53.097,4	3.963,7	138,1	57.199,2	47.602,4
OTC-Produkte	Termingeschäfte	236,9	23,8	0,0	260,7	118,4
	Optionen	58,4	0,0	0,0	58,4	39,7
Rohstoffbezogene Geschäfte		295,3	23,8	0,0	319,1	158,1
OTC-Produkte	Termingeschäfte	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Aktien-/Index-Optionen	30,6	0,0	0,0	30,6	31,2
	Equity Swaps	27,9	16,9	12,6	57,4	60,2
Börsenprodukte	Aktien-/Index-Futures	958,7	0,0	0,0	958,7	800,6
	Aktien-/Index-Optionen	5.330,7	2,0	0,0	5.332,7	7.086,3
Aktien- / indexbezogene Geschäfte		6.347,9	18,9	12,6	6.379,4	7.978,3
Finanzderivate insgesamt		66.483,1	18.079,8	5.535,8	90.098,7	80.986,2

Gliederung des Derivategeschäfts nach Marktwerten

in Mio. €		Positive Marktwerte mit einer Restlaufzeit			Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis zu 5 Jahren	über 5 Jahre	Summe 2016	Summe 2015	Summe 2016	Summe 2015
OTC-Produkte	Zins-Swaps	5,2	168,0	621,7	794,9	845,6	672,0	839,1
	Zinsoptionen	0,4	56,5	0,5	57,4	19,7	62,4	30,7
	Termingeschäfte	102,6	18,9	0,0	121,5	89,2	132,6	102,4
Zinsbezogene Geschäfte		108,2	243,4	622,2	973,8	954,5	867,0	972,2
OTC-Produkte	Devisentermingeschäfte	679,0	99,2	0,0	778,2	680,3	769,7	659,9
	Cross Currency Swaps	0,1	26,8	4,4	31,3	51,9	31,2	51,8
	Devisenoptionen	36,7	18,4	0,0	55,1	39,1	55,1	39,1
Währungsbezogene Geschäfte		715,8	144,4	4,4	864,6	771,3	856,0	750,8
OTC-Produkte	Termingeschäfte	8,7	2,1	0,0	10,8	6,4	10,8	6,4
	Optionen	3,2	0,0	0,0	3,2	4,8	3,2	4,8
Rohstoffbezogene Geschäfte		11,9	2,1	0,0	14,0	11,2	14,0	11,2
OTC-Produkte	Termingeschäfte	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0
	Aktien-/Index-Optionen	0,3	0,0	0,0	0,3	2,8	0,9	11,5
	Equity Swaps	1,8	0,4	0,5	2,7	0,1	1,1	4,5
Aktien-/indexbezogene Geschäfte		2,1	0,4	0,5	3,0	2,9	2,6	16,0
Finanzderivate insgesamt		838,0	390,3	627,1	1.855,4	1.739,9	1.739,6	1.750,2

Sicherungsinstrumente

Die Bank verwendet Derivate (Zins-Swaps) auch zur Absicherung von Marktzinsrisiken bei Anleihen und Krediten im Rahmen des Hedge Accountings. Aus diesen

Sicherungsbeziehungen resultieren zum 31. Dezember 2016 positive Marktwerte in Höhe von 0,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro) und negative Marktwerte in Höhe von 104,1 Mio. Euro (Vorjahr: 114,0 Mio. Euro).

Das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen ergibt sich wie folgt:

Gewinne und Verluste in Mio. €	2016	2015
Aus Sicherungsinstrumenten	-4,7	10,9
Aus Grundgeschäften	5,8	-10,3

59 Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	2.405,1	2.310,9
Unwiderrufliche Kreditzusagen	9.356,5	8.769,6
Insgesamt	11.761,6	11.080,5

Der Konzern übernimmt generell im Auftrag seiner Kunden Eventualverbindlichkeiten, die sich im Wesentlichen aus Finanzgarantien und Akkreditiven zusammensetzen. Gemäß diesen Verträgen ist der Konzern verpflichtet, entweder einer Vereinbarung entsprechend zu handeln oder Zahlungen an einen Begünstigten zu leisten, wenn ein Dritter seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der

Konzern kann nicht im Detail wissen, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme aus diesen Haftungsverhältnissen erfolgt.

Die Restlaufzeiten der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen stellen sich wie folgt dar:

in Mio. €	31.12.2016		31.12.2015	
	Eventualverbindlichkeiten	Unwiderrufliche Kreditzusagen	Eventualverbindlichkeiten	Unwiderrufliche Kreditzusagen
< 1 Monat	535,4	103,9	552,0	156,7
1–3 Monate	200,0	133,1	210,7	170,6
3–12 Monate	916,5	781,1	734,1	862,9
12 Monate–5 Jahre	675,8	7.677,1	718,1	7.219,1
> 5 Jahre	77,4	661,3	96,0	360,3
Insgesamt	2.405,1	9.356,5	2.310,9	8.769,6

Die Bank hat die Evidenzzentrale für Kartenzahlungen sowie den Aufbau und den Betrieb einer Kontenevidenzzentrale nach § 24 c KWG an externe Dritte ausgelagert. Die ausgelagerten Bereiche nehmen keinen wesentlichen Einfluss auf die Finanzlage der Bank.

Dieser Teilbetrag der Bankenabgabe beziehungsweise des EDB-Beitrags beträgt 3,8 Mio. Euro (Vorjahr: 2,0 Mio. Euro, vgl. dazu Note „Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände“).

Die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) und die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken (EDB) haben der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG im Rahmen der jeweiligen Jahresbeitragserhebung gestattet, einen Teil des Jahresbeitrags in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsansprüchen (sogenannte unwiderrufliche Zahlungsverpflichtung) zu erbringen.

Die Haftsummen aus Anteilen an Genossenschaften betragen insgesamt 0,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,2 Mio. Euro). Die Genossenschaftsanteile wurden zum 31. Dezember 2016 gekündigt.

Am 31. Dezember 2016 bestehen keine wesentlichen Rechtsstreitigkeiten und damit verbundene Prozessrisiken.

60 Angaben als Leasingnehmer und Leasinggeber

Die Verpflichtungen aus Leasingverträgen (inklusive Miet- und Pachtverträgen) betragen zum Bilanzstichtag 51,7 Mio. Euro (Vorjahr: 58,1 Mio. Euro).

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Bis 1 Jahr	23,6	18,8
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	25,9	35,3
Über 5 Jahre	2,2	4,0
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen insgesamt	51,7	58,1

HSBC Deutschland ist in geringem Umfang Vermieter von Gewerbeimmobilien (Leasinggeber). Aus diesen Verträgen werden in den folgenden Jahren folgende Mindestleasingzahlungen zufließen:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Bis 1 Jahr	1,8	1,6
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	7,1	7,1
Über 5 Jahre	5,1	5,1
Fälligkeiten insgesamt	14,0	13,8

61 Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Für Geschäfte an Terminbörsen und für Wertpapierleihegeschäfte wurden Wertpapiere in Höhe von 808,0 Mio. Euro (Vorjahr: 749,6 Mio. Euro) als Sicherheit hinterlegt. Die Bank hat im Zusammenhang mit längerfristigen Refinanzierungsgeschäften der Zentralbank Sicherheiten in Höhe von 827,3 Mio. Euro (Vorjahr: 10,0 Mio. Euro) gestellt. Im Förderkreditgeschäft dienen Forderungen in Höhe von 234,0 Mio. Euro (Vorjahr: 98,1 Mio. Euro) als Absicherung der Refinanzierung, die die För-

derbanken zur Verfügung stellen. Im Zusammenhang mit der Bankenabgabe hat die Bank Barsicherheiten gegenüber der FMSA in Höhe von 3,8 Mio. Euro (Vorjahr: 2,0 Mio. Euro) gestellt.

Zur Besicherung von Spitzenrefinanzierungsfazilitäten standen zum Bilanzstichtag Finanzinstrumente in Höhe von 3.643,4 Mio. Euro (Vorjahr: 3.987,3 Mio. Euro) zur Verfügung.

62 Treuhandgeschäfte

Als Indikator für das Ausmaß einer potenziellen Haftung aus den nicht in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäften der Bank zeigt die nachfolgende Tabelle das Volumen der treuhänderischen Geschäftstätigkeit:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Treuhandvermögen	112,0	126,7
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0
Beteiligungen	112,0	126,7
Treuhandverbindlichkeiten	112,0	126,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	112,0	126,7

63 Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG stellt sich wie folgt dar:

Gesellschaft	Sitz	Anteil am Gesellschafts- kapital in %	Eigenkapital der Gesell- schaft in Tsd. €	Jahresergebnis 2016 in Tsd. €
Banken und banknahe Gesellschaften				
HSBC Trinkaus & Burkhardt Gesellschaft für Bankbeteiligungen mbH	Düsseldorf	100,0	117.747	0*
HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A.	Luxemburg	100,0	86.659	-486
Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	39.000	0*
HSBC INKA Investment-AG TGV**	Düsseldorf	100,0	1.901	8
HSBC Transaction Services GmbH	Düsseldorf	100,0	15.000	0*
HSBC Trinkaus Family Office GmbH	Düsseldorf	100,0	25	0*
HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH	Düsseldorf	100,0	5.001	0*
HSBC Global Asset Management (Österreich) GmbH***	Wien	100,0	393	33
HSBC Global Asset Management (Switzerland) AG	Zürich	50,0	1.995	379
Gesellschaften mit Sonderauftrag				
HSBC Trinkaus Real Estate GmbH	Düsseldorf	100,0	167	0*
HSBC Trinkaus Immobilien Beteiligungs-KG	Düsseldorf	100,0	3.010	434
Trinkaus Europa Immobilien-Fonds Nr. 3 GmbH	Düsseldorf	100,0	56	4
HSBC Trinkaus Europa Immobilien-Fonds Nr. 5 GmbH	Düsseldorf	100,0	30	5
Trinkaus Immobilien-Fonds Geschäftsführungs-GmbH	Düsseldorf	100,0	22	-1
Trinkaus Canada Immobilien-Fonds Nr.1 Verwaltungs-GmbH	Düsseldorf	100,0	59	9
Trinkaus Australien Immobilien-Fonds Nr. 1 Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	21	-4
Trinkaus Immobilien-Fonds Verwaltungs-GmbH	Düsseldorf	100,0	41	16
Gesellschaft für industrielle Beteiligungen und Finanzierungen mbH	Düsseldorf	100,0	500	0*
Trinkaus Private Equity Management GmbH	Düsseldorf	100,0	949	924
Trinkaus Private Equity Verwaltungs GmbH	Düsseldorf	100,0	29	4
Grundstücksgesellschaften				
Grundstücksgesellschaft Trinkausstraße KG	Düsseldorf	100,0	3.503	1.919
Sonstige Gesellschaften				
HSBC Trinkaus Consult GmbH	Düsseldorf	100,0	255	-3

* Ergebnisabführungsvertrag

** Unternehmensaktien

*** Werte per 31.12.2015

Darüber hinaus hält die Bank 24,9 % an der sino AG, Düsseldorf. Zum 30. September 2015 betrug das Eigenkapital der Gesellschaft 4.581,5 Tsd. Euro und das Jahresergebnis 1.150 Tsd. Euro.

Zum Stichtag bestanden keine für den Konzern wesentlichen Anteile ohne beherrschenden Einfluss.

In Bezug auf die Fähigkeit des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns zum Zugang oder der Nutzung von Vermögenswerten sowie der Begleichung von Verbindlichkeiten von Konzerneinheiten liegen keinerlei maßgebliche Beschränkungen vor.

64 Beziehungen zu nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Bei strukturierten Einheiten handelt es sich um solche, bei denen nicht die Stimmrechte der dominierende Faktor für die Beurteilung der Beherrschung sind. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn Stimmrechte sich nur auf administrative Aufgaben beziehen und die relevanten Aktivitäten durch vertragliche Vereinbarungen gesteuert werden.

Eine strukturierte Einheit weist in der Regel beschränkte Aktivitäten sowie einen engen und genau definierten Unternehmenszweck auf.

Strukturierte Einheiten dienen im HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern dazu, Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögenswerten zu bieten. Sie können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften sowie als Fonds gegründet werden. Dazu gehören im Wesentlichen Immobilienfonds, Private Equity-Fonds sowie Wertpapierfonds. Konzerngesellschaften können die Funktion eines Fondsmanagers, eines Treuhänders oder andere Funktionen ausüben. Darüber hinaus investiert der Konzern in Fonds, die von Dritten aufgelegt wurden.

Strukturierte Einheiten werden im HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern dann konsolidiert, wenn die Beziehung zwischen dem Konzern und der strukturierten Einheit zeigt, dass diese vom Konzern beherrscht wird.

Die strukturierten Unternehmen, die Gegenstand dieser Anhangangabe sind, werden nicht konsolidiert, weil der Konzern keine Beherrschung ausübt.

Der Konzern erzielt Einnahmen aus Management-Vergütungen sowie Erfolgsbeteiligungen für erbrachte Leistungen. Darüber hinaus werden Dividenden und Zinserträge durch die Finanzierung von Teilen der strukturierten Einheiten erzielt.

Die Erträge und Aufwendungen von nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen zum 31. Dezember 2016 lassen sich wie folgt aufgliedern:

31.12.2016 in Mio. €	Wertpapierfonds	Private Equity- Fonds	Immobilienfonds
Ergebnis aus nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen			
Zinsüberschuss	0,1	5,0	2,0
Provisionsüberschuss	0,0	0,0	0,0
Sonstiges Ergebnis	0,0	0,0	0,0

31.12.2015 in Mio. €	Wertpapierfonds	Private Equity- Fonds	Immobilienfonds
Ergebnis aus nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen			
Zinsüberschuss	1,8	5,0	2,5
Provisionsüberschuss	0,0	0,0	0,0
Sonstiges Ergebnis	0,0	0,0	-6,2

Als maximales Ausfallrisiko wird der höchstmögliche Verlust aus den Beziehungen zu den strukturierten Unternehmen verstanden. Das maximale Verlustrisiko aus Vermögenswerten gegenüber nicht konsolidierten strukturierten Einheiten entspricht den aktuellen Buchwerten dieser Positionen nach Risikovorsorge. Für Finanzgarantien und Kreditzusagen ist das maximale Ausfallrisiko der Nominalwert der Zusage. Erhaltene Sicherheiten und andere Risikoreduzierungstechniken werden dabei nicht berücksichtigt.

Die folgenden Tabellen zeigen nach Art der strukturierten Unternehmen (Wertpapierfonds, Private Equity-Fonds und Immobilienfonds) die Buchwerte der Vermögenswerte, das maximale Ausfallrisiko, den Umfang der strukturierten Unternehmen sowie die Verbindlichkeiten des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns gegenüber nicht konsolidierten strukturierten Einheiten:

31.12.2016 in Mio. €	Wertpapierfonds	Private Equity Fonds	Immobilienfonds
Aktiva			
Forderungen an Kunden	0,0	0,5	77,8
Handelsaktiva	0,0	31,1	0,0
Finanzanlagen	33,4	1,4	5,5
Übrige Vermögenswerte	0,0	0,0	0,0
Summe der Aktiva	33,4	34,0	81,3
Kreditzusagen	0,0	0,0	0,8
Maximales Ausfallrisiko	33,4	34,0	82,1
Umfang der strukturierten Unternehmen	3.119,1*	181,8*	363,2*
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2,9	4,6	6,5
Summe der Passiva	2,9	4,6	6,5

* Teilweise Werte per 31.12.2015

31.12.2015 in Mio. €	Wertpapierfonds	Private Equity Fonds	Immobilienfonds
Aktiva			
Forderungen an Kunden	0,0	0,6	95,0
Handelsaktiva	0,0	32,1	0,0
Finanzanlagen	41,6	1,4	6,2
Übrige Vermögenswerte	0,0	0,0	0,0
Summe der Aktiva	41,6	34,1	101,2
Kreditzusagen	0,0	0,0	8,5
Maximales Ausfallrisiko	41,6	34,1	109,7
Umfang der strukturierten Unternehmen	686,6	206,1*	421,5*
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7,7	7,7	12,7
Summe der Passiva	7,7	7,7	12,7

* Teilweise Werte per 31.12.2014

Im Zusammenhang mit der Abwicklung unseres Geschäfts mit geschlossenen Immobilienfonds wurden im Geschäftsjahr 2016 keine nicht vertraglichen

finanziellen Unterstützungen an nicht konsolidierte strukturierte Einheiten gewährt (Vorjahr: 7,0 Mio. Euro).

65 Befreiungen von Tochtergesellschaften gemäß § 264 Abs. 3 und § 264 b HGB

Die folgenden Tochterunternehmen beabsichtigen, von den Möglichkeiten des § 264 Abs. 3 und § 264 b HGB Gebrauch zu machen und dabei auch ihren Jahresabschluss nicht offenzulegen:

- HSBC Trinkaus & Burkhardt Gesellschaft für Bankbeteiligungen mbH, Düsseldorf
- HSBC Trinkaus Family Office GmbH, Düsseldorf
- HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf
- Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf
- HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf
- HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, Düsseldorf
- Gesellschaft für industrielle Beteiligungen und Finanzierungen mbH, Düsseldorf
- Trinkaus Australien Immobilien-Fonds Nr. 1 Brisbane GmbH und Co. KG, Düsseldorf

66 Patronatserklärung

Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG trägt dafür Sorge, dass die Gesellschaften HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf, HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf, sowie Gesellschaft für industrielle Beteiligungen und Finanzierungen mbH, Düsseldorf, ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können.

Darüber hinaus stellt die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG regelmäßig die derzeitigen persönlich haftenden oder geschäftsführenden Gesellschafter der vollkonsolidierten Gesellschaften in der Rechtsform der KG sowie der Trinkaus Immobilien-Fonds-Gesellschaften und der Trinkaus Private Equity-Gesellschaften von allen Ansprüchen Dritter frei, die an diese aufgrund ihrer Rechtsstellung oder ihrer Tätigkeit in der jeweiligen Gesellschaft geltend gemacht werden, soweit es sich um natürliche Personen handelt.

67 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Jahresdurchschnitt	2016	2015
Mitarbeiter/-innen im Ausland	6	18
Mitarbeiter/-innen im Inland	2.807	2.725
Gesamt (einschließlich Auszubildende)	2.813	2.743
davon Mitarbeiterinnen	1.197	1.162
davon Mitarbeiter	1.616	1.581

68 Honorare für den Abschlussprüfer

Für den Abschlussprüfer des Konzernabschlusses, die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, wurden folgende Honorare einschließlich Auslagen als Aufwand erfasst.

in Mio. €	2016	2015
Abschlussprüfungsleistungen*	1,7	1,3
Andere Bestätigungsleistungen	0,0	0,0
Steuerberatungsleistungen	0,2	0,1
Sonstige Leistungen	0,0	0,1
Gesamt	1,9	1,5

* Enthält erstmals auch die im Geschäftsjahr 2016 durchgeführte Prüfung nach § 36 WpHG.

69 Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Unternehmen und Personen gelten als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit kommt es zwischen der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG und/ oder deren konsolidierten Gesellschaften zu Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen. Hierzu gehören Gesellschaften der HSBC-Gruppe sowie Personen in Schlüsselpositionen und ihre Angehörigen. Zu den Personen in Schlüsselpositionen zählen ausschließlich die im Geschäftsjahr aktiven Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG.

Die Geschäftsvorfälle mit nahestehenden Unternehmen und Personen werden unter den gleichen Bedingungen abgewickelt wie Geschäftsvorfälle mit unabhängigen Geschäftspartnern.

Besonders intensive Geschäftsbeziehungen werden mit anderen Gesellschaften der HSBC-Gruppe gepflegt. Diese Geschäftsbeziehungen betreffen zum einen bankübliche Geschäfte, die meist unbesichert eingegangen wurden. Derivategeschäfte hingegen werden in der Regel unter Rahmenverträgen, die ein Netting erlauben, abgeschlossen und besichert. Zum anderen bestehen mit verschiedenen Gesellschaften der HSBC-Gruppe Kooperations- und Geschäftsbesorgungsverträge. In der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung sind im Wesentlichen folgende Erträge und Aufwendungen aus Transaktionen mit der HSBC Holdings plc, London, und mit ihr verbundenen Unternehmen enthalten:

in Mio. €	2016	2015
Zinserträge	5,1	7,3
Zinsaufwendungen	10,0	9,5
Provisionserträge	81,3	79,4
Provisionsaufwendungen	3,5	1,4
Verwaltungsaufwand	12,7	20,8
Handelsergebnis	1,6	0,0
Sonstiges Ergebnis	-0,1	0,0
Gesamt	61,7	55,0

In den Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind folgende Beträge enthalten:

in Mio. €	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute	778,3	794,7	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,3	1,5	94,0	95,6
Insgesamt	778,6	796,2	94,0	95,6

Die Forderungen an Kreditinstitute umfassen im Wesentlichen kurzfristige Einlagen bei anderen HSBC-Einheiten.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sind folgende Beträge enthalten:

in Mio. €	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	317,3	219,9	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	57,2	36,8	11,9	19,2
Insgesamt	374,5	256,7	11,9	19,2

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten handelt es sich im Wesentlichen um kurzfristige Einlagen anderer HSBC-Einheiten.

In den Handelsaktiva und -passiva sowie in den Finanzanlagen sind folgende Geschäfte enthalten, die mit verbundenen Unternehmen abgeschlossen wurden:

in Mio. €	Wertpapiere		Derivate	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Handelsaktiva	0,0	0,0	786,3	865,9
Handelspassiva	0,0	0,0	918,3	875,7
Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0

Die Positionen Handelsaktiva und Handelspassiva umfassen im Wesentlichen Marktwerte aus zins- und währungsbezogenen Derivategeschäften.

Bezüge der Gremien

Die Grundzüge des Vergütungssystems sind im Lagebericht dargestellt. Die nachstehenden Ausführungen erläutern die Vergütungskomponenten der Vorstandsmitglieder und entsprechen dem DRS 17. Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 5. Juni 2012 unterbleiben die Angaben nach § 314 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe a Satz 5 bis 8 HGB.

Die Summe der Festbezüge aller Vorstandsmitglieder im Jahr 2016 lag unter Berücksichtigung der Änderungen in der Zusammensetzung des Vorstands mit 4.135,1 Tsd. Euro leicht unter dem Vorjahr (4.341,6 Tsd. Euro). Der variable Anteil der Vergütung betrug 4.330,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 4.431,4 Tsd. Euro). Für das Geschäftsjahr 2016 wurden den Vorstandsmitgliedern 2.165,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.215,7 Tsd. Euro) in Form von Aktien und 2.165,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.215,7 Tsd. Euro) in bar zugesagt. In

den variablen Vergütungen des Vorstands für das Geschäftsjahr 2016 ist ein langfristiger Vergütungsanteil in Höhe von 2.598,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.658,8 Tsd. Euro) enthalten, davon entfällt 1.299,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.329,4 Tsd. Euro) auf die variable Vergütung in bar und 1.299,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.329,4 Tsd. Euro) auf die variable Vergütung in Aktien der HSBC Holdings plc. oder in Notional AIF-Einheiten (Fondsanteile).

Die sonstigen Bezüge in Höhe von 83,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 75,7 Tsd. Euro) bestehen im Wesentlichen aus Vergütungen für die Dienstwagennutzung, Versicherungsbeiträgen sowie sonstigen geldwerten Vorteilen, die individuell zu versteuern sind. Sie sind erfolgsunabhängig.

Für die Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebende bestehen Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach IFRS in Höhe von 14,0 Mio. Euro (Vorjahr: 11,8 Mio. Euro). Im Geschäftsjahr wurden 0,8 Mio. Euro (Vorjahr: 1,1 Mio. Euro) in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfasst.

Abfindungen für Vorstände und Material Risk Taker wurden im Jahr 2016 in Höhe von 0,5 Mio. Euro (Vorjahr: 5,0 Mio. Euro) gewährt.

Die Vergütung für Mitglieder des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt. Jedes Aufsichtsratsmitglied erhält danach eine Festvergütung von 50.000 Euro. Der Vorsitzende erhält das Zweieinhalbfache, der Stellvertreter das Zweifache dieser Vergütung. Der Vorsitzende eines Ausschusses des Aufsichtsrats erhält das Zweifache, Mitglieder eines Ausschusses erhalten je das Eineinhalbfache der vorgenannten Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds, sofern der jeweilige Ausschuss mindes-

tens einmal im Geschäftsjahr tätig geworden ist. Übt ein Mitglied des Aufsichtsrats mehrere Ämter aus, erhält es nur eine Vergütung für das am höchsten vergütete Amt. Bei einer nicht das gesamte Geschäftsjahr umfassenden Mitgliedschaft im Aufsichtsrat oder in einem Ausschuss erfolgt eine zeitanteilige Reduzierung der Vergütung.

Im Geschäftsjahr sind an ein Mitglied des Aufsichtsrats (Vorjahr: zwei) Entgelte für erbrachte Beratungsleistungen gezahlt worden; diese beliefen sich insgesamt auf 119,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 157,7 Tsd. Euro). Für das Geschäftsjahr 2016 betragen die Bezüge des Aufsichtsrats 1.239,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.188,8 Tsd. Euro). Für Aufsichtsratsmitglieder bestehen keine gesonderten Pensionsverpflichtungen. Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmervertretern sowie für die ehemaligen persönlich haftenden Gesellschafter der Bank gelten die allgemeinen Regeln für Mitarbeiter beziehungsweise ehemalige persönlich haftende Gesellschafter.

An ehemalige persönlich haftende Gesellschafter der HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA und der Trinkaus & Burkhardt KG als Rechtsvorgängerinnen der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG und ihre Hinterbliebenden sowie an ehemalige Vorstände der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG wurden Bezüge in Höhe von 5,2 Mio. Euro (Vorjahr: 8,9 Mio. Euro) gezahlt. Für diesen Personenkreis bestehen Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach IFRS in Höhe von 49,8 Mio. Euro (Vorjahr: 48,7 Mio. Euro).

Der Gesamtaufwand nach IAS 24 für das Geschäftsjahr 2016 beträgt 10,5 Mio. Euro (Vorjahr: 14,9 Mio. Euro). Dieser wurde periodengerecht und gemäß den Vorschriften der zugrunde liegenden Standards im Verwaltungsaufwand erfasst.

70 Anteilsbasierte Vergütungen

Aufgliederung des Aktienoptionsprogramms

Typ	Tag der Gewährung	Fair Value je Optionsrecht zum Gewährungstag in €	Ausübungspreis in €	Anzahl der Optionsrechte 31.12.2016	Anzahl der Optionsrechte 31.12.2015
SAYE 2011					
(5J)	01.08.2011	1,61	5,80	5.984	25.668
SAYE 2012					
(5J)	01.08.2012	1,30	5,35	25.854	35.499
Insgesamt				31.838	61.167

Der Fair Value der Optionen wird konzerneinheitlich durch die HSBC Holdings plc ermittelt. Am Tag der Gewährung der Optionen wird er mithilfe des „Lattice“-Modells berechnet, dem die Annahmen des Black-Scholes-Modells zugrunde liegen. Die Ausübung der Aktienoptionen durch die Mitarbeiter erfolgt generell zum 1. August eines Geschäftsjahres. Die Optionen der Mitarbeiter, die von dem Recht einer späteren Ausübung Gebrauch machten, sind von untergeordneter Bedeutung.

Der bei sofortiger Ausübung der Optionsrechte am 1. August 2016 herangezogene Kurs der HSBC-Aktie betrug 5,82 Euro (1. August 2015: 8,30 Euro).

Das Aktienoptionsprogramm für Mitarbeiter wurde letztmals im Geschäftsjahr 2012 angeboten.

Entwicklung des Aktienoptionsprogramms

	Typ	Anzahl der Optionsrechte	Gewichteter Ausübungspreis in €
Bestand zum 01.01.2016	SAYE 2010–2012	61.167	5,54
Im Jahresverlauf ausgeübt	SAYE 2011 (5J)	19.387	5,64
Im Jahresverlauf verfallen	SAYE 2011–2012	0	0,00
Im Jahresverlauf verwirkt	SAYE 2011–2012	9.942	3,81
Bestand zum 31.12.2016		31.838	5,,43
davon ausstehende Optionsrechte		25.854	
davon ausübbar Optionsrechte		5.984	

	Typ	Anzahl der Optionsrechte	Gewichteter Ausübungspreis in €
Bestand zum 01.01.2015	SAYE 2010–2012	177.787	5,45
Im Jahresverlauf ausgeübt	SAYE 2010 (5J)/ SAYE 2012 (3J)	108.297	5,39
Im Jahresverlauf verfallen	SAYE 2010–2012	593	6,07
Im Jahresverlauf verwirkt	SAYE 2010–2012	7.730	3,91
Bestand zum 31.12.2015		61.167	5,54
davon ausstehende Optionsrechte		54.042	
davon ausübbar Optionsrechte		7.125	

Die gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit der zum 31. Dezember 2016 noch ausstehenden Optionsrechte beläuft sich auf 210 Tage (Vorjahr: 352 Tage).

Erfolgsabhängige Vergütung für Mitarbeiter und Vorstände

Die erfolgsabhängige Vergütung für Mitarbeiter und Vorstände erfolgte wie schon im Vorjahr teilweise durch Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc. Für das Geschäftsjahr 2016 wurden 15,7 Mio. Euro (Vorjahr: 17,4 Mio. Euro) in Form von Aktien zugesagt. Die Übertragungen der Aktien erfolgen anteilig in den folgenden Geschäftsjahren.

71 Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Bank haben die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Erklärung zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ abgegeben und der Öffentlichkeit dauerhaft auf der Homepage der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG (Internetlink: <http://www.about.hsbc.de/de-de/investor-relations/corporate-governance>) zugänglich gemacht.

72 Mandate des Vorstands

Die folgenden Vorstandsmitglieder und Bereichsvorstände der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG sind zum 31. Dezember 2016 in den hier aufgeführten Aufsichtsräten oder in vergleichbaren Kontrollgremien vertreten.

Carola Gräfin v. Schmettow (Sprecherin)

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	ThyssenKrupp AG, Essen
Director – non executive	HSBC France S.A., Paris, Frankreich

Dr. Rudolf Apenbrink

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Verwaltungsrats	HSBC Global Asset Management (Hong Kong) Ltd., Hongkong

Paul Hagen

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Düsseldorfer Hypothekbank AG, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Bank A.S., Istanbul, Türkei
Mitglied des Aufsichtsrats	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	RWE Supply & Trading GmbH, Essen

Stephen Price (bis 31. Mai 2016)

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Bank Polska SA, Warschau, Polen

Norbert Reis

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf

Dr. Christiane Lindenschmidt (Bereichsvorstand) (bis 15. Juni 2016)

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzende des Aufsichtsrats	HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf
Vorsitzende des Aufsichtsrats	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf

Dr. Jan Wilmanns (Bereichsvorstand)

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf

73 Mandate anderer Mitarbeiter

Folgende Mitarbeiter sind zum 31. Dezember 2016 in folgenden Aufsichtsräten, die nach dem Gesetz zu bilden sind, oder vergleichbaren Kontrollgremien von großen Kapitalgesellschaften vertreten:

Dr. Michael Böhm

Funktion	Gesellschaft
Director – non executive	HSBC Global Investment Funds SICAV, Luxemburg
Director – non executive	HSBC International Select Funds SICAV, Luxemburg
Director – non executive	HSBC Portfolios SICAV, Luxemburg
Director – non executive	HSBC Amanah Funds, Luxemburg
Mitglied des Beirats	DPG Deutsche Performancemessungs-Gesellschaft für Wertpapierportfolios mbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Verwaltungsrats	HSBC Global Asset Management (Switzerland) AG, Zürich, Schweiz
Mitglied des Aufsichtsrats	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf

Mark Cringle

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf

Thomas Fahlenbock

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC INKA Investment-AG TGV, Düsseldorf

Gerd Goetz

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	tick-TS AG, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	sino AG, Düsseldorf

Markus Hollmann

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf

Carsten Hennies

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg

Dr. Detlef Irmen

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf

Dr. Andreas Kamp

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg

Dr. Manfred v. Oettingen (bis 31. Dezember 2016)

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf

Götz Röhr

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Theodor-Fliedner-Heim GmbH, Solingen

Heiko Schröder

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	HSBC INKA Investment-AG TGV, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg

Ulrich W. Schwittay

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, Düsseldorf

Norbert Stabenow

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	HSBC INKA Investment-AG TGV, Düsseldorf

Bernd Stotzka

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Opra Turbines B.V., Hengelo, Niederlande

Heiner Weber

Funktion	Gesellschaft
Director – non executive	HSBC Global Asset Management (Switzerland) AG, Zürich, Schweiz

Steffen Zeise

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf

74 Angaben zu Aufsichtsratsmitgliedern

Die Mitglieder unseres Aufsichtsrats besitzen weitere Mandate in folgenden Aufsichtsräten beziehungsweise vergleichbaren Kontrollgremien:

Andreas Schmitz (Vorsitzender)

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Börse Düsseldorf AG, Düsseldorf
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Scheidt & Bachmann GmbH, Mönchengladbach
Mitglied des Aufsichtsrats	E.ON SE, Düsseldorf
Mitglied des Verwaltungsrats	KfW-Bankengruppe, Frankfurt am Main

Samir Assaf

Funktion	Gesellschaft
Chairman	HSBC France S.A., Paris, Frankreich

Dr. Hans Michael Gaul

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Siemens AG, München

Alan Keir

Funktion	Gesellschaft
Director – non executive	HSBC Bank Middle East Limited, Dubai, Vereinigte Arabische Emirate
Director – non executive	Majid Al Futtaim Holdings LLC, Dubai, Vereinigte Arabische Emirate
Director – non executive	Sumitomo Mitsui Banking Corporation Europe, London, Großbritannien

Simon Leathes

Funktion	Gesellschaft
Chairman of the Board of Directors – non executive	Assured Guaranty (Europe) Limited, London, Großbritannien
Chairman of the Board of Directors – non executive	Assured Guaranty (UK) Limited, London, Großbritannien
Director – non executive	Assured Guaranty Limited, Hamilton, Bermuda
Director – non executive	HSBC Bank plc, London, Großbritannien
Director – non executive	HSB Engineering Insurance Limited, London, Großbritannien

Friedrich Merz

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BlackRock Asset Management Deutschland AG, München
Vorsitzender des Aufsichtsrats	WEPA Industrieholding SE, Arnsberg
Mitglied des Verwaltungsrats	Stadler Rail AG, Bussnang, Schweiz

Dr. Eric Strutz

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Verwaltungsrats	Partners Group Holding AG, Baar, Schweiz
Mitglied des Verwaltungsrats	Partners Group AG, Baar, Schweiz
Director – non executive	HSBC Bank plc, London, Großbritannien

Hans-Jörg Vetter

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Herrenknecht AG, Schwanau
Mitglied des Aufsichtsrats	LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart

75 Veröffentlichung

Der Geschäftsbericht wird am 7. März 2017 zur Veröffentlichung freigegeben.

Düsseldorf, den 21. Februar 2017

Carola Gräfin v. Schmettow

Dr. Rudolf Apenbrink

Paul Hagen

Norbert Reis

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Konzernbilanz, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung und Erläuterungen (Notes) zum Konzernabschluss – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns

sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 3. März 2017

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Goldschmidt
Wirtschaftsprüfer

ppa. Susanne Beurschgens
Wirtschaftsprüferin

Zahlen des Konzerns im Mehrjahresvergleich

IFRS-Konzernabschluss in Mio. €

	2016	2015	2014	2013	2012
Bilanzsumme	23.084,8	21.670,5	22.146,4	19.775,4	20.047,8
Aktiva					
Barreserve	1.107,3	690,2	616,4	1.133,7	265,0
Forderungen an Kreditinstitute	1.255,9	1.186,3	1.494,6	1.643,4	1.551,2
Forderungen an Kunden	8.457,9	7.848,0	6.509,5	4.824,6	4.529,1
Handelsaktiva	6.561,9	5.930,5	7.327,8	6.753,6	8.261,5
Finanzanlagen	5.351,0	5.688,6	5.856,5	5.095,0	5.068,3
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	0,0	0,5	20,3	54,5	55,1
Sachanlagen	105,3	104,2	97,6	83,8	80,6
Immaterielle Vermögenswerte	12,5	9,2	10,6	15,9	23,7
Ertragsteueransprüche	50,4	32,0	9,1	6,4	1,2
laufend	14,0	6,9	1,5	5,2	1,2
latent	36,4	25,1	7,6	1,2	0,0
Sonstige Aktiva	182,6	181,0	204,0	164,5	212,1
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.786,2	752,4	875,3	1.269,4	1.219,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.623,3	12.928,8	13.093,9	12.219,1	11.880,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	45,4	10,0	10,0	10,0	10,0
Handelsspassiva	4.499,8	5.148,7	5.424,5	4.099,9	4.721,9
Rückstellungen	173,2	138,6	167,2	142,7	136,6
Ertragsteuerverpflichtungen	43,9	35,0	32,2	39,9	65,8
laufend	43,9	35,0	32,2	39,9	53,4
latent	0,0	0,0	0,0	0,0	12,4
Sonstige Passiva	235,3	249,0	176,5	191,2	275,0
Nachrangkapital	437,7	458,2	458,2	357,3	353,4
Eigenkapital	2.240,0	1.949,8	1.908,6	1.445,9	1.385,2
Erfolgsrechnung					
Zinsüberschuss*	211,4	201,7	174,7	165,8	175,7
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	4,4	0,2	4,0	10,9	0,9
Ergebnis aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen	0,0	0,1	0,2	0,3	-8,1
Provisionsüberschuss	474,7	441,2	389,7	401,1	383,7
Handelsergebnis*	78,7	75,1	105,8	95,7	161,8
Verwaltungsaufwand	567,9	530,4	494,0	486,2	495,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	24,9	15,0	21,8	16,3	9,1
Sonstiges Ergebnis	12,5	14,9	17,6	37,0	-8,4
Jahresüberschuss vor Steuern	229,9	217,4	211,8	219,1	217,9
Ertragsteuern	74,4	65,3	67,1	63,8	85,9
Jahresüberschuss	155,5	152,1	144,7	155,3	132,0

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 18 erläutert.

Geschäftsbericht 2015

HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern

Kennzahlen des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns

	2015	2014	Veränderung in %
Erfolgszahlen in Mio. €			
Operative Erträge	721,3	686,7	5,0
Risikovorsorge	0,2	4,0	-95,0
Verwaltungsaufwand	530,4	494,0	7,4
Jahresüberschuss vor Steuern**	217,4	211,8	2,6
Ertragsteuern	65,3	67,1	-2,7
Jahresüberschuss**	152,1	144,7	5,1
Bilanzzahlen in Mio. €			
Bilanzsumme**	21.670,5	22.146,4	-2,1
Bilanzielles Eigenkapital**	1.949,8	1.908,6	2,2
Kennzahlen			
Aufwand-Ertrag-Relation der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in %**	70,9	69,6	-
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %**	11,7	14,3	-
Anteil Provisionsüberschuss an den operativen Erträgen in %	61,2	56,7	-
Funds under Management and Administration in Mrd. €	215,3	193,6	11,2
Mitarbeiter	2.793	2.650	5,4
Angaben zur Aktie			
Zahl der ausgegebenen Aktien in Mio. Stück	34,1	34,1	0,0
Dividende je Aktie in €	2,50	2,50	0,0
Ergebnis je Aktie in €**	4,46	5,15	-13,4
Börsenkurs der Aktie per 31.12. in €	72,90	70,00	4,1
Marktkapitalisierung in Mio. €	2.485,9	2.386,2	4,1
Bankaufsichtsrechtliche Kennzahlen*			
Kernkapital in Mio. €	1.634,8	1.568,6	4,2
Aufsichtsrechtliches Kapital in Mio. €	2.001,9	1.957,1	2,3
Risikoposition in Mio. €	15.871,5	15.055,0	5,4
Kernkapitalquote in %	10,3	10,4	-
Eigenkapitalquote im Verhältnis zur Risikoposition in %	12,6	13,0	-

* nach Bilanzfeststellung

** Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

Geschäftsbericht 2015

HSBC Trinkaus & Burkhardt

Datum der Herausgabe: April 2016

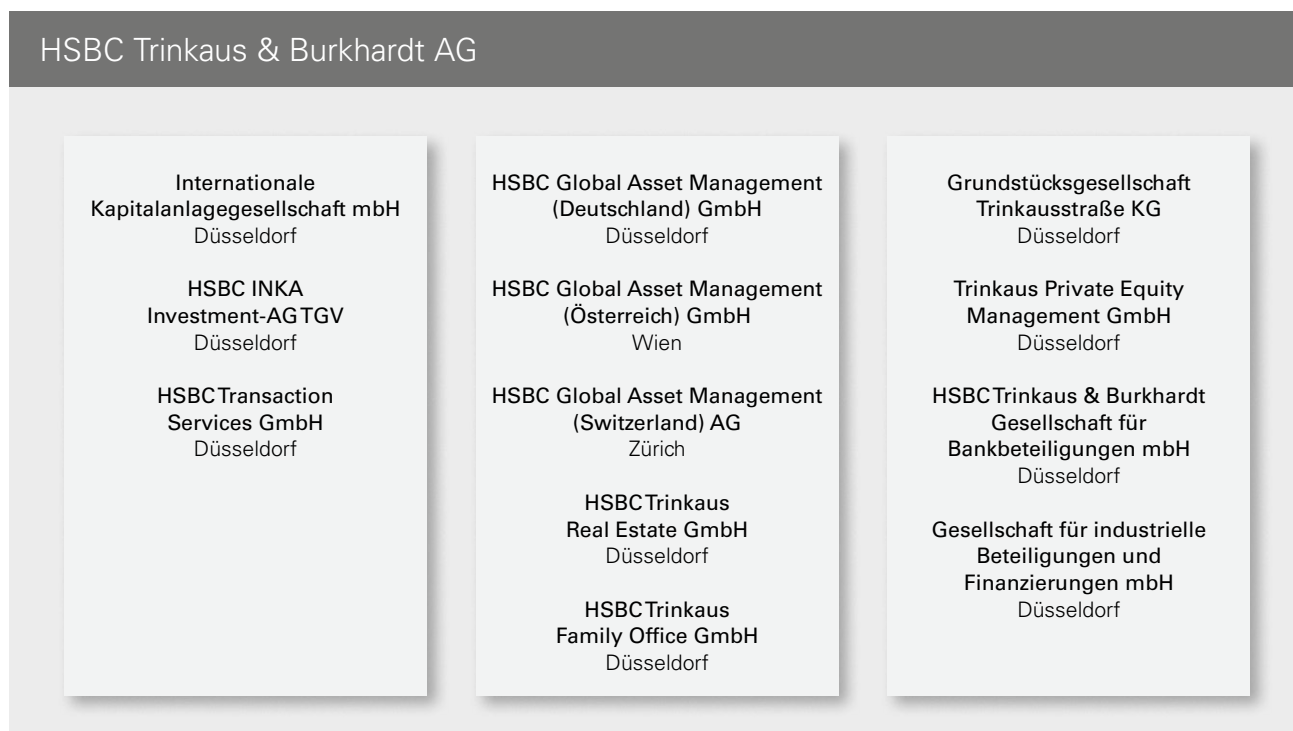
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG Königsallee 21/23 40212 Düsseldorf Tel. +49 211 910-0 Fax +49 211 910-616
info@hsbc.de www.hsbc.de

Grundlagen des Konzerns

Geschäftsmodell des Konzerns

Aufbau und Leitung

Der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern umfasst derzeit eine Gruppe von 13 aktiven Gesellschaften. Obergesellschaft ist die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG.



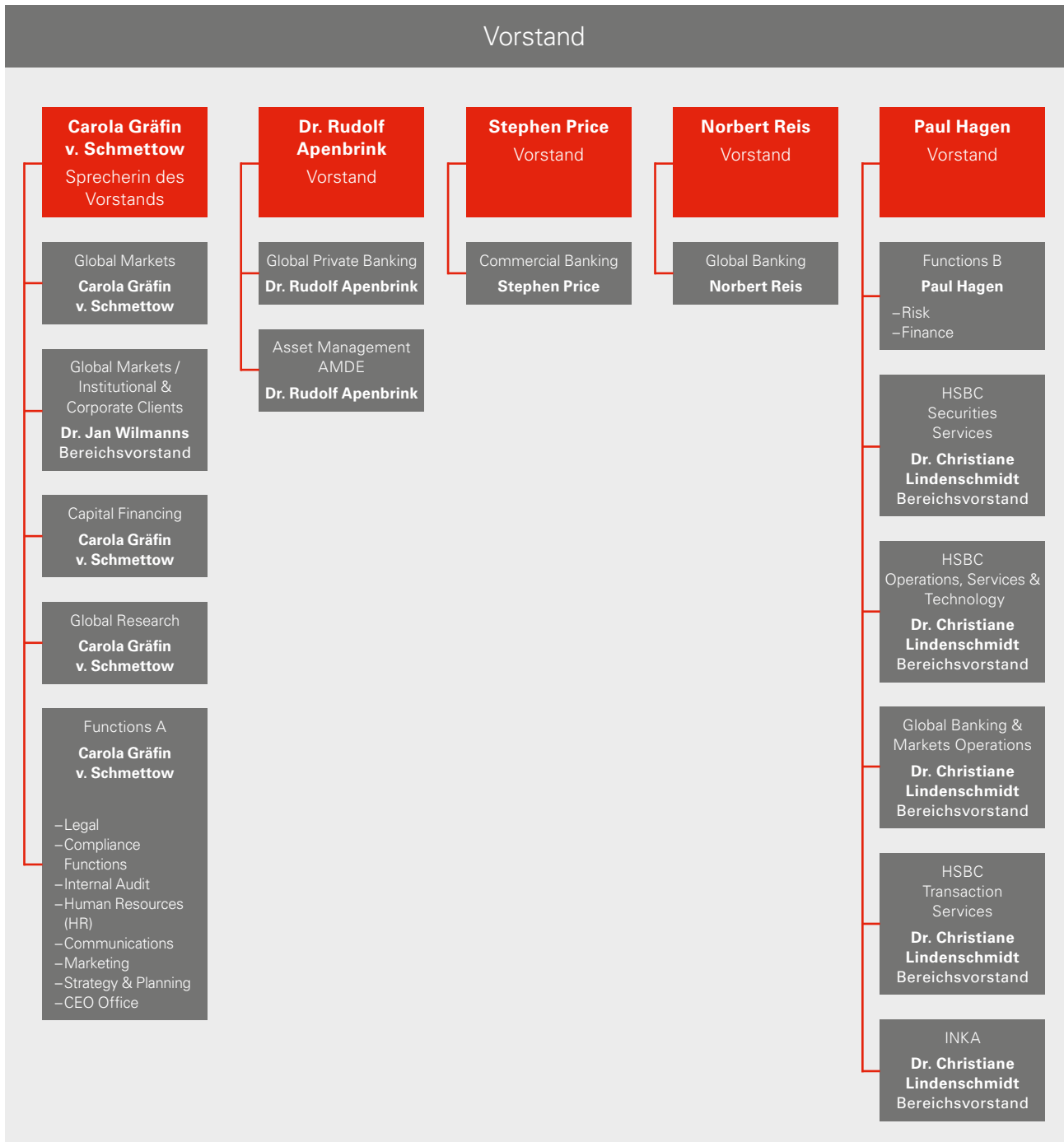
Zum Konzern gehören darüber hinaus noch weitere Gesellschaften, die jedoch zurzeit keine bedeutenden aktiven Tätigkeiten ausüben. Schließlich werden dem Konzern Gesellschaften zugerechnet, die als persönlich haftende Gesellschafter von geschlossenen Immobilienfonds und von Private Equity-Fonds fungieren. Der Konzern steht

unter einheitlicher Leitung des Vorstands der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG. Die Geschäftsführer der Einzelgesellschaften werden in der Regel durch Aufsichtsräte, Verwaltungsräte oder Beiräte beaufsichtigt. Unbeschadet ihrer rechtlichen Selbstständigkeit werden alle Gesellschaften im Rahmen einer Gesamtstrategie geführt.

Die Geschäftsbereiche

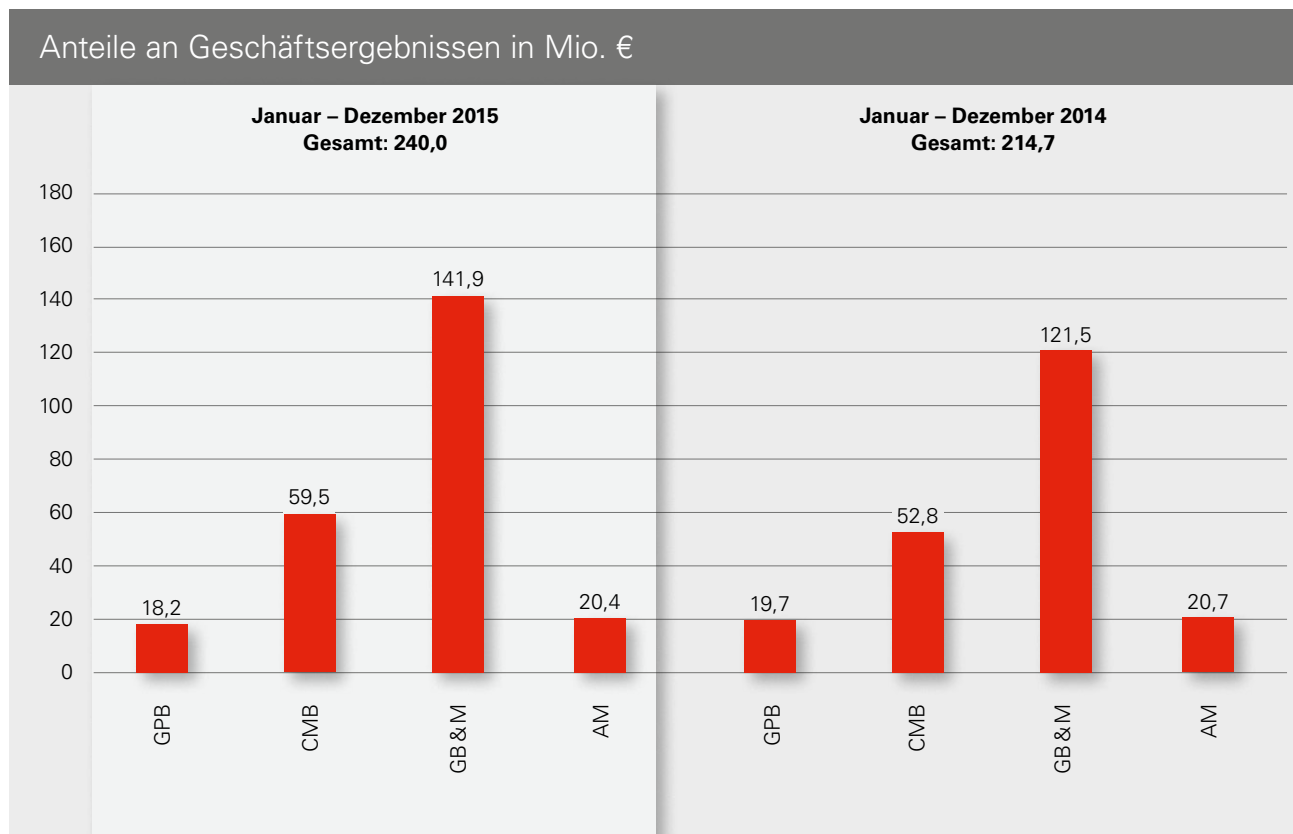
Alle Vorstandsmitglieder sind ungeachtet ihrer Gesamtverantwortung für bestimmte Bereiche individuell zuständig. Mit Ablauf der Hauptversammlung der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG am 2. Juni 2015 hat Carola Gräfin v. Schmettow das Amt der Sprecherin des Vorstands von Andreas Schmitz übernommen. Ihre bisherige Verantwortung für die Ressorts Global Markets und Capital Financing behält sie neben ihrer neuen Funktion als Vorstandssprecherin bei. Zu neuen Mitgliedern des Vorstands sind mit gleichem Datum die bisherigen Bereichsvorstände Stephen Price für das Commercial Banking und Dr. Rudolf Apenbrink für Glo-

bal Private Banking und Asset Management berufen worden. Weitere Mitglieder des Vorstands sind wie schon bisher Paul Hagen als Finanz- und Risikovorstand und Norbert Reis für Global Banking. Die beiden Bereichsvorstände Dr. Christiane Lindenschmidt als Chief Operating Officer sowie Dr. Jan Wilmanns im Bereich Global Markets als Leiter Institutional & Corporate Clients stehen dem Vorstand weiterhin als Mitglieder der erweiterten Geschäftsführung zur Seite. Die Zuordnungen im nachfolgenden Organigramm gelten für die AG und ihre Niederlassungen sowie für die Tochtergesellschaften.



Die Geschäftsbereiche Global Private Banking (GPB), Commercial Banking (CMB), Global Banking & Markets (GB&M) und Asset Management (AM) entsprechen der weltweiten Organisationsstruktur der HSBC-Gruppe. Die Kosten für Technologie und Servicebereiche werden zum

überwiegenden Teil mittels Leistungsartenpreisen (Stückkosten) den Kunden- und Handelsbereichen belastet. Die Cost Center werden auf die operativen Geschäftsbereiche verrechnet, sodass deren Geschäftsergebnisse auf Vollkosten basieren.



Unsere Strategie im Überblick

Der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern hat im vergangenen Geschäftsjahr erneut gezeigt, dass das auf Kontinuität und gezielter Weiterentwicklung basierende diversifizierte Geschäftsmodell mit klarer Kundenorientierung weiterhin überzeugt. Ein Garant für den Erfolg ist die in der deutschen Bankenlandschaft einzigartige Verbindung von professioneller Betreuung und Dienstleistungsorientierung einer seit über 230 Jahren in Deutschland verwurzelten Bank mit der internationalen Leistungsfähigkeit und Kapitalkraft der HSBC-Gruppe. Als Teil dieser Bankengruppe verfügt die Bank mit „AA– (Stable)“ weiterhin über das beste Fitch-Rating einer privaten Geschäftsbank in Deutschland; auch dies erachten wir als Bestätigung und solides Fundament unserer erfolgreichen Geschäftsstrategie.

Aus dieser Position der Stärke heraus wollen wir den schwierigen sich ändernden Rahmenbedingungen im Bankenmarkt begegnen: Zum einen belastet das historisch extrem niedrige Zinsumfeld die operative Ertragskraft von Banken erheblich und deutlich länger als bisher angenommen. Zum anderen werden wir uns dauerhaft mit einem lediglich moderaten Wirtschaftswachstum in Deutschland auseinandersetzen müssen. Wir erwarten in Deutschland ein Wachstum von 1,5 % im Jahr 2016, wenn keine größeren Störungen in den internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen eintreten. In erster Linie wird die Binnennachfrage die deutsche Wirtschaft unterstützen, allerdings zu einem Teil bedingt durch Sondereffekte wie den gesunkenen Ölpreis. Jedoch ergäben sich konjunkturelle Abwärtsrisiken bei kräftiger Aufwertung des Euros. Weitere außenwirtschaftlich bedingte Risiken resultieren aus den rückläufigen Nachfragen einiger Emerging Markets und den anhaltenden geopolitischen Spannungen. Diese niedrige Wachstumsdynamik hat auch Konsequenzen für die Bankenlandschaft; vor allem für unser traditionell starkes Geschäft mit Financial Institutions und im Bereich Global Markets ist dies von Bedeutung.

Die weiter zunehmende Regulierung des Bankensektors führte bereits in den vergangenen Jahren zu zahlreichen neuen Vorschriften mit erheblichen Auswirkungen auf Geschäftsmodelle in der Bankenbranche; dies wird sich weiter fortsetzen. Wir werden unser Geschäftsmodell, das hohe Kompetenzen für unsere Kunden im Wertpapier- sowie Devisen- und Derivategeschäft aufweist, entsprechend anpassen. Bereits jetzt zeichnen sich weiter erhöhte Eigenkapitalanforderungen für Banken in den Papieren

* Die Ratingagentur Fitch Ratings Ltd. hat ihren Sitz in der Europäischen Gemeinschaft und ist gemäß der "VERORDNUNG (EG)

1060/2009 des EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 16. September 2009 über Ratingagenturen" registriert.

des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht ab. Trotzdem ist im deutschen Markt in den letzten Jahren eine deutliche Einengung von Kreditmargen für bonitätsmäßig gute Unternehmen zu beobachten gewesen, die die Attraktivität des Firmenkundengeschäfts mindert. Das wiedererwachte Interesse ausländischer Anbieter am deutschen Markt hat den Wettbewerb signifikant verschärft. Hierauf reagieren wir mit einer Modifikation unserer mittelfristigen Wachstumsstrategie, die sicherstellt, dass auch in den kommenden Jahren ausreichende Risikoprämien und eine angemessene Kapitalverzinsung erwirtschaftet werden können. Auch die strukturellen Veränderungen des Wettbewerbsumfelds bleiben nicht ohne Folgen für das operative Geschäft: Der Vertrauensverlust gegenüber der Bankenbranche hinterlässt im Global Private Banking Spuren, die steigenden technologischen und regulatorischen Anforderungen belasten die Kostenbasis.

Aufgrund der vielfältigen Änderungen im Umfeld der Banken haben wir schon seit einiger Zeit strategische Maßnahmen zur Optimierung der geschäftlichen Ausrichtung ergriffen. Hierzu gehört der Abbau des Nicht-Kerngeschäfts, unter anderem das Auslaufen des Immobilienfondsgeschäfts, die Aufgabe bestimmter Geschäftsaktivitäten am Standort Luxemburg und eine Bereinigung unserer Kundenportfolios um Nicht-Zielkunden. Wir wollen uns auf unsere Kerngeschäftsfelder konzentrieren, diese selektiv ausbauen und eine größere Anzahl von klar definierten Zielkunden betreuen. Von besonderer Bedeutung ist hierbei unsere Wachstumsinitiative. Deren wesentliche Punkte sind:

- die Ausweitung unserer Kundenbasis im Firmenkundengeschäft (international orientierter gehobener Mittelstand und Großkunden/Multinationals)
- ein umfangreicheres Produktangebot
- eine stärkere internationale Zusammenarbeit innerhalb der HSBC-Gruppe und
- ein angepasster Risikoappetit

Wir erweitern dabei gezielt unser bisheriges Profil als wertpapierorientierte Bank um eine bilanzorientierte Geschäftsbankkomponente unter Beibehaltung der bestehenden Stärken. Im Vordergrund steht dabei der Ausbau unse-

rer Position als führende Bank für international orientierte Firmenkunden in enger Zusammenarbeit mit der HSBC-Gruppe, deren internationalem Netzwerk hier eine besondere Bedeutung zukommt. Die Umsetzung der Wachstumsinitiative ist 2015 plangemäß erfolgt: In einem lediglich um 1 % wachsenden Bankenmarkt haben wir ein signifikantes Wachstum im Geschäftsvolumen zeigen können und sowohl im Firmenkundengeschäft als auch im Global Markets-Bereich Marktanteile gewonnen.

Bestandteil der Initiative ist die selektive Erweiterung der aktuellen Zielklientel um international tätige Firmenkunden mit einem Jahresumsatz auch von weniger als 100 Mio. Euro und um Private Equity-Häuser. Ein breiteres Produktangebot soll den Bedarf unserer Kunden erfüllen: Payments and Cash Management, Global Trade und Receivable Finance, syndizierte Kredite, öffentliche Förderkredite und langfristige Kredite zur Finanzierung von Anlageinvestitionen stehen künftig verstärkt zur Verfügung. Ausgehend von solchen Ankerprodukten gelingt es uns auch bei kapitalmarktorientierten Produkten wie Anleiheemissionen, bei der Begebung von Schuldscheindarlehen oder bei Umfinanzierungen eine größere Rolle zu spielen, und wir stärken damit die vorhandene hohe Kompetenz in diesen Bereichen weiter. Unsere Position bei Börsengängen und Kapitalerhöhungen wollen wir ausbauen. Das Ziel ist es, für mehr Kunden Kernbank zu werden. Mit vier neuen Niederlassungen in Dortmund, Hannover, Mannheim und Nürnberg sowie einer Erweiterung der Niederlassung in Köln um das Firmenkundengeschäft sind wir nun auch geografisch näher an unseren Kunden.

Wir unterscheiden uns in unserer Wachstumsinitiative klar von den zahlreichen mittelstandsorientierten Offensiven anderer Häuser durch einen gezielten Fokus auf international aktive Kunden. Für diese Klientel bedeutet das globale Netzwerk der HSBC-Gruppe ein in dieser Form in Deutschland einmaliges Angebot: Kompetenz in globalen Finanzprodukten und Präsenz vor Ort – vor allem in den wesentlichen Wachstumsmärkten der Welt. Das schafft Mehrwert für unsere Kunden.

Im Zuge der Wachstumsinitiative haben wir die Zusammenarbeit der Geschäftsbereiche noch verstärkt: Unser Global Markets-Bereich unterstützt das Wachstum im Firmenkundengeschäft besonders durch seine Kompetenz im Devisen- und Derivategeschäft und ist jetzt personell in den Niederlassungen vertreten, um den Beratungsbedarf direkt vor Ort bedienen zu können. Das von uns erwartete

Geschäftspotenzial in einer engeren Kooperation von Global Private Banking und Firmenkundengeschäft konnte bereits erfolgreich realisiert werden. In den Vordergrund tritt nun mehr, die Qualität der Beziehung zu unseren Kunden durch Zusammenarbeit in zusätzlichen Produkten zu steigern.

Eine Optimierung der IT-Infrastruktur ist wesentliche Voraussetzung für unser künftiges Tun. Hier werden wir unser Set-up weiter grundsätzlich überarbeiten und notwendige Anpassungen vornehmen. Des Weiteren werden durch Standardisierung von Prozessen und Offshoring in das HSBC-Servicecenter in Krakau weitere Schritte zur Rationalisierung und Effizienzgewinnung durchgeführt. Der Druck auf die Erlössituation und der erhöhte Eigenkapitalbedarf erfordern zunehmend ein deutlich schärferes Management der Kostenbasis und permanente Optimierungsanstrengungen.

Die langjährigen vertrauensvollen Geschäftsbeziehungen zu unseren Kunden sowie deren positive Rückmeldungen haben uns in unserer Überzeugung bestärkt, auf dem richtigen Weg zu sein, und uns das Vertrauen gegeben, den eingeschlagenen Wachstumspfad weiterzugehen. Und so bilden die Basis unseres Erfolgs auch weiterhin:

- unser stabiles Fundament von Werten wie Vertrauen, Ehrlichkeit, Pflichtbewusstsein und Verantwortung
- unsere Kapitalbasis, die auch im Hinblick auf zukünftige Regulierungen stark ist
- unsere Ertragskraft, die im Verhältnis zum Wettbewerb seit Jahren überdurchschnittlich ist
- unsere seit vielen Jahren zusammenarbeitende und motivierte Mitarbeiterschaft
- unsere Produkte und Dienstleistungen, die unsere Kunden überzeugen
- unsere enge Zusammenarbeit mit der HSBC-Gruppe

Im Sinne unserer langen Tradition bleiben wir dabei auch weiterhin unseren Werten verpflichtet, denn Zukunft braucht Herkunft.

Das Steuerungssystem

1. Erläuterung des Steuerungssystems

Die Bank verfügt über ein integriertes Steuerungssystem, das die Bank sowie alle Tochtergesellschaften umfasst. Dieses System dient zum einen der Formulierung klarer operativer und strategischer Finanzziele. Zum anderen dient es dazu, Planabweichungen und mögliche Fehlentwicklungen rechtzeitig zu identifizieren, um geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Neben den unten dargestellten hochaggregierten Kennzahlen verfügt die Bank zusätzlich über granulare Kennziffern und Instrumente, die für die Detailplanung und -steuerung verwendet werden. Hierzu zählen beispielhaft Kennziffern zur Steuerung der Liquidität und auch die Kundenkalkulation, in der alle Bankgeschäfte mit jedem einzelnen Kunden erfasst und bewertet sind.

Nach der Festlegung des Risk Appetites als Fundament der jährlichen operativen Planung durch den Vorstand werden diese und weitere Kennziffern im Risk Committee des Aufsichtsrats ausführlich besprochen und dem Gesamtaufsichtsrat zur Kenntnis gebracht.

2. Angabe der Kennzahlen

Angelehnt an das Konzept der HSBC-Gruppe orientiert sich das Steuerungssystem der Bank bei der Analyse der strategischen Erfolgsfaktoren und der aus diesen ableitbaren strategischen Entscheidungen über Effizienz, Profitabilität, Liquidität und Risiko an den folgenden Kennzahlen:

- Aufwand-Ertrag-Relation
- Eigenkapitalrendite
- Liquidity Coverage Ratio
- Kernkapitalquote
- Eigenkapitalquote

3. Erläuterung der Berechnung der Kennzahlen

Aufwand-Ertrag-Relation

Zur Berechnung der Aufwand-Ertrag-Relation wird der Verwaltungsaufwand in Relation zu den Erträgen der Bank (Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, at equity-Ergebnis, Handelsergebnis, Finanzanlageergebnis und Sonstiges Ergebnis) gesetzt.

Eigenkapitalrendite

Die Eigenkapitalrendite ermittelt sich aus der Gegenüberstellung von Jahresüberschuss vor Steuern und dem über die letzten fünf Quartale ermittelten durchschnittlichen Eigenkapital (inklusive des durchschnittlichen Konzernbilanzgewinns und exklusive der durchschnittlichen Bewertungsreserven).

Liquidity Coverage Ratio

Die Liquidity Coverage Ratio setzt den Bestand an hochliquiden Aktiva ins Verhältnis zum gesamten Nettzahlungsmittelabfluss der nächsten 30 Kalendertage.

Kernkapitalquote

Die Kernkapitalquote setzt das konsolidierte aufsichtsrechtliche Kernkapital ins Verhältnis zur Risikoposition (Kreditrisiken, Marktrisiken und operationelle Risiken).

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote setzt die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel (Kernkapital und Ergänzungskapital) ins Verhältnis zur Risikoposition (Kreditrisiken, Marktrisiken und operationelle Risiken).

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen

Die Aussichten für die globale Konjunktur trübten sich im Verlauf des Jahres 2015 zunehmend ein, sodass die Weltwirtschaft von Wachstumsraten auf dem Niveau der Jahre vor der letzten Finanzkrise weiter abrückte. Besonders die Schwellenländer gerieten unter Druck, und spätestens seit August galt China eine erhöhte Aufmerksamkeit, nachdem Unsicherheiten über die wirtschaftliche Situation im Reich der Mitte zu großen Unruhen auf den internationalen Finanzmärkten führten. Auch wenn eine harte Landung der chinesischen Wirtschaft unter anderem dank zahlreicher Interventionen der Zentralregierung in Peking und der Notenbank ausblieb, konnte das bevölkerungsreichste Land der Welt die globale Konjunktur nicht beleben. Japan gelang indes zunächst ein wachstumsstarker Start ins Jahr, an den in den folgenden Quartalen jedoch nicht angeknüpft werden konnte. In den USA wurde das Wachstum vorwiegend durch den privaten Konsum vorangetrieben, der Dank der niedrigen Ölpreise, der guten Entwicklung am Arbeitsmarkt und des günstigen Finanzierungsumfelds stärker als noch im Vorjahr zulegen konnte. Die Eurozone wurde im Jahr 2015 durch den langandauernden Schuldenstreit mit Griechenland und ab der zweiten Jahreshälfte durch die Flüchtlingskrise vor politische Herausforderungen gestellt, die auch zu Verunsicherungen in der Wirtschaft führten. Dennoch dürfte sich für den gemeinsamen Währungsraum ein moderates Wachstum von rund 1,5 % ergeben haben. Die Lage am Arbeitsmarkt hellte sich im Jahresverlauf weiter auf. Spanien knüpfte dabei an die sukzessive Wirtschaftsbeschleunigung aus den Quartalen des Vorjahres an und stach als wachstumsstärkste der vier größten Volkswirtschaften der Eurozone hervor, während sich in Frankreich erneut die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen vor allem im Exportsektor negativ bemerkbar machte. Die deutsche Wirtschaft expandierte im Jahr 2015 um rund 1,5 % und verlor damit nach einem Wachstum von 1,6 % im Jahr 2014 marginal an Dynamik. Dieser leichte Abwärtstrend dürfte sich trotz des schwierigen globalen Umfelds nicht fortsetzen. Wir erwarten 2016 in Deutschland ein Wachstum von 1,5 %, das sich auch für die gesamte Eurozone einstellen sollte.

Dabei war die Investitionszurückhaltung der deutschen Unternehmen ein wesentlicher Faktor, der eine kräftigere Expansion der Wirtschaft verhinderte. Die schwach ausgeprägte Bereitschaft der Unternehmen zu investieren ist

sowohl auf die geopolitischen Unsicherheiten als auch auf den stockenden globalen Handel zurückzuführen. Selbst die historisch günstigen Finanzierungsbedingungen konnten die Investitionstätigkeit nicht beleben. Vor allem das verarbeitende Gewerbe blickt auf ein schwaches Jahr zurück. Mit Blick auf die nur durchschnittliche Kapazitätsauslastung der Industrie und die trotz des schwachen Euro auch perspektivisch verhaltenen Exportaussichten dürfte die geringe Investitionsbereitschaft wohl auch im Jahr 2016 ein Bremsklotz für das Wachstum bleiben. Triebfeder der Konjunktur war der Dienstleistungssektor, der auch hauptsächlich dafür verantwortlich war, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland weiter sank und das Lohnniveau solide Zuwächse verzeichnen konnte.

Die 2015 auf den niedrigsten Stand seit der deutschen Wiedervereinigung gesunkene Arbeitslosigkeit stützte zudem den privaten Konsum, der zusätzlich von den extrem niedrigen Energie- und Rohstoffpreisen profitierte. Die positiven Effekte der niedrigen Energiepreise dürften auch 2016 anhalten, sodass der Konsum eine bedeutende Stütze der deutschen Wirtschaft bleibt. Sondereffekte sind im Jahr 2016 durch den Zustrom von Flüchtlingen zu erwarten, der einerseits durch den Anstieg an Konsumenten den privaten Verbrauch steigern, andererseits aber auch die Nachfrage des Staates erhöhen wird. Zwar werden die Mehrausgaben den Haushalt belasten, dabei aber positive Wachstumseffekte generieren, die sich bereits zeitnah einstellen sollten. Förderlich für ein robustes Konsumwachstum bleiben des Weiteren die verbraucherfreundlichen Finanzierungsbedingungen und die geringe Inflation, die 2015 mit 0,3 % knapp oberhalb der Stagnation lag und trotz der stark expansiv ausgerichteten Geldpolitik der EZB auch 2016 mit 0,4 % noch niedrig bleiben dürfte.

Dabei klafft die unterschiedliche geldpolitische Ausrichtung der EZB auf der einen und der US-Notenbank auf der anderen Seite stärker auseinander als noch ein Jahr zuvor. Während die EZB im Dezember eine erneute Lockerung der Geldpolitik in Form einer Rücknahme des Einlagensatzes auf $-0,30\%$ und die zeitliche Ausdehnung des Anleihekaufprogramms bis zum März 2017 beschloss, startete in den USA der Zinserhöhungszyklus mit einer ersten Anhebung der Fed Funds Rate um 25 Basispunkte. Dabei ist in den USA mit einem graduellen und zeitlich ausgedehnten Zyklus zur Normalisierung des Zinsniveaus zu rechnen, der 2016 lediglich mit zwei weiteren Zinsschritten im glei-

chen Umfang fortgesetzt werden dürfte. In der Eurozone rechnen wir mit einer Reduzierung des Einlagesatzes um 10 Basispunkte auf –0,4 % im März. Die unterschiedlichen geldpolitischen Pfade der Notenbanken trugen auch dazu bei, dass die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen mit rund 2,3 % zum Jahresende 2015 in den USA deutlich höher lagen als die entsprechenden Papiere der Länder in der Eurozone, wo die extrem lockere Geldpolitik der EZB die Renditen 2015 auf niedrigen Niveaus hielt. Auch perspektivisch wird die Politik der EZB keinen Raum für Renditezuwächse in der Eurozone lassen und die Banken weiter vor schwierige Herausforderungen stellen, die durch den höheren Strafzins auf Einlagen noch verschärft werden.

Entwicklungen in der Bankenbranche

In diesem wirtschaftspolitischen Umfeld bleiben das niedrige Zinsniveau, die schwache Kreditnachfrage, der wachsende Wettbewerb und die Zunahme der Regulierungen wichtige Herausforderungen für die deutsche Bankenlandschaft:

- Seit September 2014 ist der Leitzins in den 18 Staaten der Eurozone auf einem Rekordtief von 0,05 %, was unmittelbare Folgen für die Profitabilität deutscher Banken hatte. Das absehbar weiterhin niedrige Zinsniveau begrenzt auch 2016 das Ertragspotenzial der Finanzbranche.
- In den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres lag das Volumen der Kredite an Unternehmen und Selbstständige mit rund 1.309,3 Mrd. Euro um 1,46 % über dem Vorjahr. Darin spiegelt sich zum einen eine gemäßigte Investitionstätigkeit der Unternehmen, zum anderen aber auch eine ausgeprägte Innenfinanzierung wider. Börsennotierte Unternehmen nutzten ihren Zugang zum Kapitalmarkt, das Volumen umlaufender Unternehmensanleihen stieg seit Jahresbeginn um rund 4,6 % auf über 242 Mrd. Euro im August. Insgesamt sind die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen unverändert günstig. Dies trifft auf eine durch die EZB stimulierte steigende Kreditvergabeneigung der Banken mit unmittelbaren Folgen für den Wettbewerb und damit für das Preisgefüge in der Branche.
- Immer mehr Auslandsbanken haben Deutschland als einen wichtigen Wirtschaftsstandort mit starker Exportkraft und einer gesunden Firmenkundenlandschaft erkannt und wollen hier expandieren. Auch aus dem

gestiegenen Wettbewerb – vor allem um den Mittelstand – ergibt sich Druck auf die Profitabilität, da eine Weitergabe der Kosten an die Kunden kaum möglich ist.

- Von erheblicher Bedeutung bleibt weiterhin die verstärkte Regulierung der Finanzbranche, die jedes Institut fordert, das Geschäftsmodell zu überprüfen und die steigenden Kosten an das regulierungsbedingt niedrigere Ertragsniveau anzupassen. Dabei sind die Regulierungskosten für die Banken, vor allem im IT-Bereich, enorm und nur schwer zu planen.
- Das Marktumfeld wird für die deutschen Banken auch im nächsten Jahr anspruchsvoll und herausfordernd bleiben. Insgesamt erwarten wir weiter rückläufige Erlöse bei angesichts der branchenweiten Einsparmaßnahmen stabilen, aber im internationalen Vergleich weiterhin unterdurchschnittlichen Kosten-Ertrags-Kennzahlen. Eine Mischung aus Abbau von Risikoaktiva und Kapitalaufbau dürfte dazu führen, dass die deutschen Banken auch im Rahmen von Basel III zu den besser kapitalisierten Instituten gehören werden. Jeder einzelne Marktteilnehmer muss auf dieses Umfeld mit einer soliden strategischen Ausrichtung, einem klar definierten Geschäftsmodell, einer Bereinigung der Bilanz, wirksamen Restrukturierungen und Kostenreduktionen sowie Investitionen in effiziente IT-Prozesse reagieren.

HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern im aktuellen Umfeld

Wir sind davon überzeugt, dass die Bank im aktuellen Marktumfeld gut aufgestellt ist. Aus unserer Position der Stärke heraus können wir in diesem Umfeld unseren Expansionskurs weiter fortsetzen. Während wir einerseits durch den Abbau von Randaktivitäten unser Portfolio bereinigen, konzentrieren wir uns andererseits auf unsere Kerngeschäftsfelder und bauen diese selektiv aus. Auf die im Juli 2013 verabschiedete Wachstumsinitiative und den Stand ihrer Umsetzung sind wir bereits im Kapitel „Unsere Strategie im Überblick“ im Detail eingegangen.

Über die konkreten Maßnahmen hinaus gelten auch weiterhin die sechs grundlegenden Prinzipien unserer Geschäftsausrichtung:

- Wir konzentrieren uns auf die Zielgruppen mittelständische und globale Firmenkunden, Institutionelle Kunden und Vermögende Privatkunden und möchten unsere

Aktivitäten in diesen Segmenten mit bestehenden und neuen Kunden ausbauen, soweit ein ausgewogenes Risiko-Ertrags-Profil gegeben ist.

- Wir fragen immer wieder neu, ob unsere Aktivitäten optimal auf die nationalen und internationalen Bedürfnisse unserer Kunden ausgerichtet sind. Der Kunde steht im Mittelpunkt unserer Entscheidungen. Wir messen der personellen Kontinuität in der Betreuung unserer Kunden einen sehr hohen Stellenwert bei.
- Unsere Handelsaktivitäten dienen primär der Unterstützung der Kundensegmente und einem umfassenden Produktangebot. Bei der Festlegung der Risikolimits und Handelsstrategien steht die Risikotragfähigkeit der Bank stets an erster Stelle.
- Umfassendes Know-how für innovative und kundenbezogene Lösungen ist unsere Stärke, dank dem wir für den Kunden und für die Bank einen Mehrwert realisieren. Die Basis jeder guten Kundenbeziehung ist gleichwohl die sorgfältige, flexible und dienstleistungsorientierte Abwicklung von Standardgeschäften einschließlich der Kreditvergabe; dies hat daher für uns einen hohen Stellenwert.
- Wir bauen unser Dienstleistungsangebot im Wertpapiergeschäft für Kunden und für andere Finanzinstitute kontinuierlich aus. Unsere Tochtergesellschaft Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH (HSBC INKA) hat ihre Marktstellung in der Fondsadministration als Master-KVG deutlich gestärkt. Darüber hinaus hat sich die Bank in den vergangenen Jahren als starker Anbieter für Depotbankdienstleistungen und Global Custody Services sowie im Asset Management mit HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH erfolgreich positioniert.
- Wir greifen auf die Ressourcen einer der größten und stärksten Bankengruppen der Welt zurück, der HSBC-Gruppe, und zwar sowohl auf die Palette leistungsfähiger Produkte als auch auf die Netzwerke in über 70 Ländern weltweit.

Der Erfolg dieser Strategie hängt davon ab, ob es uns auch in Zukunft gelingen wird, die folgenden Bedingungen zu erfüllen:

- Wir müssen unseren Kunden uneingeschränkten Zugang zum globalen HSBC-Netzwerk ermöglichen, ohne Abstriche beim Anspruch unserer Kunden auf individuelle Betreuung und professionelle Beratung.
- Wir müssen weiterhin in Geschäftsbeziehungen zu unseren Kunden auf Vertrauen und Nachhaltigkeit bauen. Denn nur auf dieser Basis können Kunde und Berater angesichts der zunehmenden Produktvielfalt gemeinsam optimale Lösungen finden.
- Wir müssen eine technologisch leistungsfähige Infrastruktur bereithalten. Sie muss den anspruchsvollen Anforderungen in der gesamten Wertschöpfungskette gerecht werden, damit wir unsere Dienstleistungen ebenso kostengünstig wie kundenfreundlich anbieten können.
- Wir müssen durch zielgerichtete Aus- und Weiterbildung auf höchstem Niveau in die Qualifikation unserer Mitarbeiter investieren, um der zunehmenden Komplexität und Internationalisierung unseres Geschäfts gerecht zu werden. Bei der Auswahl neuer Mitarbeiter, die uns bei unserem Wachstum unterstützen, legen wir gleichbleibend hohe Maßstäbe an.
- Wir müssen die Einzel- und die Teamleistungen unserer Mitarbeiter soweit wie möglich mithilfe eines präzisen Management-Informationssystems zuverlässig erfassen, um sie unter den Aspekten von Leistung und Verhalten möglichst fair und marktkonform honorieren zu können.

Unsere lange erfolgreiche Positionierung am Markt sowie die positiven Rückmeldungen auf unsere Wachstumsinitiative bestärken uns in dem Eindruck, auf dem richtigen Weg zu sein.

Geschäftsverlauf und Lage

Ertragslage

Der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern (HSBC Trinkaus & Burkhardt) hat im Geschäftsjahr 2015 ein Vorsteuerergebnis von 217,4 Mio. Euro (angepasstes Vorjahr: 211,8 Mio. Euro) erzielt. Dies bedeutet einen leichten Anstieg um 5,6 Mio. Euro oder 2,6 % und entspricht der Prognose aus dem Vorjahr. Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt 152,1 Mio. Euro und liegt damit um 5,1 % beziehungsweise 7,4 Mio. Euro über dem angepassten Vorjahreswert von 144,7 Mio. Euro. Die Anpassung des Vorjahresergebnisses war erforderlich aufgrund der geänderten Bilanzierung der aktienbasierten Vergütungskomponente. Wir gehen darauf im Abschnitt „Anpassung der Rechnungslegungsmethoden“ in den Erläuterungen zum Konzernabschluss detailliert ein.

Der Geschäftsverlauf wurde maßgeblich geprägt durch die weitere Umsetzung unserer Wachstumsstrategie. HSBC Trinkaus & Burkhardt hat wiederum gezeigt, dass das auf Kontinuität basierende diversifizierte Geschäftsmodell mit klarer Kundenorientierung überzeugt. Durch die Fokussierung auf unsere klar definierten Zielkundengruppen und deren Bedürfnisse konnten wir trotz eines schwierigen Umfelds in den Segmenten Global Private Banking, Commercial Banking, Global Banking and Markets sowie Asset Management eine positive Geschäftsentwicklung umsetzen.

Die Entwicklung der einzelnen Posten der Gewinn- und Verlust-Rechnung:

Der Zinsüberschuss ist trotz der negativen Zinsen für unsere Guthaben bei der Deutschen Bundesbank insgesamt um 2,8 Mio. Euro auf 177,5 Mio. Euro angestiegen. Die rückläufigen Zinseinnahmen aus den festverzinslichen Wertpapieranlagebeständen sowie die negativen Einlagemargen aufgrund der Zinspolitik der EZB wurden überkompensiert durch die deutlich verbesserten Zinserträge im Kundenkreditgeschäft aufgrund höherer Volumina.

Das Zinsergebnis aus dem Einlagengeschäft hat sich im Jahresverlauf weiter signifikant verschlechtert. Bei durchschnittlich höheren Volumina verschlechterten sich die Margen durch die Zinspolitik der Zentralbanken im Jahresverlauf so sehr, dass die Zinsmarge auf der Passivseite der

Bank für das Gesamtjahr erstmals negativ geworden ist. Die weiterhin hohen Einlagen unserer Kunden sehen wir als großen Vertrauensbeweis an.

Das Zinsergebnis aus dem Kreditgeschäft hat sich im Vergleich zum Vorjahr ausschließlich aufgrund des gestiegenen Geschäftsvolumens wiederum deutlich verbessert. Die Margen im Kreditgeschäft haben sich bei gleichen Bonitäten im Vergleich zum Vorjahr weiter vermindert.

Das Zinsergebnis aus unseren Finanzanlagen ist dagegen erneut gesunken. Endfällige Anleihen konnten bei vergleichbarem Risikoprofil im Marktumfeld 2015 nur durch Anleihen mit deutlich niedrigeren Kupons ersetzt werden. Wir haben dabei unsere strikten Regeln für die Qualität der Anlagen unverändert beibehalten. Generell haben sich die Creditspreads, d. h. die Risikozuschläge bonitätsmäßig starker Emittenten wie zum Beispiel der Bundesländer gegenüber Swapsätzen, weiter vermindert; die Creditspreads von Corporate Bonds mittlerer Qualität haben sich insbesondere im letzten Quartal wieder ausgeweitet.

Nach einer Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Vorjahr in Höhe von 4,0 Mio. Euro beträgt die Risikovorsorge im Geschäftsjahr 0,2 Mio. Euro. Bei den Einzelwertberichtigungen ergaben sich Neubildungen von 0,2 Mio. Euro sowie Auflösungen von 0,1 Mio. Euro. Aus Eingängen auf abgeschriebene Forderungen ergaben sich Erträge von 1,1 Mio. Euro. Bei den Portfoliowertberichtigungen war eine Nettozuführung von 1,2 Mio. Euro erforderlich. Die Erhöhung der Portfoliowertberichtigungen ist auf das gestiegene Kreditvolumen im Zuge unserer Wachstumsstrategie zurückzuführen. Wir halten weiterhin an unserer konservativen Ausrichtung bei der Beurteilung von Ausfallrisiken fest. Der im Vorjahr erwartete deutliche Anstieg des Risikovorsorgebedarfs ist erfreulicherweise ausgeblieben, da die Konjunktur in Deutschland unverändert sehr robust ist.

Den Provisionsüberschuss konnten wir um sehr beachtliche 13,2 % oder 51,5 Mio. Euro auf 441,2 Mio. Euro (Vorjahr: 389,7 Mio. Euro) steigern. Dieser klare Anstieg demonstriert die Stärke der Bank im Ausbau des Kundengeschäfts und die damit verbundenen Gewinne von Marktanteilen in allen Kundensegmenten.

Im Transaktionsgeschäft mit Wertpapieren und Finanzinstrumenten erzielten wir ein Provisionsergebnis von 117,2 Mio. Euro (Vorjahr: 97,0 Mio. Euro). Der Anstieg ist zum einen darauf zurückzuführen, dass wir unseren Kunden in deutlich gestiegenem Umfang Zugang zu alternativen Anlageformen, zum Beispiel in Infrastrukturinvestitionen und der Finanzierung europäischer Firmenkunden, ermöglicht haben. In Zeiten der Niedrigzinspolitik durch die EZB sind das insbesondere für institutionelle Kunden sehr interessante Anlageklassen. Zum anderen haben wir auch das klassische Brokerage weiter ausbauen können.

Im Wertpapierbestandsgeschäft erreichten wir ein Ergebnis von 105,0 Mio. Euro (Vorjahr: 98,3 Mio. Euro). Hier führten die kontinuierlichen Volumenzuwächse zu einem erhöhten Provisionsergebnis vor allem in unserem Fondsverwaltungsgeschäft und der Depotbank, die wir unter HSBC Securities Services zusammenfassen.

Das Provisionsergebnis aus dem Asset Management und der Vermögensverwaltung beläuft sich auf 77,7 Mio. Euro (Vorjahr: 68,9 Mio. Euro). Der Anstieg resultiert zum einen aus einer volumenbedingten Zunahme der Managementgebühren im Asset Management und zum anderen aus dem sehr erfolgreichen Vertrieb von Fondsprodukten der HSBC Global Asset Management.

Im Provisionsgeschäft mit Devisen erwirtschafteten wir mit 63,8 Mio. Euro (Vorjahr: 43,2 Mio. Euro) ein um 20,6 Mio. Euro besseres Ergebnis. Hier zeigt sich vor allem der erhöhte Absicherungsbedarf unserer Kunden gegen Devisenkursschwankungen im aktuell volatileren Devisenmarktumfeld und die größere Zahl an Kunden, die maßgeschneiderte Lösungen, insbesondere Currency Overlay Management, bei der Bank nachfragen. Die enge Zusammenarbeit über die Geschäftssegmente hinweg zwischen dem Private Banking, dem mittelständischen Firmenkundengeschäft und Global Markets trägt Früchte.

Das Provisionsergebnis aus dem Capital Financing liegt leicht über dem Vorjahresniveau und beläuft sich auf 24,1 Mio. Euro (Vorjahr: 23,2 Mio. Euro).

Das Provisionsergebnis im Kreditgeschäft ist um 4,7 Mio. Euro auf 24,0 Mio. Euro zurückgegangen; hier konnten wir das gute Vorjahresergebnis, das von sehr vielen – auch größeren – Refinanzierungstransaktionen unserer Firmenkunden geprägt war, nicht wiederholen.

Im inländischen und ausländischen Zahlungsverkehr sowie im Dokumentengeschäft erzielten wir im Vergleich zum Vorjahr mit 23,3 Mio. Euro einen leichten Anstieg um 1,1 Mio. Euro.

Das Handelsergebnis hat sich um 6,5 Mio. Euro auf 99,3 Mio. Euro reduziert (angepasstes Vorjahr: 105,8 Mio. Euro). Wir haben das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen in Höhe von 0,6 Mio. Euro (Vorjahr: –1,5 Mio. Euro) dem Branchenstandard folgend in diesem Jahr erstmals im Handelsergebnis und nicht wie in Vorjahren im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Die außergewöhnlichen Marktverwerfungen an den Rentenmärkten im zweiten Quartal des Geschäftsjahres haben das Ergebnis mit Renten und Zinsderivaten deutlich belastet (Rückgang um 25,4 Mio. Euro auf 30,2 Mio. Euro). Das Ergebnis aus dem Handel mit Aktien und Aktienderivaten in Höhe von 49,1 Mio. Euro im Vergleich zu 48,5 Mio. Euro im Vorjahr konnten wir leicht verbessern. Sowohl das Ergebnis des Devisenhandels (Anstieg um 5,6 Mio. Euro) als auch aus den Derivaten des Bankbuchs (Anstieg um 10,6 Mio. Euro) haben sich deutlich verbessert. Hintergrund war neben dem erhöhten Umsatz im Kundengeschäft vor allem die starke Wechselkursänderung des Euro gegenüber dem US-Dollar.

Beim Verwaltungsaufwand ist ein Anstieg um 36,4 Mio. Euro oder 7,4 % von 494,0 Mio. Euro auf 530,4 Mio. Euro zu verzeichnen. Damit ist es uns durch strikte Kostendisziplin gelungen, unter dem im Vorjahr erwarteten zweistelligen Anstieg zu bleiben.

Der Zuwachs an Mitarbeitern infolge der Wachstumsstrategie macht sich im Anstieg des Personalaufwands um 34,8 Mio. Euro auf 336,1 Mio. Euro bemerkbar.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich dagegen nur marginal um 1,5 Mio. Euro auf 174,3 Mio. Euro erhöht. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf die Belastungen aus der neuen Bankenabgabe nach europäischen Vorgaben zurückzuführen.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte betragen 20,0 Mio. Euro und sind im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert.

Damit beträgt die Aufwand-Ertrag-Relation 70,9 % (angepasstes Vorjahr: 69,6 %) und entspricht der Prognose des Vorjahres mit knapp über 70 %.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen ging um 6,8 Mio. Euro auf 15,0 Mio. Euro zurück (angepasstes Vorjahr: 21,8 Mio. Euro). Gewinnen aus Abgängen von Wertpapieren standen niedrigere Abschreibungen auf Beteiligungen im Immobilienbereich sowie Wertkorrekturen auf Wertpapiere und Schuldscheindarlehen gegenüber. Die Anpassung des Vorjahreswerts betrifft die geänderte Bilanzierung der aktienbasierten Vergütung und reduziert das Ergebnis aus Finanzanlagen in Höhe von 1,8 Mio. Euro.

Das sonstige betriebliche Ergebnis beträgt 14,8 Mio. Euro (angepasstes Vorjahr: 17,4 Mio. Euro) und resultiert im Wesentlichen aus den Mieterträgen unserer Immobilien. Darüber hinaus gleichen sich im sonstigen betrieblichen Ergebnis Belastungen aus der Abwicklung unseres Geschäfts mit geschlossenen Immobilienfonds und Wertaufholungen aus der Bewertung einer Immobilie im Wesentlichen nahezu aus. Die Anpassung des Vorjahreswerts betrifft das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen, das wir ab diesem Geschäftsjahr dem Branchenstandard folgend im Handelsergebnis ausweisen. Das Übrige Ergebnis beträgt 0,1 Mio. Euro nach 0,2 Mio. Euro im Vorjahr.

Der Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr beträgt 65,3 Mio. Euro und ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 Mio. Euro zurückgegangen. Daraus ergibt sich eine Steuerquote von 30,0 % nach angepassten 31,7 % im Vorjahr.

Zur Entwicklung der Ergebnisse der einzelnen Segmente verweisen wir auf die Note „Geschäftssegmente“ innerhalb der Erläuterungen zum Konzernabschluss.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum Bilanzstichtag 21,7 Mrd. Euro nach 22,1 Mrd. Euro im Vorjahr und ist damit leicht zurückgegangen.

Die Kundeneinlagen sind nach wie vor unsere wichtigste Refinanzierungsquelle. Zum Stichtag machten sie mit 12,9 Mrd. Euro (Vorjahr: 13,1 Mrd. Euro) rund 60 % der Bilanzsumme aus. Wir werten die Höhe der Einlagen als klares Bekenntnis unserer Kunden zu unserer soliden Geschäftspolitik und unserer hohen Bonität. HSBC

Trinkaus & Burkhardt verfügt als Teil der HSBC-Gruppe mit „AA- (Stable)“ weiterhin über das beste Fitch-Rating einer privaten Geschäftsbank in Deutschland.

Ergänzend dazu refinanzieren wir unser Geschäft, vor allem unsere Handelsaktiva, auch aus Schuldscheindarlehen, Optionsscheinen, Zertifikaten und Aktienanleihen, die wir unter den Handelspassiva ausweisen. Diese betragen zum Stichtag wie im Vorjahr: 2,7 Mrd. Euro. Darin zeigt sich die stabile Kundennachfrage nach tradingorientierten Retail-Produkten und Anlage-Zertifikaten. Die Handelspassiva beinhalten darüber hinaus auch die negativen Marktwerte der Derivate, die im Einklang mit den positiven Marktwerten der Derivate in den Handelsaktiva gesunken sind.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Banken in Höhe von 0,8 Mrd. Euro sind im Vergleich zum Vorjahr (0,9 Mrd. Euro) geringfügig gesunken.

Wir haben den Ausweis der Zinsen auf unser Nachrangkapital dem Branchenstandard folgend im Geschäftsjahr geändert und weisen diese nun auch im Nachrangkapital und nicht mehr in den Sonstigen Passiva aus. Damit beträgt das Nachrangkapital 458,2 Mio. Euro (angepasstes Vorjahr: 458,2 Mio. Euro).

Das bilanzielle Eigenkapital beträgt 1.949,8 Mio. Euro und liegt damit um 41,2 Mio. Euro beziehungsweise 2,2 % über dem angepassten Wert des 31. Dezember 2014. Die Eigenkapitalrendite hat sich, wie in der Prognose des Vorjahres erwartet, leicht verringert und beträgt 11,7 % (angepasstes Vorjahr: 14,3 %).

Das gezeichnete Kapital beträgt wie im Vorjahr 91,4 Mio. Euro. Die Kapitalrücklage beträgt 720,9 Mio. Euro (angepasstes Vorjahr: 720,9 Mio. Euro). Die Anpassung steht im Zusammenhang mit der geänderten Bilanzierung der aktienbasierten Vergütung. Im zweiten Quartal erfolgte die Ausschüttung der Dividende für das Vorjahr in Höhe von 70,3 Mio. Euro. Die Bewertungsreserve für Finanzinstrumente ging von 167,4 Mio. Euro (angepasstes Vorjahr) auf 120,0 Mio. Euro zurück. Demgegenüber verbesserte sich die Bewertungsreserve für die Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung um 6,9 Mio. Euro auf –85,1 Mio. Euro.

Die Barreserve beträgt 0,7 Mrd. Euro gegenüber 0,6 Mrd. Euro im Vorjahr.

* Die Ratingagentur Fitch Ratings Ltd. hat ihren Sitz in der Europäischen Gemeinschaft und ist gemäß der "VERORDNUNG (EG) 1060/2009 des EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 16. September 2009 über Ratingagenturen" registriert.

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von 1,2 Mrd. Euro sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Mrd. Euro leicht gesunken.

Der Anstieg der Forderungen an Kunden um 1,3 Mrd. Euro auf 7,8 Mrd. Euro (Vorjahr: 6,5 Mrd. Euro) zeigt deutlich die Erfolge unserer eingeschlagenen Wachstumsstrategie im Firmenkundenkreditgeschäft. Wir sehen weiterhin Wachstumspotenzial, da zum einen unsere Kunden immer noch die eingeräumten Kreditlinien nur unterdurchschnittlich ausnutzen und wir zum anderen im Rahmen unserer Wachstumsstrategie auch erhebliches Potenzial für Neugeschäft geschaffen haben.

Die Handelsaktiva betragen 5,9 Mrd. Euro und sind um 1,4 Mrd. Euro zurückgegangen (Vorjahr: 7,3 Mrd. Euro). Ein weiter rückläufiger, aber immer noch hoher Anteil entfällt auf Anleihen, die ganz überwiegend börsennotiert und notenbankfähig sind. Rückgängen im Bestand der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren steht ein Anstieg der handelbaren Forderungen gegenüber. Der Anteil an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren liegt deutlich unter dem des Vorjahres. Darüber hinaus ergibt sich ein Rückgang der positiven Marktwerte der Derivate, der im Zusammenhang mit dem Rückgang der unter den Handelspassiva ausgewiesenen negativen Marktwerte der Derivate steht.

Die Finanzanlagen in Höhe von 5,7 Mrd. Euro (angepasstes Vorjahr: 5,9 Mrd. Euro) sind um 0,2 Mrd. Euro zurückgegangen. Der überwiegende Teil der Finanzanlagen besteht ebenfalls aus börsennotierten und notenbankfähigen Schuldverschreibungen und dient als Liquiditätspuffer. Sie werden unter anderem zur Stellung von Sicherheiten für Derivate gegenüber den entsprechenden Börsen genutzt. Sowohl im Handelsbestand als auch in den Finanzanlagen haben wir ein begrenztes Engagement in den Euro-Peripheriestaaten.

Finanzlage

(a) Eigenmittel

Bankgeschäft bedeutet im Kern, bewusst Risiken einzugehen, diese aktiv zu steuern und gezielt zu transformieren. Die Risikoübernahme wird seitens der Aufsichtsbehörden limitiert, um die Stabilität des Banksystems zu gewährleisten. Maßgeblich für die Höhe der zulässigen Risiken sind die Eigenmittel des Instituts beziehungsweise des Konzerns. Die Definition und die Berechnung der Eigenmittel

sind ein zentraler Bestandteil des Aufsichtsrechts. Die aufsichtsrechtliche Risiko-Limitierung betrifft zum einen die Risikopositionen als Summe der risikogewichteten Aktiva, der Marktrisiken sowie der operationellen Risiken, die zu vorgegebenen Mindestsätzen durch Eigenmittel unterlegt sein müssen. Zum anderen bestimmt sich aus der Höhe der Eigenmittel die Höchstkreditgrenze, bis zu der einem einzelnen Kreditnehmer beziehungsweise einer Kreditnehmereinheit maximal Kredit gewährt werden darf.

Die aufsichtsrechtliche Sichtweise und die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben werden um eine ökonomische Analyse des Kapitalbedarfs (Säule 2) ergänzt. Dazu verweisen wir auf die Ausführungen zum ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) im Risikobericht.

Im Jahr 2015 haben im HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern keine Kapitalmaßnahmen stattgefunden.

Gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 2. Juni 2015 hat die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres 77,3 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zugeführt. Der diesjährigen Hauptversammlung am 8. Juni 2016 schlagen wir die Zahlung einer unveränderten Dividende von 2,50 Euro je Aktie vor, sodass sich durch die höhere Anzahl dividendenberechtigter Aktien im Vergleich zum Vorjahr die Ausschüttung um 15,0 Mio. Euro erhöht.

Dementsprechend ist eine weitere Dotierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 22,0 Mio. Euro aus dem Bilanzgewinn nach HGB möglich. Die Eigenmittel für den HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern zum 31. Dezember 2015 betragen 2.001,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1.957,1 Mio. Euro). Auf das Kernkapital entfallen 1.634,8 Mio. Euro (Vorjahr: 1.568,6 Mio. Euro) und auf das Ergänzungskapital 367,1 Mio. Euro (Vorjahr: 388,5 Mio. Euro). HSBC Trinkaus & Burkhardt hat keine Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals emittiert, sodass das gesamte Kernkapital ausschließlich aus hartem Kernkapital besteht.

(b) Eigenmittelanforderungen

Die Risikopositionen der Bank zum 31. Dezember 2015 betragen 15.871,5 Mio. Euro (Vorjahr: 15.055,0 Mio. Euro). Dabei entfallen 12.970,1 Mio. Euro auf das Kreditrisiko (Vorjahr: 12.175,6 Mio. Euro), auf das Marktrisiko 1.519,2 Mio. Euro (Vorjahr: 1.502,8 Mio. Euro) und 1.382,2 Mio. Euro auf das operationelle Risiko (Vorjahr: 1.376,6 Mio. Euro). Damit

ergibt sich eine Kernkapitalquote von 10,3 % (Vorjahr: 10,4 %) und eine Eigenkapitalquote von 12,6 % (Vorjahr: 13,0 %). Der leichte Rückgang der Kapitalquoten entspricht der Prognose aus dem Vorjahr.

Durch die Kapitalmaßnahmen im Vorjahr sind die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Kapitalausstattung auch weiterhin kein Engpassfaktor bei der Fortsetzung des Wachstumskurses.

(c) Liquidität

Unabhängig von der Höhe der Eigenmittel ist die Liquidität für Kreditinstitute die entscheidende Größe, um auch in Krisenzeiten alle Verpflichtungen vertragsgerecht bedienen zu können. Aufgrund der sehr hohen Kundeneinlagen verbunden mit erheblichen Liquiditätspuffern auf der Aktivseite verfügt HSBC Trinkaus & Burkhardt weiterhin über eine sehr komfortable Liquiditätsausstattung, die auch die neuen aufsichtsrechtlichen Vorgaben signifikant übersteigt.

Wir haben im Rahmen der Liquiditätssteuerung von der Advances/Core Funding Ratio auf die Liquidity Coverage Ratio umgestellt. Die Advances/Core Funding Ratio betrug zum Jahresende 78,3 % (Vorjahr: 64,5 %) und ist damit aufgrund des erfreulichen Wachstums an Kundenkrediten stärker als erwartet gestiegen. Im Vorjahr haben wir eine leichte Verschlechterung der Advances/Core Funding Ratio prognostiziert.

Zu den Einzelheiten unseres Managements von Liquiditätsrisiken verweisen wir auf die Ausführungen zu den Liquiditätsrisiken im Risikobericht.

Nachtragsbericht

Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind zwischen dem Bilanzstichtag und dem Datum der Aufstellung nicht eingetreten.

Risikobericht

Risikomanagement im HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern

Definition

Unter dem Risikomanagementsystem verstehen wir in Übereinstimmung mit DRS 20 die Gesamtheit aller Regelungen, die einen systematischen Umgang mit Risiken beziehungsweise mit Chancen und Risiken im Konzern sicherstellen.

Risikopolitische Grundsätze

Es ist eine Kernfunktion von Banken, Risiken bewusst zu übernehmen, aktiv zu steuern und gezielt zu transformieren. Als wesentliche Risiken unseres Bankgeschäfts sehen wir Adressenausfall-, Markt- und Liquiditätsrisiken, ferner operationelle und strategische Risiken sowie Pensionsrisiken. Aktive Risikosteuerung bedeutet, die Risiken nach Art, Höhe und Umfang zu identifizieren und so zu gestalten, dass sie zum einen im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des Konzerns stehen und sich zum anderen angemessene Risikoentgelte und Erträge erwirtschaften lassen.

Wir sind bereit, im Rahmen unserer risikopolitischen Grundsätze aktiv Markt- und Adressenausfallrisiken einzugehen. Operationelle Risiken wollen wir minimieren, soweit die Kosten dafür in einem angemessenen Verhältnis zur Risikovermeidung stehen. Zusätzlich sind adäquate Versicherungen abgeschlossen. Zur geschäftspolitischen Grundeinstellung unseres Hauses gehört es, Reputations- und Compliancerisiken zu vermeiden. Liquiditätsrisiken schließen wir so weit wie möglich aus und nehmen dabei auch Mindererträge in Kauf. Strategische Risiken, die unter anderem aus Veränderungen von Gesetzen und Regulierungen, der Wettbewerbssituation, gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten sowie Marktverhältnissen entstehen können, werden bei der Festlegung der Geschäftsausrichtung im Rahmen des Planungsprozesses berücksichtigt.

Die Höhe der Gesamtrisiken wird von der Geschäftsleitung im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat begrenzt. Die Angemessenheit von Risikoübernahmen wird insbesondere vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit des Konzerns und der besonderen Kompetenzen im Risikomanagement für die Kerngeschäftsfelder beurteilt. Diese Grundsätze gelten unverändert.

Die Bankenkrise hat den alten Grundsatz „Liquidität vor Rentabilität“ als weiterhin hochaktuellen Leitsatz bestä-

tigt. Fragen der Liquiditätsausstattung der Bank haben für uns weiterhin die höchste Priorität, auch wenn durch die Maßnahmen der EZB die Liquiditätsversorgung im Markt für die nächsten Jahre überreichlich ist. Wir haben unsere Liquiditätsreserve beibehalten und bei der Anlage der zufließenden Mittel im Geld- und Kapitalmarkt darauf geachtet, die Liquidität auf hohem Niveau zu halten. Wir sind uns bewusst, dass wir mit dem Geld unserer Einleger arbeiten, die uns ihre Mittel anvertrauen. Die neuen bankenaufsichtsrechtlichen Liquiditätsvorschriften bestätigen uns in unserer vorsichtigen Haltung, auch wenn die Steuerungsimpulse aus Geldpolitik und Bankenregulierung in unterschiedliche Richtungen wirken.

Eine weitere Herausforderung an unser Risikomanagement ist das Management der Adressenausfallrisiken. Die Erfahrungen während der Euro-Schuldenkrise einschließlich der Entwicklungen in Griechenland und Zypern haben deutlich gemacht, dass auch Kreditverluste bei Ländern der Eurozone nicht auszuschließen sind. Durch die expansive Geldpolitik der EZB hat sich die Risikosituation entspannt. Ob diese Entspannung nachhaltig ist, werden erst die kommenden Jahre zeigen, weil lediglich die Refinanzierung einfacher und billiger wurde, da die EZB in großem Umfang Staatstitel aufkauft, nicht jedoch das Problem der hohen Schuldenstände einzelner EU-Mitgliedsländer beseitigt ist.

Deutschland hat im Jahr 2015 das erwartete Wirtschaftswachstum realisieren können, trotz geopolitischer Spannungen, wie zum Beispiel die Ukraine-Krise. Aufgrund der relativ günstigen konjunkturellen Situation, insbesondere im Vergleich zur Eurozone, blieb die Kreditrisikosituation der Bank entspannt. Wegen des Kreditwachstums hat sich die Portfoliowertberichtigung weiter erhöht. Die Wachstumsperspektiven in Deutschland sind für 2016 verhalten positiv, sodass wir mit Zuversicht die Fortführung unserer modifizierten Wachstumsstrategie im Firmenkundengeschäft angehen. Basis hierfür ist eine Neudefinition des Risikoappetits der Bank, welche die deutlich gewachsene Eigenkapitalbasis und die erreichte Ertragsstärke berücksichtigt.

Die Volatilität an den Aktien-, Devisen- und Zinsmärkten war höher als im Vorjahr. Die Marktrisikolimits waren in der ersten Jahreshälfte höher ausgenutzt als im Vorjahr, im weiteren Jahresverlauf sank die Ausnutzung. Infolge des

starken Zinsanstiegs am Kapitalmarkt Ende April/Anfang Mai gab es Back Testing-Ausreißer beim Marktrisiko auf der Gesamtbankebene. Das Zinsniveau länger laufender Anleihen im Euroraum hatte zuvor ein neues historisches Tief erreicht. Die EZB belastet inzwischen den Banken erhöhte Negativzinsen bei der Anlage überschüssiger Mittel. Die niedrige und flache Zinsstruktur des Euro hat die Ertragslage 2015 belastet und stellt ein signifikantes Risiko für die Ertragsrechnung der Bank in den nächsten Jahren dar.

Risikokultur

Der Risikokultur kommt in Banken eine besonders hohe Bedeutung zu, wie die Ereignisse zeigen, die zur Finanzkrise geführt haben. Die Risikokultur ist integraler Bestandteil der Unternehmenskultur und soll von jedem einzelnen Mitarbeiter verinnerlicht und im Tagesgeschäft gelebt werden, um ein nachhaltiges Handeln der Bank im Interesse aller Stakeholder sicherzustellen.

Entscheidend hierfür ist, dass das Handeln jedes einzelnen Mitarbeiters im Einklang mit den im Unternehmen einheitlich gelebten ethischen Standards steht. Mit den drei zentralen HSBC-Werten – Zuverlässigkeit, Offenheit und Verbundenheit – hat HSBC solche Verhaltensstandards festgelegt. Ihre Bedeutung im Einzelnen ist wie folgt:

Zuverlässigkeit steht für die Stärkung des persönlichen Verantwortungsgefühls, für das einzustehen, was man für wichtig und richtig hält, sowie dafür, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Als Bestandteil einer internationalen Gruppe ist Offenheit gegenüber unterschiedlichen Ideen und Kulturen ein wichtiger Wert für die erfolgreiche Zusammenarbeit. Darüber hinaus werden die Mitarbeiter der Bank darin bestärkt, eine Kultur der offenen Kommunikation von Risiken zu schaffen, in der aufmerksames Zuhören, das Schätzen von Herausforderungen sowie das Lernen aus Fehlern ausschlaggebend sind.

Verbundenheit drückt sich in der Nähe zu den Kunden, zu der Gesellschaft, aber auch in der Unterstützung der Mitarbeiter untereinander aus. Durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit können wichtige Geschäftsbeziehungen aufgebaut werden, sodass unter Berücksichtigung unterschiedlicher Sichtweisen gute Leistungen und Innovationen erzielt werden können.

Kernpunkt der HSBC-Werte ist der Grundsatz der „Courageous Integrity“. Courageous Integrity bedeutet, den Mut zu haben Entscheidungen zu fällen, ohne Angst zu haben und ohne auf konkrete Anweisungen zu warten, aber auch ohne die ethischen Grundsätze und die Integrität zu kompromittieren, für die das Unternehmen HSBC in Deutschland schon seit über 230 Jahren steht. Dieser Grundsatz bestärkt die Mitarbeiter, Verantwortung für ihr eigenes Handeln zu übernehmen. Er ermutigt sie, Entscheidungen allein zu treffen, ohne sich dabei hinter Rangordnungen und Regeln zu verstecken. Darüber hinaus gibt er ihnen Sicherheit, im Alltag für das einzustehen, was wichtig ist und vor dem zu schützen, was falsch ist.

Risikomanagement-Organisation

Das monatlich tagende Risk Management Committee, dem unter anderem alle Vorstandsmitglieder und Bereichsvorstände angehören, beschäftigt sich mit allen Risikokategorien der Bank. Besondere Bedeutung kommt den Hauptrisiken und den sich abzeichnenden Risiken (Top and Emerging Risks) zu. Zudem hat sich der Stellenwert der Compliancerisiken deutlich erhöht.

Das Risk Management Committee und der Vorstand erhalten regelmäßig Berichte und die Protokolle der weiteren Gremien der Bank, die sich spezifisch mit einzelnen Risikoarten befassen.

Entsprechend dem Konzept der HSBC-Gruppe erstellt jeder Bereich Risk and Control Assessments, in denen die wesentlichen Risiken und die Kernkontrollen dargestellt werden. Weiterhin verfügt jeder Bereich über einen Business Risk and Control Manager, der die Einhaltung der in den täglichen Arbeitsabläufen vorgesehenen Kontrollen überprüft. Der Bereich Operational Risk and Information Security ist unter anderem damit beauftragt, die Qualität der Risk and Control Assessments und die Durchführung der Kontrollen zu überprüfen. Durch diesen Organisationsaufbau ist angemessen gewährleistet, dass Risiken zeitnah erkannt und geeignete Maßnahmen rechtzeitig ergriffen werden – auch in Anbetracht der Spezialisierung und Größe der Bank. Gleichwohl halten wir fest, dass unvorhergesehene Risiken auftreten und niemals vollständig ausgeschlossen werden können.

Deswegen sind kurze Wege zur Geschäftsleitung, ein klares Bewusstsein auf allen hierarchischen Ebenen für eingegangene Risiken, eine Kultur der offenen Kommunika-

tion von Risiken und die stetige Weiterentwicklung des Risikomanagements entscheidend. Das Wertebewusstsein und die Risikokultur werden durch Weiterbildungsmaßnahmen, bei denen sich die Vorstandsmitglieder und Bereichsvorstände aktiv engagieren, im Sinne einer verantwortungsvollen Unternehmenskultur gestärkt.

Eine wichtige Aufgabe für die Früherkennung von Risiken nimmt die Interne Revision wahr, die materiell bedeutende Risiken in ihren Berichten durch die Klassifizierung von Prüfungsfeststellungen besonders kennzeichnet. Zudem berichtet sie dem Vorstand und dem Prüfungs- sowie dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats anhand von Nachschau-Prüfungen über den Fortschritt bei der Beseitigung festgestellter Mängel.

Internal Capital Adequacy Assessment Process

Unser aufsichtsrechtlich orientiertes Kapitalmanagement wird durch eine Analyse des ökonomischen Kapitalbedarfs ergänzt (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP). Der ICAAP basiert auf der zweiten Säule des Baseler Eigenkapitalrahmenwerks und erfüllt die von der deutschen Aufsicht vorgegebenen Mindestanforderungen für das Risikomanagement (MaRisk).

Den MaRisk zufolge haben Kreditinstitute Strategien und Prozesse einzurichten, die gewährleisten, dass genügend internes Kapital zur Abdeckung aller wesentlichen Risiken vorhanden, die Risikotragfähigkeit also permanent gewährleistet ist. Der ICAAP stellt für uns einen integralen Bestandteil der Steuerung dar, der in die Prozesslandschaft des Risikomanagements eingebettet ist und einer fortlaufenden Weiterentwicklung unterliegt.

Die quartalsweise Analyse und laufende Überwachung der Risikotragfähigkeit basiert auf einem GuV-/bilanzorientierten Ansatz und umfasst auch Risikoarten, die in den regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung von Banken nicht enthalten sind (zum Beispiel Liquiditäts- oder Pensionsrisiko). Sowohl die Berechnung des ökonomischen Kapitalbedarfs als auch die Ableitung der Risikodeckungsmasse erfolgt für zwei verschiedene Szenarien, Going Concern- und Liquidationsszenario, die jeweils durch zugehörige Stressbetrachtungen vervollständigt werden. Im Rahmen der Gesamtbank-Stressbetrachtung im Going Concern-Szenario nimmt die Bank eine außergewöhnliche, aber vorstellbare negative Entwicklung der Weltwirtschaft an (zum Beispiel weltweiter Konjunktüre-

bruch mit deutlichem Rückgang des Welthandels oder Verschlechterung der Finanzlage des öffentlichen Sektors) und simuliert so die Auswirkungen auf bestimmte quantifizierbare Risiken. Für nicht vom Szenario erfasste quantifizierbare Risiken werden eigene Stressszenarien definiert und die Auswirkungen analysiert. Neben diesen regelmäßigen Stresstests führt die Bank einmal pro Jahr einen inversen Stresstest durch. Diese Form des Stresstesting ist mit der Identifikation von Ereignissen verbunden, die den eigenen Fortbestand nachhaltig gefährden könnten, d. h. die Risikodeckungsmasse des Going Concern-Szenarios potenziell aufzehren. Als ein mögliches inverses Stressszenario hat HSBC Trinkaus & Burkhardt den Wegfall des Länderfinanzausgleichs identifiziert, infolgedessen sich unter anderem die Risikoprämien der Bundesländer ausweiten.

Die theoretischen Methoden und Modelle zur Quantifizierung des ökonomischen Kapitalbedarfs sind in den verschiedenen Risikoarten unterschiedlich weit entwickelt.

Im Rahmen einer konservativen Vorgehensweise verzichtet die Bank derzeit noch auf die Berücksichtigung von Diversifikationseffekten.

Die Ermittlung des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs passen wir kontinuierlich den wachsenden Anforderungen an. Die Risikotragfähigkeit wird quartalsweise umfassend analysiert und laufend fortgeschrieben. Die zugrunde liegenden Methoden werden im Capital Steering Committee ausführlich diskutiert. Die Protokolle des Capital Steering Committees werden dem Gesamtvorstand zugeleitet und dort behandelt. Außerdem wird der ICAAP einmal im Jahr im Risikoausschuss des Aufsichtsrats besprochen.

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Risikodeckungsmasse	2.070,4	2.034,2
abzüglich regulatorisch erforderlichen Kapitals	-1.041,2	-989,0
Freie Risikodeckungsmasse	1.029,2	1.045,2
Risiken		
Kreditrisiken	146,2	144,0
Marktrisiken (inkl. illiquiden Beteiligungsrisikos)	102,9	104,0
Liquiditätsrisiko	27,3	23,6
Operationelles Risiko	62,7	61,9
Pensionsrisiko	103,0	102,9
Geschäftsrisiko	33,6	30,1
Ökonomisch erforderliches Kapital	475,7	466,5
Ausnutzung der freien Risikodeckungsmasse (in %)	46,2	44,6

Die Risikotragfähigkeit des Konzerns ist unverändert gegeben, und die Eigenkapitalausstattung ist angemessen. Die vorstehende Tabelle zeigt die Risikotragfähigkeit für das Going Concern-Szenario des Konzerns. Danach können per 31. Dezember 2015 maximal 1.029,2 Mio. Euro (Vorjahr: 1.045,2 Mio. Euro) Verlust absorbiert werden (freie Risikodeckungsmasse), ohne dabei die regulatorischen Mindestanforderungen zu verletzen.

Sanierungsplan

Aufgrund seiner Zugehörigkeit zur global vertretenen HSBC-Gruppe, die zu den bedeutendsten und am besten gerateten Bankengruppen der Welt zählt, hat der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern einen Sanierungsplan erarbeitet.

Dieser Sanierungsplan umfasst eine ausführliche Beschreibung der rechtlichen Verhältnisse, der Geschäftsaktivitäten und der externen Verflechtungen. Er definiert mögliche die Ertragslage, die Kapitalausstattung oder die Liquiditätsposition belastende Situationen, die eine Gefährdung der Bank darstellen könnten, und schätzt deren Auswirkungen ab. Für diese Situationen sind zudem mögliche Handlungsalternativen aufgezeigt, die eine Rückkehr in einen normalen operativen Modus ermöglichen. Durch laufend überwachte Indikatoren sind eine frühzeitige Information der Geschäftsführung und das rechtzeitige Einleiten von möglichen Gegenmaßnahmen sichergestellt. Durch diesen Sanierungsplan soll auch vermieden werden, dass die Bank in einem Krisenfall auf öffentliche Hilfen angewiesen ist. Der Plan wird jährlich aktualisiert.

Risikokategorien

Strategische Risiken

Unter strategischen Risiken verstehen wir mögliche Änderungen von Gesetzen und Regulierungen, der Wettbewerbssituation, von gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten, Marktverhältnissen sowie der Leistungsfähigkeit des Konzerns, die auf mittlere Sicht die Ertragskraft beeinträchtigen könnten. Sie ergeben sich zunächst aus dem geänderten Umfeld, dem sich die Banken anpassen müssen. Die neuen Vorschriften zur Eigenkapitalunterlegung und Refinanzierung des Bankgeschäfts werden ungeachtet der Anpassungsmaßnahmen, die wir vornehmen werden, die Rentabilität des von uns betriebenen kundenorientierten Geschäfts verringern. Diese Entwicklung, die durch erhöhte Kosten aus anderen regulatorischen Vorschriften verstärkt wird, erwarten wir nicht nur für unser Haus. Des Weiteren können gesetzgeberische Schritte, wie die Einführung einer Transaktionssteuer oder Einschränkungen beim Verkauf von Finanzprodukten, die Ertragsbasis der Bank dauerhaft beeinträchtigen. Eine große Belastung der Ertragslage der nächsten Jahre wird sich aus dem anhaltenden Niedrigzinsniveau mit erhöhten Negativzinsen in der Einlagenfazilität der EZB ergeben. Regulation und Geldpolitik setzen teils nicht vereinbare Impulse. Ferner resultieren strategische Risiken aus unserer geschäftspolitischen Ausrichtung mit einem sehr selektiven Kundenfokus, weil unsere Kunden aufgrund ihrer Bedeutung im Markt stark umworben werden.

Zur strategischen Position der Bank gehört das Risiko, dass große Teile der Erträge von der Umsatztätigkeit der Kunden an den Aktien-, Renten-, Devisen- und Derivatemärkten sowie von der Aufnahmefähigkeit der Kapitalmärkte für neue Emissionen im Zins- und Aktiengeschäft abhängig sind. Die Diversifizierung unserer Geschäftstätigkeit kann diesem Risiko nur bedingt entgegenwirken. So werden wir zum Beispiel im Rahmen unserer modifizierten Wachstumsstrategie unser Firmenkundengeschäft weiter verstärken und unter anderem hierbei das Auslandsgeschäft, den Zahlungsverkehr und Receivable Finance ausbauen. In begrenztem Umfang können wir diesem Risiko auch dank der starken Integration in die HSBC-Gruppe gezielt entgegensteuern, weil wir dadurch für unsere Kunden auf vielfältige Produkte sowie ein globales Dienstleistungsangebot zugreifen können.

Wir sind zuversichtlich, dass sich die strategische Position der Bank nicht verschlechtern wird, da wir in den vergangenen Jahren in allen Kundensegmenten unsere Marktposition halten oder verbessern konnten. Die Risikoprämien für Adressenausfallrisiken sind weiter gefallen. Einzelne Banken mit niedrigen Ansprüchen an ihre Eigenkapitalverzinsung üben weiterhin Preisdruck aus, und die Margen entsprechen nicht mehr dem Risiko durch einen vollen Kreditzyklus, sondern reflektieren nur noch das derzeitige relativ gute konjunkturelle Umfeld mit historisch niedrigen Ausfallquoten. Diese Entwicklung wird vor allem durch die nachhaltige Überversorgung des Euro-Geldmarkts durch die EZB deutlich verstärkt. Insbesondere in Deutschland ist eine deutliche Überversorgung mit Krediten festzustellen, sodass die Inanspruchnahme relativ zu den eingeräumten Linien weiter niedrig ist.

Das Niedrigzinsumfeld, das zu einer Entwertung einer überwiegend aus Kundengeldern bestehenden Passivseite führt, stellt eine zunehmende Herausforderung dar und wird zu einer deutlichen und anhaltenden Belastung der Ertragskraft führen. Durch die Einführung von Negativzinsen seitens der EZB, die im Dezember auf – 30 Basispunkte gesteigert wurden, sind nicht nur die Konditionenbeiträge aus Einlagen entfallen, sondern wir erwirtschaften, betriebswirtschaftlich betrachtet, Verluste auf der Einlagen- und Anlageseite. Das Anlageergebnis unserer liquiden Mittel sinkt mit jeder Rückzahlung einer festverzinslichen Anleihe signifikant. Dieses Zinsumfeld, das wir bis einschließlich 2018 auf historisch niedrigem Niveau sehen, wird unsere Ertragslage 2016 und in den Folgejahren jeweils mit einem zweistelligen Millionenbetrag belasten.

Bei der weiteren Modernisierung unserer IT-Architektur haben wir begonnen, den Nachholbedarf systematisch abzubauen und primär – neben den regulatorischen Anforderungen – die Dienstleistungen für unsere Kunden weiter zu unterstützen. Die Anpassung an neue Technologien und an das geänderte Umfeld erfordert auch in Zukunft den Einsatz bedeutender personeller und finanzieller Ressourcen. Diese Investitionen werden mit erhöhten Aufwendungen für Lizenz- und Wartungsgebühren von Fremdsoftware sowie für Abschreibungen auf Software und Hardware einhergehen; die Kosten für die Bank erhöhen sich dadurch weiter. Deswegen wirken wir in den Projekten der HSBC-Gruppe aktiv mit, durch welche die Effizienz der bankbetrieblichen Prozesse gesteigert und die Organisa-

tion insgesamt verschlankt werden soll. Hierzu zählt auch die Nutzung von Offshore-Möglichkeiten der HSBC-Gruppe, die wir zunehmend für die Erbringung von Dienstleistungen nutzen.

Die Bank richtet sich auf umfassende neue Regulierungen ein. Die vorliegenden Regelungen übertreffen in Umfang und Komplexität die bisherigen Regelungen bei Weitem. Sorge bereiten zum einen die in Diskussion befindlichen Vorschläge, die eine teils deutliche nochmalige Erhöhung der Eigenkapitalunterlegung fordern. Zum anderen sind erhöhte administrative und Meldevorgaben beschlossen, deren Umsetzung sowohl fachlich als auch bezüglich der erforderlichen IT-Ressourcen eine große Herausforderung darstellt. Damit ist nicht nur der Aufwand zur Einführung der neuen Regelungen gemeint, sondern auch die Einhaltung der Regelungen und Meldepflichten im laufenden Betrieb. Dies führt zu einem permanenten Anstieg regulatorischer Kosten. Der Block der Fixkosten für die Bank wird unabhängig von ihren Ertragsmöglichkeiten erheblich größer und beeinflusst die kosteneffiziente Mindestbetriebsgröße der Bank maßgeblich. Wir sind uns bewusst, dass die bisherigen Regulierungen auch durch das unverantwortliche Handeln einiger weniger Banken verursacht wurde, das es zukünftig zu verhindern gilt, sehen aber die noch kommenden Vorschriften mit Sorge. Der mit dem Transformationsprozess der Bankbranche einhergehende strukturelle und dauerhafte Rückgang der Eigenkapitalrendite wird alle Banken grundsätzlich berühren. Die Bank bereitet sich auf die kommenden Veränderungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv vor.

Generell gilt, dass die fortlaufende Steigerung der Effizienz unabdingbar ist, damit die Wettbewerbssituation der Bank nicht beeinträchtigt wird.

Positiv vermerken wir, dass sich die strategische Ausrichtung der Bank in der Bankenkrise und in der Eurokrise bewährt hat und wir zuversichtlich sind, aufgrund unserer konsequenten Kundenausrichtung die Wachstumsinitiative erfolgreich umsetzen zu können und für unsere Kunden ein zuverlässiger strategischer Partner zu sein.

Adressenausfallrisiken

(a) Definition

Unter Adressenausfallrisiko wird der teilweise oder vollständige Ausfall von Forderungen oder anderen schuld-

rechtlichen Instrumenten verstanden. Es bezeichnet die Gefahr, dass vertraglich zugesagte Leistungen des Geschäftspartners teilweise oder vollständig ausfallen. Wenn diese Gefahr auf Umständen beruht, die ihrerseits aus staatlichem Handeln hervorgehen, spricht man von Länderrisiko. Das Adressenausfallrisiko kann in Kredit-, Emittenten- und Kontrahentenrisiko unterteilt werden. Dabei bezeichnet Kreditrisiko das Risiko, bei dem ein Vertragspartner seinen Verpflichtungen aus der Gewährung von Krediten nicht nachkommen kann. Emittentenrisiko ist das Risiko des Ausfalls des Emittenten eines Wertpapiers. Unter Kontrahentenrisiko versteht man das Risiko, durch den Ausfall eines Vertragspartners vertraglich vereinbarte Gegenleistungen nicht zu erhalten, obwohl die eigene Leistung erbracht wurde.

Von einem Ausfallrisiko können vor allem Kredite und Forderungen, Handelsaktiva, Finanzanlagen sowie Eventualverbindlichkeiten (Finanzgarantien) und Kreditzusagen betroffen sein. Außerdem können bei der Abwicklung des Zahlungsverkehrs, des Devisenhandels sowie des Wertpapierdienstleistungsgeschäfts Anschaffungsrisiken entstehen. Diesen widmen wir trotz der sehr kurzen Erfüllungsfristen erhöhte Aufmerksamkeit.

Die Quantifizierung der Adressenausfallrisiken erfolgt durch die Ermittlung der folgenden Größen:

- Kredit(äquivalenz)betrag (Exposure)
- Verlustquote (Loss given default, LGD)
- Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of default, PD)

Ausfallwahrscheinlichkeiten werden durch die Risikoklassifizierungsverfahren geschätzt. Sicherheiten finden in einer reduzierten Verlustquote Eingang. Der Kreditäquivalenzbetrag selbst entspricht bei Barkrediten dem ausstehenden Kreditbetrag. Bei der Gewährung von Finanzgarantien entspricht der Kreditäquivalenzbetrag dem Höchstbetrag, den die Bank zu begleichen hätte, wenn die Garantie in Anspruch genommen würde. Der Kreditäquivalenzbetrag von Kreditzusagen, die während ihrer Laufzeit nicht oder nur bei einer bedeutenden negativen Veränderung des Markts widerrufen werden können, besteht in Höhe des vollen zugesagten Betrags. Bei Derivaten bestimmt sich der Kreditäquivalenzbetrag als Erwartungswert des positiven Marktwerts zum Zeitpunkt eines möglichen Ausfalls des Kontrahenten.

Das sogenannte Exposure at Default (EAD) ergibt sich aus dem Kreditäquivalenzbetrag durch Anwendung eines Kreditkonversionsfaktors. Dieser repräsentiert den Unterschied zwischen heutigem Kreditäquivalenzbetrag und dem erwarteten Exposure im Falle eines Kreditereignisses. Exposure at Default, Verlustquote und Ausfallwahrscheinlichkeit werden zur Bestimmung des erwarteten wie des unerwarteten Verlusts eines Kreditengagements herangezogen.

(b) Kreditrisikostategie

Die Kreditrisikostategie, die mit dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats abgestimmt ist, gibt den Entscheidungsrahmen für das Eingehen von Ausfallrisiken vor. Sie wird regelmäßig überprüft und an die aktuellen Erfordernisse angepasst.

Uns leitet der Grundsatz der Risikodiversifizierung. Wir streben daher an, unsere Kreditrisiken möglichst breit auf Branchen und Kreditnehmer beziehungsweise Kontrahenten zu verteilen. Gleichzeitig legen wir Wert darauf, dass der Kreditnehmer über einen ausreichenden Finanzierungsspielraum verfügt.

Die Bank hält sich im direkten Auslandskreditgeschäft bewusst zurück, es sei denn, sie begleitet eigene Kunden bei ihren Geschäften in der Welt. Hier sind wir dann mithilfe der lokalen HSBC-Einheiten in der Lage, umfassende Lösungen vor Ort anzubieten. Auf expliziten Kundenwunsch ist die Bank auch bereit, ausländische Tochtergesellschaften ihrer Kunden direkt zu finanzieren, sofern die Muttergesellschaft diese Kredite in rechtlich einwandfreier und durchsetzbarer Art und Weise garantiert.

(c) Risikoklassifizierungsverfahren

Die Bank verwendet zur Risikoklassifizierung eine 23-stufige interne Rating-Skala, um die Kreditqualität ihrer Kunden einzuordnen. Wir verwenden jeweils unterschiedliche Rating-Systeme für die vier Kundengruppen Internationale Großunternehmen, Deutscher Mittelstand, Banken und Finanzdienstleister. Diese Rating-Systeme werden um Risikoklassifizierungsverfahren für vermögende Privatkunden und deutsche Bundesländer ergänzt.

Das Rating-System für Kunden des deutschen Mittelstands ist eine Eigenentwicklung unseres Hauses. Es beruht auf einer statistischen Komponente zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation des Kreditnehmers anhand seiner Finanzdaten. Diese Komponente haben wir mithilfe

interner Kundendaten entwickelt. Ergänzend kommt ein Expertensystem zur qualitativen Bewertung des Kunden und seines wirtschaftlichen Umfelds durch den zuständigen Kundenbetreuer hinzu. Ein Regelwerk zur Anerkennung von Haftungsverhältnissen innerhalb von Konzernverbänden vervollständigt das Rating-System.

Die Rating-Systeme für internationale Großunternehmen, Banken und Finanzdienstleister hat unser Haus von der HSBC-Gruppe übernommen, nachdem ihre Eignung intern geprüft worden war. Wir nutzen damit für die international ausgerichteten Portfolios indirekt die umfangreiche Datenhistorie und die zusätzliche Expertise der Spezialisten innerhalb der HSBC-Gruppe. Die Rating-Systeme von HSBC werden um eine qualitative Bewertung der Unternehmen und von deren wirtschaftlichem Umfeld durch die zuständigen Kundenbetreuer und die lokalen Kreditexperten ergänzt. Diese Bewertung ergänzt die statistische Analyse der Finanzdaten und die Analyse des Branchen- und Länderrisikos.

Im Bereich der Vermögenden Privatkunden setzt die Bank ein zehnstufiges internes Risikoklassifizierungsverfahren ein, um die Kreditqualität ihrer Kunden einzuordnen. Das Verfahren ist jedoch von untergeordneter Bedeutung, da das Kreditgeschäft mit vermögenden Privatkunden in der Regel auf besicherter Basis stattfindet.

Für deutsche Bundesländer gibt es ebenfalls ein im Wesentlichen qualitatives Risikoklassifizierungsverfahren, das auf die Parameter Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, Verschuldung pro Kopf, Bevölkerungsgröße sowie Zahlungen an den oder aus dem Länderfinanzausgleich abstellt.

Die granulare 23-stufige interne Rating-Skala, das sogenannte Customer Risk Rating (CRR), kann in eine zehnstufige Skala zusammengefasst und anschließend in die folgenden Gruppen übergeleitet werden.

Interne Rating-Skala	Zwölfmonatige Ausfallwahrscheinlichkeit in %
CRR 1 und CRR 2	0–0,169
CRR 3	0,170–0,740
CRR 4 und CRR 5	0,741–4,914
CRR 6 bis CRR 8	4,915–99,999
CRR 9 und CRR 10	100

Definition der Gruppen:

- CRR 1- und CRR 2-Engagements weisen eine hohe Zahlungsfähigkeit aus mit einer vernachlässigbaren oder niedrigen Ausfallwahrscheinlichkeit.
- CRR 3-Engagements erfordern eine eingehendere Überwachung, weisen jedoch eine gute Zahlungsfähigkeit auf, um den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Die Ausfallwahrscheinlichkeit ist befriedigend.
- CRR 4- und CRR 5-Engagements erfordern eine eingehendere Überwachung und weisen eine durchschnittliche Zahlungsfähigkeit auf, um den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Die Ausfallwahrscheinlichkeit ist moderat.
- CRR 6- bis CRR 8-Engagements erfordern eine laufende an die Kundensituation angepasste Kontrolle. Die Ausfallwahrscheinlichkeit ist erhöht.
- CRR 9- und CRR 10-Engagements gelten als ausgefallen. Es handelt sich um Forderungen, bei denen die Bank davon ausgeht, dass es unwahrscheinlich ist, dass der Kunde die Kreditverpflichtung vollständig erfüllen wird, ohne dass die Bank auf hinterlegte Sicherheiten zugreifen muss.

Alle internen Rating-Modelle werden jährlich validiert. Insbesondere bei dem Rating-Modell für Mittelstandskunden werden zusätzliche Bilanzdaten von einem externen Anbieter verwendet, um die Qualität der Validierung zu verbessern. Für die internationalen Großunternehmen, den deutschen Mittelstand, Banken und Finanzdienstleister werden die aufsichtsrechtlich zugelassenen internen Rating-Modelle für die regulatorische Eigenkapitalunterlegung angewendet. Die Bank verwendet hierbei den einfachen IRB-Ansatz, bei dem die Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) der Kunden intern geschätzt wird. Für die Verlustquote (LGD) und den Risikopositionswert (EAD) wird auf die aufsichtsrechtlichen Standardparameter abgestellt. Die Bank plant, mittelfristig den fortgeschrittenen IRB-Ansatz einzuführen. Als Vorbereitung für die regulatorische Zulassung verwendet die Bank für die ökonomische Steuerung der Risikotragfähigkeit interne Modelle zur Schätzung der Verlustquote (LGD) und des Risikopositionswerts (EAD). Das interne LGD-Modell für die Unternehmenskunden ist seit Dezember 2012 im Einsatz, und das EAD-Modell wird seit Januar 2014 angewendet. Kunden aus dem Bereich

Global Private Banking sowie Staaten und staatliche Einrichtungen werden für die regulatorische Eigenkapitalunterlegung im Standardansatz behandelt.

Pflege, Überwachung und Weiterentwicklung der von der Bank verwendeten Kreditrisikomesssysteme, vor allem des hauseigenen Mittelstands-Rating-Modells, fallen in die Zuständigkeit des Bereichs Risk Control.

(d) Limite

Der Vorstand hat Kreditkompetenzen (differenziert nach Größenordnung, Seniorität der Kompetenzträger und Bonität des Kreditnehmers) unter Beachtung der gesetzlichen Regelungen für Groß- und Organkredite delegiert (Kompetenzordnung). Maßstab für die gewährte Kreditkompetenz sind die Qualifikation und die Krediterfahrung der Mitarbeiter.

Kreditrisiken, die ein Länderrisiko einschließen, sollen nur im Rahmen genehmigter Länderlimite eingegangen werden.

Länderrisiken werden gesondert limitiert und überwacht. Die Geschäftsleitung genehmigt Länderlimite auf der Grundlage von Analysen der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den jeweiligen Ländern und berichtet sie dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats. Die Bank nutzt bei der Analyse die umfassende Expertise im weltweiten HSBC-Verbund. Die Limite werden mindestens einmal jährlich überprüft.

Länder, für die ein Länderlimit festgelegt wird, werden nach ihrer Bonität in sechs Stufen (Prime, Normal, Fair, Case by Case, Restricted, Constrained) klassifiziert.

Länderrisiken – Ausnahmen sind HSBC-Gruppenlinien – übernimmt die Bank nur im Zusammenhang mit kommerziellem Geschäft der Kunden. Ausnahmen bilden die Liquiditätsbestände der Bank. Der Grundsatz der Risikostreuung ist in jedem Fall zu beachten.

Differenziert nach Länderbonität und Laufzeit sind Kompetenzen zur Genehmigung von Länderrisiken delegiert, die im Rahmen von Kreditgenehmigungen gemäß Kompetenzordnung der Bank genutzt werden können. Die Ausnutzung der Limite wird dem Vorstand und dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats vierteljährlich berichtet und Länderlimite gegebenenfalls zur Anpassung vorgeschlagen.

Die Einhaltung von Länderlimiten wird täglich überwacht. Sie berücksichtigen auch Risikotransfers in andere Länder oder aus anderen Ländern.

Die Überwachung der Kreditinanspruchnahmen erfolgt auf täglicher Basis mithilfe eines Risikolimitsystems.

(e) Organisation des Kreditprozesses

Die Organisation des Kreditprozesses ist auf Größe und Zielgruppen des Kreditgeschäfts zugeschnitten und gewährleistet bei der Zusammenarbeit der Kundenbetreuer, Unternehmensanalysten und Marktfolge, dass Adressenausfallrisiken rechtzeitig erkannt und qualifiziert bearbeitet werden.

Das interne Rating, das Expertenwissen der am Kreditprozess Beteiligten sowie gegebenenfalls die gestellten Sicherheiten stellen die Basis für die Kreditentscheidung dar.

Vor einer Kreditgewährung sucht die Bank nach Möglichkeiten, das Kreditengagement anhand der Kundenbedürfnisse zu strukturieren. Infrage kommen neben bilateralen Kreditlinien zum Beispiel auch Syndizierungen und Kreditverbriefungen durch Schuldscheindarlehen oder die Begebung von Anleihen.

Jedes Kreditrisiko muss einmal jährlich überprüft, klassifiziert und dem Genehmigungsprozedere unterworfen werden, je nach Bonitätsklasse auch häufiger. Hierbei wird auch geprüft, inwieweit die Kundenverbindung im Verhältnis zur Risikoübernahme angemessen ertragreich ist. Bei Kunden mit Verbindungen zu anderen HSBC-Einheiten prüfen wir dies auch anhand globaler Ertragskennzahlen.

Bei nicht vertragsgerecht bedienten, zweifelhaften oder problembehafteten Forderungen werden unter Federführung der Marktfolge Strategien und Lösungen von Teams erarbeitet, die aus Mitarbeitern der Kundenbetreuung sowie der Marktfolge und der Rechtsabteilung bestehen.

Wir bilden für Kreditengagements mit stark erhöhtem Ausfallrisiko, d. h. bei Vorliegen objektiver substanzieller Hinweise, eine Risikovorsorge. Dafür werden die zukünftigen Zahlungen aus dem Kredit und gegebenenfalls aus der Verwertung von Sicherheiten über die Kreditlaufzeit hinweg geschätzt. Auf diese Weise können wir den Barwert dieser Zahlungen mit dem Buchwert des Kreditengagements vergleichen. Die Risikovorsorge deckt den so ermittelten Fehlbetrag in voller Höhe ab.

In regelmäßigen Abständen prüft die Interne Revision das Kreditgeschäft, sowohl die adressenbezogenen Kreditrisiken als auch die Arbeitsabläufe und -methoden.

(f) Maximales Ausfallrisiko

Das maximale Ausfallrisiko gemäß IFRS 7 entspricht dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte einschließlich der OTC-Derivate. Börsengehandelte Derivate unterliegen aufgrund des Margin-Systems keinem Ausfallrisiko.

Erhaltene Sicherheiten und andere Risikoreduzierungs-techniken sind dabei nicht eingerechnet. Das theoretisch maximale Ausfallrisiko zum Bilanzstichtag wird in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

	31.12.2015		31.12.2014*	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Kredite und Forderungen	9.062,7	28,9	8.033,7	26,3
an Kreditinstitute	1.186,5	3,8	1.494,8	4,9
an Kunden	7.876,2	25,1	6.538,9	21,4
Handelsaktiva	5.556,2	17,7	6.513,5	21,3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.725,2	5,5	2.155,0	7,1
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.161,9	3,7	1.872,3	6,1
Handelbare Forderungen	929,2	3,0	557,6	1,8
OTC-Derivate	1.738,8	5,5	1.928,6	6,3
Derivate des Bankbuchs	1,1	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen*	5.688,6	18,1	5.856,5	19,3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.390,8	17,2	5.375,5	17,7
Aktien*	0,0	0,0	0,0	0,0
Investmentanteile	64,8	0,2	170,1	0,6
Schuldscheindarlehen	149,6	0,5	214,7	0,7
Beteiligungen	83,4	0,2	96,2	0,3
Eventualverbindlichkeiten	2.310,9	7,4	2.042,4	6,7
Kreditzusagen	8.769,6	27,9	8.067,7	26,4
Insgesamt	31.388,0	100,0	30.513,8	100,0

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

Die Forderungen an Kreditinstitute sowie die Forderungen an Kunden weisen wir im Risikobericht vor Abzug der Risikovorsorge aus.

Speziell im Derivategeschäft werden Netting-Vereinbarungen und Vereinbarungen über die Unterlegung von Marktwerten mit bestimmten Sicherheiten abgeschlossen. Bei Netting-Vereinbarungen können gegenläufige Kontrakte mit einem einzelnen Kunden oder Kontrahenten unter bestimmten Voraussetzungen gegeneinander aufgerechnet werden. Diese Vereinbarungen verringern das zuvor dar-

gestellte maximale Ausfallrisiko deutlich (vgl. Note „Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen“).

(g) Sicherheiten und andere Risikominderungs-techniken

Eine Besicherung wird grundsätzlich dort vereinbart, wo es geboten ist – beispielsweise bei langfristigen Finanzierungen, Kreditnehmern mit schwächeren Bonitäten oder reinen Wertpapierkrediten.

Die folgenden Tabellen geben den Zusammenhang zwischen dem maximalen Ausfallrisiko im Kreditbuch und den finanziellen Sicherheiten wieder:

in Mio. €		31.12.2015			
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Gesamtsumme	1.186,5	7.876,2	2.310,9	8.769,6	20.143,2
davon unbesichert	1.178,8	7.082,2	2.180,7	8.696,4	19.138,1
davon vollbesichert	7,7	367,6	54,5	0,0	429,8
davon teilbesichert	0,0	426,4	75,7	73,2	575,3
Betrag der Teilbesicherung	0,0	241,3	34,2	23,1	298,6

in Mio. €		31.12.2014			
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Gesamtsumme	1.494,8	6.538,9	2.042,4	8.067,7	18.143,8
davon unbesichert	1.416,8	5.598,4	1.787,0	7.938,0	16.740,2
davon vollbesichert	0,0	481,4	89,0	98,7	669,1
davon teilbesichert	78,0	459,1	166,4	31,0	734,5
Betrag der Teilbesicherung	15,0	271,3	100,1	8,5	394,9

Die Kreditsicherheiten werden in EDV-Systemen erfasst und überwacht, welche die Bank selbst entwickelt hat. Eine Zuordnung der Sicherheiten zu einer Kreditlinie wird im Liniensystem vorgenommen.

Werden Finanzsicherheiten angenommen, werden die verpfändeten Konten und Depots im EDV-System erfasst. Sie werden täglich bewertet. Dazu dient ein EDV-Programm, das die Stammdaten der Sicherheiten mit den Konto- beziehungsweise Depotdaten verknüpft. Für die Bewertung werden Standardbeleihungssätze für verschiedene Finanzsicherheiten vorgegeben, von denen bei Bedarf durch Einzelfallentscheidungen der Kompetenzträger abgewichen werden kann (zum Beispiel zur Vermeidung von Klumpenrisiken). Sind für bestimmte Wertpapiere keine Standardbeleihungssätze definiert, wird individuell unter Einbeziehung der Kreditkompetenzträger darüber entschieden, ob eine Anerkennung als Sicherheit möglich ist und bis zu welcher Höhe ein Beleihungswert berücksichtigt werden darf.

Finanzsicherheiten in Form von Verpfändungen von Konten und Depots bei Drittbanken werden nur in Ausnahmefällen akzeptiert. Eine Bewertung erfolgt nur, wenn wir regelmäßig und zeitnah Bestandsbestätigungen von der Drittbank erhalten und die Qualität der Drittbank für uns ausreichend ist. Unser Ziel ist es immer, dass die Finanzsicherheiten zu uns transferiert werden.

Die Bewertung von Gewährleistungen und Garantien ergibt sich aus der Garantiesumme, die im Vertrag festgelegt ist, und der Bonität des Garanten. Demgegenüber werden Sachsicherheiten (Abtretungen von Forderungen und Rechten sowie Sicherungsübereignungen von Gegenständen) aufgrund der individuellen Besonderheiten jedes Einzelfalls nicht nach festen Regeln bewertet. Vielmehr berücksichtigen wir hier alle relevanten Risikoparameter. So werden bei der Bewertung beispielsweise der juristische Status der Sicherheitenvereinbarung, die Kreditqualität der abgetretenen Forderung, bei Sicherungsübereignungen auch der Standort, die Liquidierbarkeit der Sachwerte

sowie die Volatilität der Marktwerte in Betracht gezogen. Abhängig vom Ergebnis dieser Analyse wird für jede gestellte Sicherheit ein Bewertungsabschlag festgelegt.

Grundsschulden sollen innerhalb von 60 %, in Einzelfällen von bis zu 65 % des ermittelten Beleihungswerts liegen. Die Basis bildet der mit anerkannten gutachterlichen Methoden festgestellte Verkehrswert. Bei Immobilien basiert der Verkehrswert in der Regel auf dem Ertragswert. Liegt bei wohnwirtschaftlichen Immobilien eine überwiegende Eigennutzung vor, kann auch der Sachwert angesetzt werden.

Als Sicherheiten im Auslandsgeschäft kommen insbesondere staatliche und privatwirtschaftliche Kreditversicherungen und Bankgarantien in Betracht. Garantien von privaten Kreditversicherern bilden auch die Basis für das Receivable Finance-Geschäft. Sie werden in Höhe der jeweils versicherten Ansprüche berücksichtigt.

Die gestellten Sicherheiten werden in regelmäßigen Abständen geprüft. Bei Grundpfandrechten bewerten wir das Beleihungsobjekt in der Regel spätestens nach drei Jahren neu. Bei Zessionen und Sicherungsübereignungen ist von den Kompetenzträgern festzulegen, in welchen zeitlichen Abständen und welchem Detail- und Aussagegrad der Kunde entsprechende Nachweise für die Sicherheiten vorlegen soll.

Bei bewerteten Sicherheiten wird ihr jeweiliger Sicherungswert, gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Obergrenzen (zur Vermeidung von Klumpenrisiken), für den Risikoausweis automatisch berücksichtigt.

Die ordnungsgemäße Bestellung der Sicherheiten zu einer Kreditlinie wird mithilfe des Liniensystems überwacht.

(h) Angaben zur Kreditqualität

Kredite und Forderungen sowie Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen

in Mio. €	31.12.2015				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Weder überfällig noch wertgemindert	1.186,5	7.680,1	2.310,9	8.769,6	19.947,1
Überfällig, aber nicht wertgemindert	0,0	174,1	0,0	0,0	174,1
Einzelwertberichtigt *	0,0	22,0	0,0	0,0	22,0
Insgesamt	1.186,5	7.876,2	2.310,9	8.769,6	20.143,2

in Mio. €	31.12.2014				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Weder überfällig noch wertgemindert	1.494,8	6.324,4	2.042,4	8.067,7	17.929,3
Überfällig, aber nicht wertgemindert	0,0	194,3	0,0	0,0	194,3
Einzelwertberichtigt *	0,0	20,2	0,0	0,0	20,2
Insgesamt	1.494,8	6.538,9	2.042,4	8.067,7	18.143,8

* Einschließlich der Bildung von Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft.

Handelsaktiva und Finanzanlagen

In der folgenden Übersicht werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigt, deren externe Ratings (in der Regel Standard & Poor's)

regelmäßig verfügbar sind. Falls verschiedene Rating-Agenturen zu unterschiedlichen Bewertungen desselben finanziellen Vermögenswerts kommen, erfolgt die Zuordnung in die jeweils schlechtere Rating-Klasse.

in Mio. €	31.12.2015			31.12.2014		
	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Insgesamt	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Insgesamt
AAA	511,9	2.259,4	2.771,3	744,9	2.216,9	2.961,8
AA+ bis AA-	918,6	1.696,9	2.615,5	1.123,4	1.877,1	3.000,5
A+ bis A-	98,3	174,0	272,3	113,4	145,4	258,8
BBB+ bis BBB-	53,2	1.027,9	1.081,1	54,8	908,8	963,6
Schlechter als BBB-	0,0	223,1	223,1	0,2	217,5	217,7
Ohne Rating	143,2	9,5	152,7	118,3	9,8	128,1
Insgesamt	1.725,2	5.390,8	7.116,0	2.155,0	5.375,5	7.530,5

Die Kreditqualität der handelbaren Forderungen in den Handelsaktiva und Finanzanlagen wird mit internen Rating-Verfahren (CRR) ermittelt und zeigt sich zum Bilanzstichtag wie folgt:

in Mio. €	31.12.2015			31.12.2014		
	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Insgesamt	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Insgesamt
CRR 1 und CRR 2	723,6	96,4	820,0	422,3	98,3	520,6
CRR 3	205,6	53,2	258,8	135,3	110,3	245,6
CRR 4 und CRR 5	0,0	0,0	0,0	0,0	5,1	5,1
CRR 6 bis CRR 8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
CRR 9	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	1,0
Insgesamt	929,2	149,6	1.078,8	557,6	214,7	772,3

Zur Beurteilung der Kreditqualität von OTC-Derivaten werden deren Marktwerte im Folgenden nach Kreditnehmerherkunft und -art aufgeschlüsselt:

		31.12.2015		31.12.2014	
		in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
OECD	Banken	1.189,2	68,4	1.292,7	67,1
	Finanzinstitute	248,2	14,3	326,1	16,9
	Sonstige	294,9	16,9	309,1	16,0
Nicht OECD	Banken	6,7	0,4	0,7	0,0
	Finanzinstitute	0,5	0,0	0,0	0,0
	Sonstige	0,4	0,0	0,0	0,0
Insgesamt		1.739,9	100,0	1.928,6	100,0

(i) Angaben zu Engagements, die weder überfällig noch wertgemindert sind

Wir ermitteln die Qualität der Kredite und Forderungen sowie von Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen, die

weder überfällig noch wertgemindert sind, mit internen Rating-Verfahren (CRR) (vgl. Abschnitt (c) Risikoklassifizierungssysteme). Die Kreditqualität zeigt sich zum Bilanzstichtag wie folgt:

in Mio. €	31.12.2015				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
CRR 1 und CRR 2	635,8	1.917,2	796,9	3.936,5	7.286,4
CRR 3	534,4	3.263,3	917,3	3.655,6	8.370,6
CRR 4 und CRR 5	9,3	2.426,6	511,0	1.153,9	4.100,8
CRR 6 bis CRR 8	7,0	72,7	85,7	22,6	188,0
CRR 9	0,0	0,3	0,0	1,0	1,3
Insgesamt	1.186,5	7.680,1	2.310,9	8.769,6	19.947,1

in Mio. €	31.12.2014				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
CRR 1 und CRR 2	821,7	1.125,5	744,4	3.157,1	5.848,7
CRR 3	585,7	3.195,8	749,6	3.753,7	8.284,8
CRR 4 und CRR 5	7,5	1.917,1	509,4	1.114,4	3.548,4
CRR 6 bis CRR 8	79,9	77,2	38,5	41,6	237,2
CRR 9	0,0	8,8	0,5	0,9	10,2
Insgesamt	1.494,8	6.324,4	2.042,4	8.067,7	17.929,3

(j) Angaben zu neu verhandelten und gestundeten problembehafteten Engagements

Als neu verhandelte Forderungen werden problembehaftete Kredite ausgewiesen, die in einer Weise restrukturiert wurden, dass die Bank aus wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen einem Kunden aufgrund seiner finanziellen Probleme Zugeständnisse eingeräumt hat, die sie unter anderen Umständen nicht bereit gewesen wäre auszusprechen. Darüber hinaus vereinbart die Bank mit Kunden in finanziellen Schwierigkeiten Stundungen, um die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen für einen begrenzten Zeitraum zu erleichtern. Allerdings muss der während der Stundungsphase nicht gezahlte Betrag zu einem späteren Zeitpunkt wieder ausgeglichen werden. In beiden Fällen führen wir eine Verlusteinschätzung durch und bilden, soweit es notwendig ist, eine Wertberichtigung und berichten diese Kredite als wertgemindert. In den Forderungen an Kunden sind neu verhandelte oder gestundete Forderungen in Höhe von 45,4 Mio. Euro (Vorjahr: 43,9 Mio. Euro) enthalten. Die Wertberichtigungen auf neu verhandelte oder gestundete Forderungen zum Bilanzstichtag belaufen sich auf 13,1 Mio. Euro (Vorjahr: 13,3 Mio. Euro).

(k) Angaben zu Krediten und Forderungen, die überfällig, aber nicht wertgemindert sind

Kredite und Forderungen, die trotz einer Überfälligkeit nicht wertgemindert sind, belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 174,1 Mio. Euro (Vorjahr: 194,3 Mio. Euro) und bestehen ausschließlich gegenüber Kunden. Davon resultieren 168,3 Mio. Euro (Vorjahr: 193,7 Mio. Euro) aus dem Ankauf kreditversicherter Forderungen im Factoring-Geschäft. Der Fair Value der Sicherheiten im Factoring-Geschäft beläuft sich auf 151,4 Mio. Euro (Vorjahr: 174,9 Mio. Euro). Von einer entsprechenden Wertminderung sehen wir ab, weil wir davon ausgehen, dass die Forderungen voll einbringlich sind. Aus den überfälligen, aber nicht wertgeminderten Forderungen sind 137,9 Mio. Euro seit weniger als 30 Tagen und 36,2 Mio. Euro zwischen 30 Tagen und 90 Tagen überfällig.

(l) Angaben zu Engagements, für die eine Risikovorsorge gebildet wurde

Die Bank nimmt eine Risikovorsorge vor, sobald objektive substanzielle Hinweise vorliegen, die darauf schließen lassen, dass der Wert eines finanziellen Vermögenswerts gemindert ist. Als derartige Hinweise gelten erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners sowie hiermit verbundene Zugeständnisse unsererseits an den Kreditnehmer. Dazu zählen auch Vertragsverletzungen wie Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen. Hinzu kommen die Gefahr eines Insolvenzverfahrens oder eines sonstigen Sanierungsbedarfs, das Verschwinden eines aktiven Markts für diesen finanziellen Vermögenswert oder sonstige Hinweise, die darauf schließen lassen, dass der erzielbare Betrag unter dem Buchwert für diese Art von Krediten liegt. Ein weiterer möglicher Hinweis ist die substanzielle Wertminderung der Kreditsicherheit, wenn der Kredit im Wesentlichen auf diese Sicherheit abzustellen ist. Liegt einer dieser Hinweise vor, wird die Höhe der Wertminderung aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Wenn statistisch verlässliche Vergleichsdaten fehlen, schätzen sachkundige, erfahrene Mitarbeiter der Marktfolge die voraussichtlich erzielbaren Werte. Problematische Engagements, für die eine Risikovorsorge gebildet wurde, werden von ihrer Bonität her als Ausfall eingestuft und damit automatisch der CRR 9 und 10 zugeordnet. Zur Berücksichtigung von Länderrisiken kann indes unabhängig von der Bonitätsstufe des Kreditnehmers eine Risikovorsorge gebildet werden. Die Risikovorsorge für Länderrisiken beläuft sich auf 1,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1,0 Mio. Euro).

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Darstellung der einzelwertberichtigten finanziellen Vermögenswerte zum Bilanzstichtag wieder:

in Mio. €	31.12.2015			31.12.2014		
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Gesamt	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Gesamt
Buchwert vor EWB *						
CRR 9	0,0	16,7	16,7	0,0	14,4	14,4
CRR 10	0,0	5,3	5,3	0,0	5,8	5,8
Summe	0,0	22,0	22,0	0,0	20,2	20,2
EWB *						
CRR 9	0,0	9,5	9,5	0,0	9,6	9,6
CRR 10	0,0	4,7	4,7	0,0	4,8	4,8
Summe	0,0	14,2	14,2	0,0	14,4	14,4
Buchwert nach EWB *	0,0	7,8	7,8	0,0	5,8	5,8

* EWB: Wertberichtigung auf Einzelbasis.

Neben Wertberichtigungen auf Einzelbasis nimmt die Bank Wertberichtigungen auf Portfoliobasis vor. Diese betragen für Kredite und Forderungen 14,2 Mio. Euro (Vorjahr: 15,2 Mio. Euro) und für Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen 15,2 Mio. Euro (Vorjahr: 13,1 Mio. Euro).

Die Wertberichtigungen auf Finanzanlagen betragen zum Bilanzstichtag 42,0 Mio. Euro (Vorjahr: 35,6 Mio. Euro).

(m) Angaben zu erhaltenen Sicherheiten

Für Kredite und Forderungen, die einzelwertberichtigt sind, hält die Bank zum Stichtag Sicherheiten in Höhe von 2,8 Mio. Euro (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro).

(n) Verwertung erhaltener Sicherheiten und Abruf anderer Kreditverbesserungen

Im Jahr 2015 wurden Sicherheiten und andere Kreditverbesserungen in Höhe von 0,9 Mio. Euro (Vorjahr: 0,5 Mio. Euro) verwertet beziehungsweise abgerufen.

(o) Angaben zur Ausfallrisikokonzentration

Eine Konzentration des Kreditrisikos kann vorliegen, wenn viele Schuldner ähnlichen Aktivitäten nachgehen oder in derselben geografischen Region tätig sind. Dann wird die Fähigkeit all dieser Schuldner, ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Bank nachzukommen, stark von einzelnen Änderungen in den wirtschaftlichen, politischen oder sonstigen Rahmenbedingungen beeinflusst. Daher überwacht die Bank ihre Kreditrisikokonzentrationen nach Branchen und Regionen. Darüber hinaus kann eine Konzentration des Kreditrisikos auch vorliegen, wenn ein unverhältnismäßig hoher Anteil des Kreditrisikos sich auf einzelne Kreditnehmer konzentriert. Deshalb überwacht die Bank zusätzlich die Konzentration in Einzeladressen, um eine möglichst breite Verteilung des Ausfallrisikos zu erreichen. Weitere Aussagen zu potenziell existierenden Konzentrationsrisiken können anhand eines Portfoliomodells gemacht werden, das explizit Ausfallkorrelationen im Zeitverlauf berücksichtigt.

Zum Bilanzstichtag gliedert sich das maximale Ausfallrisiko der Bank wie folgt nach Branchen und Regionen:

	31.12.2015		31.12.2014	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Risikokonzentration nach Branchen				
Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige	17.700,4	56,4	16.627,4	54,5
Kreditinstitute und Finanzierungsinstitutionen	8.095,4	25,8	8.612,4*	28,3
Öffentliche Haushalte	5.352,7	17,0	5.047,6	16,5
Wirtschaftlich unselbstständige Personen	239,5	0,8	226,4	0,7
Insgesamt	31.388,0	100,0	30.513,8*	100,0

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

Die Aufteilung nach Branchen zeigt, dass das maximale Ausfallrisiko im Wesentlichen zum einen gegenüber Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen und zum anderen gegenüber Kreditinstituten besteht. Von dem Ausfall-

risiko gegenüber Kreditinstituten entfallen 1.850,7 Mio. Euro (Vorjahr: 2.053,6 Mio. Euro) auf andere Einheiten der HSBC-Gruppe.

	31.12.2015		31.12.2014	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Risikokonzentration nach Regionen				
Inland	20.755,5	66,2	20.454,6	67,0
Sonstige EU (zuzüglich Norwegen und der Schweiz)	7.956,3	25,3	7.772,0*	25,6
Nordamerika	1.247,0	4,0	647,6	2,1
Asien	633,1	2,0	738,1	2,4
Resteuropa	563,9	1,8	561,2	1,8
Südamerika	157,7	0,5	219,7	0,7
Ozeanien	38,8	0,1	47,0	0,2
Afrika	35,7	0,1	73,6	0,2
Insgesamt	31.388,0	100,0	30.513,8*	100,0

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

Der Gliederung nach Regionen ist zu entnehmen, dass sich ein wesentlicher Teil der Kredite und Forderungen auf das Inland sowie auf EU-Länder zuzüglich Norwegen und der Schweiz konzentriert.

In ausgewählten europäischen Ländern bestanden zum Bilanzstichtag folgende Exposures:

in Mio. €	31.12.2015			
	Staaten	Banken	Sonstige Kunden	Insgesamt
Spanien	298,5	11,5	62,0	372,0
Italien	299,6	0,7	83,8	384,1
Irland	0,0	0,3	28,3	28,6
Griechenland	0,0	0,1	4,0	4,1
Portugal	0,0	0,5	1,7	2,2
Ungarn	0,0	0,1	2,2	2,2

in Mio. €	31.12.2014			
	Staaten	Banken	Sonstige Kunden	Insgesamt
Spanien	226,7	46,3	75,8	348,8
Italien	229,2	3,6	129,5	362,2
Irland	0,0	0,3	47,2	47,5
Griechenland	0,0	0,2	3,0	3,2
Portugal	0,0	0,3	1,5	1,8
Ungarn	0,0	0,0	0,8	0,8

(p) Kreditportfoliosteuerung

Für die Bereitstellung der ökonomischen risikogewichteten Aktiva der Kreditpositionen sowie die Analyse der Kreditrisiken auf Portfolioebene ist der Bereich Risk Control verantwortlich. Hierzu nutzt die Bank das auch in der HSBC-Gruppe verwendete Kreditportfoliomodell RiskFrontier, das auf Grundlage des Merton-Ansatzes und eines Multi-Faktor-Korrelationsmodells sowohl Korrelationsrisiken innerhalb von Ländern, Branchen und Konzernen als auch Wertveränderungen aufgrund von Migrationsrisiken berücksichtigt. Die Risikoanalyse des Kreditportfolios mit RiskFrontier wird stichtagsbezogen zum Quartalsultimo durchgeführt, und deren Ergebnisse fließen als Kreditrisikoanteil in die institutsweite interne Risikotragfähigkeitsanalyse (ICAAP) ein.

Zur täglichen Überwachung der Kreditrisikolimiten zwischen den Quartalsstichtagen wird ein vereinfachtes Portfoliomodell auf Basis der im Rahmen der IRBA-Meldung etablierten Kreditrisikomesssysteme verwendet. Zur Berücksichtigung von Korrelationsrisiken und Migrationsrisiken in der täglichen Überwachung wird anhand der vierteljährlichen Berechnung ein Skalierungsfaktor zwischen RiskFrontier

und dem vereinfachten Portfoliomodell abgeleitet und auf die Ergebnisse des vereinfachten Modells angewendet.

(q) Stress-Test

Vierteljährlich werden sowohl die regulatorische als auch die ökonomische Risikoberechnung des Kreditportfolios verschiedenen Stress-Test-Szenarien unterzogen. Die Konzeptionierung der Stress-Tests sowie die Berechnung und Analyse der Ergebnisse werden vom Bereich Risk Control unter Einbeziehung der Kreditabteilung und der Geschäftsbereiche vorgenommen. Dabei findet ebenfalls eine sehr enge Abstimmung sowohl hinsichtlich Methode als auch Szenarien mit der HSBC-Gruppe statt.

Operationelle Risiken

Als operationelles Risiko bezeichnen wir die Gefahr von Verlusten, die infolge einer Unzulänglichkeit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Operationelle Risiken sind in jedem Unternehmensbereich vorhanden

und umfassen ein breites Spektrum. Rechtsrisiken werden ebenfalls als operationelle Risiken betrachtet.

Um die Effektivität des Risikomanagements und des Kontrollumfelds sicherzustellen, hat die Bank drei Sicherungsebenen installiert: Die erste Ebene bilden die Risiko- und Kontrollverantwortlichen sowie unterstützend die sogenannten Business Risk Control Manager in den Bereichen und Tochtergesellschaften, die sicherstellen, dass die Kernkontrollen entsprechend den jeweils gültigen Arbeitsablaufbeschreibungen ausgeführt und die Risiken auf das aus Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten gewünschte Maß reduziert werden. Hierzu werden besonders wichtige Kontrollen eingehend geprüft und die Ergebnisse dieser Prüfungen formal dokumentiert, um auf dieser Basis gegebenenfalls notwendige Verbesserungsmaßnahmen einzuleiten. In der zweiten Ebene überwachen vor allem die Bereiche Operational Risk and Information Security, Regulatory Compliance und Financial Crime Compliance die Bewertung der Risiken und die Durchführung der Kontrollen. Die dritte Ebene wird von der Internen Revision im Rahmen der Durchführung von Revisionsprüfungen abgedeckt.

Der Ausschuss für operationelle Risiken und interne Kontrollen für operationelle einschließlich rechtlicher Risiken ist das zentrale Gremium für die übergreifende Steuerung von operationellen Risiken. Der Ausschuss tagt alle zwei Monate unter dem Vorsitz des für die Risikokontrolle zuständigen Mitglieds des Vorstands. Der Ausschuss ist ein wichtiger Bestandteil der Risikomanagement-Organisation und ermöglicht eine integrative und ressortübergreifende Kontrolle der operationellen Risiken in der Bank und konzernweit.

Der Ausschuss legt die Richtlinien und Standards zur Überwachung des internen Kontrollumfelds fest und ist für die Weiterentwicklung der Methoden, Verfahren und Prozesse des Managements operationeller Risiken verantwortlich. Zu den Kernaufgaben gehören vor allem auch die Überwachung des Risikoprofils der Gesamtbank und die Einleitung von geeigneten Maßnahmen, wenn sich das Risikoprofil außerhalb des gesetzten Rahmens bewegt.

Das Risk Management Committee der Bank nimmt die Protokolle des Ausschusses zur Kenntnis und diskutiert besonders wichtige Punkte. Dadurch ist sichergestellt, dass alle Mitglieder des Vorstands fortlaufend über aktuelle Entwicklungen und das Risikoprofil der Bank informiert sind. Gegebenenfalls wird der Vorstand der Bank auch in-

volviert, um Maßnahmen bei bedeutenden Schadensfällen oder Entscheidungen des Ausschusses für operationelle Risiken zu autorisieren.

Einmal jährlich berichtet der Leiter des Bereichs Operational Risk and Information Security dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats über alle Aktivitäten des Bereichs und des Ausschusses für operationelle Risiken. Hierzu gehört auch die Darstellung der Gesamtverluste einschließlich der Erläuterung von besonderen Ereignissen.

Dem Vorstand liegt besonders daran, eine Risikokultur zu leben, in der Risiken frühzeitig erkannt und ebenso direkt wie offen kommuniziert werden. Die Arbeit des Ausschusses hat in den zurückliegenden Jahren das Bewusstsein für operationelle Risiken bei allen Mitarbeitern deutlich erhöht. Informationen, die operationelle Risiken betreffen, werden in die täglichen Entscheidungsprozesse einbezogen. Jede neue Mitarbeiterin und jeder neue Mitarbeiter muss an einer Pflichtschulung zum Thema operationelle Risiken teilnehmen.

Im Rahmen des Managements operationeller Risiken setzen wir verschiedene Instrumente ein: Die Analyse von internen Ereignissen hilft, aus Fehlern zu lernen und existierende Prozess- und Kontrollschwächen abzustellen. Revisionsberichte liefern wertvolle Hinweise auf Prozess- und Systemschwächen. Die Betrachtung externer Ereignisse unterstützt dabei, bisher unerkannte Prozess- und Kontrollschwächen sowie Risiken, die bei anderen Banken schlagend geworden sind, vorausschauend zu identifizieren und zu vermeiden, dass uns ähnliche Ereignisse treffen.

Eine zentrale Methode zur proaktiven Bestimmung von materiellen Risiken ist das sogenannte Risk and Control Assessment. Im Rahmen eines strukturierten Brainstorming-Prozesses werden die Kernrisiken einschließlich der Kernkontrollen für jeden aus einer Risikoperspektive bedeutenden Bereich oder Prozess identifiziert und dokumentiert. Das Verfahren umfasst eine Einschätzung einerseits des inhärenten Risikos vor Berücksichtigung der Effektivität des Kontrollumfelds und andererseits des Residualrisikos nach Berücksichtigung der Effektivität der implementierten Kernkontrollen. Das Residualrisiko wird auf Basis des erwarteten typischen Verlusts aus operationellen Risiken und des Gefahrenpotenzials in einem schwerwiegenden Fall bewertet. In diesem Zusammenhang werden direkte finanzielle Kosten und indirekte Fol-

gen für Kundenservice, Reputation sowie aufsichtsrechtliche Konsequenzen berücksichtigt. Des Weiteren setzen wir Methoden der Szenarioanalyse zur Bestimmung der größten operationellen Risiken ein und verwenden Schlüsselindikatoren, um möglichst frühzeitig eine Veränderung der Höhe von Risiken beziehungsweise eine Verschlechterung der Kontrolleffektivität zu bemerken.

Operationelle Risiken werden einschließlich ihrer Bewertung, der implementierten Kontrollen, der eingeleiteten Maßnahmen sowie der aufgetretenen Schadensfälle formal dokumentiert. Dazu dient ein von der HSBC-Gruppe entwickeltes EDV-System. Die Geschäftsbereiche und Tochtergesellschaften sind dafür verantwortlich, dass die gespeicherten Informationen jederzeit das aktuelle Risikoprofil widerspiegeln.

Die Bank mindert operationelle Risiken durch ständige Kontrollen der Arbeitsabläufe, durch Sicherheitsvorkehrungen und nicht zuletzt durch den Einsatz qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Teil sind operationelle Risiken durch Versicherungen gedeckt. Die Prozesse in der Bank werden regelmäßig analysiert und fortlaufend verbessert. Insbesondere ist der Bereich Operational Risk and Information Security auch bei der Konzeption und Genehmigung von neuen Produkten und Services eingebunden, um sicherzustellen, dass operationelle Risiken frühzeitig identifiziert und durch geeignete Maßnahmen minimiert werden. Flache Hierarchien und direkte Kommunikation ermöglichen es, Probleme schnell zu beheben und damit Risiken zu reduzieren.

Arbeitsablaufbeschreibungen legen für die einzelnen Prozesse detailliert die dazu gehörenden Kontrollen fest. Auf das Vier-Augen-Prinzip wird dabei besonderer Wert gelegt. Die Arbeitsablaufbeschreibungen werden regelmäßig überarbeitet und zentral verwaltet. Die Bank hat im Berichtsjahr die Dokumentation von Strategien und Geschäftsprozessen verbessert und wird diese Aufgabe auch im laufenden Geschäftsjahr konsequent weiterführen.

Das Management von Informationsrisiken erfolgt durch den Information Security Risk-Ausschuss. Der Ausschuss tagt quartalsweise, um relevante Fragestellungen zu diskutieren, Schwerpunkte festzulegen und entsprechende Maßnahmen zu beschließen.

Für jeden Bereich und jede Tochtergesellschaft sind Business Information Risk Officers benannt. Hierdurch ist

sichergestellt, dass Informationsrisiken aus einer ganzheitlichen Perspektive betrachtet und neben technologischen auch fachliche, rechtliche und konzeptionelle Fragen umfassend berücksichtigt werden.

Die Einhaltung der Richtlinien der HSBC-Gruppe ist durch die Einbindung des Leiters Information Security Risk in die entsprechenden Aktivitäten der HSBC-Gruppe sichergestellt.

Die Bedeutung von Compliancerisiken hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Unter Compliancerisiken versteht die Bank die Gefahr von Schäden, welche die Bank erleiden kann, falls Aktivitäten nicht den gültigen Rechtsbestimmungen oder international maßgeblichen Vorgaben entsprechend ausgeübt werden. Beispiele für wesentliche Bestimmungen sind das Wertpapierhandelsgesetz, das Geldwäschegesetz sowie auch Sanktionsbestimmungen. Die Nichteinhaltung von relevanten Bestimmungen kann die Reputation der Bank gefährden, Schadensersatzpflichten bewirken sowie aufsichtsrechtliche Maßnahmen einschließlich der Festsetzung von Geldstrafen auslösen.

Entsprechend der Organisation in der HSBC-Gruppe hat die Bank zur Steuerung und Überwachung von Compliancerisiken eine Aufteilung in Financial Crime Compliance (FCC) und Regulatory Compliance (RC) vorgenommen. Die Leiter Regulatory Compliance und Financial Crime Compliance berichten direkt an die Vorstandssprecherin sowie funktional an den Risikovorstand und sind darüber hinaus in die Complianceorganisation der HSBC-Gruppe eingebunden. Sie geben die für die Empfänger erforderlichen Informationen über aktuelle rechtliche Entwicklungen mit Compliancerelevanz, Ergebnisse von Kontrollhandlungen, Feststellungen aus sonstigen Quellen, operative Problemstellungen, Themen aus dem Bereich der Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie sonstiger strafbarer Handlungen in Bezug auf die Bank und ihre Tochtergesellschaften weiter.

Die Leiter Financial Crime Compliance und Regulatory Compliance sind ständige Mitglieder im Risk Management Committee (RMC) der Bank und berichten dort auf monatlicher Basis über die Compliancerisiken im Unternehmen. Daneben ist der Leiter FCC Mitglied des Global Standards In-Country Execution Committee, das sich um die Einführung höchster Standards im Bereich der Geldwäschebekämpfung, Sanktionsbefolgung und der Verhinderung von Terrorismusfinanzierung kümmert.

Die Steuerung und Überwachung von Compliancerisiken wird durch die beiden Compliancebereiche gemeinschaftlich ausgeführt.

Marktrisiken

Unter Marktrisiko wird das Ausmaß verstanden, in dem sich der Marktwert eines Finanzinstruments aufgrund von Änderungen der Marktpreisparameter zuungunsten der Bank entwickeln kann. Zum Marktrisiko zählen die Risikoarten Zinsrisiko (inklusive Credit Spread-Risiken), Wechselkursrisiken sowie Aktien- und sonstige Preisrisiken. Marktrisiken resultieren für die Bank vorwiegend aus dem Handel mit Zins-, Aktien- und Devisenprodukten sowie, in geringem Maße, aus Rohwarenprodukten ohne physische Lieferung.

Um Marktrisiken unter normalen Marktbedingungen zu messen, verwenden wir seit Jahren Value at Risk-Ansätze. Als Value at Risk bezeichnen wir den potenziellen Verlustbetrag, der über einen bestimmten Zeitraum (Risikohorizont) bei unveränderter Position mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird. In der operationellen Steuerung der Marktrisiken der Bank werden dabei ein Risikohorizont von einem Handelstag und ein Konfidenzniveau von 99 % betrachtet. Für die Berechnung ökonomischer und aufsichtsrechtlicher Kapitalanforderungen kommen andere Risikohorizonte und Konfidenzniveaus zum Einsatz. Auch diese Zahlen beruhen jedoch grundsätzlich auf dem gleichen Modell und werden zum Teil direkt abgelesen, zum Teil gemäß Risikohorizont und Konfidenzniveau skaliert. Die Zahlen in diesem Abschnitt sind grundsätzlich der operativen Steuerung (ein Tag Haltedauer und 99 % Konfidenz) entnommen.

Unser Value at Risk-Modell beruht auf einer historischen Simulation der Risikofaktoren über eine Periode von 500 gleichgewichteten Handelstagen und deckt Zins-, Aktien-, Devisen- und Volatilitätsrisiken ab. Dabei werden alle Positionen unter Berücksichtigung veränderter Marktparameter komplett neu bewertet (zur Bewertung der Finanzinstrumente siehe auch Note „Fair Value der Finanzinstrumente“ in den Erläuterungen zum Konzernabschluss). Bei Zinsrisiken berücksichtigen wir sowohl allgemeine Zinsrisiken, die aus einer Veränderung des Marktzinsniveaus resultieren, als auch Spread-Risiken verschiedener Emittenten beziehungsweise Emittentenklassen.

Als Risikofaktoren sind vor allem berücksichtigt:

- Aktienkassakurse und Aktienindizes
- Devisenkassakurse
- Rohwarenkurse
- Zero-Zinssätze für idealtypische Laufzeiten aus Swap-Zinskurven
- Credit Spreads für verschiedene Kategorien wie Pfandbriefe, Bundesländeranleihen und Bankanleihen mit weiteren Differenzierungen nach Bonität und/oder Laufzeit
- Aktien- und Aktienindexoptionsvolatilitäten für idealtypische Laufzeiten
- Devisenoptionsvolatilitäten für idealtypische Laufzeiten
- Volatilitäten von Optionen auf Bundesanleihen für idealtypische Laufzeiten
- Cap-/Floor-Volatilitäten für idealtypische Laufzeiten
- Swaption-Volatilitäten für idealtypische Laufzeiten

Emittentenspezifische Zinsrisiken werden weiterhin außerhalb des Risikomodells im Kreditrisikoprozess erfasst und durch Emittentenrisikolimits begrenzt. Im Handelsbuch der AG werden sie darüber hinaus über den aufsichtsrechtlichen Standardansatz abgedeckt.

Die Qualität der Risikomessung sichern wir durch das tägliche Back Testing des Modells. Dabei vergleichen wir das Bewertungsergebnis (Clean P&L) für die am Vortag vorhandene Handelsposition mit dem dafür berechneten Value at Risk-Wert. Überschreitet bei dieser Analyse das Bewertungsergebnis als Verlust den Value at Risk-Wert, so spricht man von einem negativen Back Testing-Ausreißer. Zusätzlich wird beim Back Testing auch das ökonomische Bewertungsergebnis unter Berücksichtigung von Neugeschäften (Dirty P&L) herangezogen.

Im Jahr 2015 traten im Handelsbuch der Bank fünf Back Testing-Ausreißer auf. Die ausführliche Analyse der Ausreißer führte zu keiner Identifizierung einer Modellschwäche. Die Ausreißer waren im Wesentlichen zurückzuführen auf

außerordentliche Marktbewegungen aus der Entkopplung des Schweizer Franken vom Euro in einem Fall sowie aus Zinsänderungen bei langen Laufzeiten in vier Fällen.

Das interne Value at Risk-Modell zur Erfassung der Marktrisiken kommt grundsätzlich für alle Einheiten des Konzerns und alle Handels- und Anlagebuchbestände zum

Einsatz. Darunter fallen auch die dem Anlagebuch zugehörigen konsolidierungspflichtigen Sondervermögen. Im Folgenden sind die Marktrisiken des Konzerns nach Risikokategorie auf Ebene des Handelsbuchs und des Bankbuchs aufgelistet:

in Mio. €		2015		
		31.12.	Maximum	Durchschnitt
Handelsbuch	Zinsrisiko	3,2	5,8	3,0
	Währungsrisiko	0,1	0,4	0,1
	Aktien-/Indexrisiko	0,6	1,1	0,5
	Credit Spread-Risiko	2,0	3,2	2,3
	Rohwarenrisiko	0,0	0,1	0,0
	Diversifikation	2,6	3,4	2,6
	Gesamtes Risiko	3,3	5,6	3,3
Bankbuch	Zinsrisiko	1,6	3,5	1,4
	Währungsrisiko	0,1	2,0	1,1
	Aktien-/Indexrisiko	1,8	3,5	2,6
	Credit Spread-Risiko	2,3	3,3	2,3
	Rohwarenrisiko	(-)	(-)	(-)
	Diversifikation	2,2	4,6	2,9
	Gesamtes Risiko	3,7	6,0	4,5

in Mio. €		2014		
		31.12.	Maximum	Durchschnitt
Handelsbuch	Zinsrisiko	2,6	4,8	3,6
	Währungsrisiko	0,1	0,3	0,1
	Aktien-/Indexrisiko	0,4	1,7	0,7
	Credit Spread-Risiko	3,1	3,5	3,0
	Rohwarenrisiko	0,0	0,1	0,0
	Diversifikation	2,5	4,4	2,7
	Gesamtes Risiko	3,7	5,9	4,7
Bankbuch	Zinsrisiko	0,6	2,1	1,1
	Währungsrisiko	1,7	1,7	0,5
	Aktien-/Indexrisiko	2,0	2,0	1,6
	Credit Spread-Risiko	3,0	3,7	3,0
	Rohwarenrisiko	(-)	(-)	(-)
	Diversifikation	2,9	3,7	2,1
	Gesamtes Risiko	4,4	5,4	4,0

Nach wie vor stellen auf Zinsen (inklusive allgemeiner Credit Spread-Risiken) und Aktien bezogene Risiken die größten Marktrisiken der Bank dar. Die Schwankungsin-tensität des Jahresverlaufs für den Value at Risk im Bank-buch ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Im Handelsbuch war eine Zunahme der Schwankungsbreite aufgrund höherer Schwankungen des Zinsrisikos zu ver-zeichnen.

Unser internes Value at Risk-Modell wenden wir auch an, um Marktrisiken in den von der INKA verwalteten Sonder-vermögen zu quantifizieren.

Darüber hinaus wird der sogenannte Krisen-Risikobetrag (Stressed Value at Risk) berichtet. Die zugrunde liegende Periode besonderen Stresses an den Märkten wurde auch für das Jahr 2015 mit März 2008 bis Februar 2009 identi-fiziert. Das zur Berechnung des Krisen-Risikobetrags her-angezogene Modell stimmt weitestgehend mit dem zur Bestimmung des normalen Values at Risk überein. Zur Ver-meidung von Skalierungsannahmen wurde jedoch direkt auf einer Historie von überlappenden Zehn-Tage-Perioden gerechnet. Analog zu den aufsichtsrechtlichen Vorgaben wurde die Länge der Historie auf ein Jahr statt bisher 500 Handelstage fixiert. Der Krisen-Risikobetrag schwank-te im Verlauf des Jahres 2015 stärker als der normale Value at Risk. Ausschlaggebend dafür sind sogenannte Gap-Risiken, die im Zusammenhang mit börsengehandel-ten Knockout-Produkten entstehen. Betragsmäßig lag der Krisen-Risikobetrag 2015 in der Regel deutlich über dem normalen Value at Risk. Im Februar 2015 fiel er jedoch kurzzeitig auf das Niveau des normalen Values at Risk zu-rück. Zum Berichtsstichtag lag der Krisen-Risikobetrag bei 7,1 Mio. Euro.

Zusätzlich zur Limitierung des Values at Risk kommen Sensitivitäts-, Volumen- und Laufzeitlimite zum Einsatz. Sie dienen einerseits dazu, Konzentrationsrisiken zu ver-meiden, andererseits helfen sie, solche Risiken zu berück-sichtigen, die nur unvollständig im Modell erfasst sind. Value at Risk-Ansätze sind nicht dazu geeignet, Verluste abzuschätzen, die in extremen Marktsituationen und bei zuvor nie beobachteten Ereignissen eintreten können. Daher führen wir zur vollständigen Risikoerkennung ergän-zend ein tägliches Stress Testing durch. Dabei untersuchen wir die Auswirkung von extremen Marktbewegungen auf den Wert der Positionen. Die Ergebnisse des Stress Testings gehören zum täglichen Risiko-Reporting und ver-mitteln wertvolle zusätzliche Informationen. Für die unter

Stress-Ereignissen auftretenden Verluste sind separate Limite definiert. Die verwendeten Szenarien werden regel-mäßig überprüft und bei Bedarf angepasst.

Das Asset and Liability Management Committee teilt die Marktrisikolimite unter Berücksichtigung der Risikotrag-fähigkeit der Bank und der Vorgaben der HSBC-Gruppe den Handelsbereichen zu und passt sie, falls erforderlich, im Laufe des Jahres an. Die Einhaltung aller Marktrisiko-limite wird vom Bereich Risk Control täglich auf der Basis der Übernachtpositionen überwacht. Risk Control meldet diverse Risikozahlen zur konzernweiten Zusammenfas-sung von Marktrisiken an den HSBC-Konzern. Bei einer Akkumulation von Handelsverlusten eines Handelsbe-reichs wird sein Value at Risk-Limit automatisch gekürzt.

Als Marktliquiditätsrisiko wird das Risiko verstanden, auf-grund unzulänglicher Markttiefe oder Marktstörungen Geschäfte nicht oder nur mit Verlusten auflösen bezie-hungsweise glattstellen zu können. Das Management die-ses Risikos erfolgt unter anderem durch die Vergabe von Volumen- und Laufzeitlimiten, sodass dieses Risiko für uns nur von untergeordneter Bedeutung ist. Bei Bedarf wird diesem Risiko im Rahmen einer vorsichtigen Bewer-tung entsprechend Rechnung getragen. Ökonomische Sicherungsbeziehungen werden lediglich in dem Rahmen bilanziell abgebildet (Hedge Accounting), in dem diese die strikten Voraussetzungen der IFRS erfüllen.

Liquiditätsrisiken

(a) Definition

Unter Liquiditätsrisiko verstehen wir die Gefahr der Zah-lungsunfähigkeit, die entsteht, wenn längerfristige Aktiva kürzerfristig finanziert werden oder unerwartet auftretende Geldabflüsse nicht ausgeglichen werden können. Das Liquiditätsrisiko kann auch in möglichen Verlusten, die sich als Folge aktiver Maßnahmen gegen eine drohende Zah-lungsunfähigkeit ergeben, bestehen.

(b) Strategie

Unsere Liquiditätsrisikostategie sieht vor, dass die Bank ohne Rückgriff auf die HSBC-Gruppe jederzeit selbst finanziert ist und auch im Notfall ohne Beistand der HSBC-Gruppe ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen kann. Die laufende Mittelbeschaffung am Kapitalmarkt bei institu-tionellen Investoren (Wholesale Funding) hat für unsere Liquiditätssteuerung keine nennenswerte Bedeutung.

Wir verfügen daher derzeit weder über ein Medium Term Note- noch über ein Commercial Paper-Programm und begeben auch keine Certificates of Deposits. Unsere primäre Finanzierungsquelle stellen Kundeneinlagen dar.

Die Bank verfügt im Rahmen der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO) der EZB über einen signifikanten Refinanzierungsspielraum, der aber für die Refinanzierung nicht genutzt wird, gleichwohl im nicht wahrscheinlichen Notfall eine erhebliche Rolle spielen kann.

(c) Steuerung des Liquiditätsrisikos

Das Risiko einer Zahlungsunfähigkeit verringern wir durch unseren hohen Liquiditätspuffer und die verantwortungsvolle Strukturierung der Aktiva und Passiva. Unsere Risikotoleranz bei Liquiditätsrisiken haben wir anhand quantitativer und qualitativer Kriterien in unserem internen Rahmenwerk festgelegt. Darin sind strenge Maßstäbe für Liquiditäts- und Finanzierungskennzahlen vorgegeben, um auch bei extremen Ereignissen jederzeit zahlungsfähig zu bleiben. Zur Früherkennung von Liquiditätsrisiken sind Schwellenwerte für verschiedene Beobachtungsgrößen definiert, die bei Verletzung in Eskalationsverfahren münden, die in einem dreistufigen und kurzfristig aktivierbaren Liquiditätsnotfallplan konkretisiert sind.

Während die operative Liquiditätssteuerung durch den Geschäftsbereich Treasury erfolgt, wird das strukturelle Liquiditätsrisiko der Bank durch das Asset and Liability Management Committee (ALCO) im Rahmen der mit der

HSBC-Gruppe abgestimmten Limite verantwortet. Zu den Aufgaben von ALCO gehören diesbezüglich die Überwachung der Liquiditäts- und Finanzierungskennzahlen, die regelmäßige Anpassung der Liquiditätsrisikostategie und die Festlegung innerbetrieblicher Verrechnungspreise für Liquidität. Der Bereich Asset Liability and Capital Management (ALCM) ist für die Erstellung aller Richtlinien im Zusammenhang mit dem Liquiditätsrisikomanagement im Sinne der MaRisk sowie für die Übernahme von Methoden der HSBC-Gruppe und deren Qualitätssicherung zuständig. Die regelmäßige Aktualisierung des Liquiditätsnotfallplans obliegt dem Treasury.

Unsere interne Liquiditätssteuerung beruht auf zwei zentralen Beobachtungs- und Steuerungskennzahlen: Zum einen bestimmen wir die Liquidity Coverage Ratio (LCR), zum anderen erstellen wir Liquiditätsprognosen, um die Widerstandsfähigkeit der Bank im Hinblick auf verschiedene Stressszenarien zu bewerten.

(d) Liquidity Coverage Ratio

Die LCR ist eine Kennzahl zur Bewertung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos von Banken und setzt den Bestand an hochliquiden finanziellen Aktiva ins Verhältnis zum gesamten Nettozahlungsmittelfluss der nächsten 30 Tage. Diese Ratio betrug zum Jahresende 1,25 (Vorjahr: 1,26).

in %	Liquidity Coverage Ratio	
	2015	2014
31.12.	1,25	1,26
Minimum	1,24	1,18
Maximum	1,61	2,18
Durchschnitt	1,41	1,54
Aufsichtsrechtliches Minimum	0,60	-

(e) Liquiditätsprognosen und Liquiditätspuffer

Die Liquiditätsprognosen leiten sich aus sechs verschiedenen Stressszenarien ab, von denen fünf einheitlich in der HSBC-Gruppe verwendet werden. Die Szenarien unterscheiden sich durch unterschiedliche Annahmen für Liquiditätsabflüsse und Wertveränderungen von Wertpapieren, die mit institutsspezifischen oder marktweiten Ereignissen

in Verbindung gebracht werden können. In jedem Szenario prognostizieren wir über mehrere Laufzeitbänder die kumulierte Veränderung der Zahlungsein- und -ausgänge, wobei in den institutsspezifischen Szenarien ein vollständiger Abzug der nicht als Bodensatz qualifizierten Kundeneinlagen innerhalb von drei Monaten und eine erhöhte Ziehung offener Kreditzusagen von bis zu 25 % im glei-

chen Zeitraum unterstellt werden. Dadurch entstehende Zahlungsmitteldefizite müssen durch die Verwertung des Liquiditätspuffers aus marktgängigen Aktiva ausgeglichen werden können. Dabei werden je nach Szenario unterschiedliche Bewertungsabschläge vorgenommen.

Die Mindesthöhe des dazu erforderlichen Puffers in einem institutskritischen Szenario stellt damit auch bei unerwarteten Zahlungsmittelabflüssen die Zahlungsfähigkeit der Bank jederzeit sicher. Das institutskritische Szenario ergibt sich aus einer jährlichen Risikobewertung in Zusammenarbeit mit der HSBC-Gruppe auf Basis in- und externer Faktoren und wird durch ein bankeigenes Szenario ergänzt, das die Auswirkung einer Ratingherabstufung von bis zu drei Ratingstufen simuliert.

Der kumulierte Nettosaldo der liquiden Mittel im Zeitraum bis zu drei Monaten und nach Verwertung des Liquiditätspuffers im institutskritischen Szenario ist eine wichtige interne Liquiditätskennzahl. Sie muss deutlich positiv sein.

Der Liquiditätspuffer besteht zu großen Teilen aus öffentlichen Anleihen, Pfandbriefen und anderen notenbankfähigen Aktiva, die nicht als Sicherheiten anderweitig eingesetzt sind. Zur Berücksichtigung des Marktliquiditätsrisikos werden die Wertpapiere je nach Liquiditätsklasse mit unterschiedlich hohen Abschlägen auf ihren Marktwert im Liquiditätspuffer berücksichtigt. Wertpapier- oder Barsicherheiten, die für Besicherungs- oder Margin-Verpflichtungen an Dritte übertragen wurden, sind im Liquiditätspuffer nicht enthalten. Zum 31. Dezember 2015 hatten wir einen Beleihungswert von 4,15 Mrd. Euro bei der Bundesbank hinterlegt (Vorjahr: 2,95 Mrd. Euro) und damit in dieser Höhe potenziellen Zugriff auf Notenbankkredite. Wir haben 2015 im Rahmen von Testgeschäften zur Validierung unseres Liquiditätsnotfallplans in geringem Umfang an einem Hauptrefinanzierungstender der EZB teilgenommen.

Zum Jahresende beliefen sich im relevanten Szenario die prognostizierten Mittelzuflüsse zusammen mit den Erlösen aus der Verwertung des Liquiditätspuffers nach drei Monaten auf 102 % der prognostizierten Mittelabflüsse (Vorjahr: 109 %).

Mittelzuflüsse und Erlöse aus der Verwertung des Liquiditätspuffers im Verhältnis zu den Mittelabflüssen				
	Nach einem Monat		Nach drei Monaten	
in %	2015	2014	2015	2014
31.12.	102	109	102	109
Minimum	102	99	102	101
Maximum	109	113	106	109
Durchschnitt	105	106	103	105

(f) Eventualverbindlichkeiten aus zugesagten Kreditlinien

Die folgende Tabelle zeigt die Höhe der fünf größten ungezogenen Barkreditlinien sowie derjenigen, die dem größten Marktsektor zugesagt sind. Diese Größen sind im Rahmen der Liquiditätssteuerung limitiert.

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Ungezogene zugesagte Barkreditlinien		
Die fünf größten	1.186,3	1.069,3
An den größten Marktsektor	1.938,0	1.699,8

(g) Finanzierungsstruktur und Liquiditätsablaufbilanzen

Die fristenkongruente Finanzierungsstruktur überwachen wir anhand regelmäßig erstellter Liquiditätsablaufbilanzen, bei denen die Liquiditätsbindung, getrennt nach vertraglichen und erwarteten Laufzeiten, betrachtet wird. Zudem wird die Abhängigkeit von einzelnen Gläubigern durch Konzentrationsquoten für die 20 größten Gläubiger gemessen. Es bestehen weder materielle Konzentrationen bei den Vermögenswerten und Finanzierungsquellen noch in Bezug auf Fremdwährungen.

Wir begeben keine Finanzierungsinstrumente, die eine beschleunigte Rückzahlung in Abhängigkeit von einer Verschlechterung der eigenen Bonität vorsehen oder statt in bar durch Lieferung eigener Aktien beglichen werden können.

nen. Besicherungsverpflichtungen in bar oder Wertpapieren können im Zusammenhang mit börsengehandelten Geschäften, die über zentrale Gegenparteien abgewickelt werden, einseitig entstehen. Beidseitig entstehen Besicherungsverpflichtungen bei OTC-Geschäften, die unter Rahmenverträgen mit Besicherungsanhängen abgeschlossen werden. Die Einzelgeschäfte unterliegen dabei üblicherweise Netting-Vereinbarungen.

Zur Darstellung des Liquiditätsrisikos der Bank geben wir im Folgenden einen Überblick über die Restlaufzeiten der finanziellen Verbindlichkeiten. Dabei werden die vertraglich vereinbarten Mittelflüsse einschließlich zukünftiger Zinszahlungen undiskontiert ausgewiesen. Derartige nichtdiskontierte Mittelflüsse können vom Buchwert abweichen, wie er in der Bilanz ausgewiesen ist.

in Mio. €	31.12.2015						
	Buchwert	Σ	Bruttoabflüsse (undiskontiert)				
			< 1 Mon.	1–3 Mon.	3–12 Mon.	12 Mon.–5 J.	> 5 J.
Finanzielle Verbindlichkeiten innerhalb der Bilanz:							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	752,4	759,6	643,8	6,0	3,7	77,9	28,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	12.928,8	12.938,5	12.117,9	547,9	228,0	40,7	4,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	10,0	10,8	0,4	0,0	0,0	10,4	0,0
Handelspassiva (ohne Derivate*)	2.720,9	3.735,3	165,5	261,0	867,2	524,1	1.917,5
Sonstige Passiva	71,4	71,4	65,7	2,3	3,4	0,0	0,0
Nachrangkapital	458,2	542,8	0,0	0,6	47,1	240,1	255,0
Zwischensumme	17.055,7	18.058,4	12.993,3	817,8	1.149,4	893,2	2.204,7
Finanzielle Verbindlichkeiten außerhalb der Bilanz:							
Finanzgarantien	2.293,9	2.293,9	2.293,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Kreditzusagen	8.769,6	8.769,6	8.769,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	28.119,2	29.121,9	24.056,8	817,8	1.149,4	893,2	2.204,7

* Entsprechend IFRS 7 werden in der Liquiditätsanalyse nach vertraglichen Restlaufzeiten keine Derivate berücksichtigt.

in Mio. €	31.12.2014						
	Buchwert	Σ	Bruttoabflüsse (undiskontiert)				
< 1 Mon.			1–3 Mon.	3–12 Mon.	12 Mon.–5 J.	> 5 J.	
Finanzielle Verbindlichkeiten innerhalb der Bilanz:							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	875,3	876,2	785,9	5,6	0,0	17,8	66,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.093,9	13.096,6	12.382,4	283,3	201,8	199,1	30,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	10,0	11,2	0,4	0,0	0,0	10,8	0,0
Handelsspassiva (ohne Derivate*)	2.726,1	3.023,4	333,4	125,8	543,8	1.472,1	548,3
Sonstige Passiva	54,0	54,0	43,2	2,9	7,9	0,0	0,0
Nachrangkapital**	458,2	588,6	0,0	0,6	16,5	158,9	412,6
Zwischensumme	17.217,5	17.650,0	13.545,3	418,2	770,0	1.858,7	1.057,8
Finanzielle Verbindlichkeiten außerhalb der Bilanz:							
Finanzgarantien	2.042,1	2.042,1	2.042,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Kreditzusagen	8.067,7	8.067,7	8.067,7	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	27.327,3	27.759,8	23.655,1	418,2	770,0	1.858,7	1.057,8

* Entsprechend IFRS 7 werden in der Liquiditätsanalyse nach vertraglichen Restlaufzeiten keine Derivate berücksichtigt.

** Vergleichswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

Die Analyse der Restlaufzeiten zeigt, dass der Großteil der Finanzinstrumente innerhalb der ersten drei Monate nach dem Bilanzstichtag vertraglich fällig ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die tatsächlichen Zahlungen aus bilanziellen und außerbilanziellen Verpflichtungen regelmäßig später als zum vertraglich frühestmöglichen Zeitpunkt erfolgen.

IFRS 7 verlangt die Darstellung der Bruttoabflüsse nach vertraglichen Restlaufzeiten. Der Aussagegehalt einer solchen Tabelle zur Liquidität der Bank ist begrenzt, weil vor allem die erwarteten, Verhaltensannahmen unterliegenden Zahlungsströme für die wirksame Steuerung verwendet werden. Die Ausführungen zur internen Liquiditätssteuerung sowie die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen geben einen wesentlich besseren Einblick in die Liquiditätsposition.

(h) Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Seit Anfang 2014 ist die Verordnung über Aufsichtsbedingungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (CRR) als europäisches Recht auch unmittelbar in Deutschland geltendes Recht. Die CRR beinhaltet weite Teile der als Basel III bekannten Änderungen der aufsichtsrechtlichen Vorschriften. Ein Schwerpunkt dieser Verordnung sind die Regelungen zur Liquidität. Es werden zwei neue Kenn-

zahlen zur Überwachung der Liquiditätslage von Kreditinstituten definiert:

- Liquidity Coverage Ratio (LCR)
- Net Stable Funding Ratio (NSFR)

Darüber hinaus bleibt die Liquiditätsverordnung (LiqV) für einen Übergangszeitraum unverändert in Kraft.

Die regulatorisch vorgegebene Mindesthöhe der LCR steigt ab Oktober 2015 von 60 % bis Januar 2018 auf 100 % sukzessive an. Die delegierte Verordnung zur Ergänzung der CRR, die seit dem 1. Oktober 2015 einzuhalten ist, präzisiert die bisherigen Liquiditätsanforderungen der CRR beziehungsweise modifiziert einzelne Regelungen.

Die Mindesthöhe der NSFR sowie die endgültige Definition sind von den Aufsichtsbehörden noch nicht final festgelegt worden.

In Ergänzung zur LCR und NSFR wird die Bank ab 2016 Meldungen zu „Additional Liquidity Monitoring Metrics“ aufnehmen. Im Rahmen dieser neuen aufsichtsrechtlichen Anforderung werden sechs Berichte erstellt. Inhaltlich um-

fassen diese Berichte Liquiditätsablaufbilanzen inklusive Fälligkeits- und Neugeschäftsinformationen, eine Übersicht über die größten zehn Einleger, eine Übersicht über die zehn größten Anlagen in liquiden Wertpapieren sowie Informationen zum Pricing für unsere Refinanzierungsquellen.

Darüber hinaus bereitet sich die Bank derzeit darauf vor, ab 2016 die neuen regulatorischen Anforderungen im Rahmen des „Internal Liquidity Adequacy Assessment Process“ (ILAAP) zu erfüllen.

Die folgende Übersicht gibt die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennzahl nach LiqV der Bank wieder, die weit über die gesetzliche Anforderung hinausgeht:

in %	Liquiditätskennzahl nach LiqV	
	2015	2014
31.12.	2,75	2,92
Minimum	2,48	2,24
Maximum	3,06	2,92
Durchschnitt	2,81	2,46
Aufsichtsrechtliches Minimum	1,00	1,00

Gesamtbild der Risikolage

Das Gesamtbild der Risikolage der Bank stellt sich ausgewogen dar. Basierend auf den Einschätzungen zum Aufstellungszeitpunkt ergeben sich folgende Aussagen, die sich jedoch aufgrund von Veränderungen im Umfeld der Bank oder der Geschäftsaktivitäten im weiteren Verlauf des Geschäftsjahres deutlich verändern können.

Wir bewerten die Risikolage im Folgenden grundsätzlich anhand der Dimensionen Wahrscheinlichkeit des Risikoeintritts und Auswirkungen auf die Bank, falls die Risiken eintreten.

Die Wahrscheinlichkeit, dass das Liquiditätsrisiko schlagend wird, wird als sehr gering eingeschätzt. Falls sich die derzeitige Liquiditätslage der Bank wider Erwarten verschlechtern sollte, ist eine ausreichende Liquiditätsversorgung im Euro-Geldmarkt durch die EZB sichergestellt. Sollten sich Spannungen im Euro-Geldmarkt ergeben, werden die Folgen durch die hohe Liquiditätsreserve der Bank abgemildert. Die Bank hat aufgrund der gesteigerten Kreditvergabe einen sehr hohen Spielraum, Mittel aus dem TLTRO der EZB abzurufen. Dieser Spielraum wird – mit Ausnahme eines Testgeschäfts – derzeit nicht ausgenutzt.

Wegen der niedrigen Limallokation und -auslastung, etablierter Verfahren und eines erfahrenen Managements auf der Markt- und der Marktfolgesseite wird trotz erhöhter Markvolatilität von einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit beim Marktrisiko ausgegangen. Aufgrund des bei der Bank etablierten Marktpreisrisiko-Managementsystems wird erwartet, dass rechtzeitig auf Marktverwerfungen reagiert werden kann und größere Verluste somit unwahrscheinlich sind. Eine deutliche Zinsanhebung durch die EZB stellt das größte Marktrisiko für die Bank dar, wird aber aufgrund der Kommunikation der EZB für 2016 als sehr unwahrscheinlich eingeschätzt. Da die Konsolidierung der Staatsschulden in der Eurozone auch aufgrund niedriger Wachstumsraten bisher keine signifikanten Fortschritte gemacht hat, ist die Gefahr eines partiellen Auseinanderbrechens der Eurozone nicht vollständig auszuschließen. Dieses Risiko wird derzeit aber als gering eingestuft.

Die angestrebte Stabilität von Banken in der gesamten Eurozone konnte bisher nicht hergestellt werden. Die Rekapitalisierungserfordernisse bei griechischen Banken im Jahr 2015 sowie Stabilisierungsmaßnahmen in Italien zu Beginn des Jahres 2016 zeigen das. Das Risiko im Bankensektor der Eurozone muss weiterhin als erhöht angesehen werden.

Angesichts des stabilen gesamtwirtschaftlichen Umfelds in den für unser Geschäft maßgeblichen Volkswirtschaften rechnen wir mit einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit für Adressenausfallrisiken. Sollte sich die Abschwächung in China weiter verstärken und zu einem „hard landing“ führen, würden hierdurch die gesamten Emerging Markets betroffen und wichtige Kunden deutscher Exportunternehmen in Mitleidenschaft gezogen. Dies könnte zu einer erhöhten Kreditrisikolage führen. Infolge der mit der Wachstumsstrategie einhergehenden Ausweitung des Kreditportfolios sind steigende Ausfallrisiken zu erwarten, sodass insgesamt von erhöhten Adressenausfallrisiken im Vergleich zum Vorjahr ausgegangen wird. Wegen der Risikokonzentrationen im Portfolio kann bereits ein einzelner Ausfall zu einer spürbaren Risikovorsorge führen.

Nicht prognostiziert werden können weitere Entwicklungen der geopolitischen Risiken. Dies gilt insbesondere für die bestehenden Konflikte in der Region Syrien und Irak und Spannungen innerhalb arabischer Länder (wie zum Beispiel Saudi-Arabien/Iran), die Auswirkungen auf die Nachbarstaaten, wie auch auf EU- und NATO-Staaten, haben und somit auch die Geschäftspartner der Bank maßgeblich beeinflussen können. Darüber hinaus existieren weitere geopolitische Krisenherde.

Sowohl die Umsetzung der regulatorischen Anforderungen als auch die bereits begonnenen und noch ausstehenden Projekte im Zusammenhang mit der Wachstumsinitiative und auch die Integration neuer Mitarbeiter sind Gründe dafür, dass die Eintrittswahrscheinlichkeit operationeller Risiken im Vergleich zu den Vorjahren höher eingeschätzt wird. Diesen Risiken wird mit erhöhter Aufmerksamkeit im Rahmen des Projektmanagements wie auch der Kontrollen des Tagesgeschäfts begegnet, um Schadensfälle so weit wie möglich zu vermeiden.

Trotz unserer konsequent kundenorientierten Strategie, verbunden mit einer soliden Eigenkapitalausstattung, werden deutlich erhöhte strategische Risiken aufgrund der anhaltenden Niedrigzinspolitik am Euro-Geldmarkt sowie seitens der Bank nicht beeinflussbarer externer Einflüsse regulatorischer oder politischer Art gesehen. Die Liquiditätsschwemme im Euro, die durch die verschiedenen expansiven Maßnahmen der EZB ausgelöst ist und zu einer Überliquidität verbunden mit negativen Zinsen im Euro

führt, stellt eine erhebliche Belastung der Ertragssituation der Bank dar. Die Bedeutung ist umso größer, als aufgrund der Aussagen der EZB eine länger dauernde Periode extremer Niedrigzinsen ansteht, als zunächst erwartet worden war.

In der Gesamtbewertung ist die Risikoausprägung der Bank derzeit auf einem mittleren Niveau, aber durch das Niedrigzinsumfeld mit Tendenz zu erhöhtem Niveau zu sehen. Es ist nicht möglich, alle Umfeldparameter und Auswirkungen der Geschäftstätigkeit mit ihren konkreten Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis 2016 und die mittel- bis langfristige Ertragsentwicklung umfassend einzuschätzen. Deswegen ist ein permanenter Risikomanagement-Prozess von höchster Bedeutung. Er erfordert eine schnelle Reaktion auf sich ändernde Rahmenbedingungen oder einen unplanmäßigen Geschäftsverlauf. Durch ein funktionsfähiges Steuerungssystem, eine solide Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung und eine offene Kommunikations- und Verantwortungskultur ist HSBC Trinkaus & Burkhardt gut auf die Herausforderungen im Risikomanagement vorbereitet.

Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Allgemeines

Das Interne Kontrollsystem (IKS) ist integraler Bestandteil unseres Risikomanagementsystems. An dieser Stelle sollen die Anforderungen aus § 289 Abs. 5 HGB beziehungsweise § 315 Abs. 2 HGB zur Berichterstattung über die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess erfüllt werden.

Das IKS im Hinblick auf die Rechnungslegung umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Einhaltung aller diesbezüglichen Vorschriften, die sich aus Gesetz oder Satzung ergeben. Es stellt sicher, dass unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft beziehungsweise des Konzerns vermittelt wird. Durch die implementierten Kontrollen soll mit hinreichender Sicherheit gewährleistet werden, dass ein regelungskonformer Einzel- und Konzernabschluss erstellt wird.

Durch die Einrichtung und permanente Weiterentwicklung unseres IKS kann zwar eine hinreichende, aber keine absolute Sicherheit bei der Erfüllung der Kontrollziele erreicht werden. Das bedeutet zum einen, dass die Einrichtung interner Kontrollen von deren Kosten-Nutzen-Verhältnis bestimmt ist. Zum anderen besteht bei der Umsetzung des IKS durch unsere Mitarbeiter das Risiko menschlicher Fehler bei der Ausführung von Tätigkeiten. Zudem können Irrtümer bei Schätzungen oder der Ausübung von Ermessensspielräumen auftreten. Daher können Fehlaussagen im Jahresabschluss nicht mit absoluter Sicherheit aufgedeckt oder verhindert werden.

Organisatorischer Aufbau

Im Kapitel „Die Geschäftsbereiche“ sind der organisatorische Aufbau der Bank sowie die Zuständigkeiten innerhalb des Vorstands dargestellt. Das Rechnungswesen der Bank obliegt primär den Bereichen Accounting und Controlling als Bestandteil der Function Finance.

Im Bereich Accounting liegen die Zuständigkeiten für die Bilanzierung nach HGB (Einzelabschluss der AG) und nach IFRS (Konzernabschluss der AG und Teilkonzernabschluss für die HSBC Bank plc, London). Darüber hinaus sind die

Als wesentlich definieren wir einen Sachverhalt, wenn die Beurteilung des Jahresabschlusses durch den Bilanzleser und die Qualität der Rechnungslegungsinformationen beim Wegfallen dieser Informationen beeinträchtigt beziehungsweise die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft beziehungsweise des Konzerns unzutreffend dargestellt würde.

Das IKS im Rechnungslegungsprozess ist im Rahmen der Anforderungen aus dem US-amerikanischen Sarbanes-Oxley Act (SOX), der durch das Listing der HSBC-Aktie in New York indirekt auch für uns Geltung hat, umfassend dokumentiert und wird jährlich überprüft und aktualisiert. Die Bank folgt den Prinzipien einer verantwortungsvollen Unternehmensführung und -überwachung, wie sie im Deutschen Corporate Governance Kodex festgelegt sind. Vorstand und Aufsichtsrat erklären gemäß § 161 AktG jährlich, dass den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ entsprochen wurde und wird beziehungsweise welche Empfehlungen mit welcher Begründung nicht angewendet wurden oder werden. Diese Erklärung ist Bestandteil der Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289 a HGB, die auf unserer Homepage (www.hsbc.de) veröffentlicht wird.

Darüber hinaus haben wir einen Verhaltenskodex schriftlich formuliert, der unser Werteverständnis und unsere Verhaltensstandards ausdrückt. Der Vorstand und alle Mitarbeiter haben sich schriftlich zur Einhaltung des Kodex verpflichtet. Ferner gibt es ein detailliertes, schriftlich fixiertes Compliancekonzept.

Buchhaltung der wesentlichen deutschen Tochtergesellschaften sowie das aufsichtsrechtliche Meldewesen im Bereich Accounting angesiedelt.

Der Bereich Controlling ist für das interne Management-Informationssystem (MIS) verantwortlich, das im Wesentlichen aus der Ergebnisbeitragsrechnung, der Kostenstellenrechnung, der Kundenkalkulation sowie der Planung und Budgetierung besteht.

Für die Ermittlung der Markt- und Zeitwerte von Finanzinstrumenten ist der Bereich Risk Control zuständig. Dabei werden – sofern sie vorhanden sind – öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt zugrunde gelegt; ansonsten erfolgt die Ermittlung anhand anerkannter Bewertungsmethoden. Die so ermittelten Preise fließen in die Back-Office- und Rechnungslegungssysteme über automatisierte Schnittstellen taggleich ein. Die Auswahl der verwendeten Datenquellen sowie die Zuordnung der verwendeten Bewertungsparameter und der anzuwendenden Bewertungsverfahren erfolgen durch Risk Control unabhängig vom Handel. Wesentliche Fragen zur Bewertung werden im monatlich tagenden Valuation Committee besprochen. Den Vorsitz hält das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied. Weitere Mitglieder sind die Leiter von Risk Control und Accounting sowie der Chief Operating Officer Markets als Vertreter der Handelsbereiche.

Der Jahresabschluss und Lagebericht der Gesellschaft sowie der Konzernabschluss und Konzernlagebericht werden vom Accounting vorbereitet und vom Vorstand aufgestellt. In der Februar-Sitzung des Aufsichtsrats wird über wesentliche Eckdaten des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses beraten. In einer zweiten Sitzung werden der Jahresabschluss und der Lagebericht satzungsgemäß durch den Aufsichtsrat gebilligt und damit festgestellt sowie der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht vom Aufsichtsrat gebilligt. Die Hauptversammlung fasst auf der Grundlage des festgestellten Jahresabschlusses den Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns.

Die Veröffentlichung des Jahresabschlusses einschließlich Lagebericht sowie des Konzernabschlusses einschließlich Konzernlagebericht und der Zwischenabschlüsse erfolgt im Bundesanzeiger.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Prüfungsausschuss gebildet. Dessen Aufgaben umfassen gemäß Geschäftsordnung unter anderem die Prüfung der Unabhängigkeit des vorgesehenen Abschlussprüfers, die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, die Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und die Honorarvereinbarung mit dem Abschlussprüfer, Maßnahmen zur Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, die Vorbereitung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses durch den Aufsichtsrat sowie wesentliche Fragen der Rechnungslegung und Grundfragen des Risikomanagements. Weitere Aufgaben sind in den Terms of Reference fixiert und umfassen insbesondere die Diskussion

von Feststellungen der internen Revision, von compliance-relevanten Sachverhalten und von sonstigen Themen mit Relevanz für das IKS. Dem Prüfungsausschuss stand Dr. Eric Strutz, Berg, zum 31. Dezember 2015 vor. Weitere Mitglieder zu diesem Zeitpunkt waren Dr. Hans Michael Gaul, Düsseldorf, Simon Leathes, London, und Ralf Rochus, Essen.

Die Interne Revision prüft entsprechend den Regelungen der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) veröffentlichten Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements und des IKS. Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben hat die Interne Revision ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht im Hinblick auf alle Aktivitäten, Prozesse und eingesetzten EDV-Systeme.

Der Abschlussprüfer wird auf der Hauptversammlung für das laufende Geschäftsjahr gewählt, nachdem er seine Unabhängigkeit dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses des Aufsichtsrats angezeigt hat. Die Beauftragung des Abschlussprüfers erfolgt durch den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats unter Beachtung der Vorgaben gemäß §§ 318 ff. HGB. Der Abschlussprüfer erläutert dazu in einer Sitzung des Prüfungsausschusses seinen Prüfungsplan mit den jeweiligen Prüfungsschwerpunkten. In einer weiteren Sitzung des Prüfungsausschusses erläutert der Abschlussprüfer seine wesentlichen Prüfungshandlungen und -ergebnisse. In der Sitzung des Aufsichtsrats, in welcher der Jahresabschluss festgestellt wird, erläutert der Abschlussprüfer dem Gesamt-Aufsichtsrat seine wesentlichen Prüfungshandlungen und -ergebnisse.

EDV-Systeme

Der Abschluss der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG nach HGB sowie das MIS beruhen maßgeblich auf der integrierten Buchhaltung. Hierbei handelt es sich um ein selbst entwickeltes Großrechner-Programmpaket, das im Wesentlichen Daten und Zwischenergebnisse für den Tages-, Monats- und Jahresabschluss einschließlich Gewinn- und Verlust-Rechnung sowie für die Kostenstellenrechnung und die Kundenkalkulation bereitstellt. Durch die integrierte Buchhaltung ist eine enge Verzahnung von Bilanzierung und MIS gewährleistet. In der integrierten Buchhaltung wird auch eine Bilanzierung nach IFRS für die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG durch separate Buchungskreise dargestellt.

Diverse Vorsysteme zur Abwicklung der verschiedenen Geschäftsvorfälle übergeben den zugehörigen Buchungssstoff (maschinelle Grundbücher) automatisiert an die integrierte Buchhaltung. Die Abwicklung der Geschäftsvorfälle und damit die Bedienung der Vorsysteme erfolgt dezentral in den verschiedenen spezialisierten Back-Office-Bereichen (zum Beispiel Wertpapiergeschäfte in GEOS durch die HSBC Transaction Services GmbH, börsengehandelte Derivate in ION Trading durch Treasury and Derivatives Operations). Manuelle Grundbücher sind nur noch in Ausnahmefällen erforderlich.

In Ergänzung zur integrierten Buchhaltung werden sowohl externe Standard-Software als auch selbst entwickelte Buchungserfassungsprogramme sowie individuelle Daten-

verarbeitungsprogramme (Microsoft Excel und Access) verwendet. Sie dienen der Ermittlung von Buchungsdaten, die anschließend an die integrierte Buchhaltung übergeben werden. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Systeme zur Erfassung und Buchung von Rückstellungen, Erfassung und Bezahlung von Eingangsrechnungen, zum Erstellen von Ausgangsrechnungen und zum Erfassen von einfachen Buchungssätzen sowie um Anwendungen zur Kontenabstimmung, zur Anlagenbuchhaltung und zur Darstellung des Anlage- und Rückstellungsspiegels.

Die Buchhaltung der Tochtergesellschaften erfolgt jeweils in einer Standard-Software-Lösung eines externen Software-Anbieters und dient primär der Erstellung des handelsrechtlichen Einzelabschlusses der jeweiligen Tochtergesellschaft.

Die Konsolidierung basiert maßgeblich auf TuBKons, einem selbst entwickelten Access-Programmpaket mit einer Datenhaltung in DB2. Basierend auf dem Import aus der integrierten Buchhaltung, den diversen Vorsystemen mit den benötigten Geschäftsdetails sowie der Buchhaltung aller wesentlichen Tochtergesellschaften (einschließlich der konsolidierungspflichtigen Spezialfonds), erfolgen die Schulden-, Aufwands- und Ertrags- sowie die Kapitalkonsolidierung und die Zwischengewinneliminierung in TuBKons. Darin werden auch für die Tochtergesellschaften die HGB-Zahlen auf IFRS-Werte übergeleitet und alle Konzernbewertungsmaßnahmen abgebildet.

Allgemeine Ausgestaltung des IKS

Maßgebliche Grundsätze für die Ausgestaltung des IKS im Rechnungslegungsprozess sind:

(a) Funktionstrennung

Der Kundenkontakt und der Geschäftsabschluss sind funktionsmäßig bis hin zur Vorstandsebene von allen nachgelagerten Prozessen klar getrennt. Neben der Internen Revision kommt der HSBC Transaction Services GmbH eine besondere Bedeutung für den Rechnungslegungsprozess zu. Sie ist unter anderem für die Abstimmung aller Loro- und Nostro-Konten, die Abstimmung der Front-Office- mit den Back-Office-Systemen sowie die Abstimmung aller

erhaltenen Geschäftsbestätigungen mit denen der verschiedenen Back-Office-Bereiche zuständig. Die Ergebnisse der Abstimmungen werden monatlich an das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied gemeldet.

(b) Vier-Augen-Prinzip und Kompetenzregelungen

Jede Buchung muss zwingend von einer zweiten Person verifiziert werden. Die Berechtigungen dafür richten sich nach Erfahrung und Fachwissen der einzelnen Mitarbeiter und sind regelmäßig in den EDV-Systemen hinterlegt. Sie werden turnusmäßig von den jeweiligen Bereichsleitern überprüft.

(c) Fachliche Kompetenz der Mitarbeiter

Die quantitative und qualitative Personalausstattung in Accounting und Controlling ist angemessen. Die Mitarbeiter verfügen in Abhängigkeit von ihrem Aufgabengebiet über die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen. Dies wird im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses überprüft und sowohl im Stellenplan als auch im Ausbildungsbudget entsprechend berücksichtigt.

(d) Zugriffsberechtigungen

Für die integrierte Buchhaltung sowie alle anderen maßgeblichen Systeme in der Rechnungslegung sind differenzierte Zugriffsberechtigungen als Schutz vor unbefugten Eingriffen systemseitig etabliert.

Spezifische Komponenten des IKS

Als Anforderungen des Rechnungslegungsprozesses wurden neben den allgemeinen Grundsätzen auch spezifische Maßnahmen und Kontrollen etabliert:

(a) Bilanzierungsrichtlinien

Die gesetzlichen Anforderungen und relevanten Rechnungslegungsstandards werden in Bilanzierungsrichtlinien und Arbeitsablaufbeschreibungen konkretisiert, die regelmäßig überprüft und bei Bedarf aktualisiert werden. Dazu zählen auch detaillierte Richtlinien der HSBC-Gruppe, die in mehreren Handbüchern (Manuals) schriftlich fixiert sind und regelmäßig aktualisiert werden. Die Einhaltung der Arbeitsablaufbeschreibungen ist standardmäßig Gegenstand der Prüfung des jeweils zuständigen Fachbereichs durch die Interne Revision.

(b) Plausibilitätsprüfung für alle Grundbücher

Während der Verarbeitung eines Grundbuchs werden diverse Plausibilitätsprüfungen systemseitig vorgenommen. Die Plausibilitätsprüfungen führen entweder zu einem Abweisen der Buchung oder zu einer Buchung mit Default-Einstellungen oder zu einem Fehlerprotokoll, das am nächsten Tag bearbeitet wird.

(c) Abstimmung der Back-Office-Systeme

Es werden täglich alle Transaktionen in Derivaten und Wertpapieren sowie alle Geldhandelsgeschäfte zwischen den Front-Office- und den Back-Office-Systemen von einer gesonderten Abteilung der HSBC Transaction Services GmbH abgestimmt. Eventuelle Differenzen werden am nächsten Tag geklärt.

(d) Lagerstellenabstimmung

Für alle Wertpapierbestände erfolgt monatlich eine Abstimmung mit allen Lagerstellen. Für die Eigenbestände erfolgt darüber hinaus ein täglicher Abgleich zwischen dem Effekten-Nostro-System und den entsprechenden Hauptbüchern. Die Ergebnisse der Abstimmungen werden monatlich an das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied gemeldet.

(e) Interne Konten und Depots

Alle Salden beziehungsweise Bestände auf internen Konten und Depots werden monatlich von den verantwortlichen Bereichen detailliert aufgeschlüsselt und bestätigt. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Ausgleichs- und Verrechnungskonten, die zusätzlich nicht angekündigten Überprüfungen unterliegen. Die Ergebnisse der Abstimmungen werden monatlich an das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied gemeldet.

(f) Abstimmung mit verbundenen Unternehmen

Alle Geschäfte innerhalb des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns werden monatlich konsolidiert. Dabei auftretende Differenzen werden protokolliert und geklärt. Geschäfte mit anderen Unternehmen aus der HSBC-Gruppe werden im Monatsbericht an HSBC separat dargestellt und von dieser automatisch konsolidiert. Dabei auftretende wesentliche Differenzen werden monatlich an die betroffenen Gesellschaften gemeldet und sind dort zeitnah zu klären.

(g) Saldenmitteilungen und Bestätigungen schwebender Geschäfte

Für alle Kundenkonten versendet die HSBC Transaction Services GmbH zweimal jährlich Saldenmitteilungen. Für schwebende Geschäfte, vor allem OTC-Derivate (einschließlich Devisengeschäfte), erfolgt jährlich eine gesonderte Abstimmung aller ausstehenden Geschäfte mit einer Stichprobe von Kontrahenten durch die Interne Revision.

(h) Abstimmung zwischen Accounting und Controlling

Da die Bilanzerstellung und das MIS gemeinsam auf der integrierten Buchhaltung basieren, ist die monatliche Abstimmung zwischen Controlling und Accounting ein zentraler Bestandteil des rechnungslegungsbezogenen IKS. Damit ist sichergestellt, dass alle wesentlichen Fehler zügig erkannt und korrigiert werden.

Die Verwaltungsaufwendungen laut Gewinn-und-Verlust-Rechnung werden im MIS im Rahmen der Kostenstellenrechnung auf die kostenverursachenden Bereiche aufgeteilt und mit den Budgetwerten verglichen. Größere Abweichungen sind von den verantwortlichen Bereichsleitern mindestens quartalsweise zu erläutern.

Ebenso erfolgt eine Abstimmung der Zins- und Provisionsergebnisse laut Gewinn-und-Verlust-Rechnung mit der Kundenkalkulation. Diese wird den Kundenbetreuern und den Leitern der kundenbetreuenden Bereiche monatlich zur Verfügung gestellt. Sie ist das maßgebliche Steuerungsinstrument für alle kundenbetreuenden Bereiche. Unplausibilitäten und Auffälligkeiten werden zeitnah zwischen Controlling und Kundenbereich geklärt.

(i) Abstimmung zwischen Risk Control und Accounting

Risk Control ermittelt täglich die Handelsergebnisse je Handelstisch. Diese Ergebnisse werden monatlich im Accounting mit den Erlösen der Handelsbereiche gemäß Ergebnisbeitragsrechnung abgestimmt. Dabei werden alle Unterschiede bis auf Instrumentenebene analysiert. Wesentliche Unterschiede werden dadurch zeitnah entdeckt und korrigiert.

(j) Einzelanalyse besonderer Geschäftsvorfälle

Die kundenbetreuenden Bereiche melden monatlich besondere Geschäftsvorfälle an Accounting und Controlling, um deren korrekte und zeitnahe Erfassung im Rechnungswesen sicherzustellen. Darüber hinaus analysiert Accounting monatlich alle wesentlichen Posten des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses und des Ergebnisses aus Finanzanlagen.

(k) Plausibilitätsprüfungen

Durch den Vergleich mit Vorperioden sowie mit Budgetwerten werden alle Hauptbücher der Gewinn-und-Verlust-Rechnung in einem ersten Schritt monatlich plausibilisiert. Eventuelle Auffälligkeiten und Unstimmigkeiten werden in Zusammenarbeit von Accounting und Controlling umgehend geklärt.

(l) Abstimmung der Gewinn-und-Verlust-Rechnung insgesamt

Das vorläufige Monatsergebnis wird vor dem Abschluss der Bücher zwischen dem zuständigen Vorstandsmitglied sowie den Leitern von Accounting und Controlling besprochen. Der direkte Kontakt aller wesentlichen Entscheidungsträger ist in einem Haus unserer Größe ein wichtiges Element im IKS. Eventuelle Unplausibilitäten werden diskutiert und zeitnah geklärt. Ebenso werden alle noch offenen Punkte angesprochen und die Zuständigkeit und der Zeitrahmen für die Klärung beziehungsweise Erledigung vereinbart.

(m) Besprechung der monatlichen Ergebnisse im Vorstand

Unmittelbar nach der Fertigstellung der monatlichen Gewinn-und-Verlust-Rechnung werden die Ergebnisse an das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied gesendet. Zur Besprechung in der nächsten Vorstandssitzung leitet es die Eckdaten des Monatsabschlusses zusammen mit seinem Kommentar an die übrigen Mitglieder des Vorstands weiter. Mit der Besprechung im Vorstand ist eine erste monatliche Plausibilisierung der Konzernzahlen durch den Gesamtvorstand gewährleistet. Zusätzlich erhalten alle Vorstandsmitglieder einen von Controlling erstellten und kommentierten ausführlichen Monatsbericht, der die Erlös- und Kostenentwicklung sowohl für den Konzern insgesamt als auch für die wesentlichen Tochtergesellschaften enthält. Die Erlöse und Kosten werden auch aufgeteilt nach Produkten und Bereichen dargestellt.

Übernahmerelevante Angaben

Aktionäre und Aktie

Kapital

Am 31. Dezember 2015 verfügte die Bank über ein Grundkapital von 91,4 Mio. Euro, eingeteilt in 34,1 Mio. Stückaktien. 63,0 % des Aktienkapitals sind in den amtlichen Handel an den Börsen Düsseldorf und Stuttgart eingeführt.

Alle Aktien sind grundsätzlich mit einheitlichen Rechten ausgestattet und lauten auf den Inhaber. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme. Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben. Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind dem Vorstand nicht bekannt. Sofern Arbeitnehmer Aktien der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG halten, üben sie ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Die HSBC Holdings plc, London, war am Bilanzstichtag indirekt mit 80,7 % am Aktienkapital beteiligt. Die Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, hielt wie schon im Vorjahr direkt einen Anteil von 18,7 %.

Kurse und Kurswerte

Der Kurs unserer Aktie ist 2015 um 4,14 % auf 72,90 Euro gestiegen. Der niedrigste Kurs lag im Jahresverlauf bei 66,00 Euro, der höchste bei 76,00 Euro. Bei einem Emissionspreis von 190 DM (97,20 Euro) je 50-DM-Aktie am 25. Oktober 1985 entwickelten sich Börsenkurs und Börsenwert wie folgt:

Datum	Anzahl der Aktien *	Kurs der Aktie * in €	Börsenwert in Mio. €
31.12.1985	18.000.000	17,64	317,52
31.12.1990	22.000.000	19,79	435,38
31.12.1995	23.500.000	30,58	718,63
31.12.2000	26.100.000	110,00	2.871,00
31.12.2005	26.100.000	87,50	2.283,75
31.12.2010	28.107.693	89,00	2.501,58
31.12.2011	28.107.693	90,20	2.535,31
31.12.2012	28.107.693	87,19	2.450,71
31.12.2013	28.107.693	84,80	2.383,53
31.12.2014	34.088.053	70,00	2.386,16
31.12.2015	34.088.053	72,90	2.485,89

* Bereinigt um den Aktiensplit 10:1 am 27. Juli 1998.

Dividenden

Für das Geschäftsjahr 2015 soll eine Dividende von 2,50 Euro je Aktie (Vorjahr: 2,50 Euro je Aktie) gezahlt werden. Mit einer Dividendensumme von 85,2 Mio. Euro (Vorjahr:

70,3 Mio. Euro) möchten wir unsere Aktionäre am Ergebnis des Jahres 2015 angemessen beteiligen.

Verfassung der Gesellschaft

Satzungsgemäß besteht der Vorstand der Bank aus mindestens zwei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat hat jedoch die Möglichkeit, eine darüber hinausgehende Anzahl von Vorstandsmitgliedern zu bestellen. Am 31. Dezember 2015 bestand der Vorstand aus fünf Personen.

Die Bestellung und Abberufung des Vorstands erfolgt nach den gesetzlichen Bestimmungen des § 84 Aktiengesetz (AktG).

Beschlüsse über Änderungen der Satzung werden von der Hauptversammlung mit zwei Dritteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst, soweit nicht gesetzlich eine höhere Mehrheit zwingend erforderlich ist. Der Aufsichtsrat ist befugt, Änderungen der Satzung vorzunehmen, die nur die Fassung betreffen.

Maßnahmen der Kapitalbeschaffung können nur entsprechend der gesetzlichen Regelung in § 119 AktG durch die Hauptversammlung beschlossen werden. Zur aktuellen Ermächtigung des Vorstands durch die Hauptversammlung zur Ausgabe von Aktien verweisen wir auf die Note „Eigenkapital“.

Nach dem Beschluss der Hauptversammlung vom 2. Juni 2015 ist die Gesellschaft ermächtigt, zum Zweck des Wertpapierhandels eigene Aktien zu Preisen zu kaufen und zu verkaufen, die den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien an der Börse Düsseldorf (oder, falls dieser nicht festgestellt werden kann, an der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse, Stuttgart) an den jeweils zehn vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über beziehungsweise unterschreiten. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende eines jeden Tages nicht mehr als 5 % des Grundkapitals der Gesellschaft betragen. Diese Ermächtigung gilt bis zum 31. Mai 2020.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, bestehen nicht. Ebenso wenig existieren Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots.

Nachhaltige Unternehmensführung

Der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern bekennt sich zu einer nachhaltigen Unternehmensführung. Sie stellt das Fundament unserer Geschäftstätigkeit dar und ist von jeher ein wesentlicher Teil unseres Selbstverständnisses. Diesem Anspruch kommen wir nicht nur in unserem Kerngeschäft nach: Für uns gilt der Grundsatz der Verantwortung auch gegenüber der Gesellschaft und der Umwelt.

Unsere Verantwortung

Wir verfolgen eine integrierte Nachhaltigkeitsstrategie, nach der wir unternehmerisches Handeln mit ökonomischer, ökologischer und sozialer Verantwortung gleichsetzen. Wir sind überzeugt, dass langfristiger wirtschaftlicher Erfolg verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln voraussetzt. Seit 2008 werden unsere gesamten Nachhaltigkeits-Aktivitäten zentral vom Bereich Corporate Sustainability (CS) koordiniert, der direkt der Sprecherin des Vorstands unterstellt ist.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die hohe Bedeutung von Corporate Sustainability im Kerngeschäft nachdrücklich unterstrichen. Unser auf Nachhaltigkeit angelegtes Geschäftsmodell hat sich in dieser Zeit bewährt. Es zeichnet sich durch die klare Ausrichtung auf die Zielgruppen Vermögende Privatkunden, Firmenkunden und Institutionelle Kunden aus, ergänzt durch einen risikobewussten Handel. Unser Erfolg versetzt uns in die Lage, die Anforderungen unserer Stakeholder zu erfüllen: als zuverlässiger Geschäftspartner für unsere Kunden, als attraktiver Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb für unsere Mitarbeiter, als solide und ertragreiche Investition für unsere Aktionäre und als bedeutender und verlässlicher Steuerzahler der Stadt Düsseldorf, mit der wir seit unserer Gründung im Jahr 1785 verbunden sind.

Responsible Investing

Unser Haus betreibt ein umfassendes Research zu Aktien börsennotierter Unternehmen aus der Solar-, Wind-, Abfall- und Wasserwirtschaft (SRI/Renewables). Seit 2006 veranstalten wir jährlich die Konferenz „Responsible Growth – Investments for the Future“ in Frankfurt am Main. Ergänzend organisieren wir Nachhaltigkeits-Roadshows, auf denen namhafte Unternehmen mit internationalen Investoren zum Thema Nachhaltigkeit ins Gespräch kommen.

Wir sind der Meinung, dass sowohl ökologische als auch soziale sowie Corporate Governance-Kriterien einen wesentlichen Einfluss auf die Fundamentaldaten eines Unternehmens haben und dessen Wettbewerbsposition entscheidend stärken. Entsprechend ist eine Nachhaltigkeitsanalyse für unsere globalen Asset Management-Einheiten integraler Bestandteil der Investmentprozesse. Die HSBC Global Asset Management hat bereits im Juni 2006 die „United Nations Principles for Responsible Investment“ unterzeichnet und verpflichtet sich damit, ökologische, soziale und Corporate Governance-Kriterien bei den Anlageentscheidungen zu berücksichtigen.

Kunden, die nach konkreten Umwelt-, Sozial- oder ethischen Kriterien investieren möchten, bieten wir ein breites Spektrum nachhaltiger Aktien- und Rentenkonzepte an. Hierbei greifen wir auf die Dienste der renommierten Analysehäuser im Bereich Nachhaltigkeit zurück. Neben Best in Class-Ansätzen verfügen wir auch über zahlreiche themenbezogene Investmentlösungen.

Darüber hinaus arbeiten unsere globalen Asset Management-Einheiten mit harten Ausschlusskriterien. So werden etwa seit 2010 Unternehmen gemieden, die mit Streumunition und Antipersonenminen in Verbindung gebracht werden. Hierbei nutzen wir neben unserer eigenen Due Diligence-Prüfung auch die Dienste namhafter externer Organisationen.

Der Corporate Sustainability-Ansatz unseres Hauses umfasst nachhaltige Verantwortung in folgenden Bereichen:

Corporate Sustainability bei der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

 <p>Ökonomische Verantwortung CS im Kerngeschäft</p> <p>Kreditvergabe</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Sustainability Risk Rating als zwingender Bestandteil im HSBC-Kreditvergabeprozess <p>Responsible Investing</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Nachhaltige Investmentprodukte für private und institutionelle Anleger ■ Umfassendes Aktien-Research im Bereich SRI/Renewables 	 <p>Ökologische Verantwortung Umgang mit Ressourcen</p> <p>Environment Footprint Management</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Umweltvorgaben in Einkaufsrichtlinien ■ Sensibilisierung der Mitarbeiter <p>Beteiligung am Projekt HSBC Water Programme</p>	 <p>Soziale Verantwortung Gesellschaftliches Engagement</p> <p>Gesellschaftliches Engagement</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Jugend und Bildung ■ Kunst und Kultur ■ HSBC Trinkaus Jugend & Bildung e.V. <p>Zusatzleistungen für Mitarbeiter</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Betriebliche Altersvorsorge ■ Vereinbarkeit von Familie und Beruf ■ Förderung des Mitarbeiter-Engagements
---	--	--

Nachhaltigkeit bei der Kreditvergabe

Grundsätzlich überprüfen wir alle Kreditengagements und -anfragen auf Nachhaltigkeitsrisiken. Seit 2008 wird in der Bank ein weltweit einheitliches Sustainability Risk Rating eingesetzt, das Regelungen für bestimmte Branchen wie Agrarrohstoffe, Bergbau- und Metallwirtschaft, Chemie, Energiewirtschaft, Rüstung sowie Wald- und Wasserwirtschaft vorsieht. Die HSBC Sustainability Risk Policies und ihre Umsetzung werden regelmäßig überprüft und bei Bedarf aktualisiert.

Ferner haben wir uns zur Beachtung der Equator Principles verpflichtet, die als internationale Standards für das Management sozialer und ökologischer Risiken in der Projektfinanzierung dienen. Das freiwillige Regelwerk umfasst zehn Kriterien, die auf den Öko- und Sozialstandards der Weltbank und der International Finance Corporation (IFC) basieren und für Projektvolumen ab 10 Mio. US-Dollar Berücksichtigung finden. Unsere Mitarbeiter werden intensiv und systematisch in der Beurteilung von Nachhaltigkeitsrisiken aus- und weitergebildet. Spezielle Sustainability Risk Manager überwachen die Einhaltung der Prozesse.

Soziale Verantwortung

Neben Wirtschaft und Umwelt ist soziale Verantwortung die dritte Säule unserer integrierten Corporate Sustainability-Strategie. So bietet die Bank ihren Mitarbeitern zahlreiche freiwillige Sozialleistungen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen, arbeiten wir mit flexiblen Arbeitszeitmodellen und einem Familienservice, der zum Beispiel bei der Suche nach einer Betreuung für Kinder oder ältere Angehörige hilft und Lebenslagen-coaching anbietet. Zwei Betriebskindergärten runden das Angebot für Mitarbeiter mit Familien ab.

Ein Schwerpunkt unserer sozialen Verantwortung liegt in der Bildung junger Menschen. Das HSBC Trinkaus-Schulprojekt hilft, ökonomische Kenntnisse zu vermitteln, die in unserer heutigen Gesellschaft unverzichtbar sind. Dabei stehen unsere Mitarbeiter regelmäßig allgemeinbildenden Schulen in Düsseldorf und an den Niederlassungsstandorten als ehrenamtliche „Experten im Unterricht“ zur Verfügung.

Die Bank engagiert sich zudem als einer der Hauptförderer für das Kinder- und Jugendwerk „Die Arche e.V.“ im Düsseldorfer Stadtteil Wersten. Die Arche hat Anfang 2010 ihre Tätigkeit in Düsseldorf aufgenommen und wird von unseren Mitarbeitern unter anderem bei Festen und Ausflügen, bei einmaligen Aktionen sowie mit Sachspenden unterstützt.

Jungen Menschen eine Perspektive zu geben, ist ein Kernziel unseres gesellschaftlichen Engagements. Um unsere Maßnahmen in diesem Bereich zu bündeln, wurde im Jahr 2014 der gemeinnützige Verein HSBC Trinkaus Jugend & Bildung e. V. mit Sitz in Düsseldorf gegründet. Der satzungsmäßige Zweck des Vereins ist die Förderung von Jugend, Bildung und Völkerverständigung. Dieser Zweck wird unter anderem durch die Akquisition der notwendigen finanziellen Mittel in Form von freiwilligen Spenden sowie den persönlichen Einsatz von Vereinsmitgliedern und Mitarbeitern unserer Bank verwirklicht. Eine erste Initiative des Vereins ist das Stipendiatenprogramm „d.eu.tsch“, das Hochschulabsolventen aus Südeuropa bei ihrem Berufseinstieg in Deutschland unterstützen soll.

Ökologische Verantwortung

Um die Umweltauswirkungen des Geschäftsbetriebs so gering wie möglich zu halten, setzt die Bank auf Prozesse, die Umweltbelastungen reduzieren. Eingebunden in das Umweltmanagement der HSBC-Gruppe verringern wir stetig nach Zielvorgaben unsere Emissionen. Unsere Um-

weltschutzmaßnahmen verstehen wir auch als Vorbild für unsere Mitarbeiter, Kunden und andere Stakeholder. Reduktionsziele verfolgen wir bei der Abfallwirtschaft, dem Energieverbrauch, CO₂-Ausstoß und Gebäudemanagement. Zudem existieren im Sinne einer umweltfreundlichen Mobilität spezielle Vorgaben: Für Geschäftsreisen ist vorzugsweise die Bahn zu nutzen, um CO₂-Emissionen und Feinstaub zu verringern. Firmentickets für die Mitarbeiter unterstützen ebenfalls eine umweltschonende Mobilität.

Einmal im Jahr veröffentlicht die HSBC-Gruppe ihre gesamten Sustainability-Aktivitäten im Rahmen des Strategic Reports und lehnt sich dabei an das Rahmenwerk der Global Reporting Initiative (GRI) an. Darüber hinaus hat sich unser Haus zur Einhaltung der folgenden Initiativen freiwillig verpflichtet:

- Carbon Disclosure Project
- Charta der Vielfalt
- Institutional Investors Group on Climate Change
- UN Environmental Programme Finance Initiative
- UN Global Compact
- UN Principles of Sustainable Insurance
- UN Principles of Responsible Investment

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Zahl der Mitarbeiter und Pensionäre

Zum Jahresende 2015 beschäftigten wir 2.793 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; damit stieg die Anzahl unserer Beschäftigten von 2.650 am Ende des vorherigen Jahres

um 5,4 %. Zudem betreute unser Personalbereich 576 Pensionäre, Witwen und Waisen gegenüber 584 am Vorjahresende.

Ausbildungsaktivitäten

Insgesamt 26 Auszubildende beziehungsweise duale Studenten befinden sich aktuell in unserem Konzern. Davon qualifizieren sich 18 hoch motivierte Auszubildende innerhalb unseres Hauses in dem Beruf Kauffrau/-mann für Büromanagement. Parallel zu ihrer zweijährigen Berufsausbildung absolvieren drei Kaufleute für Büromanagement ein ausbildungsbegleitendes Studium an der Hochschule für Oekonomie & Management (FOM) zum Bachelor of Arts „Business Administration“.

Darüber hinaus begleitet der Konzern acht duale Studenten im Rahmen ihres Studiengangs zum Bachelor of Arts „Banking & Finance“. Das praxisintegrierte duale Studium findet ebenfalls an der Hochschule für Oekonomie & Management (FOM) statt. Ergänzend zu den genannten Nachwuchskräften werden bei unserer Tochtergesellschaft INKA, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, derzeit zwei Investmentfondskaufleute ausgebildet.

Wir sind stolz darauf, dass auch in diesem Jahr insgesamt 17 (ehemalige) Auszubildende im HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben. Durch die teilweise sehr guten Leistungen, die in der diesjährigen Abschlussprüfung erzielt werden konnten, sind wir nunmehr zum neunten Mal in Folge für unsere herausragenden Leistungen im Rahmen der Berufsausbildung seitens der IHK Düsseldorf ausgezeichnet worden.

Fortbildung

Die fachliche und soziale Kompetenz, das Handeln in Einklang mit den Werten der Bank sowie das besondere Engagement unserer Mitarbeiter sehen wir als entscheidenden Wettbewerbsvorteil. Durch eine zielgerichtete Personalentwicklung sind wir bei der Beratung unserer Kunden in der Lage, stets eine hohe Expertise und einen qualitativ hochwertigen Service anzubieten. Die einzelnen Weiterbildungsmaßnahmen für unsere Mitarbeiter werden auf den jeweiligen konkreten Bedarf abgestimmt und im Vorfeld durch eine genaue Analyse entwickelt. Wir arbeiten mit ausgewählten Trainern zusammen, die den besonderen Anspruch unseres Hauses kennen und mit ihrer exzellenten Qualifikation eine erfolgreiche Durchführung sowie bedarfsgerechte Vor- und Nachbereitung der Maßnahmen garantieren. Eine Förderung unserer Mitarbeiter erfolgt durch individuelle Fortbildungen zu fach- und produktspezifischen Themen sowie unterschiedliche Maßnahmen zur Weiterentwicklung überfachlicher Kompetenzen.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf unsere Führungskräfte, die durch individuelle Entwicklungsprogramme und Coachings in ihrer speziellen Führungsaufgabe ausgebildet, gefördert und weiterentwickelt werden.

Nach wie vor hohe Priorität haben im Rahmen der Personalentwicklung zudem die Förderung berufsbegleitender Bachelor- und Master-Studiengänge sowie ausgewählte Spezialausbildungen. Kompetente Partner für diese Maßnahmen sind seit Jahren unter anderem die Frankfurt School of Finance & Management, die Deutsche Vereinigung für Finanzanalyse und Asset Management (DVFA), das CFA Institute sowie spezialisierte Anbieter, freie Trainer und Hochschulen. Ein breit gefächertes Angebot an PC- und IT-Schulungen sowie Fremdsprachentrainings (unter anderem auch zur Vorbereitung auf Auslandseinsätze) rundet unsere Weiterbildungsaktivitäten ab.

Vergütungsbericht

Grundzüge des Vergütungssystems

Vergütungsrechtlich hat die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG als Kreditinstitut neben den aktienrechtlichen Bestimmungen und den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex vor allem die Regelungen der Instituts-Vergütungsverordnung (InstitutsVergVO) des Bundesministeriums der Finanzen zu beachten. Gemäß § 17 InstitutsVergVO in der Fassung vom 16. Dezember 2013 ist die Bank seit dem Jahr 2014 als bedeutendes Institut einzustufen.

Die Vergütungspolitik wird zum einen durch den Vorstand und zum anderen durch den Aufsichtsrat unter Beachtung der gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen festgelegt. Der für Vergütungsfragen vom Aufsichtsrat gebildete Personal- und Vergütungskontrollausschuss besteht aus fünf Mitgliedern des Aufsichtsrats. Dabei handelt es sich derzeit um den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, zwei Arbeitnehmervertreter sowie zwei Vertreter der Mehrheitsgesellschafterin.

Im Jahr 2015 wurden vier Ausschusssitzungen abgehalten, an denen neben den Mitgliedern des Vorstands auch der gemäß § 23 InstitutsVergVO zu bestellende Vergütungsbeauftragte teilgenommen hat. Im Rahmen der Sitzungen

wurden die Richtlinien der Vergütungspolitik und hier insbesondere die angemessene Ausgestaltung der Vergütungssysteme und ihrer Parameter regelmäßig mit den Vorständen der Gesellschaft diskutiert. Im Hinblick auf die Höhe der festen und variablen Vergütungen wurden zudem externe Beratungsdienstleistungen in Anspruch genommen, vornehmlich, um Marktgerechtigkeit und Wettbewerbsfähigkeit bei der Ausgestaltung der Vergütung sowie die Einhaltung der regulatorischen Vorgaben gewährleisten zu können.

Die Gesamthöhe der variablen Vergütung an Vorstände und Mitarbeiter der Gesellschaft richtet sich nach dem zur Verfügung stehenden Bonuspool, der durch ein einheitliches, transparentes und formalisiertes Verfahren bestimmt wird. Maßgebend ist dabei eine ausgeglichene Balance zwischen der Tragfähigkeit für die Gesellschaft einerseits und der Wettbewerbsfähigkeit bei der individuellen Vergütung andererseits, wobei im Hinblick auf die letztere eine nachhaltige Performance, eine hohe Kundenzufriedenheit sowie einwandfreies und teamfähiges Verhalten besonders honoriert werden. Die Details sind in der durch den Vorstand und Aufsichtsrat verabschiedeten Richtlinie über die Festsetzung des Gesamtbetrags der variablen Vergütungen festgelegt.

Vergütung der Gremien

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands ist in individuellen Tätigkeitsverträgen geregelt, welche die Bank, vertreten durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, mit den einzelnen Vorständen abschließt.

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands besteht aus einer Festvergütung und einer variablen Vergütung. Bestandteil der Festvergütung ist eine an die Funktion als Vorstand gebundene Zulage, die gewährt wird, um in Ansehung der aktuellen gesetzlichen Vorgaben auch weiterhin eine marktgerechte und angemessene Vergütung zu gewährleisten. Daneben ist jedem Mitglied des Vorstands eine individuelle Pensionszusage erteilt worden.

Die Festsetzung sowohl der Höhe der Festvergütung als auch der Höhe der jährlichen variablen Vergütung der Vorstände erfolgt durch den Aufsichtsrat in einem formalisierten und nachvollziehbaren Prozess, der durch den Personal-

und Vergütungskontrollausschuss vorbereitet und überwacht wird. Die variable Vergütung steht in einem angemessenen Verhältnis zur Festvergütung, wobei die von der Hauptversammlung am 3. Juni 2014 unter Beachtung der Vorschriften des § 6 Abs. 1 der InstitutsVergVO sowie § 25 a Abs. 5 KWG beschlossene Höchstgrenze des Zweifachen der Festvergütung in keinem Fall überschritten wird.

Zur Gewährleistung der Nachhaltigkeit der Vergütung wird der variable Bestandteil in eine Barkomponente und in eine (vorläufige) Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc aufgeteilt. Die Aufteilung der variablen Vergütung berücksichtigt zum einen die Vorgaben des KWG und der InstitutsVergVO und erfolgt zum anderen nach den konzern-einheitlichen Regelungen der HSBC-Gruppe. Für das Geschäftsjahr 2015 besteht bei allen Vorstandsmitgliedern die gesamte variable Vergütung je zur Hälfte aus einer Barauszahlung und einer (vorläufigen) Zuteilung von Aktien

der HSBC Holdings plc. Sie wird in Höhe von 40 % im Geschäftsjahr 2016 und in Höhe von 60 % zu jeweils einem Drittel in den nächsten drei Geschäftsjahren, also von 2017 bis 2019, übertragen, wobei für die Aktien der HSBC Holdings plc jeweils eine weitere Halteperiode von sechs Monaten ab der Übertragung vorgeschrieben ist.

Kursrisiken und Kurschancen aus den gewährten Aktien im Zeitraum zwischen deren Zuteilung bis zum Ende der sechsmonatigen Halteperiode liegen ausschließlich bei den jeweiligen Vorstandsmitgliedern. Dabei ist es den Vorständen untersagt, die mit der Gewährung der variablen Vergütung beabsichtigte Risikoorientierung der Vergütung durch Absicherungs- oder sonstige Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Die Vergütung für Mitglieder des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt. Jedes Aufsichtsratsmitglied erhält danach eine Festvergütung von 50.000 Euro. Der Vorsitzende erhält das Zweieinhalbfache, der Stellvertreter das Zweifache dieser Vergütung. Der Vorsitzende eines Ausschusses des Aufsichtsrats erhält das Zweifache, Mitglieder eines Ausschusses erhalten je das Eineinhalbfache der vorgenannten Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds, sofern der jeweilige Ausschuss mindestens einmal im Geschäftsjahr tätig geworden ist. Übt ein Mitglied des Aufsichtsrats mehrere Ämter aus, erhält es nur eine Vergütung für das am höchsten vergütete Amt. Bei einer nicht das gesamte Geschäftsjahr umfassenden Mitgliedschaft im Aufsichtsrat oder in einem Ausschuss erfolgt eine zeitanteilige Reduzierung der Vergütung.

Angaben zur Höhe und Zusammensetzung der Bezüge der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder:

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 5. Juni 2012 unterbleiben die Angaben nach § 314 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe a Satz 5 bis 8 HGB zur individualisierten Offenlegung der Vorstandsvergütung.

Die Festbezüge aller Vorstandsmitglieder im Jahr 2015 lagen unter Berücksichtigung der Änderungen in der Zusammensetzung des Vorstands mit 4.341,6 Tsd. Euro leicht über dem Vorjahr (4.334,6 Tsd. Euro). Der variable Anteil der Vergütung betrug 4.431,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 5.076,0 Tsd. Euro). In den variablen Vergütungen des Vorstands für das Geschäftsjahr 2015 ist ein langfristiger Vergütungsanteil in Höhe von 2.658,8 Tsd. Euro (Vorjahr: 3.045,6 Tsd. Euro) enthalten.

Die sonstigen Bezüge in Höhe von 75,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 66,6 Tsd. Euro) bestehen im Wesentlichen aus Vergütungen für Dienstwagennutzung, Versicherungsbeiträgen sowie sonstigen geldwerten Vorteilen, die individuell zu versteuern sind. Sie sind erfolgsunabhängig.

Für die Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbleibende bestehen Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach IFRS in Höhe von 11,8 Mio. Euro (Vorjahr: 18,3 Mio. Euro). Im Geschäftsjahr wurden 1,1 Mio. Euro (Vorjahr: 1,0 Mio. Euro) in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst.

Für das Geschäftsjahr 2015 betragen die Bezüge des Aufsichtsrats 1.188.750,00 Euro (Vorjahr: 1.188.750,00 Euro). Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten Vergütungen in Höhe von 440.550,00 Euro (Vorjahr: 397.725,00 Euro). Darüber hinaus sind im Geschäftsjahr an zwei (Vorjahr: zwei) Mitglieder des Aufsichtsrats Entgelte für erbrachte Beratungsleistungen bezahlt worden; sie beliefen sich insgesamt auf 157.675,00 Euro (Vorjahr: 179.987,50 Euro). Für Aufsichtsratsmitglieder bestehen keine gesonderten Pensionsverpflichtungen. Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmervertretern sowie für die ehemaligen persönlich haftenden Gesellschafter der Bank gelten die allgemeinen Regeln für Mitarbeiter beziehungsweise ehemalige persönlich haftende Gesellschafter.

An ehemalige persönlich haftende Gesellschafter der HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA und der Trinkaus & Burkhardt KG als Rechtsvorgängerinnen der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG und ihrer Hinterbleibenden sowie an ehemalige Vorstände der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG wurden Bezüge in Höhe von 8,9 Mio. Euro (Vorjahr: 5,0 Mio. Euro) gezahlt. Für diesen Personenkreis bestehen Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach IFRS in Höhe von 48,7 Mio. Euro (Vorjahr: 41,6 Mio. Euro).

Im Verlauf des Geschäftsjahres hat kein Vorstandsmitglied Aktien der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG erworben. Bezugsrechte oder sonstige aktienbasierte Vergütungen in eigenen Aktien wurden nicht gewährt. Den Mitgliedern des Vorstands wurden zwei Mietbürgschaften in Höhe von 28,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,0 Tsd. Euro) und ein Dispositionskredit in Höhe von 82,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,0 Tsd. Euro) mit einem Zinssatz von 4,85 % gewährt. Zum Bilanzstichtag nahm wie im Vorjahr kein Mitglied des Aufsichtsrats Kontokorrentkredite in Anspruch. Haftungsverhältnisse gegenüber Dritten zugunsten von Organmitgliedern bestanden nur im Rahmen der in der Note „Patronatserklärung“ dargestellten Form.

Vergütung der Mitarbeiter

Die Bank verfolgt im Sinne der §§ 5, 6 Abs. 1 der InstitutsVergVO sowie § 25 a Abs. 5 KWG eine langfristig orientierte Vergütungsstrategie, die im Einklang mit den Zielen, den Werten und der Strategie der Bank steht. Die marktgerechte, leistungsorientierte Vergütung sowohl im tariflichen als auch im außertariflichen Bereich ist für die Mitarbeitermotivation von großer Bedeutung. In diesem Zusammenhang spielen langfristig orientierte Vergütungsbestandteile, die im Einklang mit den Zielen und der Strategie der Bank stehen, eine wichtige Rolle. Die Vergütung der Mitarbeiter ist so ausgestaltet, dass sie keine Anreize zum Eingehen von unverhältnismäßigen Risiken setzt. Dazu trägt insbesondere auch der im Marktvergleich angemessen hohe Anteil der festen Gehaltszahlungen an der Gesamtvergütung bei. Um in Ansehung der aktuellen gesetzlichen Vorgaben auch nach wie vor eine marktgerechte und angemessene Vergütung der Mitarbeiter zu gewährleisten, werden in Einzelfällen funktionsgebundene Zulagen gewährt, die den fixen Vergütungsbestandteil erhöhen. Diese Zulagen führen nicht zu erhöhten Aufwendungen in der betrieblichen Altersvorsorge für die Bank.

Das Vergütungssystem für die Mitarbeiter im Tarifbereich ist durch die Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken geregelt. Das Vergütungssystem für die außertariflichen Mitarbeiter wird vom Vorstand mit Zustimmung des Personal- und Vergütungskontrollausschusses festgelegt. Die entsprechenden Regelungen gelten einheitlich für alle Geschäftsbereiche und Tochtergesellschaften. Im Hinblick auf die Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH ist insoweit zu berücksichtigen, dass diese zusätzlich die bestehenden Sondervorschriften der AIFM-Richtlinie einzuhalten hat.

Neben einem Festgehalt, das jährlich überprüft wird, können außertarifliche Mitarbeiter eine variable Vergütung erhalten. Die Festsetzung der Höhe der jährlichen variablen Vergütung erfolgt entsprechend den in der „Richtlinie über die Festsetzung des Gesamtbetrags der variablen Vergütungen“ definierten Grundsätzen und Kriterien in einem formalisierten und nachvollziehbaren Prozess. Gemäß den Vorgaben der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats erfolgt die Festlegung der festen und variablen Vergütungen der Mitarbeiter unterhalb der Vorstandsebene, die zu den 15 höchstbezahlten Angestellten des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns gehören, mit Zustimmung des Personal- und Vergütungskontrollausschusses.

Die variable Vergütung wird durch den Vorstand unter Berücksichtigung der quantitativen und qualitativen Leistungen der Mitarbeiter, ihres Verhaltens und unter Berücksichtigung der angemessenen wirtschaftlichen Aspekte auf der Basis von Vorschlägen der Bereichsleiter festgelegt. Bei der Bewertung der Leistungen werden insbesondere auch deren Nachhaltigkeit und die Kundenzufriedenheit gewürdigt. Die Beurteilung des Verhaltens der Mitarbeiter erfolgt nach festgelegten Kriterien, wobei eingegangene Risiken, die Beachtung von Compliancevorschriften sowie der übrigen Verhaltensregeln und hier insbesondere die Einhaltung von Werten der HSBC-Gruppe Berücksichtigung finden.

Unter Beachtung der Vorgaben der InstitutsVergVO und in Anlehnung an die Grundsätze der HSBC-Gruppe zur Gewährung von variablen Vergütungen kommen diese vollständig in bar oder zum Teil in bar und zum Teil in der (vorläufigen) Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc zur Auszahlung. Nach den Grundsätzen der HSBC-Gruppe ist vorgesehen, dass die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2015 bis zu einer Höhe des Euro-Gegenwertes von 75 Tsd. US-Dollar im März 2016 vollständig in bar ausbezahlt wird. Die diesen Betrag übersteigenden variablen Vergütungen werden in Abhängigkeit von ihrer Höhe zwischen 10 % und 50 % in Aktien der HSBC Holdings plc vorläufig gewährt. Die Auszahlung der Barkomponente findet im März 2016 statt, und die Übertragung der Aktien der HSBC Holdings plc erfolgt zu jeweils einem Drittel in den drei nachfolgenden Jahren, mithin 2017, 2018 und 2019.

Als bedeutendes Institut hat die Bank gemäß § 18 Abs. 2 InstitutsVergVO diejenigen Mitarbeiter identifiziert, deren Tätigkeiten einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil der Bank haben (Material Risk Taker). Für diese Mitarbeiter gelten gemäß § 18 Abs. 1 i. V. m. § 20 InstitutsVergVO besondere Vergütungsvorschriften, die in einem separaten „Leitfaden für Material Risk Taker“ umgesetzt wurden und sich auf die Auszahlung der variablen Vergütung wie folgt auswirken:

Die gesamte variable Vergütung der Material Risk Taker besteht – soweit sie mindestens 50,0 Tsd. Euro beträgt – je zur Hälfte aus einer Barauszahlung und einer (vorläufigen) Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc. Sie wird in Höhe von 60 % im Geschäftsjahr 2016 und in Höhe von 40 % zu jeweils einem Drittel in den nächsten drei Ge-

schäftsjahren, also von 2017 bis 2019, übertragen, wobei für die Aktien der HSBC Holdings plc jeweils eine weitere Halteperiode von sechs Monaten ab der Übertragung vorgeschrieben ist.

Material Risk Taker, die der ersten Leitungsebene unterhalb des Vorstands angehören oder Geschäftsführer einer risikorelevanten Tochtergesellschaft sind, erhalten 40 % der Vergütung im Geschäftsjahr 2016. Der verbleibende Anteil wird zu jeweils einem Drittel in den nächsten drei Geschäftsjahren, also von 2017 bis 2019, übertragen, wobei für die Aktien der HSBC Holdings plc ebenfalls jeweils eine weitere Halteperiode von sechs Monaten ab der Übertragung vorgeschrieben ist.

Kursrisiken und -chancen aus den gewährten Aktien im Zeitraum zwischen deren Zuteilung und dem Ende der sechsmonatigen Halteperiode liegen ausschließlich bei den jeweiligen Mitarbeitern. Dabei ist es den Mitarbeitern untersagt, die mit der Gewährung von Aktien der HSBC Holdings plc beabsichtigte Risikoorientierung der Vergütung durch Absicherungs- oder sonstige Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Die Festlegung der variablen Vergütung für die Material Risk Taker erfolgt entsprechend den in der „Richtlinie über die Festsetzung des Gesamtbetrags der variablen Vergütungen“ sowie entsprechend den in dem „Performance Management Leitfadens“ definierten Grundsätzen und Kriterien in einem formalisierten und nachvollziehbaren Pro-

zess, in dem neben der grundsätzlichen Berücksichtigung der Geschäftsentwicklung der Gesellschaft und des Bereichs jeweils eine Gesamtbeurteilung hinsichtlich der individuellen Leistung – gemessen an quantitativen und qualitativen Kriterien – sowie des regelkonformen Verhaltens der Mitarbeiter erfolgt. Zur Durchführung eines formellen Performance Management-Systems sowie zur Verknüpfung der Performance und des Verhaltens der Material Risk Taker mit der variablen Vergütung wurde im Hinblick auf § 14 InstitutsVergVO eine Regelungsabrede mit dem Betriebsrat getroffen. Die Ergebnisse der Beurteilung (Ratings) haben demnach unmittelbare Auswirkung auf die Festlegung der variablen Vergütung für die Material Risk Taker.

Soweit den Vorständen beziehungsweise den Mitarbeitern Teile der variablen Vergütung erst in den Folgejahren ausbezahlt werden, unterliegen diese Vergütungsbestandteile konzernweit einheitlichen und formalisierten Malus-Regelungen. Demnach können diese variablen Vergütungen insbesondere dann ganz oder teilweise einbehalten werden, wenn sich der ursprünglich honorierte Ergebnisbeitrag nicht als nachhaltig erweist oder das Verhalten des Begünstigten im Nachhinein zu beanstanden ist.

Nachfolgend sind die wichtigsten quantitativen Angaben zu den Vergütungen für den Vorstand und die Material Risk Taker basierend auf Art. 450 Abs. 2 VO (EU) Nr. 575/2013 zusammenfassend tabellarisch aufgeführt:

31.12.2015	Anzahl Begünstigte Festvergütung	Summe der Festvergütungen (in Mio. €)	Anzahl der Begünstigten der variablen Vergütungen	Summe der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr (in Mio. €)	Davon Summe der variablen Vergütungen in bar (in Mio. €)	Davon Summe der variablen Vergütungen in Aktien (in Mio. €)
Vorstand	5	4,3	5	4,4	2,2	2,2
Material Risk Taker	332	48,7	302	30,3	16,7	13,6

31.12.2014	Anzahl Begünstigte Festvergütung	Summe der Festvergütungen (in Mio. €)	Anzahl der Begünstigten der variablen Vergütungen	Summe der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr (in Mio. €)	Davon Summe der variablen Vergütungen in bar (in Mio. €)	Davon Summe der variablen Vergütungen in Aktien (in Mio. €)
Vorstand	4	4,3	4	5,0	2,5	2,5
Material Risk Taker	296	40,1	283	27,8	14,1	13,7

31.12.2015	Summe der ausstehenden Deferred Compensation (in Mio. €)	Davon bereits erdient (in Mio. €)	Davon noch nicht erdient (in Mio. €)	Im Geschäftsjahr gewährte Deferrals (in Mio. €)	Im Jahr ausgezahlte/ zugeteilte Deferrals (in Mio. €)	Gesamtbetrag der Kürzungen von Deferrals (in Mio. €)
Vorstand	9,3	0,0	9,3	3,0	3,5	0,0
Material Risk Taker	32,8	0,0	32,8	12,9	7,6	0,0

31.12.2014	Summe der ausstehenden Deferred Compensation (in Mio. €)	Davon bereits erdient (in Mio. €)	Davon noch nicht erdient (in Mio. €)	Im Geschäftsjahr gewährte Deferrals (in Mio. €)	Im Jahr ausgezahlte/ zugeteilte Deferrals (in Mio. €)	Gesamtbetrag der Kürzungen von Deferrals (in Mio. €)
Vorstand	12,0	0,0	12,0	3,0	4,7	0,0
Material Risk Taker	25,4	0,0	25,4	11,7	6,5	0,0

Im Jahr 2015 wurden wie im Vorjahr keine Neueinstellungsprämien gezahlt.

31.12.2015	Im Geschäftsjahr gezahlte Abfindungen (in Mio. €)	Anzahl Begünstigte der gezahlten Abfindungen	Im Geschäftsjahr gewährte Abfindungen	Anzahl Begünstigte der gewährten Abfindungen
Vorstand/Material Risk Taker*	4,1	3	5,0	13

* Zahlungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses wurden aus Vertraulichkeitsgründen wegen der geringen Mitarbeiteranzahl gesamthaft für den Konzern ausgewiesen.

31.12.2014	Im Geschäftsjahr gezahlte Abfindungen (in Mio. €)	Anzahl Begünstigte der gezahlten Abfindungen	Im Geschäftsjahr gewährte Abfindungen	Anzahl Begünstigte der gewährten Abfindungen
Vorstand/Material Risk Taker*	0,6	1	0,0	0

* Zahlungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses wurden aus Vertraulichkeitsgründen wegen der geringen Mitarbeiteranzahl gesamthaft für den Konzern ausgewiesen.

In der Berichtsperiode wurden 5 Personen (Vorjahr: 5 Personen) Vergütungen in Bezug auf das Geschäftsjahr 2015 vorläufig gewährt, die zwischen 1,0 Mio. und 1,5 Mio. Euro liegen, 4 Personen (Vorjahr: 1 Person) zwischen 1,5 Mio.

und 2,0 Mio. Euro, 1 Person (Vorjahr: 1 Person) zwischen 2,0 Mio. und 2,5 Mio. Euro und 1 Person (Vorjahr: 2 Personen) zwischen 2,5 Mio. und 3,0 Mio. Euro.

Der Gesamtbetrag aller im HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern im Jahr 2015 gezahlten Festvergütungen einschließlich der Festvergütung für den Vorstand betrug 199,9 Mio. Euro (Vorjahr: 179,1 Mio. Euro). Im Jahr 2016 haben 1.609 Personen (Vorjahr: 1.489 Personen) variable

Vergütungen für das Geschäftsjahr 2015 in Höhe von insgesamt 58,2 Mio. Euro (Vorjahr: 55,5 Mio. Euro) zugesagt bekommen. In diesem Betrag sind die variablen Vergütungen für den Vorstand enthalten. Der Gesamtbetrag verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Bereiche:

31.12.2015	Summe der Festvergütungen (in Mio. €)	Summe der variablen Vergütungen für das Geschäftsjahr (in Mio. €)	Anzahl der Mitarbeiter mit variablen Vergütungsbestandteilen
Global Banking & Markets und Commercial Banking	114,4	43,0	915
Private Banking und Asset Management	22,3	6,1	162
Functions und HTS	63,2	9,1	532

31.12.2014	Summe der Festvergütungen (in Mio. €)	Summe der variablen Vergütungen für das Geschäftsjahr (in Mio. €)	Anzahl der Mitarbeiter mit variablen Vergütungsbestandteilen
Global Banking & Markets und Commercial Banking	100,5	39,5	837
Private Banking und Asset Management	21,1	6,4	154
Functions und HTS	57,5	9,6	498

Dank

Der Erfolg der Bank basiert nach wie vor auf dem besonderen Engagement und der bemerkenswerten Leistungsfähigkeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dafür sprechen wir ihnen unseren herzlichen Dank aus.

Außerdem danken wir dem Betriebsrat und den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat für ihre wiederum konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit im vergangenen Geschäftsjahr.

Erklärung zur Unternehmensführung

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Bank haben die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Erklärung zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ abgegeben sowie einen Bericht über Corporate Governance erstellt

und beide Dokumente der Öffentlichkeit dauerhaft auf der Homepage der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG (Internet-Link: <http://www.about.hsbc.de/de-de/investor-relations/corporate-governance>) zugänglich gemacht.

Konzernbilanz

HSBC Trinkaus & Burkhardt

Aktiva in Mio. €	(Notes)	31.12.2015	31.12.2014*	01.01.2014*	Veränderung**	
					in Mio. €	in %
Barreserve	(21)	690,2	616,4	1.133,7	73,8	12,0
Forderungen an Kreditinstitute*	(6, 22)	1.186,3	1.494,6	1.643,4	-308,3	-20,6
Forderungen an Kunden*	(6, 23)	7.848,0	6.509,5	4.824,6	1.338,5	20,6
Handelsaktiva	(6, 25)	5.930,5	7.327,8	6.753,6	-1.397,3	-19,1
Finanzanlagen*	(6, 26)	5.688,6	5.856,5	5.095,0	-167,9	-2,9
Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen	(10, 27)	0,5	20,3	54,5	-19,8	-97,5
Sachanlagevermögen	(11, 28)	104,2	97,6	83,8	6,6	6,8
Immaterielle Vermögenswerte	(12, 28)	9,2	10,6	15,9	-1,4	-13,2
Ertragsteueransprüche*	(16, 29)	32,0	9,1	6,4	22,9	>100,0
davon laufend		6,9	1,5	5,2	5,4	>100,0
davon latent*		25,1	7,6	1,2	17,5	>100,0
Sonstige Aktiva	(30)	181,0	204,0	164,5	-23,0	-11,3
Summe der Aktiva*		21.670,5	22.146,4	19.775,4	-475,9	-2,1

Passiva in Mio. €	(Notes)	31.12.2015	31.12.2014*	01.01.2014*	Veränderung**	
					in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(6, 33)	752,4	875,3	1.269,4	-122,9	-14,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(6, 34)	12.928,8	13.093,9	12.219,1	-165,1	-1,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	(35)	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0
Handelsspassiva	(6, 36)	5.148,7	5.424,5	4.099,9	-275,8	-5,1
Rückstellungen	(8, 15, 37)	138,6	167,2	142,7	-28,6	-17,1
Ertragsteuerverpflichtungen	(16, 38)	35,0	32,2	39,9	2,8	8,7
davon laufend		35,0	32,2	39,9	2,8	8,7
davon latent		0,0	0,0	0,0	0,0	-
Sonstige Passiva*	(39)	249,0	176,5	191,2	72,5	41,1
Nachrangkapital*	(40)	458,2	458,2	357,3	0,0	0,0
Eigenkapital*	(41)	1.949,8	1.908,6	1.445,9	41,2	2,2
Gezeichnetes Kapital	(41)	91,4	91,4	75,4	0,0	0,0
Kapitalrücklagen*		720,9	720,9	355,7	0,0	0,0
Gewinnrücklagen*		948,5	874,0	793,3	74,5	8,5
Bewertungsreserve für Finanzinstrumente*	(41)	120,0	167,4	129,4	-47,4	-28,3
Bewertungsreserve für die Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung	(37)	-85,1	-92,0	-58,6	6,9	-7,5
Bewertungsreserve aus Währungsumrechnung	(3)	2,0	2,2	1,3	-0,2	-9,1
Konzernbilanzgewinn*		152,1	144,7	149,4	7,4	5,1
Summe der Passiva*		21.670,5	22.146,4	19.775,4	-475,9	-2,1

* Vergleichswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

** Veränderung vom 31. Dezember 2014 zum 31. Dezember 2015

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

HSBC Trinkaus & Burkhardt

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Erfolgsrechnung in Mio. €	(Notes)	2015	2014*	Veränderung	
				in Mio. €	in %
Zinserträge		260,8	249,9	10,9	4,4
Zinsaufwendungen		83,3	75,2	8,1	10,8
Zinsüberschuss	(18, 42)	177,5	174,7	2,8	1,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(8, 43)	0,2	4,0	-3,8	-95,0
Ergebnis aus Anteilen an at equity bilanzierten Unternehmen	(44)	0,1	0,2	-0,1	-50,0
Provisionserträge		898,6	760,4	138,2	18,2
Provisionsaufwendungen		457,4	370,7	86,7	23,4
Provisionsüberschuss	(18, 45)	441,2	389,7	51,5	13,2
Handelsergebnis*	(18, 46)	99,3	105,8	-6,5	-6,1
Verwaltungsaufwand	(47)	530,4	494,0	36,4	7,4
Ergebnis aus Finanzanlagen*	(18, 48)	15,0	21,8	-6,8	-31,2
Sonstiges Ergebnis*	(18, 49)	14,9	17,6	-2,7	-15,3
Jahresüberschuss vor Steuern*		217,4	211,8	5,6	2,6
Ertragsteuern	(16, 50)	65,3	67,1	-1,8	-2,7
Jahresüberschuss*		152,1	144,7	7,4	5,1

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

Ergebnis je Aktie in €	(Notes)	31.12.2015	31.12.2014*
Unverwässert	(52)	4,46	5,15
Verwässert	(52)	4,46	5,15
Anzahl der durchschnittlich im Umlauf befindlichen Aktien in Mio. Stück	(52)	34,1	28,1

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

Überleitung vom Jahresüberschuss zum Gesamtergebnis

in Mio. €	(Notes)	2015	2014*
Jahresüberschuss*		152,1	144,7
Gewinne/Verluste nach Steuern, die in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgegliedert werden*		-47,6	38,9
davon aus Finanzinstrumenten*	(41)	-47,4	38,0
davon aus Währungsumrechnung	(3)	-0,2	0,9
Gewinne/Verluste nach Steuern, die nicht in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgegliedert werden		6,9	-33,4
davon aus Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung	(37)	6,9	-33,4
Sonstiges Periodenergebnis		-40,7	5,5
Gesamtergebnis*		111,4	150,2

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung HSBC Trinkaus & Burkhardt

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Bewertungsreserve für Finanzinstrumente	Bewertungsreserve für die Neubewertung der Netto-pensionsverpflichtung	Bewertungsreserve aus Währungs-umrechnung	Konzernbilanz-gewinn	Konzern-eigenkapital
in Mio. €								
(Notes)	(41)	(41)	(41)	(41)	(41)	(41)		
Stand 31.12.2013	75,4	365,8	781,9	132,6	-58,6	1,3	155,3	1.453,7
Rückwirkende Anpassung*	0,0	-10,1	11,4	-3,2	0,0	0,0	-5,9	-7,8
Stand 01.01.2014*	75,4	355,7	793,3	129,4	-58,6	1,3	149,4	1.445,9
Ausschüttung Bilanzgewinn							-70,3	-70,3
Thesaurierung aus dem Bilanz-gewinn 2013			79,1				-79,1	0,0
Zugang aus Jahres-überschuss							144,7	144,7
Kapitalerhöhung	16,0	365,2						381,2
Anteilsbasierte Vergütung								0,0
Sonstiges Perio-denergebnis				38,0	-33,4	0,9		5,5
Sonstige Veränderungen			1,6					1,6
Stand 31.12.2014*	91,4	720,9	874,0	167,4	-92,0	2,2	144,7	1.908,6
Ausschüttung Bilanzgewinn							-70,3	-70,3
Thesaurierung aus dem Bilanz-gewinn 2014			74,4				-74,4	0,0
Zugang aus Jahres-überschuss							152,1	152,1
Kapitalerhöhung								0,0
Anteilsbasierte Vergütung								0,0
Sonstiges Perio-denergebnis				-47,4	6,9	-0,2		-40,7
Sonstige Veränderungen			0,1					0,1
Stand 31.12.2015	91,4	720,9	948,5	120,0	-85,1	2,0	152,1	1.949,8

* Werte angepasst. Die Änderungen sind in Note 19 erläutert.

Konzern-Kapitalflussrechnung

HSBC Trinkaus & Burkhardt

in Mio. €	(Notes)	2015	2014*
Jahresüberschuss		152,1	144,7
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen und Veränderung der Rückstellungen		64,6	51,5
Nettoergebnis aus dem Abgang von Finanzanlagen und Sachanlagevermögen		-27,8	-21,4
Sonstige Anpassungen (per saldo)		-67,2	-109,1
Zwischensumme		121,7	65,7
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute	(22)	308,3	149,0
Forderungen an Kunden	(23)	-1.337,4	-1.681,3
Handelsbestände	(25, 36)	1.121,5	750,4
Andere Aktiva		100,8	-758,2
Verbindlichkeiten	(33, 34)	-288,0	483,6
Andere Passiva		21,6	-22,6
Summe der Veränderungen		-73,2	-1.079,1
Erhaltene Zinsen		257,6	246,7
Erhaltene Dividenden		5,8	4,2
Gezahlte Zinsen		-83,3	-75,2
Ertragsteuerzahlungen		-73,2	-74,1
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		155,4	-911,8
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen mit Beteiligungscharakter		23,7	5,8
Sachanlagevermögen		1,4	0,7
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen mit Beteiligungscharakter		-5,4	-0,2
Sachanlagevermögen		-31,0	-25,2
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-11,3	-18,9
An die Gesellschafter der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG gezahlte Dividenden		-70,3	-70,3
Mittelveränderungen aus Nachrangkapital		0,0	102,5
Mittelveränderungen aus der Kapitalerhöhung		0,0	381,2
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-70,3	413,4

Zahlungsmittelbestand am Ende der Vorperiode	(21)	616,4	1.133,7
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		155,4	-911,8
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-11,3	-18,9
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-70,3	413,4
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode	(21)	690,2	616,4

*Werte angepasst. Die Änderungen sind in Note 19 erläutert.

Erläuterungen (Notes) zum Konzernabschluss

Grundlagen der Rechnungslegung

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungsmethoden

Konsolidierungskreis	(Note 1)
Konsolidierungsgrundsätze	(Note 2)
Währungsumrechnung	(Note 3)
Unternehmenszusammenschlüsse	(Note 4)
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögensgruppen sowie aufgegebene Geschäftsbereiche	(Note 5)
Finanzinstrumente	(Note 6)
Hedge Accounting	(Note 7)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(Note 8)
Pensions- und Wertpapierleihegeschäfte	(Note 9)
Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen	(Note 10)
Sachanlagevermögen	(Note 11)
Immaterielle Vermögenswerte	(Note 12)
Leasing	(Note 13)
Eigene Schuldverschreibungen und eigene Aktien	(Note 14)
Rückstellungen	(Note 15)
Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen	(Note 16)
Anteilsbasierte Vergütung	(Note 17)
Erfassung von Erträgen und Aufwendungen	(Note 18)
Anpassung der Rechnungslegungsmethoden	(Note 19)
Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	(Note 20)

Angaben zur Konzernbilanz

Barreserve	(Note 21)
Forderungen an Kreditinstitute	(Note 22)
Forderungen an Kunden	(Note 23)
Risikovorsorge für Forderungen	(Note 24)
Handelsaktiva	(Note 25)
Finanzanlagen	(Note 26)
Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen	(Note 27)
Anlagespiegel	(Note 28)
Ertragsteueransprüche	(Note 29)
Sonstige Aktiva	(Note 30)
Nachrangige Vermögenswerte	(Note 31)
Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe	(Note 32)
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(Note 33)
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(Note 34)
Verbriefte Verbindlichkeiten	(Note 35)
Handelspassiva	(Note 36)
Rückstellungen	(Note 37)

Ertragsteuerverpflichtungen	(Note 38)
Sonstige Passiva	(Note 39)
Nachrangkapital	(Note 40)
Eigenkapital	(Note 41)

Angaben zur Gewinn- und Verlust-Rechnung des Konzerns

Zinsüberschuss	(Note 42)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(Note 43)
Ergebnis aus Anteilen an at equity bilanzierten Unternehmen	(Note 44)
Provisionsüberschuss	(Note 45)
Handelsergebnis	(Note 46)
Verwaltungsaufwand	(Note 47)
Ergebnis aus Finanzanlagen	(Note 48)
Sonstiges Ergebnis	(Note 49)
Ertragsteuern	(Note 50)
Gewinn- und Verlust-Rechnung nach Bewertungskategorien	(Note 51)
Ergebnis je Aktie	(Note 52)

Sonstige Angaben

Angaben zur Kapitalflussrechnung	(Note 53)
Geschäftssegmente	(Note 54)
Bewertungsklassen	(Note 55)
Restlaufzeiten der Finanzinstrumente	(Note 56)
Fair Value der Finanzinstrumente	(Note 57)
Day-1 Profit or Loss	(Note 58)
Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen	(Note 59)
Bestände in Fremdwährung	(Note 60)
Derivategeschäfte	(Note 61)
Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	(Note 62)
Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	(Note 63)
Treuhandgeschäfte	(Note 64)
Anteilsbesitz	(Note 65)
Beziehungen zu nicht konsolidierten strukturierten Einheiten	(Note 66)
Befreiungen von Tochtergesellschaften gemäß § 264 Abs. 3 und § 264 b HGB	(Note 67)
Patronatserklärung	(Note 68)
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	(Note 69)
Honorare für den Abschlussprüfer	(Note 70)
Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	(Note 71)
Anteilsbasierte Vergütungen	(Note 72)
Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG	(Note 73)
Mandate des Vorstands	(Note 74)
Mandate anderer Mitarbeiter	(Note 75)
Angaben zu Aufsichtsratsmitgliedern	(Note 76)
Veröffentlichung	(Note 77)

Grundlagen der Rechnungslegung

Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG (die Bank) ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht mit Sitz in Düsseldorf. Gemeinsam mit den Gesellschaften, bei denen sie über beherrschenden Einfluss verfügt, betreibt sie Bankgeschäfte und erbringt Finanzdienstleistungen aller Art.

Der Konzernabschluss des Bankhauses HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr 2015 wurde in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt, wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind. Weitere handelsrechtliche Vorschriften gemäß § 315 a Abs. 1 HGB haben wir ebenfalls berücksichtigt. Der gemäß § 315 a HGB in Verbindung mit § 315 HGB zusätzlich zu erstellende Konzernlagebericht enthält auch den Bericht über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung. Die Angaben im Lagebericht ergänzen die Darstellung zu Art und Umfang von Risiken aus Finanzinstrumenten sowie zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage in den Erläuterungen (Notes).

Die Feststellung des Jahresabschlusses erfolgt nach den gesetzlichen Regelungen und obliegt – auf der Basis eines Vorschlags durch den Vorstand – grundsätzlich dem Aufsichtsrat. Nach erfolgter Feststellung fasst die Hauptversammlung den Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns.

Die Darstellungswährung ist Euro. Zur besseren Übersichtlichkeit weisen wir die Beträge grundsätzlich in Mio. Euro aus. Es wird kaufmännisch gerundet. Hierdurch können sich im vorliegenden Konzernabschluss bei der Bildung von Summen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Erstellung von IFRS-Abschlüssen verlangt vom Management Beurteilungen, Annahmen und Schätzungen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, sind die Bestim-

mung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, die Klassifizierung in die Fair Value Levels 1–3, die Wertminderung von Finanzinstrumenten und sonstigen Vermögensgegenständen, die Bilanzierung von Rückstellungen (inkl. Rückstellungen für laufende Steuern) sowie sonstige Verpflichtungen, die Risikovorsorge im Kreditgeschäft, die Ermittlung latenter Steuern und die Beurteilung der Beherrschung von strukturierten Einheiten im Sinne des IFRS 10. Diese Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Schätzungen sind mit Prognoseunsicherheiten behaftet. Um dies zu minimieren, wird so weit wie möglich auf verfügbare objektive Informationen, aber auch auf Erfahrungen zurückgegriffen. Die verwendeten Schätzverfahren unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung und werden gegebenenfalls angepasst.

Bilanziert und bewertet wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern).

Der Konzernabschluss umfasst die Bilanz, die Gesamtergebnisrechnung, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie die Erläuterungen (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb der Notes.

Am Grundkapital der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG hielt die HSBC Holdings plc Ende 2015 über die HSBC Germany Holdings GmbH eine mittelbare Beteiligung von 80,7 % (Vorjahr: 80,7 %). Demzufolge wird der konsolidierte Abschluss der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG in den veröffentlichten Konzernabschluss der HSBC Holdings plc, 8 Canada Square, London E14 5HQ, Großbritannien, Registernummer 617987, einbezogen.

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungsmethoden

1 Konsolidierungskreis

In den Konsolidierungskreis beziehen wir als Tochterunternehmen alle verbundenen Unternehmen ein, an denen die AG direkt oder indirekt die Mehrheit der Stimmrechte hält beziehungsweise über die ein beherrschender Einfluss ausgeübt werden kann.

Der Konzern beherrscht ein Unternehmen, wenn er die Entscheidungsmacht hat, die relevanten Tätigkeiten zu steuern, ein Anrecht auf die signifikanten variablen Rückflüsse aus dem Beteiligungsunternehmen besitzt und seine Entscheidungsmacht dazu nutzen kann, die Höhe der signifikanten variablen Rückflüsse zu beeinflussen.

Um festzustellen, ob ein Unternehmen zu konsolidieren ist, muss demnach zunächst geprüft werden, was der Zweck und die Gestaltung des Unternehmens sind, sowie untersucht werden, was die relevanten Tätigkeiten des Unternehmens sind und wie diese bestimmt werden.

Den Konsolidierungskreis verlassen hat die HSBC Trinkaus Investment Managers S.A., Luxemburg, da sie auf die HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg, verschmolzen wurde. Die als Joint Venture mit der Société Financière et Mobilière, Paris, bestehende HSBC Trinkaus Gesellschaft für Kapitalmarktinvestments oHG, Düsseldorf, hat im Geschäftsjahr 2015 ihre operative Geschäftstätigkeit beendet und wurde aufgelöst. Der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern ist durch den Mitgesellschafter von sämtlichen Risiken und Pflichten freigestellt und hat die vollständige Auszahlung der Anteile erhalten. Die Gesellschaft ist damit im laufenden Jahr aus dem Kreis der at equity einbezogenen Gesellschaften ausgeschieden. Eine detaillierte Auflistung der einbezogenen Unternehmen findet sich in Note 65. Wir haben darüber hinaus wie im Vorjahr zwei Spezialfonds und einen geschlossenen Immobilienfonds vollkonsolidiert.

2 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss wird nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für gleichartige Geschäftsvorfälle und sonstige Ereignisse in ähnlichen Umständen aufgestellt.

Um die Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung zu ermitteln, wird der jeweilige Beherrschungszeitpunkt für neu einbezogene Unternehmen zugrunde gelegt.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge rechnen wir gegeneinander auf; Zwischenergebnisse werden eliminiert.

3 Währungsumrechnung

Zur Währungsumrechnung unterteilen wir entsprechend IAS 39 i. V. m. IAS 21 (IAS = International Accounting Standards) alle Finanzinstrumente in monetäre und nichtmonetäre Finanzinstrumente. Bewertungsergebnisse aus der Währungsumrechnung monetärer Posten werden erfolgswirksam erfasst. Bei nichtmonetären Posten richtet sich die Behandlung der Währungsergebnisse nach der Art, wie die übrigen Bewertungsergebnisse des jeweiligen Instruments behandelt werden.

Die Devisentermingeschäfte werden zum Fair Value bewertet. Ein Bewertungsparameter ist der jeweilige Terminkurs am Bilanzstichtag. Devisenkassageschäfte sowie auf Fremdwährung lautende Vermögenswerte und Schulden rechnen wir zum offiziellen Referenzsatz der Europäischen Zentralbank oder zu sonstigen geeigneten Kassakursen des letzten Geschäftstags im Jahr um.

Die Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochtergesellschaften erfolgt nach der modifizierten Stichtagsmethode; demnach sind Bilanzposten zum jeweiligen Stichtagskurs, Aufwendungen und Erträge hingegen zum jeweiligen Durchschnittskurs umgerechnet. Das zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung vorhandene Eigenkapital ist mit dem Stichtagskurs am Erstkonsolidierungstag umzurechnen und konstant fortzuführen. Zuführungen zu den Gewinnrücklagen sind mit dem Umrechnungskurs des jeweiligen Entstehungsjahres des entsprechenden Jahresüberschusses umzurechnen. Umrechnungsergebnisse aus der Kapitalkonsolidierung werden im Eigenkapital gesondert ausgewiesen.

Die erfolgsneutralen Umrechnungsdifferenzen belaufen sich zum Stichtag auf 2,0 Mio. Euro (Vorjahr: 2,2 Mio. Euro) und beziehen sich auf einen geschlossenen Immobilienfonds.

4 Unternehmenszusammenschlüsse

Für Unternehmenszusammenschlüsse, bei denen der Erwerber die Beherrschung über das erworbene Unternehmen übernimmt, gibt IFRS 3 die Anwendung der Erwerbsmethode (Acquisition Method) vor. Nachdem die Anschaffungskosten des Erwerbers ermittelt wurden, sind anschließend die im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses erworbenen Vermögenswerte und Schulden mit ihrem Fair Value zum Erwerbszeitpunkt anzusetzen.

Für erworbene materielle und immaterielle Vermögenswerte sowie für Eventualverbindlichkeiten und andere Bilanzpositionen werden die umfangreichen Ansatz- und Bewertungsvorschriften des IFRS 3 angewendet. Hierzu zählen auch zuvor nicht bilanzierungsfähige Vermögenswerte.

Ist ein Goodwill zu bilanzieren, weil die Anschaffungskosten über dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen Nettovermögens liegen, so ist dieser gemäß IAS 36 mindestens einmal jährlich beziehungsweise bei Bedarf ad hoc auf seine Werthaltigkeit zu überprüfen (Impairmenttest). Der Impairmenttest basiert auf der anerkannten Ertragswertmethode. Dabei werden die zukünftig zu erwartenden Überschüsse aus der jüngsten Managementplanung zugrunde gelegt und mit dem risikoadäquaten Zinssatz abgezinst, um den sogenannten erzielbaren Betrag zu ermitteln, mit dem der Buchwert des Goodwill zu vergleichen ist. Im Falle eines erzielbaren Betrages, der unterhalb des Buchwerts liegt, erfolgt eine Abschreibung. Die den Cashflow-Prognosen zugrunde liegenden Annahmen sind mit Unsicherheiten behaftet.

Für die Berechnung des risikoadäquaten Zinssatzes in Höhe von 7,7 % (Vorjahr 6,1 %) haben wir einen risikofreien Zinssatz, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Risiko berücksichtigt.

5 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögensgruppen sowie aufgegebene Geschäftsbereiche

Mit den Regelungen des IFRS 5 bestehen für langfristige Vermögenswerte und Gruppen von Vermögenswerten, die zur Veräußerung oder zur Ausschüttung an die Anteilseig-

ner bestimmt sind, einschließlich der mit diesen (Gruppen von) Vermögenswerten direkt in Verbindung stehenden Verbindlichkeiten, besondere Ausweis- und Bewertungsvorschriften. IFRS 5 ist ebenso in Bezug auf aufgegebene Geschäftsbereiche anzuwenden. Ein aufgegebener Geschäftsbereich ist dabei als Unternehmensteil im Sinne einer gesonderten, wesentlichen Geschäftseinheit oder eines geografischen Geschäftsbereichs zu verstehen, der abgegangen ist oder zur Veräußerung beziehungsweise zur Ausschüttung an die Anteilseigner vorgesehen ist.

Zum Bilanzstichtag liegen keine Sachverhalte vor, die eine Bilanzierung nach IFRS 5 erfordern.

6 Finanzinstrumente

Ansatz

Finanzinstrumente werden gemäß IAS 39 erstmals in der Bilanz angesetzt, wenn der Konzern Vertragspartei der entsprechenden Vereinbarung wird. Bei Kassageschäften (Regular Way Contracts) erfolgt der Ansatz einheitlich zum Handelstag, ansonsten am Erfüllungstag.

Eine vollständige Ausbuchung wird durchgeführt, sofern der Konzern die vertraglichen Rechte am Erhalt der Zahlungsströme aus dem Finanzinstrument sowie alle wesentlichen Chancen und Risiken, die mit dem Finanzinstrument verbunden sind, übertragen hat. Sofern nicht sämtliche Chancen und Risiken übertragen werden, erfolgt ein Ansatz in Höhe der verbleibenden Risikoposition, falls wir unverändert die Kontrolle über das Finanzinstrument haben (Continuing Involvement). Übertragungen, bei denen wir unverändert die Kontrolle haben, ergaben sich nicht.

Bei den übertragenen Finanzinstrumenten, die sich nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, handelt es sich im Wesentlichen um als Sicherheiten hinterlegte verzinsliche Wertpapiere im Rahmen von Pensionsgeschäften oder um verliehene Aktien aus Wertpapierleihegeschäften. Bei echten Pensionsgeschäften bleiben aufgrund der rechtlichen Verpflichtung zur Rückübertragung der Wertpapiere im Wesentlichen alle Chancen und Risiken bei dem Übertragenden zurück. Gleiches gilt für Wertpapierleihegeschäfte.

Ausweis

Der Ausweis der Finanzinstrumente sowie die zugehörigen Bewertungsklassen und -kategorien können der folgenden Übersicht entnommen werden.

Bewertungsansatz	Klassen gemäß IFRS 7 / Bilanzposten	Bewertungskategorie gemäß IAS 39
Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten	Forderungen an Kreditinstitute	Loans and Receivables
	Forderungen an Kunden	Loans and Receivables
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Other Liabilities
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Other Liabilities
	Verbriefte Verbindlichkeiten	Other Liabilities
	Nachrangkapital	Other Liabilities
Bewertung zum Fair Value	Finanzanlagen	Available for Sale
	Handelsaktiva/-passiva	Held for Trading
Derivate in Sicherungsbeziehungen	Handelsaktiva/-passiva	
Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	
Unwiderrufliche Kreditzusagen	Unwiderrufliche Kreditzusagen	

Angabepflichten zur Risikoberichterstattung machen wir teilweise auch innerhalb des Risikoberichts als Teil des geprüften Konzernlageberichts.

Bewertung

Alle Finanzinstrumente werden bei Zugang mit dem Fair Value bewertet. Im Zugangszeitpunkt entspricht dieser in der Regel dem Transaktionspreis. Darüber hinaus ordnen wir beim erstmaligen Ansatz sämtliche Finanzinstrumente den Kategorien gemäß IAS 39 zu, die maßgeblich für die Folgebewertung sind. Im HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern haben wir die Regelungen wie folgt umgesetzt:

(a) Finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (Financial Assets or Liabilities at Fair Value through Profit or Loss)

Innerhalb dieser Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder als Held for Trading (HfT) zu klassifizieren sind oder im Zugangszeitpunkt unwiderruflich als at Fair Value through Profit or Loss designiert werden (Fair Value-Option). Von der Fair Value-Option haben wir wie bereits im Vorjahr keinen Gebrauch gemacht, sodass die entsprechende Subkategorie zurzeit nicht besetzt ist.

Bei Finanzinstrumenten der Subkategorie Held for Trading handelt es sich neben sämtlichen Derivaten – einschließlich der trennungspflichtigen Embedded Derivatives – um alle Positionen, die zwecks kurzfristiger Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen eingegangen wurden.

Die Folgebewertung erfolgt mit dem Fair Value. Dabei werden – sofern vorhanden – öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt zugrunde gelegt; ansonsten erfolgt die Bewertung anhand anerkannter Bewertungsmethoden. Überwiegend werden Standard-Bewertungsmodelle verwendet, wie sie in der jeweiligen Software von externen Software-Anbietern implementiert sind. Dies sind im Wesentlichen Barwertverfahren und Optionspreismodelle. Für bestimmte komplexe Produkte haben wir – in enger Zusammenarbeit mit HSBC – eigene Bewertungsroutinen entwickelt. Aufgrund des breiten Produktspektrums werden die Bewertungsparameter möglichst differenziert erhoben, zum Beispiel nach Laufzeiten und Basispreisen. Die Auswahl der verwendeten Datenquellen sowie die

Zuordnung der verwendeten Bewertungsparameter und des anzuwendenden Bewertungsverfahrens zu den jeweiligen Finanzinstrumenten erfolgen handelsunabhängig. Solange für bestimmte Produkte nicht alle wesentlichen bewertungsrelevanten Parameter beobachtet werden können, werden die Bewertungsergebnisse aus Neugeschäften (Day-1 Profit or Loss) in diesen Produkten erst bei Fälligkeit oder Schließen der Position erfolgswirksam. Eine Verteilung über die Laufzeit der Transaktion findet nicht statt. Alle realisierten Gewinne und Verluste, die unrealisierten Bewertungsergebnisse sowie das handelsbezogene Zinsergebnis sind Teil des Handelsergebnisses.

(b) Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held to Maturity Investments)

Der Kategorie Held to Maturity haben wir, wie bereits im Vorjahr, keine Finanzinstrumente zugeordnet.

(c) Kredite und Forderungen (Loans and Receivables)

Der Kategorie Loans and Receivables sind alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die mit festen oder bestimmbar Zahlungen ausgestattet sind, nicht an einem aktiven Markt quotiert sind und nicht bei Vertragsabschluss als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden. Die entsprechenden Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Eine Ausnahme hiervon bilden die Finanzinstrumente, die wegen der kurzfristigen Wiederveräußerungsabsicht der Kategorie Held for Trading zugeordnet wurden. Zinsen aus dem Kreditgeschäft weisen wir im Zinsüberschuss aus. Agio- und Disagiobeträge erfassen wir nach der Effektivzinsmethode im Zinsüberschuss. Wertminderungen auf Darlehen und Forderungen werden in der Risikovorsorge für Forderungen ausgewiesen.

(d) Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale)

Die Kategorie Available for Sale umfasst einerseits alle Finanzanlagen und ist andererseits die Residualgröße der finanziellen Vermögenswerte, das heißt, sie umschließt auch die Finanzinstrumente, die keiner anderen Bewertungskategorie des IAS 39 zugeordnet wurden. Hierzu zählen Wertpapiere (einschließlich Namensschuldverschreibungen), Investmentfonds, erworbene Forderungen und Beteiligungen. Zinsen aus Available for Sale-Beständen und erhaltene Dividenden weisen wir im Zinsüberschuss aus.

Die Folgebewertung von Finanzinstrumenten dieser Kategorie erfolgt zum Fair Value. Die Bewertungsmethoden sind identisch mit denen, die für die Bewertung der Held for Trading-Bestände herangezogen werden. Wertänderungen gegenüber den fortgeführten Anschaffungskosten werden erfolgsneutral im Eigenkapital in der Bewertungsreserve für Finanzinstrumente ausgewiesen.

Für Anteile an Personengesellschaften und bestimmten nicht börsennotierten Kapitalgesellschaften liegen keine ausreichenden Bewertungsparameter vor. Zum einen existiert für diese Finanzinstrumente kein auf einem aktiven Markt notierter Preis. Zum anderen ist eine zuverlässige modellbasierte Ermittlung des Marktwerts nicht möglich, da die Schwankungsbreite möglicher Werte zu groß ist beziehungsweise den einzelnen Werten keine Eintrittswahrscheinlichkeiten zugeordnet werden können. Diese Beteiligungen bilanzieren wir zu Anschaffungskosten abzüglich Impairments.

Im Falle von Wertminderungen aufgrund von Bonitäts- und Länderrisiken (Impairments) werden Abschreibungen auf den niedrigeren Fair Value vorgenommen. Der Impairmenttest erfolgt zu jedem Zwischenberichtstermin. Die Wertminderungen werden im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Für Fremdkapitalinstrumente erfolgt beim Vorliegen objektiver Hinweise auf eine Wertminderung eine sofortige erfolgswirksame Erfassung. Allgemeine Indikatoren für das Vorliegen einer Bonitätsverschlechterung können ein Vertragsbruch, wie der Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen, ein Insolvenzverfahren oder sonstige Sanierungsmaßnahmen des Schuldners sein. Eine erfolgswirksame Zuschreibung bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten wird erfasst, sobald der Grund für die Abschreibung entfallen ist. Eigenkapitalinstrumente werden abgeschrieben, wenn der Fair Value signifikant oder dauerhaft unterhalb der ursprünglichen Anschaffungskosten liegt. Unterschreitet der Fair Value eines Wertpapiers die ursprünglichen Anschaffungskosten um mindestens 20 %, ist dieser Rückgang signifikant; liegt der Fair Value in den neun Monaten vor dem Bilanzstichtag permanent unter den ursprünglichen Anschaffungskosten, besteht eine dauerhafte Wertminderung. In beiden Fällen wird ein Impairment auf den Fair Value vorgenommen. Für Eigenkapitaltitel darf beim Wegfall der Gründe für die Abschreibung – im Gegensatz zu den Schuldtiteln – keine erfolgswirksame Wertaufholung vorgenommen werden. Vielmehr sind Zuschreibungen erfolgsneutral in der Bewertungsreserve für Finanzinstrumente zu erfassen.

(e) Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (Other Liabilities)

Die Kategorie Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten beinhaltet die finanziellen Verbindlichkeiten, die wir nicht der Kategorie at Fair Value zugeordnet haben. Sie werden damit nicht erfolgswirksam zum Fair Value, sondern mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Agio- und Disagiobeträge erfassen wir nach der Effektivzinsmethode im Zinsüberschuss. Unverzinsliche Verbindlichkeiten – zum Beispiel Null-Kupon-Schuldscheindarlehen – werden mit der Emissionsrendite auf den Bilanzstichtag aufgezin.

(f) Umwidmungen

Von der Möglichkeit einer Umwidmung von Finanzinstrumenten nach IAS 39 haben wir wie schon im Vorjahr keinen Gebrauch gemacht.

(g) Finanzgarantien und Kreditzusagen

Finanzgarantien sind Verträge, bei denen der Garantieggeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantienehmer für einen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht fristgemäß nachkommt. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ist eine Finanzgarantie zum Fair Value anzusetzen. Dieser setzt sich aus dem Barwert der erwarteten Leistungen und dem gegenläufigen Barwert der zukünftigen Prämien zusammen und beträgt regelmäßig null, wenn sich der Verpflichtungsbarwert und der Prämienbarwert entsprechen.

Kreditzusagen sind feste Verpflichtungen eines Kreditgebers zur Bereitstellung eines Kredits an einen potenziellen Kreditnehmer zu vorab vertraglich festgelegten Konditionen.

Im Rahmen der Folgebewertung werden für drohende Verluste aus Inanspruchnahmen Rückstellungen gebildet.

7 Hedge Accounting

Zur Absicherung des Marktzinsrisikos bei festverzinslichen Anleihen des Available for Sale-Bestands und Krediten wendet die Bank die Vorschriften zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen gemäß IAS 39 an (Hedge Accounting). Der Fair Value der festverzinslichen Anleihen hängt dabei einerseits von Änderungen des Marktzinses und andererseits von Liquiditäts- und Risikoaufschlägen für den Emittenten ab. Zur Absicherung von marktzinsinduzierten Wertschwankungen schließt die Bank Zins-Swaps mit

anderen Banken ab, die die Fair Value-Schwankungen der Anleihen und Kredite weitestgehend kompensieren. Bei dieser Absicherung von Fair Value-Schwankungen (sogenannte Fair Value Hedges) werden gemäß IAS 39 die zinsinduzierten Wertschwankungen der Grundgeschäfte erfolgswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Nicht abgesichert sind indes die spreadbedingten Fair Value-Schwankungen der Anleihen. Sie fließen, entsprechend der Folgebewertung von Available for Sale-Beständen, erfolgsneutral in die Bewertungsreserve für Finanzinstrumente ein.

Die Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen nach IFRS ist an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft. Diese beziehen sich insbesondere auf die Dokumentation des Sicherungszusammenhangs und die Effektivität der Sicherungsbeziehung. Zum Zeitpunkt der Begründung einer Hedge-Beziehung sind insbesondere zu dokumentieren: die Identifikation des Grundgeschäfts und des Sicherungsinstruments, die Kennzeichnung des gesicherten Risikos und die Vorgehensweise zur Überprüfung der Effektivität der Sicherungsbeziehung.

Zur Beurteilung der Effektivität der Sicherungsbeziehung greift die Bank auf ein lineares Regressionsmodell zurück. Das Modell untersucht den linearen Zusammenhang zwischen den kumulierten Wertveränderungen des Grundgeschäfts und den kumulierten Wertveränderungen des Sicherungsgeschäfts. Dabei gibt das sogenannte Bestimmtheitsmaß (R-Quadrat) Auskunft über die Güte der Regression und die Steigung der Regressionsgeraden die Richtung des Zusammenhangs an.

Der Effektivitätsnachweis verlangt einerseits, dass für eine Sicherungsbeziehung künftig eine hohe Effektivität erwartet werden kann (prospektive Effektivität). Andererseits ist während des Bestehens der Sicherungsbeziehung regelmäßig nachzuweisen, dass diese während der Berichtsperiode hocheffektiv war (retrospektive Effektivität). Für eine ausreichende Effektivität im Rahmen des prospektiven Tests sind R-Quadrat von größer 0,9 und eine Steigung zwischen $-0,9$ und $-1,1$ notwendig. Bei den retrospektiven Effektivitätstests sind indes ein R-Quadrat von größer 0,8 und eine Steigung zwischen $-0,8$ und $-1,2$ ausreichend.

8 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern nimmt eine Risikovorsorge vor, sobald objektive substantielle Hinweise vorliegen, die darauf schließen lassen, dass der Wert eines finanziellen Vermögenswerts gemindert ist.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird zum einen mit den Forderungen auf der Aktivseite verrechnet und zum anderen als Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft auf der Passivseite ausgewiesen. Bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ist zwischen Wertberichtigungen/Rückstellungen auf Einzelgeschäftsbasis einerseits und Wertberichtigungen/Rückstellungen auf Portfoliobasis andererseits zu unterscheiden.

Wertberichtigungen/Rückstellungen auf Einzelgeschäftsbasis für bilanzielle Forderungen und für außerbilanzielle Geschäfte werden individuell je Kreditnehmereinheit ermittelt. Dafür wird sämtlichen Kreditnehmern nach einer konzernweit einheitlichen 23-stufigen internen Rating-Skala ein sogenanntes Customer Risk Rating (CRR) zugeordnet. Das Customer Risk Rating lässt sich in zehn Stufen zusammenfassen (CRR 1–10), wobei überfällige und/oder wertgeminderte Forderungen den CRR 9 und 10 zugeordnet sind. Aus dem Customer Risk Rating (CRR) lassen sich die Ausfallwahrscheinlichkeiten für den jeweiligen Kreditnehmer ableiten. Auf dieser Basis wird unter Berücksichtigung von Sicherheiten und sonstigen Absprachen der zu erwartende Verlust für das einzelne Kreditengagement geschätzt. Eine Risikovorsorge wird für Kreditengagements mit stark erhöhtem Ausfallrisiko gebildet. Dafür werden die zukünftigen Zahlungen aus dem Kredit und gegebenenfalls aus der Verwertung von Sicherheiten geschätzt. Auf diese Weise kann der Barwert dieser Zahlungen mit dem Buchwert des Kreditengagements verglichen werden. Die hiernach gebildete Risikovorsorge deckt den so ermittelten Fehlbetrag in voller Höhe ab. Das Land, in dem der Schuldner seinen Sitz hat, ist dabei ebenfalls relevant.

Darüber hinaus sind Wertberichtigungen/Rückstellungen auf Portfoliobasis zu bilden. Sofern keine objektiven substantiellen Hinweise auf eine Wertminderung einzelner Vermögenswerte oder auf einzelne Drohverluste vorliegen, werden Forderungen und außerbilanzielle Geschäfte zu Gruppen mit vergleichbaren Ausfallrisiken (Portfolio) zusammengefasst. Portfoliowertberichtigungen werden als Produkt aus Buchwert, der Wahrscheinlichkeit, dass das

Engagement innerhalb eines Jahres ausfällt, der individuellen Verlustquote sowie einem Faktor, der die Verzugsdauer im Informationsfluss bewertet, berechnet. Dabei werden im Verfahren zur Ermittlung von Wertberichtigungen und Rückstellungen auf Portfoliobasis Ausfallwahrscheinlichkeiten aus internen Rating-Verfahren abgeleitet. Die internen Verlustquoten werden jeweils gegen relevante Marktdaten validiert.

Sobald eine Forderung als uneinbringlich identifiziert wird, buchen wir sie zulasten einer gegebenenfalls existierenden Einzelwertberichtigung und/oder als Direktabschreibung zulasten der Gewinn-und-Verlust-Rechnung aus.

9 Pensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Die bei Repogeschäften (echte Pensionsgeschäfte) in Pension gegebenen Wertpapiere werden in der Konzernbilanz weiterhin als Wertpapierbestand bilanziert und bewertet. Den Liquiditätszufluss weisen wir grundsätzlich unter der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber Kunden aus.

Ebenso zeigen wir die bei Reverse Repos entstehenden Liquiditätsabflüsse unter den Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Forderungen an Kunden. Ein Ansatz der in Pension genommenen Wertpapiere erfolgt nicht.

Unechte Pensionsgeschäfte werden nicht getätigt.

Die Bilanzierung von Wertpapierleihegeschäften erfolgt analog zu der Bilanzierung von echten Pensionsgeschäften. Liquiditätszuflüsse und -abflüsse aus Sicherheiten für Wertpapierleihegeschäfte werden unter den Bilanzpositionen Forderungen an Kreditinstitute und Kunden beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen.

10 Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen

Als assoziierte Unternehmen werden Gesellschaften bilanziert, bei denen die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG direkt oder indirekt über einen maßgeblichen Einfluss verfügt. Ein maßgeblicher Einfluss wird bei Stimmrechtsanteilen zwischen 20 % und 50 % vermutet.

Eine gemeinsame Vereinbarung ist eine Vereinbarung, bei der zwei oder mehr Parteien vertraglich die gemeinschaftliche Beherrschung über diese Vereinbarung ausüben. Eine gemeinsame Vereinbarung kann ein Gemeinschaftsunternehmen oder eine gemeinschaftliche Tätigkeit sein. Im HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern existieren keine Vereinbarungen mit gemeinschaftlichen Tätigkeiten.

Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen werden nach der Equity-Methode bilanziert. Der Konzern überprüft zu jedem Bilanzstichtag, ob Anhaltspunkte vorliegen, dass hinsichtlich der at equity bilanzierten Unternehmen ein Wertminderungsaufwand berücksichtigt werden muss. In diesem Fall wird der Unterschied zwischen dem Buchwert und dem erzielbaren Betrag als Wertminderung im Finanzanlageergebnis erfasst.

11 Sachanlagevermögen

Die Bilanzposition Sachanlagevermögen beinhaltet Grundstücke und Gebäude, Hardware und sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten; dabei werden planmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Bei der Bestimmung der voraussichtlichen Nutzungsdauer kommen die physische Lebensdauer, der technische Fortschritt sowie vertragliche und rechtliche Einschränkungen zum Tragen. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen linear über die jeweils geschätzte Nutzungsdauer.

Wertminderungen, die über den nutzungsbedingten Werteverzehr hinausgehen, werden durch Impairments berücksichtigt. Ein Wertminderungsaufwand wird in der Höhe erfasst, in welcher der Buchwert den erzielbaren Betrag übersteigt. Der erzielbare Betrag ist der höhere der beiden Beträge aus beizulegendem Zeitwert des Vermögenswerts abzüglich Verkaufskosten und Nutzungswert. Für den Werthaltigkeitstest werden Vermögenswerte auf der niedrigsten Ebene zusammengefasst, für die Cashflows separat identifiziert werden können (Cash Generating Units). Für Sachanlagen, für die in der Vergangenheit eine Wertminderung gebucht wurde, wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft, ob gegebenenfalls eine Wertaufholung zu erfolgen hat.

	Nutzungsdauer in Jahren
Hardware	3
Kraftfahrzeuge	6
Einbauten/Betriebsvorrichtungen	10
Möbel	13
Gebäude	50

12 Immaterielle Vermögenswerte

Unter den Immateriellen Vermögenswerten weisen wir zum einen Standard-Software aus. Soweit eigene Entwicklungsarbeiten im Rahmen von Software-Projekten bestehen, werden sie entsprechend IAS 38 aktiviert. Die Bewertung der Immateriellen Vermögenswerte erfolgt zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen. Die im Verwaltungsaufwand erfassten planmäßigen Abschreibungen werden linear über die jeweils geschätzte Nutzungsdauer von drei bis zehn Jahren verteilt. Neben den planmäßigen Abschreibungen werden analog zur Bewertung des Sachanlagevermögens Impairmenttests durchgeführt.

Zudem umfassen die Immateriellen Vermögenswerte den aus Unternehmenserwerben resultierenden Goodwill. Der Geschäfts- oder Firmenwert unterliegt keiner planmäßigen Abschreibung. Vielmehr wird er gemäß IAS 36 mindestens einmal jährlich beziehungsweise bei Bedarf ad hoc einem Impairmenttest unterzogen. Dabei wird der Unternehmenswert anhand eines Discounted Cashflow-Verfahrens ermittelt, bei dem die künftigen Cashflows geschätzt und mit einem risikoadäquaten Zinssatz diskontiert werden.

13 Leasing

Konzernunternehmen treten im Leasinggeschäft ausschließlich als Leasingnehmer auf. Alle abgeschlossenen Leasingverträge sind Operating Lease-Verträge. Bei all diesen Verträgen verbleiben die mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken beim Leasinggeber. Entsprechend werden die Leasingraten im Verwaltungsaufwand erfasst (IAS 17). Konzernunternehmen treten darüber hinaus als Vermieter von Gewerbeimmobilien auf.

14 Eigene Schuldverschreibungen und eigene Aktien

Eigene Schuldverschreibungen werden nur in begrenztem Umfang gehalten und gemäß den Anforderungen von IFRS mit den Passivposten aus der Emission der Schuldverschreibungen verrechnet.

Eigene Aktien der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG sind zum Jahresende 2015 nicht im Bestand. Der Einfluss des Ergebnisses aus dem Handel in eigenen Aktien ist, wie im Vorjahr, unwesentlich. Der Bestand an eigenen Aktien erreichte maximal 0,00 % (Vorjahr: 0,00 %) des gezeichneten Kapitals.

15 Rückstellungen

Unter den Rückstellungen weisen wir Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, für Risiken aus dem Kreditgeschäft sowie für ungewisse Verbindlichkeiten aus. Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten bilden wir in Höhe des Barwerts der erwarteten Ausgaben.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten in Höhe der Defined Benefit Obligation (DBO) gebildet. Die Berechnung erfolgt nach der Projected Unit Credit Method. Im Rahmen eines Contractual Trust Arrangements (CTA) wurden bestimmte Vermögenswerte zur Sicherung der Pensionsverpflichtungen in eine Treuhandgesellschaft eingebracht und somit als Planvermögen im Sinne von IAS 19 qualifiziert. Die Nettozinserträge aus dem Planvermögen werden mit dem voraussichtlichen Pensionsaufwand in der Gewinn- und Verlust-Rechnung verrechnet. Tatsächliche Erträge unter Ausschluss der Zinserträge aus dem Planvermögen sowie versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus der Entwicklung der Pensionen werden nach dem Abzug der latenten Steuern erfolgsneutral im Eigenkapital und in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesen.

Rückstellungen für Rechtsrisiken bilden wir für Rechtsstreitigkeiten, bei denen wir nach sorgfältiger Prüfung der Umstände des Einzelfalls, Art und Umfang eines möglichen Anspruchs und seiner Beilegung zu dem Ergebnis kommen, dass eine Inanspruchnahme der Bank mit mehr als 50 % Wahrscheinlichkeit angenommen wird. Wir verweisen auf die Angaben in der Note „Rückstellungen“.

Soweit wesentliche Rechtsstreitigkeiten und Prozessrisiken bestehen, bei denen eine Inanspruchnahme der Bank als nicht wahrscheinlich, jedoch auch nicht als unwahrscheinlich eingestuft wird, nehmen wir entsprechende Angaben in der Note „Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen“ vor.

16 Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Laufende Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden mit den Steuersätzen, die für die jeweiligen Einzelunternehmen gültig sind, ermittelt und mit dem erwarteten Zahlungs- beziehungsweise Erstattungsbetrag angesetzt. Laufende Ertragsteueransprüche werden mit den laufenden Ertragsteuerverpflichtungen saldiert, sofern die Saldierungsvoraussetzungen gemäß IAS 12 erfüllt sind.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf temporäre Differenzen gebildet. Hierzu vergleichen wir die bilanziellen Wertansätze der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten mit den Wertansätzen, die für die Besteuerung des jeweiligen Konzernunternehmens maßgeblich sind. Weiterhin legen wir für die Ermittlung latenter Steuern die Steuersätze zugrunde, die nach heutiger Kenntnis auf Basis schon beschlossener oder sicher erwarteter Steuergesetze bei der Angleichung der Wertansätze anzuwenden sein werden. Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern gebildet. Der Ansatz aktiver latenter Steuern erfolgt, soweit bei der Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten sind und deren Nutzbarkeit wahrscheinlich ist. Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern nur dann angesetzt, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit von einer zukünftigen Nutzung ausgegangen werden kann. Bei Änderungen von Steuersätzen werden die gebildeten Bilanzposten für latente Steueransprüche und latente Steuerverpflichtungen angepasst.

Laufende Ertragsteueraufwendungen beziehungsweise -erträge weisen wir in der Gewinn- und Verlust-Rechnung des Konzerns im Posten Ertragsteuern aus. Die Bildung beziehungsweise Auflösung aktiver und passiver latenter Steuern erfolgt in Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhalts entweder erfolgswirksam

im Posten Ertragsteuern oder erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition. Eine Abzinsung wird nicht vorgenommen.

Latente Ertragsteueransprüche werden mit den latenten Ertragsteuerverpflichtungen saldiert, sofern ein Recht zur Aufrechnung besteht und sich die aktiven und passiven latenten Steuern auf Ertragsteuern beziehen, die von der gleichen Steuerbehörde für das gleiche Steuersubjekt erhoben werden. Aufgrund bestehender ertragsteuerlicher Organschaften und einer fast ausschließlich gegenüber deutschen Steuerbehörden bestehenden Steuerpflicht können die Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen im Konzern weitgehend saldiert werden.

17 Anteilsbasierte Vergütung

In früheren Geschäftsjahren hatten Konzernmitarbeiter die Möglichkeit, an einem Aktienoptionsprogramm der HSBC Holdings plc teilzunehmen. Das bisherige Vergütungsprogramm ist nach unterschiedlichen Sperrfristen (ein Jahr, drei und fünf Jahre) gestaffelt und ermöglicht monatliche Sparraten bis zu einem Gegenwert von 250 Britischen Pfund. Entsprechend IFRS 2 wird dieses Optionsprogramm als anteilsbasierte Vergütung mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente bilanziert. Die Aktienoptionen werden mit dem Fair Value bewertet. Den daraus abgeleiteten Personalaufwand (Service Costs) erfassen wir – verteilt auf die jeweilige Sperrfrist des Plans (Vesting Period) – in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung. Erfolgt eine Kündigung innerhalb der Vesting Period, sind die gesamten Service Costs unmittelbar als Aufwand zu erfassen (sogenanntes Acceleration of Vesting).

Im Berichtsjahr bestand für Konzernmitarbeiter keine Möglichkeit, an einem neuen Aktienoptionsprogramm der HSBC Holdings plc teilzunehmen.

Darüber hinaus erfolgt die Auszahlung der leistungsbezogenen Vergütungskomponente für bestimmte Mitarbeiter (Material Risk Taker) und den Vorstand ab einer definierten Höhe teilweise in bar und teilweise in einer Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc. Es besteht die Möglichkeit,

die leistungsbezogene Komponente entweder vollständig im Folgejahr der Berichtsperiode oder in unterschiedlichen Tranchen über mehrere Jahre auszuzahlen. Die Auszahlung in Tranchen wird als anteilsbasierte Vergütung mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente gemäß IFRS 2 bilanziert; dabei wird der Personalaufwand sofort vollständig aufwandswirksam erfasst, da nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) Ansprüche aus derartigen Verträgen in der Regel unverfallbar sind.

18 Erfassung von Erträgen und Aufwendungen

Zinserträge und -aufwendungen grenzen wir periodengerecht ab. Zu den Zinserträgen gehören Erträge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden beziehungsweise aus Finanzanlagen. Zu den Zinsaufwendungen zählen wir insbesondere Aufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie aus verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital. Wir weisen negative Zinsen für aktivische Finanzinstrumente in den Zinsaufwendungen und für passivische Finanzinstrumente in den Zinserträgen aus.

Wir erfassen Dividenden zum Zeitpunkt der rechtlichen Entstehung des Dividendenanspruchs erfolgswirksam.

Im Provisionsergebnis weisen wir Provisionserträge und -aufwendungen aus dem Wertpapiertransaktionsgeschäft, dem Wertpapierbestandsgeschäft, dem Asset Management und der Vermögensverwaltung, dem Devisengeschäft, dem Capital Financing, dem Zahlungsverkehr/Dokumentengeschäft, dem Kreditgeschäft (zum Beispiel Strukturierungsgebühren) sowie aus sonstigen Dienstleistungen aus. Provisionserträge und Provisionsaufwendungen werden zu dem Zeitpunkt erfolgswirksam, zu dem die Dienstleistung erbracht ist.

Im Handelsergebnis sind alle unrealisierten und realisierten Handelsergebnisse erfasst. Dazu gehören neben dem Kursergebnis auch das den Handelsaktivitäten zuzuordnende Zins- und Dividendenergebnis, das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen sowie das Ergebnis aus Bankbuchderivaten.

19 Anpassung der Rechnungslegungsmethoden

(a) Für dargestellte Berichtsperioden

Bei der Aufstellung dieses Konzernabschlusses haben wir mit folgenden Ausnahmen dieselben Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Geschäftsjahr 2014 angewendet.

Die Auszahlung von leistungsbezogenen Vergütungskomponenten an Mitarbeiter und Vorstände erfolgt ab einer definierten Höhe teilweise bar und teilweise in einer Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc. Die Auszahlung der leistungsbezogenen Vergütung in Aktien an die Begünstigten erfolgt nicht unmittelbar durch HSBC Trinkaus & Burkhardt, sondern durch einen konzernunabhängigen Treuhänder. Unmittelbar infolge der Gewährung leistungsbezogener Vergütungen überweist HSBC Trinkaus & Burkhardt Barmittel in Höhe der den jeweiligen Mitarbeitern und Vorständen gewährten Ansprüche an den Treuhänder, der in diesem Umfang Aktien der HSBC Holdings plc zugunsten der Mitarbeiter und Vorstände erwirbt und treuhänderisch verwaltet.

HSBC Trinkaus & Burkhardt hat keine Verfügungsgewalt über den Treuhänder und auch keine Anrechte auf Erlöse oder eine substantielle Risikobelastung durch die Geschäftstätigkeit des Treuhänders. Eine Beherrschung des Treuhänders durch HSBC Trinkaus & Burkhardt im Sinne des IFRS 10 liegt nicht vor. Infolgedessen besteht in Bezug auf den Treuhänder keine Konsolidierungspflicht im Konzernabschluss.

Im Fall der mittelbaren Auszahlung von leistungsbezogenen Vergütungskomponenten in Aktien der HSBC Holdings plc handelt es sich um eine anteilsbasierte Vergütung mit Barausgleich gemäß IFRS 2.30 ff. („cash-settled share-based payment transaction“), da es sich nicht um Aktien von Gesellschaften im HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern handelt.

Nach erneuter Prüfung und Würdigung des gesamten Vertragswerks im Jahr 2015 aus Sicht von HSBC Trinkaus & Burkhardt werden mit dem Kauf von Aktien durch den Treuhänder keine Vermögenswerte (Finanzanlagen) erworben, vielmehr wird die Schuld in Bezug auf die leistungsbezogene Vergütung gegenüber den Mitarbeitern und Vorständen durch die Überweisung der entsprechenden Barmittel an den Treuhänder beglichen. Die weiterbestehende Zusa-

ge der Bank gegenüber dem Mitarbeiter wird bilanziell nicht berücksichtigt, da die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme als sehr gering eingeschätzt wird. Eine Aktivierung von Vermögenswerten kommt daher nicht in Betracht, sodass die Zahlung als Verbrauch von zuvor gebildeten Rückstellungen zu erfassen ist.

Die Auswirkungen in der Bilanz und der Gewinn- und Verlust-Rechnung ergeben sich wie folgt:

Aktiva in Mio. €	31.12.2014	01.01.2014
Finanzanlagen	-26,9	-29,8
Ertragsteueransprüche (latent)	3,3	3,3

Passiva in Mio. €	31.12.2014	01.01.2014
Sonstige Passiva	-23,6	-26,5
Konzerneigenkapital	0,0	0,0
Kapitalrücklagen	-10,8	-10,1
Gewinnrücklagen	13,6	19,2
Bewertungsreserve für Finanzinstrumente	-1,0	-3,2
Konzernbilanzgewinn	-1,8	-5,9

Gewinn- und Verlust-Rechnung in Mio. €	2015	2014
Finanzanlageergebnis	-1,1	-1,8

Die Auswirkung auf das Ergebnis je Aktie beträgt im Geschäftsjahr -0,03 Euro (Vorjahr: -0,06 Euro).

Zur Vorbereitung der Einführung einer neuen externen Software zur Ermittlung der latenten Steuern wurden umfangreiche Abstimmarbeiten und Verprobungen durchgeführt. Aufgrund einer fehlerhaften manuellen Datenübertragung in die bisherige Softwarelösung für Teile der Differenzen bei Grundstücken und Gebäuden wurden bislang hierfür irrtümlich keine latenten Steuern ermittelt. Rückwirkend zum 1. Januar 2014 wurde dies im vorliegenden Zahlenwerk korrigiert, die Gewinnrücklagen und die aktiven latenten Steuern wurden um 7,8 Mio. Euro reduziert.

Die Auswirkungen auf die Kapitalflussrechnung sind unwesentlich.

Dem Marktstandard folgend wurden im Geschäftsjahr folgende Ausweisänderungen vorgenommen:

Die Risikovorsorge für Forderungen wird nicht mehr separat in der Bilanz ausgewiesen, sondern aufgeteilt und bilanziell mit den Forderungen an Kreditinstituten beziehungsweise Forderungen an Kunden verrechnet.

Die Zinsabgrenzungen auf das Nachrangkapital werden nicht mehr unter Sonstige Passiva ausgewiesen, sondern im Nachrangkapital.

Das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen wird nicht mehr im Sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen, sondern im Handelsergebnis.

Zur besseren Vergleichbarkeit haben wir auch die Vorjahreswerte entsprechend angepasst.

Die in die Ermittlung der Portfoliowertberichtigung eingehende Annahme über die Verzugsdauer im Informationsfluss zur Kundenbonität wurde im Rahmen der HSBC-gruppenweiten Überprüfung angepasst und hat sich im Vergleich zum Vorjahr im Geschäft mit unseren Kunden im Commercial Banking um einen Monat auf acht Monate verkürzt und im Geschäft mit unseren Kunden im Global Private Banking um einen Monat auf zehn Monate verlängert. Aus dieser Schätzungsänderung resultieren ceteris paribus 1,2 Mio. Euro weniger aktivisch gekürzte Risikovorsorge für Forderungen an Kunden und 1,1 Mio. Euro weniger Rückstellungen im Kreditgeschäft.

Die weitergehenden und gemäß IAS 8 erforderlichen Anpassungen sind in der Bilanz, der Gewinn-und-Verlust-Rechnung, dem Eigenkapitalspiegel sowie den Notes ersichtlich.

(b) Für künftige Berichtsperioden

Standards und Interpretationen, die ab dem 1. Januar 2015 in der EU verpflichtend anzuwenden sind, wie der geänderte IAS 19 sowie die Änderungen aus dem jährlichen Verbesserungsprozess des IASB für die Zyklen 2010 bis 2012 und 2011 bis 2013, hatten keine Auswirkungen auf den HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzernabschluss.

Im Juli 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 9 „Finanzinstrumente“. IFRS 9 befasst sich mit dem Ansatz und der Bewertung von Finanzinstrumenten und ersetzt IAS 39. Der

neue Standard ändert grundlegend die bisherigen Vorschriften zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten, zur bilanziellen Abbildung der erwarteten Adressenausfallrisiken (Impairment) sowie zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (Hedge Accounting). Eine Übernahme in EU-Recht vorausgesetzt, ist IFRS 9 verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Die Bank beschäftigt sich seit Sommer 2014 wieder intensiver mit der prozessualen und der systemseitigen Umsetzung der Vorschriften. Im Zusammenhang mit der Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten erwartet die Bank eine leichte Erhöhung der ergebniswirksam zum Fair Value bewerteten Bestände, aus den neuen Impairmentvorschriften eine Erhöhung der Risikovorsorge aufgrund des Expected Loss-Modells. Aus den Vorschriften zum Hedge Accounting erwartet die Bank keine wesentlichen Auswirkungen.

IFRS 15, der noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht bedarf und der für die Geschäftsjahre in Kraft tritt, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen, regelt, wie und wann Erträge vereinnahmt werden. IFRS 15 ersetzt mehrere andere IFRS-Vorschriften und -Interpretationen, die im Moment die Ertragsvereinnahmung bestimmen, und stellt ein einzelnes, auf Prinzipien basiertes Fünf-Stufen-Modell dar, das auf alle Kundenvereinbarungen angewendet wird, hat aber keine Auswirkungen auf die Vereinnahmung von Erträgen, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten des Regelungsbereichs von IFRS 9/IAS 39 stehen. Die Auswirkungen auf den HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzernabschluss werden derzeit analysiert.

Alle Änderungen von weiteren Standards und Interpretationen, auf deren vorzeitige Anwendung wir verzichtet haben, haben aus heutiger Sicht keine oder nur eine untergeordnete Bedeutung für unseren Konzernabschluss.

20 Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind zwischen dem Bilanzstichtag und dem Datum der Aufstellung nicht eingetreten.

Angaben zur Konzernbilanz

21 Barreserve

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Kassenbestand	1,4	1,5
Guthaben bei Zentralnotenbanken	688,8	614,9
Insgesamt	690,2	616,4

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken werden überwiegend bei der Deutschen Bundesbank unterhalten und betreffen weiterhin fast ausschließlich Salden in Euro. Im

Rahmen des Liquiditätsmanagements werden die Guthaben – unter Beachtung der Vorgaben zur Mindestreservehaltung – täglich disponiert.

22 Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Laufende Konten	434,5	380,5
Geldmarktgeschäfte	503,2	626,5
davon Tagesgelder	48,2	78,0
davon Termingelder	455,0	548,5
Sonstige Forderungen	126,6	155,5
Sicherheiten im Derivategeschäft	122,2	332,3
Insgesamt	1.186,5	1.494,8
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute	0,2	0,2
Insgesamt (netto)	1.186,3	1.494,6

Die Forderungen an Kreditinstitute umfassen auch Geldanlagen innerhalb der HSBC-Gruppe. Wir weisen die Forderungen an Kreditinstitute nach Abzug der Risikovorsorge aus. Die Vorjahreszahlen haben wir entsprechend angepasst.

23 Forderungen an Kunden

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Laufende Konten	1.563,7	1.269,4
Geldmarktgeschäfte	852,6	595,5
davon Tagesgelder	163,0	41,9
davon Termingelder	689,6	553,6
Kreditkonten	4.905,0	4.139,1
Sonstige Forderungen	455,3	508,1
Sicherheiten im Derivategeschäft	99,6	26,8
Insgesamt	7.876,2	6.538,9
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden	28,2	29,4
Insgesamt (netto)	7.848,0	6.509,5

Der Zuwachs auf den Kreditkonten resultiert insbesondere aus dem Firmenkundenkreditgeschäft und spiegelt unsere eingeschlagene Wachstumsstrategie wider.

Wir weisen die Forderungen an Kunden nach Abzug der Risikovorsorge aus. Die Vorjahreszahlen haben wir entsprechend angepasst.

24 Risikovorsorge für Forderungen

Die folgende Darstellung zeigt die Entwicklung der Risikovorsorge für Forderungen:

in Mio. €	Wertberichtigungen auf				Insgesamt	
	Einzelbasis		Portfoliobasis		2015	2014
	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Stand 01.01.	14,4	15,7	15,2	17,7	29,6	33,4
Auflösungen	0,1	0,0	0,9	2,5	1,0	2,5
Verbrauch	0,3	1,4	0,0	0,0	0,3	1,4
Zuführungen	0,2	0,1	0,0	0,0	0,2	0,1
Direktabschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Währungsdifferenzen/Umbuchungen	0,0	0,0	-0,1	0,0	-0,1	0,0
Stand 31.12.	14,2	14,4	14,2	15,2	28,4	29,6

Die Wertberichtigungen auf Einzelbasis betreffen ausschließlich Forderungen an Kunden. Von den Wertberichtigungen auf Portfoliobasis entfallen 0,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,2 Mio. Euro) auf Forderungen an Kreditinstitute.

25 Handelsaktiva

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.725,2	2.155,0
davon:		
von öffentlichen Emittenten	1.310,6	1.615,1
von anderen Emittenten	414,6	539,9
davon:		
börsennotiert	1.725,2	2.125,0
nicht börsennotiert	0,0	30,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.161,9	1.872,3
davon:		
börsennotiert	1.130,6	1.837,1
nicht börsennotiert	31,3	35,2
Handelbare Forderungen	929,2	557,6
Positive Marktwerte Derivate	2.113,1	2.742,9
davon:		
OTC-Derivate	1.738,8	1.928,6
börsengehandelte Derivate	374,3	814,3
Derivate in Sicherungsbeziehungen	0,0	0,0
Derivate des Bankbuchs	1,1	0,0
Insgesamt	5.930,5	7.327,8

Als Handelbare Forderungen werden überwiegend Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen ausgewiesen.

26 Finanzanlagen

Die Finanzanlagen enthalten die strategischen Positionen der Bank und lassen sich wie folgt aufgliedern:

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014*	01.01.2014*
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.390,8	5.375,5	4.693,7
davon:			
von öffentlichen Emittenten	3.185,6	3.042,1	2.130,2
von anderen Emittenten	2.205,2	2.333,4	2.563,5
davon:			
börsennotiert	5.327,5	5.312,6	4.635,7
nicht börsennotiert	63,3	62,9	58,0
Aktien*	0,0	0,0	0,0
Investmentanteile	64,8	170,1	95,5
Schuldscheindarlehen	149,6	214,7	209,1
Beteiligungen	83,4	96,2	96,6
Insgesamt	5.688,6	5.856,5	5.095,0

* Werte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

Alle Finanzanlagen sind der Kategorie Available for Sale gemäß IAS 39 zugeordnet.

Die nachfolgende Übersicht zeigt den Differenzbetrag zwischen Fair Value und fortgeführten Anschaffungskosten:

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014*
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	82,7	134,3
Aktien*	0,0	0,0
Investmentanteile	3,5	18,2
Schuldscheindarlehen	22,8	25,3
Beteiligungen	44,9	40,4
Insgesamt	153,9	218,2

* Werte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

27 Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen

Die nachfolgende Tabelle gibt Auskunft über die Entwicklung der Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen:

in Mio. €	2015	2014
Buchwert zum 01.01.	20,3	54,5
Zugang	0,0	0,0
Ergebnisanteil des Geschäftsjahres	0,1	0,2
Impairments	0,0	0,0
Dividendenausschüttung	0,0	-1,1
Abgang	-19,9	-33,3
Buchwert zum 31.12.	0,5	20,3

Als at equity bilanziertes Unternehmen weisen wir die als Joint Venture mit HSBC Global Asset Management (France), Paris, geführte Gesellschaft HSBC Global Asset Management (Switzerland) AG, Zürich, aus. Die als Joint Venture mit der Société Financière et Mobilière, Paris, bestehende HSBC Trinkaus Gesellschaft für Kapitalmarktinvestments oHG, Düsseldorf, hat im Geschäftsjahr 2015 ihre operative Geschäftstätigkeit beendet. Der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern ist durch den Mitgesellschafter von sämtlichen Risiken und Pflichten freigestellt und hat die vollständige Auszahlung der Anteile erhalten. Die Gesellschaft ist damit im laufenden Jahr aus dem Kreis der at equity einbezogenen Gesellschaften ausgeschieden.

Unsere Anteile an at equity bewerteten Unternehmen sind für den Konzern unwesentlich.

Insgesamt belaufen sich die Vermögenswerte des at equity bilanzierten Unternehmens auf 2,7 Mio. Euro (Vorjahr: 214,2 Mio. Euro) und die Verbindlichkeiten auf 1,2 Mio. Euro (Vorjahr: 1,1 Mio. Euro) bei einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 0,4 Mio. Euro (Vorjahr: 2,6 Mio. Euro).

28 Anlagespiegel

in Mio. €	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Sachanlage- vermögen (gesamt)	Immaterielle Vermögenswerte
Anschaffungskosten 01.01.2015	96,2	100,6	196,8	103,3
Zugänge	2,7	21,5	24,2	5,6
Abgänge	0,0	9,0	9,0	10,8
Anschaffungskosten 31.12.2015	98,9	113,1	212,0	98,1
Abschreibungen 01.01.2015	35,9	63,3	99,2	92,7
Planmäßige Abschreibungen	1,5	12,9	14,4	5,6
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Abgänge der Abschreibungen	0,0	5,8	5,8	9,4
Abschreibungen 31.12.2015	37,4	70,4	107,8	88,9
Bilanzwert 31.12.2015	61,5	42,7	104,2	9,2
Bilanzwert 31.12.2014	60,3	37,3	97,6	10,6

in Mio. €	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Sachanlage- vermögen (gesamt)	Immaterielle Vermögenswerte
Anschaffungskosten 01.01.2014	83,9	100,7	184,6	109,3
Zugänge	12,3	15,9	28,2	2,1
Abgänge	0,0	16,0	16,0	8,1
Anschaffungskosten 31.12.2014	96,2	100,6	196,8	103,3
Abschreibungen 01.01.2014	34,8	66,0	100,8	93,4
Planmäßige Abschreibungen	1,1	11,8	12,9	7,0
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Abgänge der Abschreibungen	0,0	14,5	14,5	7,7
Abschreibungen 31.12.2014	35,9	63,3	99,2	92,7
Bilanzwert 31.12.2014	60,3	37,3	97,6	10,6
Bilanzwert 31.12.2013	49,1	34,7	83,8	15,9

In den immateriellen Vermögenswerten ist ein Goodwill in Höhe von 4,4 Mio. Euro (Vorjahr: 4,4 Mio. Euro), der auf eine Tochtergesellschaft (Cash Generating Unit) entfällt, die dem Segment Global Banking & Markets zugeordnet ist, sowie Standardsoftware in Höhe von 4,8 Mio. Euro (Vorjahr: 5,7 Mio. Euro) enthalten. Im Berichtsjahr sind keine

selbst entwickelten immateriellen Vermögenswerte (Vorjahr: 0,5 Mio. Euro) in diesem Bilanzposten enthalten.

Währungseffekte haben den Anlagespiegel wie im Vorjahr nicht beeinflusst.

29 Ertragsteueransprüche

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014*	01.01.2014*
Laufende Ertragsteueransprüche	6,9	1,5	5,2
Latente Ertragsteueransprüche	25,1	7,6	1,2
Insgesamt	32,0	9,1	6,4

* Werte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

Die laufenden Ertragsteueransprüche betreffen ausschließlich Forderungen an deutsche Steuerbehörden.

zwischen den steuerlichen und den bilanziellen Wertansätzen gebildet wurden (vgl. Note „Ertragsteuern“).

Die latenten Steuern sind unsere zukünftigen Steuerbelastungen beziehungsweise -entlastungen, die für Differenzen

Die latenten Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen entfallen auf folgende Posten:

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
	Bilanzansatz	Bilanzansatz	
Handelsbestand*	-4,2	-3,8	-0,4
Anteilsbasierte Vergütungen**	0,9	0,5	0,4
Immaterielle Vermögenswerte	-2,4	-2,3	-0,1
Risikovorsorge	11,8	8,4	3,4
Pensionen	15,6	12,0	3,6
Finanzanlagen	-2,1	2,2	-4,3
Gebäude**	-7,8	-7,8	0,0
Rückstellungen	9,5	8,2	1,3
Erfolgswirksam	21,3	17,4	3,9
Finanzinstrumente	-33,9	-51,0	17,1
Währungsumrechnung	-0,3	-0,2	-0,1
Pensionen	38,0	41,5	-3,5
Erfolgsneutral	3,8	-9,7	13,5
Latente Steuern	25,1	7,6	17,5
davon Ertragsteueransprüche	25,1	7,6	17,5
davon Ertragsteuerverpflichtungen	0,0	0,0	0,0

* Saldo aus Bewertungsunterschieden aller Handelsaktivitäten

** Werte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 19 erläutert.

Im Rahmen der Vorschriften zum Ausweis latenter Steuern wurden die latenten Steuererstattungsansprüche wie im Vorjahr mit latenten Ertragsteuerverpflichtungen verrechnet.

Die in dem voll konsolidierten geschlossenen Immobilienfonds angefallenen Verluste sowie Verluste im Zusammenhang mit der Aufgabe bestimmter Geschäftsaktivitäten am Standort Luxemburg können steuerlich nicht genutzt wer-

den, da höchstwahrscheinlich zukünftig keine zu versteuernden Ergebnisse vorliegen werden, mit denen diese steuerlichen Verluste verrechnet werden können. Die unbegrenzt vortragsfähigen Verlustvorträge betragen 66,6 Mio. Euro (Vorjahr: 53,3 Mio. Euro), davon betreffen 53,1 Mio. Euro (Vorjahr: 40,5 Mio. Euro) Gesellschaften im Ausland. Temporäre Differenzen auf sogenannte Outside Basis Differences bestehen zum Stichtag wie im Vorjahr nicht.

30 Sonstige Aktiva

Unter den Sonstigen Aktiva in Höhe von 181,0 Mio. Euro (Vorjahr: 204,0 Mio. Euro) weisen wir eine Immobilie aus einem konsolidierten geschlossenen Immobilienfonds gemäß IAS 2 mit einem Buchwert von 138,5 Mio. Euro (Vorjahr: 133,2 Mio. Euro) aus. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Zuschreibung auf den Nettoveräußerungswert, der auf Basis eines externen Bewertungsgutachtens ermittelt wurde und ist auf die erfreuliche Entwicklung des relevanten Immobilienmarktes zurückzuführen. Damit wurden Abschreibungen auf die Anschaf-

fungs-/Herstellungskosten in der Vergangenheit weiter aufgeholt. Wie im Vorjahr wurden auch im laufenden Jahr keine Fremdkapitalzinsen aktiviert. Die Immobilie dient als Sicherheit für die bestehende Fremdfinanzierung.

Außerdem sind hier die Überdeckung aus unseren CTAs (Contractual Trust Agreement) in Höhe von 4,8 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro) sowie sonstige Steuerforderungen in Höhe von 2,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1,0 Mio. Euro) enthalten.

31 Nachrangige Vermögenswerte

Die folgende Übersicht zeigt die Zusammensetzung der nachrangigen Vermögenswerte:

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	298,4	371,7
Genussscheine	3,2	7,7
Insgesamt	301,6	379,4

32 Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

Im Rahmen von Wertpapierpensions- sowie -leihegeschäften ist die Bank sowohl als Sicherungsnehmer als auch als Sicherungsgeber aktiv. Die Transaktionen wurden zu marktüblichen Konditionen durchgeführt.

werden durften, sowie die assoziierten finanziellen Verbindlichkeiten. Neben eigenen Wertpapieren wurden auch solche hingegeben, die wir im Rahmen von Wertpapierleihe- und Pensionsgeschäften vorher erhalten haben. Die transferierten eigenen Wertpapiere werden unter den Handelsaktiva ausgewiesen:

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Wertpapiere, die wir hingegeben haben und die nach IAS 39 nicht ausgebucht

in Mio. €	31.12.2015		31.12.2014	
	Fair Value der transferierten finanziellen Vermögenswerte	Buchwert der assoziierten finanziellen Verbindlichkeiten	Fair Value der transferierten finanziellen Vermögenswerte	Buchwert der assoziierten finanziellen Verbindlichkeiten
Art der Transaktion				
Pensionsgeschäfte	–	–	–	–
Wertpapierleihegeschäfte	88,1	1,2	36,9	11,9
Insgesamt	88,1	1,2	36,9	11,9

Die folgende Übersicht enthält die erhaltenen Finanzinstrumente, die nach IAS 39 nicht eingebucht werden durften, sowie die assoziierten Forderungen. Ein bilanzielles Netting erfolgt nicht:

in Mio. €	31.12.2015		31.12.2014	
	Fair Value der transferierten finanziellen Vermögenswerte	Buchwert der assoziierten finanziellen Forderung	Fair Value der transferierten finanziellen Vermögenswerte	Buchwert der assoziierten finanziellen Forderung
Art der Transaktion				
Pensionsgeschäfte	–	–	250,0	250,0
davon veräußerbar bzw. verpfändbar	–	–	250,0	–
davon bereits veräußert bzw. verpfändet	–	–	–	–
Wertpapierleihegeschäfte	148,2	1,0	69,1	0,8
davon veräußerbar bzw. verpfändbar	128,3	–	47,7	–
davon bereits veräußert bzw. verpfändet	19,9	–	21,4	–
Insgesamt	148,2	1,0	319,1	250,8

33 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Laufende Konten	290,8	475,4
Geldmarktgeschäfte	73,4	100,9
davon Tagesgelder	0,0	0,0
davon Termingelder	73,4	100,9
Sonstige Verbindlichkeiten	238,1	184,9
Sicherheiten im Derivategeschäft	150,1	114,1
Insgesamt	752,4	875,3
davon gegenüber inländischen Kreditinstituten	460,1	556,1
davon gegenüber ausländischen Kreditinstituten	292,3	319,2

Zum 31. Dezember 2015 betragen die durch Grundpfandrechte besicherten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 117,5 Mio. Euro (Vorjahr: 122,4 Mio. Euro).

34 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Laufende Konten	10.937,1	11.140,4
Geldmarktgeschäfte	1.452,7	1.498,9
davon Tagesgelder	262,6	326,6
davon Termingelder	1.190,1	1.172,3
Spareinlagen	63,8	58,8
Sonstige Verbindlichkeiten	475,2	395,8
Insgesamt	12.928,8	13.093,9
davon gegenüber inländischen Kunden	11.487,8	11.678,3
davon gegenüber ausländischen Kunden	1.441,0	1.415,6

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stellen weiterhin unsere maßgebliche Refinanzierungsquelle dar.

35 Verbriefte Verbindlichkeiten

Die verbrieften Verbindlichkeiten betreffen begebene Schuldverschreibungen in Höhe von 10,0 Mio. Euro (Vorjahr: 10,0 Mio. Euro).

36 Handelspassiva

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Negative Marktwerte Derivate	2.309,8	2.578,1
Schuldscheindarlehen, Schuldverschreibungen, Zertifikate und Optionsscheine	2.703,7	2.719,2
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	17,2	6,9
Derivate in Sicherheitsbeziehungen	114,0	115,1
Derivate des Bankbuchs	4,0	5,2
Insgesamt	5.148,7	5.424,5

Für die Emission und Platzierung von Zertifikaten und Optionsscheinen sowie von strukturierten Schuldscheindarlehen und Anleihen sind unmittelbar die Handelsberei-

che verantwortlich. Daher werden diese Emissionen nach IAS 39 als Handelspassiva ausgewiesen und mit ihrem Fair Value bewertet.

37 Rückstellungen

Die Rückstellungen im Konzern haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Stand 01.01.2015	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Aufzinsung	Um- buchung / Sonstiges	Erfolgs- neutrale Verände- rung aus der Neu- bewertung der Nettopen- sionsver- pflichtung	Stand
								31.12.2015
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	71,6	34,2	0,0	17,6	0,0	5,0	-10,3	49,7
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	13,1	0,0	0,0	2,1	0,0	0,0	0,0	15,2
Übrige Rückstellungen	82,5	14,2	13,5	18,1	0,8	0,0	0,0	73,7
Rückstellungen	167,2	48,4	13,5	37,8	0,8	5,0	-10,3	138,6

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhalten auch die Verpflichtungen aus Altersteilzeit-, Vorruhestands- und Jubiläumsregelungen und Verpflichtungen aus dem Lebensarbeitszeitkonto-Modell.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter existieren verschiedene Ruhegeld- beziehungsweise Versorgungsordnungen in Abhängigkeit vom Eintrittsdatum des Mitarbeiters in den Konzern. Im Folgenden sind die Plancharakteristika der im Sinne von IAS 19 als Defined Benefit-Pläne einzustufenden Versorgungszusagen skizziert.

Kollektive Regelungen

(a) Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Zusagen auf betriebliche Altersversorgung wurden den Mitarbeitern als kollektive Regelungen in Form von Betriebsvereinbarungen erteilt, die als Direktzusagen ausgestaltet sind.

(b) Für Neuzugänge offene Regelungen

Im Rahmen der derzeit für Neuzugänge offenen arbeitgeberfinanzierten Regelung (VO 2013) sagt die Bank ihren Mitarbeitern Kapitalleistungen im Fall der Pensionierung,

der Invalidität und des Todes als Anwärtler zu. Die Zusage ist beitragsorientiert ausgestaltet, die Leistungen ergeben sich als Kapitalbausteine aus den zugesagten Beiträgen durch eine garantierte Verzinsung. Die Höhe der garantierten Verzinsung kann für zukünftige Bausteine an ein verändertes Zinsumfeld angepasst werden. Die Beitragszeit beträgt jeweils zehn Jahre nach dem Ende des Berichtsjahres. Die Bank kann jederzeit festlegen, ob und wie sich die Beitragszeit verlängert. Hat die Bank bis zum Ende eines Geschäftsjahres keine Erklärung abgegeben, gilt die Beitragszeit als um ein weiteres Jahr verlängert.

c) Geschlossene Regelungen

Mitarbeiter mit Eintritt im Zeitraum vom 1. Januar 2001 bis zum 30. Juni 2013 erhielten eine zu der VO 2013 analoge Regelung (VO 2001), die sich von der aktuellen Regelung im Wesentlichen in der Höhe der zugesagten Garantieverzinsung unterscheidet. Aus diesem Versorgungswerk bestehen unverfallbare Anwartschaften ausgeschiedener Mitarbeiter, jedoch keine laufenden Rentenleistungen.

Für bis zum 31. Dezember 2000 eingetretene Mitarbeiter sowie die ehemaligen Mitarbeiter der Niederlassung Hamburg existieren zwei weitere Versorgungswerke, die für Neuzugänge geschlossen wurden. Begünstigte dieser Regelungen erhalten Leistungen in Form lebenslanger

Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenrenten. Es handelt sich um dienstzeitabhängige Endgehaltspläne mit gespalte-
ter Rentenformel. Die Versorgungsleistung ergibt sich im Versorgungsfall als prozentualer Anteil des pensionsfähigen Einkommens, wobei unterschiedliche von der Dienstzeit abhängige Prozentsätze für Einkommensbestandteile unterhalb und oberhalb der Beitragsbemessungsgrundlage in der gesetzlichen Rentenversicherung vorgesehen sind.

Neben den heute noch aktiven Mitarbeitern gibt es aus diesen Regelungen ausgeschiedene Anwärter mit unverfallbaren Anwartschaften auf lebenslang laufende Renten und Versorgungsempfänger. Diese beziehen lebenslange Renten, für die nach § 16 Absatz 1 Betriebsrentengesetz (BetrAVG) eine Anpassungsprüfung vorzunehmen ist.

Für einen geschlossenen Personenkreis von Anwärtern besteht eine beitragsorientierte Kapitalzusage. Für sie hat die Bank Rückdeckungsversicherungen bei führenden deutschen Versicherungsgesellschaften abgeschlossen, sodass der Mitarbeiter genau die Leistung erhält, die sich aus der Rückdeckungsversicherung ergibt.

(d) BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G.
Außerdem leisten einige Konzernunternehmen Beiträge an den BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G. beziehungsweise an die BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e. V. Diese werden als Defined Contribution-Plan behandelt. Ein Teil der Beiträge resultiert aus der Entgeltumwandlung der Arbeitnehmer. Rückstellungen für die vom BVV zu erbringenden Leistungen wurden nicht gebildet, da die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme aus der gesetzlichen Subsidiärhaftung als sehr gering eingeschätzt wird.

(e) Lebensarbeitszeitkonto-Modell

Alle Mitarbeiter im Konzern haben die Möglichkeit, ihre Rentenvorsorge um das Lebensarbeitszeitkonto (LAZK) zu erweitern. Das Ziel dieses Modells ist es, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine flexible Form der Zukunftssicherung zu bieten. Durch die Umwandlung von Gehalt, Überstunden oder Sonderzahlungen ermöglicht das Modell, die aktive Erwerbstätigkeit auch schon vor dem offiziellen Rentenalter zu beenden. Außerdem werden Pflege- und Erziehungszeiten bei einer ganzen oder teilweisen Fortzahlung des Gehalts ermöglicht.

Einzelzusagen

Für ehemalige und aktive Vorstände und Bereichsvorstände sowie ehemals persönlich haftende Gesellschafter existieren endgehaltsbezogene Einzelzusagen auf lebenslang laufende Leistungen. Zuletzt berufenen Vorstandsmitgliedern wurden einzelvertraglich beitragsorientierte Kapitalplanzusagen erteilt. Zusätzlich wurde einigen ehemaligen Vorständen und Bereichsvorständen sowie ehemals persönlich haftenden Gesellschaftern eine Kapitalzusage aus der Entgeltumwandlung erteilt. Die garantierte Verzinsung des eingebrachten Umwandlungsbetrags ist festgeschrieben, die Auszahlung des Kapitals erfolgt in Raten.

Die ehemaligen Vorstände, Bereichsvorstände und persönlich haftenden Gesellschafter beziehungsweise ihre Hinterbleibenden sind Versorgungsempfänger oder haben eine entsprechende unverfallbare Anwartschaft.

Finanzierung

Zur Finanzierung der Verpflichtungen wurde zweckgebundenes Vermögen gebildet und durch ein sogenanntes Contractual Trust Arrangement (CTA) separiert. Die Funktion des Treuhänders wird von dem HSBC Trinkaus Vermögens-treuhänder e. V. sowie HSBC Trinkaus Mitarbeiter-treuhänder e. V. übernommen. Aktive Mitglieder der Treuhänder sind drei Vorstände, ein Aufsichtsratsmitglied sowie zehn Mitarbeiter der Bank.

Die Bank strebt regelmäßig eine weitgehende Ausfinanzierung der zugesagten Leistungen an. Eine Verpflichtung zur Zuwendung von Beiträgen an das CTA besteht nicht. Vermögen, das nicht zur Finanzierung der zugesagten Leistungen benötigt wird, steht der Bank zu. Neben der Wiederanlage der Ausschüttung ist derzeit keine weitere Zuführung zum Planvermögen beabsichtigt.

Die Erträge dürfen nur satzungsgemäß verwendet werden, zum Beispiel für Pensionszahlungen beziehungsweise zur Wiederanlage. Entnahmen dürfen ebenfalls nur satzungsgemäß erfolgen. Soweit Leistungen direkt zugesagt sind und eine Unterdeckung im CTA besteht, werden dafür Rückstellungen gebildet. Die Finanzierung der rückdeckungsakzessorischen Kapitalzusage erfolgt über Rückdeckungsversicherungen bei führenden deutschen Versicherungsgesellschaften.

Strategische Zielsetzung der Anlage ist es, im Zeitverlauf eine möglichst kontinuierliche Wertsteigerung zu erzielen. Der Fonds investiert hierzu im Wesentlichen in Staatsanlei-

hen, Unternehmensanleihen, Investmentfonds, Aktien sowie Derivaten. Investiert wird sowohl in den entwickelten Regionen als auch in Schwellenländern. Insgesamt wird auf eine hohe Diversifizierung geachtet.

Risikoaspekte

Aus den Anwartschaften auf lebenslange Renten sowie der Verpflichtung zur Zahlung laufender Leistungen aus Altzusagen trägt die Bank die Anpassungsrisiken der lebenslang laufenden Leistungen. Dies bedeutet faktisch eine Rentensteigerung gemäß der Entwicklung der Verbraucherpreise. Zudem bestehen Anpassungsrisiken aus bezügedynamischen Komponenten.

Ferner bestehen bei den lebenslang laufenden Leistungen Langlebkeitsrisiken. Die bei der Bewertung des Barwerts der Verpflichtung verwendeten Richttafeln berücksichtigen als Generationentafeln bereits die derzeit absehbare Erhöhung der Lebenserwartung.

Die Anpassungs- und Langlebkeitsrisiken wurden bei den seit 2001 erteilten Kapitalzusagen und vor allem in dem für Neuzugänge offenen Versorgungswerk weitgehend eliminiert.

Die bilanziellen Risiken und die Finanzierungsrisiken hat die Bank durch Zuwendungen an das CTA und die dadurch vorhandenen Deckungsmittel reduziert. Es bestehen je-

doch insoweit Finanzierungsrisiken, als die Erträge der Deckungsmittel nicht der angenommenen Verzinsung des Barwerts der Verpflichtung entsprechen. Des Weiteren resultieren Bilanzrisiken aus Schwankungen des für die Ermittlung des Barwerts der Verpflichtung anzusetzenden Rechnungszinses, soweit der Veränderung des Barwerts der Verpflichtung aus einer Schwankung des Rechnungszinses keine entsprechende Veränderung des Zeitwerts der Deckungsmittel gegenübersteht.

Der Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, DBO) der geschlossenen Versorgungswerke beträgt in der Berichtsperiode 224,6 Mio. Euro (Vorjahr: 225,2 Mio. Euro), davon entfallen auf die Leistungsempfänger 64,8 Mio. Euro (Vorjahr: 64,9 Mio. Euro). Die DBO der Einzelzusagen beläuft sich auf 74,2 Mio. Euro (Vorjahr: 76,4 Mio. Euro), davon entfallen auf die Leistungsempfänger 53,5 Mio. Euro (Vorjahr: 45,3 Mio. Euro). Die DBO der offenen Versorgungswerke (seit 1. Juli 2013 in Kraft) beträgt 1,5 Mio. Euro (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro). Auf Kapitalzusagen entfallen 43,8 Mio. Euro (Vorjahr: 40,9 Mio. Euro).

Die Berechnung der Pensionsverpflichtungen wird in versicherungsmathematischen Gutachten auf der Grundlage der Projected Unit Credit Method vorgenommen. Bei diesen jährlichen Bewertungen legen wir – neben aktuellen Sterbetafeln (Heubeck-Richttafeln 2005 G) – folgende Parameter zugrunde:

in %	31.12.2015	31.12.2014
Rechnungszinsfuß für Pensionen	2,26	2,12
Rechnungszinsfuß für Verpflichtungen aus Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelungen	0,74	2,12
Rechnungszinsfuß für pensionsähnliche Verpflichtungen und Jubiläumsverpflichtungen	1,88	2,12
Rechnungszinsfuß für LAZK	1,71	2,43
Erwartete Gehaltsentwicklung	3,0	3,0
Voraussichtliche Rentenanpassung	2,0	2,0
Erwartete Inflationsrate	2,0	2,0
Erwarteter Anstieg der Beitragsbemessungsgrenze für die Sozialversicherung	2,9	2,8

Der Rechnungszinsfuß ermittelt sich anhand der durchschnittlichen Rendite langfristiger und bonitätsmäßig einwandfreier Anleihen. Aufgrund der erhöhten Bedeutung der Verpflichtungen aus Altersteilzeit-, Vorruhestands- und Jubiläumsregelungen haben wir im Geschäftsjahr 2015 erstmals für diese Verpflichtungen laufzeitadäquate Zinssätze verwendet. Der Rechnungszinsfuß beträgt im Berichtsjahr bei einer Duration der Verpflichtungen von 18,7 Jahren 2,26 %, von 10 Jahren 1,88 % und von 3 Jahren 0,74 % (Vorjahr: 2,12 %). Dabei wird das vom Beratungsunternehmen Willis Towers Watson angebotene Zinsermittlungsverfahren „Global Rate:Link“ verwendet. Dieses bezieht Anleihen mit einem Rating von mindestens „AA“ unter Berücksichtigung von bestimmten weiteren Kriterien ein.

Sensitivitätsanalysen für die leistungsorientierten Verpflichtungen

Nach IAS 19.145 ist zu bestimmen, in welcher Höhe sich die für die DBO vorgesehenen erheblichen Bewertungsannahmen in einem Zeitraum von einem Jahr „vernünftigerweise“ verändern können.

Als erhebliche Annahmen sind regelmäßig anzusehen: der Rechnungszins, die angenommene Inflationsrate sowie die zugrunde gelegte Gehaltssteigerungsrate. Die folgenden Angaben beziehen sich auf die Sensitivitäten der DBO für Pensionen:

Bewertungsparameter zum 31.12.2015	Ausgangswert	Sensitivität	Auswirkung auf die DBO
Rechnungszins	2,26 %	+ 1,00 Prozentpunkte	- 16,1 %
Rechnungszins	2,26 %	- 1,00 Prozentpunkte	21,2 %
Gehaltstrend	3,00 %	- 0,50 Prozentpunkte	- 3,1 %
Gehaltstrend	3,00 %	+ 0,50 Prozentpunkte	3,3 %
Rententrend	2,00 %	- 0,25 Prozentpunkte	- 2,9 %
Rententrend	2,00 %	+ 0,25 Prozentpunkte	3,6 %
Lebenserwartung	gemäß RT 2005 G	+ 1 Jahr für eine aktuell 65-jährige Person	3,6 %

Bewertungsparameter zum 31.12.2014	Ausgangswert	Sensitivität	Auswirkung auf die DBO
Rechnungszins	2,12 %	+ 1,00 Prozentpunkte	- 16,5 %
Rechnungszins	2,12 %	- 1,00 Prozentpunkte	21,8 %
Gehaltstrend	3,00 %	- 0,50 Prozentpunkte	- 3,1 %
Gehaltstrend	3,00 %	+ 0,50 Prozentpunkte	3,5 %
Rententrend	2,00 %	- 0,25 Prozentpunkte	- 2,9 %
Rententrend	2,00 %	+ 0,25 Prozentpunkte	3,0 %
Lebenserwartung	gemäß RT 2005 G	+ 1 Jahr für eine aktuell 65-jährige Person	3,7 %

Aufgliederung der Pensionsverpflichtungen

in Mio. €	2015	2014	2013	2012	2011
Pensionsverpflichtungen, die nicht fondsfinanziert sind	1,8	21,0	17,1	14,8	10,5
Pensionsverpflichtungen, die fondsfinanziert sind					
Barwert der Pensionsverpflichtungen	375,4	350,0	275,5	263,0	202,3
Fair Value des Planvermögens	332,3	300,1	268,8	251,4	196,9
Saldo	43,1	49,9	6,7	11,6	5,4
davon Planunterdeckung	47,9	50,6	8,2	13,2	6,4
davon Planüberdeckung	4,8	0,7	1,5	1,6	1,0
Gesamte Pensionsverpflichtungen	49,7	71,6	25,3	28,0	16,9
Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung					
aus Planvermögen (vor Steuern)	3,3	0,2	-9,8	-12,5	-32,8
aus Pensionsverpflichtungen (vor Steuern)	-126,4	-133,5	-74,7	-75,6	-23,6

Der Rückgang der nicht fondsfinanzierten Pensionsverpflichtungen resultiert im Wesentlichen aus der Bildung eines weiteren zweckgebundenen Vermögens zur Finanzierung der Verpflichtungen einer Tochtergesellschaft. Die kumulierten erfolgsneutral im Eigenkapital erfassten Bewertungsreserven für die Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung belaufen sich auf einen Verlust in Höhe von 85,1 Mio. Euro nach Steuern (Vorjahresverlust: 92,0 Mio. Euro).

Die im Berichtsjahr entstandenen Gewinne aus der Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung resultieren sowohl aus der Vermögens- als auch aus der Verpflichtungsseite.

Entwicklung der Pensionsverpflichtungen

in Mio. €	2015	2014
Pensionsverpflichtungen zum 01.01.	371,0	292,6
Laufender Dienstzeitaufwand	17,5	15,8
Zinsaufwand	7,1	8,7
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	0,0	-2,1
Planabgeltungen	-1,7	-0,6
Gezahlte Pensionen	-10,5	-10,4
Transfer und Sonstiges	0,9	8,2
Veränderung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste	-7,1	58,8
aus Anpassung der Verpflichtung	0,8	-5,4
aus Änderung der demografischen Annahmen	0,0	0,0
aus Änderung der finanziellen Annahmen	-7,9	64,2
Pensionsverpflichtungen zum 31.12.	377,2	371,0

Aufteilung der Pensionsverpflichtungen

in Mio. €	2015	2014
Aktive	224,9	222,9
davon unverfallbar	141,4	148,3
Unverfallbar Ausgeschiedene	34,0	37,9
Leistungsempfänger	118,3	110,2
Gesamt	377,2	371,0

Von den gesamten Pensionsverpflichtungen entfallen auf Altersteilzeitverpflichtungen 2,5 Mio. Euro (Vorjahr: 2,1 Mio. Euro); auf LAZK-Verpflichtungen 30,0 Mio. Euro (Vorjahr:

27,1 Mio. Euro); auf Jubiläumsverpflichtungen 9,6 Mio. Euro (Vorjahr: 9,0 Mio. Euro) und auf Vorruhestandsverpflichtungen 4,5 Mio. Euro (Vorjahr: 4,1 Mio. Euro).

Auswirkungen der Verpflichtungen auf die zukünftigen Cashflows

in Mio. €	2016	2017	2018	2019	2020	2021–2025
Zukünftige Cashflows	9,0	9,1	9,4	9,8	9,7	55,7

Entwicklung des Fair Value des Planvermögens

in Mio. €	2015	2014
Fair Value des Planvermögens zum 01.01.	300,1	268,8
Zuführungen/Entnahmen	23,2	10,8
Auflösungen	0,0	0,0
Zinserträge	5,9	10,5
Tatsächliche Erträge unter Ausschluss der Zinserträge	3,1	10,0
Fair Value des Planvermögens zum 31.12.	332,3	300,1

Unter Zuführungen/Entnahmen zeigen wir den Zukauf weiterer Fondsanteile ins Planvermögen in Höhe von 62,3 Mio. Euro (Vorjahr: 18,8 Mio. Euro) sowie die Ausschüttung aus dem Planvermögen in Höhe von 39,1 Mio. Euro (Vorjahr: 8,0 Mio. Euro).

Aufgliederung des Fair Value des Planvermögens

in Mio. €	2015	2014
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	99,1	86,2
Aktien	21,6	20,8
Discount-/Indexzertifikate	5,5	56,1
Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen	18,3	18,5
Investmentfonds	104,7	95,5*
Derivate	67,3	0,0
Geschlossener Immobilienfonds	4,0	4,0
Sonstige	11,8	19,0*
Fair Value des Planvermögens zum 31.12.	332,3	300,1

* Das Planvermögen aus unserem Lebensarbeitszeitkonto-Modell besteht vollständig aus Fondsanteilen, die wir ab 2015 unter Investmentfonds und nicht mehr unter Sonstige ausweisen. Die Vorjahresangaben haben wir entsprechend angepasst.

Mit Ausnahme der Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen und den Anteilen an geschlossenen Immobilienfonds basieren die Fair Values des Planvermögens auf Preisen von aktiven Märkten beziehungsweise auf Bewertungsmodellen, bei denen alle Bewertungsparameter beobachtbar sind.

Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft

Die Rückstellungen für Bonitätsrisiken aus dem außerbilanziellen Kreditgeschäft in Höhe von 15,2 Mio. Euro (Vorjahr: 13,1 Mio. Euro) werden gebildet für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen. Die Entwicklung der Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft ergibt folgendes Bild:

in Mio. €	Rückstellungen auf				Insgesamt	
	Einzelbasis		Portfoliobasis		2015	2014
	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Stand 01.01.	0,0	0,0	13,1	5,9	13,1	5,9
Auflösungen	0,0	0,8	0,0	0,0	0,0	0,8
Verbrauch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zuführungen	0,0	0,0	2,1	7,2	2,1	7,2
Direktabschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Währungsdifferenzen/Umbuchungen	0,0	0,8	0,0	0,0	0,0	0,8
Stand 31.12.	0,0	0,0	15,2	13,1	15,2	13,1

Übrige Rückstellungen

Die übrigen Rückstellungen in Höhe von 73,7 Mio. Euro (Vorjahr: 82,5 Mio. Euro) bestehen vor allem aus Rückstellungen aus Lieferungen und Leistungen für Soft- und Hardware in Höhe von 17,0 Mio. Euro (Vorjahr: 12,2 Mio. Euro), aus Rückstellungen für erwartete Zinsen auf Steuernachzahlungen in Höhe von 11,6 Mio. Euro (Vorjahr: 10,4 Mio.

Euro), aus Lieferungen und Leistungen für Dienstleistungen in Höhe von 9,4 Mio. Euro (Vorjahr: 16,8 Mio. Euro), aus Kulanzrückstellungen in Höhe von 9,0 Mio. Euro (Vorjahr: 11,6 Mio. Euro), aus Rückstellungen im Zusammenhang mit der Aufgabe bestimmter Geschäftsaktivitäten in Luxemburg in Höhe von 14,7 Mio. Euro (Vorjahr: 16,9 Mio. Euro), aus Rückstellungen für Rückbauverpflichtungen in Höhe von 3,7 Mio. Euro (Vorjahr: 3,2 Mio. Euro), aus Rück-

stellungen für Archivierung in Höhe von 2,5 Mio. Euro (Vorjahr: 2,2 Mio. Euro) sowie Rückstellungen für sonstige Steuern in Höhe von 1,3 Mio. Euro (Vorjahr: 1,3 Mio. Euro). Die Rückstellungen für sonstige Steuern enthalten im Wesentlichen die voraussichtlichen Zahlungsverpflichtungen aus der Betriebsprüfung für die Umsatzsteuer der Vorjahre. Die sonstigen übrigen Rückstellungen in Höhe von 4,5 Mio. Euro (Vorjahr: 7,9 Mio. Euro) werden hier nicht weiter aufgeführt, da sie jeweils geringere Rückstellungsbeträge aufweisen.

Die Einschätzung der erwarteten Fälligkeiten für den Abfluss von wirtschaftlichem Nutzen für die übrigen Rückstellungen ist mit hoher Unsicherheit behaftet und wird auf durchschnittlich bis zu fünf Jahre geschätzt.

Am 31. Dezember 2015 bestehen keine wesentlichen Rechtsstreitigkeiten und damit verbundenen Prozessrisiken.

38 Ertragsteuerverpflichtungen

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	35,0	32,2
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	0,0	0,0
Insgesamt	35,0	32,2

Unter die laufenden Ertragsteuerverpflichtungen fallen die Beträge für Ertragsteuern, die wir auf der Basis der Steuerbilanzen der vollkonsolidierten Konzerngesellschaften unter Berücksichtigung körperschaft- beziehungsweise gewerbesteuerlicher Hinzurechnungen und Kürzungen voraussichtlich zahlen werden, vermindert um die bereits geleisteten Steuervorauszahlungen. Weiterhin werden

hier unsere Verpflichtungen für etwaige Ergebnisse aus laufenden und zukünftigen Betriebsprüfungen ausgewiesen.

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen wurden wie im Vorjahr im Rahmen der Saldierungsvorschriften mit latenten Ertragsteueransprüchen verrechnet.

39 Sonstige Passiva

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014*	01.01.2014*
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	19,6	16,7	14,4
Rechnungsabgrenzungsposten	39,3	13,9	8,1
Sonstige Verbindlichkeiten*	190,1	145,9	168,7
Insgesamt	249,0	176,5	191,2

* Werte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

Die Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern umfassen Umsatzsteuerverbindlichkeiten sowie abzuführende Kapitalertragsteuern aus unserem Kundengeschäft.

In den Sonstigen Verbindlichkeiten befinden sich in erster Linie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie aus ergebnisabhängigen Bezügen.

40 Nachrangkapital

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Nachrangige Verbindlichkeiten (Schuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen)	348,2	348,2
Genusssrechtskapital	100,0	100,0
Zinsabgrenzungen auf		
Nachrangige Verbindlichkeiten	5,1	5,1
Genusssrechtskapital	4,9	4,9
Insgesamt	458,2	458,2

Um die Flexibilität der Gesellschaft hinsichtlich der Refinanzierung und Kapitalverstärkung weiter zu sichern, hat die ordentliche Hauptversammlung der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG am 2. Juni 2015 eine Ermächtigung des Vorstands zur Ausgabe von Genussscheinen, Schuldverschreibungen und anderen hybriden Instrumenten ohne Options- oder Wandlungsrechte oder Options- oder Wandlungspflichten beschlossen.

Die Ermächtigung gilt bis zum 31. Mai 2020.

Bei der Ausgabe der Genussscheine, Schuldverschreibungen oder anderen hybriden Instrumenten durch die Gesellschaft steht den Aktionären grundsätzlich das gesetzliche Bezugsrecht zu. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Spitzenbeträge, die sich aufgrund des Bezugsverhältnisses ergeben, von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen und das Bezugsrecht auch insoweit auszuschließen, als es erforderlich ist, um den Inhabern von Options- oder Wandlungsrechten beziehungsweise den Inhabern von mit Options- oder Wandlungspflicht ausgestatteten Wandelgenussscheinen, Wandelschuldverschreibungen und anderen hybriden Instrumenten ein Bezugsrecht in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung der Options- oder Wandlungsrechte beziehungsweise nach Erfüllung der Options- oder Wandlungspflichten zustehen würde. Der Vorstand wird sorgfältig prüfen, ob der Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre im Unternehmens- und damit auch im Aktionärsinteresse liegt. Auch der Aufsichtsrat wird seine erforderliche Zustimmung nur erteilen, wenn diese Voraussetzungen nach seiner Ansicht gegeben sind. Die Genussscheine, Schuldverschreibungen beziehungsweise anderen hybriden Instrumente können auch von durch den Vorstand bestimmten Kreditinstituten mit der Verpflichtung

übernommen werden, sie den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht).

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Ausgabe und Ausstattung der Emission, insbesondere Volumen, Zeitpunkt, Zinssatz, Ausgabekurs und Laufzeit, festzulegen.

Die in der Hauptversammlung vom 5. Juni 2012 dem Vorstand erteilte Ermächtigung, bis zum 4. Juni 2017 einmal oder mehrfach auf den Namen und/oder auf den Inhaber lautende Genussrechte ohne Wandlungs- oder Optionsrecht im Gesamtnennbetrag von bis zu 300 Mio. Euro mit einer maximalen Laufzeit von 20 Jahren auszugeben, wurde aufgehoben.

Die weiteren Einzelheiten und Bestimmungen sowie der vollständige Wortlaut des vorgenannten Beschlusses ergeben sich aus den Beschlussvorschlägen der Verwaltung zum Tagesordnungspunkt 9 und dem korrespondierenden Bericht des Vorstands an die Hauptversammlung der unter dem 24. April 2015 im Bundesanzeiger veröffentlichten Einberufung der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft.

Im Falle der Liquidation, der Insolvenz oder eines sonstigen Verfahrens zur Abwendung der Insolvenz werden die Forderungen aus den nachrangigen Mittelaufnahmen erst dann erfüllt, wenn alle anderen Forderungen an die Bank befriedigt worden sind. Untereinander sind alle nachrangigen Verbindlichkeiten gleichrangig. Alle nachrangigen Mittelaufnahmen können von den Gläubigern nicht vorzeitig gekündigt werden. Genussscheine können von der Bank bei einer Änderung der steuerlichen Rahmenbedingungen mit einer zweijährigen Kündigungsfrist vorzeitig gekündigt werden.

Das Nachrangkapital wird mit einem Betrag in Höhe von 300,7 Mio. Euro (Vorjahr: 318,2 Mio. Euro) für die Ermittlung des haftenden Eigenkapitals gemäß CRR herangezogen.

Für das Geschäftsjahr 2015 entfällt auf nachrangige Verbindlichkeiten ein Zinsaufwand von 12,3 Mio. Euro (Vorjahr: 12,0 Mio. Euro) und auf Genussrechtskapital ein Zinsaufwand von 4,9 Mio. Euro (Vorjahr: 4,9 Mio. Euro).

Wir haben den Ausweis der Zinsabgrenzungen auf Nachrangkapital geändert. Bislang unter Sonstige Passiva ausgewiesene Zinsabgrenzungen auf nachrangige Verbindlichkeiten und Genussrechtskapital werden jetzt unter Nachrangkapital ausgewiesen. Wir haben die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst.

Verzinsung und Rückzahlung der nachrangigen Verbindlichkeiten

Verzinsung	Nominalbetrag in Mio. € 31.12.2015	Nominalbetrag in Mio. € 31.12.2014
4 % bis unter 5 %	100,2	100,2
Über 5 % bis 6 %	98,0	98,0
Festsätze	198,2	198,2
Variable Sätze	150,0	150,0
Insgesamt	348,2	348,2

Rückzahlung	Nominalbetrag in Mio. € 31.12.2015	Nominalbetrag in Mio. € 31.12.2014
Bis 1 Jahr	20,2	0,0
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	93,0	93,2
Über 5 Jahre	235,0	255,0
Insgesamt	348,2	348,2

41 Eigenkapital

Das Gezeichnete Kapital der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG zum 31. Dezember 2015 beträgt 91,4 Mio. Euro (Vorjahr: 91,4 Mio. Euro); es ist in 34.088.053 (Vorjahr: 34.088.053) nennwertlose Stückaktien eingeteilt.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu 45.711.948,47 Euro bis zum 31. Mai 2020 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Sach- oder Bareinlage zu erhöhen (genehmigtes Kapital).

Das Grundkapital ist außerdem um bis zu 45.711.948,47 Euro bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 17.044.026 neuen auf den Inhaber lautenden Stückaktien (bedingtes

Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung kann nur insoweit durchgeführt werden, als die Inhaber von Genussscheinen, Schuldverschreibungen beziehungsweise anderen hybriden Instrumenten mit Options- oder Wandlungsrechten, die aufgrund der Ermächtigung des Vorstands durch Beschluss der Hauptversammlung vom 2. Juni 2015 bis zum 31. Mai 2020 ausgegeben werden, von ihren Options- beziehungsweise Wandlungsrechten Gebrauch machen, oder die Inhaber von Genussscheinen beziehungsweise Schuldverschreibungen, anderen hybriden Instrumenten mit Options- oder Wandlungspflichten, die von der Gesellschaft aufgrund der vorstehend genannten Ermächtigung bis zum 31. Mai 2020 ausgegeben werden, ihre Pflicht zur Ausübung der Option oder zur Wandlung erfüllen. Bislang wurde davon kein Gebrauch gemacht.

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien und Optionen auf eigene Aktien ausgewiesen.

In den Gewinnrücklagen werden grundsätzlich nicht ausgeschüttete Gewinne aus Vorjahren erfasst.

In der Bewertungsreserve für Finanzinstrumente werden die Ergebnisse aus der Bewertung der Finanzanlagen nach Berücksichtigung latenter Steuern ausgewiesen. Die erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst nach Veräußerung oder bei Wertminderung des Vermögenswerts.

In der Bewertungsreserve für die Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung wird der Unterschied zwischen dem am Jahresanfang zum Bilanzstichtag prognostizierten Wert und dem am Bilanzstichtag tatsächlich ermittelten Wert der Verpflichtung beziehungsweise des Planvermögens dargestellt.

Die Bewertungsreserve aus Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind.

Unser aufsichtsrechtlich orientiertes Kapitalmanagement wird durch eine Analyse des ökonomischen Kapitalbedarfs ergänzt (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP). Der ICAAP basiert auf der zweiten Säule des Baseler Eigenkapitalrahmenwerks und erfüllt die von der deutschen Aufsicht vorgegebenen Mindestanforderungen für das Risikomanagement (MaRisk).

Den MaRisk zufolge haben Kreditinstitute Strategien und Prozesse einzurichten, die gewährleisten, dass genügend internes Kapital zur Abdeckung aller wesentlichen Risiken vorhanden ist, die Risikotragfähigkeit also permanent gewährleistet ist. Der ICAAP stellt für uns einen integralen Bestandteil der Steuerung dar, der in die Prozesslandschaft des Risikomanagements eingebettet ist und einer fortlaufenden Weiterentwicklung unterliegt.

Die quartalsweise Analyse und laufende Überwachung der Risikotragfähigkeit basiert auf einem GuV/bilanzorientierten Ansatz und umfasst auch Risikoarten, die in den regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung von Banken nicht enthalten sind (zum Beispiel Liquiditäts-

oder Pensionsrisiko). Sowohl die Berechnung des ökonomischen Kapitalbedarfs als auch die Ableitung der Risikodeckungsmasse erfolgt für zwei verschiedene Szenarien – Going Concern- und Liquidationsszenario –, die jeweils durch zugehörige Stressbetrachtungen vervollständigt werden. Im Rahmen der Gesamtbank-Stressbetrachtung im Going Concern-Szenario nimmt die Bank eine außergewöhnliche, aber vorstellbare negative Entwicklung der Weltwirtschaft an (zum Beispiel weltweiter Konjunkturerinbruch mit deutlichem Rückgang des Welthandels oder Verschlechterung der Finanzlage des öffentlichen Sektors) und simuliert so die Auswirkungen auf bestimmte quantifizierbare Risiken. Für nicht vom Szenario erfasste quantifizierbare Risiken werden eigene Stressszenarien definiert und die Auswirkungen analysiert. Neben diesen regelmäßigen Stresstests führt die Bank einmal pro Jahr einen inversen Stresstest durch. Diese Form des Stresstesting ist mit der Identifikation von Ereignissen verbunden, die den eigenen Fortbestand nachhaltig gefährden könnten, das heißt die Risikodeckungsmasse des Going Concern-Szenarios potenziell aufzehren. Als ein mögliches inverses Stressszenario hat HSBC Trinkaus & Burkhardt den Wegfall des Länderfinanzausgleichs identifiziert, infolgedessen sich unter anderem die Risikoprämien der Bundesländer ausweiten.

Die theoretischen Methoden und Modelle zur Quantifizierung des ökonomischen Kapitalbedarfs sind in den verschiedenen Risikoarten unterschiedlich weit entwickelt. Im Rahmen einer konservativen Vorgehensweise verzichtet die Bank derzeit noch auf die Berücksichtigung von Diversifikationseffekten.

Die Ermittlung des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs passen wir kontinuierlich den wachsenden Anforderungen an. Die Risikotragfähigkeit wird quartalsweise umfassend analysiert und laufend fortgeschrieben. Die zugrunde liegenden Methoden werden im Capital Steering Committee ausführlich diskutiert. Die Protokolle des Capital Steering Committees werden dem Gesamtvorstand zugeleitet und dort behandelt. Außerdem wird der ICAAP einmal im Jahr im Risikoausschuss des Aufsichtsrats besprochen.

Die Risikotragfähigkeit des Konzerns ist unverändert gegeben, und die Eigenkapitalausstattung ist angemessen. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Kapital sind wie im Vorjahr erfüllt.

Bewertungsreserve für Finanzinstrumente

Die Bewertungsreserve für Finanzinstrumente hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	2015	2014*
Nettobewertungsreserve zum 01.01.	167,4	129,4
Abgänge/Zugänge (brutto)	-46,5	-3,6
Marktwertschwankungen (brutto)	-31,2	49,0
Impairments (brutto)	13,2	6,0
Latente Steuern	17,1	-13,4
Nettobewertungsreserve zum 31.12.	120,0	167,4

* Werte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

HSBC Trinkaus & Burkhardt erfüllt seine Pflicht zur Offenlegung gemäß Säule 3 durch die Offenlegung auf der Konzernebene der HSBC Holdings plc, London (Art. 6 Abs. 3

CRR). Wir verweisen diesbezüglich auf die Veröffentlichungen der HSBC-Gruppe unter der Rubrik Investor Relations auf ihrer Website (www.hsbc.com).

Angaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns

42 Zinsüberschuss

in Mio. €	2015	2014
Zinserträge	260,8	249,9
Aus Forderungen an Kreditinstitute	10,5	13,8
Geldmarktgeschäfte	7,4	9,7
Andere verzinsliche Forderungen	3,1	3,6
Reverse Repos	0,0	0,5
Aus Forderungen an Kunden	149,3	122,1
Geldmarktgeschäfte	9,5	9,2
Andere verzinsliche Forderungen	139,8	112,9
Aus Finanzanlagen	101,0	114,0
Zinserträge	96,0	108,8
Dividenderträge	3,2	3,1
Beteiligungserträge	1,8	2,1
Zinsaufwendungen	83,3	75,2
Aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	33,7	25,7
Geldmarktgeschäfte	1,2	0,4
Andere verzinsliche Einlagen	32,5	25,3
Aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	18,6	20,6
Geldmarktgeschäfte	5,7	3,8
Andere verzinsliche Einlagen	12,9	16,8
Aus Verbrieften Verbindlichkeiten	0,4	0,4
Aus Nachrangkapital	17,2	16,9
Sonstiges	13,4	11,6
Zinsüberschuss	177,5	174,7

Der Zinsüberschuss ist aufgrund der Erfolge der Wachstumsinitiative insgesamt um 2,8 Mio. Euro auf 177,5 Mio. Euro angestiegen.

Die rückläufigen Zinseinnahmen aus den festverzinslichen Wertpapieranlagebeständen sowie die negativen Einlagenmargen aufgrund der Zinspolitik der EZB wurden überkompensiert durch die deutlich verbesserten Zinserträge im Kundenkreditgeschäft aufgrund höherer Volumina.

Die Bank hat im Geschäftsjahr mit Ausnahme der Zinszahlungen für unser Konto bei der Deutschen Bundesbank (2,4 Mio. Euro) wie im Vorjahr keine wesentlichen negativen Zinsen erhalten oder gezahlt.

Im Berichtszeitraum wurden Zinserträge aus wertberichtigten finanziellen Vermögenswerten in Höhe von 4,2 Mio. Euro (Vorjahr: 3,0 Mio. Euro) vereinnahmt.

43 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Mio. €	2015	2014
Zuführungen	2,3	7,3
Auflösungen	1,0	3,3
Direktabschreibungen	0,0	0,0
Eingänge auf ausgebuchte Forderungen	1,1	0,0
Insgesamt	0,2	4,0

Nach einer Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Vorjahr in Höhe von 4,0 Mio. Euro beträgt die Risikovorsorge im Geschäftsjahr 0,2 Mio. Euro. Bei den Einzelwertberichtigungen ergaben sich Neubildungen von 0,2 Mio. Euro sowie Auflösungen von 0,1 Mio. Euro. Aus Eingängen auf abgeschriebene Forderungen ergaben sich Erträge von 1,1 Mio. Euro. Bei den Portfoliowertberichtigungen war eine Nettozuführung von 1,2 Mio. Euro erforderlich. Die Erhöhung der Portfoliowertberichtigungen ist auf das gestiegene Kreditvolumen im Zuge unserer Wachstumsstrategie zurückzuführen.

44 Ergebnis aus Anteilen an at equity bilanzierten Unternehmen

Das Ergebnis aus Anteilen an at equity bilanzierten Unternehmen beträgt 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,2 Mio. Euro).

45 Provisionsüberschuss

in Mio. €	2015	2014
Wertpapiertransaktionsgeschäft	117,2	97,0
Wertpapierbestandsgeschäft	105,0	98,3
Asset Management/Vermögensverwaltung	77,7	68,9
Devisengeschäft	63,8	43,2
Capital Financing	24,1	23,2
Kreditgeschäft	24,0	28,7
Zahlungsverkehr/Dokumentengeschäft	23,3	22,2
Sonstige Dienstleistungen	6,1	8,2
Insgesamt	441,2	389,7

Den Provisionsüberschuss konnten wir um sehr beachtliche 13,2 % oder 51,5 Mio. Euro auf 441,2 Mio. Euro (Vorjahr: 389,7 Mio. Euro) steigern.

Im Transaktionsgeschäft mit Wertpapieren und Finanzinstrumenten erzielten wir ein Provisionsergebnis von 117,2 Mio. Euro (Vorjahr: 97,0 Mio. Euro). Der Anstieg ist zum einen darauf zurückzuführen, dass wir unseren Kunden in deutlich gestiegenem Umfang Zugang zu alternativen Anlageformen ermöglicht haben. Zum anderen haben wir auch das klassische Brokerage weiter ausbauen können.

Im Wertpapierbestandsgeschäft erreichten wir ein Ergebnis von 105,0 Mio. Euro (Vorjahr: 98,3 Mio. Euro). Hier führten die kontinuierlichen Volumenzuwächse zu einem erhöhten Provisionsergebnis vor allem in unserem Fondsverwaltungsgeschäft und der Depotbank.

Das Provisionsergebnis aus dem Asset Management und der Vermögensverwaltung beläuft sich auf 77,7 Mio. Euro (Vorjahr: 68,9 Mio. Euro). Der Anstieg resultiert zum einen aus einer volumenbedingten Zunahme der Managementgebühren im Asset Management und zum anderen aus dem sehr erfolgreichen Vertrieb von Fondsprodukten der HSBC Global Asset Management.

Im Provisionsgeschäft mit Devisen erwirtschafteten wir mit 63,8 Mio. Euro (Vorjahr: 43,2 Mio. Euro) ein um 20,6 Mio. Euro besseres Ergebnis. Hier zeigt sich vor allem der erhöhte Absicherungsbedarf unserer Kunden gegen Devisenkursschwankungen im aktuell volatileren Devisenmarktumfeld und die größere Zahl an Kunden, die maßgeschneiderte Lösungen, insbesondere Currency Overlay Management, bei der Bank nachfragen.

46 Handelsergebnis

in Mio. €	2015	2014
Aktien und Aktien-/Indexderivate	49,1	48,5
Renten und Zinsderivate	30,2	55,6
Devisen	7,7	2,1
Derivate des Bankbuchs	11,7	1,1
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	0,6	-1,5
Insgesamt	99,3	105,8

Das Handelsergebnis hat sich um 6,5 Mio. Euro auf 99,3 Mio. Euro verringert.

Die außergewöhnlichen Marktverwerfungen an den Rentenmärkten im zweiten Quartal des Geschäftsjahres haben das Ergebnis mit Renten und Zinsderivaten deutlich belastet (Rückgang um 25,4 Mio. Euro auf 30,2 Mio. Euro). Das Ergebnis aus dem Handel mit Aktien und Aktienderivaten in Höhe von 49,1 Mio. Euro im Vergleich zu 48,5 Mio. Euro im Vorjahr konnten wir leicht verbessern. Sowohl das Ergebnis des Devisenhandels (Anstieg um 5,6 Mio. Euro) als auch aus den Derivaten des Bankbuchs

(Anstieg um 10,6 Mio. Euro) haben sich deutlich verbessert. Hintergrund war neben dem erhöhten Umsatz im Kundengeschäft vor allem die starke Wechselkursänderung des Euro gegenüber dem US-Dollar.

Wir haben den Ausweis des Ergebnisses aus Sicherungsbeziehungen geändert. Das bislang unter dem Sonstigen Ergebnis ausgewiesene Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen wird jetzt unter dem Handelsergebnis ausgewiesen. Wir haben die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst.

47 Verwaltungsaufwand

in Mio. €	2015	2014
Personalaufwand	336,1	301,3
Löhne und Gehälter	279,9	252,5
Soziale Abgaben	31,8	30,7
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	24,4	18,1
Andere Verwaltungsaufwendungen	174,3	172,8
Abschreibungen auf Sachanlagevermögen und auf Immaterielle Vermögenswerte	20,0	19,9
Insgesamt	530,4	494,0

Beim Verwaltungsaufwand ist ein Anstieg um 36,4 Mio. Euro oder 7,4 % von 494,0 Mio. Euro auf 530,4 Mio. Euro zu verzeichnen. Damit ist es uns durch strikte Kostendisziplin gelungen, unter dem im Vorjahr erwarteten zweistelligen Anstieg zu bleiben.

Der Zuwachs an Mitarbeitern infolge der Wachstumsstrategie macht sich im Anstieg des Personalaufwands um 34,8 Mio. Euro auf 336,1 Mio. Euro bemerkbar.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich dagegen nur marginal um 1,5 Mio. Euro auf 174,3 Mio. Euro erhöht. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen zurückzuführen auf die Belastungen aus der neuen Bankenabgabe nach europäischen Vorgaben.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte betragen 20,0 Mio. Euro und sind im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert.

Damit beträgt die Aufwand-Ertrag-Relation 70,9 % (Vorjahr, angepasst: 69,6 %) und entspricht der Prognose des Vorjahres mit knapp über 70 %.

In den Anderen Verwaltungsaufwendungen sind Aufwendungen aus Miet-, Pacht- und Leasingzahlungen in Höhe von 39,0 Mio. Euro (Vorjahr: 35,8 Mio. Euro) enthalten.

Die Aufgliederung der Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	2015	2014
Aufwendungen für leistungsorientierte Pläne	17,6	11,9
davon laufender Dienstzeitaufwand	17,5	15,8
davon Zinsaufwand	7,1	8,7
davon Zinserträge aus dem Planvermögen	-5,9	-10,5
davon nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand und Gewinne aus Planabgeltungen	-1,1	-2,1
Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne	6,0	5,6
Andere Aufwendungen für Altersversorgung	0,8	0,6
Insgesamt	24,4	18,1

Daneben haben wir in den Personalaufwendungen 15,0 Mio. Euro (Vorjahr: 14,0 Mio. Euro) als Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung erfasst.

Die Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne enthalten Beiträge in den BVV Versicherungsverein.

48 Ergebnis aus Finanzanlagen

Das Ergebnis aus Finanzanlagen ging um 6,8 Mio. Euro auf 15,0 Mio. Euro zurück (angepasstes Vorjahr: 21,8 Mio. Euro). Gewinnen aus Abgängen von Wertpapieren standen niedrigere Abschreibungen auf Beteiligungen im Immobilienbereich sowie Wertkorrekturen auf Wertpapiere und

Schuldscheindarlehen gegenüber. Die Anpassung des Vorjahreswerts betrifft die geänderte Bilanzierung der aktienbasierten Vergütung und reduziert das Ergebnis aus Finanzanlagen in Höhe von 1,8 Mio. Euro.

Die folgende Tabelle verdeutlicht, inwiefern das Veräußerungsergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzanlagen aus der Wertentwicklung der Vorjahre oder aus der des Berichtsjahres resultiert:

in Mio. €	2015	2014*
Gewinn-/Verlustrechnung		
Veräußerungsergebnis*	29,6	29,2
Ertragsteuern	-4,6	-8,1
Nettoveräußerungsergebnis in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung*	25,0	21,1
Entwicklung der Bruttobewertungsreserve für Finanzinstrumente		
Veränderung durch Veräußerung	-29,3	-29,2
davon Wertschwankungen Berichtsjahr	5,9	-3,7
davon Wertschwankungen Vorjahre	-35,2	-25,5
Entwicklung der korrespondierenden Ertragsteuern		
Veränderung durch Veräußerung	-4,6	-8,1
davon Wertschwankungen Berichtsjahr	1,5	-0,2
davon Wertschwankungen Vorjahre	-6,1	-7,9

* Vorjahreswerte angepasst. Die Änderungen sind in Note 19 erläutert.

Die folgende Tabelle zeigt, wie sich die Impairments beziehungsweise Wertaufholungen auf Finanzanlagen entwickelt haben:

in Mio. €	2015	2014
Gewinn-/Verlustrechnung		
Impairments/Wertaufholungen auf Finanzinstrumente	-14,6	-7,4
Entwicklung der Bewertungsreserve für Finanzinstrumente		
Veränderung durch Impairments/Wertaufholungen	13,2	6,0
davon Wertschwankungen Berichtsjahr	11,7	6,0
davon Wertschwankungen Vorjahre	1,5	0,0
Entwicklung der korrespondierenden Ertragsteuern		
Veränderung durch Impairments/Wertaufholungen	3,2	2,0
davon Wertschwankungen Berichtsjahr	2,9	2,0
davon Wertschwankungen Vorjahre	0,3	0,0

49 Sonstiges Ergebnis

in Mio. €	2015	2014*
Sonstige betriebliche Erträge	28,3	38,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen*	13,5	20,6
Sonstiges betriebliches Ergebnis*	14,8	17,4
Übrige Erträge	0,3	0,4
Übrige Aufwendungen	0,2	0,2
Übriges Ergebnis	0,1	0,2
Sonstiges Ergebnis*	14,9	17,6

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

Das Sonstige betriebliche Ergebnis beträgt 14,8 Mio. Euro (angepasstes Vorjahr: 17,4 Mio. Euro) und resultiert im Wesentlichen aus den Mieterträgen unserer Immobilien. Darüber hinaus gleichen sich im Sonstigen betrieblichen Ergebnis Belastungen aus der Abwicklung unseres Geschäfts mit geschlossenen Immobilienfonds und Wertaufholungen aus der Bewertung einer Immobilie im Wesent-

lichen nahezu aus. Die Anpassung des Vorjahreswerts betrifft das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen, das wir ab diesem Geschäftsjahr dem Branchenstandard folgend im Handelsergebnis ausweisen.

Das Übrige Ergebnis beträgt 0,1 Mio. Euro nach 0,2 Mio. Euro im Vorjahr.

50 Ertragsteuern

in Mio. €	2015	2014
Laufende Steuern	69,2	68,4
davon periodenfremd	2,1	0,8
Latente Steuern aus der Veränderung von zeitlich befristeten Bewertungsdifferenzen	-3,9	-1,3
Latente Steuern aus Änderungen der Steuersätze	0,0	0,0
Insgesamt	65,3	67,1

Der Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr beträgt 65,3 Mio. Euro und ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 Mio. Euro gesunken. Daraus ergibt sich eine Steuerquote von 30,0 % nach 31,7 % im Vorjahr.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Beziehung zwischen den aus dem Jahresüberschuss vor Steuern abgeleiteten Ertragsteuern und dem tatsächlichen Ertragsteuerausweis dar:

in Mio. €	2015	2014*
Jahresüberschuss vor Steuern*	217,4	211,8
Ertragsteuersatz (%)	31,4	31,4
Abgeleitete Ertragsteuern aus dem Jahresüberschuss vor Steuern*	68,3	66,5
Steuersatzdifferenz auf Ergebnisse ausländischer Gesellschaften	0,0	0,0
Effekt aus nicht genutzten Verlustvorträgen	0,0	0,0
Steuern für Vorjahre	2,1	0,8
Körperschaftsteuerliche Modifikationen	10,7	3,2
Gewerbesteuerliche Modifikationen	0,9	0,9
Steuerfreie Beteiligungserträge	-12,4	-1,2
Übrige*	-4,3	-4,3
Ausgewiesene Ertragsteuern	65,3	67,1

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

51 Gewinn-und-Verlust-Rechnung nach Bewertungskategorien

Die folgende Übersicht beinhaltet zum einen die Nettogewinne beziehungsweise Nettoverluste für jede Bewertungskategorie von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten nach IAS 39. Bei den Netto-

gewinnen/Nettoverlusten handelt es sich um eine saldierte Ergebnisgröße, die sich aus erfolgswirksamen Marktwertänderungen, Abgängen von Finanzinstrumenten, Wertminderungen sowie gegebenenfalls Fremdwährungseinflüssen zusammensetzt. Zum anderen sind ihr die Zinserträge/-aufwendungen sowie die Provisionserträge/-aufwendungen für jede Bewertungskategorie zu entnehmen.

Bewertungskategorie	Loans and Receivables	Sonstige Finanzinstrumente	Held for Trading	Derivate in Sicherungsbeziehungen	Available for Sale-Bestand	Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	Sonstiges	Summe
31.12.2015 in Mio. €								
Zinsergebnis								
Zinserträge	159,6	0	0	0	101,0	0,2	0	260,8
Zinsaufwendungen	-0,4	-2,3	0	-29,0	0	-49,3	-2,3	-83,3
Provisionsergebnis								
Provisionserträge	27,7	0	0,8	0	0	0	870,1	898,6
Provisionsaufwendungen	-3,8	0	-2,8	0	0	0	-450,8	-457,4
Handelsergebnis	0	0	89,2	10,9	-0,8	0	0	99,3
Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	29,6	0	0	29,6
Sonstiges Ergebnis	0	0	0	0	0	0	14,9	14,9
Impairments								
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1,9	0	0	0	0	0	-2,1	-0,2
Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	-14,6	0	0	-14,6
Insgesamt	185,0	-2,3	87,2	-18,1	115,2	-49,1	429,8	747,7

Bewertungskategorie	Loans and Receivables	Sonstige Finanzinstrumente	Held for Trading	Derivate in Sicherungsbeziehungen*	Available for Sale-Bestand*	Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten*	Sonstiges*	Summe*
31.12.2014 in Mio. €								
Zinsergebnis								
Zinserträge	135,6	0,3	0,0	0,0	114,0	0,0	0,0	249,9
Zinsaufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-72,5	-2,7	-75,2
Provisionsergebnis								
Provisionserträge	31,0	0,0	0,8	0,0	0,0	0,0	728,6	760,4
Provisionsaufwendungen	-2,3	0,0	-2,4	0,0	0,0	0,0	-366,0	-370,7
Handelsergebnis*	0,0	0,0	104,0	-69,7	71,5	0,0	0,0	105,8
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	29,2	0,0	0,0	29,2
Sonstiges Ergebnis*	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	17,6	17,6
Impairments								
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-6,4	-4,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	-7,4	0,0	0,0	-7,4
Insgesamt*	166,7	0,3	102,4	-69,7	207,3	-72,5	371,1	705,6

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

52 Ergebnis je Aktie

	2015	2014*
Jahresüberschuss in Mio. €*	152,1	144,7
Anzahl der durchschnittlich im Umlauf befindlichen Aktien in Mio. Stück	34,1	28,1
Ergebnis je Aktie in €* 	4,46	5,15
Unverwässertes Ergebnis je Aktie in €* 	4,46	5,15

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

Zum Geschäftsjahresende 2015 standen – wie zum Vorjahresende – keine Bezugsrechte aus. Ein Verwässerungseffekt war somit nicht zu ermitteln.

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung die Ausschüttung einer Dividende von 2,50 Euro je Aktie (Vorjahr: 2,50 Euro je Aktie) vor.

Sonstige Angaben

53 Angaben zur Kapitalflussrechnung

IAS 7 fordert als branchenübergreifende Vorschrift, eine Kapitalflussrechnung zu erstellen. Ihre Bedeutung als Informationsinstrument in Jahresabschlüssen von Kreditinstituten ist jedoch relativ gering. Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung der Zahlungsmittel des Konzerns nach Zu- und Abflüssen im Verlauf des Geschäftsjahres.

Bei den Zahlungsvorgängen des Geschäftsjahres wird zwischen Zahlungsströmen aus operativer, investiver und finanzierender Tätigkeit unterschieden.

Die Sammelposition „Sonstige Anpassungen (per saldo)“ enthält als Bestandteil der Kapitalflussrechnung im Wesentlichen folgende Faktoren: die Nettoveränderung der latenten Steuern, die Veränderung der Steuererstattungsansprüche sowie gezahlte Ertragsteuern und erhaltene Zinsen und Dividenden abzüglich gezahlter Zinsen.

Zahlungsmittel

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand in Höhe von 690,2 Mio. Euro (Vorjahr: 616,4 Mio. Euro) entspricht wie im Vorjahr dem Bilanzposten Barreserve, der sich aus dem Kassenbestand und dem Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt. Die Zahlungsmittel bestehen nahezu ausschließlich in Euro. Wesentliche Bewertungseffekte aus Wechselkursänderungen waren nicht zu berücksichtigen.

Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit

Die Zahlungsströme aus dem operativen Geschäft werden für den Konzern nach der indirekten Methode dargestellt, nach der sie aus dem Jahresüberschuss abgeleitet werden.

Der Jahresüberschuss des Konzerns nach Steuern in Höhe von 152,1 Mio. Euro (Vorjahr: 144,7 Mio. Euro) bildet die Ausgangsgröße für die Kapitalflussrechnung. Der als Zwischensumme ausgewiesene Bruttocashflow von 121,7 Mio. Euro (Vorjahr: 65,7 Mio. Euro) zeigt den betrieblichen Einnahmenüberschuss vor jeglicher Kapitalbindung. Im Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit sind zusätzlich die Veränderungen der operativen Mittel berücksichtigt.

Cashflow aus Investitionstätigkeit

Im Geschäftsjahr 2015 wurden für den Erwerb von Sachanlagevermögen 31,0 Mio. Euro aufgewendet (Vorjahr: 25,2 Mio. Euro). Aus Verkäufen von Sachanlagen flossen dem Konzern 1,4 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro) zu. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ergab sich aus dem Kauf und Verkauf von Finanzanlagen mit Beteiligungscharakter ein Zahlungseingang von netto 18,3 Mio. Euro (Vorjahr: 5,6 Mio. Euro).

Cashflow aus Finanzierungstätigkeit

Als Bestandteil des Cashflows aus Finanzierungstätigkeit hat die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG im Berichtsjahr 70,3 Mio. Euro Dividende für das Geschäftsjahr 2014 gezahlt (Vorjahr: 70,3 Mio. Euro).

54 Geschäftssegmente

Die nach IFRS 8 erstellte Segmentberichterstattung des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns liefert den Jahresabschlussadressaten Informationen über die Ertrags-, Wachstums- und Risikoquellen einzelner Segmente und soll sie in die Lage versetzen, die wirtschaftliche Leistung des Konzerns differenzierter zu beurteilen. Die Basis der Segmentberichterstattung des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns bilden die Ergebnisbeitragsrechnung und die LoB-Lines of Business-Rechnung als wesentliche Bestandteile des Management-Informationssystems (MIS). Beide Controlling-Instrumente fungieren als zentrale Steuerungs- und Kontrollinstrumente der Bank und bilden die Organisationsstruktur des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns nach Unternehmensbereichen ab.

Die Bank unterscheidet vier Global Businesses – Global Private Banking (GPB), Commercial Banking (CMB), Global Banking & Markets (GB & M) und Asset Management (AM) – sowie Central.

Global Private Banking beinhaltet neben der reinen Vermögensverwaltung und Anlageberatung auch besondere Dienstleistungen wie die Vermögensstrukturberatung, die Testamentsvollstreckung sowie Family Office-Dienstleistungen.

Commercial Banking verantwortet das Geschäft mit den Firmenkunden des Mittelstands. Außer verschiedenen Kredit- und Einlageprodukten bieten wir einen umfassenden Zahlungsverkehrsservice im In- und Ausland (Payments and Cash Management) sowie anspruchsvolle Spezialdienstleistungen wie Zins- und Währungsmanagement und das Auslandsgeschäft in Zusammenarbeit mit der HSBC-Gruppe.

Neben der Betreuung der großen internationalen Firmenkunden und der institutionellen Kunden umfasst Global Banking & Markets die Capital Financing- und die Markets-Aktivitäten sowie die HSBC Securities Services. Zusätzlich zum Kreditgeschäft und Investment Banking gehört zu Capital Financing hauptsächlich die Origination-Funktion am Primärmarkt, während Markets die Vertriebs- und Handelstätigkeiten für Kapitalmarktprodukte am Sekundärmarkt beinhaltet. HSBC Securities Services umfasst Custody, Clearing und Depotbank Services sowie die Fondsadministration im Konzern.

Asset Management beinhaltet die Entwicklung und den Vertrieb von Fonds- und Beratungskonzepten für institutionelle Kunden, Firmenkunden und Finanzintermediäre. Gemeinsam mit den anderen Asset Management-Einheiten der HSBC-Gruppe wird eine leistungsstarke Produktpalette angeboten, die alle relevanten Anlageklassen kompetent abdeckt.

Neben außerordentlichen Sondereffekten, wie infolge der Aufgabe bestimmter Geschäftsaktivitäten in Luxemburg, werden in Central im Wesentlichen nur noch regulatorische Kostenpositionen sowie die Überleitungspositionen gezeigt, die zwischen der Summe aus den vier Kernsegmentergebnissen und dem Gesamtbetrag in den jeweiligen Teilpositionen der Gewinn- und Verlustrechnung bestehen.

Die Segmentierung nach operativen Geschäftsfeldern stellt sich für die Jahre 2015 und 2014 wie folgt dar:

in Mio. €		GPB	CMB	GB & M	AM	Central/ Konsolidierung	Insgesamt
Zinsüberschuss	2015	13,6	95,2	66,0	3,3	-0,6	177,5
	2014	15,0	84,2	73,2	4,6	-2,3	174,7
Risikovorsorge	2015	0,8	0,8	-0,2	0,0	-1,2	0,2
	2014	-0,2	4,1	1,5	0,0	-1,4	4,0
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	2015	12,8	94,4	66,2	3,3	0,6	177,3
	2014	15,2	80,1	71,7	4,6	-0,9	170,7
Ergebnis aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen	2015	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1
	2014	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	0,2
Provisionsüberschuss	2015	53,2	53,0	290,0	45,2	-0,2	441,2
	2014	52,5	51,1	245,3	40,7	0,1	389,7
Operatives Handelsergebnis*	2015	-0,3	1,2	85,4	-0,2	1,4	87,5
	2014	1,6	4,8	92,0	1,1	5,2	104,7
Erträge nach Risikovorsorge*	2015	65,7	148,6	441,7	48,3	1,8	706,1
	2014	69,3	136,0	409,1	46,4	4,5	665,3
Verwaltungsaufwand	2015	51,1	97,2	324,7	30,7	26,7	530,4
	2014	53,1	89,7	308,9	27,8	14,5	494,0
davon Abschreibung und Amortisation	2015	0,7	1,2	2,6	0,4	15,1	20,0
	2014	0,7	1,3	2,2	0,2	15,5	19,9
Ergebnis aus Finanzanlagen*	2015	1,4	3,2	9,4	1,0	0,0	15,0
	2014	2,3	4,6	13,4	1,5	0,0	21,8
Ergebnis aus Derivaten des Bankbuchs	2015	0,9	2,0	6,1	0,7	2,1	11,8
	2014	0,0	0,0	0,0	0,0	1,1	1,1
Sonstiges Ergebnis*	2015	1,3	2,9	9,4	1,1	0,2	14,9
	2014	1,2	1,9	7,9	0,6	6,0	17,6
Jahresüberschuss vor Steuern*	2015	18,2	59,5	141,9	20,4	-22,6	217,4
	2014	19,7	52,8	121,5	20,7	-2,9	211,8
Steueraufwand	2015	5,7	18,7	44,6	6,4	-10,1	65,3
	2014	6,2	16,7	38,5	6,5	-0,8	67,1
Jahresüberschuss*	2015	12,5	40,8	97,3	14,0	-12,5	152,1
	2014	13,5	36,1	83,0	14,2	-2,1	144,7
Veränderung zum Vorjahr in %		-7,4	13,0	17,2	-1,4	> 100,0	5,1

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

Die robuste Binnennachfrage aufgrund der günstigen Arbeitsmarktsituation und der hohen Reallohnsteigerungen sowie die Konjunkturimpulse aus dem deutlichen Rückgang des Ölpreises und dem schwächeren Euro haben in Deutschland die negativen Konjunktüreinflüsse aus der Wachstumsschwäche einiger Schwellenländer aufgrund des Verfalls der Rohstoffpreise und Chinas im Zuge der Umstellung der dortigen Wirtschaft in Richtung einer stärkeren Dienstleistungs- und Konsumorientierung überkompensiert. Dies hat im Gesamteffekt zu einem gemäßigten Aufschwung der deutschen Wirtschaft im Jahr 2015 geführt. Belastend auf die Ergebnissituation der Bank wirkten sich dagegen die anhaltende Niedrigzinspolitik der EZB mit negativen Einlagezinssätzen und die nach wie vor vorhandenen Vorlaufkosten in vielen Bankbereichen aufgrund der konsequenten Fortführung der Wachstumsstrategie 2015 aus. Die in diesem schwierigen Marktumfeld erreichte Verbesserung des Gewinns nach Steuern dokumentiert die Ausgewogenheit und Stabilität des kundenorientierten Geschäftsmodells der Bank.

Die starke Ausweitung der Ergebnisse in den Segmenten Global Banking & Markets und Commercial Banking im Vorjahresvergleich belegen den Erfolg der Wachstumsstrategie im Geschäft mit international tätigen Firmenkunden, aber auch die starke Position der Bank im Geschäft mit institutionellen Kunden und dem Public Sector. Das Asset Management konnte sein Ergebnis nahezu halten, während der von den ungünstigen Rahmenbedingungen auf der Zinsseite am stärksten betroffene Bereich Global Private Banking sein Vorjahresergebnis nicht wiederholen konnte. In Central werden im Wesentlichen nur noch regulatorische Kosten und die Erfolgskomponenten gezeigt, die sich aus der mittlerweile nahezu vollendeten Aufgabe bestimmter Geschäftsaktivitäten am Standort Luxemburg ergaben.

Infolge der immer stärkeren Intensivierung der Zusammenarbeit innerhalb der HSBC-Gruppe und der umfangreichen Geschäftsausweitungen in den Teilbereichen von Markets erreichte das Segment Global Banking & Markets die stärkste Ergebnisverbesserung in der Bank. Hauptverantwortlich hierfür waren die nennenswerten Steigerungen des Provisionsergebnisses aus Devisen-, Custody- und Alternative Investment-Geschäften, welche die zinsstrukturbedingt rückläufigen Erlöse aus der Generierung und Platzierung von Fixed Income-Produkten sowie den Anstieg des Verwaltungsaufwands mehr als auffingen.

Die anhaltenden Erfolge der Wachstumsinitiative wirkten sich ebenfalls in der überwiegend volumensbedingten Ausweitung der Zinserlöse im Kreditgeschäft und in hohen Provisionserlösen im Devisengeschäft mit Commercial-Banking-Kunden aus. Zusammen mit der rückläufigen Risikovorsorge konnten sie das rückläufige Zinsergebnis aus Sichteinlagen infolge der Zinssenkungen durch die EZB und die strategiekonform höheren Personal- und Sachaufwendungen überkompensieren.

Dem Segment Asset Management gelang es durch höhere Provisionserlöse im Spezial- und Publikumsfondsgeschäft aufgrund gestiegener Assets under Management and Distribution die steigenden Verwaltungsaufwendungen auszugleichen.

Durch den Verzicht auf die Weitergabe der negativen Marktzinsen der EZB an die Privatkundschaft war der Bereich Global Private Banking am stärksten von der ungünstigen Zinssituation betroffen. Der Zuwachs der Provisionserlöse aus dem Vermögensverwaltungsgeschäft und die deutliche Senkung der Verwaltungsaufwendungen reichten jedoch nicht aus, die rückläufigen Zinsergebnisse aus Sichteinlagen und die geringeren Handelsergebnisse aufgrund des Wegfalls der anteiligen Bewertungsgewinne des Vorjahres aus den Zinspositionen im Eigengeschäft der Bank zu egalisieren.

Die Kosteneinsparungen im Bereich Central infolge der im Vorjahr weitgehend abgeschlossenen Aufgabe bestimmter Geschäftsaktivitäten in Luxemburg werden durch die zusätzlichen Kosten in diesem Jahr für regulatorische Zwecke, die erhöhte Bankenabgabe und für die bereits erfolgten und weiterhin anhaltenden Maßnahmen zur Umsetzung der Wachstumsinitiative mehr als aufgezehrt. Letztere resultieren insbesondere aus den Investitionen sowohl in zusätzliche Mitarbeiter als auch in die räumliche und technische Infrastruktur zum Aufbau der vier neuen Niederlassungen. Darüber hinaus wird in den Ausbau der Middle- und Back-Office-Bereiche der Bank zur Sicherstellung einer unverändert hohen Qualität in der Geschäftsabwicklung und in die Umsetzung der Global Standards der HSBC im Kundengeschäft investiert.

Die Segmenterträge sind in Zins-, Provisions- und Handelsergebnisse unterteilt. Der Verwaltungsaufwand wird den Bereichen so weit wie möglich verursachungsgerecht zugeordnet.

		GPB	CMB	GB & M	AM	Central/ Konsoli- dierung	Ins- gesamt	Über- leitung	Stichtag
Aufwand-Ertrag-Relation in %**	2015	72,9	61,7	69,6	60,1	0,0	70,9	0,0	70,9
	2014	73,1	61,2	71,5	57,3	0,0	69,6	0,0	69,6
Vermögen* in Mio. €	2015	406,9	5.093,8	10.262,1	0,0	6.537,8	22.300,6	-630,1	21.670,5
	2014	326,8	3.452,3	8.689,4	0,0	7.978,6	20.447,1	1.699,3	22.146,4
Schulden* in Mio. €	2015	2.343,0	4.605,9	9.162,2	0,0	5.003,0	21.114,1	-2.025,2	19.088,9
	2014	2.084,7	4.142,2	8.213,8	0,0	5.074,7	19.515,4	62,2	19.577,6
Anrechnungspflichtige Risikopositionen* in Mio. €	2015	498,0	7.010,0	5.656,0	98,0	2.380,9	15.642,9	228,6	15.871,5
	2014	469,0	5.107,0	6.137,0	112,0	1.272,2	13.097,2	1.957,8	15.055,0
Zugeordnetes bilanzielles Eigenkapital* in Mio. €	2015	99,8	751,0	615,6	59,8	342,7	1.868,9	80,9	1.949,8
	2014	96,9	560,7	663,7	61,2	118,9	1.495,0	413,6	1.908,6
Mitarbeiter	2015	332	552	1.772	121	16	2.793	0	2.793
	2014	288	521	1.707	119	15	2.650	0	2.650
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %**	2015	18,2	7,9	23,1	34,1	0,0	11,7	0,0	11,7
	2014	20,3	9,4	18,3	33,8	0,0	14,3	0,0	14,3

* Jahresdurchschnitt

** Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

Die Posten Vermögen, Schulden und anrechnungspflichtige Positionen basieren auf Durchschnittswerten des Management-Informationssystems der Bank. Die Unterschiede zu den Stichtagswerten per Jahresultimo werden in der Überleitungsspalte ausgewiesen.

Die Aufwand-Ertrag-Relation (Cost-Efficiency Ratio) ist das Maß der Kosteneffizienz der Segmente und gibt die Relation des Verwaltungsaufwands zu den Erträgen vor Risikovorsorge an. Im Konzern hat sich diese Kennziffer im Vorjahresvergleich maßgeblich aufgrund der weiterhin vorhandenen Vorlaufkosten aus dem Geschäftsaufbau planmäßig vorübergehend erhöht. Erfolge der Wachstumsinitiative auf der Erlösseite zeigen sich bereits 2015 in der verringerten beziehungsweise nahezu unveränderten Cost-Efficiency Ratio in den Segmenten Global Banking & Markets und Commercial Banking. Dank der strikten Kostendisziplin weist auch Global Private Banking eine unveränderte Aufwand-Ertrag-Relation aus, während sich positive Sondereffekte in den Kosten des Asset Management nicht wiederholten.

Die Eigenkapitalausstattung der operativen Segmente setzt sich zusammen aus einem Sockelbetrag, der jedem Segment zugeordnet ist, sowie einem Zuschlag, dessen Höhe von den unter Risikogesichtspunkten anrechnungspflichtigen Positionen abhängt.

Die Zuordnung von Aktiva, Passiva, Risikoaktiva und bilanziellem Eigenkapital folgt der Zuordnung der Kunden zu den Segmenten gemäß dem Management-Informationssystem der Bank.

Als Folge der Wachstumsstrategie wies das Segment Commercial Banking eine deutliche Zunahme der anrechnungspflichtigen Risikopositionen aus. Auch im Global Private Banking gab es leichte Zuwächse der Risk Assets, während sich diese bei Global Banking & Markets und im Asset Management im Vorjahresvergleich rückläufig entwickelt haben.

Die nach geografischen Merkmalen gegliederten Ergebnisse der Unternehmensaktivitäten sind im Folgenden dargestellt. Die Segmentzuordnung erfolgt jeweils nach dem Sitz des Konzernunternehmens:

in Mio. €		Deutschland	Luxemburg	Restliche	Insgesamt
Jahresüberschuss vor Steuern	2015	218,9	-1,6	0,1	217,4
	2014*	210,0	1,7	0,1	211,8

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

Das langfristige Segmentvermögen beläuft sich im Berichtsjahr auf 251,7 Mio. Euro (Vorjahr: 241,3 Mio. Euro) und ist analog zum Vorjahr ausschließlich der Region Deutschland zugeordnet.

55 Bewertungsklassen

Die folgenden Tabellen geben einen Überblick über die Bewertungsklassen in den jeweiligen Bilanzposten:

Aktiva per 31.12.2015 in Mio. €					
Bewertungsklasse	Zu (fortgeführten) Anschaffungskosten		Zum Fair Value		Summe
Bewertungskategorie	Loans and Receivables	Sonstige finanzielle Vermögenswerte	Held for Trading	Available for Sale-Bestand	
Barreserve	0,0	690,2	0,0	0,0	690,2
Forderungen an Kreditinstitute	1.186,3	0,0	0,0	0,0	1.186,3
Forderungen an Kunden**	7.848,0	0,0	0,0	0,0	7.848,0
Handelsaktiva	0,0	0,0	5.930,5	0,0	5.930,5
Finanzanlagen	0,0	15,7	0,0	5.672,9	5.688,6
Sonstige Finanzinstrumente	0,0	20,6	0,0	0,0	20,6
Summe Finanzinstrumente	9.034,3	726,5	5.930,5	5.672,9	21.364,2

Passiva per 31.12.2015 in Mio. €				
Bewertungsklasse	Zu fortgeführten Anschaffungskosten		Zum Fair Value	Summe
Bewertungskategorie	Sonstige Verbindlichkeiten		Held for Trading	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	752,4		0,0	752,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden***	12.928,8		0,0	12.928,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	10,0		0,0	10,0
Handelspassiva	0,0		5.148,7	5.148,7
Nachrangkapital	458,2		0,0	458,2
Sonstige Finanzinstrumente	71,1		0,3	71,4
Summe Finanzinstrumente	14.220,5		5.149,0	19.369,5

** In den Forderungen an Kunden sind im Rahmen des Hedge-Accounting abgebildete Geschäfte mit einem Buchwert von 75,9 Mio. Euro enthalten.

*** Die Einlagen unserer Kunden dienen teilweise der Refinanzierung unserer Handelsbereiche.

Aktiva per 31.12.2014 in Mio. €					
Bewertungsklasse	Zu (fortgeführten) Anschaffungskosten		Zum Fair Value		Summe
Bewertungskategorie	Loans and Receivables	Sonstige finanzielle Vermögenswerte	Held for Trading	Available for Sale-Bestand	
Barreserve	0,0	616,4	0,0	0,0	616,4
Forderungen an Kreditinstitute**	1.494,6	0,0	0,0	0,0	1.496,6
Forderungen an Kunden**	6.509,5	0,0	0,0	0,0	6.509,5
Handelsaktiva	0,0	0,0	7.327,8	0,0	7.327,8
Finanzanlagen**	0,0	35,2	0,0	5.821,3	5.856,5
Sonstige Finanzinstrumente	0,9	53,5	0,0	0,0	54,4
Summe Finanzinstrumente**	8.005,0	705,1	7.327,8	5.821,3	21.859,2

Passiva per 31.12.2014 in Mio. €				
Bewertungsklasse	Zu fortgeführten Anschaffungskosten		Zum Fair Value	Summe
Bewertungskategorie	Sonstige Verbindlichkeiten		Held for Trading	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	875,3		0,0	875,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden*	13.093,9		0,0	13.093,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	10,0		0,0	10,0
Handelspassiva	0,0		5.424,5	5.424,5
Nachrangkapital**	458,2		0,0	458,2
Sonstige Finanzinstrumente**	54,0		0,0	54,0
Summe Finanzinstrumente**	14.491,4		5.424,5	19.915,9

* Die Einlagen unserer Kunden dienen teilweise der internen Refinanzierung unserer Handelsbereiche.

** Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

56 Restlaufzeiten der Finanzinstrumente

Die Restlaufzeiten der nicht derivativen Finanzinstrumente ergeben sich wie folgt:

in Mio. €		< 1 Mon.	1–3 Mon.	3–12 Mon.	12 Mon.– 4 J.	> 4 J.	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute	31.12.2015	664,9	326,3	276	161,4	6,1	1.186,3
	31.12.2014	1.062,0	170,3	260,5	1,8	0,0	1.494,6
Forderungen an Kunden	31.12.2015	2.896,4	319,1	721,9	2.896,6	1.014,0	7.848,0
	31.12.2014	2.502,6	588,7	750,9	1.384,4	1.282,9	6.509,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und handelbare Forderungen der Handels- aktiva	31.12.2015	137,6	46,3	131,5	312,8	2.026,2	2.654,4
	31.12.2014	178,4	68,8	88,5	524,6	1.852,3	2.712,6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und Schuldscheindarlehen der Finanz- anlagen	31.12.2015	236,8	95,7	788,4	2.351,7	2.067,8	5.540,4
	31.12.2014	271,0	31,4	173,8	2.461,5	2.652,5	5.590,2
Insgesamt	31.12.2015	3.935,7	787,4	1.669,4	5.722,5	5.114,1	17.229,1
	31.12.2014	4.014,0	859,2	1.273,7	4.372,3	5.787,7	16.306,9

in Mio. €		< 1 Mon.	1–3 Mon.	3–12 Mon.	12 Mon.– 4 J.	> 4 J.	Gesamt
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	31.12.2015	570,0	0,0	0,0	88,4	94,0	752,4
	31.12.2014	786,0	5,0	0,0	17,7	66,6	875,3
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	31.12.2015	12.252,1	332,9	286,3	53,2	4,3	12.928,8
	31.12.2014	12.438,5	230,1	253,8	142,1	29,4	13.093,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	31.12.2015	0,0	0,0	0,0	10,0	0,0	10,0
	31.12.2014	0,0	0,0	0,0	10,0	0,0	10,0
Schuldscheindarlehen, Schuld- verschreibungen, Zertifikate und Optionsscheine der Handelspassiva	31.12.2015	343,9	212,1	832,7	395,2	919,8	2.703,7
	31.12.2014	326,4	124,9	682,6	469,4	1.115,9	2.719,2
Nachrangkapital*	31.12.2015	0,1	0,3	44,6	88,3	324,9	458,2
	31.12.2014	0,0	0,0	10,0	99,2	349,0	458,2
Insgesamt	31.12.2015	13.166,1	545,3	1.163,6	635,1	1.343,0	16.853,1
	31.12.2014	13.550,9	360,0	946,4	738,4	1.560,9	17.156,6

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

57 Fair Value der Finanzinstrumente

Der Fair Value gemäß IFRS ist der Preis, der bei der Veräußerung eines Vermögenswerts oder bei der Übertragung einer Verbindlichkeit im Rahmen einer gewöhnlichen Transaktion zwischen Marktteilnehmern am Bewertungsstichtag erhalten beziehungsweise gezahlt würde. Somit basiert das Fair Value-Konzept auf einer hypothetischen Transaktion am Bewertungsstichtag. Aufgrund der Orientierung an repräsentativen Marktteilnehmern ist von unternehmensindividuellen Annahmen bei der Fair Value-Bewertung zu abstrahieren. Nach der Festlegung des Bewertungsobjekts, das einem einzelnen finanziellen Vermögenswert beziehungsweise einer einzelnen finanziellen Verbindlichkeit entspricht, erfolgt die Bestimmung des Hauptmarkts. Dieser entspricht dem Markt mit dem größten Handelsvolumen und der höchsten Marktaktivität für das Bewertungsobjekt. Bei der Bestimmung des Hauptmarkts sind alle Informationen berücksichtigt, die ohne unverhältnismäßigen Aufwand zugänglich sind. Bei der Auswahl geeigneter Bewertungsverfahren und -methoden sind möglichst viele relevante beobachtbare Inputfaktoren berücksichtigt. Anhand der Herkunft der verwendeten Inputfaktoren werden in der Fair Value-Hierarchie drei Levels unterschieden.

Die drei vom IFRS 13 vorgesehenen Fair Value-Levels lassen sich anhand der für die Bewertung verwendeten Inputfaktoren unterscheiden.

Sofern die Bewertung anhand von nicht angepassten quotierten Preisen auf aktiven Märkten für identische Finanzinstrumente basiert, erfolgt die Zuordnung zu Level 1.

Eine Zuordnung zu Level 2 ergibt sich, wenn direkt oder indirekt am Markt beobachtbare Inputfaktoren in die Bewertung eingehen, die nicht Level 1 zuzuordnen sind. Eine Einstufung des gesamten Fair Value in Level 2 setzt voraus, dass alle signifikanten Inputfaktoren für das Bewertungsverfahren beobachtbar sind.

Eine Klassifizierung in Level 3 wird vorgenommen, falls wesentliche nicht am Markt beobachtbare Parameter in die Bewertung eingehen.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für die in signifikantem Umfang Managemententscheidungen erforderlich sind, werden identifiziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet.

Für die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind nur in geringem Umfang Einschätzungen des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstrumente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter aus aktiven Märkten stammen.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzung durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen zumindest ein wesentlicher Eingangsparameter nicht beobachtbar ist. Die Auswahl und die Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management.

Wertanpassungen sind ein integraler Bestandteil des Prozesses zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts, bei dem Einschätzungen getroffen werden müssen. Wertanpassungen des beizulegenden Zeitwerts (Fair Value) werden im HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern vorgenommen, wenn es wertbeeinflussende Sachverhalte gibt, von denen Marktteilnehmer erwarten würden, dass diese in die Fair Value-Ermittlung einbezogen wurden, die aber nicht unmittelbar im Bewertungsmodell berücksichtigt sind. Für die Ermittlung angemessener Wertanpassungen wendet der Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Geld-/Briefspannen, Liquidität, Kontrahentenrisiko, eigenes Kredit- oder Finanzierungsrisiko berücksichtigen. Die Ermittlung dieser Wertanpassungen erfolgt nicht auf Einzelgeschäfts-, sondern gemäß Steuerungskreis auf Nettobasis.

Wertanpassungen des beizulegenden Zeitwerts zur Berücksichtigung von Kontrahentenrisiken (Credit Valuation Adjustment, CVA), nehmen wir bei OTC-Derivaten vor, um die Wahrscheinlichkeit des Ausfalls unseres Vertragspartners zu berücksichtigen.

Wertanpassungen des beizulegenden Zeitwerts zur Berücksichtigung des Risikos, dass HSBC Trinkaus & Burkhardt als Vertragspartner ausfällt (Debit Valuation Adjustment, DVA), nehmen wir ebenfalls bei OTC-Derivaten vor, um die Wahrscheinlichkeit des eigenen Ausfalls zu berücksichtigen.

Refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassungen (Funding Fair Value Adjustments, FFVA) sind notwendig, um die vom Markt implizierten Finanzierungskosten bei der Bewertung der nicht besicherten derivativen Positionen zum beizulegenden Zeitwert zu berücksichtigen.

Wesentliche Bewertungsfragen werden im Valuation Committee der Bank behandelt.

Der Bereich Risk Control ist unter anderem für die Fair Value-Bewertungen von Finanzinstrumenten verantwortlich und berichtet in diesem Zusammenhang an den Chief Financial Officer.

Risk Control führt dabei folgende Kontrollen durch:

- Verifizierung von beobachtbaren Preisen
- Plausibilisierung von Modellbewertungen
- Überprüfung und Freigabe neuer Bewertungsmodelle und von Veränderungen bestehender Modelle
- Anpassung an veränderte Inputfaktoren und Gegenüberstellung von Modellergebnissen und beobachtbaren Markttransaktionen
- Analyse und Untersuchung wesentlicher Bewertungsschwankungen
- Verifizierung signifikanter nicht am Markt beobachtbarer Faktoren sowie Plausibilisierung wesentlicher Veränderungen in der Bewertung der als Level 3 klassifizierten Instrumente

Für von Dritten bereitgestellte Informationen, wie Preisangebote oder Pricing-Services, die zur Preisfindung herangezogen werden, wird von dem Bereich Risk Control eine Beurteilung vorgenommen, ob solche externen Informationen die qualitativen Anforderungen erfüllen.

Im Vergleich zum 31. Dezember 2014 gab es keine wesentlichen Änderungen der bestehenden Bewertungsverfahren.

ANHANG III

Aus den nachfolgenden Übersichten ergibt sich die Zuordnung der zum Fair Value bewerteten Posten zu den Fair Value-Levels.

31.12.2015 in Mio. €	Level 1	Level 2	Level 3	Zu Anschaffungskosten bewertet	Gesamt
Handelsaktiva	1.504,1	4.393,5	32,9	0,0	5.930,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,0	1.725,2	0,0	0,0	1.725,2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.129,8	0,0	32,1	0,0	1.161,9
Handelbare Forderungen	0,0	929,2	0,0	0,0	929,2
Positive Marktwerte Derivate	374,3	1.738,0	0,8	0,0	2.113,1
davon zinsbezogene Geschäfte	0,0	953,9	0,8	0,0	954,7
davon währungsbezogene Geschäfte	0,0	770,0	0,0	0,0	770,0
davon aktien-/indexbezogene Geschäfte	374,3	2,9	0,0	0,0	377,2
davon rohwarenbezogene Geschäfte	0,0	11,2	0,0	0,0	11,2
Derivate des Bankbuchs	0,0	1,1	0,0	0,0	1,1
Finanzanlagen	96,5	5.547,3	29,1	15,7	5.688,6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,0	5.384,6	6,2	0,0	5.390,8
Investmentanteile	64,8	0,0	0,0	0,0	64,8
Schuldscheindarlehen	0,0	149,6	0,0	0,0	149,6
Beteiligungen	31,7	13,1	22,9	15,7	83,4
Handelspassiva	694,8	4.364,6	89,3	0,0	5.148,7
Schuldscheindarlehen, Schuldverschreibungen, Zertifikate und Optionsscheine	0,0	2.625,0	78,7	0,0	2.703,7
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	17,2	0,0	0,0	0,0	17,2
Negative Marktwerte Derivate	677,6	1.621,6	10,6	0,0	2.309,8
davon zinsbezogene Geschäfte	0,0	854,2	0,0	0,0	854,2
davon währungsbezogene Geschäfte	0,0	750,8	0,0	0,0	750,8
davon aktien-/indexbezogene Geschäfte	677,6	5,4	10,6	0,0	693,6
davon rohwarenbezogene Geschäfte	0,0	11,2	0,0	0,0	11,2
Derivate in Sicherungsbeziehungen	0,0	114,0	0,0	0,0	114,0
Derivate des Bankbuchs	0,0	4,0	0,0	0,0	4,0

ANHANG III

31.12.2014 in Mio. €	Level 1	Level 2	Level 3	Zu Anschaffungskosten bewertet	Gesamt
Handelsaktiva	2.617,1	4.674,5	36,2	0,0	7.327,8
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,0	2.155,0	0,0	0,0	2.155,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.836,2	0,0	36,1	0,0	1.872,3
Handelbare Forderungen	0,0	557,6	0,0	0,0	557,6
Positive Marktwerte Derivate	780,9	1.961,9	0,1	0,0	2.742,9
davon zinsbezogene Geschäfte	0,0	1.171,1	0,0	0,0	1.171,1
davon währungsbezogene Geschäfte	0,0	749,3	0,1	0,0	749,4
davon aktien-/indexbezogene Geschäfte	780,6	39,0	0,0	0,0	819,6
davon rohwarenbezogene Geschäfte	0,3	2,5	0,0	0,0	2,8
Derivate in Sicherungsbeziehungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen*	201,6	5.598,4	21,3	35,2	5.856,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,0	5.375,5	0,0	0,0	5.375,5
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere*	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investmentanteile	170,1	0,0	0,0	0,0	170,1
Schuldscheindarlehen	0,0	214,7	0,0	0,0	214,7
Beteiligungen*	31,5	8,2	21,3	35,2	96,2
Handelspassiva	630,5	4.710,6	83,4	0,0	5.424,5
Schuldscheindarlehen, Schuldverschreibungen, Zertifikate und Optionsscheine	0,0	2.645,8	73,4	0,0	2.719,2
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	6,9	0,0	0,0	0,0	6,9
Negative Marktwerte Derivate	623,6	1.944,5	10,0	0,0	2.578,1
davon zinsbezogene Geschäfte	0,0	1.160,4	0,0	0,0	1.160,4
davon währungsbezogene Geschäfte	0,0	737,4	0,1	0,0	737,5
davon aktien-/indexbezogene Geschäfte	623,3	44,2	9,9	0,0	677,4
davon rohwarenbezogene Geschäfte	0,3	2,5	0,0	0,0	2,8
Derivate in Sicherungsbeziehungen	0,0	115,1	0,0	0,0	115,1
Derivate des Bankbuchs	0,0	5,2	0,0	0,0	5,2

* Vorjahreswerte angepasst. Im Vergleich zur Darstellung im Vorjahr haben wir eine korrigierende Anpassung zwischen Level 3 und zu Anschaffungskosten bewerteten Beständen in Höhe von 0,2 Mio. Euro vorgenommen. Die weiteren Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

Produktklasse	Produkt	Bewertungsmodell	Wesentliche Bewertungsparameter
Aktienprodukte	Terminkontrakte	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze
	Europ. Plain Vanilla-Optionen	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen
	Amerik. Plain Vanilla-Optionen	Finite Differenzen	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen
	Europ. Quanto-Optionen	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen, Korrelationen
	Amerik. Quanto-Optionen	Finite Differenzen	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen, Korrelationen
	Barrier-Optionen	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen
	Asiatische Optionen	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen
	Multi Underlying-Optionen	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen, Korrelationen
	Knock-Out-Zertifikate	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Dividendenzahlungen
	Index-Zertifikate	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Dividendenzahlungen
	Discount-Zertifikate	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen, Korrelationen
	Bonus-Zertifikate	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen, Korrelationen
	Express-Zertifikate	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen
Zinsprodukte	Plain Vanilla-Swaps	Barwertmethode	Zinssätze
	Exotische Swaps	Analytische Formel	Zinssätze, Volatilitäten
	Plain Vanilla-Swaptions	Analytische Formel	Zinssätze, Volatilitäten
	Exotische Swaptions	Baummodell	Zinssätze, Volatilitäten
	Plain Vanilla Caps, Floors, Collars	Black-Scholes	Zinssätze, Volatilitäten
	Terminkontrakte	Barwertmethode	Zinssätze
	Knock-Out-Zertifikate	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze
Währungsprodukte	Plain Vanilla-Optionen	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten
	Exotische Optionen	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Korrelationen
	Devisentermingeschäfte	Barwertmethode	Preis des Basiswerts, Zinssätze
	FX Swaps	Barwertmethode	Preis des Basiswerts, Zinssätze
	Knock-Out-Zertifikate	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze
Rohwarenprodukte	Plain Vanilla-Optionen	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten
	Exotische Optionen	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten

Aus der folgenden Übersicht ergeben sich die Bewertungsmodelle und -parameter für Derivate und Zertifikate (Level 2). Die Bewertung der sonstigen Geschäfte in Level 2 erfolgt mittels der Barwertmethode.

Der Fair Value einiger Finanzinstrumente wird anhand von Bewertungsmodellen berechnet, bei denen mindestens ein die Bewertung signifikant beeinflussender Parameter nicht am Markt beobachtet werden kann (Level 3). Zu diesen Instrumenten zählen unter anderem währungsgesicherte Zertifikate (Quanto-Zertifikate), da am Markt Parameter für die Korrelation zwischen dem Underlying und der Fremdwährung nicht quotiert werden, sowie Optionen, deren Bewertung wesentlich von im Markt nicht

beobachtbaren Volatilitäten abhängt. Darüber hinaus klassifizieren wir auch illiquide Eigenkapitalinvestments sowie Zertifikate, die illiquide Eigenkapitalinstrumente als Underlying haben, in Level 3. Finanzinstrumente, deren Bewertung anhand von Bewertungsmodellen erfolgt, bei denen jedoch die Ausfallwahrscheinlichkeit des Kontrahenten als wesentlicher Bewertungsparameter nicht am Markt beobachtbar ist, werden ebenfalls Level 3 zugeordnet.

	Fair Value (in Mio. €)	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne des Unsicherheits- intervalls (in Mio. €)	Bandbreiten der Schätzungen für nicht beobachtbare Inputfaktoren
31.12.2015					
Handelsaktiva					
Illiquide Eigenkapital- instrumente	32,1	Modifiziertes Sub- stanzwertverfahren	–	–1,6 bis 1,6	–5 bis 5 % Kursänderung
OTC-Derivate	0,8	Barwertmethode	Credit Spread	–0,2 bis 0,0	0 bis 149 % (92 %)
Finanzanlagen					
Illiquide Eigenkapital- instrumente	22,9	Modifiziertes Sub- stanzwertverfahren	–	–1,1 bis 1,1	–5 bis 5 % Kursänderung
Illiquide Fremd- kapitalinstrumente	6,2	Barwertmethode	Credit Spread	–0,2 bis 0,2	–10 bis 10 % Credit Spread-Änderung
Handelsspassiva					
Volatilitätsabhängige Optionen	42,6	Analytischer Black-Scholes-Ansatz	Volatilität	–0,1 bis 0,1	18 bis 43 % (29 %)
Private Equity- Zertifikate	32,1	Modifiziertes Sub- stanzwertverfahren	–	–1,6 bis 1,6	–5 bis 5 % Kursänderung
Währungsgesicherte Zertifikate	14,6	Analytischer Black-Scholes-Ansatz	Korrelation zwischen den Underlyings	0,0 bis 0,0	–73 bis 33 % (–18 %)

	Fair Value (in Mio. €)	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne des Unsicherheits- intervalls (in Mio. €)	Bandbreiten der Schätzungen für nicht beobachtbare Inputfaktoren
31.12.2014					
Handelsaktiva					
Illiquide Eigenkapital- instrumente	36,1	Modifiziertes Sub- stanzwertverfahren	–	–1,8 bis 1,8	–5 bis 5 % Kursänderung
Finanzanlagen					
Illiquide Eigenkapital- instrumente	21,3	Modifiziertes Sub- stanzwertverfahren	–	–1,1 bis 1,1	–5 bis 5 % Kursänderung
Handelsspassiva					
Volatilitätsabhängige Optionen	37,9	Analytischer Black-Scholes-Ansatz	Volatilität	0,0 bis 0,1	21 bis 28 % (24 %)
Private Equity- Zertifikate	36,0	Modifiziertes Sub- stanzwertverfahren	–	–1,8 bis 1,8	–5 bis 5 % Kursänderung
Währungsgesicherte Zertifikate	9,5	Analytischer Black-Scholes-Ansatz	Korrelation zwischen den Underlyings	–0,1 bis 0,1	–65 bis 26 % (–20 %)

Bei korrelationsabhängigen währungsgesicherten Zertifikaten, zu deren Bewertung eine nicht am Markt beobachtbare Korrelation benötigt wird, ermittelt sich die Spanne des Unsicherheitsintervalls durch das Shiften der geschätzten Korrelationen um +/- 10 %. Die Spanne des Unsicherheitsintervalls bei volatilitätsabhängigen Optionen ergibt sich aus dem Shift der Volatilität der Underlyings. Die Auslenkung der Volatilität beträgt bis zu +/- 2 %.

Bei nicht derivativen Finanzinstrumenten wird die Bandbreite der Schätzung durch eine Änderung des Credit Spreads um +/- 10 % ermittelt. Für die in den Handelsaktiva ausgewiesenen OTC-Derivate, bei denen die Ausfallwahrscheinlichkeit des Kontrahenten auf Basis interner Verfahren ermittelt wird, leiten wir die Spanne des Unsicherheitsintervalls durch einen Vergleich mit impliziten Ausfallwahrscheinlichkeiten ab.

Der Bestand der Level 3-Finanzinstrumente hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Handelspassiva
01.01.2015	36,2	21,3	83,4
Buchwertänderungen			
ergebniswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst	0,5	0,0	-1,0
ergebnisneutral im Eigenkapital erfasst	0,0	1,6	0,0
Käufe	0,0	0,0	4,0
Emissionen	0,0	0,0	16,7
Verkäufe	0,1	0,0	0,3
Fälligkeiten	4,5	0,0	13,4
Transfers in Level 3	0,8	6,2	0,0
Transfers aus Level 3	0,0	0,0	0,0
31.12.2015	32,9	29,1	89,3

in Mio. €	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Handelspassiva
01.01.2014	52,8	18,6	145,7
Buchwertänderungen			
ergebniswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst	-5,1	0,0	-5,6
ergebnisneutral im Eigenkapital erfasst	0,0	2,7	0,0
Käufe	0,0	0,0	0,2
Emissionen	0,0	0,0	8,5
Verkäufe	2,4	0,0	0,0
Fälligkeiten	9,1	0,0	65,4
Transfers in Level 3	0,0	0,0	0,0
Transfers aus Level 3	0,0	0,0	0,0
31.12.2014	36,2	21,3	83,4

Ein Transfer von Level 1 in Level 2 erfolgt, sofern quotierte Preise auf aktiven Märkten für identische Finanzinstrumente nicht mehr vorliegen. Ein solcher Transfer ist zum Beispiel erforderlich, wenn die Marktaktivität in dem jeweiligen Finanzinstrument zurückgegangen ist. Sofern mindestens ein signifikanter Marktparameter bei der Bewertung in Level 2 nicht mehr beobachtbar ist, erfolgt ein Transfer von Level 2 in Level 3.

In der Berichtsperiode wurden weder Level 1-Instrumente in Level 2 umklassifiziert noch wurden Level 2-Instrumente in Level 1 transferiert.

Im Geschäftsjahr wurden Level 2-Instrumente in Höhe von insgesamt 7,0 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro) in Level 3 umklassifiziert.

Aufgrund der kurzen Laufzeiten beziehungsweise Zinsbindungsfristen für große Teile der finanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten im Geschäft mit Kunden und Kreditinstituten ist bei diesen Posten der Unterschied zwischen Fair Value und Buchwert häufig unwesentlich. Die Unterschiede zwischen Buchwerten und Fair Values ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

in Mio. €	31.12.2015		31.12.2014	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Aktiva				
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)*	1.186,5	1.187,1	1.494,8	1.506,5
Forderungen an Kunden (brutto)*	7.876,2	7.897,0	6.538,9	6.525,3
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	752,4	752,5	875,3	875,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	12.928,8	12.938,1	13.093,9	13.109,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	10,0	10,4	10,0	10,8
Nachrangkapital*	458,2	495,2	458,2	490,9

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.

Die Ermittlung der Fair Values für diese Positionen erfolgt mittels der Barwertmethode. Da die Credit Spread-Veränderungen am Markt für diese Positionen regelmäßig nicht beobachtbar sind, erfolgt eine Klassifizierung in Level 3. Die Eventualverbindlichkeiten betragen 2.310,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2.042,4 Mio. Euro) und die unwiderruflichen Kreditzusagen 8.769,6 Mio. Euro (Vorjahr: 8.067,7 Mio. Euro).

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Finanzinstrumente, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt

und deren beizulegender Zeitwert mit den marktüblichen Bewertungsmodellen nicht verlässlich ermittelt werden kann. Die Bewertung dieser Finanzinstrumente orientiert sich an den Anschaffungskosten unter Einbeziehung gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Anteile an Personengesellschaften oder nicht börsennotierten Kapitalgesellschaften.

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
	Buchwert	Buchwert
Anteile an Personengesellschaften	7,7	11,4
Anteile an – nicht börsennotierten – Kapitalgesellschaften	8,0	23,8
Insgesamt	15,7	35,2

Der Rückgang der Anteile resultiert im Wesentlichen aus Kapitalrückzahlungen. Anteile an diesen Gesellschaften wurden wie im Vorjahr nicht veräußert. Derzeit sind auch keine Veräußerungen vorgesehen.

58 Day-1 Profit or Loss

Ein Day-1 Profit or Loss kann für Finanzinstrumente im Handel entstehen, deren Bewertung mit einem internen Modell erfolgt, wobei aber mindestens ein wesentlicher

Bewertungsparameter am Markt nicht beobachtbar ist. Der Day-1 Profit or Loss wird als Differenz des theoretischen Preises zum tatsächlich gehandelten Preis ermittelt.

Der Day-1 Profit or Loss hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

in Mio. €	2015	2014
Stand 01.01.	0,4	1,8
Neugeschäft	0,1	0,1
Erfolgswirksam vereinnahmter Day-1 Profit or Loss	-0,2	-1,5
davon Schließen von Positionen	-0,1	-1,4
davon fällig gewordene Transaktionen	-0,1	-0,1
davon beobachtbar gewordene Marktparameter	0,0	0,0
Stand 31.12.	0,3	0,4

59 Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Die aufrechenbaren finanziellen Vermögenswerte oder solche, die einer durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarung beziehungsweise einer ähnlichen Vereinbarung unterliegen, ergeben sich wie folgt:

		In der Bilanz nicht aufgerechnete Beträge					
in Mio. €		Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	In der Bilanz ausgewiesene finanzielle Vermögenswerte (netto)	Finanzinstrumente	Barsicherheiten	Nettobetrag
31.12.2015	Derivate	2.114,2	0,0	2.114,2	1.215,1	119,8	779,3
31.12.2014	Derivate	2.742,9	0,0	2.742,9	1.264,4	122,0	1.356,5

Die aufrechenbaren finanziellen Verbindlichkeiten oder solche, die einer durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarung beziehungsweise einer ähnlichen Vereinbarung unterliegen, ergeben sich wie folgt:

		In der Bilanz nicht aufgerechnete Beträge					
in Mio. €		Finanzielle Verbindlichkeiten (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	In der Bilanz ausgewiesene finanzielle Verbindlichkeiten (netto)	Finanzinstrumente	Barsicherheiten	Nettobetrag
31.12.2015	Derivate	2.427,8	0,0	2.427,8	1.215,1	137,8	1.074,9
31.12.2014	Derivate	2.698,4	0,0	2.698,4	1.264,4	315,0	1.119,0

Forderungen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit unseren Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäften haben wir nicht aufgerechnet (vgl. Note 32).

60 Bestände in Fremdwährung

Zum 31. Dezember 2015 betragen die auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände 2.893,7 Mio. Euro (Vorjahr: 2.449,4 Mio. Euro) und die entsprechenden Verbindlichkeiten 3.359,1 Mio. Euro (Vorjahr: 2.193,4 Mio. Euro). US-Dollar-Forderungen und -Verbindlichkeiten haben wie im Vorjahr jeweils den größten Einzelanteil.

61 Derivategeschäfte

Die derivativen Finanzinstrumente setzen wir im Wesentlichen im Kundengeschäft ein; dadurch entstehende offene Positionen versuchen wir mittels individueller Einschätzung der Marktentwicklung gewinnbringend umzusetzen. Die Darstellung des Geschäfts mit Derivaten gemäß § 36 der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute folgt den Empfehlungen des Ausschusses für Bilanzierung des Bundesverbands deutscher Banken e.V. Gemäß inter-

nationalem Standard stellen die angegebenen Marktwerte die auf die Handelsaktivitäten entfallenden Wiederbeschaffungskosten dar, die bei einem Ausfall aller Kontrahenten entstehen können. Durchsetzbare Netting-

Vereinbarungen bleiben unberücksichtigt. Da bei börsengehandelten Derivaten Adressenausfallrisiken nicht existieren, sind die hierauf entfallenden Marktwerte nicht in die Tabelle für die Marktwerte der Derivate eingegangen.

Gliederung des Derivategeschäfts nach Nominalbeträgen

in Mio. €		Nominalbeträge mit einer Restlaufzeit			Nominalbeträge	
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis zu 5 Jahren	über 5 Jahre	Summe 2015	Summe 2014
OTC-Produkte	FRA's	0,0	18,5	0,0	18,5	0,0
	Zins-Swaps	3.812,7	9.525,9	6.436,0	19.774,6	23.237,3
	Zinsoptionen	292,6	1.565,1	624,1	2.481,8	2.578,4
	Termingeschäfte	591,5	742,7	0,0	1.334,2	1.226,7
Börsenprodukte	Zins-Futures	1.638,3	0,0	0,0	1.638,3	2.625,4
	Zinsoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	768,4
Zinsbezogene Geschäfte		6.335,1	11.852,2	7.060,1	25.247,4	30.436,1
OTC-Produkte	Devisentermingeschäfte	39.804,3	2.633,4	0,0	42.437,7	34.595,1
	Cross Currency Swaps	88,7	211,7	182,3	482,7	293,9
	Devisenoptionen	3.508,5	1.173,5	0,0	4.682,0	3.430,6
Währungsbezogene Geschäfte		43.401,5	4.018,6	182,3	47.602,4	38.319,6
OTC-Produkte	Termingeschäfte	71,3	47,1	0,0	118,4	10,2
	Optionen	39,7	0,0	0,0	39,7	53,3
Rohstoffbezogene Geschäfte		111,0	47,1	0,0	158,1	63,5
OTC-Produkte	Termingeschäfte	0,0	0,0	0,0	0,0	1,4
	Aktien-/Index-Optionen	21,5	9,7	0,0	31,2	80,2
	Equity Swaps	4,7	41,8	13,7	60,2	55,4
Börsenprodukte	Aktien-/Index-Futures	800,6	0,0	0,0	800,6	1.529,3
	Aktien-/Index-Optionen	7.083,1	3,2	0,0	7.086,3	6.942,2
Aktien-/indexbezogene Geschäfte		7.909,9	54,7	13,7	7.978,3	8.608,5
Finanzderivate insgesamt		57.757,5	15.972,6	7.256,1	80.986,2	77.427,7

Gliederung des Derivategeschäfts nach Marktwerten

in Mio. €		Positive Marktwerte mit einer Restlaufzeit			Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis zu 5 Jahren	über 5 Jahre	Summe 2015	Summe 2014	Summe 2015	Summe 2014
OTC-Produkte	Zins-Swaps	7,7	217,0	620,9	845,6	1.028,3	839,1	1.060,8
	Zinsoptionen	0,0	18,7	1,0	19,7	41,0	30,7	45,2
	Termingeschäfte	27,1	62,1	0,0	89,2	101,8	102,4	169,5
Zinsbezogene Geschäfte		34,8	297,8	621,9	954,5	1.171,1	972,2	1.275,5
OTC-Produkte	Devisentermingeschäfte	485,4	194,9	0,0	680,3	697,8	659,9	689,7
	Cross Currency Swaps	11,2	26,9	13,8	51,9	16,9	51,8	17,0
	Devisenoptionen	25,2	13,9	0,0	39,1	34,7	39,1	36,1
Währungsbezogene Geschäfte		521,8	235,7	13,8	771,3	749,4	750,8	742,8
OTC-Produkte	Termingeschäfte	3,3	3,1	0,0	6,4	0,3	6,4	0,3
	Optionen	4,8	0,0	0,0	4,8	2,5	4,8	2,5
Rohstoffbezogene Geschäfte		8,1	3,1	0,0	11,2	2,8	11,2	2,8
OTC-Produkte	Termingeschäfte	0,0	0,0	0,0	0,0	3,5	0,0	1,2
	Aktien-/Index-Optionen	2,8	0,0	0,0	2,8	0,9	11,5	51,3
	Equity Swaps	0,0	0,1	0,0	0,1	0,9	4,5	1,5
Aktien-/indexbezogene Geschäfte		2,8	0,1	0,0	2,9	5,3	16,0	54,0
Finanzderivate insgesamt		567,5	536,7	635,7	1.739,9	1.928,6	1.750,2	2.075,1

Sicherungsinstrumente

Die Bank verwendet Derivate (Zins-Swaps) auch zur Absicherung von Marktzinsrisiken bei Anleihen und Krediten im Rahmen des Hedge Accountings. Aus diesen

Sicherungsbeziehungen resultieren zum 31. Dezember 2015 positive Marktwerte in Höhe von 0,0 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro) und negative Marktwerte in Höhe von 114,0 Mio. Euro (Vorjahr: 115,1 Mio. Euro).

Das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen ergibt sich wie folgt:

Gewinne und Verluste in Mio. €	2015	2014
Aus Sicherungsinstrumenten	10,9	-69,7
Aus Grundgeschäften	-10,3	68,2

62 Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	2.310,9	2.042,4
Unwiderrufliche Kreditzusagen	8.769,6	8.067,7
Insgesamt	11.080,5	10.110,1

Der Konzern übernimmt generell im Auftrag seiner Kunden Eventualverbindlichkeiten, die sich im Wesentlichen aus Finanzgarantien und Akkreditiven zusammensetzen. Gemäß diesen Verträgen ist der Konzern verpflichtet, entweder einer Vereinbarung entsprechend zu handeln oder Zahlungen an einen Begünstigten zu leisten, wenn ein Dritter seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der Konzern

kann nicht im Detail wissen, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme aus diesen Haftungsverhältnissen erfolgt.

Die Restlaufzeiten der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen stellen sich wie folgt dar:

in Mio. €	31.12.2015		31.12.2014	
	Eventualverbindlichkeiten	Unwiderrufliche Kreditzusagen	Eventualverbindlichkeiten	Unwiderrufliche Kreditzusagen
< 1 Monat	552,0	156,7	487,9	102,9
1–3 Monate	210,7	170,6	186,2	403,0
3–12 Monate	734,1	862,9	648,8	1.568,9
12 Monate–5 Jahre	718,1	7.219,3	634,7	5.941,2
> 5 Jahre	96,0	360,3	84,8	51,7
Insgesamt	2.310,9	8.769,6	2.042,4	8.067,7

Die Verpflichtungen aus Leasingverträgen (inklusive Miet- und Pachtverträgen) betragen zum Bilanzstichtag 58,1 Mio. Euro (Vorjahr: 69,8 Mio. Euro).

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Bis 1 Jahr	18,8	19,3
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	35,3	39,4
Über 5 Jahre	4,0	11,1
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen insgesamt	58,1	69,8

Die Bank hat die Evidenzzentrale für Kartenzahlungen sowie den Aufbau und den Betrieb einer Kontenevidenzzentrale nach § 24 c KWG an externe Dritte ausgelagert. Die ausgelagerten Bereiche nehmen keinen wesentlichen Einfluss auf die Finanzlage der Bank. Im Zusammenhang mit der 2015 eingeführten EU-weiten Bankenabgabe hat die Bank ihre Zahlungsverpflichtung in Teilen beglichen (Barzahlungsverpflichtung). Darüber hinaus besteht eine unwiderrufliche Zahlungsverpflichtung gegenüber der FMSA in Höhe von 2,0 Mio. Euro.

Die Haftsummen aus Anteilen an Genossenschaften betragen insgesamt 0,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,2 Mio. Euro).

Am 31. Dezember 2015 bestehen keine wesentlichen Rechtsstreitigkeiten und damit verbundenen Prozessrisiken.

63 Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Für Geschäfte an Terminbörsen und für Wertpapierleihegeschäfte wurden Wertpapiere in Höhe von 749,6 Mio. Euro (Vorjahr: 780,0 Mio. Euro) als Sicherheit hinterlegt. Die Bank hat im Zusammenhang mit einem längerfristigen Refinanzierungsgeschäft der Zentralbank Sicherheiten in Höhe von 10 Mio. Euro (Vorjahr: 10 Mio. Euro) gestellt. Darüber hinaus dient die unter den Sonstigen Aktiva ausgewiesene Immobilie aus einem konsolidierten geschlossenen Immobilienfonds als Sicherheit für die Refinanzierung. Im Förderkreditgeschäft dienen For-

derungen in Höhe von 98,1 Mio. Euro als Absicherung der Refinanzierung, die die Förderbanken zur Verfügung stellen. Im Zusammenhang mit der Bankenabgabe hat die Bank Barsicherheiten gegenüber der FMSA in Höhe von 2,0 Mio. Euro gestellt.

Zur Besicherung von Spitzenrefinanzierungsfazilitäten standen zum Bilanzstichtag Finanzinstrumente in Höhe von 3.987,3 Mio. Euro (Vorjahr: 2.954,9 Mio. Euro) zur Verfügung.

64 Treuhandgeschäfte

Als Indikator für das Ausmaß einer potenziellen Haftung aus den nicht in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäften der Bank zeigt die nachfolgende Tabelle das Volumen der treuhänderischen Geschäftstätigkeit:

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Treuhandvermögen	126,7	137,2
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0
Beteiligungen	126,7	137,2
Treuhandverbindlichkeiten	126,7	137,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	126,7	137,2

65 Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG stellt sich wie folgt dar:

Gesellschaft	Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital in %	Eigenkapital der Gesellschaft in Tsd. €	Jahresergebnis 2015 in Tsd. €
Banken und banknahe Gesellschaften				
HSBC Trinkaus & Burkhardt Gesellschaft für Bankbeteiligungen mbH	Düsseldorf	100,0	117.747	0*
HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A.	Luxemburg	100,0	87.145	-1.516
Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	39.000	0*
HSBC INKA Investment-AG TGV**	Düsseldorf	100,0	1.902	-3
HSBC Transaction Services GmbH	Düsseldorf	100,0	15.000	0*
HSBC Trinkaus Family Office GmbH	Düsseldorf	100,0	25	0*
HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH	Düsseldorf	100,0	5.001	0*
HSBC Global Asset Management (Österreich) GmbH***	Wien	100,0	385	25
HSBC Global Asset Management (Switzerland) AG****	Zürich	50,0	1.511	370
Gesellschaften mit Sonderauftrag				
HSBC Trinkaus Real Estate GmbH	Düsseldorf	100,0	167	0*
HSBC Trinkaus Immobilien Beteiligungs-KG	Düsseldorf	100,0	3.010	744
Trinkaus Europa Immobilien-Fonds Nr. 3 GmbH	Düsseldorf	100,0	55	4
HSBC Trinkaus Europa Immobilien-Fonds Nr. 5 GmbH	Düsseldorf	100,0	30	5
Trinkaus Canada 1 GP Ltd.***	Toronto	100,0	25	-4
Trinkaus Australien Immobilien-Fonds Nr. 1 Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	30	5
Trinkaus Immobilien-Fonds Verwaltungs-GmbH	Düsseldorf	100,0	40	15
Trinkaus Immobilien-Fonds Geschäftsführungs-GmbH	Düsseldorf	100,0	23	-1
Gesellschaft für industrielle Beteiligungen und Finanzierungen mbH	Düsseldorf	100,0	500	0*
Trinkaus Private Equity Management GmbH	Düsseldorf	100,0	1.172	1.145
Grundstücksgesellschaften				
Grundstücksgesellschaft Trinkausstraße KG	Düsseldorf	100,0	1.584	1.127
Sonstige Gesellschaften				
HSBC Trinkaus Consult GmbH	Düsseldorf	100,0	258	-2
Trinkaus Private Equity Verwaltungs GmbH	Düsseldorf	100,0	32	7

* Ergebnisabführungsvertrag

** Unternehmensaktien

*** Werte per 31.12.2014

**** at equity bilanziert

Darüber hinaus hält die Bank 24,9 % an der sino AG, Düsseldorf. Zum 30. September 2014 betrug das Eigenkapital der Gesellschaft 3.946 Tsd. Euro und das Jahresergebnis 522 Tsd. Euro.

Zum Stichtag bestanden keine für den Konzern wesentlichen Anteile ohne beherrschenden Einfluss.

In Bezug auf die Fähigkeit des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns zum Zugang oder der Nutzung von Vermögenswerten sowie der Begleichung von Verbindlichkeiten von Konzerneinheiten liegen keinerlei maßgebliche Beschränkungen vor.

66 Beziehungen zu nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Bei strukturierten Einheiten handelt es sich um solche, bei denen nicht die Stimmrechte der dominierende Faktor für die Beurteilung der Beherrschung sind. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn Stimmrechte sich nur auf administrative Aufgaben beziehen und die relevanten Aktivitäten durch vertragliche Vereinbarungen gesteuert werden.

Eine strukturierte Einheit weist in der Regel beschränkte Aktivitäten sowie einen engen und genau definierten Unternehmenszweck auf.

Strukturierte Einheiten dienen im HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern dazu, Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögenswerten zu bieten. Sie können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften sowie als Fonds gegründet werden. Dazu gehören im Wesentlichen Immobilienfonds, Private Equity-Fonds sowie Wertpapierfonds. Konzerngesellschaften können die Funktion eines Fondsmanagers, eines Treuhänders oder andere Funktionen ausüben. Darüber hinaus investiert der Konzern in Fonds, die von Dritten aufgelegt wurden.

Strukturierte Einheiten werden im HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern dann konsolidiert, wenn die Beziehung zwischen dem Konzern und der strukturierten Einheit zeigt, dass diese vom Konzern beherrscht wird.

Die strukturierten Unternehmen, die Gegenstand dieser Anhangangabe sind, werden nicht konsolidiert, weil der Konzern keine Beherrschung ausübt.

Der Konzern erzielt Einnahmen aus Management-Vergütungen sowie Erfolgsbeteiligungen für erbrachte Leistungen. Darüber hinaus werden Dividenden und Zinserträge durch die Finanzierung von Teilen der strukturierten Einheiten erzielt.

Die Erträge und Aufwendungen von nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen zum 31. Dezember 2015 lassen sich wie folgt aufgliedern:

31.12.2015 in Mio. €	Wertpapierfonds	Private Equity-Fonds	Immobilienfonds
Ergebnis aus nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen			
Zinsüberschuss	1,8	5,0	2,5
Provisionsüberschuss	0,0	0,0	0,0
Sonstiges Ergebnis	0,0	0,0	-6,2

31.12.2014 in Mio. €	Wertpapierfonds	Private Equity-Fonds	Immobilienfonds
Ergebnis aus nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen			
Zinsüberschuss	1,8	3,2	3,4
Provisionsüberschuss	0,0	0,0	0,0
Sonstiges Ergebnis	0,0	0,0	-10,8

Als maximales Ausfallrisiko wird der höchstmögliche Verlust aus den Beziehungen zu den strukturierten Unternehmen verstanden. Das maximale Verlustrisiko aus Vermögenswerten gegenüber nicht konsolidierten strukturierten Einheiten entspricht den aktuellen Buchwerten dieser Positionen nach Risikovorsorge. Für Finanzgarantien und Kreditzusagen ist das maximale Ausfallrisiko der Nominalwert der Zusage. Erhaltene Sicherheiten und andere Risikoreduzierungstechniken werden dabei nicht berücksichtigt.

Die folgenden Tabellen zeigen nach Art der strukturierten Unternehmen (Wertpapierfonds, Private Equity-Fonds und Immobilienfonds) die Buchwerte der Vermögenswerte, das maximale Ausfallrisiko, den Umfang der strukturierten Unternehmen sowie die Verbindlichkeiten des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns gegenüber nicht konsolidierten strukturierten Einheiten:

31.12.2015 in Mio. €	Wertpapierfonds	Private Equity Fonds	Immobilienfonds
Aktiva			
Forderungen an Kunden	0,0	0,6	95,0
Handelsaktiva	0,0	32,1	0,0
Finanzanlagen	41,6	1,4	6,2
Übrige Vermögenswerte	0,0	0,0	0,0
Summe der Aktiva	41,6	34,1	101,2
Kreditzusagen	0,0	0,0	8,5
Maximales Ausfallrisiko	41,6	34,1	109,7
Umfang der strukturierten Unternehmen	1.323,8	206,1*	421,5*
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7,7	7,7	12,7
Summe der Passiva	7,7	7,7	12,7

* Werte per 31.12.2014

31.12.2014 in Mio. €	Wertpapierfonds	Private Equity Fonds	Immobilienfonds
Aktiva			
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	92,6
Handelsaktiva	0,0	36,1	0,8
Finanzanlagen	124,1	1,8	9,3
Übrige Vermögenswerte	0,0	0,0	0,0
Summe der Aktiva	124,1	37,9	102,7
Kreditzusagen	0,0	0,0	9,0
Maximales Ausfallrisiko	124,1	37,9	111,7
Umfang der strukturierten Unternehmen	1.673,9	311,6*	433,9*
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7,4	13,7	13,2
Summe der Passiva	7,4	13,7	13,2

* Werte per 31.12.2013

Im Zusammenhang mit der Abwicklung unseres Geschäfts mit geschlossenen Immobilienfonds haben wir in Höhe von 7,0 Mio. Euro Forderungsverzichte mit Besserungsscheinen ausgesprochen (Vorjahr: 9,9 Mio. Euro). Ansons-

ten wurden keine nicht vertraglichen finanziellen Unterstützungen an nicht konsolidierte strukturierte Einheiten gewährt.

67 Befreiungen von Tochtergesellschaften gemäß § 264 Abs. 3 und § 264 b HGB

Die folgenden Tochterunternehmen beabsichtigen, von den Möglichkeiten des § 264 Abs. 3 und § 264 b HGB Gebrauch zu machen und dabei auch ihren Jahresabschluss nicht offenzulegen:

- HSBC Trinkaus & Burkhardt Gesellschaft für Bankbeteiligungen mbH, Düsseldorf
- HSBC Trinkaus Family Office GmbH, Düsseldorf
- HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf
- Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf
- HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf
- HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, Düsseldorf
- Gesellschaft für industrielle Beteiligungen und Finanzierungen mbH, Düsseldorf
- Trinkaus Australien Immobilien-Fonds Nr. 1 Brisbane GmbH und Co. KG, Düsseldorf

68 Patronatserklärung

Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG trägt dafür Sorge, dass die Gesellschaften HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf, HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf, sowie Gesellschaft für industrielle Beteiligungen und Finanzierungen mbH, Düsseldorf, ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können.

Darüber hinaus stellt die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG regelmäßig die derzeitigen persönlich haftenden oder geschäftsführenden Gesellschafter der vollkonsolidierten Gesellschaften in der Rechtsform der KG sowie der Trinkaus Immobilien-Fonds-Gesellschaften und der Trinkaus Private Equity-Gesellschaften von allen Ansprüchen Dritter frei, die an diese aufgrund ihrer Rechtsstellung oder ihrer Tätigkeit in der jeweiligen Gesellschaft geltend gemacht werden, soweit es sich um natürliche Personen handelt.

69 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Jahresdurchschnitt	2015	2014
Mitarbeiter/-innen im Ausland	18	79
Mitarbeiter/-innen im Inland	2.725	2.521
Gesamt (einschließlich Auszubildende)	2.743	2.600
davon Mitarbeiterinnen	1.162	1.118
davon Mitarbeiter	1.581	1.482

70 Honorare für den Abschlussprüfer

Für den Abschlussprüfer des Konzernabschlusses, die PwC AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Vorjahr: KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft), wurden folgende Honorare einschließlich Auslagen als Aufwand erfasst.

in Mio. €	2015	2014
Abschlussprüfungen	1,3	1,3
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	0,0	0,2
Steuerberatungsleistungen	0,1	0,0
Sonstige Leistungen	0,1	0,1
Gesamt	1,5	1,6

71 Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Unternehmen und Personen gelten als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit kommt es zwischen der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG und/oder deren konsolidierten Gesellschaften zu Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen. Hierzu gehören Gesellschaften der HSBC-Gruppe sowie Personen in Schlüsselpositionen und ihre Angehörigen. Zu den Personen in Schlüsselpositionen zählen ausschließlich die im Geschäftsjahr aktiven Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG.

Die Geschäftsvorfälle mit nahestehenden Unternehmen und Personen werden unter den gleichen Bedingungen abgewickelt wie Geschäftsvorfälle mit unabhängigen Geschäftspartnern.

Besonders intensive Geschäftsbeziehungen werden mit anderen Gesellschaften der HSBC-Gruppe gepflegt. Diese Geschäftsbeziehungen betreffen zum einen bankübliche Geschäfte, die meist unbesichert eingegangen wurden. Derivategeschäfte hingegen werden in der Regel unter Rahmenverträgen, die ein Netting erlauben, abgeschlossen und besichert. Zum anderen bestehen mit verschiedenen Gesellschaften der HSBC-Gruppe Kooperations- und Geschäftsbesorgungsverträge. In der Konzern-Gewinn- und Verlust-Rechnung sind im Wesentlichen folgende Erträge und Aufwendungen aus Transaktionen mit der HSBC Holdings plc, London, und mit ihr verbundenen Unternehmen enthalten:

in Mio. €	2015	2014
Zinserträge	7,3	15,6
Zinsaufwendungen	9,5	6,3
Provisionserträge	79,4	68,6
Provisionsaufwendungen	1,4	1,4
Verwaltungsaufwand	20,8	25,0
Gesamt	55,0	51,5

In den Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind folgende Beträge enthalten:

in Mio. €	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Forderungen an Kreditinstitute	794,7	922,3	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	1,5	0,0	95,6	91,8
Insgesamt	796,2	922,3	95,6	91,8

Die Forderungen an Kreditinstitute umfassen im Wesentlichen kurzfristige Einlagen bei anderen HSBC-Einheiten.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sind folgende Beträge enthalten:

in Mio. €	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	219,9	206,4	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	36,8	54,2	19,2	50,3
Insgesamt	256,7	260,6	19,2	50,3

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten handelt es sich im Wesentlichen um kurzfristige Einlagen anderer HSBC-Einheiten.

In den Handelsaktiva und -passiva sowie in den Finanzanlagen sind folgende Geschäfte enthalten, die mit verbundenen Unternehmen abgeschlossen wurden:

in Mio. €	Wertpapiere		Derivate	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Handelsaktiva	0,0	0,0	865,9	909,9
Handelspassiva	0,0	0,0	875,7	1.169,2
Finanzanlagen	0,0	26,8	0,0	0,0

Die Positionen Handelsaktiva und Handelspassiva umfassen im Wesentlichen Marktwerte aus zins- und währungsbezogenen Derivategeschäften.

Bezüge der Gremien

Die Grundzüge des Vergütungssystems sind im Lagebericht dargestellt. Die nachstehenden Ausführungen erläutern die Vergütungskomponenten der Vorstandsmitglieder und entsprechen dem DRS 17. Gemäß Beschluss der Hauptver-

sammlung vom 5. Juni 2012 unterbleiben die Angaben nach § 314 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe a Satz 5 bis 8 HGB.

Die Festbezüge aller Vorstandsmitglieder im Jahr 2015 lagen unter Berücksichtigung der Änderungen in der Zusammensetzung des Vorstands mit 4.341,6 Tsd. Euro

leicht über dem Vorjahr (4.334,6 Tsd. Euro). Der variable Anteil der Vergütung betrug 4.431,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 5.076,0 Tsd. Euro). In den variablen Vergütungen des Vorstands für das Geschäftsjahr 2015 ist ein langfristiger Vergütungsanteil in Höhe von 2.658,8 Tsd. Euro (Vorjahr: 3.045,6 Tsd. Euro) enthalten.

Die sonstigen Bezüge in Höhe von 75,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 66,6 Tsd. Euro) bestehen im Wesentlichen aus Vergütungen für die Dienstwagennutzung, Versicherungsbeiträgen sowie sonstigen geldwerten Vorteilen, die individuell zu versteuern sind. Sie sind erfolgsunabhängig.

Im Geschäftsjahr sind an zwei Mitglieder des Aufsichtsrats (Vorjahr: zwei) Entgelte für erbrachte Beratungsleistungen gezahlt worden; diese beliefen sich insgesamt auf 157,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 180,0 Tsd. Euro). Für das Ge-

schäftsjahr 2015 betragen die Bezüge des Aufsichtsrats 1.188,8 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.188,8 Tsd. Euro). Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmervertretern sowie für die ehemaligen persönlich haftenden Gesellschafter der Bank gelten die allgemeinen Regeln für Mitarbeiter beziehungsweise ehemalige persönlich haftende Gesellschafter.

An ehemalige persönlich haftende Gesellschafter der HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA und der Trinkaus & Burkhardt KG als Rechtsvorgängerinnen der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG und ihre Hinterbleibenden sowie an ehemalige Vorstände der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG wurden Bezüge in Höhe von 8,9 Mio. Euro (Vorjahr: 5,0 Mio. Euro) gezahlt. Für diesen Personenkreis bestehen Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach IFRS in Höhe von 48,7 Mio. Euro (Vorjahr: 41,6 Mio. Euro).

72 Anteilsbasierte Vergütungen

Aufgliederung des Aktienoptionsprogramms

Typ	Tag der Gewährung	Fair Value je Optionsrecht zum Gewährungstag in €	Ausübungspreis in €	Anzahl der Optionsrechte 31.12.2015	Anzahl der Optionsrechte 31.12.2014
SAYE 2010					
(5J)	01.08.2010	2,01	6,07	0	8.899
SAYE 2011					
(5J)	01.08.2011	1,61	5,80	25.668	25.668
SAYE 2012					
(3J/5J)	01.08.2012	1,29/1,30	5,35	35.499	143.220
Insgesamt				61.167	177.787

Der Fair Value der Optionen wird konzerneinheitlich durch die HSBC Holdings plc ermittelt. Am Tag der Gewährung der Optionen wird er mithilfe des „Lattice“-Modells berechnet, dem die Annahmen des Black-Scholes-Modells zugrunde liegen. Die Ausübung der Aktienoptionen durch die Mitarbeiter erfolgt generell zum 1. August eines Geschäftsjahres. Die Optionen der Mitarbeiter, die von dem Recht einer späteren Ausübung Gebrauch machten, sind von untergeordneter Bedeutung.

Der bei sofortiger Ausübung der Optionsrechte am 1. August 2015 herangezogene Kurs der HSBC-Aktie betrug 8,30 Euro (1. August 2014: 7,88 Euro).

Das Aktienoptionsprogramm für Mitarbeiter wurde letztmals im Geschäftsjahr 2012 angeboten.

Entwicklung des Aktienoptionsprogramms

	Typ	Anzahl der Optionsrechte	Gewichteter Ausübungspreis in €
Bestand zum 01.01.2015	SAYE 2010–2012	177.787	5,45
Im Jahresverlauf ausgeübt	SAYE 2010 (5J)/ SAYE 2012 (3J)	108.297	5,39
Im Jahresverlauf verfallen	SAYE 2010–2012	593	6,07
Im Jahresverlauf verwirkt	SAYE 2010–2012	7.730	3,91
Bestand zum 31.12.2015		61.167	5,54
davon ausstehende Optionsrechte		54.042	
davon ausübbar Optionsrechte		7.125	

	Typ	Anzahl der Optionsrechte	Gewichteter Ausübungspreis in €
Bestand zum 01.01.2014	SAYE 2009–2012	595.606	4,39
Im Jahresverlauf ausgeübt	SAYE 2009 (5J)/ SAYE 2011 (3J)	408.881	3,91
Im Jahresverlauf verfallen	SAYE 2010–2012	773	3,64
Im Jahresverlauf verwirkt	SAYE 2010–2012	8.165	5,37
Bestand zum 31.12.2014		177.787	5,45
davon ausstehende Optionsrechte		159.482	
davon ausübbar Optionsrechte		18.305	

Die gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit der zum 31. Dezember 2015 noch ausstehenden Optionsrechte beläuft sich auf 352 Tage (Vorjahr: 402 Tage). Der im Berichtsjahr zu berücksichtigende Personalaufwand beläuft sich auf 0,0 Mio. Euro (Vorjahr: 0,1 Mio. Euro).

Erfolgsabhängige Vergütung für Mitarbeiter und Vorstände

Die erfolgsabhängige Vergütung für Mitarbeiter und Vorstände erfolgte wie schon im Vorjahr teilweise durch Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc. Für das Geschäftsjahr 2015 wurden 17,4 Mio. Euro (Vorjahr: 16,3 Mio. Euro) in Form von Aktien zugesagt. Die Übertragungen der Aktien erfolgen anteilig in den folgenden Geschäftsjahren.

73 Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Bank haben die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Erklärung zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ abgegeben und der Öffentlichkeit dauerhaft auf der Homepage der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG (Internetlink: <http://www.about.hsbc.de/de-de/investor-relations/corporate-governance>) zugänglich gemacht.

74 Mandate des Vorstands

Die folgenden Vorstandsmitglieder und Bereichsvorstände der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG sind zum 31. Dezember 2015 in den hier aufgeführten Aufsichtsräten oder in vergleichbaren Kontrollgremien vertreten.

Carola Gräfin v. Schmettow (Sprecherin)	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	ThyssenKrupp AG, Essen
Director – non executive	HSBC France S.A., Paris, Frankreich

Andreas Schmitz (bis 2. Juni 2015)	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Börse Düsseldorf AG, Düsseldorf
Mitglied des Verwaltungsrats	KfW – Bankengruppe, Frankfurt am Main

Dr. Rudolf Apenbrink (ab 2. Juni 2015)	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf
Mitglied des Verwaltungsrats	HSBC Global Asset Management (Hong Kong) Ltd., Hongkong

Paul Hagen	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Düsseldorfer Hypothekenbank AG, Düsseldorf
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Bank A.S., Istanbul, Türkei
Mitglied des Aufsichtsrats	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	RWE Supply & Trading GmbH, Essen

Stephen Price (ab 2. Juni 2015)	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Bank Polska SA, Warschau, Polen

Norbert Reis	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf

Dr. Christiane Lindenschmidt (Bereichsvorstand)

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzende des Aufsichtsrats	HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf
Vorsitzende des Aufsichtsrats	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf

Dr. Jan Wilmanns (Bereichsvorstand)

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf

75 Mandate anderer Mitarbeiter

Folgende Mitarbeiter sind zum 31. Dezember 2015 in folgenden Aufsichtsräten, die nach dem Gesetz zu bilden sind, oder vergleichbaren Kontrollgremien von großen Kapitalgesellschaften vertreten:

Dr. Michael Böhm

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Board of Directors	HSBC GIF Mauritius Limited, Port Louis, Mauritius
Mitglied des Board of Directors	HSBC GIF Mauritius No. 2 Limited, Port Louis, Mauritius
Director – non executive	HSBC Global Asset Management (Switzerland) AG, Zürich, Schweiz
Director – non executive	HSBC Global Investment Funds SICAV, Luxemburg
Director – non executive	HSBC International Select Funds SICAV, Luxemburg
Director – non executive	HSBC Portfolios SICAV, Luxemburg
Director – non executive	HSBC Amanah Funds, Luxemburg
Mitglied des Beirats	DPG Deutsche Performancemessungs-Gesellschaft für Wertpapierportfolios mbH, Frankfurt am Main

Mark Cringle

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf

Thomas Fahlenbock

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC INKA Investment-AG TGV, Düsseldorf

Gerd Goetz	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	tick-TS AG, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	sino AG, Düsseldorf

Carsten Hennies	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg

Markus Hollmann	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf

Dr. Detlef Irmen	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf

Dr. Andreas Kamp	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg

Dr. Manfred v. Oettingen	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf

Götz Röhr	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Theodor-Fliedner-Heim GmbH, Solingen

Heiko Schröder	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	HSBC INKA Investment-AG TGV, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg

Ulrich W. Schwittay	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, Düsseldorf

Norbert Stabenow	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	HSBC INKA Investment-AG TGV, Düsseldorf

Heiner Weber	
Funktion	Gesellschaft
Director – non executive	HSBC Global Asset Management (Switzerland) AG, Zürich, Schweiz

Ralf Wehner	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf

76 Angaben zu Aufsichtsratsmitgliedern

Die Mitglieder unseres Aufsichtsrats besitzen weitere Mandate in folgenden Aufsichtsräten beziehungsweise vergleichbaren Kontrollgremien:

Andreas Schmitz (Vorsitzender) (ab 2. Juni 2015)	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Börse Düsseldorf AG, Düsseldorf
Mitglied des Verwaltungsrats	KfW–Bankengruppe, Frankfurt am Main

Samir Assaf	
Funktion	Gesellschaft
Chairman	HSBC France S.A., Paris, Frankreich
Director – executive	HSBC Bank plc, London, Großbritannien

Dr. Hans Michael Gaul	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BDO AG, Hamburg
Mitglied des Aufsichtsrats	Siemens AG, München

Wolfgang Haupt (bis 2. Juni 2015)

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, Düsseldorf
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Trinkaus Private Equity M 3 GmbH & Co. KGaA, Düsseldorf
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Trinkaus Private Equity Pool I GmbH & Co. KGaA, Düsseldorf
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Trinkaus Secondary GmbH & Co. KGaA, Düsseldorf

Simon Leathes

Funktion	Gesellschaft
Chairman of the Board of Directors – non executive	Assured Guaranty (Europe) Limited, London, Großbritannien
Chairman of the Board of Directors – non executive	Assured Guaranty (UK) Limited, London, Großbritannien
Director – non executive	Assured Guaranty Limited, Hamilton, Bermuda
Director – non executive	HSBC Bank plc, London, Großbritannien
Director – non executive	HSB Engineering Insurance Limited, London, Großbritannien

Alan McAlpine Keir

Funktion	Gesellschaft
Director – non executive	HSBC Bank Middle East Limited, St. Helier, Jersey
Director – non executive	HSBC France S.A., Paris, Frankreich

Friedrich Merz

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	WEPA Industrieholding SE, Arnsberg
Mitglied des Verwaltungsrats	Stadler Rail AG, Bussnang, Schweiz

Dr. Eric Strutz (ab 2. Juni 2015)

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Verwaltungsrats	Partners Group Holding AG, Baar, Schweiz

Hans-Jörg Vetter

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, Stuttgart
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Herrenknecht AG, Schwanau
Vorsitzender des Aufsichtsrats	LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart
Vorsitzender des Aufsichtsrats	LBBW Immobilien Management GmbH, Stuttgart
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Süd Beteiligungen GmbH, Stuttgart

77 Veröffentlichung

Der Geschäftsbericht wird am 22. März 2016 zur Veröffentlichung freigegeben.

Düsseldorf, den 23. Februar 2016



Carola Gräfin v. Schmettow



Dr. Rudolf Apenbrink



Paul Hagen



Stephen Price



Norbert Reis

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Konzernbilanz, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung und Erläuterungen (Notes) zum Konzernabschluss – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Feh-

ler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 15. März 2016

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Goldschmidt
Wirtschaftsprüfer

ppa. Susanne Beurschgens
Wirtschaftsprüferin

Zahlen des Konzerns im Mehrjahresvergleich in Mio. Euro

IFRS-Konzernabschluss in Mio. €	2015	2014	2013	2012	2011
Bilanzsumme*	21.670,5	22.146,4	19.775,4	20.047,8	20.635,2
Aktiva					
Barreserve	690,2	616,4	1.133,7	265,0	672,2
Forderungen an Kreditinstitute*	1.186,3	1.494,6	1.643,4	1.551,2	1.857,6
Forderungen an Kunden*	7.848,0	6.509,5	4.824,6	4.529,1	3.690,1
Handelsaktiva	5.930,5	7.327,8	6.753,6	8.261,5	9.852,3
Finanzanlagen*	5.688,6	5.856,5	5.095,0	5.068,3	4.164,7
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	0,5	20,3	54,5	55,1	65,2
Sachanlagen	104,2	97,6	83,8	80,6	79,3
Immaterielle Vermögenswerte	9,2	10,6	15,9	23,7	31,3
Ertragsteueransprüche*	32,0	9,1	6,4	1,2	9,4
laufend	6,9	1,5	5,2	1,2	8,6
latent*	25,1	7,6	1,2	0,0	0,8
Sonstige Aktiva	181,0	204,0	164,5	212,1	213,1
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	752,4	875,3	1.269,4	1.219,5	749,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	12.928,8	13.093,9	12.219,1	11.880,4	12.413,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
Handelsspassiva	5.148,7	5.424,5	4.099,9	4.721,9	5.426,0
Rückstellungen	138,6	167,2	142,7	136,6	103,4
Ertragsteuerverpflichtungen	35,0	32,2	39,9	65,8	48,3
laufend	35,0	32,2	39,9	53,4	48,3
latent	0,0	0,0	0,0	12,4	0,0
Sonstige Passiva*	249,0	176,5	191,2	275,0	235,0
Nachrangkapital*	458,2	458,2	357,3	353,4	353,4
Eigenkapital*	1.949,8	1.908,6	1.445,9	1.385,2	1.296,1
Anteile in Fremdbesitz	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Erfolgsrechnung					
Zinsüberschuss	177,5	174,7	165,8	175,7	148,9
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0,2	4,0	10,9	0,9	-12,7
Ergebnis aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen	0,1	0,2	0,3	-8,1	0,7
Provisionsüberschuss	441,2	389,7	401,1	383,7	385,5
Handelsergebnis*	99,3	105,8	95,7	161,8	116,8
Verwaltungsaufwand	530,4	494,0	486,2	495,0	466,8
Ergebnis aus Finanzanlagen*	15,0	21,8	16,3	9,1	-4,8
Sonstiges Ergebnis*	14,9	17,6	37,0	-8,4	17,6
Jahresüberschuss vor Steuern*	217,4	211,8	219,1	217,9	210,6
Ertragsteuern	65,3	67,1	63,8	85,9	73,3
Jahresüberschuss*	152,1	144,7	155,3	132,0	137,3

*Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 19 erläutert.



Registrierungsformular vom 28. April 2017
gemäß § 12 Absatz (1) Wertpapierprospektgesetz i.V.m.
Art. 14 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission vom 29. April 2004

der

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
Düsseldorf

Düsseldorf, 28. April 2017

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

gez. Marina Eibl

gez. Sabine Schüngel